

Jahrbuch der Weltgeschichte

Vierter Jahrgang

KARL PROCHASKA'S
ILLUSTR. JAHRBÜCHER

Von Albin Zeyer

Das Jahr 1903



Bis zum Juni 1904
waren von Prochaskas
»Illustr. Jahrbüchern«
erschienen:

Erfindungen I.
II., III., IV. Jahrgang.

Weltgeschichte
I., II., III., IV. Jahrg.
Geschichte der Jahre
1900, 1901, 1902, 1903

**Weltreisen und
geogr. Forschungen**
I., II., III. Jahrgang.

Naturkunde I.
und II. Jahrgang.

Gesundheit I.
Jahrgang.

Jeder Band broschürt
1 Mark
eleg. gebunden 2 Mark.



Prochaskas Illustrierten Jahrbüchern liegt der Gedanke zu Grunde, über die Fortschritte der Kultur auf den wichtigsten Gebieten des modernen Lebens alljährlich eine Revue zu geben, die übersichtlich, allgemein verständlich und derart stilistisch gehalten ist, daß ihre Lektüre eine anziehende, geistbildende Unterhaltung genannt werden kann.

Für jung und alt, für alle Gesellschaftskreise gleich geeignet und gleicherweise interessant, sind diese Jahrbücher eine der empfehlenswertesten Erscheinungen der neueren volkstümlichen Literatur.

Urteile der Presse über

Prochaskas Illustrierte Jahrbücher.

Über Land und Meer. Illustriertes Jahrbuch der Erfindungen. „Ein glücklicher Gedanke ist hier in gediegener Weise verwirklicht: ein bequemer Überblick über die technischen Fortschritte in Form eines reich illustrierten Jahrbuchs zu außerordentlich billigem Preis.“

Basler Zeitung. Illustriertes Jahrbuch der Naturkunde. „Endlich haben wir einmal eine gute, billige und ausgezeichnet illustrierte Übersicht alles dessen, was die Naturkunde im Laufe eines Jahres als neue Entdeckungen zu verzeichnen hatte. Es ist eine Freude, die prächtige, für jedermann verständliche Übersicht zu lesen. Jeder Gebildete sollte diese Jahrbücher erwerben und sie nicht nur in seiner Bibliothek aufstellen, sondern auch lesen. Derartige Schriften nähren der Aufklärung unendlich viel mehr als alle kulturkämpferischen Zeitungsartikel. Möchte doch dieses Unternehmen die weiteste Verbreitung in allen Schichten der Bevölkerung finden.“

Breslauer Zeitung. Illustriertes Jahrbuch der Weltgeschichte. „Von Prochaskas Illustrierten Jahrbüchern nimmt zweifellos das Jahrbuch der Weltgeschichte den hervorragendsten Rang ein. Der etwa 160 Seiten Lexikonformat starke Band, der mit zahlreichen Illustrationen aufs würdigste ausgestattet ist, vereinigt in sich wieder alle Vorzüge, die von uns bereits bei Besprechung des vorigen Jahrgangs hervorgehoben werden konnten, vorzügliche Beherrschung des Stoffes, lichtvolle Darstellung, volkstümliche Schreibweise und gesundes politisches Urteil.“

Linzer Tagespost. Illustriertes Jahrbuch der Weltreisen und geographischen Forschungen. „Der Verfasser führt uns in die Regionen des ewigen Eises, nach Asien, in die Neue Welt, nach Afrika, Australien und nach der Südsee und versteht es, in leichtfaßlicher und dabei anregender Form die physikalischen und politischen Verhältnisse dieser Gebiete zu schildern. Zahlreiche, dem Texte eingefügte Illustrationen tragen zum Verständnis des Inhalts bei. Das Buch, das eine Fülle des Interessanten bietet, kann jedermann wärmstens empfohlen werden.“

Die Woche. Illustriertes Jahrbuch der Weltgeschichte. „Wir können dem stattlichen Bande kein besseres Geleitwort auf den Weg mitgeben als den Ausdruck unserer Überzeugung, daß es dem Verfasser gelungen ist, die Worte seines Programms glänzend zu verwirklichen: Nicht ein Urkunden- oder Nachschlagebuch ist, was wir den Lesern bieten, sondern wir wollen ihnen die handelnden Personen, die Kämpfe und Ereignisse in möglichst lebensvollen Bildern vorführen, die Triebkräfte des politischen Lebens aufdecken und den inneren Zusammenhang alles Geschehenen klar machen. Die volkstümliche, klare und doch vornehme Haltung des Jahrbuchs werden demselben gewiß viele Freunde und Schätzer gewinnen. Wer eine aller Parteilichkeit entkleidete Schilderung der Ereignisse jedes Jahres wünscht, säume nicht, sich in den Besitz dieses gediegenen Jahrbuchs zu setzen.“

Münsterischer Anzeiger. Illustriertes Jahrbuch der Naturkunde. „Die Skepsis, mit der wir an dieses Buch herantraten — wie an alle naturwissenschaftlichen Werke, die für billiges Geld angeboten werden und bei denen die dadurch hervorgerufene Betonung des populär-wissenschaftlichen Charakters nicht selten über den Mangel an Inhalt des Werkes hinwegtäuschen soll — machte bald einer anderen Auffassung Platz; wir begrüßen das Erscheinen dieses Werkes auf das lebhafteste. Das Werk ist stilistisch ausgezeichnet und mit zahlreichen und guten Illustrationen geschmückt. Der Preis von 1 Mark ist außerordentlich niedrig bemessen.“

Praxis der Landschule. Illustriertes Jahrbuch der Erfindungen. „Ein guter Plan, gut durchgeführt, wie hier, wo der Titel alles sagt, wird immer viele Freunde finden. Um einen Spottpreis kann jeder das ungeheure Feld der Erfindungen im abgelaufenen Jahre überblicken. Ein gutes Geschenkwerk!“

Die Zeit (Wien). Illustriertes Jahrbuch der Naturkunde. „Viel Freunde wird sich voraussichtlich das Jahrbuch der Naturkunde erwerben, denn für dieses interessieren sich heute alle ohne Ausnahme; und obgleich es an populären Gesamtdarstellungen nicht fehlt, hat man doch bis jetzt noch kein periodisches populäres Werk gehabt, das über die Fortschritte jedes Jahres berichtet. Es werden abgehandelt: die Astronomie, die Geologie und Geophysik, die Physik, die Meteorologie, die Chemie, die Biologie, die Botanik, die Zoologie, die Urgeschichte der Menschheit, die Ethnographie, die Physiologie und Psychologie, alles sehr hübsch, stellenweise spannend. Die Fülle des dargebotenen Stoffes ist staunenswert und auch der Unterhaltendste wird das Buch nicht aus der Hand legen, ohne Neues daraus gelernt zu haben.“

Anzeiger für die neueste pädagogische Literatur. Illustriertes Jahrbuch der Erfindungen. „Für einen so billigen Preis wird man selten ein so gediegenes Werk wie das vorliegende erlangen.“

Norddeutsche Allgemeine Zeitung. Illustriertes Jahrbuch der Weltreisen und geographischen Forschungen. „Der Zweck des Buches ist, die weitesten Kreise mit den neuesten Forschungsreisen zu geographischen und ethnographischen Zwecken bekannt zu machen; dementsprechend ist auch der Preis ein sehr geringer. Es ist tatsächlich erstaunlich, welche Fülle von gediegener Belehrung in Bild und Wort dem Leser für 1 Mark geboten wird.“

Aus der Heimat. Illustriertes Jahrbuch der Naturkunde. „Ich bin auch von anderer Seite schon öfter nach einem Werke gefragt worden, in dem die Fortschritte der Naturwissenschaften für Laien bearbeitet sind. Nun kann ich ein solches empfehlen: das im Verlag von K. Prochaska in Teschen erschienene und von H. Berdrow bearbeitete Illustrierte Jahrbuch der Naturkunde.“ Stuttgart, Dr. K. G. Euz.

352312,

III

1903

**Illustriertes Jahrbuch
der Weltgeschichte
Das Jahr 1903**

XXXXXXXXXXXX

Illustriertes Jahrbuch
der Weltgeschichte

Herausgegeben von Dr. Karl Geyer

Königliche Hof- und Landesbibliothek

Berlin

Karl Prochaska in Leipzig

Wien



König Christian IX. von Dänemark.

PROCHASKAS ILLUSTRIRTE JAHRBÜCHER

Illustriertes Jahrbuch der Weltgeschichte

Vierter Jahrgang

Von Albin Zeyer

Das Jahr 1903



Leipzig
Königstraße 9/11

Karl Prochaska in Teichen

Wien
Kumpfg. 7.

Inhalt.

Rückblick und Umschau.

Das Deutsche Reich.

Mit 9 Bildern.

	Seite
Das Deutsche Reich beim Jahresbeginn	15
Der Reichstag	26
Kulturelle Angelegenheiten	40
Reisen des Kaisers und seiner Söhne	47
Die Reichstagswahl	66
Von den Parteien	72
Erkrankung und Genesung des Kaisers	80
Polen, Dänen, Welfen	90
Der neue Reichstag	98
Zur wirtschaftlichen Lage	104
Heer, Flotte, Kolonien	112
Verschiedenes	121
Aus Preußen	124
Mittel- und Kleinstaaten	127

Die österreichisch-ungarische Monarchie.

Mit 5 Bildern.

Die Frühjahrssession des Reichsrats	147
Der Armeekonflikt mit Ungarn	152
Kaiser Franz Joseph	171
Landtage und Nationen	179
Die weitere Tätigkeit des Reichsrats	181
Wirtschaftliche Fragen	185
Heer und Marine	188
Die Delegationen	190
Das Jahresende in Ungarn	191
Das Okkupationsgebiet	193
Verschiedenes	195

Italien.

Mit 2 Bildern.

Die allgemeine Lage des Landes	197
Das Ministerium Zanardelli	200
König Viktor Emanuel und seine Gäste	202
Das Ministerium Giolitti	206
Innere Lage des Landes	208
Der Tod Leos XIII	210
Papst Pius X.	211

Frankreich.

Mit 1 Bild.

Die innere und die äußere Lage	215
Kulturkampf des Ministeriums Combes	218
Präsident Loubet	224
Von Heer, Marine und Kolonien	229
Verschiedenes	232

Großbritannien.

Mit 1 Bild.

	Seite
Greater Britain	233
Die Parlamentssession	236
Chamberlain und die Kolonien	238
Irland	241
König Eduard	242
Heer und Flotte	247
Handel und Verkehr	250
Der Ministerwechsel	251
Verschiedenes	252

Rußland.

Mit 1 Bild.

Die allgemeine Lage	253
Ministerveränderungen	257
Bauern, Studenten und Arbeiter	258
Von der Armee	263
Verschiedenes	265

Skandinavien.

Skandinavien	265
------------------------	-----

Mittel- und Kleinstaaten.

Mit 1 Bild.

Mittel- und Kleinstaaten	269
------------------------------------	-----

Die Pyrenäische Halbinsel.

Die Pyrenäische Halbinsel	273
-------------------------------------	-----

Die Balkanstaaten.

Mit 1 Bild.

Die Balkanstaaten	275
-----------------------------	-----

Amerika.

Mit 1 Bild.

Monroelehre und Präsident Roosevelt	285
Verwaltung, Heer und Flotte	289
Der Panamakanal	291
Wirtschaftsleben und Arbeiterfragen	292
Aus Mittel- und Südamerika	294

Asien.

Asien	297
-----------------	-----

Afrika.

Afrika	299
------------------	-----



Vorbemerkung. Nicht ein Urkunden- oder Nachschlagebuch ist es, was wir den Lesern bieten, sondern wir wollen ihnen die handelnden Personen, die Kämpfe und Ereignisse in möglichst lebensvollen Bildern vorführen, die Triebkräfte des politischen Lebens aufdecken und den inneren Zusammenhang alles Geschehenen klar machen.

Rückblick und Umschau.

Die Weltgeschichte ist das Weltgericht“, sagt Schiller in seinen Gedichten. Mag man nun dieses vielbesprochene Wort in der herkömmlichen Auffassung betrachten, nach der „Weltgeschichte“ das Subjekt des Satzes bildet, der dann bedeuten würde: in den Taten der Menschen ist Lohn und Strafe, das Weltgericht, enthalten; oder neigt man der neueren Annahme zu, daß „Weltgericht“ als Subjekt anzusehen sei und die Deutung lauten würde: das Weltgericht ist der Lauf der Weltgeschichte, in ihm liegen Lohn und Strafe eingeschlossen — in beiden Fällen ist klar, daß der Dichter der Weltgeschichte eine immanente Vergeltung zuschreibt. Diese soll nun nicht mit Liebe oder Haß in die Geschichtschreibung hineingedeutet werden, sondern muß sich aus einer möglichst sachlichen und in den persönlichen und nationalen Beweggründen der Mitwirkenden sorgfältig dargestellten Schilderung der Ereignisse von selbst ergeben. Einer so idealen Geschichtschreibung stellen sich zu jeder Zeit erhebliche Schwierigkeiten entgegen, da schon die sichere Feststellung der Tatsachen an sich, selbst in unserer modernen Zeit, nicht immer so einfach ist, von der Vergangenheit ganz zu schweigen, und über die Beweggründe und die Mitwirkung der handelnden Personen das Wesentliche zumeist nicht öffentlich hervortritt, sondern in der Regel erst in späteren Tagen aus Archiven und Dokumenten festgestellt wird. Für den Überblick eines soeben erst abgelaufenen Jahres ist eine streng historische Darstellung, wenn sie sich nicht bloß auf die trockene Aufzählung von Ereignissen beschränken will, in dem oben angedeuteten Sinne schlechthin unmöglich, und die überreiche Zeitungsliteratur unserer Tage vermag dabei nur wenig Hilfe zu bieten, denn von ihr gilt, was wieder Schiller in seiner Geschichte des Dreißigjährigen Krieges sagt: „Schwer ist es, aus dem Geschrei erhitzter Parteien die Stimme der Wahrheit zu unterscheiden.“ Schwer ist dies sicherlich, aber nicht unmöglich, und dem Unparteiischen, der selbst schon vor seinen Augen einen ansehnlichen Teil der Welt-

geschichte als Weltgericht sich abspielen sah, mag es gelingen, der Wahrheit recht nahe zu kommen. Von dem redlichen Streben nach diesem Ziel hat sich der Verfasser dieses Jahrbuches leiten lassen.

Ein Weltgericht kann ein Jahrbuch der Weltgeschichte in keinem Falle sein, denn ein Jahr ist das winzige Glied einer Kette ohne Anfang und ohne Ende. Nahezu alles, was sich in ihm ereignet, mag wohl die Mitwelt im ersten Augenblick gewaltig bewegen, aber allmählich schrumpft es zur Bedeutungslosigkeit zusammen, um so rascher, je mehr Parteilichkeit und Sensationsucht ihm größere Bedeutung andichten wollte, als ihm von Rechts wegen gebührt. Die wirklich großen Jahre, in denen sich die Entwicklung von Jahrzehnten zusammenzudrängen scheint, sind dünn gesät, in anderen Jahren gleitet das Weberschiffchen der Weltgeschichte geräuschlos und ruhig durch die gespannten Kettenfäden am Webstuhl der Zeit, und wenn zwölf Monate abgelaufen sind, ist eben ein Stück fertig, aber sonst nichts. Vom Weltgericht der Weltgeschichte war da nichts zu spüren. Das Jahr 1903 war zwar ein lautes, zeitweise betäubendes Jahr, aber jedenfalls hat es nicht zu denen gehört, die eine Welt- oder Geschichtswende bedeuten. Es war im guten wie im bösen ein Durchschnittsjahr, an das man mit gemischten Gefühlen, aber ohne besondere Gemütsbewegung zurückdenken wird. Das Jahr war friedlich, obwohl in einigen, der Kultur nur wenig oder kaum halb erschlossenen Ländern Blut geflossen ist, wie immer in einigen kreolisch-indianischen Staaten Mittelamerikas, dann in Marokko und in Mazedonien, in Serbien floß sogar Königsblut. Aber alle diese Vorgänge waren nicht geeignet, die ausschlaggebenden Mächte in ihre Kreise hineinzuziehen. Seit der drei Jahrzehnte dauernden Kriegesrischen Periode in Europa, die 1818 begann, wesentlich auf nationalen Ursachen beruhte und mit dem ziemlich resultatlosen russisch-türkischen Kriege 1878 endete, ist die Staatenbildung immer aristokratischer geworden, die Kleinstaaten sind mit ihrem Einfluß

so gut wie ausgeschaltet, den Ausschlag geben die Seemächte, die mehr oder weniger imperialistische Pläne verfolgen. Dabei stimmen sie sämtlich in dem Bestreben überein, unter allen Umständen kriegerische Verwicklungen zwischen den Kulturstaaten zu vermeiden, dagegen mit diesen in den lebhaftesten Handelswettbewerb zu treten und weite koloniale Gebiete zu erobern oder wenigstens unter ihren handelspolitischen Einfluß zu bringen. Heute kämpfen die Großstaaten untereinander mit ihren Mitteln der Industrie, des Handels und des Verkehrs, die Machtmittel des Krieges, die in der oben erwähnten vorausgegangenen Periode in erster Linie standen, werden heutzutage zwar keineswegs vernachlässigt, aber sie stehen doch mehr in zweiter Linie und sind dazu bestimmt, den Frieden zu erhalten, den die imperialistischen und handelspolitischen Bestrebungen der Seemächte als natürliche Bedingung voraussetzen müssen. Unter diesen Umständen haben sich manche Gegensätze zwischen den Mächten gemildert, andere aber wenigstens dem Anschein nach verschärft, zu einem großen Kriege ist es indessen nirgends gekommen, trotz und vielleicht wegen der schweren Kriegsrüstung, die heute alle Welt trägt und tragen muß, und die in Bewegung zu setzen, ungeheure Kosten verschlingen würde. Die Einlage für den Ernstfall ist zu groß und darum wird ein solcher auf allen Seiten mit großer diplomatischer Sorgfalt vermieden. So ist auch der Kampf zwischen Rußland und Japan um Korea und wegen der Mandschurei bisher nur mit diplomatischen Mitteln ausgefochten worden.

Es hat, rein äußerlich betrachtet, im Leben der Großstaaten ein Ruhezustand geherrscht. Allein allernah innere Regungen sind in ihnen seit zwei Jahrzehnten aufgetaucht, namentlich in den letzten Jahren brechen sich Gesichtspunkte Bahn, die auf das Andrängen neuer Betätigungsziele hindeuten. Das alte Europa ist für die Erweiterung der wirtschaftlichen und darum auch politischen Einflußgebiete schon viel zu klein geworden und das Problem der europäischen Großstaaten ist darum auch nicht mehr die hergebrachte orientalische Frage, d. h. eigentlich die „Aufteilung der Türkei“ — die vielleicht einmal nebenher miterledigt werden dürfte — sondern die orientalische Frage hat sich erweitert zu dem Problem des zwanzigsten Jahrhunderts, das sich kurz mit „Aufteilung der Erde“ bezeichnen läßt, wobei auch das in früher ungeahnte Dimensionen hineingewachsene große Staatswesen westlich des Atlantischen Ozeans und die „gelbe Rasse“ eine Rolle zu spielen berufen sind. Beide haben nicht unterlassen, ihre keineswegs bescheidenen Ansprüche vernehmlich anzumelden. Die Zukunft steht im ursächlichen Zusammenhang mit der eben vollendeten Vergangenheit, und wem die Fähigkeit beschieden wäre, den Geschichtsabschnitt des abgelaufenen Jahres im innersten Wesen zu erfassen und namentlich die in ihm enthaltenen lebenskräftigen Entwicklungskeime zu erkennen, der möchte schon im Stande sein, einen sicheren Schluß auf die Gestaltung der nächsten Zeit ziehen zu können. Indessen solches Erforschen liegt jenseits der menschlichen Erkenntnis. Wie sich die Dinge entwickeln werden, mit welchen Kräften die anderen und in welcher Gestalt schließlich das alte

Europa in den Kampf der Entscheidung, der doch einmal kommen muß, eintreten werden, das läßt sich nicht voraussagen, wohl aber läßt sich deutlich erkennen, daß die Politik unserer Tage mehr Zukunft- als Gelegenheitspolitik geworden ist, daß die mazedonische Frage nicht minder wie der russisch-japanische Streit darum zur Weltangelegenheit geworden sind, weil es den zunächst daran beteiligten wie auch den fernerstehenden Mächten dabei weniger um den augenblicklichen Vorteil als vielmehr auf die Möglichkeiten der Zukunft, die politische und wirtschaftliche Vorherrschaft und möglichst große Einflußsphäre in Asien und Europa ankommt.

Da drängt sich nun von selbst die Frage auf: Wie stellt sich das „alte“ Europa dazu? Hat es nicht etwa schon aufgehört, der Mittelpunkt der Weltgeschichte zu sein? Bis noch vor wenigen Jahren lag die Gefährdung des europäischen Friedens in dem Gegensatz zwischen dem Dreibund und dem Zweibund, heute stehen sie schon vielmehr nebeneinander. Und dabei hat dieses Bundesverhältnis Italien nicht gehindert, sein altes Verhältnis zu England fortzusetzen und sich noch dazu Frankreich zu nähern; es hat Deutschland nicht gehindert, die freundschaftlichsten Beziehungen zu Rußland zu pflegen, und es hat Österreich nicht abgehalten, im engsten Einvernehmen mit dem russischen Nachbar in die Wirren der Balkanhalbinsel mehr gebieterisch als vermittelnd einzuschreiten, um der Türkei in Europa das Leben zu fristen und ihre Auflösung in halbbarbarische Kleinstaaten abzuwenden. Das Jahr 1903 bedeutet sogar einen merkbaren Fortschritt auf dem Wege der Überbrückung der Gegensätze innerhalb der europäischen Staatenfamilie. Die Reihe der höfischen Besuche war noch zahlreicher wie in früheren Jahren und füllte den ohnehin politisch stark bewegten Sommer. Aber es handelte sich nicht um die üblichen Besuche unter den Mächten des Dreibundes und unter denen des Zweibundes, sondern wir erlebten auch den ziemlich ungewohnten Besuch des französischen Präsidenten beim König von England und den des italienischen Königspaares in der gallischen Hauptstadt. Diese Zusammenkünfte trugen einen so herzlichen Charakter, als ob es sich um Liebenswürdigkeiten unter alten Freunden gehandelt hätte; ingeleichen machte auch der Verbündete Frankreichs, der Zar, eine Rundreise nach Deutschland und Österreich, durch die das alte Freundschaftsband zwischen diesen Mächten fester geknüpft und der Vereinbarung zwischen Österreich und Rußland zum gemeinsamen Vorgehen auf der Balkanhalbinsel von neuem eine praktische Bedeutung gegeben wurde. Die Politik der Friedensbündnisse hat einen unverkennbaren Fortschritt gemacht und immer deutlicher bricht sich die Erkenntnis Bahn, daß der europäische Friede die notwendige Voraussetzung für die wirtschaftlichen Weltmachtbestrebungen ist. So war es in Europa trotz der zahllosen Raufereien unter seinen Völkern und unter seinen Geistern eigentlich politisch ganz behaglich und übersichtlich zugleich. Trotz der scharfsinnigen Tüftelei in der journalistischen Überproduktion sah doch jeder Unbefangene bei jedem Geschehnis deutlich das Wo und Wie, denn es ist so ziemlich alles zu einem Abschluß, zu einer Art

Ruhepunkt gekommen. Es hat einer vielhundertjährigen Arbeit in Krieg und Frieden bedurft, um diesen Zustand für die wichtigsten Staaten des Weltteils herbeizuführen. Wenn sich in Europa die Gegensätze unzweifelhaft gemildert haben, so kommt dies nicht zum wenigsten daher, daß sich hier seit dreißig Jahren die Machtverhältnisse gefestigt haben und daß die stärksten Großmächte nicht mehr ausschließlich europäisch sind, sondern daß ihre Interessen auch außerhalb des Weltteils liegen und dort schärfer zusammenstoßen als in Europa selbst.

Der erste feste Halt, der in seinem Ursprung zur Erhaltung des Friedens geschaffen worden und durch seine auf die wirklichen Machtverhältnisse gegründete Realpolitik den europäischen Frieden tatsächlich am erfolgreichsten stützt, ist und bleibt der Dreibund, der durch seine vollständige Erneuerung im Jahre 1902 alle Voraussagungen der zahlreichen Neider und Unglückspropheten Lügen gestraft hat. Dieses Grundbündnis hat sich sogar entschieden gekräftigt im Vergleich zu den Zeiten kurz vor der letzten Erneuerung. Das konnte man im vergangenen Frühjahr bei dem Besuche des Kaisers Wilhelm in Rom wahrnehmen und auch der neue italienische Minister des Äußern, Tittoni, hat in seinen ersten Kundgebungen den Dreibund auffallend in den Vordergrund seines Programms gestellt. Nicht minder haben zu Wien im Herbst die beiden Kaiser in Toaste und in der herzlichsten Betonung ihrer persönlichen Gefühle die Anhänglichkeit an das nun schon fünf und zwanzig Jahre bestehende Bündnis ausgesprochen. Gefahren, die ihm etwa drohen könnten, liegen weder bei den Monarchen noch bei den Diplomaten, sondern höchstens in den Ausschreitungen des Nationalismus, wie ihn italienische Irredentisten, Magyaren, Kroaten und Tschechen in der unausgegorensten Gestalt zu Tage treten lassen. Nur von solcher Seite allein wiederholen sich Äußerungen über die Hinfälligkeit des Dreibundes. Es lohnt sich eigentlich kaum, bei einer Betrachtung in großen Zügen auf so kleinliche Standpunkte einzugehen, doch ist es nicht unangebracht, wenn der Tscheche Kramarz vor einigen Jahren den Dreibund als „überspieltes Rugbyspieler“ bezeichnete und vor kurzem wieder von der „archaischen“ Bedeutung desselben sprach, darauf hinzuweisen, wie naiv sich auch in den begabtesten Köpfen eines Kleinvolkes, dessen politischer Horizont nicht über das engbegrenzte Gebiet des eigenen Volkstammes hinausgeht, der Blick in die Weite der großen Politik kundgibt. Daß der Dreibund nicht mehr der alte ist, das braucht doch Herr Kramarz vernünftigen Leuten nicht zu sagen. Zunächst war er nur als Bund gegründet zum Schutze des Friedens in Europa mit dem ausgesprochenen Zwecke, den Besitzstand der Verbündeten zu wahren, darum mag auch der alte Dreibund einen etwas engen und veralteten Baustil als erste Trutzburg des europäischen Friedens aufweisen. Aber nicht nur der Mensch wächst mit seinen höheren Zwecken, auch der Dreibund hat die Befähigung zur weiteren Entwicklung dargetan. An die alte Fliehburg haben sich mächtige moderne Neubauten angeschlossen, deren gesichertes Ziel die Erhaltung des Friedens im Weltteil unter allen Umständen sein soll und sein wird. Die Bürgschaften des Friedens

innerhalb Europas sind stärker geworden. Allerdings hat die sogenannte imperialistische Bewegung der Seestaaten, die nach internationaler Ausdehnung und Eroberung durch die Mittel des wirtschaftlichen Wettbewerbes strebt, um zu einem geschlossenen Handelsstaate zu gelangen, die gegenseitigen Angriffsflächen sowohl im bildlichen wie im tatsächlichen Sinne in ungeahnter Weise vermehrt. Darum wurde auch an gar vielen Orten der Funke kriegerischer Verwicklung geschürt, der auch an einzelnen Stellen zur Flamme aufschlug, die aber zu unbedeutend blieb, um das europäische Staatengebäude irgendwie zu gefährden. Das sind alles Gesichtspunkte, die weit über den Fassungskreis von Leuten wie Kramarz und Konsorten hinaus liegen. Sollte sich aber durch ein Ungefähres, das niemand voraussehen kann, infolge der heutigen, die Welt bewegenden Strömungen ein großer Kriegsbrand entzünden, sollten selbst die erwähnten modernen Neubauten des europäischen Friedensbundes nicht standhalten, so darf doch jedermann versichert sein, daß die alte Stammburg, der Dreibund, den Sturm überdauern und sich den Frieden erhalten wird. Treffend charakterisierte ihn der deutsche Reichskanzler Graf Bülow im März 1902 im deutschen Reichstage: „Wenn ich die Natur des Dreibundes in zwei Worte definieren soll, so würde ich sagen, daß er der inneren und äußeren Entwicklung der durch ihn verbündeten Reiche keine anderen Schranken auferlegt als diejenigen, welche durch die Rücksicht der Aufrechterhaltung des status quo und somit des Friedens geboten sind. Durch diesen auf die Dauer berechneten Charakter unterscheidet sich der Dreibund von der langen Reihe ähnlicher Koalitionen, welche frühere Zeiten gesehen haben. Der Dreibund hat von der heiligen Allianz die friedenerhaltende Tendenz übernommen, aber er ist weit davon entfernt, die innere Entwicklung der durch ihn verbundenen Reiche in enge und der Natur der Völker widersprechende Bahnen zwingen zu wollen. Der Dreibund ist von allen Allianzen und Koalitionen der beiden letzten Jahrhunderte diejenige, die gleichzeitig am friedlichsten und stärksten, am dauerhaftesten und elastischsten ist.“ Dieser europäische Friedensgedanke ist nachgerade auch für die anderen Staaten die politische Grundlage geworden, nach der sie sich richten und die sie hochhalten.

Auch der nicht berufsmäßige Politiker muß sich gewöhnen, einen freieren Blick in die erweiterten Verhältnisse zu tun. Er wird dann das wilde Gewirr der täglichen Zeitungsnachrichten leichter ertragen und überwinden. Namentlich möchten sich die Parteipolitiker aller Länder klar darüber werden, daß es eigentlich keine örtlichen Fragen mehr gibt. Immer enger knüpfen sich die entlegensten Länder zu einem einzigen Organismus zusammen, der jeden Vorgang in irgend einem Teile sofort an allen Stellen empfindet und darauf reagiert, und keine Verwicklung könnte entstehen, ohne daß gleich mehrere Weltteile in sie hineingezogen werden. Daneben schrumpfen die inneren parteipolitischen und nationalen Fragen und Streitigkeiten zu rein örtlichen Ereignissen zusammen, die von den betreffenden Kreisen selbst ausgetragen werden müssen, was bei gutem Willen und einiger Einsicht auch ganz

gut möglich wäre. Jedes Volk, das mit solchen Nebendingen seine Kräfte und Zeit vergeudet, bleibt bei den heutigen Wehen, die die Welt bewegen, unlenkbar zurück. Das abgelaufene Jahr hat keine welterstütternden Ereignisse gebracht, aber doch an einer Unzahl von Erscheinungen gezeigt, daß sich große Dinge vorbereiten. Auch der einzige Fall, dem eine weittragende Bedeutung hätte beigemessen werden können, der Personenwechsel auf dem päpstlichen Stuhl, hatte keine sichtlichen Veränderungen eingeleitet. Wohl ist unter der Regierung Leo's XIII.

nach dem Verlust des weltlichen Besitztums die geistige Macht des Papsttums bedeutend gewachsen, doch nicht in dem Maße, daß es heute neben den Strömungen, die in der Weltpolitik zu Tage treten, eine ausschlaggebende Rolle zu spielen in der Lage wäre. Sonst ist alles während des Jahres 1903 im großen und ganzen äußerlich beim alten geblieben und auch die Stellung der Mächte bietet das gewohnte Bild. Aber „die Zukunft liegt auf dem Wasser“.

Das Deutsche Reich.

Das Deutsche Reich beim Jahresbeginn. * Der Reichstag. * Kulturelle Angelegenheiten. * Reisen des Kaisers und seiner Söhne. * Kieler Woche und Nordlandsfahrt. * Die Reichstagswahl. * Erkrankung und Genesung des Kaisers. * Polen Dänen, Welfen. * Der neue Reichstag. * Zur wirtschaftlichen Lage. * Heer, Flotte, Kolonien. * Aus Preußen. * Mittel- und Kleinstaaten.

Das Deutsche Reich beim Jahresbeginn.

Während das deutsche Reich glücklicherweise von den internationalen Handeln im vergangenen Jahre nur wenig berührt wurde, ging es im Innern um so lebhafter zu. Schon der vorausgeschickte kurze Überblick kann darüber belehren, wie entscheidend es für die Zukunft des Reiches ist, daß es noch in zwölfter Stunde in die Reihe der Kolonialmächte, also der Weltmächte, eingetreten war und daß an der Spitze der Nation ein Kaiser steht, der, nicht mehr befangen in den Schranken kontinentaler Politik, mit weitem Blick die ganze Welt überschaut, der als erster unter den Hohenzollern, ja als erster unter den deutschen Kaisern überhaupt — ein Seemann ist. Mit der Begründung des Deutschen Reiches war vor dreiunddreißig Jahren tatsächlich ein neuer Tag, ein Abschnitt in der weltgeschichtlichen Entwicklung der europäischen Staatenwelt herein gebrochen, und wo heute Deutschland stehen würde ohne 1866 und 1870, das ist gar nicht auszudenken. Aber dreiunddreißig Jahre sind ein Menschenalter, sind der dritte Teil eines Jahrhunderts. Meist verfliehet ein solcher Zeitraum fast ereignislos, aber mitunter kann eine kürzere Spanne Zeit einen Weltteil umstürzen; man denke nur an die napoleonische Periode. In den letzten dreiunddreißig Jahren hat Europa Frieden gehabt, dank der unvergleichlichen Staatskunst Bismarck's, der keine Koalition gegen Deutschland aufkommen ließ, und in gleichem Maße wegen der Furcht vor der deutschen Armee, was durchaus nicht vergessen werden darf. Der großen Masse der deutschen Reichsbürger gefiel das ganz gut und sie richteten sich unter sorgfältiger Wahrnehmung aller berechtigten und unberechtigten Eigentümlichkeiten mit großer Behaglichkeit ein, um so mehr, da das Vorrecht, im Wirtshause auf die Regierung und die Steuern schimpfen zu dürfen, nicht nur vollkommen gewährleistet blieb, sondern noch durch die Parlamentsberichte und Zeitungs glossen bekräftigt wurde und eine wunderbare Illustrierung und Bestätigung erfuhr. „Der hat's ihnen

einmal wieder gegeben“, war da die freundige Empfindung, von den übrigen Teilen der Zeitung wurde nur flüchtig Kenntnis genommen, die Kraft- und Saftstellen genügten. Das „tua res agitur“, daß es sich in den Parlamentsverhandlungen um ihr Geld und ihre Zukunft handelt, das hat die große Menge der Zeitungsleser nicht einsehen gelernt, ein halbes Jahrhundert parlamentarischen Lebens hat ihre politische Einsicht wenig geschärft, eher verwirrt und sie zum Nergeln bereit gemacht. Der beschränkte Standpunkt der sich immer mehr zersplittenden Parteien hat zur Förderung dieser Stimmung noch beigetragen, immer wird der Regierung in die Schuhe geschoben, was doch nur Schuld der parlamentarischen Einrichtungen ist oder nur durch Mitwirkung dieser beseitigt werden kann.

Da zanken auf der einen Seite die am Alten hängenden Elemente über die „Schwäche der Regierung“, weil sie nicht scharf genug gegen die Sozialdemokraten vorgeht, während doch im Reichstage keine Mehrheit für ein „Ausnahmegesetz“ zusammenzubringen ist; war doch im Jahre 1878, nachdem zweimal auf den alten Kaiser Wilhelm geschossen worden war, im „freien“ Deutschland auch nur ein Sozialistengesetz „auf Zeit“ zu stande gekommen. Wäre der feste Wille im deutschen Bürgertum für ein schärferes Vorgehen vorhanden, so würde eine entsprechende Maßnahme und eine Mehrheit im Reichstag selbstverständlich da sein, so aber kommt man über das kraftverzehrende Nergeln gegen die Regierung nicht hinaus. Auf der anderen Seite wird der nun leider einmal in der historischen Entwicklung Deutschlands begründete konfessionelle Zwiespalt in beiden Lagern eifrig geschürt, und niemand ist eingedenk der offenkundigen Tatsache, daß es doch reinweg dem Zufall, vielmehr dem Einfluß landesfürstlicher Gewalt in den letzten Jahrhunderten, zuzuschreiben ist, ob von zwei Leuten, die einige Meilen voneinander wohnen, die sonst ganz gleichen Stammes sind, der eine katholisch, der andere protestantisch geboren, getauft und erzogen wird. Im Feldzuge gegen Frankreich dachte kein Mensch an diese Unterschiede, da wußte auch der katholische

Altbayer, wenn er bei Orleans in heißem Kampfe mit den Franzosen lag, daß bald die preussischen Pickelhauben neben ihm auftauchen würden, und er hielt sich um so tapferer. Die lange Friedenszeit hat die großen Gesichtspunkte in den Hintergrund treten lassen, konfessionelle und partikularistische, parteipolitische und wirtschaftliche, monarchische und kryptorepublikanische (wie sie Bismarck zu nennen pflegte), Klassen- und soziale Gegensätze spielen wieder die ausschlaggebende Rolle und werden von einer eifrigen Presse, die damit ihre Abonnenten mehrt, von beifallsüchtigen Partei- und Gewerbedrednern (auch auf dem Katheder und der Kanzel) sorgsam gepflegt. Erscheinungen und Folgen des modernen Verkehrs, die, wie das Wetter, gar nicht vom Einfluß der Regierung und Verwaltung abhängen, werden in ihrer Notwendigkeit nicht erfasst, zu politischen Fragen gestempelt und von der Regierung Abhilfe verlangt. Mit Behagen gibt man sich dem Genuß der neuzeitlichen Vorteile hin, aber die damit unvermeidlich verknüpften Nachteile empfindet man mit Ärger und verlangt von der Regierung, sie solle sie beseitigen. Solange auf der Welt mit billigen Mitteln mehr gebaut wird, als verzehrt werden kann, wird die Landwirtschaft immer ein sorgenvolles, wenig lohnendes Gewerbe bleiben. Alle Schutzzölle können diese Weltlage nicht ändern, sie vermögen nur den allgemeinen Niedergang zu verhindern und dadurch, daß sie dem Staate Einkünfte gewähren, die sonstige Steuerlast erleichtern. Ähnlich liegt es mit anderen Folgen der modernen Entwicklung des Verkehrs und der Technik, die sich beim Handwerk und dem Handelsgewerbe äußern und gar nicht zu ändern sind. Statt die Unabwendbarkeit zu begreifen und sich auf neuen Grundlagen und neuen Mitteln mit Tatkraft dagegen zu wehren, verlangt man vom Staat Abhilfe, auch wo sie gar nicht gewährt werden kann, und versinkt in nutzlose Negerlei. So ist der üppig wuchernde Nährboden für die Sozialdemokratie entstanden, dem sie immer neue Kräfte entnimmt, weil ihn die Unzufriedenheit auch staatsertaltender Volkselemente befruchtet, so daß darüber die gesunden Triebe zu Grunde gehen. Es soll hier nicht behauptet werden, daß Deutschland in allem und jedem ein Musterstaat sei, aber so viel ist doch sicher, daß auch diejenigen Volkskreise, die durch ihre Lebensbedingungen zunächst an die Staatserhaltung gebunden sind, nicht mehr das alte Vertrauen zur Regierung haben. Und dazu verbittern sie sich noch in dieser Stimmung, die sie überdies durch eigene Schuld verschlimmern. Sie haben ihre Bedürfnisse über das Maß ihrer Mittel gesteigert, hängen sich an Äußerlichkeiten, die ihnen keine innere Befriedigung bieten, und so sind sie unzufrieden mit dem eigenen Leben und Treiben, dem sie keinen Inhalt zu geben vermögen.

Da werden pomphafte offizielle Feste gefeiert, bei denen man sich absichtlich über Vergangenes begeistert, dem man etwas Beliebiges, nur nicht die geschichtliche Wahrheit unterzieht. Was wird da nicht alles über Bismarck geleistet, die gebildetsten Männer tun dabei ihren Mund auf, um Legenden zu erzählen, seit der Recke aus dem Amte geschieden ist und im Mausoleum in Friedrichsruh

schläft. Es soll hier gar nicht an die Zeit vor 1866 erinnert werden, da nicht etwa die Sozialdemokraten — die gab es ja damals noch nicht —, sondern das studierte und wohlhabende Bürgertum sich an Bismarck und seinem königlichen Herrn ärger vergangen hat wie heute Bebel und sein Anhang gegen den Kaiser und Bülow. Wie ist es denn aber tatsächlich später gewesen? In dem Kampfe gegen die Übergriffe der katholischen Kirche verließen ihn zuerst die Fortschrittlichen, die vorher im Triumph den Namen „Kulturkampf“ erfunden hatten. Wegen des Sozialistengesetzes mußte einmal der Reichstag aufgelöst werden, ebenso wegen der Heeresvorlage. Die jahrelangen Kämpfe um die Änderung der Handelspolitik, die Finanzierung des Reiches, die verschiedenen Phasen der Sozialreform, die Tatsache, daß Bismarck einzelne Vorlagen drei- bis viermal einbringen mußte, ehe sie durchdrangen, daß er, um eine sozusagen anständige und den Verhältnissen anderer Staaten entsprechende Besteuerung des Tabaks und Branntweins durchzusetzen, das Schreckmittel der Monopolvorlagen anwenden mußte — alles das haben die sogenannten falschen „Bismarckpfaffen“, die bloß vorgeben, als verstünden sie etwas von Bismarck, um damit die Verbitterung der Menge zu schüren, eskamotiert, sie predigen in allen Tonarten: Ja, unter Bismarck, da war es ganz anders, da war immer alles klar, da ging auch alles durch. Genau das Gegenteil ist richtig, es hat niemals eine kampfreichere, unsicherere Periode der inneren preussisch-deutschen Politik gegeben, wie die letzten anderthalb Jahrzehnte der Bismarckschen Ministerpräsidentschaft und Reichskanzlerschaft. Daß eine einsichtsvolle, getreue Mehrheit hinter ihm stand, hat kaum ein Jahrzehnt, von 1867 bis 1877, gedauert. Alles andere ist Legende, die aus Unkenntnis der neueren Geschichte oder in der Absicht verbreitet wird, die Stellung der Minister und die Festigkeit der Monarchie damit zu untergraben, ebenso wie man es früher unter Bismarck mit anderen Mitteln versucht hatte. Das deutsche Bürgertum kennt seine neuere Geschichte nicht, das tägliche Durchheften der verwirrenden Zeitung hat keinen bleibenden Eindruck, dagegen aber den Abscheu vor dem Lesen eines ernsten politischen oder geschichtlichen Buches hinterlassen; darum läßt sich die Menge sogar über das täuschen, was sie selbst noch miterlebt hat, und verfällt dem ersten besten geschickt geprägten Parteis Schlagwort. Und weil aus dieser Unkenntnis des wahren geschichtlichen Zusammenhanges, aus dem Gegensatz zwischen dem Großen, was wirklich ist, und dem Luftschloß, das man hineinbauen möchte, der gesteigerten Genußsucht und den ewigen Klagen über die schlechten Zustände ein innerer Zwiespalt des Gemütslebens, ein offener Widerspruch zwischen Schein und Wesen der Dinge hervorgegangen und damit die Basis zur Komik geschaffen ist, hat sich ein verderblicher Gang zu boshafter Witzelei und ägendem Spott entwickelt, der nach der ersten erheiternenden Wirkung abermals nur eine unbehagliche Stimmung hinterläßt. Es hat ja immer Blätter und Bücher gegeben, die ihren Witz an leitenden Persönlichkeiten wie an vorhandenen Mißständen in oft recht derber Weise übten, aber man wollte damit



Die Bismarck-Säule in Köln, Entworfen und ausgeführt von Arnold Hartmann in Berlin.

bessern. Und es gab ja auch in den politisch zersplitterten und wirtschaftlich gespaltenen und zurückgebliebenen deutschen Landen so vieles zu bessern, und alle, die bessern wollten, wenn sie sich auch häufig auf Irrpfaden und aussichtslosen Wegen befanden, trugen den Drang in der Seele, aus ihrem tüchtigen deutschen Volke etwas zu machen. Und heute, wo so Großes erreicht worden ist, wie es die Väter kaum zu erhoffen wagten, wenn es auch als Menschenwerk nicht aus lauter Vollkommenheiten besteht, ist die Gewohnheit des Wählens zu

einer wahren Krankheit geworden. Und da sie sich nicht an das aller Welt imponierende Große gewohnt, sucht sie es in Einzelheiten zu benärgeln und untergräbt Sitte und Scham, Autorität und Pietät, die uralten Grundlagen des deutschen Volkstums. Aus diesem Rückgang der edelsten Triebe ist die ganz gewöhnliche hämische und unfruchtbare Schadenfreude als Grundzug des modernen Witzes hervorgegangen. Partikularismus und Demokratisismus, genußfüchtige Schläffheit, unberechtigte Überhebung in allen Kreisen, sowohl der gebildeten wie der ar-

beitenden Klassen, sind an diesem Verfall der öffentlichen Gefinnung in gleichem Maße beteiligt, dazu nicht minder der alte Fehler der Deutschen, sich als politisches Klageweib wohl zu fühlen, was sie nicht hindert, gelegentlich einmal vor Fremden mit großen Worten zu prahlen. Bismarck kannte seine Deutschen sehr gut und sagte darum u. a. am 18. Oktober 1878 im Reichstag: „Der Deutsche hat an und für sich eine starke Neigung zur Unzufriedenheit. Ich weiß nicht, wer von uns einen zufriedenen Landsmann kennt.“ Und wieder am 5. Mai 1881: „Was man hat, verliert an Wert, der Besitz macht gleichgültig; was man hat, das will man nicht, und was man nicht hat, das will man, und so geht es mit dem Deutschen Reiche. Seitdem es als wohlbesessen erscheint, hat man nicht mehr dieselbe lebendige Teilnahme, es ist nichts Neues mehr, es kommt vielen Leuten vor, als wenn es immer so gewesen wäre, namentlich diejenigen, die keine Erinnerung an die Vergangenheit haben; und als ob es immer so bleiben müßte. Ich möchte doch darum sehr inständig bitten, daß man sich diesem Wahne nicht hingeebe, als ob ohne eigene Mitwirkung, ohne eigene patriotische und selbstlose Hingebung für das Vaterland je eine Nation die Wohltaten, deren sich jetzt der Deutsche nach langer Entbehrung erfreut, sich auf die Dauer bewahren könnte.“ Es ist in diesen Tagen, in denen der Geist Bismarcks so oft gegen Kaiser und Kanzler wie überhaupt gegen die ganze Gegenwart von unberufenen Seiten heraufbeschworen wird, an der Zeit, an solche Worte zu erinnern, die den wahren Geist des Altreichskanzlers widerspiegeln.

Schiller sagt in seiner Geschichte des Abfalls der Niederlande: „Manche Staaten stürzen mit einer prächtigen Erschütterung zusammen, mit erheblichem Schwunge stiegen andere auf.“ So ist auch das neue Deutsche Reich mit erheblichem Schwunge aufgestiegen, eine ungeheure Summe ernster, stiller und sittlicher Arbeit hatte das deutsche Volk endlich befähigt, den seiner inneren Kraft entsprechenden Platz in der Reihe der Völker einzunehmen. Aber je höher ein Volk vom Geschick begünstigt worden ist, desto mehr muß es ringen, um das ihm anvertraute Pfund zu sichern und zu mehren. Kein Kulturvolk der Neuzeit hat sein höchstes Gut, seine aus Sitte und Geschichte erwachsene Staatsidee so oft vergraben wie das deutsche, aber auch ebenso oft erfahren, daß nur die Treue zum Volkstum und Staat davor bewahrt, hart bestraft und in die Qual des staatslosen Lebens hinausgestoßen zu werden. Um äußere Feinde zu überwinden, war das deutsche Volk von jeher stark genug, und wenn es zusammenhielt, war es unüberwindlich, im Innern ist ihm dies nur selten geglückt, weil es sich selbst die Hände band durch Zwist und falsche Bedenken. Das haben wir in der Gegenwart wieder vor Augen. Alte konfessionelle Gegensätze, die mit der göttlichen Lehre des Christentums nichts zu tun haben, sucht man von beiden Seiten wieder anzufachen; das Volk wählt auf verblaßte, abgebrauchte Parteischablonen hin, die längst jede innere Bedeutung verloren haben, die nur noch bei Parteiversammlungen als inhaltlose Festzeichen entfaltet werden; und den größten Zulauf hat die Partei, die mit den

achtundvierziger Schlagworten am tollsten herumzuwerfen versteht. Der daraus hervorgegangene Reichstag zeichnet sich durch eine geradezu sträfliche Pflichtvergessenheit aus, indem er in den meisten Fällen die Sozialdemokraten schalten und walten läßt, während die Parteien der Mehrheit nur selten eine so große Anzahl von Mitgliedern zusammenbringen, um diese Herrschaft zu brechen und dem Willen der bürgerlichen Mehrheit Geltung zu verschaffen. Es fehlt auch da die sittliche Kraft, und die Tatsache, daß andere Parlamente unter Umständen noch tiefer stehen, kann doch nur ein dürftiger Trost für das deutsche sein. Die Folge davon ist, daß im Reichstag ein grober Mißbrauch mit der Redefreiheit getrieben wird, daß man tagelang über Dinge verhandelt, die verfassungsmäßig von der Zuständigkeit des Reichstags ausgeschlossen sind, und daß infolge der sich endlos hinziehenden Erörterungen in der großen Masse des Volkes jedes Interesse an den Verhandlungen seiner eigenen Vertretung erloschen ist. Auch die ausgezeichnetste Vertretung der Regierung kann niemals die mangelnde Beschlussfähigkeit des Hauses ersetzen. Durch die geradezu sträfliche Pflichtvergessenheit und Gleichgültigkeit der Mehrheit ihrer Mitglieder wird verschuldet, daß in der gesetzgebenden Versammlung des hochgebildeten und innerlich tief monarchisch angelegten deutschen Volkes eine Partei vorherrschen kann, die sich selbst als eine republikanische bezeichnet und alle Grundlagen der Staatsordnung und der bürgerlichen Gesellschaft in Frage stellen will. Der ganze Reichstag ist tatsächlich an den meisten Sitzungstagen nichts mehr als eine günstige Gelegenheit für die Sozialdemokraten, um von dieser gesetzlich bevorzugten und geschützten Stelle aus Agitationsreden zum Fenster hinaus zu halten, die dann von der sozialdemokratischen Presse eifrig verbreitet werden und den urteilschwachen Leuten draußen als Meinung des Reichstags erscheinen. Und da will man sich, noch dazu bei der sonst in allerhand Parteien zerklüfteten Masse des Bürgertums wundern, daß die Sozialdemokraten bei jeder Wahl zunehmen, wenn man ihnen die Agitation gratis liefert.

Seit der Proklamierung der sogenannten allgemeinen Menschenrechte sind die Parlamente ein notwendiges Glied in einem geordneten Staatswesen, sie hemmen und sie fördern, je nachdem. In Zeiten nationaler Erhebung, wenn große Ziele die auseinanderstrebenden Kräfte zu einheitlicher Arbeit binden, kommt in ihnen das Selbstgefühl des Staates überwältigend zum Ausdruck; in den sogenannten guten Tagen, in denen jeder hinreichende Zeit hat, über seine persönlichen Meinungen und Wünsche nachzusinnen, sind sie ein Barometer für den Niedergang der großen idealen Gesichtspunkte und für das Aufsteigen ganz offen betriebener oder flugverhüllter Interessenwirtschaft. Dann erscheinen sie vielfach nur als ein notwendiges Übel, die Berufsparlamentarier, die davon leben und in der Förderung des rein parlamentaristischen Treibens ihr eigenes Element sehen, herrschen vor, und dann gilt der Satz des weisen Chilon wieder: „Der Staat befindet sich am besten, wo die Gesetze am meisten und die Redner am wenigsten Gehör finden.“ Auch

in Deutschland ist der Reichstag heutzutage zum eigenen Zerrbild herabgesunken und die angebliche Öffentlichkeit ist ihrer segensvollen Wirksamkeit für das allgemeine Wohl entkleidet worden. In geheimen Fraktionsbeschlüssen wird alles vorher abgekartet, die Wirkung der öffentlichen Rede ist bloßer Schein, denn die Reden werden nur noch zum Fenster hinausgehalten für den Wähler, der daheim in seiner Parteizeitung die Worte der Parteigenossen und erst recht die des am Orte Gewählten in breiter Ausführlichkeit empfängt, während alles andere verkürzt, verzerrt oder gar nicht berichtet wird. So wird ihm ein absichtlich entstelltes Bild der Lage im Parlament und der Verhältnisse im Staat unterschoben und die Entscheidung über seine Stellung zu den Fragen des Vaterlandes im Interesse einer Partei, oder richtiger der Führer, in nachteiliger Weise für das öffentliche Wohl beeinflusst. Unter diesen Verhältnissen und bei der in gleich parteilichem Sinne betriebenen Wahlaktion werden die „freien Wahlen“ zum Unsinn, denn niemand hat eine freie Meinung, sondern sie wird ihm von der Partei oder der Umgebung suggeriert. Die Folgen davon treten immer deutlicher bei den Wahlergebnissen hervor. Die Gruppen, denen Deutschland seine Einigung und seine neubegründete Weltstellung — soweit dies überhaupt von der Mitwirkung des Parlaments abhing — verdankt, sind beiseite gedrängt worden, zum großen Teile durch eigene Schuld, weil sie der in Deutschland vorherrschenden Neigung zum Doktrinarismus verfallen waren, der ein Feind jeder lebensfähigen Anpassung an das Werden ist. In Zeiten, in denen im Leben einer Nation keine große Not oder keine große Aufgabe die Seele erfüllt, wo aus der Vergangenheit, die die junge Generation nicht miterlebt hat, Reizmittel zur Begeisterung hervorgefucht werden, da sind die erhaltenden Elemente überhaupt immer im Nachteil gegenüber den unzufriedenen und begehrliehen. Diese haben etwas zu gewinnen und ihre Schlagworte kommen aus verbitterten Herzen. Dergleichen wirkt mehr als Begeisterung für nicht miterlebte Ereignisse, deren glücklichen Erwerb man schon in der Wiege vorgefunden hat. Unter solchen Umständen ist es kein Wunder, daß sich nicht allein die in Gehorsam geschulten und an willenslose Unterwerfung unter die Häuptlinge gewöhnten Genossen als treues Gefolge erweisen, sondern sich ihnen auch viele „verärgerte Biedermänner“ anschließen. Demgegenüber könnte nur das feste Zusammenschließen der gebildeten Kreise ein genügendes Gegengewicht bieten, das ist aber erfahrungsgemäß nicht zu erreichen, wie wieder die Entwicklung unserer parteipolitischen und parlamentarischen Verhältnisse lehrt. Die Völker lernen nichts aus der Geschichte; das hat schon seinerzeit Hegel behauptet und Johannes Scherr wiederholt. Das meist als „liberal“ bezeichnete deutsche Bürgerium ist nicht anders und wird sich nicht eher aufraffen, als bis ihm die sozialistischen Wasser noch höher an den Hals gestiegen sind. Es bei Wahlen fortzureißen, ist bei großen Fragen der nationalen Existenz möglich gewesen, bei Fragen des inneren Parteihaders nicht. Vorläufig muß der Kaiser und die Regierung an allem schuld sein. Die Rechte, die die freie Verfassung dem Volke

gegeben hat, werden als Unrecht empfunden, wenn andere energisch davon Gebrauch machen, und dann soll die Regierung Ausnahmegerichte dagegen schaffen, die doch auch nur möglich wären, wenn das Bürgerium mit Einsicht und Einmütigkeit ein dafür geeignetes Parlament wählte.

Von gewisser Seite ist versucht worden, dem nationalen Leben ein neues politisches Ziel zu setzen, um ihm neue Anregung zu bieten. Das ist von der alldeutschen Richtung beabsichtigt worden, als sie die Ziele einer angeblichen deutschen Weltpolitik aufstellte. Was sie aber dafür hält, ist nicht viel mehr, und wahrscheinlich für alle Zeiten, als eine bloße Träumerei. Ein Programm, das die Angliederung von Deutschösterreich, der Schweiz, Hollands, Luxemburgs, des flämischen Belgien und der flämischen Teile von Frankreich sowie der angeblich deutschen russischen Ostseeprovinzen, ein Bündnis oder gar eine staatsrechtliche Verbindung mit den skandinavischen Ländern, die völkische Sammlung der Deutschen in Nordamerika, die Besiedlung afrikanischer Gebiete, Eroberungen und Besitzergreifungen in Zentral- und Südamerika, Kampf auf Leben und Tod mit England, später auch mit Rußland und den kleineren slawischen Staaten, vielleicht auch mit den romanischen Ländern, ins Auge faßt, ist eine politisch unreife Phantasie, von der vielleicht einmal das eine oder das andere Stück bei günstiger Gelegenheit ausgeführt werden kann, die aber als Gesamtplan schlechthin unmöglich ist. Dergleichen denkt man vielleicht einmal, wenn man über die Möglichkeiten der Zukunft des eigenen Volkes sinnt, aber ein Programm, das die halbe Welt berauben will, kann doch bloß eine naive Selbstüberschätzung und eine höchst bedenkliche Eigenliebe in die Welt setzen. Die politische Kindlichkeit merkt nicht, daß die erste offene Verlautbarung eines solchen Programms die ganze Welt gegen Deutschland in Waffen rufen würde, die Alldeutschen übersehen ja sogar, daß ihr begehrlisches Gerede über völkische Ansprüche dem Auslande die wirksamsten Waffen zu deutschfeindlichen Hezereien liefert. Gewiß hat Preußen 1866 und mit ihm Deutschland im Jahre 1870/71 die Früchte dafür geerntet, daß es zum Unterschiede zu anderen Staaten die Opfer der allgemeinen Wehrpflicht ein halbes Jahrhundert getragen hatte. Seine unerwartete Heeresentwicklung, neben einer auch in anderen Ländern zeitweilig erreichten tüchtigen Schulung und hervorragenden Führung, hat gestattet, die Karte Mitteleuropas zu revidieren und das Deutsche Reich zu schaffen, dessen Grundlagen die unvergleichliche Staatskunst eines Bismarck um so sicherer legen konnte, als niemand angeht, einer so siegreichen, unerschütterten und sich noch täglich vergrößernden Armee einen Einspruch dagegen wagte. Seinerzeit auf dem Wiener Kongreß war es anders gewesen, trotz der enormen Opfer Preußens an Blut und Gut vermochte Hardenberg nur einen dürftigen Frieden abzuschließen und es ist heute nicht ohne weiteres zu behaupten, daß dem politischen Genius eines Bismarck damals größere Erfolge beschieden gewesen wären. Die Machtverhältnisse, namentlich aber die entscheidenden militärischen, lagen zu jener Zeit ganz anders. Und das ist heute wieder der Fall. Die Macht-

verhältnisse seit 1870 haben sich von Grund aus geändert. Seitdem auch seine Nachbarstaaten die allgemeine Wehrpflicht durchgeführt haben, ist für Deutschland die Möglichkeit, eine gleiche Machtführerlegenheit zu entwickeln, geschwunden, denn selbst das in der Bevölkerungszahl so auffällig zurückbleibende Frankreich würde wohl wieder geschlagen, aber niemals so weit niedergedrungen werden können, daß es abermals bezahlen müßte, was Deutschland verlangt. Ganz abgesehen davon, wie sich die anderen Mächte verhalten würden, liegt doch klar zu Tage, daß die seinerzeitigen Gambettaschen Armeen, von denen allerdings ein Bataillon eine preußische Landwehrkompanie nicht zu erschüttern vermochte, im nächsten Kriege aus geübten alten Soldaten bestehen würden, die niederzuwerfen nicht so leicht sein dürfte. Im günstigsten Falle würde Deutschland immer noch einen Teil seiner Kriegskosten selbst tragen müssen, und was das heißen würde in einem Kriege der Zukunft, wo Millionen in Marsch gesetzt werden, das bedarf keiner weiteren Ausführung. Ähnlich wie gegenüber Frankreich liegen die Machtverhältnisse Deutschlands auch den anderen Mächten gegenüber. Die Heere der allgemeinen Wehrpflicht sichern selbst den etwas schwächeren Staat vor der Vernichtung, aber zu Eroberungszwecken reichen sie auch bei den mächtigsten nicht aus. In dieser von allen leitenden Politikern erkannten Sachlage beruht die gegenwärtige politische Gleichgewichtslage in Europa, die allen Mächten Gelassenheit gewährt, alle irdischen Zwistigkeiten zu vergessen, einander nahezutreten und gemeinsame nützliche Schritte zu vereinbaren. Bei der Unmöglichkeit, einander etwas anzu tun, zwingt sie der Tatendrang zu gemeinsamem Tun, aus dem sich mit der Zeit die so notwendige Weltteilspolitik entwickeln wird.

Es ist unter diesen Umständen eine politische Kurzsichtigkeit ohnegleichen, daß sich in Deutschland eine Richtung vordrängen will, die eine europäische Koalition gegen Deutschland zur notwendigen Folge haben müßte, wenn sie auch nur einigermaßen zur Geltung käme, also eine politische Wendung, die die Staatskunst Bismarck's stets als die ungünstigste ansah und die er glücklich abzuwehren mußte. Man scheint sich auf dieser Seite gar nicht darüber klar zu sein, daß die überall eingeführte allgemeine Wehrpflicht eine Eroberungspolitik geradezu ausschließt, und daß man nicht ohne weiteres mit deutscher Tapferkeit in Paris, Petersburg oder Wien siegreich einziehen kann. Daran ist nicht etwa schuld, wie alldeutsch gefärbte Blätter fortwährend anzudeuten für gut finden, daß der Kaiser und Graf Bülow nur Reden halten, daß sie überallhin „Verhauungen“ machen, daß sie nicht „mit Kürassierschleichen“ auftreten, wie Bismarck seinerzeit getan haben soll. Letzteres ist direkt unwahr, denn der Reichskanzler hat sich stets der gemessensten Höflichkeit in der Diplomatie bedient und seine Abfertigungen ausländischer Übergriffe bei gelegentlichen Zusagen im Reichstage sind vom jetzigen Reichskanzler in verbindlicher, aber unzweideutiger Form wiederholt worden. Demgegenüber den forschenden Patrioten spielen zu wollen und damit die Unzufriedenheit in den weniger urteilsfähigeren Kreisen der Bevölkerung zu mehren, ist kein vaterländisches und

volksfreundliches Werk. Die auffallende Sicherheit und Schneidigkeit, mit der die deutsche Kriegsverwaltung binnen wenigen Tagen einst beim chinesischen Aufstande und letzthin wieder in kleinerem Maßstabe beim Aufstande in Südwestafrika eine entsprechende Wehrmacht aufstellen und im Handumdrehen an Ort und Stelle zu bringen vermochte, ist für alle Welt Lehre genug, daß es nicht gut sei, mit Deutschlands Wehrmacht anzubinden, und daß man ihm, wenn auch mit saurer Miene, seinen Platz an der Sonne lassen müsse. Darin liegt das Wesen der deutschen Weltpolitik, nicht in den alldeutschen Phantasmen, die nur Schaden stiften können und der Vergelei Vorschub leisten.

Wir können nicht umhin, zu betonen, daß man der deutschen Politik und der Persönlichkeit des Kaisers Wilhelm II. im Auslande gerechter wird als daheim, und schließen mit einer kurzen Charakteristik des Kaisers, die Max Nordau aus Paris in seinem Überblick „Das Jahr 1903 in der Weltgeschichte“ in der Wiener „Neuen freien Presse“ gibt. — Er sagt: „Kaiser Wilhelm scheint der einzige deutsche Geist zu sein, der das Erdenschicksal seines Volkes auf lange Zeit hinaus vorherzusehen und vorherzubestimmen sucht. Er allein denkt an später notwendig werdende Märkte, Wohngebiete, Schutzherrschaften. Er allein sucht sich eine scharf umrissene Vorstellung von den zur Erwerbung dieser Erfordernisse zweckmäßigen oder unerlässlichen praktischen Vorkehrungen zu bilden und ohne Säumen wie ohne Hast danach zu handeln. Die Entwicklung der Kriegsflotte, Bündnisse mit diesen, gutes Einvernehmen mit jenen Mächten, die Förderung gewisser Bahn-, Schifffahrts-, Handels- und Siedlungsunternehmungen außerhalb, zum Teil sehr weit jenseits der Reichsgrenzen, sind Glieder eines organischen Gesamtplanes, der fertig vor seinem inneren Auge steht und an dessen Verwirklichung er methodisch arbeitet. Eigentlich hat er dabei noch keine Mitarbeiter, denn die Vollstrecker seines Willens sind schwerlich in seine letzten Absichten eingeweiht und sie übersehen das Werk nicht, an dem sie zu schaffen berufen sind. Das Volk aber geht nur zögernd, widerstrebend oder gar nicht mit, denn es gibt sich keine Rechenschaft davon, welche Wege der kaiserliche Wille es führt. Kaiser Wilhelm wird noch jahre-, vielleicht jahrzehntelang in seiner Weltpolitik so gut wie auf sich allein gestellt sein, bis seine Gedanken in genügendem Maße sinnfällige Form angenommen haben, um auch dem Volke anschaulich zu werden. Es ist deshalb für Deutschland von hoher Wichtigkeit, daß dem Kaiser Gesundheit und volle Schaffenskraft erhalten bleiben, bis auch andere Augen die Ziele sichten, nach denen er schweigend und beharrlich steuert. Schweigend, denn so reichlich und schwungvoll der große Rädler über Nächstliegendes zu sprechen pflegt, über seine Hintergrundvorstellungen hat er bisher öffentlich nie ein Wort gesagt.“

Der Reichstag.

Über den Anfängen des Jahres lagen noch die breiten Schatten der Militäristürme, die im Dezember 1902 das Reichstagsgebäude erschüttert hatten. Und

an diese Kämpfe schlossen sich die anderen an, die der Reichstagswahl vorausgingen. Die Mißstimmung auf alldeutscher Seite, die zuletzt über den Nichtempfang einer Burenabordnung erregt worden war, der Ärger der bayrischen Partikularisten des Zentrums über das Swinemünder Telegramm des Kaisers an den Prinzregenten und die Wut der Sozialdemokraten über die Kundgebungen des Kaisers beim Tode Krupps drängten nach einer Entladung. So stand gleich in den ersten Wochen des Jahres die Persönlichkeit des Kaisers vielfach im Mittelpunkt des Interesses, und das ist in einem monarchischen Staate ja auch der ordnungsmäßige Zustand, um so mehr in diesem Falle, da der Kaiser den Volksströmungen gegenüber als selbständiger Träger und Erreger politischen Lebens aufzutreten pflegt. Im Reiche ist der Einfluß des Kaisers beschränkt, denn die Verfassung gibt ihm nicht allzuviel Macht. Wenn diese größer erscheint, als sie ist, oder wenn sie größer ist, als sie nach dem Reichsgrundgesetz sein müßte, so ist dieser scheinbare oder wirkliche Überschuß an Macht lediglich auf die Rechnung der eigenartigen Persönlichkeit des Kaisers zu setzen, ein Zugeständnis der verbündeten Fürsten und des Bundesrates, das einer weniger überragenden und glänzenden sicher nicht eingeräumt werden würde. Ein gleiches Zugeständnis wird dem Kaiser Wilhelm II. auch im Auslande — einerlei ob in Liebe oder aus Haß — ebenfalls gemacht, nur bei den deutschen Parteien und der sogenannten öffentlichen Meinung — der gemachten und gedruckten — hat er dieses hohe Ziel noch nicht erreicht, er unterliegt tagtäglich einer nicht immer wohlwollenden Kritik, was ja nicht anders sein kann, da sie nach der Parteischablone bemessen wird. Indessen die Zeiten der Burenschwärmerei, in denen man in jedem Buren einen Helden sah, wie 1830 in jedem Polen, waren bei verständigen Leuten doch schon vorüber, die „Burenbücher“ wollten zum Ärger der Verleger gar nicht gehen und der Vorwurf gegen die Politik des Grafen Bülow — oder des Kaisers —, daß sie sich in Widerspruch mit der Volksmeinung bewegt habe, indem sie ein möglichst gutes Verhältnis zu England erstrebe und den Buren in keiner Weise zu Hilfe gekommen sei, erstarb immer mehr, je deutlicher es wurde, daß die jahrelang alltätlich zur Schau getragene Gehässigkeit gegen die englische Politik und Kriegsführung eine sehr nachteilige Wirkung auf die doch immerhin wichtige Stimmung des englischen Volkes gegen Deutschland hervorgebracht hatte. Auch die Burenführer waren längst wieder in ihre Heimat zurückgekehrt, nachdem sie eingesehen hatten, daß sie zwar zu politischen Zwecken von recht wenig einflußreichen Personen herumgeführt werden sollten und auch überall von der großen Menge angestaunt und beklatscht wurden wie der Zirkus Barnum, daß aber die Unterstützung, die sie für ihre unglücklichen Landsleute erzielen wollten, sich nur auf wenige hunderttausend Mark belief und in keinem Verhältnis stand zu dem Mißbehagen der Engländer, die doch einmal die Sieger geblieben waren, über die Demonstrationen, die an allen Orten mit den Empfängen und Versammlungen verbunden waren. Die Burenschwärmerei,

soweit sie über das berechtigte Mitgefühl für ein um seine Selbständigkeit ringendes Volk hinausgegangen war, hatte sich verlaufen, aber in weiten Kreisen eine mißvergnügte Stimmung hinterlassen, die zu zerstreuen nun diejenigen am wenigsten taten, die sie hervorgerufen hatten. Von dieser Seite war indessen ein besonderer Ansturm nicht zu erwarten, doch war man gewillt, für die in Aussicht stehenden Kaiserdebatten einen kühl stimmungsvollen Hintergrund zu bilden. Daß solche kommen würden, lag auf der Hand, da der Kaiser nicht nur von seinen Rechten und Pflichten durchdrungen, sondern auch von feurigem Temperament beseelt, persönlich gegen die Schädlinge des Landes Front macht und sich das Recht der freien Meinungsäußerung nicht verkümmern lassen will, das jedem Preußen gewährleistet ist, sei es, daß er mit seinem Schilde einen persönlichen Freund zu decken suchte, sei es, daß er vaterlandslose Gesellen als solche bezeichnete, oder daß er in edlem Eifer für Kunst und Kultur das Verhalten des bayrischen Zentrums tadelte.

Leider hat der Fall Krupp, der anfänglich geeignet war, der Sozialdemokratie großen Abbruch zu tun, nach der entgegengesetzten Seite gewirkt, sobald die Einstellung des Verfahrens gegen den „Vorwärts“ bekannt geworden war, denn nun schien die Sozialdemokratie mit dem täuschenden Schein des Rechtes zu arbeiten. Das schlimmste dabei war, daß sich viele Leute darüber freuten; auch manche, bei denen das weder in ihrem Interesse noch in ihrer Aufgabe lag, vergaßen, daß ein Monarch in einer edlen Wallung das Herz sprechen lassen kann, wo der Verstand allein entscheiden sollte. Man freute sich bis in jene konservativen Kreise hinein, die bauernbündlerischer Neigung verdächtig waren, daß der Kaiser einmal fehlgegriffen hatte, und die doktrinären Verfechter des Liberalismus der vierziger Jahre, nach dem der Monarch überhaupt nicht wohl tut, oder eigentlich gar nicht das Recht habe zu reden, fanden für ihre überlebten Lehren wieder einen breiten Boden. Nun gibt es gar nichts Unsinnigeres als die Auslegung der in den Verfassungen aller monarchischen Staaten enthaltenen Bestimmung, nach der alle staatsrechtlichen Akte des Monarchen von dem die Verantwortlichkeit vor dem Gesetz tragenden Minister zu unterzeichnen sind, dahin, daß der Monarch überhaupt nicht reden dürfe, weil eine Rede nicht gegenzeichnet werden könne. Dann stände ja der Monarch in niedrigerem Rechte wie der geringste seiner Staatsbürger, er dürfte nicht einmal einen Toast ausbringen oder den Willkomm eines Bürgermeisters beantworten. Diese in sich sinnwidrige Lehre hat zwar überall Schule gemacht, zur Geltung ist sie nirgends durchgedrungen. Die meisten Monarchen reden zwar nicht, aber hauptsächlich doch nur deshalb, weil ihnen die Gabe der Rede nicht eigen ist. Beispielsweise der Großherzog von Baden, der des Redens kundig ist, hat sich dagegen nie abhalten lassen, in begeisterter und von den Gegnern stets scharf getadelter Weise über des Reiches glückliche Lage zu sprechen, und selbst der greise Kaiser Franz Joseph hat bei jedem Empfang der Delegationen einzelnen Herren oft in sehr höflicher, aber doch nicht minder entschiedener Weise seine Meinung gesagt. Da hat noch

niemand etwas darin gefunden. Über die Länge solcher Reden steht nun erst recht in keiner Verfassung ein Wort, und oft sagt eine kurze Wendung mehr als eine stundenlange Rede. Es ist nützlich, hier auch einmal auf den Fürsten Bismarck zurückzugreifen. Kaiser Wilhelm I. hat aus den oben angedeuteten Ursachen wenig geredet, als er sich aber in seiner Botschaft vom 17. November 1881 direkt an das Volk gewendet hatte, wurden auch die bekannten liberalen Bedenken dagegen erhoben, und Bismarck erwiderte darauf am 24. Januar 1882 im Reichstag: „Es wird Ihnen nicht gelingen, dem Kaiser Wilhelm im Deutschen Reich zu verbieten, daß er zu seinem Volke spricht . . . wie wollen Sie einem König verbieten, über die Geschicke des Landes, welches er regiert, eine eigene Meinung zu haben und sie zu äußern! Wenn die andere Ansicht richtig wäre, so wäre es gleichgültig, wer regierte.“ — Vorher hatte der Reichskanzler in derselben Rede gesagt: „Lassen Sie dem König doch seinen werbenden Charakter, gönnen Sie ihm doch, daß er aus dem ministeriellen Infognito heraustritt und direkt zu dem Volke spricht.“ Man hätte meinen sollen, für Deutschland wäre die Frage damit abgemacht gewesen, aber hergebrachte Lehrmeinungen haben ein zähes Leben. Kaiser Wilhelm II. hat nun nicht umsonst Gymnasium und Universität besucht, er ist ein ganz moderner Mensch, er weiß, daß er der Rede kundig ist, und scheut sich auch nicht, sie zu gebrauchen. Wenn er dabei den Parteien gefällt, wird er auch stets gelobt, freilich steht er in den meisten Fällen hoch über allem Parteiwesen, und darum fällt auch der Tadel nicht selten von allen Seiten hageldicht. Schlimm wäre es freilich um Deutschland bestellt, wenn solche Angriffe das Gefühl der Liebe und Dankbarkeit gegen den Kaiser, das tief im Gemüt des Volkes wurzelt, zu untergraben vermöchten und nicht vielmehr der deutschen Nation erst recht zum Bewußtsein brächten, was sie dem Kaiserhause und dem Träger der Krone schuldet. Wie es allen Anschein hat, sind die Befürchtungen nach dieser Richtung, wie sie auch in wahrhaft monarchischen Kreisen aufgetaucht waren, gänzlich unbegründet. Man erkennt und achtet immer mehr in den Reden des Kaisers die Offenheit und Reinheit, den idealen Schwung und die große Auffassung seiner Rechte und Pflichten auch in Kreisen, in denen man nicht immer mit jeder einzelnen Meinung einverstanden ist.

Die Verantwortlichkeit der Minister für die politischen Handlungen im monarchischen Staat ist eine aus England herübergenommene Einrichtung, wo sie bezweckte, der maßgebenden Adelsrepublik die Unterschrift der königlichen Majestät zu sichern, die man dem monarchisch gesinnten Volke gegenüber brauchte. Eigentlich lag aber die Gewalt in dem adeligen Parlament, die Macht des Königs wurde immer mehr eingeschränkt und kam unter der Regierung der Königin Viktoria in der Politik kaum noch zur Geltung. Dieses Verhältnis suchte der Liberalismus nach Einführung der Verfassung auch in Preußen als „parlamentarisches Regierungssystem“ einzuführen, stieß aber begreiflicherweise auf den Widerstand der Hohenzollern, die ihr Land nicht von einer Adelsrepublik überkommen, sondern ihm

aus freien Stücken eine Verfassung gegeben hatten mit dem festen Willen, selbst weiter die Politik zu leiten, wenn auch nicht mehr nach dem bisherigen absolutistischen Gebrauch, sondern mit Zustimmung ihrer parlamentarischen Berater. Aus dieser zwiefachen Auffassung hatte sich der bekannte preußische Konflikt entwickelt, den schließlich Bismarck zu Gunsten der Auffassung der Krone durchkämpfte. Er hat bis zur Niederlegung seines Amtes stets den Standpunkt vertreten, daß er nicht seine, sondern die kaiserliche Politik seines Herrn führe, dessen Einwilligung zu gewissen Schritten nicht immer leicht zu haben war. Gegenüber der landläufigen Bismarcklegende, nach der dem Altreichskanzler gewissermaßen alle Initiative samt den Erfolgen der Armee beizumessen seien, während der Kaiser Wilhelm I. eigentlich nur der empfangende Teil gewesen sei, haben neuere historische Forschungen und die Veröffentlichung des Briefwechsels des Kaisers mit dem Fürsten Bismarck hinreichend dargetan, ohne daß der Bedeutung des letzteren als erstem deutschen Staatsmann und Gründer des Deutschen Reiches zu nahe getreten wird, daß Kaiser Wilhelm I. namentlich in der deutschen Frage wie bei der Sozialreform keineswegs bloß den Ratschlägen seines Kanzlers gefolgt ist, sondern seine eigenen Gedanken gehabt und auch zur Geltung gebracht hat. Vom Kaiser Wilhelm II., von dem Bismarck einmal selbst gesagt hat, „der wird sein eigener Kaiser und Kanzler werden“, war nun von vornherein nicht zu erwarten, daß er wie die fränkischen Merowingerkönige auf dem friedlichen Ochsenwagen durch das Land fahren und seine Hausmeier regieren lassen werde. Für die verfassungsgemäße Ministerverantwortlichkeit ist es auch ganz gleichgültig, wer vom Kaiser und Kanzler die in der Politik vorwiegend bestimmende Persönlichkeit ist. Es genügt, daß im Reich der Kanzler die Politik vertritt und die Verantwortlichkeit dafür übernimmt. Nach der Verfassung hängt der Kanzler weder vom Reichstag noch als preußischer Ministerpräsident vom Landtag ab; er ist in beiden Fällen der Vertrauensmann und Vertreter des Monarchen. Alle sonst in dieses Verhältnis hineingetragenen Lehrmeinungen und Theorien sind in den Verfassungen nicht begründet. Zwischen dem Kaiser Wilhelm und dem Grafen Bülow scheint sich ein richtiges, auf gegenseitigem Verständnis beruhendes Verhältnis herausgebildet zu haben. Wenn der Reichskanzler im Reichstag das kaiserliche Recht, eine eigene Meinung zu haben und zu äußern, mit Freimut verfocht und sich gegen den Versuch wendete, den deutschen Kaiser nach dem Muster der sogenannten parlamentarischen Staaten in die olympischen Höhen staatsrechtlicher Doktrin über die Unverantwortlichkeit des Monarchen zu versetzen, so ist er bloß dem Beispiel des Fürsten Bismarck gefolgt, und alle Einsichtigen haben mit ihm darin übereingestimmt, daß ein solcher Versuch bei einer Persönlichkeit von der Eigenart des Kaisers, der eben für sich das Menschenrecht in Anspruch nimmt, eine eigene Überzeugung zu haben, nicht nur nutzlos sei, sondern daß auch vom Standpunkt des monarchischen Gedankens es nicht einmal wünschenswert wäre, daß der Versuch gelingen möchte. Mag man auch manchmal daran zweifeln, ob zum guten

Ziele die rechten Wege eingeschlagen werden, so sollten doch auch diejenigen, die mit dem Gange der Politik nicht einverstanden sind, nicht ungerecht sein für das tatkräftige Streben und den redlichen Willen des Kaisers, für den großen Zug in seinem Wesen, für seinen freien und vorurteilslosen Sinn. Die Menschen sind nicht zu ändern und die Besten in Deutschland wollen doch auch die monarchischen Einrichtungen nicht abschaffen, so bleibt ihnen nichts übrig, als sich mit der eigenartigen, groß angelegten Persönlichkeit des Kaisers, der ja nirgends der Verfassung zu nahe getreten ist, abzufinden, und das wird um so leichter fallen, wenn man eingedenk ist, daß ihm in allen politischen Fragen Informationen über die jeweilige politische Lage zugänglich sind, die seinen Kritikern abgehen, die, wenn sie ehrlich sein wollten, stets sagen müssen: „Wir wissen nichts, wir folgen bloß dem Gerüchte.“ Das mag ja für diejenigen, die sich auch für große Politiker halten, schmerzlich sein, aber es ist so, die wirkliche Kenntnis der Sachlage besitzt in jedem Falle nur der Kaiser und sein leitender Minister. Das gilt für die äußere Politik stets und meist auch für die innere Politik.

Der Reichstag trat in der zweiten Hälfte des Januar zu seiner letzten Tagung vor den Neuwahlen zusammen. In diesen letzten Monaten galt es, noch etwas Taugliches zu schaffen, damit die Parlamentarier sowohl vor dem Richterstuhl der Geschichte als auch vor dem Volksgerichte der Wahlen in Ehren bestehen könnten. Das Heil der staats-erhaltenden Parteien im Reichstag hing davon ab, daß sie mit positiven Erfolgen und fertigen Werken ihre Tätigkeit beschließen und weder mit leeren Händen noch mit unausgesprochenen Ansichten vor die Wähler treten würden. Zu diesem Zwecke wäre die Fortsetzung des entschiedenen Zusammenstehens gegen den Terrorismus der Sozialdemokratie das beste Mittel und auch die deutlichste Wahlsparole für den Sommer gewesen, die Sache kam aber leider anders. Es würde wohl Byzantinismus sein, wenn man bestreiten wollte, daß der Kaiser der Sozialdemokratie Anlaß zu ihren Angriffen gegeben hatte, aber auf der anderen Seite hieß es doch den Helfershelfer der Sozialdemokraten spielen, wenn nicht jeder monarchisch gesinnte Deutsche in diesem Streite auf die Seite des Kaisers trat, der, wie seine Worte und Taten beweisen, der beste Anwalt der arbeitenden Klassen und Notleidenden ist, und den nur ein heiliger Zorn gegen alles Uedle, Unwahre und Ungetreue erfüllt.

Am 19. Januar wurde die Budgetdebatte mit der üblichen Finanzrede des Staatssekretärs v. Thielmann eröffnet und an diese schlossen sich dann die erwarteten rednerischen Entladungen an. Die Hauptrede hielt als Wortführer des Zentrums der bayrische Domkapitular Schädlcr, der leicht über eine ganze Reihe von finanziellen und politischen Fragen hinwegging und dann sich um so länger vor der Swinemünder Kaiserdepeſche festlegte, um eine scharfe Verwahrung dagegen loszulassen. Er behauptete zunächst, daß die Ablehnung gewisser Forderungen für den Ankauf von Kunstgegenständen durch die Mehrheit der zweiten bayrischen Kammer nicht auf Feindschaft gegen die Kunst oder gar auf

die Absicht einer Kränkung des Prinzregenten zuzuführen sei, wobei er sicher nicht bei der Mehrzahl des Hauses Glauben fand. In dem Telegramm des Kaisers wollte er eine durch die verfassungsmäßigen Befugnisse desselben keineswegs gerechtfertigte Einmischung in die inneren Verhältnisse Bayerns erblicken und verlangte vom Reichskanzler Auskunft darüber, ob dieser die falschen Informationen für die Grundlage des kaiserlichen Telegramms geliefert habe, wer an der Veröffentlichung schuld sei, ob der Reichskanzler die Verantwortung dafür übernehme und wie er in Zukunft solche „die Volksseele im höchsten Maße erregenden“ Vorgänge hintanhalten wolle. Trotz aller Schärfe des Ausdrucks merkte man dem Redner doch an, daß er nur mit Rücksicht auf die parlamentarischen Verhältnisse in der bayrischen Kammer in dieser Weise sprach. Er trat selbst der Äußerung eines süddeutschen Blattes, der Kaiser sei gegenwärtig der bestgehaßte Mann, entgegen und meinte, auch in Süddeutschland seien die Herzen dem Kaiser zugewandt. Freilich hatte er vorher im Anschluß an die nicht sehr geistvolle rechtsphilosophische Ausführung des Staatsrechtslehrers Laband die Kaiseridee in sehr formalistischer Weise als ziemlich inhaltlos hingestellt. Der Reichskanzler Graf Bülow war aus dem preussischen Abgeordnetenhaus gekommen, wo er zweimal zu Gunsten der Polenpolitik der Regierung gesprochen hatte, und es gelang ihm bald, die Legende von der Bedrohung der Einzelstaaten durch die Depesche des Kaisers an den Prinzregenten auf das richtige Maß zurückzuführen. Die Reichsverfassung sei nicht geschaffen, um den Kaiser mundtot zu machen, sondern dieser habe in allen Fällen, wo die Gegenzeichnung eines Ministers nicht vorgeschrieben sei, das Recht der freien Meinungsäußerung wie jeder andere Deutsche. Das Telegramm sei lediglich als eine persönliche Meinungsäußerung des Kaisers zu betrachten und von einer gesetzlichen Verantwortung des Reichskanzlers könne in diesem Falle nicht gesprochen werden. Auch eine moralische und politische Verantwortung komme nicht in Frage, weil von einer Schädigung der Reichsinteressen durch die kräftige Meinungsäußerung des Kaisers nicht die Rede sein könne. Prinzregent Luitpold habe die Depesche in durchaus freundlicher Weise aufgenommen und er sei doch wohl der berufenste Vertreter der Selbständigkeit Bayerns. Die Klagen der bayrischen Zentrumspreſſe seien ganz haltlos. An die Absicht einer unberechtigten Einmischung zu glauben, müsse man schon in dem argwöhnischen und eifersüchtigen Anschauungskreise derer leben, die bei jeder Gelegenheit eine Gefährdung und Nichtachtung des lieben Ich wittern und dadurch eigentlich beweisen, daß sie zu ihrer eigenen Kraft und Würde nicht das rechte Zutrauen haben. Es möge doch von allen Seiten alles unterlassen werden, was im Auslande Zweifel an der Geschlossenheit des Reiches und an der Hingebung und Liebe der Nation an die Kaiseridee Zweifel hervorrufen könnte. Von nicht geringer Tragweite war außerdem die Erklärung des Reichskanzlers, daß es allerdings für ihn neben der formellen Verantwortlichkeit noch ein anderes verantwortliches Gebiet gebe,

das durch die Imponderabilien des Tactes, der Gewissenhaftigkeit und der Tradition bestimmt werde, und daß ein von seinen Pflichten durchdrungener Reichskanzler nicht im Amte bleiben könnte, wenn er Dinge nicht verhindern könnte, die nach seinem pflichtmäßigen Ermessen das Wohl des Reiches wirklich und dauernd schädigen würden.

Der nächste Tag brachte in gewissem Sinne eine Fortsetzung, die aber nicht zum Austrag kam. Der Abg. v. Vollmar, der wohl als der keizerische Führer des bayrischen Flügel der Sozialdemokraten gilt, kritisierte in gemäßigten Ausdrücken, aber sonst mit großer Schärfe die auswärtige Politik und die Finanzwirtschaft der Regierung und der Mehrheit des Reichstags und darauf auch das schon tags vorher erörterte Telegramm des Kaisers aus Swinemünde. Als er dann auf die Kundgebungen des Kaisers gegen die Sozialdemokraten im Falle Krupp eingehen wollte, erklärte der Präsident Graf Ballestrem, daß er die Besprechung dieser rein privaten Angelegenheit nicht dulden werde, und ließ sich darin auch nicht durch die Einwendung des Abg. v. Vollmar heirren, der erklärte, er werde gar nicht auf die Sache Krupp selbst eingehen, sondern nur die vom Kaiser mit Bezug darauf gehaltenen Reden, die außerdem im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht worden seien, behandeln. Der Abg. Schädler habe ja gestern auch das nicht veröffentlichte Kaisertelegramm besprochen. Graf Ballestrem beharrte auf seinem Standpunkte, es kam unter lebhaftem Lärm der Sozialdemokraten zu einem erregten Zwiegespräch zwischen ihm und dem Abg. v. Vollmar, der sich schließlich fügte, aber sich dann in allgemeinen Angriffen gegen das rednerische Auftreten des Kaisers erging, in denen er wohl so ziemlich alles sagte, was er sonst hatte sagen wollen. Er verlangte schließlich die Abschaffung der Strafbestimmungen gegen Majestätsbeleidigungen. Graf Bülow nahm im weiteren Verlauf der Sitzung Anlaß, den Kaiser gegen den Vorwurf antisozialer Tendenzen zu verteidigen, und wies ausführlich darauf hin, daß Deutschland unter der Führung seines Monarchen in der Sozialpolitik allen Staaten vorangehe. Den Verdacht eines Anschlags gegen das allgemeine gleiche Wahlrecht wies er als gänzlich unbegründet zurück und fügte hinzu, es sei von ihm nicht eine Einschränkung des Wahlrechts, sondern vielmehr eine Abänderung des Wahlreglements zur Sicherung des Wahlgeheimnisses durch Einrichtung von Isolierzimmern beim Bundesrat beantragt worden, die schon bei den nächsten Wahlen in Anwendung kommen sollten.

Der Reichspräsident Graf Ballestrem hatte dem Abg. v. Vollmar gegenüber mit den Machtmitteln seines Amtes die sozialdemokratischen Ausschreitungen, die er für gefährlich hielt, verhüten wollen, aber die Unzufriedenheit aller Parteien belehrte ihn, daß er nicht mit gleichem Maße gemessen habe. Alle diejenigen, die nicht auf parlamentarischen Skandal ausgingen, wußten ihm wohl wegen des Ansehens des Reichstags Dank dafür, daß auf diese Weise eine weitere Verunglimpfung des Verstorbenen und neue unsaubere Geschichten und Klatschereien verhindert wurden, die wohl nicht Herr v. Vollmar, aber andere seiner Parteigenossen

vorgebracht haben würden; doch eine Unterdrückung jeder Besprechung jener Reden des Kaisers war um so mehr eine wenig glückliche Entscheidung, als tags vorher das Zentrum die Swinemünder Kaiserdepesche in die Erörterung hatte ziehen dürfen. Wenn Graf Ballestrem vielleicht darauf gerechnet hatte, die Mehrheit des Hauses werde ihm folgen, und, wie sie vor Weihnachten die Obstruktion der Sozialdemokraten durch die Machtmittel der Majorität gebrochen hatte, werde sie jetzt ihn auch unterstützen, um zu verhindern, daß die Sozialdemokraten dem Hause den Stoff und die Art der Debatten aufdrängten —, wenn das seine Meinung war, so sah er sich enttäuscht, zu einem allgemeinen Frontmachen gegen die Sozialdemokratie waren die Mehrheitsparteien nicht geneigt. Ob sie nicht damit eine ausgezeichnete Wahlparole für den nächsten Sommer geschaffen und das nicht sozialdemokratische Bürgertum durch eine so entschiedene Stellungnahme aufgerüttelt und unter ihren Fahnen gesammelt hätten, braucht nicht weiter erörtert zu werden, weil es nicht dazu gekommen ist.

Der 21. Januar war wieder ein großer Tag, der den Sitzungsaal und die Tribünen gefüllt hatte. Der erste Redner war der Abg. Eugen Richter, der eingehend die Finanzwirtschaft, die Flotte, die Kolonialpolitik u. nach seiner bekannten Auffassung kritisierte und es an witzigen Bosheiten nicht fehlen ließ. Dann kam auch er auf die häufigen Reden des Kaisers und ihre Behandlung im Reichstag sowie auf die Stellung des Reichskanzlers zum Monarchen, natürlich im Sinne der von ihm stets vertretenen parlamentarischen Theorie. In seiner später folgenden Erwiderung gab Reichskanzler v. Bülow zu, daß bei einer so ausgeprägten Individualität, wie die des Kaisers, die Stellung eines verantwortlichen Ministers nicht immer leicht sei, aber von seiner Stelle aus, von der aus, wenn überhaupt, auch die leiseste Berührung dieser Frage sonst nur in die verschleierte Sprache zurückhaltender Diplomatie gekleidet zu werden pflegt, entwickelte er mit vollster Offenheit seine Eindrücke und seine Überzeugung. Satz für Satz begleitete ihn der Beifall des Hauses in der Zustimmung zur Wertschätzung der hervorragenden Bedeutung einer solchen Individualität auf dem Kaiserthron bis zu der Aufforderung, doch nicht ungerecht zu sein und den vorurteilslosen Blick des Kaisers anzuerkennen. Die hervorragendste Stellung der Rede verdient hier im Wortlaut wiedergegeben zu werden: „In jedem konstitutionellen Staatswesen sind die Minister und ist namentlich der leitende Staatsmann genötigt, mit der Individualität des Monarchen zu rechnen. Wie unter uns allen, so gibt es auch unter den Fürsten schwächere und stärkere Individualitäten. Je stärker und ausgeprägter die Individualität eines Monarchen ist, um so mehr wird er geneigt sein, Einfluß zu gewinnen auf den Gang der Staatsgeschäfte. Daß dadurch dem verantwortlichen Minister seine Aufgabe nicht immer erleichtert wird, darin hat der Abg. Richter vollkommen recht, und deshalb habe ich zu diesen Ausführungen, die er machte, doch nicht vergessen, daß eine starke und ausgeprägte und begabte Individualität eines Fürsten für ein Volk von nicht zu unterschätzendem, ja von sehr großem Vor-

teil ist. Wenn Sie sich davon überzeugen wollen, so gehen Sie ins Ausland. Ich habe lange Jahre meines Lebens im Auslande zugebracht und ich habe in ausgesprochen sehr parlamentarisch regierten Ländern nicht viele getroffen, die mit einer ganz passiven Haltung des Monarchen einverstanden waren, die sich nach einem stärker akzentuierten Monarchen sehnten, und auch diejenigen, welche mit dem Gang unserer Politik nicht einverstanden sind, sollten doch nicht ungerecht sein gegen das tatkräftige Streben und das redliche Wollen unseres Kaisers, gegen den großen Zug in seinem Wesen und daß er einen freien und vorurteilslosen Sinn hat. Ich sage das ohne jeden Byzantinismus. Seine Majestät der Kaiser hat nichts Kleinliches an sich, und was Sie ihm auch vorwerfen mögen, ein Philister ist er nicht. (Große Heiterkeit.) Das ist sehr viel wert im 20. Jahrhundert."

Monarchisten aus den Zeiten Serenissimi werden sich allerdings über den freien Ton wundern, in dem hier von einem Monarchen gesprochen wird, der aber selbst ein moderner Mensch (im besten Sinne des Wortes) sein will und auch ist und gewiß dem Reichskanzler darum nicht gezürnt hat. Im weiteren Verlaufe seiner Rede stellte der Reichskanzler noch einige Bemerkungen des Abg. v. Liebermann über den Besuch der Burengenerale in Berlin richtig und verteidigte die auswärtige Politik des Reiches gegen den vom konservativen Abgeordneten v. Kröcher erhobenen Vorwurf der Schwächlichkeit, indem er darauf hinwies, daß Deutschland nach wie vor niemand nachlaufe, daß aber jeder Kaufmann wisse, Geschäfte brauchten nicht notwendig mit schlechten Manieren geführt zu werden. Grobheit sei nicht Würde und Krazbürtigkeit nicht Festigkeit. Mit dem Faustschlag auf den Tisch sei es in der äußeren Politik nicht getan. Die Aufgabe Deutschlands sei es nicht, wie Indianer bei jeder Gelegenheit den Tomahawk zu schwingen und heute diesen, morgen jenen Skalp zu fordern; ebensowenig Aschenbrödel wie Renommist wolle Deutschland sein, sondern der ruhige feste Mann, wie es immer gute deutsche Art gewesen ist, der ohne Schwanken und ohne Maulheldentum sich und die Seinen schützt.

Der 22. Januar brachte dann die Rede des Abg. Bebel gegen die Rede des Kaisers über die Sozialdemokratie im Falle Krupp, nachdem der Präsident Graf Ballescrem seinen früheren Standpunkt zur Behandlung dieser Angelegenheit aufgegeben hatte. Bebel sprach länger als drei Stunden und die Rede glich mehr einer Broschüre für die bevorstehenden Reichstagswahlen als einer Äußerung zum Etat. Nachdem er zwei Stunden lang und breit gegen Militarismus und Marinismus losgezogen, die auswärtige Politik Deutschlands des Völkerrechtsbruches in Venezuela beschuldigt, die deutsche Sozialgesetzgebung heruntergezogen und die Lage der deutschen Arbeiter übertrieben elend geschildert hatte, wobei er manches wiederholte, was in den vorhergehenden Tagen die Abg. v. Vollmar und Richter besser gesagt hatten, kam er in der dritten Stunde auf den Kaiser und seine Reden gegen die Sozialdemokratie zu sprechen, nachdem er

auch nicht unterlassen hatte, den „großen Kladderadatsch“ wieder einmal für eine unbestimmte Zukunft anzukündigen. Je näher er seinem Ziele, dem Angriffe gegen den Kaiser, kam, desto hitziger und agitatorischer wurde sein Ton, endlich ließ er seinem Temperament völlig die Zügel schießen und fuhr wild los gegen die Kundgebungen des Kaisers, und seinen Fanatismus übertrug einer seiner Gesinnungsgenossen im Hause, der dazu „Gemeinheit!“ rief, in den Ton der Straße. Der Präsident schritt ein, aber der Rufer meldete sich nicht. Abg. Bebel erging sich weiter in allgemeinen respektlosen Äußerungen über die Wirkung der zahlreichen Reden des Kaisers und behauptete, die Verurteilungen von dieser Seite hätten der Partei nur genützt, er erklärte den Anarchismus für Wahnsinn und wandte sich schließlich gegen die Antwort des Kronprinzen an die Arbeiterdeputation in Oels mit dem Bemerkten, „der junge Mann“ hätte doch einstweilen etwas anderes zu tun und es wäre für seine Zukunft besser, sich nicht schon jetzt mit der immer stärker werdenden sozialdemokratischen Partei auf Kriegsfuß zu stellen. Schließlich fiel er in seine eigentliche Aufgabe, der Wahlrede für die Zukunft, zurück und erklärte den Zolltarif für eine ausgezeichnete Wahlparole. Reichskanzler Graf Bülow trat den Ausführungen des Abg. Bebel kurz und bündig, aber ernst und entschieden im Ton, entgegen. Bei der respektlosen Sprache der Sozialdemokraten könnten sie sich doch nicht darüber beklagen, wenn der Kaiser als Träger des monarchischen Prinzips die gegen ihn gerichteten Angriffe kräftig und mitunter selbst schroff abwehre. Die Versuche der Sozialdemokraten, den Reichskanzler zu überschreiben, mißlangen vollständig, Graf Bülow erhob seine Stimme und drang mit ihr vollkommen durch. Er rief den Sozialdemokraten zu, sie sollten den Boden der Gefühlichkeit und Vernunft betreten, auf die Verletzung der Gefühle des größten Teiles der Nation verzichten und den Weg zur Wahrnehmung der wirklichen Interessen der Arbeiter einschlagen. Diese Zumutungen wurden natürlich von den Genossen mit „Oho“ und Lachen aufgenommen. Weiter wies der Reichskanzler die Verdächtigungen des Abg. Bebel gegen die auswärtige Politik Deutschlands in Venezuela und seine Verteidigung der Ansprüche der serbischen Republik zurück und schloß, jedenfalls sei Haß noch besser als Mitleid, und so werde Deutschland, wenn es sein Pulver trocken halte, niemand an den Wagen fahren. Graf Bülow schloß unter dem stürmischen Beifall aus dem Hause und von den Tribünen. Damit waren die Kaiserdebatten zu Ende, doch sie hatten, was sich ihre Urheber wohl kaum hatten träumen lassen, mehr zu einem Erfolge dessen geführt, dem sie nachteilig sein sollten. Das Verdienst dafür gebührt nicht den sogenannten staaterhaltenden Parteien, die sich auffällig zurückhielten und das Feld den Sozialdemokraten für die Vorarbeit zu den künftigen Wahlen unklug freiließen, sondern dem Grafen Bülow, der freimütig allen Mißstimmungen, die sich aus allerlei Mißverständnissen in manchen Kreisen der Bevölkerung gebildet hatten, auf den Grund ging und auf der anderen Seite die Bedeutung der Persönlichkeit des Kaisers in das rechte Licht setzte.

Die „Unstimmigkeit“, wie man das heute nennt, zwischen den Mehrheitsparteien und dem Reichstagspräsidenten hatte inzwischen eine Folge gehabt, die man wohl nicht vorausgesehen hatte. Graf Ballestrem zeigte am 23. Januar dem Hauße schriftlich an, daß er den Vorsitz niederlege. Als Grund gab er an, daß nun auch die „Kreuzzeitung“ seine Geschäftsführung mißbilligt habe, und da der Artikel wohl kaum ohne Kenntnis der konservativen Partei veröffentlicht worden sei, so schließe er daraus, daß eine der großen Parteien, die ihn wiedergewählt hätten, ihm ihr Vertrauen entzogen habe. Der konservative Abgeordnete v. Normann erwiderte sofort, daß die konservative Partei von dem Artikel keine Kenntnis gehabt habe. Der sozialdemokratische Abg. Singer erklärte dagegen, Graf Ballestrem habe wegen seiner Geschäftsführung in der letzten Zeit das Vertrauen der Sozialdemokraten verloren. Am 29. Januar fand dann die Neuwahl des Präsidenten statt, bei welcher Graf Ballestrem mit 195 Stimmen wiedergewählt wurde, während 89 Zettel unbeschrieben waren. Der Neugewählte nahm die Wahl infolge dieser Vertrauensfundgebung an. Er war inzwischen vom Kaiser in das preussische Herrenhaus als erbliches Mitglied berufen worden. Die weiteren Verhandlungen des Reichstags boten wenig Interesse, sie bewegten sich im altgewohnten Geleise und vor leeren Häusern. Die Budgetberatung bildet schon in anderen Jahren den Tummelplatz der Wahl-agitation „zum Fenster hinaus“, und jetzt in der letzten Tagung vor den Wahlen gestaltete sich die Sache noch schlimmer. Endlose Monologe, denen niemand zuhörte, wurden gehalten, und von einer lebendigen parlamentarischen Verhandlung konnte man überhaupt nicht mehr sprechen. Die lang-atmigen Reden führen lediglich dazu, das Interesse an den Verhandlungen zu ertöten und indirekt die Öffentlichkeit geradezu auszuschließen. Denn kaum 50 Zuhörer, samt den Vertretern der Regierung und den Zuschauern auf den Tribünen, wenden solchen Reden einige Aufmerksamkeit zu und die Zeitungen müssen tun, was die Redner hätten tun sollen, nämlich kürzen und streichen. Feldmarschall Graf Moltke hat sich einmal vor Jahren mit Entrüstung über einstündige parlamentarische Reden ausgesprochen und dieselben als unbescheiden und rücksichtslos gegen die anderen Abgeordneten bezeichnet. Wenn der greise Feldherr noch lebte, wäre er jetzt aus der Entrüstung gar nicht herausgekommen. Das Äbel liegt an der Zunahme der Berufsparlamentarier, die ja in Dauerreden einen Vorzug sehen. Diese Überberedsamkeit schädigt aber nur das Ansehen der Parlamente, sie reden sich selbst tot. Endlos waren besonders die sozialpolitischen Debatten und mit jedem Tage wurde es deutlicher, daß es den einzelnen Parteien nicht daran lag, ihre Anträge durchzusetzen, sondern vor der Eröffnung des Wahlkampfes den Wählern ihren sozialpolitischen Eifer zu bekunden. Es handelte sich um ein „Reklamewettrennen um die Gunst der Arbeiter“, wie ein nationalliberaler Abgeordneter scherzweise zugestand. Dadurch gewinnt man aber weder Anhänger bei den Arbeitgebern noch bei den Arbeitern. Am 3. Februar nahm der Reichstag in

zweiter Lesung den Gesetzentwurf über die Kinderarbeit an.

Interessant war die Sitzung am Donnerstag den 19. März, in welcher bei Beratung des Etats des Auswärtigen Amts Reichskanzler Graf Bülow auf Veranlassung des Abg. Frhrn. v. Hertling dankenswerte Darlegungen über den Konflikt mit Venezuela, den Dreibund und die mazedonische Frage gab. In bezug auf Venezuela betonte er, daß weder das Streben nach Landerwerb noch Ruhmsucht, sondern lediglich die Abwicklung eines gewöhnlichen Geschäftes mit außergewöhnlichen Mitteln und zugleich die Wahrung der deutschen Flagge maßgebend gewesen sei. Man dürfe bei solchen Expeditionen nicht den Kostenpunkt allein ausschlaggebend sein lassen, sonst würde man sich schließlich jede frivole Rechtsverletzung gefallen lassen müssen. Die ganze Aktion betreffe allerdings eine verhältnismäßig untergeordnete Streitfrage, die aber trotzdem mit besonderer Rührtheit und Besonnenheit behandelt werden müsse, damit die guten Beziehungen zu anderen Mächten nicht litten. Erfreulich war es, daß eins der bösesten deutschfeindlichen Heftblätter, der „New York Herald“, als eine Hauptquelle der Lügennachrichten an den Pranger gestellt wurde. Graf Bülow hatte übrigens den Erfolg für sich, denn der säumige Zahler Venezuela kommt seinen dringendsten Verpflichtungen bar nach und hat die übrigen unter dem Druck der gemeinsamen Blockade dem Schiedsgericht im Haag überwiesen, wo die Sache allerdings nicht vorwärts rückte. Außerdem ist die gemeinsame Aktion Deutschlands, Italiens und Englands für Venezuela und die übrigen Kreolen- und Indianerrepubliken eine deutliche Warnung, sich nicht zu viel herausnehmen zu wollen und sich nicht auf die Monroelehre zu verlassen, die ihnen bei offenbaren Verletzungen des Völkerrechts keinen Schutz gewährt. Es mag freilich dem Präsidenten Roosevelt und vielen Nordamerikanern nicht angenehm gewesen sein, die Europäer in amerikanischen Meeren wirtschaften zu sehen, ohne etwas dagegen tun zu können, und selbst die angetragene Schiedsrichterstelle ablehnen zu müssen. Bedeutungsvoll gestalteten sich auch die Äußerungen des Reichskanzlers über den Dreibund. Außer der schon in einem früheren Abschnitt erwähnten Charakteristik dieses Bündnisses verdient noch hervorgehoben zu werden die blinde Abweisung des in der internationalen Börsen- und Freihandelspresse mehrfach wiederholten Versuchs, die zoll- und handelspolitischen Fragen mit der Erneuerung des Bundes zu verquickten, ebenso der Behauptung, daß die Erneuerung des Friedensbundes durch irgend welche zollpolitische Zugeständnisse erkauft worden sei. Deutschland sei stark genug, um sich im Notfalle allein helfen zu können, und werde sich auch im Notfalle jedes unberechtigten Angriffs allein erwehren, trotzdem aber wisse es ein solches Bündnis zu schätzen und sei für dessen Wohltaten dankbar. Eine drastische Kennzeichnung fanden auch die in Österreich und Italien vorhandenen Gegner des Dreibundes und eine wichtige Abfertigung wurde dem französischen Minister des Äußern Delcassé zu teil, welcher gesagt hatte, Italien sei durch sein jetziges Verhältnis zum Dreibund nicht zur Heeres-

folgt im Falle eines Krieges Deutschlands gezwungen. Graf Bülow bemerkte dazu, die Verpflichtung Italiens gelte nur für den Fall, daß Deutschland in einen gerechten Verteidigungskrieg verwickelt werde. In bezug auf den Orient äußerte er, Deutschland verfolge dort keine aktiven Bestrebungen, aber es unterstütze alles, was zur Erhaltung des Friedens diene, insbesondere in Mazedonien; die dortigen Verhältnisse seien besserungsbedürftig, aber auch besserungsfähig. „Für mich ist und bleibt es ein fundamentaler Grundsatz, daß wir keine aktive Orientpolitik treiben und daß wir in der Orient- und Balkanfrage für niemand die Kastanien aus dem Feuer holen wollen.“ Nach dem Reichskanzler sprach der Abg. Dr. Hasse im alldeutschen Sinne und machte Angriffe auf Ungarn, England und die Vereinigten Staaten, sowie auf den neuen Vertreter Deutschlands in Washington, Herrn Speck von Sternburg. Graf Bülow wies diese Angriffe zurück und der nationalliberale Abg. Paasche erklärte, Abg. Hasse habe nicht im Namen seiner Partei gesprochen. Die Debatte hinterließ den Eindruck, daß die Politik des Deutschen Reiches von einer sicheren Hand geleitet wird und dem Bedürfnis des Volkes nach friedlicher Entwicklung voll auf Rechnung trägt, ohne sich auf phantastische Pläne einzulassen.

Am 24. März ging der Reichstag in die Osterferien, nachdem das Kinderschutzgesetz auch in dritter Lesung angenommen worden war. Der Gesetzentwurf über Kaufmannsgerichte wurde nicht erledigt, da der Staatssekretär Graf Posadowsky auf eine Interpellation hin erklärte, an eine Verabschiedung in dieser Session sei nicht zu denken, weil sich im Bundesrat ein starker Widerstand gegen die selbständigen Berufsgerichte geltend gemacht habe und eine Strömung für die Anlehnung an die Amtsgerichte bestehe. Am Schluß der Etatsberatung wurde über eine Reihe von Resolutionen abgestimmt. Angenommen wurden die des Zentrums und des nationalliberalen Abg. Herrn v. Heyl auf Verkürzung der Arbeitszeit für Frauen und Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren auf 10 Stunden, die des Abg. Gröber auf Anerkennung der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine und die des Abg. Rösicke auf Vorlegung eines Gesetzentwurfes, nach welchem Berufsvereine ihre Bestrebungen zur Verbesserung der Lage der Arbeiter auch auf Veränderung der Gesetzgebung richten dürfen, sowie eine Resolution des Abg. Jäger, durch die die Regierung ersucht wird, eine Übersicht über das auf dem Gebiete der Wohnungspolitik Geleistete vorzulegen. Abgelehnt wurden die Resolutionen auf Errichtung von Betriebsaufsichtsbehörden mit Arbeiterbeigeordneten; auf Einführung eines allgemeinen zehnstündigen Arbeitstages und auf Unterstützung der Kommission zur Bekämpfung der Wurmkrankheit durch wissenschaftliche Kräfte mit finanzieller Beihilfe des Reiches. Am 21. April trat der Reichstag noch einmal zu wenigen Sitzungen zusammen, um den Rest seiner Arbeiten zu erledigen. Zu diesen gehörte das Phosphorgesetz, die Novelle zum Krankenkassengesetz und die Abänderung des Wahlreglements, wofür man wieder einmal die geschmacklose Bezeichnung „Klosettgesetz“

erfunden hatte. Dasselbe entsprach einem vielfach geäußerten Wunsche des Reichstags auf vermehrte Sicherung des Wahlgeheimnisses und sollte nach vielverbreiteter Ansicht die angeblichen Beeinflussungen von konservativer Seite beseitigen. Das Ergebnis der letzten Reichstagswahl hat diese Annahme nicht bestätigt, denn gerade die Konservativen sind in der alten Stärke wiedergekehrt und die Liberalen haben viele Stimmen an die Sozialdemokraten abgegeben. Der Reichstag wurde am 31. April geschlossen.

Da diese Reichstagsession zugleich das Ende einer Wahlperiode bezeichnete, so sind wohl einige Bemerkungen über das Gesamtergebnis der letzteren am Platze. Wenn man gerecht sein will, hat dieser Reichstag eigentlich doch mehr geleistet, als der ihm nach den Wahlen vorausgegangene Ruf vermuten ließ. Zur Hebung des parlamentarischen Ansehens hat er freilich nicht beigetragen, denn das Schwänzen der Mitglieder und der dadurch ermöglichte Terrorismus der Sozialdemokraten hat nicht nur den Ton und Gang der Verhandlungen nachteilig beeinflusst, sondern auch bei der Zolltarifdebatte zum erstenmal in dieser parlamentarischen Versammlung das traurige Schauspiel einer tumultuarischen Obstruktion gebracht. Verdient gemacht hat sich dieser Reichstag zu Beginn der Legislaturperiode durch die Bewilligung des Militärgesetzes und die Genehmigung des Planes für den Ausbau der Kriegsflotte, später durch die Annahme, wenn auch mit Ach und Krach, des Zolltarifs. Von weiteren Leistungen ist die Annahme des Fleischbeschaugesetzes, des Reichsseuchengesetzes, des Weingesetzes, des Auswanderergesetzes, des Urheberrechtsgesetzes, des Privatversicherungsgesetzes hervorzuheben. Auch den sozialpolitischen Aufgaben wurde er durch die Annahme der Gesetze über Kinderschutz, Ladenschluß, Seemannsordnung, Verbot der Phosphorzündholzfabrikation, die Revision der Unfall- sowie der Alters- und Invaliditätsversicherung und die Regelung einiger dringlicher Punkte der Krankenversicherung gerecht. Dagegen scheiterte das Gesetz zum Schutz Arbeitswilliger, dem gleich von vornherein die Bezeichnung „Zuchthausgesetz“ beigelegt wurde, an der weitverbreiteten Abneigung, umstürzlerischen Bewegungen entgegenzutreten, und an der Furcht, bei den Stichwahlen die Stimmen der Sozialdemokraten einzubüßen. Es hieß freilich, der Gesetzentwurf des Bundesrates wäre unzulänglich gewesen. Es war aber doch der Weisheit der gewählten Gesetzgeber gänzlich unbenommen, die angeblich untaugliche Vorlage umzugestalten und dadurch den Arbeitern, die zufrieden sind und um ihrer Familien willen arbeiten wollen, Schutz vor dem Terrorismus streifender Genossen zu verschaffen.

Kulturelle Angelegenheiten.

Deutschland ist seit der Reformation in zwei konfessionelle Lager geteilt, zwischen denen selten der Kampf ruht, da er auf beiden Seiten von aufgeregten Heißspornen wieder aufgenommen und im allgemeinen von sämtlichen kirchenfeindlichen Elementen eifrig geschürt wird. Der Unfug davon und die Nachteile für Deutschland werden zwar von

vielen Seiten anerkannt und beklagt, aber es wird doch nicht anders. Am meisten freuen sich die Sozialdemokraten darüber, denn sie haben den Vorteil davon, wenn sich die bürgerlichen Parteien wegen konfessioneller Streitigkeiten in den Haaren liegen und bei jeder Gelegenheit deswegen die Regierung anklagen, indem von der einen Seite behauptet wird, sie beuge sich vor dem katholischen Zentrum, und von der anderen, sie verletze die Parität. Damit läßt sich aber die trockene Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß Deutschland der viertgrößte katholische Staat ist, der hinter Österreich, Frankreich und Italien kommt und nach der Zahl seiner katholischen Einwohner noch vor Spanien steht. Dem muß doch der Kaiser und die Regierung Rechnung tragen, und die Klagen des evangelischen Bundes und der Nationalliberalen darüber, wenn der Kaiser beim Papst einen Besuch macht, sind gänzlich unberechtigt. Kaiser Wilhelm II. ist ein besserer Protestant wie die meisten seiner Töchter und noch außerdem ein kluger und auch höflicher Mann, der vor allem weiß, was er tut und was seine Pflicht ist.

Neue Nahrung erhielt der Streit, als am 3. Februar Reichskanzler Graf Bülow auf eine Anfrage des Zentrumsmitgliedes Dr. Spahn im Reichstag erklärte, die Aufhebung des Jesuitengesetzes sei nicht zu erwarten, wohl aber würden die preussischen Stimmen im Bundesrat für den seinerzeit nach Antrag des konservativen Abgeordneten Grafen Limburg-Sturum gefaßten Beschluß auf Aufhebung des § 2 des Gesetzes abgegeben werden. Darüber erhob sich nun großer Lärm in der Presse, während im Reichstag selbst nur der nationalliberale Abg. Dr. Hasse das dem Zentrum gewährte Zugeständnis bedauerte. Die ganze Angelegenheit ist von interessierter Seite in der Öffentlichkeit so verzerrt und entstellt worden, daß es hier notwendig ist, den Sachverhalt zu klären. Der in Rede stehende § 2 des Jesuitengesetzes lautet: „Die Angehörigen des Ordens der Gesellschaft Jesu oder der ihm verwandten Orden oder ordensähnlichen Kongregationen können, wenn sie Ausländer sind, aus dem Bundesgebiete ausgewiesen werden; wenn sie Inländer sind, kann ihnen der Aufenthalt in bestimmten Bezirken oder Orten versagt oder angewiesen werden.“ Da der § 1 ausdrücklich die Jesuiten aus Deutschland ausschließt und ihre Niederlassungen untersagt, so haben schon früher manche Politiker gefragt, was der § 2 für einen Zweck habe, und der verstorbene Führer der Nationalliberalen R. v. Bennigsen ist es selbst gewesen, der den Vorschlag gemacht hat, den eigentlich überflüssigen § 2 des Jesuitengesetzes aufzuheben und ihn damit aus der Agitation auszuschalten. Auch Graf Bülow hat in seiner Rede bemerkt, die konfessionellen Verhältnisse im Reiche ließen es nicht länger notwendig erscheinen, eine Anzahl deutscher Reichsangehöriger deshalb, weil sie dem Orden der Gesellschaft Jesu angehören, unter ein Ausnahmengesetz zu stellen, und dem Reiche gegenüber ausländischen Ordensangehörigen noch eine besondere Ausweisungsbefugnis zu geben, da sie für Ausländer im allgemeinen ohnehin besteht. Ein großer Teil der Nationalliberalen ist sich längst darüber klar geworden, daß diese scheinbaren Härten im Gesetz

beseitigt werden sollten, weil sie keine praktische Bedeutung haben, aber auf die Einbildungskraft unfundiger Menschen wirken und zur Agitation ausgenützt werden können. Der Reichstag hatte schon viermal in den Jahren 1894–1899 die Anträge des Zentrums auf Aufhebung des ganzen Gesetzes angenommen und im letztgenannten Jahre außerdem dem bereits erwähnten Antrage, der auch von liberalen Leuten, wie Rickert, unterzeichnet worden war, wenigstens auf Aufhebung des § 2 zugestimmt. Mit der Erklärung des Reichskanzlers schien die Mehrheit des Bundesrates dafür gesichert zu sein. Daran hätte wohl weder die jetzt von liberaler Seite in die Öffentlichkeit geschleuderte Behauptung, die Aufhebung solle als Belohnung des Zentrums wegen seines Eintretens für den Zolltarif gelten, noch die in politischen und kirchlichen Versammlungen beschlossenen Proteste und ebensowenig die in den Kammern verschiedener protestantischer Bundesstaaten an ihre Regierungen ergangenen Aufforderungen, im Bundesrat gegen die Aufhebung zu stimmen, viel geändert. Es kam aber ein anderes Hindernis dazwischen. Einstweilen ging der Kampf und die gegenseitige Verhetzung weiter, denn auf der einen Seite wünscht man die Jesuiten als „Ideal christlicher Frömmigkeit“, als unentbehrliche Vorkämpfer der katholischen Kirche herbei, und auf der anderen Seite will man sie als unveröhnliche Feinde des modernen Nationalstaates, als gefährliche Störer des konfessionellen Friedens ausschließen. Es läßt sich nun gar nicht leugnen, daß die beiden so scharf entgegengesetzten Anschauungen nicht flüchtige Parteimeinungen, sondern die Ergebnisse einer jahrhundertelangen geschichtlichen Entwicklung sind. Der erneute Streit hatte nur leider den Erfolg, die Unzufriedenheit und Unsicherheit in der Bevölkerung zu mehren und dadurch den staatsfeindlichen Gruppen neue Wahlmänner zuzuführen und die katholischen bürgerlichen Wähler beim Zentrum festzuhalten.

Inzwischen hatte sich ein neues Ereignis vollzogen, das geeignet war, die Erregung in beiden Lagern noch zu steigern, aber die Lage des Zentrums zu verschlechtern. Auf Anordnung des Bischofs Korum von Trier wurde Sonntag den 15. Februar von allen Kanzeln der katholischen Kirchen der Stadt den schulpflichtigen Mädchen der Besuch der staatlichen paritätischen höheren Töcherschule verboten. Dieser Übergriff des Bischofs ohne sichtbaren Grund trat dem Ansehen der Regierung an einer sehr empfindlichen Stelle zu nahe, und es handelte sich dabei offenbar um eine der stärksten Herausforderungen der Staatsgewalt in Angelegenheit der Schule. Die Schule war im Jahre 1878 unter Protest der katholischen Geistlichkeit von den städtischen Behörden ins Leben gerufen worden, war anfangs auch meist nur von protestantischen und jüdischen Schülerinnen besucht worden, schließlich hatten ihr aber die vortrefflichen Leistungen und die taktvolle Leitung der Anstalt auch zahlreiche katholische Mädchen zugeführt, die natürlich sonst die beiden privaten katholischen Töcherschulen besucht hätten. Katholischer Religionsunterricht wurde an der Schule nicht erteilt, weil die Geistlichkeit den darauf gerichteten Wunsch der Stadtbehörden abgelehnt



Bischof Dr. Felix Korum von Trier.

hatte. Bischof Korum hatte sich nach Rom begeben, wie es hieß, um dort für die Konfessionalisierung der mittleren und höheren Bildungsanstalten in Deutschland zu wirken und auf die angeblichen Gefahren der paritätischen Anstalten aufmerksam zu machen. Aus Kreisen der katholischen Geistlichkeit erhielt Bischof Korum zwar zahlreiche Zustimmungsadressen und auch das Zentrum versuchte eine etwas verlegene Verteidigung seines unerhörten Vorgehens, aber alle anderen Parteien verurteilten seine Handlungsweise aufs schärfste. Selbst in vatikanischen Kreisen hatte der Schritt des Bischofs einen höchst unliebsamen Eindruck gemacht, weil er gerade zu einem Zeitpunkt erfolgt war, als die Verhandlungen über die Straßburger theologische Fakultät ein auch die Kurie befriedigendes Ende gefunden hatten, und die preussische Regierung sich anschickte, ihren Einfluß zur Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes in Bewegung zu setzen. Bischof Korum fand darum in Rom weder Anerkennung noch Beifall.

Am 2. März brachten die Nationalliberalen die Sache vor das preussische Abgeordnetenhaus. Es gab einen sogenannten „großen Tag“. Abg. Dr. Hackenberg begründete die Interpellation in einer langen, aber maßvollen Rede, in der er anerkannte, daß Bischof Korum wohl gemäß den Prinzipien seiner Kirche gehandelt habe, daß aber die Regierung nicht dulden dürfe, daß dieselben in den Schulangelegenheiten Geltung gewännen, und sie sei verpflichtet, dagegen einzuschreiten. Bis dahin war alles richtig, als aber Abg. Dr. Hackenberg mit der

Behauptung fortfuhr, Bischof Korum habe das Zeichen, es sei Zeit, die bisherige Zurückhaltung aufzugeben, in der Nachgiebigkeit der Regierung gegenüber den Forderungen des Zentrums gesehen, so sprach aus ihm der Parteimann. Ministerpräsident Graf Bülow antwortete sofort, er müsse die Art und Weise tief bedauern, in der der Bischof von Trier durch sein Vorgehen den konfessionellen Frieden gefährdet habe, noch dazu, ohne daß von ihm jemals irgend eine Beschwerde gegen die Anstalt geführt worden war. Die Regierung müsse vor allem erwarten, daß er sein Publikandum rückgängig mache. Der Bischof habe es durch seine Abreise nach Rom unmöglich gemacht, daß direkt mit ihm verhandelt werde, und darum habe sich die Regierung durch ihren Gesandten an die Kurie gewendet, und er hoffe, daß dadurch alle, die Beziehungen zwischen Kirche und Staat störenden und die Allgemeinheit schädigenden Folgen vermieden werden würden. Kultusminister Studt sprach die Hoffnung aus, daß das Vorgehen des Bischofs Korum vereinzelt bleiben werde, im anderen Falle würde die Regierung den ihr aufgezwungenen Kampf mit Ruhe und Bewußtsein, daß sie im Recht sei, aufnehmen und mit Festigkeit führen. Daß sich die Regierung an die Kurie gewendet hatte, wurde ihr von den eingefleischten Antiklerikalen schon wieder übelgenommen. Es ist

eine nicht auf Deutschland ausschließlich beschränkte Erscheinung, daß dieselben liberalen Leute, welche sich täglich über die Übergriffe der Polizei ereifern und entrüsten, sofort bereit sind, diese übergreifende Behörde auf den politischen Gegner loszulassen. Die Regierung hatte aber ganz wohl daran getan, der Kirche, falls sie mit Preußen in einem guten Verhältnis bleiben wollte, die Austragung der Sache selbst zu überlassen und den Bischof nicht zum Märtyrer zu machen. In Rom war mittlerweile der Fürstbischof Dr. Kopp von Breslau eingetroffen, dessen Klugheit es bald gelang, die Kurie zu veranlassen, daß Bischof Korum seine Verfügung zurücknehme. Das geschah denn auch schon Sonntag den 11. März, allerdings mit einer Verkläuterung, nach der die Regierung erklärt hätte, den Wünschen der Katholiken in Trier gerecht zu werden. Das bezog sich aber in der Hauptsache nur auf das in Trier benützte Lesebuch, das allerdings scharfe Äußerungen Luthers gegen den Katholizismus enthielt, die in einer paritätischen Schule unstreitig nicht am Platze sind. Die Raschheit, mit der die Kurie den Wünschen der deutschen Regierung gerecht geworden war, muß unbedingt als ein großer Erfolg der deutschen Diplomatie anerkannt werden, wenn er auch denjenigen, die wieder ein wenig Kulturkampf wollten, nicht recht war. Einen Stachel ließ das ungeschickte Vorgehen des Bischofs Korum immerhin zurück und man benützte bald auch den Rücktritt des bayrischen Ministerpräsidenten v. Crailsheim dazu, um von einem vollständigen Triumph des Zentrums zu reden. Daß dem nicht

so sei, konnte man bald darauf an den Vorgängen bei der Vereidigung des neuen Erzbischofs von Köln, Dr. Fischer, ersehen, die am 12. März in Berlin erfolgte und einen durchaus patriotischen und verständlichen Charakter trug. Wenige Tage darauf erhielt er einen Hirtenbrief, in welchem er im Namen der deutschen Katholiken gegen die Bestrebungen protestierte, die zwischen dem Katholizismus und dem deutschen Volkstum einen Wall aufrichten wollten. Er werde immerdar das Wort predigen: „Fürchtet Gott, ehret den König!“ Erzbischof Dr. Fischer wurde schon kurze Zeit darauf zum Kardinal ernannt. Unstreitig hatte aber die Episode, die das unpolitische Auftreten des Bischofs Korum hervorgerufen hatte, den manchen Kreisen unerwünschten Schritt der Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes zur Zeit unmöglich gemacht.

In das erste Viertel des Jahres 1904 fällt auch noch ein anderes diesen Interessentenkreis berührendes Ereignis. Daß Kaiser Wilhelm den Traditionen seines Hauses gemäß als Richtschnur seines religiösen Lebens dem Wahlspruch folgt: „Ich und mein Haus wollen dem Herrn dienen“, war bekannt, doch besaß man bisher zum Verständnis seiner religiösen Grundlagen keinen wirklich öffnenden Schlüssel. Im verfloßenen Winter hatte nun ein Vortrag des ordentlichen Professors der Assyriologie an der Berliner Universität Dr. F. Delitzsch über „Babel und Bibel“ Aufsehen und viel Widerspruch hervorgerufen. Er hatte darin die Behauptung aufgestellt, die assyrisch-babylonischen Ausgrabungen hätten festgestellt, daß die alt-testamentarische Sittenlehre nicht aus sich selbst entstanden sei, sondern zum großen Teil aus der hochentwickelten Kultur der Babylonier geschöpft ist. Er wies nach, daß ein großer Teil der historischen Erzählungen des alten Testaments babylonischen Ursprungs sei. Die Angelegenheit machte Aufsehen nicht nur in Laienkreisen, die von liebgewordenen Überlieferungen nicht lassen wollten, sondern selbstverständlich auch bei den Männern der bibelstrengen Gläubigkeit, fand aber auch Einspruch von gelehrter Seite. Man wendete sich namentlich gegen die neue Ansicht, daß auch der monotheistische Gottesbegriff, also die Grundlage der christlichen Religion, von den Babyloniern stamme, und wenn auch die ersten Kapitel der Genesis äußerlich mit babylonischen Sagen und Erzählungen übereinstimmen, so seien sie doch immer noch ganz von dem Geiste der Religion des alleinigen Gottes durchdrungen. Am 11. Januar hielt Professor Delitzsch in der Singakademie zu Berlin einen zweiten Vortrag, dem auch der Kaiser beiwohnte. Der Vortragende hielt unter scharfer Kritik seiner Gegner die früheren Ausführungen aufrecht und übte auch an dem jüdischen Monotheismus Kritik. Das Alte Testament behalte seine hohe Bedeutung als einziges Denkmal eines gewaltigen religionsgeschichtlichen Vorgangs, aber eine Offenbarung sei es nicht. Man solle daher nicht an veralteten Lehren festhalten; selbst die Reformation sei nur eine Stufe auf dem Wege zur Erkenntnis, das Ziel aber, das uns allen gesteckt sei, wäre die Weiterbildung der Religion. Da Kaiser Wilhelm dem Professor Delitzsch nach dem Vortrage die Hand gereicht und ihn auch mehrfach zur Abendtafel ge-

zogen hatte, so waren von verschiedenen Seiten daraus Schlüsse auf den religiösen Standpunkt des Kaisers gezogen worden. Das richtigste Urteil darüber hatte wohl ein, diesen Interessenten räumlich fernstehender, der Professor an der evangelisch-theologischen Fakultät Sellin in Wien, gezogen, der in der „N. Fr. Presse“ seine Freude darüber äußerte, daß der Monarch eines der mächtigsten europäischen Reiche mit lebhaftem Interesse die Arbeiten und Ergebnisse eines Zweiges der Wissenschaft verfolge; eine schönere Illustration für die Gültigkeit des Grundsatzes „Die Wissenschaft ist frei“ als jene Versammlung habe die Geschichte der letzten Jahrzehnte kaum geliefert.

Daß hiemit ungefähr das Richtige getroffen worden war, bewies kurze Zeit darauf ein ausführlicher Brief des Kaisers an seinen Vertrauten, den Admiral Hollmann, der am 19. Februar im Heft 8 der „Grenzboten“ mit kaiserlicher Bewilligung veröffentlicht wurde. In diesem Schreiben gibt Kaiser Wilhelm eine ausführliche Darstellung seiner Stellungnahme zu dem Inhalt des Vortrags, insbesondere zu den Anschauungen des Professors Delitzsch über die Offenbarungsfrage. Er bedauert, daß der Gelehrte den strengen Standpunkt des Historikers verlassen habe und infolgedessen in gewagte religiöse Hypothesen geraten sei, zu denen der Kaiser selbst einen entgegengesetzten Standpunkt einnehme. Er hält es für falsch, daß Professor Delitzsch an die Offenbarungsfrage herangetreten sei und sie eigentlich verneint, indem er sie auf geschichtlich rein menschliche Dinge zurückführen zu können glaubt. Der Kaiser entwickelt dann ausführlich seine Auffassung von der Offenbarungslehre. Gott offenbare sich historisch fortlaufend in erleuchteten Geistern, in Goethe und Kant so gut wie in Moses, in Kaiser Wilhelm dem Großen nicht minder wie in Abraham, sowie religiös in Propheten und in Christus, dessen Gottheit in menschlicher Gestalt Professor Delitzsch leider nicht anerkenne. Zum Schluß seines Schreibens stellt der Kaiser folgende Schlusfolgerungen, gewissermaßen als sein Glaubensbekenntnis, fest: „Ich glaube an einen einigen Gott; wir Menschen brauchen, um ihn zu lehren, eine Form, zumal für unsere Kinder; diese Form ist bisher das Alte Testament in seiner jetzigen Überlieferung gewesen. Diese Form wird unter der Forschung von Inschriften und Grabungen sich entschieden wesentlich ändern; das schadet nichts. Auch daß dadurch viel von dem Nimbus des ausgewählten Volkes verloren geht, schadet nichts. Der Kern und Inhalt bleibt immer derselbe: Gott und sein Wirken! Wie war Religion ein Ergebnis der Wissenschaft, sondern ein Ausfluß des Herzens und Sinnes des Menschen aus seinem Verkehr mit Gott.“ In dem inhaltreichen Schreiben gibt der Kaiser ein fast wissenschaftlich aufgenommenes Spiegelbild seines religiösen Denkens, in dem er sich als einen Menschen zeigt, der selbst erfüllt und bewegt ist von den Fragen und Aufgaben, die heute in seinem Volke umgehen. An die Spitze dieser Darlegungen stellt er sein offenes Bekenntnis zum modernen Denken. — Wie jeder einzelne sein persönliches Verhältnis zu Gott regelt, ist seine Sache und es kommt dabei nur bei wenigen Menschen auf dasselbe hin-

aus. Es braucht darum niemand die religiösen Anschauungen des Kaisers Wilhelm zu teilen, wohl aber muß der moderne Geist, der Ernst und das tiefe Pflichtgefühl auffallen, mit dem er auch in diesen Gegenstand eingedrungen ist, während die große Mehrzahl der Menschen sich mit der wenig durchdachten Gewöhnung an Hergebrachtes zufriedengibt. Die Veröffentlichung machte überall einen guten Eindruck, nicht zum wenigsten darum, weil der Kaiser damit zeigte, wie sehr ihm daran liegt, daß sein Volk weiß, wie und wie ernst er denkt. Kurz nach Veröffentlichung des Briefes verschwand in der Öffentlichkeit der Streit über „Babel und Bibel“ und kehrte in die Gelehrtenstube zurück, wohin er gehört.

Reisen des Kaisers und seiner Söhne.

Die politische Bedeutung der Monarchenbesuche ist schon im vorigen Jahrgange besprochen und die in der demokratischen Presse absichtlich zur Schau getragene Nichtachtung derselben auf ihren geringen sachlichen Wert zurückgeführt worden. Selbst wer den Einfluß der Herrscher auf die Geschicke ihrer Länder und Völker zu unterschätzen beliebt und alles auf die Regungen der Volksseele zu schieben sucht, kann die Tragweite der Monarchenbesuche, die sich im Jahre 1903 vollzogen haben, sei es auch nur auf die „Regungen der Volksseele“, nicht unterschätzen. Es wirkt sicher eins auf das andere. Daß Kaiser Wilhelm oft auf Reisen im In- und Auslande ist, wurde schon vielfach, häufig mit absprechendem Tadel, bemerkt, daß er aber seine Reisen benützt, um als sein eigener Kaiser und Kanzler die Regungen der Volksseele für das Reich zu beeinflussen, wenn er auch die eigentlichen diplomatischen und politisch-technischen Geschäfte seinem Kanzler und den Ministern überläßt, wird nicht auf allen Seiten erkannt. Er dagegen verkennet nicht, daß in unseren modernen Tagen mit der alten liberalen Theorie von der in den Wolken schwebenden Majestät der Krone nichts zu machen ist, und er sieht nicht ein, warum er anderen Leuten überlassen soll, auf die Regungen der Seele seines Volkes und anderer Völkerschaften Einfluß zu üben, wenn er es selber vermag. Er hat auch schon im Auslande Verständnis und Nachfolger gefunden, ist aber dem Tadel und den Befristungen seiner Reisen und Reden gerade von denjenigen ausgesetzt, die für sich das Monopol der Bearbeitung der Volksseele beanspruchen, um auf diesem Wege zur wirklichen Beherrschung der Staatsgewalt zu gelangen, wobei die Krone keineswegs abgeschafft werden, sondern im Gegenteil ihr altertümliches Ansehen bei der Bevölkerung zu Gunsten der jeweiligen Regierungsinhaber herleihen soll. Nur soll der Träger der Krone nichts zu sagen haben, das wollen die anderen besorgen.

Als Vorläufer der Kaiserreisen darf der Besuch des Kronprinzen am Petersburger Hofe angesehen werden, der in der zweiten Hälfte des Januar erfolgte, von der russischen Presse mit großer Freude begrüßt und allgemein als Beweis der freundschaftlichsten Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland angesehen wurde. „Mit dem Deutschland der

Zukunft müssen wir leben und uns ernstlich und vernünftig verständigen“, sagte die „Petersburger Wjedomosti“ sehr richtig. Der Kronprinz traf am 16. Januar, um 10 Uhr vormittags, in Petersburg ein und wurde vom russischen Thronfolger und sämtlichen Großfürsten (nur Großfürst Wladimir war krank) auf dem Bahnhofe begrüßt, durch die reich mit Flaggen schmuck gezierten und von einer froh gestimmten Menge erfüllten Straßen nach dem Winterpalais geleitet, wo der Empfang durch das Kaiserpaar ungemein herzlich war. Der Zar verlieh dem Kronprinzen das kleinrussische Dragonerregiment Nr. 48, dessen frühere Inhaber stets preussische Prinzen gewesen waren. Nachdem der Kronprinz die Kaiserin-Witwe besucht, in der Peter Pauls-Kathedrale an der Gruft Nikolaus I., der Kaiserin Charlotte und Alexanders III. Kränze niedergelegt und die üblichen Besuche bei den Mitgliedern der kaiserlichen Familie abgestattet hatte, fand abends im Winterpalais ein Galadiner statt, bei dem herzhafte Coaste gewechselt wurden. Der Kronprinz besuchte in den nächsten Tagen die Sehenswürdigkeiten der russischen Hauptstadt und begrüßte Sonntag den 18. Januar auf der deutschen Botschaft das gesamte Personal derselben sowie das des deutschen Konsulats und den bayrischen Gesandten. Da er die hervorragenden Staatswürdenträger und leitenden Staatsmänner des russischen Reichs kennen zu lernen wünschte, fand abends in der deutschen Botschaft ein Mahl statt, zu welchem sämtliche Minister, die höchsten Hofchargen und die obersten Spitzen der Militär- und Zivilverwaltung eingeladen waren. Im übrigen verfloßen die weiteren Tage des Petersburger Aufenthaltes im engen Verkehr mit der kaiserlichen Familie und den Mitgliedern des Kaiserhauses. Montag den 19. Januar wohnte der Kronprinz im Winterpalais mit dem Kaiserpaar und der Kaiserin-Witwe dem Feste der Wasserweihe bei und überreichte hierauf dem Zaren als Geschenk seines Vaters ein Modell des neuesten deutschen Linienschiffes „Braunschweig“, das der deutsche Marineattaché Freih. v. Schimmelmann erläuterte. Dasselbe zeigt bis in die kleinsten Einzelheiten die Armierung und sonstige Ausrüstung des Schiffes; es kann somit als besonderes Zeichen des Vertrauens betrachtet werden, das gerade in Marinesachen zwischen dem deutschen und dem russischen Kaiser besteht und schon bei den Flottenmanövern vor Danzig und Reval in den vergangenen Jahren hervorgetreten war. Der Besuch bei dem Wiborgschen Dragonerregiment in Nowgorod mußte wegen einer leichten Erkältung des Kronprinzen verschoben werden und fand erst am 24. statt, nachdem der Kronprinz tags vorher einen längeren Besuch des Ministers des Äußern Grafen Lamsdorff erhalten und abends großer Ball beim Großfürsten Georg Michailowitsch stattgefunden hatte. Nach der herzlichsten Verabschiedung vom Kaiserpaar und der gesamten kaiserlichen Familie fuhr der Kronprinz am 24. in Begleitung des Großfürsten Thronfolgers nach Nowgorod, wo ungemein feierlicher Empfang sowie Parade und eine große Festlichkeit des Wiborgschen Dragonerregiments stattfand, dem der Kronprinz die Grüße des Inhabers, seines Vaters, überbrachte.

Abends erfolgte unter lautem Jubel der Volksmenge die Abfahrt zur Rückkehr nach Berlin. Auch in der ausländischen Presse wurde der intime Verkehr des Kaiserpaars und der gesamten kaiserlichen Familie mit dem Kronprinzen, der sich während dessen leichter Unpäßlichkeit noch herzlicher gestaltete, mehrfach hervorgehoben, und die russische Presse war voll des Lobes über die Liebenswürdigkeit des deutschen Gastes. Selbst die sonst durch ihren Deutschenhaß bekannte „Birschewija Wjedomosti“ (Börsezeitung) veröffentlichte einen sehr sympathischen Artikel und erkannte an, daß Deutschland alles vermieden habe, was in der politischen Wagschale als Gegengewicht gegen Rußland hätte verwendet werden können.

Ende Februar wurde der Kronprinz in Bonn feierlich ermatrikuliert und trat Anfang März mit seinem Bruder Eitel Friedrich eine Orientreise an; sie besuchten am 3. März Mailand und fuhren am folgenden Tage über Brindisi nach Korfu, dessen Sehenswürdigkeiten sie in Augenschein nahmen. Am 8. trafen sie in Alexandrien ein, wo sie im Namen des Khedive offiziell begrüßt wurden, und begaben sich nach Kairo, dessen Sehenswürdigkeiten sie besichtigten und am folgenden Tage vom Khedive empfangen wurden, der ihnen zu Ehren ein Diner gab. Sie besuchten Gizeh und Memphis. Da Prinz Eitel Friedrich an den Masern erkrankt war, fuhr der Khedive mit dem Kronprinzen in die Umgebung von Kairo. Am 13. März unternahm der Kronprinz einen Ritt nach Luxor, um die Königsgräber, Memnonssäule und andere Altertümer zu besichtigen, erkrankte dort aber ebenfalls an den Masern. Erst am 27. März war er wieder vollkommen gesund und besuchte den neuen Nildamm bei Assuan und den Tempel auf der Insel Philä. Am letzten März verabschiedeten sich beide Prinzen vom Khedive, machten der in Kairo eingetroffenen Königin von Portugal einen Besuch und fuhren am 1. April von Port Said aus nach Konstantinopel, wo sie am 5. April eintrafen und mit großen Ehren aufgenommen wurden. Am folgenden Tage wurden sie im Jildis-Palais vom Sultan empfangen, der sie in der liebenswürdigsten Weise begrüßte und ihnen den Besuch erwiderte. Am 11. April trafen die beiden Prinzen zum Besuche des griechischen Hofes im Piräus ein. Der Kronprinz besuchte zuerst den Kommandanten des im Hafen ankernden österreich.-ungar. Geschwaders und fuhr dann mit seinem Bruder und der Kronprinzessin von Griechenland, seiner Tante, die ihnen entgegengekommen war, nach Athen, wo sie von der königlichen Familie wie von der Bevölkerung herzlichst begrüßt wurden. Sie verweilten einige Tage und reisten dann nach Sizilien ab, von wo sie sich zu ihrem Vater begaben, der zum Besuch in Rom weilte.

Kaiser Wilhelm machte Anfangs April dem König Christian von Dänemark in Kopenhagen einen Besuch, der dessen 85. Geburtstag galt. Es hieß, da dieser in die Karwoche falle, so sei der Besuch des Kaisers um sechs Tage früher angelegt worden, von anderer Seite wurde indessen die Vermutung ausgesprochen, man habe eine Berührung zwischen dem Kaiser und der dem dänischen Königshause nahe verwandten Familie des Herzogs

von Cumberland vermeiden wollen. Eine um diese Zeit in Londoner Blättern auftauchende Nachricht, der deutsche Kronprinz werde im Sommer mit der Prinzessin Alexandra von Cumberland (sie hat sich inzwischen mit dem Großherzog von Mecklenburg-Schwerin verlobt) zusammentreffen, wurde von der „Nordd. Allg. Ztg.“ scharf dementiert, ebenso die Meldung eines hannoverschen Welfenblattes, der Kaiser werde im Herbst mehrere Tage Jagdgast des Herzogs von Cumberland in Gmunden sein.

Wenn auch von gewisser Seite absichtlich betont wurde, der Besuch des Kaisers bei König Christian sei nur rein familiärer Natur, so weiß man doch, daß damit ein neuer Beweis dafür gegeben wurde, wie weit die Dänen ihren Groll gegen Deutschland aufgegeben haben. Von 1848 und 1864 her bestand in Dänemark ein wahrer Haß gegen Deutschland und Preußen, und manche dem Deutschen Reiche nicht günstige Intrige ging vom Hofe in Kopenhagen aus, der bis zum Tode der ehrgeizigen Königin Luise stets deutschfeindlich gesinnt blieb, während das dänische Volk in der Hoffnung, in einem großen europäischen Kriege gegen Deutschland Schleswig-Holstein wiederzugewinnen, jederzeit zu deutschfeindlichen Kundgebungen bereit war. Fünfzehn Jahre waren verflossen seit dem ersten Besuche des Kaisers Wilhelm in Kopenhagen nach seinem Regierungsantritt, die Zeiten hatten sich geändert. Damals saß auf dem russischen Kaiserthron der mißtrauische, unter dem Einflusse seiner deutschfeindlichen Gattin stehende Alexander III., seitdem ist die Königin Luise gestorben und auf Wunsch ihres Enkels, des wirklich friedliebenden Zaren Nikolaus, übt die Gemahlin Alexanders III. keinen politischen Einfluß mehr aus. Am Vorabend seines 85. Geburtstages konnte darum König Christian in der vollsten Offenheit seinem Gaste den Willkommensgruß bieten. Auch das dänische Volk hat sich überzeugen müssen, daß die Ereignisse der Weltgeschichte über seine Strebungen und seine Empfindlichkeiten hinweggegangen sind. Außerdem hat seit der Vollendung des Nordostseekanals Dänemark seine maritime Bedeutung für einen Krieg gegen Deutschland vollkommen eingebüßt. Der Besuch des dänischen Kronprinzen am deutschen Kaiserhofe im Vorjahre hatte bereits den Witterungsumschlag bestätigt. Die dänische Presse begrüßte jetzt den Besuch mit unverkennbarer Freude. „Danebrog“ sagte: „Wir sind in höchstem Grade daran interessiert, daß man in unserem mächtigen Nachbarstaat im Süden uns richtig kennt und versteht, so wie wir sind. Denn nur aus diesem Verständnis heraus kann sich eine gute Nachbarschaft entwickeln,“ und die Zeitung „Politiken“ schrieb: „Wir Dänen haben selbstverständlich höchstes Interesse daran, daß unsere Stellung zu Deutschland eine unbedingt freundschaftliche ist. Wir haben viel zu lernen und zu empfangen von Deutschland, dessen Kultur uns imponiert und anzieht, ohne daß wir unsere eigene geistige, wie materielle Selbständigkeit beiseite zu setzen brauchen.“

Kaiser Wilhelm verließ am 2. April gegen 7 Uhr früh Kiel und traf mit der „Hohenzollern“ um 5 Uhr nachmittags auf der Reede von Kopenhagen ein, wo ihn König Christian, der Kron-

prinz und Prinz Christian an Bord begrüßten. Die Begegnung war ungemein herzlich. Kurze Zeit darauf begab sich der Kaiser unter den jubelnden Hurrarufen der Menge an das Land, wo ihn der König empfing und mit ihm durch das Militärspalier und eine in Kopenhagen noch nie gesehene Menschenmenge nach Schloß Amalienborg fuhr. Um 6 Uhr machte der Kaiser im Residenzschlosse der Kaiserin-Witwe von Rußland, der Königin von England, der Kronprinzessin und den übrigen Damen des Königshauses Besuche. Der König hatte den Kaiser zum dänischen Admiral ernannt, der Kaiser hatte dem thüringischen Manenregiment Nr. 6, dessen Chef der König Christian schon seit langen Jahren war, den Namen desselben für immer verliehen. Abends fand Galatafel statt, bei der die freundschaftlichsten Trinksprüche ausgebracht wurden. Der König sprach den Wunsch aus, der Besuch möge „zu weiterem Gedeihen des herzlichen Verhältnisses zwischen unseren Häusern und unseren verwandten Völkern beitragen“. Kaiser Wilhelm erklärte, er als einer der jüngsten unter Europas Herrschern spreche vollkommen im Einverständnis mit seinem ganzen Volke, das dem dänischen stammverwandt ist, den Wunsch aus, daß Gott den König schütze, erhalten und segnen möge, „zu dem wir aufblicken als zu einem gnädigen, sorgenden und herzensvollen Landesvater, der ein Muster ist als Fürst, als Ehemann und Vater auf dem Throne“. Die beiden Coaste wurden deutsch gesprochen. Am nächsten Vormittag besuchte der Kaiser mit dem Kronprinzen und dem Prinzen Waldemar das Museum, das Thorwaldsen-Museum, die Grabstätte Thorwaldsens und die berühmte königliche Porzellanfabrik, in der er bedeutende Einkäufe machte. Um 1 Uhr fand beim deutschen Gesandten v. Schön ein Frühstück statt, zu welchem der Kaiser Vertreter von Kunst, Wissenschaft, Handel und Segelsport eingeladen hatte. Er wie die Gäste erschienen in Zivil. Nachmittags wurde ein Ausflug nach dem herrlichen Klampenborg unternommen, abends war zunächst Familientafel im Schloß und darauf musikalische Abendunterhaltung beim Kronprinzen, wo die Kronprinzessin auch den sozialdemokratischen Bürgermeister Jensen vorstellte, mit dem sich der Kaiser längere Zeit unterhielt.

Am 4. April folgte zunächst ein Ausflug nach der geschichtlich merkwürdigen Stadt Roskilde, deren Dom die Gräber der dänischen Könige birgt. Der Kaiser legte am Sarge der Königin Luise einen prächtigen Kranz nieder. Nach der Rückkehr nach Kopenhagen wurde das neue, architektonisch schöne Rathhaus besichtigt und Kaiser Wilhelm trug sich in das städtische Gedenkbuch ein. Später wurde der Eichtheilanstalt des Professors Finsen ein eingehender Besuch abgestattet und noch die historische Sammlung im Schloß Rosenborg besichtigt, nach deren Muster das Hohenzollernmuseum in Berlin angelegt worden ist. Auf wiederholte dringende Bitten des Königs hatte Kaiser Wilhelm seine Abreise um 24 Stunden verschoben. Mittags war ihm vom Generalmajor v. Dalberg ein Offizier und ein Soldat in der neuen, sehr kleidsamen und praktischen dänischen Uniform vorgestellt worden. Am nächsten Tage, Sonntag den 5. April,

besuchte der Kaiser mit der gesamten dänischen Königsfamilie den Gottesdienst in der Marmorkirche und fuhr nach der Familientafel mit dem Prinzen nach Hillerød, um das historisch denkwürdige Schloß Frederiksborg in Augenschein zu nehmen. Abends war gewöhnliche Sonntags-Familientafel, bei der keine offiziellen Reden gehalten wurden, der König und der Kaiser sich aber sehr herzliche Worte zum Abschiede sagten. Die Abfahrt nach dem Hafen erfolgte viel später als ursprünglich festgesetzt worden war, erst um halb zehn Uhr, und der Kaiser wie der König wurden dabei von Tausenden von Zuschauern jubelnd begrüßt. Kaiser Wilhelm übernachtete auf der „Hohenzollern“, die am anderen Morgen mit dem deutschen Geschwader unter Geschützsalut um halb acht Uhr den Hafen verließ und nachmittags 4 Uhr in Kiel eintraf, wo der Kaiser bei seinem Bruder, dem Prinzen Heinrich, zu Abend verblieb. Er wechselte mit dem König Christian noch herzliche Dankdepeschen. Die Reise nach Kopenhagen war ein Eroberungszug nach dem Herzen des dänischen Volkes gewesen. Wie sehr er gelungen war, bewies die ingrimmige Enttäuschung gewisser englischer und französischer Blätter, die ein Interesse daran gehabt hatten, daß Dänemark und der Hof in Kopenhagen weiter ein Herd deutschfeindlicher Politik bleiben möchten. In diesem Sinne waren von ihnen zahlreiche Gerüchte erfunden worden, die der Kaiserreise eine ganze Reihe von weittragenden, aber nie beabsichtigten Zwecken beilegen, um nachher für alle Fälle einen Mißerfolg ankündigen zu können. Dazu gehörte nicht am wenigsten die angebliche Ausöhnung mit dem Herzog von Cumberland. Nicht in der Erfüllung politischer Ziele liegt aber heutzutage die Bedeutung der Begegnungen von gekrönten Häuptern, sondern sie sind wertvolle Beweise persönlichen Vertrauens, welche oft mehr als feingespinnene diplomatische Züge auf das Verhältnis der dabei beteiligten Völker wirken.

Wenige Tage vorher, am 27. März, war die Kaiserin Augusta Viktoria im Grunewald bei einem Spazierritte, den sie mit ihrem Gemahl und dem Prinzen Adalbert unternommen hatte, mit ihrem Pferde, das beim scharfen Reiten über eine Baumwurzel gestolpert war, gestürzt und hatte einen leichten Bruch des linken Unterarmes erlitten. Der Unfall war durchaus ungefährlich, hatte aber doch die Folge, daß die Kaiserin auf einige Zeit von der Teilnahme an den Reisen ihres Gemahls zurückgehalten wurde. Am 22. April verließ der Kaiser Berlin wieder, machte in Gotha dem Regenten, Erbprinzen zu Hohenlohe-Engenburg, einen kurzen Besuch und traf abends in Eisenach ein, wo ihn der Großherzog zur Wartburg geleitete. Von dort begab er sich am 29. April nach Bückeburg zur Vermählung des Großherzogs von Weimar mit der Prinzessin Karoline von Rußland, wozu auch die Königin Wilhelmine der Niederlande und Prinz Heinrich der Niederlande eingetroffen waren. Am nächsten Tage um 11 Uhr abends trat der Kaiser nach herzlichem Abschied von den fürstlichen Hochzeitsgästen unter den Huldigungen der Bevölkerung seine Reise nach Rom an. Eigentlich bedurften die Beziehungen zwischen Deutschland und Italien keiner neuen Bekräftigung durch Besuche

und Trinksprüche, denn sie beruhen auf gemeinschaftlichen Interessen und der schon in die dritte Generation währenden Freundschaft der Herrscherhäuser. Freilich, der Charakter des italienischen Volkes ist launisch und unbeständig, seine lebhafteste Phantasie bedarf von Zeit zu Zeit der Auffrischung alter Be-

fen Waldersee, begleitet. Wenige Tage vorher war König Eduard von England zum Besuch in Rom gewesen und überaus freundlich aufgenommen worden, aber sein Empfang konnte doch keinen Vergleich aushalten mit dem tatsächlich begeisterten Jubel, mit dem der Kaiser allenthalben



Kaiser Wilhelm in Rom: Der Kaiser am Grabe König Humberts I. im Pantheon am 2. Mai.

geisterung durch neue glänzende Ereignisse, die überhaupt der südlichen Eitelkeit leicht als Traumbild der eigenen vielumworbenen Nation mit Rom als Mittelpunkt der zivilisierten Welt erscheinen. Kaiser Wilhelm kam diesmal zur offiziellen Erwiderung des Antrittsbesuches seines königlichen Verbündeten und war darum von dem verantwortlichen Leiter seiner Politik, dem Reichskanzler Grafen Bülow, und dem im Auslande bekanntesten Vertreter der deutschen Armee, dem Feldmarschall Gra-

von der Bevölkerung begrüßt wurde. Die „Capitale“ hob hervor, der dem Kaiser Wilhelm bereitete Empfang und die unmittelbaren begeisterten Kundgebungen hätten das wahre Empfinden des Volkes zum Ausdruck gebracht, denn das Bündnis mit Deutschland sei für die Italiener eine Sache des Gefühls und der Überzeugung.

Kaiser Wilhelm traf Samstag den 2. Mai erst nach 5 Uhr nachmittags in Rom ein, weil Regengüsse Verkehrsstörungen auf den Bahnen hervor-

gerufen hatten. Der Kronprinz und Prinz Eitel Friedrich waren ihrem Vater nach Civita Vecchia entgegengefahren. Auf dem Bahnhofe in Rom war König Viktor Emanuel mit allen italienischen Prinzen anwesend. Die Begrüßung der beiden Monarchen war äußerst herzlich, und sie fuhren dann unter unausgesetzten Zurufen der Menschenmenge nach dem Quirinal. Unterwegs begrüßte der Bürgermeister von Rom, Fürst Colonna, auf der Piazza Eredra den Kaiser, der erwiderte: „Ich freue mich, in Rom zu weilen, in der Stadt, welche ich liebe und die von einem Volke bewohnt wird, das mir so teuer ist.“ Die Volksmenge drängte nach dem Quirinal, durchbrach das Militärspalier und ruhte nicht eher, als bis die Monarchen mit der Königin und den Prinzen zweimal auf dem Balkon erschienen waren. Der Kaiser begab sich dann noch mit seinen beiden Söhnen nach dem Pantheon, wo er Kränze an den Grabstätten der Könige Viktor Emanuel II. und Humbert I. niederlegte, und machte der Königinwitwe Margherita einen Besuch. Beim Festmahle im Familienkreise des Königs verfloß der erste Abend. Der Vormittag des nächsten Tages gehörte dem Gottesdienste in der deutschen Botschaft und dem Wiedersehen der Vertreter Deutschlands und Angehöriger der Heimat. Kurz nach Mittag erfolgte die Fahrt nach der preussischen Gesandtschaft beim Vatikan, wo beim Gesandten Freih. v. Rotenhan ein Frühstück stattfand, an dem auch der Kardinalstaatssekretär Rampolla teilnahm, der schon am vorigen Abend da erschienen war, um den Willkommensgruß des Papstes an den Kaiser zu bestellen.

Gegen 2 Uhr nachmittags hatte sich eine große Menschenmenge vor der preussischen Botschaft angesammelt, um die Fahrt des Kaisers zum Vatikan zu sehen. Die Truppen der Garnison, unter dem Befehl des Generals Mazza, bildeten Spalier. Der kaiserliche Wagenzug setzte sich kurz vor 3 Uhr unter lebhaften Zurufen der Menge in Bewegung, die Truppen präsentierten und die Kapellen spielten die deutsche Volkshymne. Merkwürdig ist der Gegensatz, welchen dieser kaiserliche Besuch zu denen bildet, die bis zur Mitte des 16. Jahrhunderts von deutschen Kaisern ausgeführt wurden, wenn sie kamen, um sich die römische Kaiserkrone zu holen! Die deutsche Kaiserkrone ist auf dem Schlachtfelde erworben worden. Als der Kaiser um 3 $\frac{1}{4}$ Uhr durch die Porta Zecca in den Vatikan einfuhr, machten die italienischen Carabinieri, die den Wagen eskortiert hatten, draußen halt. Im Damasushofe erwies eine Kompanie der päpstlichen Palastwache und eine Abteilung päpstlicher Gendarmerie die militärischen Ehren, daselbe geschah auch beim Durchschreiten der Gemächer im Vatikan. Nachdem der Kaiser die Huldigung der in Rom anwesenden Bischöfe von Fulda, Limburg, Mainz und Rotenburg sowie des Erzbischofs von Freiburg entgegengenommen hatte, wurde er vom Papst Leo XIII. empfangen, während die kaiserlichen Prinzen zunächst im anstoßenden Gemach blieben. Über den Kaiserbesuch im Vatikan sind hinterher allerhand interessierte, aber meist wenig interessante Einzelheiten verbreitet worden, deren geringe Stichhaltigkeit allen politisch einigermaßen Erfahrenen sofort

erkennbar war. Die „Germania“ berichtete dagegen kurz und bündig: „Leo XIII. erschien auf der Schwelle seines geheimen Audienzzimmers und ging dem Kaiser entgegen. Der Kaiser machte zwei Verbeugungen, er ergriff die dargebotene Hand des Heil. Vaters und beide verschwanden im Audienzzimmer. Hier standen zwei gleiche Thronesseln bereit. Die Unterhaltung dauerte 25 Minuten. Sie blieb geheim. Alles darüber Gemeldete ist ‚Humbig‘. Dann wurden die Prinzen durch den Kaiser vorgestellt. Sie standen, während der Heil. Vater saß. Sodann erfolgte die Vorstellung des Gefolges. Darauf begaben sich alle zum Kardinal Rampolla. Alsdann fand die Rückkehr zur Gesandtschaft Preussens statt. Der Aufenthalt des Kaisers im Vatikan hatte genau anderthalb Stunden gedauert.“ Nach der „Pol. Korr.“, bei der man zuverlässige Informationen voraussetzen darf, bildeten die Hauptgegenstände der Unterredung des Kaisers mit dem Papste die deutschen katholischen Missionen im Orient und das Bibelstudium. Der Papst beglückwünschte den Kaiser zu seiner vorjährigen Rede in Aachen und kam den Bemühungen Deutschlands für die Entwicklung der deutschen katholischen Missionen in Asien und Afrika bereitwillig entgegen. Der Bischof Anzer in Schantung wurde durch eine jüngere Kraft ersetzt und der Erzbischof Dr. Fischer von Köln hat im nächsten Konsistorium den Kardinalshut erhalten. Was das Protektorat über die deutschen Missionen betrifft, so wird bekanntlich von Deutschland das Schutzrecht über alle Staatsangehörigen im Auslande ausgeübt und es bedarf dazu keiner irgendwie gearteten Anerkennung. Zum Papst sagte der Kaiser u. a. auf die Aufforderung, die kaiserlichen Prinzen möchten doch noch in Rom bleiben und die Sehenswürdigkeiten in Augenschein nehmen: „Nein, die haben schon zu lange Ferien, jetzt heißt es wieder an die Arbeit gehen.“ Besondere Beachtung verdient übrigens das besondere Jeremiell, mit dem der Kaiser nach dem Vatikan gefahren war und mit dem der König wie der Papst selbstverständlich vorher einverstanden gewesen waren. Jedenfalls bedeutet die Ausbietung italienischen Militärs zur Begleitung, wie wenig an der vatikanischen Behauptung ist, daß der Papst unfrei und in der Betätigung seiner Souveränität durch die italienische Regierung behindert werde. Auch auf der Rückfahrt wurde der Kaiser von der Bevölkerung mit lauten Zurufen begrüßt, auf dem Platze Santa Marta und auf dem Sakristeiplatze zeichneten sich dabei auch große Scharen deutscher Pilger aus, die mit Fahnen und deutschen Abzeichen dort Aufstellung genommen hatten. Vor dem Galadiner machte der Kaiser noch der Frau Laura Minghetti, der Schwiegermutter des Reichskanzlers Grafen Bülow, einen Besuch.

Abends fand dann im Quirinal das offizielle Galadiner statt. In seinem Trinkspruch gedachte König Viktor Emanuel in italienischer Sprache des Verhältnisses des Kaisers Wilhelm I. zu seinem Großvater und betonte das Bündnis beider Reiche. „Die heutige Begegnung ist eine neue Verkräftigung des gemeinsamen Wirkens Deutschlands und Italiens, alle ihre Anstrengungen und ihr einträchtiges Wirken unter den Auspizien des gegen-

seitigen Bündnisses auf die Beförderung des Friedens zu richten.“ In seiner Erwiderung hob Kaiser Wilhelm besonders den herzlichen Empfang hervor. „Ich erkenne in demselben die Bekräftigung der Tatsache, daß das Bündnis, welches unsere beiden Häuser und Länder verbindet, von dem italienischen Volke in voller Sympathie anerkannt und unverändert gepflegt wird.“ Der Kaiser sprach deutsch, brachte aber das Hoch auf das Königspaar, die italienische Armee und das italienische Volk in italienischer Sprache aus. Nach dem Galadiner wurde die Festvorstellung im Argentina-Theater besucht. Auf der Hinfahrt, während der Vorstellung, die sich bis nach Mitternacht hinzog, und auf der Rückfahrt fanden wieder begeisterte Kundgebungen statt. Der folgende Vormittag war für das große militärische Schauspiel bestimmt. Die Parade hatte auf dem Waffenplatze am rechten Tiberufer abgehalten werden sollen, der aber durch die Regengüsse am Freitag und Samstag in einen Morast verwandelt worden war. Sie fand darum auf dem Rasenfeld vor der Porta maggiore im Osten von Rom statt und bot einen prächtigen Blick in die herrliche, vom Zauber des Altertums verklärte Campagna. Leider war an eine günstige Unterbringung der Zuschauer nicht mehr gedacht worden. Das Wetter war wunderschön und die Parade bot ein prächtiges militärisches Bild. Die Bevölkerung begrüßte die Monarchen, die Königin und die deutschen und italienischen Prinzen mit unausgesetzten Jubelrufen. Am Mittag trafen die Herrschaften wieder im Quirinal ein. Kaiser Wilhelm begab sich dann zur deutschen Botschaft, wo ihm die Vertreter des archäologischen Instituts, des Künstlervereines, des Flottenvereines, der deutschen Kolonie und des historischen Instituts vorgestellt wurden. Später machte er dem Präsidenten des Roten Kreuzes, Grafen Soma glia, und dem Bürgermeister von Rom, Fürsten Colonna, einen Besuch und nahm den Tee bei Frau v. Thelius ein. Der Kronprinz und Prinz Eitel Friedrich besuchten während dem die Museen.

Nachmittags traf Kaiser Wilhelm auf dem Forum ein, das er an der Seite des Königs Viktor Emanuel besichtigte. Die Ausgrabungen der letzten sechs Jahre, die er noch nicht gesehen hatte, interessierten ihn mit ihren hochbedeutenden Resten antiker und mittelalterlicher Kunst ungemein. Boni, der bedeutendste unter den römischen Forschern des Forums, machte den Führer. Da der Unterbau des Viktor Emanuel-Monuments von Saccioni so weit fortgeschritten war, daß man sich eine Vorstellung von der Wirkung des Werkes machen kann, war es der Wunsch des jungen Königs, seinem Gaste den Bau zu zeigen. Kaiser Wilhelm sprach sich mit warmer Anerkennung darüber aus. Am Abend war im Quirinal großes Diner. Am Vormittag hatten in der Kammer lebhafteste Sympathiekundgebungen für den kaiserlichen Gast stattgefunden. Denn Sinn des Kaisers für historische Denkmäler, in denen noch Seele und Geist der Schöpfer fortleben, bewies am folgenden Tage der Besuch der hochberühmten Abtei von Monte Cassino. Dort arbeiten deutsche Benediktiner der sogenannten „Beuroner Schule“ an Mosaiken, welche die Krypta des hl. Benedikt zieren

sollen. Die Abtei hat seit der Hohenstaufenzeit eine Rolle gespielt, war in eine Festung umgewandelt und ist mehrfach belagert und erobert worden. Jetzt erinnert nur noch wenig an die alte Zeit und die frühere Pracht. Jedenfalls war der Besuch des Kaisers ein bedeutendes Ereignis in der Geschichte der Abtei, deren heutiger Abt auch ein Deutscher ist. Sowohl in der Stadt wie später in der Abtei wurden die Monarchen und Prinzen mit begeisterten Kundgebungen und Ansprachen empfangen, der Abt Krug hielt im Kapitelsaale der Abtei eine Begrüßungsrede, in der er der früheren Besuche der Kaiser und Könige gedachte und damit schloß, der heutige Tag sei denkwürdig für den Orden des hl. Benedikt, der von seinem Gründer gelernt habe, Frieden zu wünschen. Die Gäste besichtigten die Abtei, das Archiv und die Bibliothek eingehend, die Wiederherstellungsarbeiten in der Krypta ließ sich der Kaiser eingehend erklären und sich im Archiv alte Pergamente mit der Unterschrift früherer Herrscher vorlegen. Die Mönche überreichten ihm die bedeutsame historische Publikation, die Schuldverfallung Friedrichs II., die die Benediktiner eigens veranstaltet hatten zum Dank für das vom Kaiser gewidmete Geschenk der „Monumenta Germaniae historica“. Nachdem der Tee eingenommen worden war, erfolgte die Rückreise nach Rom, wo eine ungeheure Menschenmenge die Monarchen erwartete. Darunter befanden sich auch 1500 deutsche Pilger mit deutschen Fahnen aus Baden und der Rheinprovinz, die den Kaiser, der mit Handwinken dankte, mit der Volkshymne begrüßten.

Für den Abend hatte die Stadt Rom eine große Festlichkeit auf dem Kapitol veranstaltet. Um 9 Uhr waren bereits die Säle mit Eingeladenen gefüllt, auf dem herrlich geschmückten und erleuchteten Kapitolsplatz harrte eine vieltausendköpfige Menge hinter einem Militärspalier auf das Erscheinen der Monarchen und Prinzen, die kurz nach 10 Uhr eintrafen, mit unausgesetzten Hochrufen begrüßt und vom Bürgermeister und den Gemeinderäten nach dem Saale der Horatier und Curatier geleitet wurden. Die hohen Gäste besichtigten in Begleitung des Bürgermeisters und der Gemeinderäte dann den Senatorenpalast und bewunderten den durch Scheinwerfer beleuchteten antiken Stadtplan (forma urbis) und die in bengalischen Flammen erglühenden Ruinen des Palatins, des Forums und des Kolosseums vom Fenster aus. Nach dieser großartigen Illumination begaben sie sich in den großen Saal des Gemeinderates, wo sie Cercle abhielten, und darauf wurden noch die herrlich geschmückten Museen und Galerien besucht. Das Fest verlief ungemein glänzend, und erst um $1\frac{1}{2}$ Uhr wurde die Abfahrt nach dem Quirinal angetreten. Am Vormittag des 6. Mai machte Kaiser Wilhelm eine Spazierfahrt nach dem Monte Pincio, seine beiden Söhne besuchten das Forum Romanum, das Forum Trajanum und das Kolosseum. Um 12 Uhr fand bei der Königinwitwe ein Familienfrühstück statt, das der Kaiser mit seinen Söhnen um $3\frac{3}{4}$ Uhr verließ und mit ihnen eine einstündige Spazierfahrt durch die schönsten Teile von Rom unternahm. Nachdem sich Kaiser Wilhelm um 5 Uhr von der Königin verabschiedet hatte, fuhr er mit seinen Söhnen, vom König

und den italienischen Prinzen begleitet, zum Bahnhof, wo er dem Bürgermeister von Rom seinen lebhaften Dank aussprach, sich von den Prinzen und Ministern verabschiedete und den König wiederholt umarmte und küßte. Um 5 $\frac{1}{4}$ Uhr bestieg er den Eisenbahnzug, der ihn nach Donaueschingen führte. Der Kronprinz und Prinz Eitel Friedrich kehrten mit dem König und den italienischen Prinzen nach dem Quirinal zurück und reisten erst am nächsten Abend nach Berlin ab. Die italienischen Blätter widmeten dem Kaiser herzliche Abschiedsgrüße. Das „Giornale d'Italia“ u. a. sagte: „Dem Volke entgehen natürlich die diplomatischen Beweggründe, wenn es solche gibt, die den Besuch veranlaßt haben; aber das ist für dasselbe ohne Bedeutung. Das Volk weiß, daß Kaiser Wilhelm ein wahrer Freund Italiens ist, daß er den unwiderstehlichen Zauber Roms empfindet, daß er die Sprache seiner Geschichte, Kunst und Legende versteht und weiß, daß er sich hier unter einem Volk befindet, das ihn liebt.“ Andere Blätter hoben hervor, an dem Verhältnis mit Deutschland sei es am bedeutsamsten, daß niemand auch nur an die Möglichkeit seines Endes denke.

Von Donaueschingen reiste der Kaiser am 11. Mai über Karlsruhe, wo er dem großherzoglichen Paare einen kurzen Besuch abstattete, nach Straßburg, von wo er am 13. der Hohkönigsburg bei Rappoldsweiler und am 14. der Stadt Bitsch einen Besuch machte. Nachmittags 5 Uhr traf er in Metz ein und wurde hier von seiner Gemahlin begrüßt, die aus Potsdam eingetroffen war. Sie fuhrten nach dem Domplatz, wo im Beisein des Fürstbischofs Dr. Kopp aus Breslau, des Erzbischofs Dr. Fischer aus Köln und des Bischofs Dr. Benzler aus Metz die Weihe des neuen Christusportales an der Kathedrale stattfand. Abends waren die öffentlichen Gebäude und auch ein großer Teil der Privathäuser prächtig illuminiert, am wirkungsvollsten die protestantische Kirche. Das Kaiserpaar hielt sich dann noch bis zum 20. Mai im Schlosse Arville bei Kurzelt auf. Auch dieser Aufenthalt des Kaisers trug wieder zur weiteren Gewinnung der Bevölkerung Elsaß-Lothringens bei, bei der sein offenes, temperamentvolles Wesen eigentlich mehr Entgegenkommen findet, als bei den kühleren Norddeutschen. Nachdem das Kaiserpaar nach Potsdam zurückgekehrt war, fand am 29. Mai auf dem Truppenübungsplatz bei Döberitz ein großes Gefechtsereignis des Gardekörps statt, worauf die Enthüllung des militärischen Denkmals für Friedrich den Großen erfolgte. Der Kaiser hatte diesen Tag zur Feier bestimmt, weil seinerzeit Kaiser Friedrich III. am 29. Mai 1888 seine einzige Parade als Kaiser über die zweite Gardebrigade abgenommen hatte. Das militärische Denkmal sollte eine Erinnerung sein an die Truppenübungen, die Friedrich II. vor 150 Jahren in diesem Gelände abgehalten hatte, bevor er in den Siebenjährigen Krieg zog. Bei der Feier waren sämtliche kommandierende Generale zugegen. Während der Frühstückstafel hielt der Kaiser eine Ansprache an die Offiziere, in der er an die kläglichen Zustände der deutschen Kleinstaaterei erinnerte, in denen Friedrich der Große zuerst Wandel geschaffen habe. „Heute steht die Armee als

eine nationale Einrichtung vor unseren Blicken, die Generale sind ihre Führer, von Soldat und Bürger mit Achtung und Vertrauen angesehen. Eine großartige Schule zur Erziehung unserer Jugend in nationalem Sinne! Sie, meine Herren, sind die Erzieher!“

Die Pfingstwoche verbrachte das Kaiserpaar in Wiesbaden und Frankfurt a. M., wo der große Wettstreit der Männergesangsvereine um den Kaiserpreis abgehalten wurde. Er wurde am 3. Juni in der Sängerhalle in Frankfurt von 1700 Sängern der Frankfurter Vereine begrüßt und begab sich abends nach Wiesbaden, wo auch der dort weilende König Christian von Dänemark zum Empfang auf dem Bahnhof erschienen war. Die Monarchen umarmten und küßten sich herzlich. Am folgenden Tage wohnte das Kaiserpaar in der Frankfurter Festhalle dem Wettstreite der ersten Abteilung der Gesangsvereine bei und stattete dann mit sämtlichen fürstlichen Gästen dem neuen Rathause auf dem Paulsplatz, das mit dem historischen „Römer“ in Verbindung steht, einen Besuch ab. Alt-Frankreich hatte sich prächtig geschmückt. Im Bürgerssaal hielt Oberbürgermeister Adickes eine Ansprache. Kaiser Wilhelm nahm einen Ehrentrank entgegen, dankte für den ungemein herzlichen Empfang in Frankfurt und gedachte des Wechsels, den die Wandlung der Geschichte Deutschlands in den Beziehungen der Stadt zum Reich hervorgerufen hat. „Nur wer seine Geschichte pflegt, wer seine Traditionen hochhält, kann in der Welt etwas werden.“ Der Kaiser hatte dem Oberbürgermeister die goldene Amtskette verliehen und angeordnet, daß das in Frankfurt garnisonierende 2. hessische Artillerieregiment von nun an den Namen „Frankfurt“ tragen solle. — Der Sängerpfeisterei, bei dem der Kaiser wiederholt die Pflege des deutschen Volksliedes empfahl, endete damit, daß der Berliner Lehrer-Gesangsverein den ersten, der Kölner Männergesangsverein den zweiten Preis erhielt. Am 7. Juni abends 11 Uhr reiste das Königspaar von Wiesbaden nach Potsdam zurück. Zum Abschied hatte sich wieder der König von Dänemark auf dem Bahnhofsplatze eingefunden. Am 18. Juni wohnte der Kaiser den Schießübungen der neuen Schiffsgeschütze mit Rohrrücklauf Lafetten auf dem Schießplatz in Meppen bei und traf nachmittags in Hannover ein, um der von der deutschen Landwirtschaftsgesellschaft veranstalteten Ausstellung einen Besuch zu machen und sie eingehend zu besichtigen. Am 21. Juni nahm er an der Enthüllungsfeier des Denkmals Kaiser Wilhelm I. in Hamburg teil. In seiner Erwiderung der Ansprache des Bürgermeisters erinnerte er an die von seinem Großvater erfüllten Aufgaben und richtete an das deutsche Volk die Aufforderung, auch an die ihm jetzt gestellten Aufgaben heranzutreten, unbekümmert darum, ob sie schwer oder leicht seien. Dann werde Deutschland vorangehen auf der Bahn der Aufklärung und der Erleuchtung des praktischen Christentums und ein Segen für die Menschheit, ein Hort des Friedens und ein Gegenstand der Bewunderung für alle Länder werden.

Kieler Woche und Nordlandsfahrt.

Kaiser Wilhelm ist ein besonderer Gönner des Segelsports, um das Interesse für das Seeleben und die Schifffahrt zu heben und zu fördern. Alljährlich finden zu diesem Zwecke in Kiel große Regatten statt, zu denen er sich in diesem Jahre von Hamburg aus begab. Zunächst fuhr er auf der „Hohenzollern“ nach Tuxhaven, wo bereits der Großherzog von Oldenburg mit seiner Yacht „Lensahn“ eingetroffen war. Am 23. Juni vormittags 11 Uhr begann daselbst die offene Segelfahrt des Norddeutschen Regattaverains. An dem ersten Start nahm auch die kaiserliche Yacht „Meteor“ teil, an deren Bord sich der Kaiser und der Großherzog befanden. Am folgenden Tage begab sich der Kaiser an Bord der „Hohenzollern“ durch den Kaiser Wilhelm-Kanal nach Kiel, wohin vor kurzem auch Prinz Heinrich mit dem ersten Geschwader von der Übungsfahrt im Atlantischen Ozean zurückgekehrt war. Dabei hatte das deutsche Geschwader am 20. Mai auch den spanischen Hafen Vigo angelaufen, von wo Prinz Heinrich am folgenden Tage mit der Bahn nach Madrid fuhr, um dem König Alfons XIII. einen Besuch abzustatten. Er wurde auf dem Bahnhof vom König, dem Prinzen von Asturien und dem Ministerium empfangen und von der Volksmenge mit sympathischen Kundgebungen begrüßt. Dieser Besuch machte den Spaniern um so mehr Freude, als vor kurzer Zeit König Eduard von England wohl in Lissabon gewesen war, aber Spanien links liegen gelassen hatte, auch war von England nicht einmal ein Vertreter zur Enthüllung des Denkmals der Schlacht von Albuera, in der doch spanische Truppen gemeinsam mit englischen und portugiesischen siegreich gegen die Franzosen gefochten hatten, abgesandt worden. Dagegen wiesen nun die spanischen Blätter darauf hin, daß man den Prinzen Heinrich besonders herzlich aufnehmen müsse, weil er sich während des Krieges mit den Vereinigten Staaten, namentlich in den dunklen Tagen von Cavite, als Kommandeur des deutschen ostasiatischen Geschwaders Spanien gegenüber in einer Weise benommen habe, an die sich das Volk dankbar erinnere. Er war darum auch während seines Aufenthaltes in Madrid der Gegenstand allgemeiner Aufmerksamkeit, bis er sich am 28. abends wieder mit denselben Feierlichkeiten wie beim Empfang verabschiedete und nach Vigo zurückkehrte. Dort hatte das deutsche Geschwader durch die Kraft, welche es in allen seinen Bewegungen zeigte, einen großen Eindruck gemacht, was schon etwas heißen will, denn im Hafen von Vigo verkehren fast alle großen europäischen Flotten sehr häufig. Den englischen Blättern waren diese Vorgänge in Spanien nicht entgangen und die „Times“ hielten es für nötig, die übrigen Mächte warnend darauf aufmerksam zu machen.

Am Tage vor der Ankunft des Kaisers in Kiel war auch ein nordamerikanisches Geschwader unter dem Befehl des Admirals Cotton, der sofort mit dem Prinzen Heinrich Besuche austauschte, im Kieler Hafen eingetroffen. Dieses Geschwader der Union hatte seine besondere Geschichte, auf die auch

noch an anderer Stelle zurückgekommen werden wird. Als im März bekannt wurde, daß ein nordamerikanisches Geschwader die europäischen Gewässer besuchen werde, hatte Kaiser Wilhelm dem Präsidenten Roosevelt mitteilen lassen, daß es auch in Kiel willkommen sei. Wohl unter der gerade in den Vereinigten Staaten vorherrschenden Stimmung hatte aber der Präsident diese indirekte Einladung abgelehnt mit der Begründung, daß das Geschwader infolge der Abänderung seines Reiseplanes überhaupt keinen Hafen des europäischen Festlandes anlaufen werde. Die englischen Zeitungen freuten sich unbändig darüber und auch deutsche Blätter, die jenen alles unbesehen nachschreiben, konnten es sich nicht versagen, wieder von einer Politik der „Verbeugungen vor Amerika“ zu reden. Inzwischen hatte aber Roosevelt für nützlich befunden, seine Meinung zu ändern, und ließ amtlich anzeigen, daß das Geschwader am 23. Juni in Kiel zum Besuch eintreffen werde, und die Washingtoner Blätter wußten zu berichten, daß die Amerikaner, da sie im besonderen Auftrage des Präsidenten kämen, als Ehrengäste aufgenommen werden würden, was selbstverständlich ist, aber den Nordamerikanern erst erläutert werden mußte. Als Kaiser Wilhelm am 24. Juni abends 6 Uhr auf der „Hohenzollern“ im Kieler Hafen ankam und an der langen Reihe der Kriegsschiffe vorbeifuhr, standen die Bemannungen der Schiffe in Parade und brachten Hurrahs aus, von den Flaggschiffen ertönte die Nationalhymne. Die Nordamerikaner erwiesen die gleichen Ehrenbezeugungen. Am folgenden Tage machte der Kaiser dem nordamerikanischen Flaggschiffe einen Besuch, wurde vom Geschwader in Gala mit Salutschüssen begrüßt und vom Admiral Cotton auf der „Kearsarge“ empfangen. Kaiser Wilhelm nahm das Schiff in allen seinen Teilen und Einrichtungen in Augenschein und kehrte erst nach fünf Viertelstunden zur „Hohenzollern“ zurück, wobei die Nordamerikaner wieder den üblichen Salut abfeuerten. Abends fand auf der „Hohenzollern“ zu Ehren des nordamerikanischen Geschwaders ein Diner statt, an welchem außer dem Kaiserpaar Prinz und Prinzessin Heinrich, Prinz Udalbert von Preußen, der Großherzog von Mecklenburg, der Reichskanzler, der nordamerikanische Gesandte in Berlin mit seinen Beamten und Admiral Cotton mit den Kommandanten seiner Geschwaderschiffe teilnahmen. Der Kaiser hatte an Präsident Roosevelt ein Telegramm gerichtet, in dem er ihm für den Besuch des Geschwaders dankte und die Berücksichtigung des Flaggschiffes „Kearsarge“ anzeigte, dessen Eleganz und Tüchtigkeit in außerordentlich hohem Maße anzuerkennen sei. Das Geschwader sei in Kiel herzlich willkommen und er hoffe, man werde sich bemühen, daß es sich da heimisch fühle als Dank für den Empfang, der seinem Bruder in den Vereinigten Staaten zu teil geworden sei. Der Präsident erwiderte den Dank telegraphisch und betonte, die Zeichen der Freundschaft und des Wohlwollens des Kaisers für die Vereinigten Staaten machten auf ihn einen tiefen Eindruck.

Am 26. Juni nachmittags war beim Prinzen und der Prinzessin Heinrich ein Gartenfest, zu welchem u. a. das Kaiserpaar, die anwesenden

Prinzen, Reichskanzler Graf Bülow, der nordamerikanische Botschafter Tower und die Offiziere des nordamerikanischen Geschwaders geladen waren. Am folgenden Tage fand vormittags die Taufe des Kreuzers „Ersatz Kaiser“ statt, wobei das Kaiserpaar, Prinz Heinrich mit Gemahlin, die Prinzen, Reichskanzler Graf Bülow, die Spitzen der Admiralität und die Offiziere des nordamerikanischen Geschwaders anwesend waren. Die Weiherede hielt Feldmarschall Graf Walderssee, der das neue Schiff „Roos“ taufte. Nachmittags begab sich der Kaiser an Bord des nordamerikanischen Flaggschiffes „Kearsarge“, auf dem ein Frühstück stattfand, an welchem auch Prinz Heinrich, der Reichskanzler und der nordamerikanische Botschafter teilnahmen. Danach besichtigte Kaiser Wilhelm den nordamerikanischen Kreuzer „Chicago“ und die Yacht von Cornelius Vanderbilt. Am 28. Juni begannen die Regatten, tags darauf fand eine Frühstückstafel zu Ehren der Gäste und Spitzen der Sportvereine auf der „Hohenzollern“ und nachmittags beim Generalinspektor der Marine, Admiral v. Köster, ein Frühstück zu Ehren des nordamerikanischen Botschafters Tower und der nordamerikanischen Offiziere statt. Am 30. Juni nachmittags verabschiedete sich Admiral Cotton mit seinen Schiffskommandeuren von Kaiser Wilhelm auf der „Hohenzollern“ und abends verließ das nordamerikanische Geschwader unter Parade der deutschen Flotte und den üblichen Salutschüssen den Kieler Hafen, das Kanonenboot „Machias“ fuhr durch den Kaiser Wilhelms-Kanal, die drei anderen Fahrzeuge gingen durch die dänischen Gewässer nach der Nordsee. Die herzliche Aufnahme, die dem nordamerikanischen Geschwader in Kiel zu teil geworden war, hatte in den Vereinigten Staaten nicht geringe Freude erregt. Die gelbe Presse fand natürlich allerhand auszusagen, ihnen voran behauptete der deutschfeindliche „New York Herald“, die eingehende Besichtigung der „Kearsarge“ durch den Kaiser habe in allen Marinekreisen berechtigtes Aufsehen erregt. Das Heftblatt mußte sich aber vom Marineminister Moody dahin belehren lassen, daß dergleichen als höfliche Aufmerksamkeit zu betrachten wäre, die als überlieferte Einrichtung Sitte sei und bei allen Marinen als eine Ehre geschätzt würde.

Am 10. Juli fuhr Kaiser Wilhelm auf seiner Yacht „Meteor“ mit dem kaiserlichen Yachtclub nach Warnemünde, um von da auf der „Hohenzollern“ seine Nordlandsreise anzutreten. Es war gewissermaßen eine Jubiläumsfahrt, denn zum zehntenmal begab sich der Kaiser in die norwegischen Küstengebiete bis zum Nordkap hinauf; er hat sich dabei eine Kenntnis von Land und Leuten erworben, deren sich kaum ein ausländischer Tourist rühmen kann. Dafür erfreut er sich aber auch bei den Norwegern einer außerordentlichen Beliebtheit und wird von ihnen kaum anders als „der Kaiser“ genannt. Er wollte diesmal seine Reise bis rund um Finnmarken, den nördlichen Teil Norwegens, ausdehnen; hatte ihn aber im vergangenen Jahre schlechtes Wetter zur Umkehr genötigt, so sollte diesmal eine andere Störung dazwischentreten. Am 13. Juli nachmittags 11½ Uhr traf die „Hohenzollern“ in Bergen ein, das bisher schöne Wetter war

trübe und regnerisch geworden. Ähnlich war es auch am folgenden Tag. Der Kaiser empfing den Hafenvogt Iversen, frühstückte beim deutschen Konsul Mohr, besichtigte die Fantof-Kirche und kehrte an Bord der „Hohenzollern“ zurück, die am folgenden Tage weiterfuhr und am 16. Juli früh bis Molde kam, während noch immer Regenwetter herrschte, das sich aber nachmittags aufhellte. Am 17. früh traf der auf der Nordlandsreise begriffene Dampfer „Augusta Viktoria“ der Hamburg-Amerika-Linie ein. Der Kaiser besuchte um 9 Uhr das Schiff und gestattete den Passagieren, unter denen sich viele Amerikaner befanden, die Besichtigung der „Hohenzollern“. Mittags fand ein Wettrennen von Booten der „Hohenzollern“ und der „Nymphen“ statt, wofür der Kaiser Preise ausgesetzt hatte und sie verteilte. Am Frühstück auf der „Hohenzollern“ nahmen einige Fahrgäste der „Augusta Viktoria“ teil, unter ihnen Prinz Leopold von Sachsen-Koburg-Gotha. Abends spielte die Kapelle der „Hohenzollern“ auf dem Balkon des Grandhotels. Am nächsten Tage machte der Kaiser bei herrlichem Wetter einen Ausflug, aber später wurde es wieder trüb und kühl. Abends lief ein zweiter, von der Nordlandsreise zurückkehrender Dampfer der Hamburger Linie, „Prinzessin Viktoria Luise“, Molde an, die Hälfte der Fahrgäste bestand wieder aus Nordamerikanern. Abends waren zur Abendtafel Admiral Hollmann und der Kapitän der „Viktoria Luise“ geladen, nachher erhielten auch die Passagiere die Erlaubnis, die „Hohenzollern“ zu besuchen. Am 20. Juli unternahm der Kaiser eine Partie nach dem Romsdal, die vom herrlichsten Wetter begünstigt war und die schönsten Landschaftsbilder zeigte. Abends fuhr dann die „Hohenzollern“ nach Mo im Ranen fjord und traf am 23. mittags 1 Uhr vor Digermulen ein. Der Kaiser arbeitete am folgenden Vormittag und machte nachmittags auf dem Depeschenboot „Sleipner“ eine Fahrt durch den Raftfjord.

Am 25. wurde infolge der Nachrichten aus Deutschland die Weiterfahrt aufgegeben und um 5 Uhr nachmittags der Eingang des Hollandfjords erreicht, von wo der Kaiser auf dem „Sleipner“ einen Ausflug in den Fjord hinein nach dem Swartfengletscher unternahm. Dann wurde die Fahrt fortgesetzt und um 2 Uhr Mo erreicht, wo bei andauernd schönem Wetter mehrtägiger Aufenthalt genommen wurde. Am 29. Juli ging die „Hohenzollern“ nach Drøntheim in See und traf dort am 30. mittags ein; der Hafen war festlich mit Flaggen geschmückt. Am folgenden Tage frühstückte der Kaiser bei Herrn Molinær, während die Mehrzahl seiner Reisebegleiter einen Ausflug nach Jelsfäter machte. Das Wetter war wieder kühl und trübe geworden und hielt auch am nächsten Tage an. Der Kaiser besichtigte die Herstellungsarbeiten am Dom und frühstückte dann beim deutschen Konsul Jenssen. Er schenkte dem Dom wieder 1000 Kronen, so daß die Gesamtsumme seiner Geschenke für die Kirche nun 11.000 Kronen beträgt. Sonntag den 2. August war Gottesdienst an Bord; wegen des ungünstigen Wetters wurde die Rückreise fortgesetzt, auf welcher die „Hohenzollern“ am 5. August nachmittags in Bergen eintraf. Kurz darauf machte der Kaiser der Königinwitwe Margherita von Italien

einen Besuch, die am 31. Juli auf der Yacht „Jolantha“ von Kiel aus eine Nordfahrt angetreten hatte und bis Bergen gekommen war. Später holte er die Königin in dem Standartenboote der „Hohenzollern“, das auf der Rückfahrt die Standarte der Königin gehißt hatte, zur Abendtafel ab. Unter den Klängen der italienischen Königshymne bestieg die Königin die „Hohenzollern“, wo eine Ehrenkompagnie aufgestellt war. Die im Hafen liegenden deutschen Schiffe führten ihr zu Ehren die italienische Flagge im Topp. Um 1/2 11 Uhr geleitete der Kaiser die Königin wieder zu ihrer Yacht. Am 8. August früh wurde die Fahrt nach Odde fortgesetzt, wo kurzer Aufenthalt genommen wurde. Das Wetter wurde wieder trübe und so wurde die Rückreise beschleunigt. Am 11. August gegen 6 Uhr nachmittags traf die „Hohenzollern“ bei schönem Wetter in Swinemünde ein, Kaiser Wilhelm stand auf der Kommandobrücke und wurde von dem zahlreich versammelten Publikum mit lebhaften Hochrufen begrüßt.

Kaiser Wilhelm traf schon am folgenden Tage in Potsdam ein, wo sofort der Ministerpräsident Graf Bülow zum Bericht über die Hochwasserkatastrophe in Schlesien und Posen erschien, die wenige Tage nach der Abreise des Kaisers nach Norden ganz außerordentliche Verheerungen angerichtet hatte, deren Umfang gar nicht vorherzusehen gewesen war. Die preussischen Minister waren in der Mehrzahl auf Urlaub, Graf Bülow auf Norderny. Dieser Umstand veranlaßte, daß nicht sofort weitgreifende Hilfsmaßnahmen ergriffen wurden, denn in Preußen trägt jeder Minister die Verantwortung für sein Ressort und hat also auch die entscheidende Stimme, nicht der Ministerpräsident, wie im Reiche als Kanzler, ein Umstand, den Bismarck oft genug beklagt hat. Der Vergleich, der in schlesischen und anderen Zeitungen mit den jetzigen und den Maßnahmen der Regierung im Jahre 1882 bei den Überschwemmungen am Rhein gezogen wurde, war darum nicht zutreffend, denn damals geschah das Unglück im November, da alle Minister in Berlin anwesend waren. Graf Bülow hatte seinen Urlaub unterbrochen, und bald wurde bekannt, daß ein Notstandskredit bis zur Höhe von zehn Millionen bewilligt werden sollte, von denen eine Million für die augenblickliche Hilfeleistung zur Verfügung gestellt wurde. Inzwischen hatte gelegentlich die ungeschickte Äußerung einer offiziellen Berliner Korrespondenz böses Blut gemacht. Der Finanzminister v. Rheinbaben und der Kultusminister Studt begaben sich nach Breslau, um die Notlage persönlich kennen zu lernen. Der Kaiser hatte von Drontheim aus Anweisungen gegeben und genehmigt, daß der Kronprinz das Protektorat über das Komitee für die schlesischen Überschwemmten übernehme, die Kaiserin, die sich seit dem 15. Juli mit ihren jüngsten Kindern in Cadix befand, sollte den verunglückten Gegenden einen Besuch abstatten. Nach und nach begannen sich die Wogen der Aufregung zu glätten; man erkannte an, daß Graf Bülow durch sein energisches Eingreifen die Aktion der Regierung in Bewegung gebracht hatte, das Erscheinen der Kaiserin am 10. August in Schlesien, wo sie außer Breslau die am schwersten heimges-

suchten Kreise Meisse und Neustadt und am folgenden Tage Posen besuchte, wirkte beruhigend. Die endgültigen Maßnahmen sollten am 13. August in einem Kronrat beschlossen werden, zu dem alle preussischen Minister von ihrem Urlaub zurückberufen worden waren. Von diesem Kronrat machte die Presse wieder allerlei unnötigen Aufhebens; der Spätsommer ist die Zeit des Ministerstürzens in den Zeitungen, diesmal wurde aber an Gerüchten mehr als sonst geleistet, am meisten, als der Kronrat wegen anderweitiger Inanspruchnahme des Kaisers um einen Tag verschoben wurde, was nicht für die Minister, wohl aber für die Zeitungen überraschend kam. Tatsächlich beschäftigte sich der Kronrat nur mit der durch die Hochwasserkatastrophe geschaffenen Notlage, und es handelte sich bei den Beratungen nur um das erforderliche Notstandsgesetz und weitere gesetzgeberische Schritte zu Vorbeugungsmaßnahmen für die Zukunft. Von Minister- und Systemänderungen war keine Rede, die preussischen Minister sind noch heute alle im Amt. Bemerkenswert für den unparteiischen Beobachter ist noch die Tatsache, daß anfangs in Preussisch-Schlesien hervorgehoben wurde, wie rasch die österreichische Regierung geholfen habe, während man kurz darauf in Österreichisch-Schlesien unzufrieden darauf hinwies, daß die preussische Regierung ausgiebigere Mittel zur Verwendung gebracht habe. Moral: Die Regierungen haben und tun immer unrecht.

Die Reichstagswahl.

Die Wahlen zum Reichstage und später zum preussischen Landtage gaben dem innerpolitischen Leben des Jahres 1903 das eigentliche Gepräge, denn beide verliefen, vom liberalen Standpunkte aus gesehen, durchaus unerfreulich. Die Reichstagswahlen brachten ein anfangs erschreckendes Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen und die Vermehrung der sozialdemokratischen Abgeordneten von 58 auf 81; diese Erfolge wurden aber vorwiegend auf Kosten der linksliberalen Parteien erzielt. Es ist politisch nützlich, dieser Erscheinung etwas auf den Grund zu gehen. Weitblickende Politiker hatten ein ähnliches Resultat schon während der Debatten über den Zolltarif vorausgesehen. Daß man den einfachen Leuten mit diesem die angebliche Gefahr einer Lebensmittelverteuerung in greifbare Nähe zu rücken vermochte, war, wie auch bei früheren Gelegenheiten das gewaltige Agitationsmittel der Sozialdemokratie. Die Führer hatten auch seit zwei Jahren kein Geheimnis daraus gemacht, und ihre Absicht, die Durchberatung des Zolltarifs durch Obstruktion zu vereiteln, um dadurch das Agitationsmittel noch wirksamer zu machen, wurde von ihnen offen zugestanden. Wenn freilich in der Politik der Massen die Logik herrschte, so wäre die Partei eigentlich ihrer besten Waffe beraubt gewesen, denn der Zolltarif, der zur Wahlparole gemacht werden sollte, war ja bereits erledigt. Aber die Führer wußten, was sie der Gedankenlosigkeit der Menge bieten durften, und so zogen sie mit der bereits entschiedenen Frage in den Wahlkampf. Die Zuhörer in den Wahlversammlungen begriffen einfach den Unterschied nicht, und überall im Lande tat das

häßliche Schlagwort vom Brotwucher seine Wirkung. Demgegenüber ist es eine einfache Prahlerei der Führer und wieder ein Beispiel des gänzlich ungefährlich gewordenen „Männerstolzes vor Königsthronen“, der naiven Leuten noch immer imponiert, wenn sie vorher und nachher behaupteten, die harten Worte des Kaisers gegen die sozialpolitische Presse nach der Angelegenheit Krupp hätten der Partei hunderttausende von Stimmen zugeführt. Das ist einfach unwahr. Jeder Sozialdemokrat wußte, wie der Kaiser über die Partei dachte, er hatte sich bei früheren Gelegenheiten noch deutlicher geäußert, sie waren sich vollkommen darüber klar, und der Fall Krupp konnte an diesem Verhältnis nichts ändern.

Ebenso unwahr blieb es, wenn liberale Blätter diese Phrase der sozialdemokratischen Presse übernahmen, um die Niederlage der eigenen Partei zu beschönigen. Denn wenn sich die sozialdemokratische Partei hinterher als die Dreimillionenpartei brüstete, so muß ihr doch entgegengehalten werden, daß sie die Partei der Mitläufer ist, das Sammelbecken der Mißvergnügten, Verdrossenen und Unzufriedenen aller Art, und sie würde mit ihrem Programm und ihren Leistungen keineswegs im Stande sein, drei Millionen Wähler als echte Genossen unter dem roten Banner zu vereinen. Wer füllt aber das Sammelbecken, woher kamen die zahlreichen Mißvergnügten, Verdrossenen und Unzufriedenen? Da mag doch einmal der Liberalismus der verschiedensten Schattierungen in der eigenen Rüstkammer der Reaktionen und Wahlagitationen nachsehen. Die Leute unzufrieden zu machen, ist leicht, schwer aber, sie auf der brauchbaren Stufe der Unzufriedenheit zu erhalten, sie werden immer die Neigung haben, zu den noch Unzufriedeneren überzugehen. Das hat die letzte Reichsratswahl wieder gezeigt; die fortschrittliche Agitation ist immer die „Vorfrucht der Sozialdemokratie“ gewesen, wie Bismarck seinerzeit gesagt hat, und jemehr sich die weiter rechts stehenden Liberalen dieser Kampfweise näherten, desto mehr Sozialdemokraten mußte es geben. Seit Jahren übten ja selbst die Nationalliberalen die Methode, den greisen Kaiser Wilhelm und seinen Kanzler gegen den jetzigen Kaiser und Kanzler ins Treffen zu führen, und es kam ihnen dabei, ob aus Unkenntnis oder Unbedacht, in den meisten Fällen gar nicht darauf an, jene in ganz verzerrten Zügen vorzuführen, wenn nur das künstlich gemachte Bild für den Kampf der Gegenwart entsprechend erschien, der dahin ging, die Politik der Regierung in jedem Falle als schwächlich, wetterwendisch und verfehlt hinzustellen, weil sie nun gerade nicht nationalliberal regieren wollte, was doch in keinem Falle anging, da die Nationalliberalen keine Mehrheit im Reichstage hinter sich haben. Eine ähnliche Taktik wandten auch andere Parteien an, allen voran der Bauernbund mit seiner den verderblichsten Handgriffen der Demokratie nachgebildeten Agitation. Was sollte nun der bürgerliche Wähler machen? Er war ja eigentlich gut deutsch und monarchisch, aber doch mit mancherlei Dingen von rechtswegen unzufrieden. Vor seinen Augen trieben sich eine ganze Reihe von mehr oder minder liberalen Parteien herum, die er ebensowenig von

einander zu unterscheiden vermochte, wie etwa die verschiedenen Farbenverbindungen an einer großen Universität; nur das eine wußte er, unzufrieden mit der heutigen Regierung waren sie alle, das war das gemeinschaftliche Farbenprinzip. Wenn er nun auch noch tagtäglich in der Zeitung deutlich oder doch auch für ihn verständlich genug angedeutet las, daß es eigentlich am Kaiser und seinem Kanzler läge, wenn das Reich angeblich an Ansehen verlöre, daß eben nichts mehr gelänge, seit Bismarck gestorben sei, daß überhaupt alles ganz anders sein müßte etc. etc., da mußte er sich doch sagen: Du hast ja auch allerhand Ursache, unzufrieden zu sein; wenn nun die Herren Kommerzienräte, Professoren, Rechtsanwälte u. dgl., die doch mehr davon verstehen müssen als du, mit diesen Zeitungen einverstanden sind und in ihren Reden auch so sprechen, dann ist ja alles schlecht bei uns und die Sozialdemokraten haben ganz recht. Und unter diesem Eindrucke betrat er zum erstenmal die Brücke, die ihn bisher von der Sozialdemokratie geschieden hatte, und wählte mit ihr. Ob er in Zukunft nicht jenseit der Brücke bleiben wird, dürfte ganz davon abhängen, ob die bürgerlichen Parteien mit ihren Programmen, von denen die alten an Marasmus, die neuen an Lebensunfähigkeit leiden, hinstirben wollen, oder ob sie sich aufraffen zum Zusammenhalten gegen eine Partei, die nichts anderes sein will, als eine Klassenpartei, und in diesem einfachen Programm eine Stärke besitzt, die alle die albernen und häßlichen Streitereien auf dem Dresdener Parteitage und alle sonstigen Schimpfereien und Streitigkeiten der „Führer“ und solcher, die es werden wollen, überdauert.

Noch niemals hatte sich die Zerrissenheit der bürgerlichen Parteien und die Eigensüchtelei ihrer Führer so bitter bestraft wie bei diesen Wahlen, und aus begreiflichen Gründen verloren jene Parteien am meisten, die den Sozialdemokraten am nächsten standen. Der Kryptorepublikanismus, wie Bismarck eine gewisse linksliberale Richtung nannte, wird immer mehr von dem ausgesprochenen Republikanismus aufgezehrt werden. Dabei braucht man die Sozialdemokraten noch nicht einmal für eine ernste republikanische Partei anzusehen, obgleich Behel schon seit mehr als drei Jahrzehnten zuweilen den „großen Kladderadatsch“ anzukündigen für zweckmäßig hält. Dergleichen gehört aber zum Handwerk, mit roten Fahnen, republikanischen Manieren, dem bewährten „Männerstolz vor Königsthronen“ und kräftigen Vorstößen gegen alle, die etwas besitzen und etwas sind, hat man zu allen Zeiten die großen Scharen derer, die an Jahren, an Wissen und an Gütern arm sind, zusammenzufassen vermocht, die Agitatoren aller Jahrhunderte haben das verstanden; aber Revolutionen macht man damit nicht mehr in unserem entwickeltesten Staatswesen mit Heeren der allgemeinen Wehrpflicht. Johannes Scherr hat einmal gesagt, die deutsche Revolution von 1848 sei an der preussischen Armee gescheitert. Dieser richtige Satz ist im obigen Sinne zu erweitern, denn die Elemente, die die Mehrzahl in den Armeen der allgemeinen Wehrpflicht bilden, machen keine Revolution mit und dulden auch keine. Das wissen die sozialdemokratischen oberen Führer sehr wohl, der große „Kladderadatsch“

datsch“ erscheint darum nur zuweilen als notwendiges Paradiespferd im politischen Zirkus, aber dies und die anderen republikanischen Schnurrpfeifereien sind wohl gut, eine Partei zusammenzuhalten und dank der Unfähigkeit der bürgerlichen Parteien eine scheinbar bedeutende politische Rolle zu spielen, aber eine Revolution gibt's nicht damit. Solange freilich die bürgerlichen Parteien nicht zur Erkenntnis der Binsenwahrheit kommen, daß man einen Klassenkampf nur als Klasse durchfechten kann und so lange die bisher trennenden konfessionellen, politischen und wirtschaftlichen Streitigkeiten ruhen lassen und über dringende Einzelfälle eine billige Verständigung suchen muß — solange diese Einsicht nicht erreicht ist, werden die Sozialdemokraten weiter als große Millionenpartei erscheinen und den bürgerlichen Parteien weitere Wahlsitze abnehmen, ohne dadurch für den Staat als solchen gefährlicher zu werden. Bedauerlicher wird nur für die bürgerlichen Klassen die Lage werden, die man recht zutreffend in dem Bilde darstellt, daß der sozialdemokratische Arbeiter, um seine „Gleichberechtigung“ zu beweisen, breitspurig das Trottoir einnimmt, während der Bürger mit seiner Gattin schüchtern auf den Straßendamm ausweicht. Die öffentliche Ordnung wird dadurch freilich nicht einmal gestört, es ist aber wenig erfreulich, wenn sich der achtbare Mittelstand in eine solche Lage hat drängen lassen, weil er infolge der Lehren des freihändlerischen Wettbewerbes und der freien Konkurrenz alles Klassenbewußtseins und Standesgefühles ledig geworden ist. Der einzelne kann es nun nicht tun, er muß der Strömung nachgeben, aber die Geschlossenheit vermag alles. Der Crimmitzschauer Streik hat am Ende des letzten Jahres einen Zusammenschluß der industriellen Unternehmer zu stande gebracht, das ist wenigstens ein Schritt auf dem Wege, der den bürgerlichen Kreisen ihre frühere Stellung wiedergeben könnte, die doch in etwas mehr bestand, als bloß in reichlich Geld verdienen und verzehren. Es liegt aber noch kein genügender Anlaß vor zu der Annahme, daß die Erkenntnis schon weitere Kreise ergriffen hätte. Es wird wohl erst noch schlimmer kommen müssen. Es fehlt in dem von Parteien zerrissenen Bürgertum an jeder Organisation, ohne die sich nun einmal auf politischem Gebiete keine Erfolge erringen lassen. Und es ist kein Zufall, daß es daran fehlt, sondern die notwendige Folge von Unterlassungssünden. Weiß die deutsche Bürgerschaft das freieste Wahlrecht, das die Staaten kennen, noch nicht zu gebrauchen, so muß sie eben erst lernen, sich ihrer Haut zu wehren. Selbst zu nörgeln und denen nachzulaufen, die am besten zu nörgeln verstehen, damit allein ist es nicht getan.

Wie wenig die modernen Parteien ihren politischen Zweck erfüllen, ging aus dem Geschrei in mittelparteilichen Blättern während der Wahlvorbereitungen hervor, daß die Regierung kein Programm verlautbart habe. Wollten sie es vielleicht unbesehen unterstützen? Das war doch nach dem bisherigen Verhalten der Parteien nicht anzunehmen, übrigens war es bisher nicht Sitte gewesen, auch unter Bismarck nicht. Das Programm der Regierung konnte doch nur darin bestehen, zunächst für die bevorstehenden Handelsvertragsverhandlungen

eine auslangende Mehrheit zu erlangen und im übrigen freie Hand zu behalten, da sich im Reichstag doch absolut keine Parteimehrheit erzielen läßt, mit der man ein Programm für längere Frist vereinbaren könnte. Es ist ja doch geradezu ein Armutszeugnis für das selbständig denkende Bürgertum, wenn es immer noch einem Gängelbände schreit und doch bei jeder Gelegenheit die Hand zurückstößt, die es gängelnd will. Aber noch ein größeres Armutszeugnis war der Ruf für die Parteien, ein offenes Eingeständnis dafür, daß ihre Parteiprogramme absolut keine praktische Bedeutung mehr haben, von den Zeitverhältnissen überholt und entwicklungsunfähig geworden sind. Ja, die Parteien überleben sich, aber die Führer nicht, die sich nicht ändern können oder nicht mögen, und so vererben sich die Parteiprogramme „wie eine ew'ge Krankheit fort“. Die Reichsregierung war so korrekt vorgegangen wie noch nie, um die Wahlen frei vor sich gehen zu lassen. Die „Wahlzellen“ und blauen Wahlbriefdecken bildeten die Gewähr für eine Wahl, wie sie unbeeinflugter noch in keinem Staate der Welt vor sich gegangen ist, alles war der Einsicht der Wähler überlassen. Wenn sie nun noch mit dem Wahleresultat unzufrieden sind, so bleibt ihnen nichts übrig, als zu der Einsicht zu kommen, daß sie noch nicht genug politische Einsicht besitzen. Man darf allerdings staunen, was für eine Vertretung des deutschen Volkes, seiner Kultur, seiner Wissenschaft, seiner Religiosität, seiner nationalen Güter und Bestrebungen diesmal wieder das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht zu stande gebracht hat, das jeden Deutschen mit 25 Jahren für befähigt erklärt, Wohl und Wehe des Vaterlandes mithandelnd zu bestimmen. Natürlich sind seit dem Ausgang der Wahl eine ganze Reihe von Vorschlägen auf Abänderung des Wahlrechts gemacht worden, aber was würde das einem Volke helfen, das sein Wahlrecht nicht zu gebrauchen lernen will? Und schließlich wäre doch noch die Frage, ob trotz aller Torheit und Ungerechtigkeit der direkten und geheimen Wahl eine andere Form des Wahlverfahrens gefunden würde, die vor Ungerechtigkeiten zu schützen vermag. Vorschläge zu Änderungen von umfassenden Gesetzen und Verfassungen, um Schwierigkeiten des Augenblicks zu begegnen, haben keinen politisch praktischen Wert. Keine Verfassung ist die beste und kein Gesetz wirkt an sich segensreich, sie müssen von mutigen, weisen und sittlichen Männern zur Geltung gebracht und in Geltung erhalten werden; sonst wird es mit ihnen und auch dem allgemeinen Stimmrecht immer gehen wie in Athen, wo der Gerber Kleon den Perikles im Wahlkampfe schlug.

Vom Standpunkt der praktischen Politik aus gemessen, d. h. an den Aufgaben des neugewählten Reichstags, ist der Sieg der Sozialdemokratie zwar nicht gerade erfreulich, aber gar nicht besonders gefährlich, denn er bedeutet nicht einmal ein dementsprechendes Wachsen der Sozialdemokratie. Von den ihr zugefallenen Wahlkreisen fallen allein zehn auf Sachsen, wo Umstände, auf die noch an anderer Stelle zurückgekommen werden wird, den Ausschlag gegeben haben. Nur die übrigen 13 gewonnenen Sitze fallen auf das ganze übrige Reich, wo doch auch in einigen Wahlkreisen den Sozialdemo-

fraten Sitze entrisen worden sind, was doch wohl als Beweis dafür gelten kann, daß es geht, wenn nur die richtigen Männer zur Stelle sind. Wie schon früher angedeutet wurde, stehen dem Gewinn der negativsten Partei starke Verluste der ebenfalls meist rein negativen freisinnigen Fraktionen gegenüber, die zusammen 13 Wahlkreise eingebüßt haben, und selbstverständlich die freisinnige Vereinigung am meisten, weil sie das Wahlbündnis mit den Sozialdemokraten offen verkündigt hatte. Eugen Richter hatte sich wieder als der bessere Wahltechniker erwiesen und zur rechten Zeit den Sozialdemokraten abgesagt, infolgedessen war auch der Mandatsverlust seiner Partei geringer. Hätte das Königreich Sachsen nur einigermaßen seine frühere Stellung zu behaupten vermocht, so wäre die Wahl nahezu ohne jede Bedeutung gewesen, denn auch andere, unter allen Umständen oppositionelle Parteien, wie die Welfen, Elßässer, die süddeutsche Volkspartei und die Bauernbündler hatten einzelne Mandate verloren, von den letzteren waren gerade die drei Hauptagitatoren nicht wiedergewählt worden. Dagegen hatten Zentrum, Konservative und Nationalliberale ihren Besitzstand so gut wie unverändert behauptet. Es kann also gar keinem Zweifel unterliegen, daß der neugewählte Reichstag sich in seinem Verhalten von dem vorhergehenden nur wenig unterscheiden wird. In jedem Falle dürften sich die Sozialdemokraten hüten, trotz ihres Zuwachses wieder zur Obstruktion zu schreiten, denn damit würde man dann ein noch rascheres Ende machen, als es im November und Dezember 1902 geschehen ist.

Die Reichstagswahlen vom 16. Juni haben auch einige interessante Begleiterscheinungen zum Vorschein gebracht, von denen wenigstens der wichtigsten gedacht werden soll. Wenn von der Besuchszumme im Reichstag die Rede war, wurde immer hervorgehoben, daß es ohne Diäten nicht mehr möglich sei, eine genügende Anzahl von Bewerbern um die Reichstagsmandate aufzubringen. Bei den letzten Reichstagswahlen waren aber Kandidaten in Hülle und Fülle vorhanden, durchschnittlich vier auf ein Mandat. Nicht eine einzige Partei ist mit ihrem Bedarf in Verlegenheit gekommen. Der Kandidatenmangel kann demnach kein stichhaltiger Grund für Diäten sein, denn auch für den neugewählten Reichstag standen sie nicht in Aussicht. Maßgebender dürfte schon sein, daß jede Arbeit ihres Lohnes wert ist und daß andere Parlamente auch Diäten gewähren. Falsch ist aber dagegen wieder die Behauptung, daß der Zweck, den Bismarck mit der Versagung von Diäten verfolgt habe, die Sozialdemokraten fernzuhalten, nicht erreicht worden sei. Das ist schon darum nicht richtig, weil zur Zeit der Begründung des Norddeutschen Bundes, von wo die verfassungsmäßige Verneinung der Diäten datiert, an Sozialdemokraten überhaupt nicht gedacht wurde, da es so gut wie keine gab. Die Ansicht der Bundesregierungen, die Bismarck in wirkungsvoller Weise durchkämpfte, ging gar nicht dahin, die Sozialdemokratie, sondern das Berufsparlamentarierum unmöglich zu machen, weil dieses den Ruin des Parlamentarismus herbeiführt. Dieser Zweck ist allerdings nicht erreicht worden. Unter Berufsparlamentariern versteht man solche

Leute, die eigentlich von der Ausübung ihres parlamentarischen Mandates leben, wenn sie auch außerdem ein Nebengewerbe betreiben. Für solche Leute ist natürlich das in jedem Falle reichlich bemessene Quantum an Diäten ein wohlthätiger Zuschuß, während es für Männer, die einen ausgedehnten beruflichen Wirkungskreis haben, meist gar nicht ins Gewicht fällt. Denen kommt es viel mehr auf die Zeit an, die sie ihrem Berufe zu parlamentarischen Zwecken entziehen müßten. Daß gerade solche Leute im Reichstag notwendiger sind als die Berufsparlamentarier, liegt auf der Hand. Daß man mit Gewährung von Diäten eine größere Anzahl von ihnen gewinnen würde, ist gar nicht anzunehmen, dagegen würden die Sozialdemokraten, abgerechnet die wenigen Ausnahmen der Bebel, Singer, v. Vollmar und einiger anderer, denen ihr „Bourgeois“-Vermögen die Ausübung ihres Mandates gestattet, eine große Erleichterung ihrer Parteikasse erfahren. Aus dem Umstande, daß fast alle sozialdemokratischen Abgeordneten Berufsparlamentarier sind, ist wohl auch der Irrtum über die angebliche Absicht Bismarcks, oder richtiger der Bundesregierungen, zu erklären. Mit der Gewährung von Diäten würde der Verfall des parlamentarischen Treibens im Reichstag nicht aufgehalten werden, denn der hängt überall nur mit der Erweiterung des Stimmrechtes zusammen. In Deutschland konnte es freilich gar nicht weiter ausgedehnt werden, als es vom Anbeginn an war, die notwendigen Schäden davon haben sich aber erst hinterher entwickelt, nachdem der erste große Zug vorüber war, und die Berufsparlamentarier begannen, die Männer aus dem Leben zu verdrängen. Da an eine Änderung des allgemeinen Wahlrechts bei den maßgebenden Stellen nicht gedacht wird, — es könnte höchstens einmal die Hinaufrückung des aktiven Wahlrechts auf das dreißigste Lebensjahr in Frage kommen — so muß die Reform aus dem Reichstag selbst kommen. Was not tut, ist eine ständige Beschlußfähigkeit, mit straffer Handhabung der Geschäftsordnung, damit kürzere Sessionen mit sachlichen Beratungen erzielt werden. Dann finden sich auch leicht wieder Männer aus dem Leben, die ihrem Berufe so viel Zeit abzugewinnen vermögen, wie sie zur Vertretung der öffentlichen Interessen des Vaterlandes notwendig sein wird, die aber bei der heutigen Zeitvergeudung und Rederei über nichtige Dinge nicht zu haben sind.

Von den Parteien.

Die Wahlagitation und die Reichstagswahlen hatten das Parteileben aus seiner tiefen Erschlaffung zu neuer Tätigkeit erweckt. Die galvanisierende Wirkung des Wahlkampfes hatte auch die schon fast Entschlafenen neu belebt und sie wenigstens zur Aufstellung der unvermeidlichen Kandidaten stark genug gemacht. Das Ergebnis der Wahlen war freilich für die meisten niederschmetternd. Man hatte umsonst die alten Programme neu aufpoliert und mit zeitgemäßen Schlagworten verbrämt; man hatte umsonst die Miene der unfehlbaren politischen Weisheit angenommen, neben der selbst das ehrliche und keineswegs kraftlose Streben von Kaiser und Kanz-

ler als minderwertig erscheinen sollte; man hatte umsonst alle, die anderer Meinung waren, am meisten aber die politisch nächststehenden Parteien, angefeindet, um den Wähler in das eigene Garn zu locken: und man stand nun dem, den verbissenen Parteipolitiker in allen Lagern verblüffenden Resultat gegenüber, daß die Sozialdemokratie drei Millionen Stimmen auf ihr Umsturzprogramm vereinigt und 81 Wahlkreise erobert hatte. Es gibt nur zwei wirkliche Ursachen für das Wachstum der sozialdemokratischen Stimmen, nämlich die Zunahme der städtisch-industriellen Arbeiterbevölkerung, die gerade vom Bürgertum mit allen Mitteln gefördert wird, und die Zersplitterung der bürgerlichen Parteien, die sich vor der Wahl bis aufs Blut bekämpften und sich dabei gegenseitig so ärgerten, daß die in der Hauptwahl unterliegende Partei bei der Stichwahl aus Gorn die verwandte siegreiche Partei im Stiche ließ oder gar gegen ihre Kandidaten stimmte. Die Sozialdemokratie jubelte natürlich in den höchsten Tönen und sprach von dem Anbruch einer Weltwende; einzelne Blätter kündigten „positive politische Arbeit“ im Reichstag an und die „Leipziger Volkszeitung“ schrieb: „Die Stärke der sozialdemokratischen Initiative bürgt für die Inangriffnahme sozialpolitischer Aufgaben größeren Stils und für die Sicherstellung und Erweiterung der politischen Grundrechte der Staatsbürger. So ohnmächtig diese Volksvertretung bisher war, so lange die bürgerlichen Parteien auf die Geltendmachung der parlamentarischen Repressalien verzichteten . . . so kräftig kann eine große Partei einmal auftrumpfen, wenn sie des Rückhalts in den Wählermassen sicher ist.“ Kenner des sozialdemokratischen Stils fanden freilich, daß die Begeisterung etwas künstlich aufgebauscht sei; um eine entscheidende parlamentarische Stellung einnehmen zu können, hatte man doch eben noch viel zu wenig erreicht.

Nachdem sich die Sozialdemokratie der Zahl nach zur zweiten Partei des Reichstags aufgeschwungen hatte, trat sofort die Frage auf, ob ihr ein Sitz im Präsidium zu gewähren sei. Einen verfassungsmäßigen Anspruch darauf hatte sie nicht, aber die bisherige Übung sprach dafür. Manche Leute regten sich mit Unrecht dagegen auf, denn ein Sozialdemokrat im Präsidium wäre gar kein Unglück gewesen. Die Hauptsache dabei ist nicht, daß der Sozialdemokrat, der am Präsidium teilnimmt, dem Kaiser vorgestellt werden muß, was dem Monarchen sicher keine besondere Überwindung gekostet haben würde, sondern daß die Partei von dem Augenblicke an, in dem sie einen Präsidenten stellte, an der positiven Arbeit des Reichstags teilnehmen muß. Sie hätte sich, wie dies in Frankreich und Italien bereits der Fall ist, in einen rein negierenden, von den alten Schlagwörtern lebenden, und einen, sonst sicherlich radikalen, aber doch mitarbeitenden Flügel spalten müssen. Diese innere Spaltung ist in der Partei längst vorhanden, Bebel repräsentiert die eine, v. Vollmar die andere Richtung. Die Präsidentenfrage spitzte sich darum in der Partei in rein persönlichem Sinne zu, die einen waren dafür, die anderen dagegen; nur so viel war klar, daß Bebel's Temperament ihn aus

mehrfachen Gründen für einen Präsidentenposten unmöglich machte, daß Singer nur wenig Aussicht hatte, nach den Vorgängen bei der Obstruktion von den anderen Parteien zugelassen zu werden, so daß schließlich bloß v. Vollmar oder einer von den studierten Genossen, die, mit Ausnahme Stadthagens, wohl alle zu den sogenannten „Revisionisten“ gehören, in Frage gekommen wäre. Das ging dem demokratischen Meid der anderen wider den Strich, und es sei hier betont, obgleich von den Betreffenden mit aller Geschicklichkeit vermieden wurde, dieses Motiv durchschimmern zu lassen, daß es doch die Verhandlungen des ganzen Parteitags in Dresden beherrscht hat. Da Bebel und Singer, denen man es vielleicht noch gegönnt hätte, nicht Vizepräsident werden wollten und konnten, so sollte es auch kein anderer werden, am wenigsten einer von den Studierten. Die Zurückhaltung wurde natürlich zum „Prinzip“ erklärt, aber wo Begriffe fehlen, da stellt sich im politischen Leben immer zu rechter Zeit ein Prinzip ein. Wenn man das aller Welt lächerlich und niedrig erscheinende Treiben auf dem Parteitag in Dresden von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, wird es erst verständlich. Den Führern um Bebel wäre es ja nun wohl recht angenehm und förderlich gewesen, wenn etwa der Kaiser erklärt hätte: nur keinen Sozialdemokraten! Das hätte ihnen die Sache sehr erleichtert. Aber er trat ganz ruhig seine jährliche Nordlandsreise an und überließ es den Genossen, ob sie darüber einig werden könnten, daß einer von ihnen auch die verfassungsmäßig vorgeschriebene Reuerenz dem Kaiser erweise.

So blieben die Sozialdemokraten sich in dieser Frage selbst überlassen, und sie beeilten sich auch, dem deutschen Volke einen gründlichen Beweis ihrer inneren Zerrissenheit und politischen Unfruchtbarkeit zu geben. Die etwaigen Kandidaten für die Präsidentenstelle wurden unter der Firma des Kampfes gegen die sogenannten „Revisionisten“, die meist so viel gelernt hatten, daß sie auch für nichtsozialistische Blätter schreiben konnten, in einem ergötzlichen, aber dabei sehr bedeutsamen Streit zwischen den „unentwegten“ und den revisionistischen Gruppen der Partei in die Pfanne gehauen. Die Präsidentenfrage blieb der geheime, aber leitende Gesichtspunkt des Streites, in den auch Bebel mit einer gewaltigen Philippika hineinfuhr, wobei es ihn und andere wenig anfocht, daß er mancherlei umstieß, was er früher hatte gelten lassen. Der Ton der Volkssammlung schlug durch und bildete die misztönende Klangfarbe des Schimpffkonzerts, das in der ersten Hälfte des September unter dem Namen des Dresdener sozialdemokratischen Parteitags auf der zeitgenössischen Bühne aufgeführt wurde. Die schwere Frage, in die sich die Partei um ihrer Existenz willen versetzt sah: Die saure Arbeit einer großen Partei aufzunehmen, ohne doch der Massen wegen die roten Fahnen der revolutionären Zukunftsherrlichkeit einzuziehen, wurde auf dem Parteitag von den gereizten Genossen mit solchem Aufwand von gegenseitigen Schmähungen der Erörterung unterzogen, daß sich darüber sehr viele im deutschen Volke verwundert die Augen rieben und nicht mehr begriffen, wie man solchen Leuten die Stimme hatte

geben können. Es war aber eine große Täuschung, wenn nun die Trägheitsmeier gleich der Ansicht Raum gaben, eine innerlich so haltlose Partei müsse in sich zusammenbrechen, da könne man sich gleich wieder hinter den warmen Ofen setzen und brauche nichts zu tun. Eugen Richters „Freisinnige Ztg.“ sagte in einem Artikel „Auf abschüssigem Wege“ ganz richtig: „Das Wachstum der Sozialdemokratie hat in der Hauptsache keineswegs politische Ursachen, sondern erklärt sich aus dem Wachstum einer Begehrlichkeit in den Arbeiterklassen gegenüber dem Reiche und dem Staate, die durch die neuere Gesetzgebung geradezu großgezogen und fortgesetzt noch gesteigert wird.“ Tatsächlich handelt es sich nicht nur um wachsende Begehrlichkeit gegenüber Reich und Staat, sondern auch gegenüber den erwerbenden und besitzenden Ständen. Es handelt sich um einen Klassenkampf, um den Kampf einer Masse, der in Dresden wieder von neuem proklamiert wurde.

Darüber war man dort einig, hatte man sich auch sonst gegenseitig noch so beschimpft. Übrigens ist die Beschimpfung des politischen Gegners in unseren Tagen doch auch bei den bürgerlichen Parteien zur Regel geworden und fällt ja kaum noch auf, in den sozialdemokratischen Versammlungen wird selbstverständlich darin das derbste geleistet und infolgedessen finden die Genossen gar nichts so sehr Auffälliges darin, wenn bei politischen Auseinandersetzungen innerhalb der Partei auch Beschuldigungen und Schimpfworte umherfliegen, die anderen Leuten unerhört vorkommen, aber im Milieu der Sozialdemokraten üblich sind. Der Ton auf dem Dresdener Parteitag hat keineswegs trennend gewirkt, im Gegenteil, sie fühlten sich dabei gerade recht unter sich, das war der Ton ihrer Klasse. Für die eine Gruppe der Anhänger, welche republikanische und antimonarchische Ziele anstreben, mag der Klassenkampf nur Mittel zum Zweck sein, für die andere ist er einstweilen Selbstzweck, aber er ist in Dresden einmütig wieder angekündigt worden, und in dem einen wie im anderen Falle laufen Klassenkampf und wachsende Begehrlichkeit auf dasselbe hinaus. Das Bürgertum hat darum gar keine Ursache, die Ergebnisse des Dresdener Parteitags auf die leichtste Achsel zu nehmen, der Klassenkampf geht trotzdem weiter und der deutsche besitzende und erwerbende Bürger wird die Folgen davon tragen, wenn er infolge seiner Parteizersplitterung in demselben immer weiter zurückgedrängt wird, weil er nicht versteht, auch als Masse Widerstand zu leisten. Es kann ihm doch nur einen leidigen Trost gewähren, wenn er immer behauptet, die „schlechte“ Regierung sei schuld, weil er damit der Masse seiner Gegner doch auch nur wieder neue Kräfte zuführt, denn die Sozialdemokraten sagen ja dasselbe. Damit soll keineswegs angedeutet werden, daß die Dinge in Deutschland etwa einer Bebel'schen Diktatur zustrebten. Je mehr die Sozialdemokratie sich aufbläht, desto schneller wird sie wieder zusammensinken. Mit Ausnahme des durch das konfessionelle Band geeinten Zentrums sind bisher alle Parteien, die Konservativen sowohl wie die Liberalen, über einen gewissen Höhepunkt nicht hinausgekommen, sondern wieder in Splitter gegangen. Den Sozialdemokraten wird es nicht anders ergehen,

wenn sie auch in späteren Wahlen noch mehr anwachsen sollten, was leicht möglich ist, wenn die Parteizerrüttung fort dauert. Revolutionär und parlamentarisch sind sie ungefährlich, wenn auch störend und lästig, aber als Klassenpartei sind sie noch einer weiteren Vergrößerung fähig, deren Nachteile das deutsche Bürgertum selbst abzuwehren suchen muß.

Aus den Reihen der liberalen bürgerlichen Parteien erklingen nun gerade die Rufe wider die „Scharfmacher“, die aus dem konservativen Lager her die Regierung zum geschlichen Einschreiten gegen die Sozialdemokratie auffordern. Die Gründe dafür lassen sich aber hören. Seit 1881 hat das Deutsche Reich für die Arbeitermassen große und reiche Arbeit geleistet, es hat ihren Wohlstand gehoben, ihre Rechte vermehrt und ihre Pflichten gemindert, es ist darin allen Kulturstaaten weit voraus; aber die Abkehr vom Staate und vom nationalen Gedanken ist nur um so größer, die trennende Kluft um so tiefer geworden, nicht als Fürsorge, sondern als Furcht wird jede neue Maßnahme ausgelegt, es ist immer nur von Rechten der Massen, von ihren Pflichten überhaupt kaum noch die Rede. Der Gedanke, daß die Regierung damit auf einen verkehrten Weg geraten sei, liegt unter diesen Umständen nahe, er ist aber falsch. Was der Staat an sozialpolitischen Pflichten unter den neuen Verhältnissen zu leisten hat, muß er unter allen Umständen, ganz abgesehen von der augenblicklichen Wirkung, auch leisten. Die Unterlassung würde noch schwerere Folgen nach sich ziehen, man kann auf dem als notwendig erkannten Wege nicht umkehren. Die Stimmung der bürgerlichen Kreise ist dem Drängen der sogenannten Scharfmacher im allgemeinen gar nicht abgeneigt, aber ihre Führer im liberalen wie im ultramontanen Lager ergehen sich in den letzten Jahren bei jeder nur geeigneten Gelegenheit in langen ausführlichen sozialpolitischen Reden, die meist über das praktische Bedürfnis hinausreichen und von einem zu wenig umfassenden Standpunkt ausgehen, vor allem aber den Anschein erwecken, daß die Sozialdemokratie mit ihrer Behauptung, es geschähe für die „unterdrückten“ Klassen nichts, recht habe und daß natürlich die Regierung der Feind alles Guten sei. Dieses Vorgehen ist vom Standpunkt der praktischen Politik aus durchaus unverständlich. Die Reichsregierung ist doch mit sozialpolitischen Gesetzentwürfen niemals lässig gewesen, und es konnte unter diesen Umständen nur die Aufgabe der Volksvertreter sein, je nach der einzelnen Vorlage mäßigend oder fördernd zu wirken, in jedem Falle eine gesunde Mittellinie zu finden, nicht aber zum Fenster hinaus auf den Stimmenfang berechnet sozialpolitische Reden zu halten, die gänzlich ihren Zweck verfehlten, da sie auf der einen Seite neue Begehrlichkeit erweckten, auf der anderen durch die Furcht vor neuen Belastungen Unruhe verursachten und in jedem Falle die Anzahl der Unzufriedenen vermehrten.

Ging die Reichsregierung wirklich mit einer notwendigen Repressivmaßregel vor, wie im Jahre 1899 mit dem doch gewiß gebotenen Gesetze zum Schutze der Arbeitswilligen vor dem Terrorismus der Streikgenossen, so wurde das Gesetz von vornherein als „Zuchthausgesetz“ stigmatisiert und Eugen Richter

rechtfertigte die geradezu schmähliche Behandlung der Vorlage damals im Reichstag mit den Worten: „Wenn auf die Initiative von Trinksprüchen hin solche Gesetzentwürfe ausgearbeitet werden, von denen man im voraus weiß, daß sie mit den Anschauungen der großen Mehrheit des Reichstags im Widerspruch stehen, so verdienen solche Gesetzentwürfe gar keine andere Behandlung, als sie ihnen hier zu teil geworden ist.“ Als so die Vorlage unter dem Hohngeächter der Sozialdemokratie vom Reichstag „verscharrt“ wurde, und zwar ungeachtet oder gerade wegen der kaiserlichen Initiative, die an der Entstehung des Gesetzentwurfs nicht unbeteiligt war, da wußten die sozialdemokratischen Führer, daß gesetzgeberische Maßnahmen gegen ihre Partei keinen Erfolg haben würde. Was hat aber für einen Volkvertreter die kaiserliche Initiative mit der Notwendigkeit und Nützlichkeit eines Gesetzes zu tun? Die „Anschauungen der großen Mehrheit des Reichstags“ sind heute wohl kaum anders geworden. Sollte es doch der Fall sein, so hat der Reichskanzler den konservativen Drängern mit Recht erwidert, sie möchten nur aus der Mitte des Hauses mit einem gesetzgeberischen Vorschlage, der die Mehrheit hinter sich hätte, vorgehen, die Regierung würde nichts dagegen haben. Nun wäre es doch töricht, ihr zumuten zu wollen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, dessen Ablehnung sicher ist. Es wäre sogar unklug von ihr, wenn selbst die Behauptung richtig wäre, Bismarck wäre in gleichem Falle so vorgegangen. Es ist nun an sich eine Annahme sonderbar, wenn jemand behaupten will, er wisse, wie Bismarck, der doch mit seinen Mitteln so oft wechselte, um sein Ziel zu erreichen, in dem oder jenen Falle der Gegenwart gehandelt haben würde. Aber selbst wenn die Ansicht richtig wäre, so weiß Bülow doch genau genug, daß er sich im Interesse des Reiches nicht Niederlagen holen darf, die Bismarck ruhig hinnehmen konnte. Man legt ihm ja schon täglich von allen Seiten nahe genug, wie sehr er unwürdig sei, ein Nachfolger Bismarcks zu sein, da er noch kein Deutsches Reich gegründet habe. Nun, ebenso Albern und noch Derberes hat man auch Bismarck gesagt, bevor er sein großes Werk vollführt hatte; das geschah in jener Zeit, da unter dem Ansturm des Liberalismus der preussische Staat in seinen Fundamenten zu wanken schien. So weit hat es die Sozialdemokratie beim Deutschen Reich noch nicht gebracht, die Führer haben sich gehütet, mit der Staatsgewalt in ernstestem Konflikt zu kommen, sie sahen, daß ihr Weizen besser blüht bei der von allen Seiten betriebenen Züchtung der Unzufriedenheit. Ob das so bleiben würde nach einer feierlichen Ablehnung eines neuen Sozialistengesetzes im Reichstag, ob da die „Dreimillionenmasse“ nicht aufschäumen würde im Übermut, und ob sich dann nicht die Staatsgewalt zur blutigen Abwehr von Aufständen entschließen müßte, das kann niemand voraussagen. Jedenfalls ist es nicht Sache der Regierung, die Möglichkeit solcher Schrecken für das Vaterland zu fördern. Bisher ist man mit der Polizei bei der Aufrechterhaltung der äußeren Ordnung ausgekommen. Die Übelstände, die mit der Entwicklung der sozialdemokratischen Klassenpartei verknüpft sind, hat in der Hauptsache

das Bürgertum zu tragen, das durch seine Vertreter die Sozialdemokratie noch direkt und indirekt unterstützt. Der Reichskanzler hat den bürgerlichen Parteien in dringlicher Weise nahe gelegt, sich zu vereinigen, und sie der Förderung und Unterstützung der Regierung dabei versichert. Ziehen sie freilich vor, sich in ihrer Zersplitterung nicht nur vom Trottoir, sondern auch vom Straßendamm bis in den Graben verdrängen zu lassen, so wird der Regierung nichts übrig bleiben, als auch hiebei durch die Polizei die Ordnung aufrechtzuerhalten.

Die Angelegenheiten der übrigen Parteien traten vollkommen in den Hintergrund gegenüber dem äußeren Aufschwung, den die Sozialdemokraten wieder bei den Reichstagswahlen genommen hatten. Das Ereignis vom 16. Juni hatte allerdings in den liberalen Parteien einen starken Eindruck hervorgerufen, denn man sah ein, es müsse wohl seine guten Gründe haben, wenn der Zuwachs der Sozialdemokraten in der Hauptsache aus dem liberalen Lager käme, und man war der Meinung, man müsse den liberalen Gedanken mehr betonen, um auf diesem Gebiete von den Sozialdemokraten nicht mehr übertroffen werden zu können. Die freisinnige Vereinigung, die mit den Sozialdemokraten bei den Wahlen durch dick und dünn gegangen war, erhielt einen zweifelhaften Zusatz durch die unter dem Pfarrer Naumann stehenden Nationalsozialen, die bei der Wahl ebenso kläglich abgeschnitten hatten wie jene, aber die neue Vereinigung, von der die ergebenen Zeitungen einige Wochen ein großes Wesen machten, stand unter keinem guten Omen und von allen Seiten liefen Proteste ein gegen den Parteiführer Dr. Barth, der für das Bündnis mit den Sozialdemokraten eintrat, aber bei der Wahl durchgefallen war. Von vielen Seiten kamen Anregungen zu dem schon so oft versuchten Zusammenschluß der liberalen Parteien; da jedoch jeder der Führer an der Neigung festhielt, sein Bürgerwehrkorps selbst zu kommandieren, so wurde wieder nichts aus der großen liberalen Armee. Die Hauptschuld an dem neuen Scheitern des Planes wurde diesmal Eugen Richter zugeschrieben.

Die nationalliberale Presse lud ununterbrochen zur Sammlung und zum Kampfe gegen die schwarzen und roten „Reichsfeinde“ ein, vergaß aber dabei, daß ein Krieg auf zwei Fronten unter allen Umständen eine gefährliche Sache ist, und daß die liberalen bürgerlichen Parteien sogar zusammen dazu zu schwach sind. Praktische Politiker tun eins nach dem andern; sie pflegen zwar immer zwei Eisen im Feuer zu haben, doch nur eins zu schmieden. Bei den preussischen Landtagswahlen verstanden die Nationalliberalen diese Methode auch ganz geschickt anzuwenden, indem sie je nach den örtlichen Verhältnissen nach rechts oder nach links Bündnisse schlossen und darum ganz gut abschlossen, obgleich kurz vorher auf dem nationalliberalen Parteitag in Hannover wieder einmal nur der liberale Grundgedanke betont worden war. Gegenüber der Sozialdemokratie verhielten sie sich entschieden ablehnend und der Beschluß einer sogenannten jungliberalen Versammlung in Berlin, den Zusammenschluß aller „liberalen“ Elemente, mit Einschluß der Sozialdemokratie, anzustreben, wurde entschieden ab-

gewinnt. Das Verhalten des Zentrums macht es freilich den Nationalliberalen schwer, mit diesem als bürgerliche Partei zusammenzuwirken, ihre Heißsporne finden zu häufig Anlaß, in der alten Kulturkampfglut wieder herumzustöbern, die aber doch nicht wieder anzufachen ist. Ein *modus vivendi* wäre jedenfalls viel klüger, als daß man fortwährend die konservativ-klerikale Reaktion in Preußen an die Wand malt, deren Hereinbrechen zu verhindern die Nationalliberalen samt allen anderen Liberalen doch viel zu schwach sind, wenn sie einmal kommen sollte. Und es fragt sich noch, ob dann die Krone wieder Minister entlassen und ein Programm fallen lassen würde, das eine starke geschlossene Mehrheit hinter sich hat. Bennigsen ist tot und seine Nachfolger besitzen seinen Einfluß nicht.

Daß das Zentrum aus der Reichstagswahl unerschütterte hervorgegangen ist, wird auch weiter zur Folge haben, daß sein Gewicht, das auf der Zersplitterung seiner Gegner beruht, nicht sinken wird, und daß die Regierung trotz alles liberalen Geschreis künftig ihm und der römischen Kirche dieselbe Rücksicht erweisen muß wie bisher. Dieses Bewußtsein hatte man auch auf dem Katholikentag in Köln, der als fünfzigste Wiederkehr mit großem Gepränge und unter gewaltiger Beilegung der Zentrumswähler stattfand. Indessen eingedenk der Erfahrungen, die man beim Fall Korum gemacht hatte, führte man sich sehr regierungsfreundlich und friedlich auf, was sowohl die Regierung als auch die Konservativen anerkannten, während sich die Liberalen nun wieder darüber ärgerten. Ein Umstand nur bereitete dem Zentrum in gleichem Maße Kummer, als es andere Parteien mit Mißtrauen erfüllte. Die kleine Partei der Polen, die das Zentrum seit der Kulturkampfzeit mit Liebe hatte großziehen helfen, stellte sich jetzt auf die nationalen Hinterfüße und wollte bei den Wahlen absolut nicht mehr mit dem Zentrum gehen. Es half nichts, daß das Zentrum im Landtag der Regierung die Mittel zur Bekämpfung der polnischen Agitation versagte, es half auch nichts, daß Fürstbischof Dr. Kopp in Schlesien die Geistlichkeit aufrief und den Anhängern des radikalen Polen'ums die Verfassung der kirchlichen Gnadenmittel in Aussicht stellte; die Polen stellten trotzdem in Schlesien wie in Westfalen ihre eigenen Kandidaten auf. Die Antwort des Zentrums auf diese Herausforderung war freilich nicht viel mehr als ein mürrisches Grollen, und die Herren vom Zentrum werden noch ganz andere polnische Dreistigkeiten erfahren müssen, bevor sie ihr deutsches Herz entdecken.

Die Sozialdemokratie hatte ihren äußeren Wahlerfolg durch das öffentliche Waschen ihrer schmutzigen Wäsche selbst bis in die Arbeiterkreise hinein stark abgeschwächt. Das erkannte man schon bei den badischen, später auch bei den preußischen Landtagswahlen. Die Haufen der Mitläufer hielten sich zurück und die Arbeiterwelt sah keineswegs ausschließlich in den so mit Geräusch aufgetauchten einundachtzig Gewählten die wahren Vertreter ihrer Angelegenheiten. Das bewies in den Tagen vom 25. und 26. Oktober der Arbeiterkongreß in Frankfurt a. M., auf dem die Vertreter von 600 000 Arbeitern beschlossen, die Besserung ihrer wirt-

schaftlichen und sozialen Lage auf dem Boden der staatlichen Ordnung herbeizuführen, ein Vorgehen, dem bald nachher der Reichskanzler einer Deputation gegenüber seine volle Anerkennung aussprach. Es ist von verschiedenen Seiten darauf hingewiesen worden, daß die auf dem Frankfurter Kongreß erhobenen Forderungen sich fast gar nicht von den der sozialdemokratischen Arbeiter unterscheiden und daß sie über das mögliche Maß hinausgehen. Das ist in der Hauptsache richtig, aber so handeln doch andere Parteien auch, seitdem der Parteienhandel auf das Niveau des politischen Kuhhandels herabgesunken ist. Man rät ja selbst den Regierungen, sie sollten recht viel vorschlagen, damit viel abgehandelt werden könne. Auch die Freihändler, die Bauernbündler, die Ultramontanen u. a. verlangen Unmögliches. Deshalb allein die Arbeiterforderungen zurückzuweisen, wäre parteiisch, denn alle anderen Parteien leiden auch nicht gerade an Bescheidenheit. Anzuerkennen und des Entgegenkommens wert ist dagegen gerade der Wille der Frankfurter Versammlung, noch dazu nach dem großen „Arbeitersieg“ vom 16. Juni, daß sie ihre Berufsinteressen nicht mehr durch eine kaiserfeindliche und revolutionäre Partei vertreten lassen wollen.

Erkrankung und Genesung des Kaisers.

Die Deutschen sind dafür bekannt, daß sie eine besondere Begabung besitzen, sich die Freude an dem Edlen und Schönen, was das Leben bietet, zu vergällen. Wenn sie fröhlich beisammensitzen, singen sie das Lied: „Ich weiß nicht, was soll es bedeuten, daß ich so traurig bin“ — haben Ausländer schon vor Jahrzehnten gespottet. Heute singen sie vielleicht großstädtische Couplets mit schlüpfrigen Pointen, aber die Neigung, traurig zu sein über das, worüber sie fröhlich sein sollten, ist ihnen geblieben und bietet den Mörglern ein immer offenes Operationsfeld, um ihnen die Freude an dem Reich, das sie noch keine vierzig Jahre besitzen, an allen öffentlichen Angelegenheiten, schließlich an sich selbst zu verleiden. Für diese Stimmung paßt dann freilich nur noch der Wit am Biertisch, im Tingeltangel und in den Witzeblättern, jener Wit, der nicht mehr trifft, was ihm von Rechts wegen verfallen ist, sondern der nichts mehr verschont, auch nicht das Vaterländische, nicht das Edle, das Schöne, das doch unter allen Umständen davor behütet werden sollte, in den Staub herabgezogen zu werden. Wer da nicht mitmacht, ist ein Byzantiner; lieber ein Sozialdemokrat, als ein solcher! Das ist der allgemeine Zug der Zeit in Deutschland, hervorgegangen aus dem Überschlagen einer gänzlich unberechtigten weinerlichen Stimmung in den Katerhumor oder, richtiger gesagt, in den Kater des Humors, denn wirklicher Humor ist das schon gar nicht mehr, sondern ein sauer gewordener, überreizter, übernächtiger Humor. Der Eindruck der großen Zeit läßt sich ja nun durch nichts verwischen, aber je mehr die Generation, die sie erlebte, die Erde verläßt, um so mehr wird von verschiedenen Seiten daran gearbeitet, alles in eine große Bismarcklegende zu vereinigen. Es würde sonst an

und für sich nicht schädlich sein, wenn die Menge die große Zeit der Entstehung des Reiches unter dem Namen Bismarck zusammenfaßte. Geschichtlich richtig wäre das freilich nicht und käme höchstens auf die Auffassung jener bayerischen Landfrau hinaus, die man 1867 fragte, was sie von Bismarck wisse, und die antwortete: „J, der hat das Zündnadelgewehr erfunden.“ Zutreffend war das freilich nicht, aber der gesunde Sinn der Bayerin hatte sie in die Nähe des Richtigen geführt: erfunden hatte er das Zündnadelgewehr nicht, aber an einer sehr nützlichen Stelle wirksam anwenden lassen. So richtig es ja nun auch ist, daß Bismarck der größte deutsche Staatsmann war, so falsch bleibt es doch, wenn man ihm allein alle Verdienste, die in jener Zeit dem Kaiser Wilhelm I., Moltke, Roon und der Armee gebühren, zuschreiben will. Bismarck ist an und für sich so groß, daß man ihn nicht einmal damit größer macht, was man anderen nimmt, aber man trübt dadurch das Bild der Geschichte und beirrt die lebende Generation in der gerechten Beurteilung der Gegenwart. Es würde zu weit führen, sollte hier auch nur in kurzen Zügen ausgeführt werden, ob denn Bismarck überhaupt der große Staatsmann hätte werden können, wenn er, der als partikularistischer Preuße angefangen und erst am Bundestag in Frankfurt auf den Gedanken gebracht, der deutsche Theseus zu werden, der den Minotaurus des Dualismus vor die Stirn schlägt — nicht den König Wilhelm als Herrscher getroffen hätte, der schon in seiner ersten Proklamation sagte: „Meine Pflichten für Preußen fallen mit meinen Pflichten für Deutschland zusammen“, der schon die Regierung mit dem festen Plan der Umwandlung des in der Entwicklung zurückgebliebenen Heeres der allgemeinen Wehrpflicht übernahm, aus dem in wenigen Jahren das organisatorische Geschick Roons jene Armee schuf, die ein Muster für alle Staaten des europäischen Festlandes wurde und, geführt von dem ebenfalls zum Muster gewordenen, von Moltke herangebildeten Generalstabe, jene Schlachten schlug, auf deren erstaunlichen Resultaten die Staatskunst Bismarcks erst den unerschütterlichen Bau des Deutschen Reiches gründen konnte. Er war der größte unter den Genannten, aber er war doch auch durch ihre Größe größer geworden. Ihn als Einzigen hinzustellen, ist nicht nur geschichtlich ein Irrtum, sondern bringt auch eine schwere Täuschung über das deutsche Volk, die herbeizuführen allerdings zahlreiche Kreise und Richtungen ein lebhaftes Interesse haben. Zunächst finden bei der Bismarcklegende ihre Rechnung alle Republikaner und Demokraten bis zu jenen politischen Doktrinären hinauf, nach denen der Träger der Krone überhaupt nichts zu sagen, sondern bloß zu unterschreiben habe, was ihm seine Minister vorlegen, die eigentlich nach der Theorie auch nur den Willen der Mehrheit des Parlaments ausführen dürften; ferner alle jenen Feinde des Militärs, nach denen der „Zivilist“, weiter ein Teil der Bürokratie, nach dem der „Jurist“ Bismarck alles allein geschaffen haben sollte, und die anderen gewissermaßen seine Helfer geringeren Grades gewesen seien zc. Man halte einmal Umschau im deutschen Lande und wird erstaunen, wie sehr diese

geflissentlich betriebene Entstellung bereits die frühere richtige Anschauung vom „Kaiser Wilhelm und seinen Paladinen“, unter denen selbstverständlich Bismarck immer als der erste galt, verdrängt hat. Die absichtliche Verbreitung dieser Legende hat es tatsächlich bewirkt, daß das deutsche Volk noch lange nicht zu einer richtigen Würdigung der Persönlichkeit seines jetzigen Kaisers gekommen ist, während im Ausland schon längst Klarheit darüber herrscht; daß es heute noch nicht das Verhältnis zwischen Kaiser und Kanzler, die als zwei hochbegabte Männer sich zu verstehen und zu vertragen gewillt sind, zu erkennen in der Lage ist, weil ihm immer wieder in der Presse der legendäre Bismarck mit dem dadurch natürlich auch legendenhaft gewordenen Kaiser Wilhelm I. vorgeführt wird. Die letzten Monate des Jahres gaben dem deutschen Volke eine ihm sehr überraschend kommende Gelegenheit, über sein Verhältnis zum Kaiser sowie darüber, was es an ihm besitzt, in sich zu gehen, und die Denkfähigkeit ist allem Anschein nach nicht ohne Nutzen gewesen.

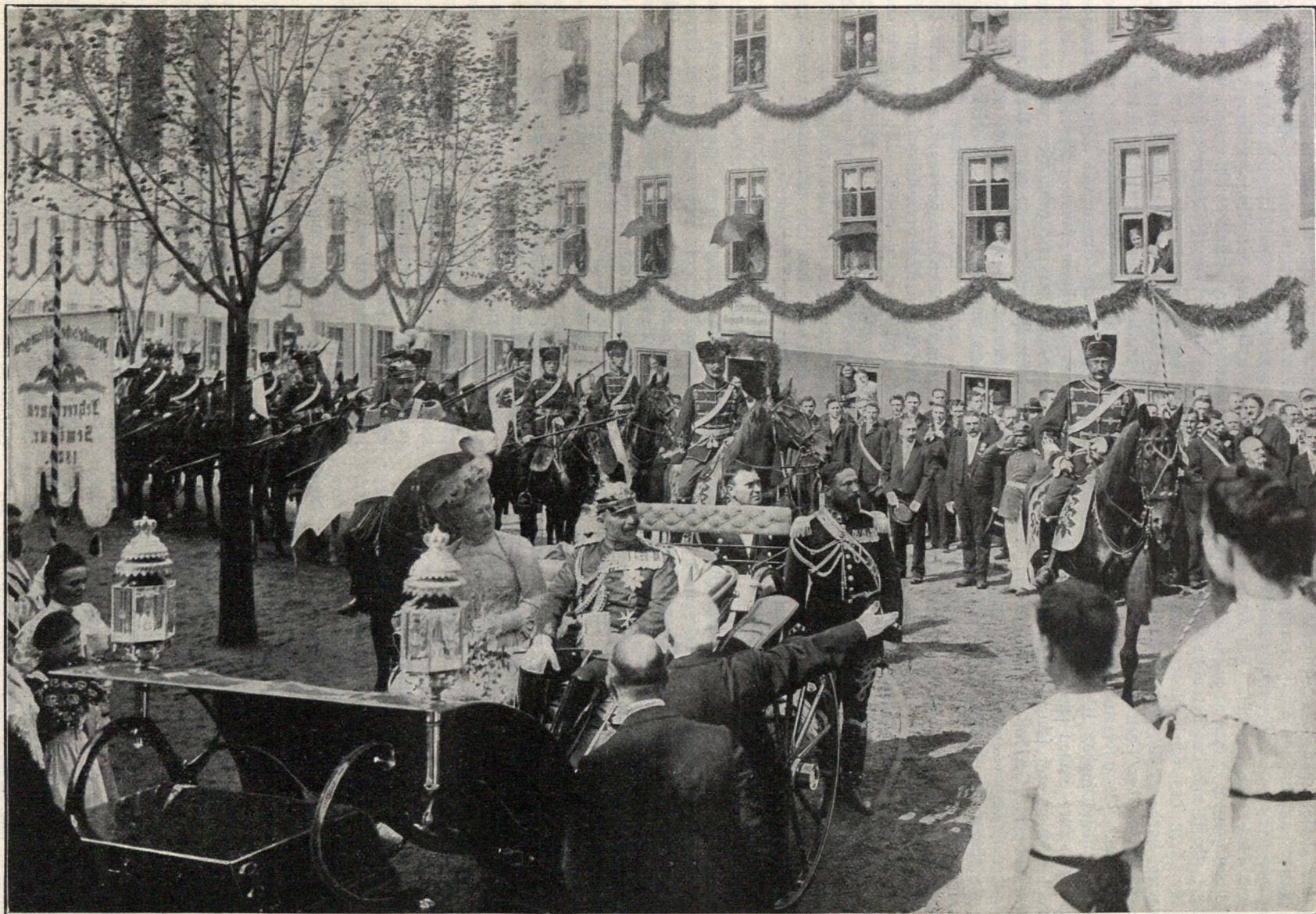
Die Kaisermanöver fanden zwischen dem 12. und 19. sächsischen Armeekorps und dem 4. und 11. preussischen Armeekorps in der Umgebung von Weissenfels in der üblichen Weise statt. Es waren auch wieder zwei besondere Kavalleriedivisionen zusammengezogen worden. Die militärischen Schauspiele, namentlich die großen Paraden der vier Armeekorps, zogen ungeheure Menschenmengen herbei, und namentlich im Königreich Sachsen war dabei wenig zu bemerken, daß es das „rote“ Land geworden sein sollte. Der Kaiser wurde in Dresden, wo er dem König Georg einen Besuch abstattete, während er sich bei dem ihm gewidmeten Feste der Städteausstellung durch den Kronprinzen hatte vertreten lassen müssen, ebenso enthusiastisch begrüßt wie in Leipzig. Nach der Parade des 4. Armeekorps hatte er vorher in Merseburg bei der Tafel im Ständehaus einen Trinkspruch auf die Provinz Sachsen ausgebracht, in dem er auch der Stadt Wittenberg mit den Worten gedachte, „wo der größte deutsche Mann für die ganze Welt die größte befreiende Tat getan und die Schläge seines Hammers aufweckend über die deutschen Gefilde schallen ließ“. Dazu schrieb die ultramontane „Köln. Volkszeitung: „Der Kaiser hat durch seine Rede in Merseburg den protestantischen Theologen gezeigt, daß man den Dr. Luther und die Reformation in der schwungvollsten Weise preisen kann, ohne die Empfindungen der Katholiken zu verletzen.“ Es wurde vielfach bemerkt, daß die ultramontane Presse nicht zu allen Zeiten so milde und versöhnlich geurteilt hat. In Merseburg war es auch, wo der Kaiser nach dem Schlusse der Manöver, als er sich wegen eines Halsleidens untersuchen ließ, vom Arzt die Gewissheit erhielt, daß er sich binnen kurzer Zeit einer Operation werde unterziehen müssen. Niemand durfte auf seine Anordnung etwas davon erfahren, auch seine Gemahlin nicht, und der Kaiser vollzog, als wenn nichts geschehen wäre, ohne daß außer den Vertrautesten jemand das geringste ahnte, alle Reisepläne, die vorher in Aussicht genommen worden waren, und alle Regierungsgeschäfte, die ihm oblagen, obgleich die Erinnerung an die Krankheit

seines Vaters ihm ebenso nahe liegen mußte wie der ganzen übrigen Welt, als ihr plötzlich die Nachricht von der vollzogenen Operation bekannt wurde. Er hat sich nachmals den Präsidenten des Reichstags gegenüber mit folgenden Worten ausgesprochen: „Ja, Sie haben es gut gehabt, ich bin aber zwei Monate herumgegangen, ohne zu wissen, ob die Sache gutartig oder böseartig wäre.“ Von Merseburg aus begab sich der Kaiser direkt nach Mohacs im südlichen Ungarn, um wieder einmal in den wildreichen Waldungen von Belye des Erzherzogs Friedrich auf dessen Einladung dem edlen Waidwerk obzuliegen, und traf am 20. September in Wien ein, um seinem treuesten Freund und Verbündeten, dem Kaiser Franz Joseph, einen Besuch abzustatten. Der Empfang in Wien soll bei den Erörterungen über die Verhältnisse in der österreichisch-ungarischen Monarchie besprochen werden, da sich die Schilderung dort besser anschließt.

Von Wien fuhr der Kaiser direkt nach Danzig, wo er am 21. September um 5 Uhr zur Enthüllung des Kaiser Wilhelm-Denkmal eintraf und von der nach vielen Tausenden zählenden Menschenmenge mit lebhaften Zurufen begrüßt wurde. Die Enthüllung des Denkmals fand unter großen Feierlichkeiten statt. Der Kaiser besichtigte das Denkmal und zog den Schöpfer desselben, Bildhauer Börnemeier, der zum Professor ernannt wurde, und eine Reihe Anwesender ins Gespräch. Vom Denkmalsplatz begab er sich zum Generalkommando, vor dem eine Abordnung der Arbeiter der Staatswerkstätten aufgestellt war. Maschinenführer Glaswagen von der Gewehrfabrik betonte in seiner Ansprache, die deutschen Arbeiter sprächen dem Kaiser für das große Wohlwollen und Vertrauen, das er ihnen entgegenbringe, ihren tiefempfundenen Dank aus. Die Arbeiter der Staatswerkstätten Danzigs gelobten ihm unverbrüchliche Treue. Der Kaiser dankte für die Huldigung in längerer Ausföhrung, in der er darauf hinwies, erst durch den Aufbau des einigen Deutschen Reiches sei es möglich geworden, daß die gewaltige Entwicklung in Handel und Industrie so viele kräftige Fäuste deutscher Arbeiter beschäftigen könne, die deutsche Arbeiterschaft habe darum auch das höchste Interesse daran, dieses Deutsche Reich ungeschmälert und ungestört zu erhalten. Die deutsche Arbeit werde überall geschätzt und anerkannt. Er hoffe, daß die hier ausgesprochenen Gefinnungen auch in den Herzen der übrigen Arbeiter schlagen, daß sie das Deutschtum im Frieden nach außen zu Ehren bringen und auch im Kriege nicht zögern werden, zur alten Waffe zu greifen, wenn es gilt, das Vaterland zu verteidigen. Der Kaiser sprach noch mit vielen Arbeitern und begab sich darauf unter stürmischen Hochrufen nach dem Generalkommando zu einer Besprechung über die Landespferdezucht. Um 1/28 Uhr fuhr er durch die zum großen Teil illuminierte Stadt zum Abendessen beim Offizierkorps der Leibhusarenbrigade nach Langfuhr. Am folgenden Tage begab er sich auf einige Zeit zur Jagd nach Ostpreußen.

Am 17. Oktober wurden in Potsdam die beiden Prinzen August Wilhelm und Oskar konfirmiert. Aus der Ansprache, die der Kaiser an seine

beiden Söhne bei der Abendtafel im Neuen Palais hielt, haben folgende Sätze allgemeine Zustimmung gefunden: „Der heutige Tag ist für Euch in geistiger Beziehung gleichzustellen dem Tage, an dem der Offizier, der Soldat seinen Fahneneid leistet. . . . Mit dem heutigen Tage seid Ihr sozusagen im Glauben mündig geworden. Die Wehr und Waffen und das Rüstzeug, deren Ihr Euch bedienen sollt, sind Euch von kundiger Hand gelehrt und bereitet gelegt worden. Ihre Anwendung in allen Lebenslagen wird nun an Euch liegen. . . . Ich spreche mit Absicht in militärischem Sinne, weil Ich annehme, daß auch Ihr das schöne Gleichnis kennt, worin der Christ mit dem Krieger verglichen wird. . . . Ihr werdet gewiß das, was Ihr heute so schön in Eurem Gelübde versprochen habt, auch betätigen. In sehr richtiger Weise hat in der herrlichen Ansprache, die Euer geistlicher Lehrer heute an Euch gerichtet hat, derselbe einen Begriff hervorgehoben für das, was verlangt wird, nämlich daß Ihr „Persönlichkeiten“ werden sollt. Es ist das derjenige Punkt, auf den nach meiner Ansicht es für den Christen im täglichen Leben am meisten ankommt. Denn darüber kann wohl kein Zweifel sein, daß wir von der Person des Herrn getrost sagen können: er ist die persönlichste der Persönlichkeiten gewesen, die je auf der Erde unter den Menschenkindern gewandelt sind. Ihr habt in Eurem Unterrichte — und werdet es noch in Zukunft — von vielen großen Menschen gelesen und gehört, von Weisen, Staatsmännern, Königen und Fürsten, auch von Dichtern. Ihr habt Euch erhoben, ja sogar begeistert. . . . Aber trotz allem, es sind Menschenworte; es kommen keine Menschenworte irgend einem einzigen Worte unseres Herrn gleich. . . . Es hat niemals eines Menschen Wort fertig gebracht, Leute aller Rassen und Leute aller Völker gleichmäßig zu denselben Zielen zu begeistern, danach zu trachten, ihm gleich zu sein, ja sogar ihr Leben für ihn zu lassen. Und das Wunder ist nur dadurch zu erklären, daß die Worte, die er gesprochen hat, Worte des lebendigen Gottes sind, welche Leben erwecken und lebendig bleiben noch nach Tausenden von Jahren, wenn der Weisen Worte längst vergessen sein werden. Wenn Ich nun auf Meine persönlichen Erfahrungen zurückblicke, so kann Ich Euch nur versichern, und Ihr werdet dieselbe Erfahrung machen: der Angelpunkt Drehpunkt unseres menschlichen Lebens, zumal aber eines verantwortungsvollen und arbeitsreichen Lebens — das ist Mir klarer geworden von Jahr zu Jahr — liegt nur einzig und allein in der Stellung, die man zu seinem Herrn und Heiland einnimmt. Wie es nicht anders sein kann im menschlichen Leben, und wie es uns allen begegnet, so ist es auch mit ihm gewesen. Es ist der Streit der Meinungen um ihn entbrannt: manche waren für ihn, manche haben im Zweifel gestanden, viele waren gegen ihn. Aber darüber kann kein Zweifel sein und der schärfste Feind und Leugner des Herrn ist nur der Beweis dafür: der Herr lebt noch heute als ganze Persönlichkeit, die nicht ignoriert werden kann! . . . Gewiß, Ich glaube gern, daß viele Menschen heute der Ansicht sind, im heutigen „modernen“ Leben mit seinen vielfachen Aufgaben und verantwortungs-



Das Kaiserpaar in Halle a. S.: Der Besuch der Franke'schen Stiftungen.

vollen Stellungen sei es undenkbar, daß man sich mit der Persönlichkeit des Heilands so eingehend beschäftigen und auf ihn Rücksicht nehmen kann, wie es früher geschah. . . . Der einzige Helfer und Retter ist und bleibt der Heiland. Ich kann Euch nur eines von ganzem Herzen raten für Euer zukünftiges Leben: schafft und arbeitet ohne Unterlaß — das ist der Kern des Christenlebens, wie er es uns vorgelebt hat! . . . Am schwarzen wird der bestraft, der nichts tut, der sitzen bleibt, mit dem Strome mitgeht und die anderen arbeiten läßt, wie im Gleichnis vom Pfunde. Was auch Eure Passionen, was auch Eure Gaben sein mögen, es möge jeder danach trachten, auf seinem Gebiete das Beste zu leisten und eine Persönlichkeit zu werden, in seine Aufgaben hineinzuwachsen, in ihnen zu schaffen und sie zu fördern nach dem Beispiel des Heilands. Trachtet vor allem danach, daß, was Ihr Euch vornehmt, möglichst stets zu einer Freude für Eure Mitmenschen werden kann — denn das ist das schönste, mit anderen sich gemeinsam freuen zu können — und wo das nicht möglich ist, daß Euer Werk den Mitmenschen wenigstens zu Nutz und Frommen sein möge. . . .“ So sprach ein christlicher, deutscher Hausvater zu seinen Söhnen in einer Stunde, in der er nicht sicher war, ob es nicht die letzte feierliche Gelegenheit dazu für ihn sei.

Am nächsten Tage, Sonntag den 18. Oktober, dem Geburtstag Kaiser Friedrichs, fand auf dem Platze vor dem Brandenburger Thor in Berlin die Enthüllung der Denkmäler des Kaisers und der Kaiserin Friedrich statt. Der Kaiser war mit seiner Familie, seinen sämtlichen Geschwistern, den übrigen preussischen Prinzen, dem Kronprinzen von Griechenland, dem Reichskanzler, mehreren Ministern und Generälen dazu erschienen, ringsumher hatten Deputationen von Vereinen und Regimentern, die mit dem verewigten Kaiserpaar in näherer Beziehung gestanden hatten, Aufstellung genommen. Auf das Zeichen des Kaisers, der in der schwarzen Husarenuniform erschienen war, fielen die Hülsen und die großartige Anlage mit den rauschenden Wasserbächen, vorgelagerten Marmorgeländen und weitausgreifenden Marmorrückwänden der Denkmäler und Brunnen bot sich den Blicken dar. Der Kaiser legte an den Denkmälern seiner Eltern Kränze nieder, die Deputationen folgten. Nach der Besichtigung der Anlagen, wobei das Kaiserpaar zahlreiche Anwesende ins Gespräch zog, erfolgte unter brausendem Hochrufen des Publikums die Abfahrt nach dem Schlosse. Dort fand eine Tafel statt für die Mitglieder des königlichen Hauses und die zur Enthüllung geladenen Gäste und Deputationen. Der Kaiser hielt dabei keine Ansprache, sondern verlas ein von seinem Lehrer, Geheimrat Hinzpeter, verfaßtes inhaltsreiches Gedenkwort auf seine Eltern, denen er ein stilles Glas weihete. — Die Denkmalgruppe vor dem Brandenburger Tor hat nicht allgemeinen Beifall gefunden und der Tadel mag berechtigt sein. Es fragt sich nur, welchen Anteil die heutzutage eingerissene Sitte, alles herunterzureißen, daran hat, und noch mehr die Verbitterung der Vertreter der sezessionistischen Richtung, der der Kaiser — wie viele andere auch — nun eben keinen Geschmack

abzugewinnen vermag. Berlin zählt jetzt hundert und einige Denkmäler und das ist für eine Stadt, die seit dritthalb Jahrhunderten der Mittelpunkt einer ganz ungewöhnlichen Geschichtsentwicklung mit dem glänzenden Abschluß der Neubegründung des Deutschen Reiches war, vielleicht nicht einmal übermäßig viel. Eine große Anzahl davon besteht aus Geschenken des Kaisers an die Stadt, der sich hierin von seinen Vorfahren unterscheidet, denen man nicht genug Mangel an Kunsfsinn vorwerfen konnte. Berlin war vor fünfzig Jahren noch eine recht arme Stadt, die es nicht einmal mit Wien, geschweige mit Paris aufnehmen konnte. Sie ist seit dieser Zeit auf das Vierfache gewachsen und eine der glänzendsten Hauptstädte geworden. Wenn nun für sie von einer Seite vielleicht etwas zu viel und selbst etwas einseitig geschieht, so bleibt es demgegenüber trotzdem eine undankbare Überhebung, wenn die meisten Berliner Zeitungen, namentlich die Witzblätter, keinen Tag verstreichen lassen, ohne sich einen Denkmalswitz zu leisten. Wo nichts getan worden ist, gibt es sicher keine Denkmäler. Der Witz jener Blätter wegen kommt wohl niemand nach Berlin, dagegen aber mancher wegen der Denkmäler, mag auch das eine und andere von ihnen verfehlt oder überflüssig sein.

Kaiser Nikolaus hatte dem Kaiser Franz Joseph eine Woche nach der Durchreise des Kaisers Wilhelm über Wien einen Besuch gemacht, der den Balkanwirren galt, und war dann in Darmstadt bei seinem Schwager eingetroffen, wo er sich schon vier Wochen aufhielt. Die Reise nach Rom war aufgegeben worden, dagegen verlautete mit Bestimmtheit, daß der Zar mit dem Kaiser Wilhelm zusammentreffen werde. Diese Begegnung konnte für den kundigen Beobachter nichts Überraschendes haben, denn sie entsprach dem engen freundschaftlichen Verhältnis beider Monarchen und den guten Beziehungen zwischen den beiden Staaten. Man konnte gewiß sein, daß sich die Herrscher der beiden großen Mächte nicht allein vom Wetter unterhalten würden, sondern daß auch wichtige Fragen der Weltpolitik berührt werden würden. Welchen intimen Charakter die Zusammenkunft aber außerdem noch hatte, erfuhr man erst viel später durch den Reichspräsidenten Grafen Ballestrem, der dem Kaiser seine Bewunderung darüber ausgesprochen hatte, daß er noch kurz vor der Operation die bedeutungsvolle Begegnung mit dem Kaiser von Rußland gehabt habe, worauf Kaiser Wilhelm erwiderte: „Nun ja, wenn es etwas Böses gewesen wäre, dann wollte ich doch meinem Sohne annehme nachbarliche Verhältnisse hinterlassen.“ Die russische Presse hob diesmal mit besonderer Wärme die Bedeutung der Zusammenkunft hervor und wenige Blätter deuteten auch an, daß Deutschland sich an der russischen Politik gegen Japan beteiligen möge, ein Wunsch, der weit über den Rahmen der deutschen ostasiatischen Politik hinausgeht und auch in einem offiziellen Artikel der „Köln. Ztg.“ abgelehnt wurde. Die deutsche Politik habe dort nie mit den russischen Interessen im Widerspruch gestanden, aber aktiv darüber hinauszugehen, würde nicht der Zurückhaltung entsprechen, die Deutschland bisher in bestimmter Weise befolgt habe. Was sonst

noch Wochen hindurch von allen möglichen Aus-
horchern und journalistischen Interpreten vor und
nach der Kaiserbegegnung an die Öffentlichkeit ge-
bracht wurde, war nicht der Druckerfchwärze wert.
Es kann gar keinen schlagenderen Beweis für die
Unzuverlässigkeit aller sogenannten Interviews und
Informationen „aus bester Quelle“ in den Zeitungen
geben als diesmal die Tatsache, daß kein Mensch
etwas von der Erkrankung des Kaisers erfuhr. Die
darum wußten — und es konnten nicht mehr wenige
sein — schwiegen, und die andern? — nun, die
erfanden, oder sie erfuhren höchstens das und so-
viel als sie verbreiten sollten, von dem eigentlichen
Zusammenhange der Dinge wußten sie nichts. Nur
so weit traf die gedruckte wie die ungedruckte öffent-
liche Meinung das Richtige, indem alle Welt darüber
einig war, daß die deutsche Politik in keinem Falle
eine Spitze gegen Rußland hat.

Kaiser Wilhelm hatte sich nach Wiesbaden be-
geben und hier machte ihm Kaiser Nikolaus von
Darmstadt aus seinen Besuch. Die Begegnung fand
mit besonderer Feierlichkeit statt und ganz nach russi-
scher Sitte mit Aufbietung von sehr viel Militär.
Die Blätter schrieben und witzelten viel darüber,
daß ganze Regimenter zur Spalierbildung nach Wies-
baden gezogen worden waren; im Grunde genom-
men ist das doch ganz gleichgültig. Die russische
Sitte ist gleicherweise eine Ehrenbezeugung wie eine
Sicherheitsmaßregel, und jedenfalls hat Deutschland
ein Interesse an der Sicherheit eines fremden Herr-
schers auf deutschem Boden. Wer übrigens wußte,
mit welcher Ungezwungenheit sich der Zar drüben
in Darmstadt und um Schloß Wolfsgarten bewegte,
der fand auch in dem Militärspalier weniger eine
Sicherheitsmaßregel als vielmehr eine ehrende Auf-
merksamkeit des Kaisers für seinen Gast, die —
wie sich erst hinterher herausstellte — vielleicht die
letzte sein konnte. Der russische Hofzug mit dem
Kaiser Nikolaus und seinen beiden Schwägern, dem
Prinzen Heinrich von Preußen und dem Groß-
herzog von Hessen traf nachmittags halb 5 Uhr
auf dem Bahnhofe in Wiesbaden ein, wo Kaiser
Wilhelm zum Empfang anwesend war. Beide
Monarchen umarmten und küßten sich wiederholt
und führten dann in langsamem Tempo durch das
Militärspalier, hinter dem eine dichte Menschenmenge
die beiden Herrscher jubelnd begrüßte, nach dem
königlichen Schloß, wo um 5 Uhr Galatafel statt-
fand, an der auch Reichskanzler Graf Bülow und
der russische Minister des Äußern, Graf Lams-
dorff, der kurze Zeit vorher einen diplomatischen
Besuch in Paris abgestattet hatte, teilnahmen. Da-
nach fand eine Festvorstellung im Hoftheater statt,
bei der „Oberon“ in der Wiesbadener Bearbeitung
gegeben wurde. Die beiden Monarchen saßen zwi-
schen den Schwestern des Kaisers, der Prinzessin
Viktoria zu Schaumburg-Lippe und der Prinzessin
Friedrich Karl von Hessen, und wurden vom
Publikum lebhaft begrüßt. Nach der Vorstellung
fuhr der Kaiser mit seinem Gast, begleitet von sämt-
lichen fürstlichen Persönlichkeiten und Würdenträgern,
nach dem Bahnhof, wo der herzlichste Abschied ge-
nommen wurde. Am folgenden Tage erwiderte
Kaiser Wilhelm den Besuch in Schloß Wolfsgarten.
Unterwegs konferierte er mit dem Reichskanzler, der

nach Darmstadt weiterfuhr zum Frühstück beim russi-
schen Minister des Äußern Grafen Lamsdorff,
worauf beide Staatsmänner eine längere Konferenz
hatten. Der Kaiser wurde auf dem Bahnhof Egels-
bach vom Kaiser Nikolaus, dem Prinzen Hein-
rich und dem Großherzog von Hessen erwartet und
nach herzlichster Begrüßung nach Schloß Wolfsgarten
geleitet, wo abends Hofafel stattfand. Kaiser Wil-
helm fuhr $\frac{1}{2}$ 10 Uhr nach Wiesbaden zurück, nach
dem herzlichsten Abschiede vom Kaiser Nikolaus.
Auch vom Grafen Lamsdorff, der mit dem Reichs-
kanzler Grafen Bülow zur Hofafel gekommen war,
verabschiedete sich der Kaiser sehr herzlich. Er
begab sich am folgenden Tage nach Berlin und
Kaiser Nikolaus kehrte am 7. November nach-
mittags mit seiner Gemahlin nach Rußland zurück.

Sonntag den 8. November geriet die ganze po-
litische Welt in Aufregung durch eine offizielle Mit-
teilung der „Nordd. Allg. Ztg.“, laut welcher sich
der Kaiser tags vorher der Operation eines Stimm-
lippen-Polypen durch den Geheimrat Prof. Dr. Mo-
ritz Schmidt unterzogen habe, welche ganz glatt
verlaufen sei. Die darauf vom Geheimrat Dr.
Ort h ausgeführte mikroskopische Untersuchung habe
ergeben, daß es sich um einen durchaus gutartigen
Polypen handle. Bis zur Heilung der Operations-
wunde müsse sich der Kaiser des Gebrauchs der
Stimme enthalten. — Diese Nachricht kam aller Welt
völlig unerwartet, das tragische Ende des Kaisers
Friedrich war nur zu gut geeignet, bei einer sol-
chen Erkrankung Befürchtungen und beängstigende
Gerüchte auftreten zu lassen. Indessen die schnelle
Feststellung und Veröffentlichung des Tatbestandes
wirkte beruhigend, man hatte allgemein den Ein-
druck, daß nichts verheimlicht werde. Auch als sich
wegen der Größe der Operationswunde die Heilung
über sechs Wochen hinzog, brachten es nur einige
absolut deutschfeindliche französische und englische Zei-
tungen fertig, ungünstige Gerüchte austreuen zu
wollen. Im übrigen verhielt sich die Öffentlich-
keit im In- und Ausland der Erkrankung gegenüber
mit ganz ungewöhnlichem Ernst und vollständiger
Sachlichkeit. Dieses Ereignis samt der Erinnerung
an 1888 gab aller Welt Anlaß, darüber nachzudenken,
welche Lücke der Tod des Kaisers in der gesamten
politischen Lage hinterlassen würde, und das Re-
sultat war der tatsächlich allgemein — auch in
Frankreich — ausgesprochene Wunsch, daß er ge-
nesen möge, weil die Gegenwart eine so reich be-
gabte, vom edelsten Willen befeelte und nur einer
gerechten Friedenspolitik zustrebende Herrschergestalt
auf dem deutschen Kaiserthron gar nicht missen
könnte. Man wurde auf allen Seiten der Persön-
lichkeit des Kaisers Wilhelm gerecht — natürlich
erst bei der Möglichkeit des Verlustes — und das
war das politisch Nützliche bei dem glücklich-
weise gefahrlosen Zwischenfall.

Polen, Dänen, Welsen.

Mit der ganzen nationalen Blut, die es schon
wiederholt bewiesen, hat sich das Polentum jetzt
darauf geworfen, mit den praktischen Handhaben,
die das öffentliche Leben im heutigen Deutschland
bietet, mit den wirtschaftlichen Mitteln des modernen

preussischen Staates, die Wiederaufrichtung des Weissen Adlers vorzubereiten. Das Bestreben der Polen geht dahin, alle Vorteile, die aus Kultur, Bildung und Wirtschaftlichkeit gewonnen werden können, ausschließlich zur Förderung des Polentums zu verwenden, sich am Deutschtum zu bilden und aufzurichten, um zu gegebener Zeit das Empfangene zu verwenden, um den unveröhnlichen Haß zu kühlen und an die Spitze der slawischen Zukunftswelt zu treten. Die preussische Regierung hat im Jahre 1903 fortgefahren, sich dem Bestreben des Polentums entgegenzustellen. Bei der Etatsberatung im Abgeordnetenhaus führte Ministerpräsident Graf Bülow aus, das Programm, das er im vorigen Jahre zur Förderung des Deutschtums in den Ostmarken entwickelt habe, sei sofort in Angriff genommen worden. Die preussische Regierung halte diese Frage nach wie vor für ihre wichtigste Aufgabe und werde auf dem eingeschlagenen Wege fortfahren, um die Integrität der Monarchie und das Deutschtum zu wahren. Die Ansiedlungskommission solle für Posen und Westpreußen geteilt werden, für die mittleren und unteren Beamten sei eine zehnprozentige Gehaltszulage, für Volksschullehrer eine Stellenzulage nach fünf Jahren von 120, nach zehn Jahren von 180 Mark für das Ausharren auf ihren Posten in Aussicht genommen. Höheren Beamten würden Erziehungsbeiträge für ihre Kinder gewährt, außerdem sei der Bau von Wohnungen für deutsche Arbeiter und Beamte und andere nützliche Anlagen namentlich für das flache Land vorgesehen. In Posen und Westpreußen würden 24 Millionen für neue Eisenbahnbauten verwendet und Maßnahmen zur Verbesserung der Volksschulen und des Lehrmaterials ergriffen werden. Die Regierung hoffe, daß diese Maßregeln das Vertrauen der Bevölkerung auf die Festigkeit der Ostmarkenpolitik stärken werden, die keinen Unterschied nach Partei oder Religion mache, ohne Kleinliche Gehässigkeit, aber auch ohne Schwäche oder Schwanken sei. Für Posen wurde der Bau eines königlichen Residenzschlosses in Aussicht genommen und dafür in den Etat 50.000 Mark zu den Vorarbeiten eingestellt. Dasselbe solle als ein sichtbares Wahrzeichen der unwiderruflichen Zusammengehörigkeit der Provinz Posen zu Preußen und zum Reiche gelten. Auf ausdrücklichen Wunsch des Kaisers wurde in der Begründung ausgeführt, es sei von politischem Wert, daß das Kaiserpaar, ebenso wie im Elsaß, in der Provinz Posen regelmäßig residiere. Der polnische Abg. v. Gleboccki erging sich bei der Etatsberatung am 20. März in den heftigsten Angriffen gegen diese Politik der Regierung, er bezeichnete den Unterstützungsfonds als Reptilienfonds, nannte die Zulagen eine Prämie auf Liebedienerei und schilderte den vorjährigen Empfang des Kaisers in Posen ganz anders als die Berichte deutscher Zeitungen. Finanzminister v. Rheinbaben erwiderte ihm aber mit Recht, warum er sich denn über die Maßregeln so aufrege, wenn sie nicht geeignet seien, das Deutschtum gegenüber den Polen zu stärken, und verlas eine amtliche Schilderung der Zustände in Westpreußen und Posen bei Beginn der Besitzergreifung, woraus deutlich hervorging, was die Polen eigentlich der preuß. Regierung zu danken haben.

Tatsächlich ist doch in all den Teilen der östlichen Provinzen, in denen sich heute die allpolnische Bewegung regt, jeder Baum, der gepflanzt wurde, jeder Strauch, der da grünt, jedes Schienengleis, das gelegt wurde, und jeder Schornstein, der da raucht, ein Zeichen deutscher Arbeit und deutschen Fleißes, und mit jeder neuen Arbeitsstätte, die errichtet wurde, fiel ein Stück östlicher Barbarei nach dem anderen in den Abgrund der Vergangenheit. Diesem rastlosen deutschen Streben hat sich nun in blindem Fanatismus eine Bewegung entgegengestellt, die an Wahnwitz ihres Gleichen sucht. Die meisten Deutschen fragen sich erstaunt, warum die Polen eine so sinnlose Politik treiben, und sie tun nichts, die Polen selbst lächeln darüber und handeln. Dieser Unterschied zeigte sich auch wieder bei der Wahlbewegung. Wo war da ein großer Zug, der die deutsche Gemeinsamkeit, den selbstlosen, vaterländischen Gedanken als Banner aufpflanzte, dem alle zu folgen haben? Anders bei den Polen; sie ließen alle Zwißigkeiten zurücktreten, je näher der Wahltag rückte. Man sollte meinen, die Lage der Provinz Posen sei von der Art, daß jeder Deutsche, er sei mit der bisherigen Politik der Regierung einverstanden oder nicht, es wenigstens für ein Gebot des nationalen Anstandes halten müßte, der Regierung und den Verwaltungsbehörden nach seinem Vermögen beizustehen, ihnen zum mindesten keine Schwierigkeiten zu bereiten. Leider gibt es aber auf deutscher Seite zu viel Leute, die von dieser einfachen Erwägung sehr weit entfernt sind. Der Vorwurf trifft nicht einmal nur einzelne Leute, sondern ganze Parteien, namentlich die Freisinnigen und das Zentrum. Die freisinnige „Posener Zeitung“ hielt gerade die gegenwärtige Zeit für geeignet, nicht nur über die gegen die Polen gerichteten Maßnahmen herzufallen, sondern auch so gräßliche Beleidigungen gegen die deutschen Beamten als die ausführenden Organe der dem Blatte mißliebigen Politik auszustoßen, daß gerichtlich gegen sie vorgegangen werden mußte. Auch im Landtag und Reichstag hat die Polenpolitik die Freisinnigen um der Opposition willen und das Zentrum aus vermeintlich religiösen Gründen zum Gegner. Bei den Wahlen trennten sich aber in Oberschlesien die Polen trotzdem vom Zentrum, das dort einige Sitze einbüßte, und bei der Präsidentenwahl im Reichstag gaben die Polen für den Grafen Ballestrem weiße Zettel ab. Darüber entrüstete sich sogar die „Köln. Volkszeitung“ gelinde, sie gab zu, daß die Demonstration auf einen Beschluß der Fraktion beruhe, in der jetzt die radikaldemokratische Richtung zur Herrschaft gelangt sei. Sie meinte, hätte man das vorher gewußt, so würden die anderen Parteien keinen Polen zum Schriftführer gewählt haben. Das war alles; aber Graf Bülow darf wohl sagen: und mit solchen Leuten soll ich Polenpolitik machen?

Trotzdem hat das Jahr 1903 nach dieser Richtung einige Fortschritte gebracht und namentlich Beweise dafür geliefert, daß sich Posen und Westpreußen einer besonderen Fürsorge der Staatsregierung erfreuen. Die vom Staat zur kulturellen Förderung geschaffenen Institute, die Kaiser Wilhelm-Bibliothek und das Kaiser Friedrich-Museum, sind durch die Königliche Akademie in

Posen vermehrt worden, die am 4. November vom Kultusminister Dr. Studt eröffnet wurde. Der neue Rektor Dr. Kühnemann knüpfte in seiner Festrede an Herder und Kant an, die beide aus dem Osten hervorgegangen seien. Die Aufgabe der Akademie solle sein, im Sinne Herders deutsche Wissenschaft zu fördern und zu pflegen, die Akademie solle eine Schule für das Leben sein. Vom Kaiser Wilhelm war ein Begrüßungstelegramm eingegangen, in dem die Hoffnung ausgesprochen wurde, daß sich Lehrer wie Studenten bei der Pflege der deutschen Wissenschaften auch die Pflege der deutschen Tugenden, voran die Treue gegen Gott, König und Vaterland, allezeit angelegen sein lassen werden zum Segen der Provinz Posen und ihrer ganzen Bevölkerung. Als Vertreter des Reichskanzlers war der Chef der Reichskanzlei Dr. Conrad anwesend und überbrachte dem Lehrkörper dessen Wünsche für eine frohgemute, erfolgreiche Tätigkeit auf allen Gebieten des Wissens. Er fügte hinzu: „Der Herr Reichskanzler hat mich aber auch beauftragt, die Provinz und Stadt Posen daran zu erinnern, daß sie fortan einen Hort idealer Bedeutung in ihrem Innern birgt, den sie hegen und pflegen soll.“ Der frühere Oberpräsident der Provinz Posen (jetzt Oberpräsident von Schlesien), Graf Zedtlitz und Trübschler, trank beim Festessen auf das Wohl der Provinz und der Stadt Posen. Er hoffe, daß die Akademie durch wahre, treue Arbeit und geistige Überlegenheit versöhnend wirken werde. Was hier noch vielfach fehle, sei die Liebe des bodenständigen, eingeborenen Sohnes zu seiner Scholle. Möge die junge Akademie dazu beitragen, diese Empfindung in dem deutschen Sohne der Stadt und Provinz Posen zu festigen. — Die Akademie hat sich überraschend gut entwickelt, die Vorlesungen wurden von beinahe 1200 Zuhörern besucht und die Räume haben sich als zu klein erwiesen. Die jungen Kleriker des Priesterseminars, die sich in der Mehrzahl anfangs geweigert hatten, die Vorlesungen zu besuchen, haben sich schließlich dem Zwange der Seminarleitung gefügt und hören manche Vorlesungen gern. Daß hinter ihrer Weigerung die polnische Agitation gegen die „deutsche“ Akademie stand, versteht sich von selbst, aber der Erzbischof v. Staschewski weiß gut genug, daß seinen Priestern eine ausreichende allgemeine Bildung fehlt. Die Akademie soll zur Belehrung weiterer Kreise durch Vorträge und Übungen dienen, zugleich aber ist die Einrichtung fachwissenschaftlicher Kurse zur Fortbildung der Angehörigen verschiedener Berufsstände, namentlich Verwaltungsbeamte, Juristen, Ärzte, Lehrer, Gewerbetreibende, Landwirte u. a., getroffen worden. Auf diese Weise hofft man, unter Wahrung der Wissenschaftlichkeit den praktischen Bedürfnissen Rechnung tragen zu können.

Im Frühjahr trat der Oberpräsident v. Bitter zurück und wurde durch Herrn v. Waldow ersetzt. So selbstverständlich nun auch diese Personalveränderung sein mußte, nachdem ein neuer Weg in der Polenpolitik eingeschlagen worden war, so fehlte es doch nicht an Stimmen, und zwar in allen deutschen Parteiblättern, die damit unzufrieden waren, die am „System“ Kritik übten und den Rücktritt sogar mit dem veralteten Fall Löhnig und einem

neuen Fall v. Willich in Verbindung brachten. Landrat v. Willich, der mit einem Teile seiner angesehensten Kreisinsassen in gesellschaftlichen Konflikt geraten war, hatte sich in einem wiederholten Falle von nervöser Überreizung erschossen, gerade zu einer Zeit, wo alles eingeleitet war, um ihm eine ehrenvolle Versetzung, die auch seinen Wünschen entsprach, zu ermöglichen. Mag er auch ein treuer Anhänger der neuen Polenpolitik gewesen sein, so zeigt doch gerade sein tragischer Tod, daß er nicht von jener Geistes- und Gemütsanlage war, die deutsche Beamte in dem nicht leichten Kampfe mit dem Polentum nun einmal besitzen müssen. Es war darum wieder so echt deutsch, daß man vor den schadenfrohen Augen der Polen den traurigen Fall, ebenso wie früher die Affäre Löhnig, zu Angriffen auf das Beamtentum und andere Parteien auszunützen suchte. Nachdem der Parteigrimm sich ausgetobt hatte, war die Sache ohnehin bald vergessen, und der neue Oberpräsident hatte sich rasch auf seinem schwierigen Posten als der rechte Mann an der rechten Stelle Achtung zu erwerben gewußt.

Die Ansiedlungskommission hat eifrig weitergearbeitet und besonders den Plan verfolgt, große Ansiedlungen zu schaffen. Sie hat im Jahre 1903 ungefähr 35.000 Hektar neu angekauft und die Anzahl der Ansiedlerstellen beläuft sich jetzt auf etwa 7400. Mit deutschen Rückwanderern aus Rußland und Galizien, die sich auch in nationaler Beziehung gut bewährt haben, sind im allgemeinen die besten Erfolge erzielt worden. Außerdem beschäftigt die Kommission auf ihren Gütern noch gegen 500 deutsche Arbeiterfamilien aus dem Auslande, von denen noch ein großer Teil die Unwirtschaft auf Siedlerstellen hat. Der bisherige verdienstvolle Präsident der Ansiedlungskommission Dr. v. Wittenburg ist durch den Landrat Bloemeyer ersetzt worden. Zu Ehren des Geschiedenen ist eine der ersten und größten Ansiedlungen in Westpreußen, Dembowalonka, durch die Benennung Wittenburg ausgezeichnet worden. Der neue Präsident erfreut sich des Rufes einer ungewöhnlichen Arbeitskraft. Für das Gedeihen der Ansiedlungsgemeinden spricht die Tatsache, daß sie bei verhältnismäßig sehr geringen Beihilfen die beiden Notstandsjahre 1900 und 1901 gut überstanden haben; in den 17 Jahren seit der Tätigkeit der Kommission haben nur etwa 9% der Besitzer ihre Stellen gewechselt, aber meist mit Gewinn, indem sie größere Rentengüter erwarben. Mit der Aufteilung der Güter ist zugleich die Errichtung von Schulen und Kirchen verbunden. Selbstverständlich hat die Tätigkeit der Ansiedlungskommission auch mannigfache Angriffe erfahren, die sich aber meist gegen die Heranziehung der Raiffeisenkassen zur Mitwirkung richteten und wohl schon darum von interessierter Seite kamen. Daß die Regierung die bisherige Politik für den Osten entschlossen weiterführen wird, versicherten am 12. Oktober bei der Enthüllungsfeier des Bismarckdenkmals in Posen der Minister des Innern, Freih. v. Hammerstein, und der Finanzminister v. Rheinbaben. Ersterer sagte: „Wir wollen Stammeseigentum und Überlieferung schonen und pflegen, aber sie gehören der Vergangenheit an. Die Gegenwart und Zukunft

dieses Landes sind unser und liegen für alle Zeit unter dem Schutze des preussischen Mars.“ Minister v. Rheinbaben sagte: „Ich möchte denjenigen sehen, der uns überwinden will, wenn der Deutsche zum Deutschen steht. Lassen Sie uns allezeit dem großen Ganzen, dem nationalen Wohle den Vorrang vor unseren persönlichen Wünschen geben. Die Aufgaben des Deutschtums im Osten wird die Regierung stets unterstützen.“ Als ein kleines Beispiel dafür, daß es sich auch in deutschen Bürgerkreisen werktätig zu rühren beginnt, darf immerhin die Tatsache gelten, daß die seit 650 Jahren in Posen bestehende Schützengilde, die durch die Nachlässigkeit der Deutschen unter polnische Leitung geraten war, den Deutschen zurückgewonnen worden ist. In neuerer Zeit wird angestrebt, um den Übergang deutschen Besitzes in polnische Hände zu verhindern, daß der Ansiedlungskommission durch Gesetz ein Vorkaufsrecht bei den Besitzwechseln in den Ostmarken eingeräumt werde, ebenso daß die gesetzliche Angehörigkeit aufgehoben wird, daß sich die Polen in ihren Agitationsversammlungen der polnischen Sprache bedienen dürfen, die der überwachende Beamte nur selten beherrscht.

Freilich, der Widerstand der Polen gegen die Maßregeln zur Kräftigung des Deutschtums ist erbittert und wohlorganisiert. Sie haben das Vereinswesen in einer Weise entwickelt und ausschließlich nationalen Zwecken gewidmet, die an sich alle Anerkennung verdient. Allerdings mit dem großen „Nationalklub in Rapperswyl“, der die Wiederherstellung Polens fördern soll, scheint es neuerdings nicht mehr recht zu klappen, die Verwaltung scheint nach einigen Richtungen hin etwas „polnisch“ geworden zu sein, und das dürfte wohl auch der Grund sein, warum einige polnische Blätter in Preußen die Unterstützung der polnischen Nationalliga aus dem Schatze nicht billigen. Sie glauben wohl auch, daß sie diese Mittel bei sich nützlicher anwenden könnten. Polenblätter in Preußen beziehen übrigens Unterstützungen von dort. Im November wurde berichtet, daß Dr. Lewakowski aus dem Verwaltungsrat ausgetreten und Dr. Gieyszynski durch die Allpolen daraus ausgeschlossen worden sei. Der Streit in den polnischen Blättern ging weiter, doch die Wahrheit erfuhr man nicht. Die Blätter der Schlachta waren wieder politisch so klug, vor der Öffentlichkeit die Sache humoristisch zu behandeln, um die Aufmerksamkeit von den unliebsamen Auseinandersetzungen abzulenken. In den östlichen preussischen Provinzen hat seit 60 Jahren der Marcinowskiverein für die polnische Propaganda gewirkt, indem er durch seine Ausbildungsbeihilfen die Befestigung der nationalpolnischen sozialen Verhältnisse fördert, der polnischen Geistlichkeit frische Kräfte aus dem Volke zuführt und außerdem aus den begabten Elementen der Volksmasse jenen rührigen Mittelstand von Kaufleuten, Lehrern, Ärzten, Apothekern, Rechtsanwälten u. ins Leben gerufen hat, der den ganz besonderen Charakterzug in diese neuen sozialen Verhältnisse der Ostmarken hineingebracht hat. Auf dieser Unterlage hat sich ein ausgebreitetes System von Vereinen aufgebaut, die deutschen Aufstern nachgebildet sind und äußerlich einen geselligen, künstlerischen oder wirtschaftlichen

Zweck verfolgen, den sie übrigens auch meistens ernsthaft pflegen, innerlich aber sind sie zu rein polnischen Zwecken solidarisch verbunden. So sind die „Sokols“ angeblich Turnvereine, sie turnen auch fleißig, aber ihr Zweck ist wesentlich politischer Art, es wird offen ausgesprochen, daß sie einen Vorrat tüchtiger „Vaterlandsverteidiger“ — natürlich nicht etwa für die preussische Garde — erziehen sollen. Nach neueren gerichtlichen Erkenntnissen werden die „Sokols“ auch als politische Vereine angesehen. Sie bilden den festen aktiven Kern der polnischen Agitation und sind neuerdings bestrebt, sich mit den polnischen Gesangsvereinen in einen Bund zusammenzuschließen. Die anfangs in aller Stille gesäte Saat hat sich üppig entwickelt und bringt auch schon reiche nationale Früchte. Das Polentum tritt immer kräftiger und dreister auf, während auf deutscher Seite lange Jahre nichts geschehen ist, im Gegenteil noch manchen polnischen, anscheinend Wohltätigkeitsvereinen Unterstützungen zugewendet wurden. Ebenso wie die genannten arbeiten unzählige andere Vereine und Genossenschaften für die wirtschaftliche Hebung des Polentums, wobei den Polen ihr stark ausgeprägtes Nationalbewußtsein, das Gefühl konfessioneller Zusammengehörigkeit und die in ihrem Wesen liegende Überhebung für die gemeinsame Arbeit unschätzbare Vorteile gewährt, während in der deutschen Bevölkerung die verschiedenen politischen Parteien und die Konfessionen die Kräfte zerplittern und das gemeinsame Arbeiten erschweren. Man soll den Feind möglichst mit seinen eigenen Waffen bekämpfen, das gilt auch vom Kampfe des Deutschtums mit dem Polentum. Der Pole ficht mit den von den Deutschen gewährten Freiheiten der Verfassung und des Vereinsrechts, der Deutsche aber nicht mit der den Polen eigenen Geschlossenheit der Nationalität.

Die Fortschritte des Deutschtums in Schleswig zeigen sich in jedem Jahre mehr, und die Grenzlinie für das Dänentum weicht stetig nach Norden zurück. An vielen Schulen konnte die dänische Sprache aus dem Unterricht beseitigt werden und der Zuzug an Arbeiterfamilien aus dem Süden und der Übergang von Höfen und Landstellen in deutsche Hände nimmt stetig zu. Den Versuchen der dänischen Parteiführer, nach Möglichkeit dänische Arbeitsleute ins Land zu ziehen, treten die preussischen Behörden nach jeder deutschfeindlichen Demonstration durch Ausweisungen wirksam entgegen. Bei den Wahlen haben die Dänen noch ihre Mandate behauptet, doch ist die Zahl der deutschen Wähler erheblich gestiegen, und die Zeit ist nicht mehr fern, in der keine dänischen Abgeordneten mehr nach Berlin entsendet werden. Die Bevölkerung sieht die Auslosigkeit des ferneren Widerstandes ein, und zwar um so mehr, je freundschaftlicher sich die Beziehungen zwischen den Höfen von Berlin und Kopenhagen gestalten. Nach der vollkommenen Genesung des Kaisers traf als erster zum Besuch der König Christian von Dänemark mit dem Prinzen Waldemar auf seiner Reise nach Gmunden am 16. Dezember abends in Berlin ein und nahm im Schlosse Wohnung. Am folgenden Tage begaben sie sich zur Frühstückstafel ins Neue Palais nach Potsdam mit dem Kaiser Wilhelm, welcher zur

Begrüßung nach Berlin gekommen war. An dem Frühstück nahm auch Großfürst Nikolaus von Rußland teil, welcher zu den Jagden in der Gohrde bei Hannover eingeladen war. Nach dem Frühstück begleitete der Kaiser und der Kronprinz den König Christian und den Prinzen Waldemar nach der Station Wildpark, von wo die dänischen Gäste nach dem herzlichsten Abschied über Leipzig weiterreisten. Der Kaiser begab sich abends nach dem Jagdschloß Gohrde, wo ihn inzwischen sein Bruder Prinz Heinrich bei den Jagden vertreten hatte.

Der Besuch des Königs von Dänemark hatte auch noch eine andere Bedeutung von nicht geringer Tragweite. In diese Tage fiel die Feier der silbernen Hochzeit des Herzogs von Cumberland, für die die Welfen in Hannover seit längerer Zeit eine weitseichtige Agitation eingeleitet hatten, um ihre gelichteten Reihen zu stärken. Damit den braven Niedersachsen in Hannover, die zwischen alter Anhänglichkeit und der Treue zum neuen Reiche schwankten, der Übertritt ins welfische Lager erleichtert würde, hatte man schon seit dem Frühjahr allerhand Gerüchte ausgestreut über eine Ausöhnung zwischen Berlin und Gmunden, über die angebliche Verlobung des Kronprinzen mit einer cumberlandischen Prinzessin u. a., die bekanntlich von Berlin aus scharf dementiert wurden. Der intime Besuch des dänischen Königs auf seiner Reise nach Gmunden mußte nun auch den eingefleischtesten Welfen darüber belehren, daß die Hartnäckigkeit des Herzogs von Cumberland weder im Stande sei, auf den Berliner Hof irgend welchen Eindruck zu machen, noch auf die politischen Beziehungen selbst seiner nächsten Verwandten zu Deutschland irgendwie von Einfluß zu sein. Eine sehr wirksame Gegenmaßregel gegen die welfischen Bestrebungen war aber auch inzwischen vom Kaiser eingeleitet worden. Er hatte, um die treuen Hannoveraner fester an das Reich zu knüpfen, eine festliche Feier des hundertjährigen Jubiläums der englisch-deutschen Legion, aus der das heutige 10. Jäger-Bataillon, das 15. Husaren-Regiment, das 13. Ulanen-Regiment, das 73. Infanterie-Regiment und das 10. Feldartillerie-Regiment hervorgegangen sind, angeordnet und kam am 19. Dezember zur Feier selbst mit dem Großfürsten Nikolaus von der Gohrde nach Hannover, wo er stürmisch empfangen wurde. Am folgenden Tage fand Festgottesdienst statt, an welchem die alten hannoverschen, die ehemaligen und die jetzigen Mannschaften der genannten Regimenter, deren Garnison mit Ausnahme der beiden ersten Hannover ist, teilnahmen; später fand auf dem Waterloo-Platz, wo die Regimenter und ihre ehemaligen Kameraden Aufstellung genommen hatten, Parade statt, bei der der Kaiser namentlich die alten Hannoveraner, die zum Teile die früheren Uniformen trugen, sehr auszeichnete. Beim militärischen Festmahl im Tivoli wies der Kaiser nach der Begrüßungsansprache des Prinzen Albrecht, Prinzregenten von Braunschweig, mit lauter und vernehmlicher Stimme auf die deutsche Legion hin, „in Erinnerung an ihre unvergleichlichen Taten, welche im Verein mit Blücher und den Preußen bei Waterloo das englische Heer vom Untergang

gerettet haben, auf die Vergangenheit von 1866, wo tapfer und brav und unerschrocken der Ehrenschild der hannoverschen Heere hoch und blank gehalten wurde, auf die Vergangenheit von 1870, darunter auf den Helden von Beaune-la-Rolande, der leider nicht mehr unter uns ist, auf die Gegenwart und auf die Zukunft, welche ebenso glänzend und ebenso blank, rein und schön sein möge wie die Vergangenheit!“ Die Teilnehmer brachen in nicht endenwollende Hurrarufe aus. Abends wohnte der Kaiser im Hoftheater einer Festschauspielung des Soldatenstücks „Waterloo, Soldatenszenen aus 100 Jahren“, bei und wurde auch hier beim Erscheinen wie beim Verlassen des Theaters mit jubelnden Hochrufen begrüßt. Am nächsten Nachmittag begab er sich nach Potsdam zurück. Der Kaiser hatte eine besondere Erinnerungsgabe zum Jubiläum für alle an der Feier teilnehmenden ehemaligen Angehörigen der Regimenter und die aktiven Mannschaften gestiftet, ein Buch „Zur Erinnerung an die königlich hannoversche Armee“, eine Geschichte der hannoverschen Truppen seit 1803. Diese Anknüpfung der alten hannoverschen kriegerischen Erinnerung an die deutsche Armee konnte nicht ohne Tragweite sein und wog mindestens alle Anstrengungen der Welfen auf Anwerbung neuer Kräfte auf. Die deutschen Blätter haben bei ihren Berichten über die Feier in Hannover dieser Seite der Sache wenig Beachtung geschenkt. In England regten sich dagegen erbitterte Stimmen gegen die wahrheitsgetreue Schilderung der Schlacht von Waterloo durch den Kaiser. In England ist nämlich die Meinung verbreitet, die Engländer hätten dort allein gesiegt und Blücher habe bloß zugegesehen.

Der neue Reichstag.

Am 3. Dezember begann die Tagung des neugewählten Reichstags. Der Kaiser konnte die Session nicht selbst eröffnen, da die noch nicht vollkommen überwundenen Folgen der Operation ihm die Pflicht auflegten, seine Stimme zu schonen. In seinem Namen verlas der Reichskanzler die Thronrede, deren erster Teil den Dank des Kaisers enthielt für all den herzlichen Anteil, den das deutsche Volk an seinem Leiden genommen hatte. Im übrigen war die Thronrede rein sachlich gehalten und gab zu keinen Kundgebungen Veranlassung. Der neue Reichstag zeigte im Vergleich zum vorigen nur eine geringe Verschiebung der Mehrheitsparteien, auf deren Mitwirkung die Regierung bei den Aufgaben der Session zu rechnen hat. Wesentlich verschoben hatten sich nur die Verhältnisse innerhalb der Minderheit, wo die Sozialdemokratie allein herrscht. So sind die Grenzen zwischen denjenigen Fraktionen, welche unter allen Umständen gegen die Zoll- und Handelspolitik der Regierung stimmen wollten, neu abgesteckt worden; das ist aber für den Gang der Verhandlungen ganz gleichgültig, denn es kommt wenig darauf an, ob statt einiger freisinnigen Stimmen sozialdemokratische gegen den notwendigen Zollschutz abgegeben werden. Seit dem Dresdner Parteitage war der mit dem Wahlerfolg errungene Nimbus der Sozialdemokratie merkwürdig rasch verschwunden. An Vorlagen waren dem Reichstag



Hermann Freih. v. Stengel, Staatssekretär des Reichsschatzamtes.

außer dem Etat und einigen Rechnungsfachen nur das Handelsprovisorium mit England und ein Entwurf auf Abänderung des Finanzwesens des Reiches zugegangen. Am 4. Dezember erfolgte die Wahl der Präsidenten und Schriftführer. Zum Präsidenten wurde wieder Graf Balloire mit 250 von 353 abgegebenen Stimmen gewählt; die Sozialdemokraten, die Freisinnige Vereinigung und die Polen hatten weiße Zettel abgegeben. Zum ersten Vizepräsidenten wurde Graf Udo Stolberg mit 239 Stimmen wiedergewählt; die Sozialdemokraten, welche Herrn Singer aufgestellt hatten, brachten es nur auf 68 Stimmen, 25 Zettel waren unbeschrieben. Zum zweiten Vizepräsidenten wurde der national-liberale Abg. Dr. Paasche mit 230 von 344 Stimmen gewählt. Das Resultat der Schriftführerwahlen wurde erst in der nächsten Sitzung mitgeteilt. Es zeigte, daß die Mehrheitsparteien die richtige Folgerung aus den Wahlvorgängen gezogen hatten, ebenso bei den Kommissionen. Die Freisinnige Vereinigung, die das Wahlbündnis mit den Sozialdemokraten eingegangen war, wurde vollständig übergegangen, die aus ihrer Partei vorgeschlagenen Mitglieder wurden durch Anhänger der Richterschen Freisinnigen ersetzt, die Sozialdemokraten erhielten nur in einer Kommission die Stelle des zweiten Vorsitzenden.

Am 9. Dezember begann die erste Lesung des Etats und der Vorlage über die Abänderung des Finanzwesens im Reiche. Schon zu Beginn des Jahres hatte der damalige Reichsschatzsekretär v.

Thielmann eine solche Vorlage in Aussicht gestellt, die Lösung dieser Aufgabe war nun seinem Nachfolger, dem Bayern Frhrn. v. Stengel, zu gefallen. Die Vorlage bezweckt eine größere Unabhängigkeit des Reiches von den Einzelstaaten durch die Einschränkung jener Überweisungen, die das Zentrum seinerzeit mit der Frankensteinischen Klausel in das Reichsfinanzwesen eingeführt hat, und die sich Fürst Bismarck hatte gefallen lassen müssen, um seine Finanzreform überhaupt durchzubringen. Frhr. v. Stengel sprach rein geschäftlich und betonte in seiner Rede, daß das laufende Finanzjahr abermals einen Fehlbetrag von 20 Millionen erwarten läßt und daß auch der Staatsvoranschlag für 1904 noch als sehr ungünstig bezeichnet werden müsse. In der Vorlage über die Reichsfinanzreform erblickte er einen Anfang zur nachhaltigen Reform der Finanzen. Die eingehende Begründung der Vorlage fand an vielen Stellen Beifall. Die Einschränkung der Frankensteinischen Klausel suchte er dem Zentrum dadurch annehmbarer zu machen, daß er sie als dem Sinne ihres verstorbenen Urhebers entsprechend charakterisierte, dann auf das widersinnige Hin- und Herschieben von einer halben Milliarde zwischen Reich und Einzelstaaten hinwies und die Notwendigkeit betonte, die jetzige Unsicherheit in der Finanzgebarung der Einzelstaaten zu beseitigen. Der folgende Redner, der Wortführer des Zentrums, Abg. Schädl er, war freilich davon nicht überzeugt. Er sprach sehr mäßig und sehr lange von vielen Dingen, über die Finanzvorlage äußerte er, seine Partei habe dagegen manche Bedenken, ließ ihr aber mit großer Gewandtheit alle Türen offen und beantragte die Überweisung der Vorlage an die Budgetkommission.

Die Reichstagstribünen waren jeden Tag gut besetzt gewesen, denn die Neugierde hatte Lust, die Sozialdemokraten am neuen Werke zu sehen, und erwartete interessante Sitzungen. Die Erwartung wurde aber eine ganze Woche getäuscht, erst der 10. Dezember brachte die erste sozialdemokratische Leistung, die Finanzrede des Abg. Bebel, die dritthalb Stunden dauerte. Er bekämpfte selbstverständlich die Finanzvorlage, obgleich er die Lage der Finanzen als trostlos bezeichnete, und erging sich dann mit den gewohnten Übertreibungen in einer durchaus abfälligen Kritik der gesamten innerpolitischen und militärischen Verhältnisse. Er berührte dabei manche Punkte, über die auch in nichtsozialdemokratischen Kreisen Bedenken bestehen, durch eine maßvolle Behandlung dieser Fragen hätte er sich außerhalb der Reihen seiner Genossen warmen Beifall sichern können. Aber das ist nicht nach der Art des Abg. Bebel, er übertrieb alles bis ins Maßlose, fiel immer mehr, je mehr er sich ereiferte, in den Ton sozialdemokratischer Versammlungen und gab damit dem Reichskanzler die Gelegenheit, in einer größtenteils von glänzendem Humor erfüllten Erwiderung unter dem allgemeinen Jubel der Mehrheit alle die Kläglichkeiten, die der Dresdner Parteitag enthüllt hatte, die jämmerliche politische Unfruchtbarkeit, die eine an Zahl so stattliche Reichstagsfraktion offenbare, den großen Stimmungsumschwung, der sich gegenüber der Dreimillionenpartei im deutschen Bürgertum bereits vollzogen hat, in

meisterhaften Ausführungen festzunageln und dem großen Volksredner so gründlich das Konzept zu verderben, daß selbst dessen Parteigenossen die Erkenntnis der Niederlage nicht unterdrücken konnten. Graf Bülow gab unter Zurückweisung jeder unberechtigten Verallgemeinerung der auch von den leitenden Kreisen der Regierung und des Heeres geteilten Mißbilligung der Mißhandlungen von Soldaten und einiger anderer Vorgänge im Heere Ausdruck, ging dann auf den militärischen Dilettantismus Bebel's ein und kennzeichnete in einer Reihe sehr treffender Aussprüche die sozialdemokratische Technik bei der Behandlung öffentlicher Dinge. Den Hauptgegenstand der Rede bildete die Auseinandersetzung mit Bebel über die Sozialpolitik der Regierung; sie wies die Klagen über Unterdrückung der Arbeiter und angebliche Erstickung der Meinungsfreiheit in wahrhaft vernichtender Weise zurück. „Reden Sie uns von allem, nur nicht von der Freiheit!“ rief er Bebel mit Hinweis auf die Vorgänge in Dresden und den von Sozialdemokraten gegen andere Arbeiter auf Arbeitsplätzen und in Werkstätten geübten Terrorismus zu, indem er ihren Begriff von Freiheit mit den Versen charakterisierte: „Und willst du nicht mein Bruder sein, so schlag' ich dir den Schädel ein.“ Die übertriebenen Forderungen der Sozialdemokraten hinderten jeden Fortschritt, das schwerste Hindernis liege aber in der Verquickung der sozialpolitischen Bestrebungen mit dem Verlangen nach Republik und Umsturz. Er proklamierte dagegen die feste und entschiedene, wenn auch ruhige Verteidigung der geltenden Staats- und Gesellschaftsordnung. Der Eindruck dieser Rede war mächtig und anhaltend, sie war auch jedenfalls eine der besten und unzweifelhaft die kräftigste, die Graf Bülow bisher gehalten hatte.

In der nächsten Sitzung führte sich auch der neue Kriegsminister v. Einem im Reichstage ein. Man merkte ihm bei seiner Besprechung gewisser Mißstände im Heere an, wie nahe ihm die Sache ging und wie sehr ihm daran liegt, sie zu beseitigen, um mit vollem Stolz wieder auf den Zustand der Armee blicken zu können. Insbesondere über die Soldatenmißhandlungen gab er eine Statistik, nach welcher nur ein ganz geringer Prozentsatz von Offizieren und Unteroffizieren daran beteiligt ist, und die auch eine Abnahme erkennen läßt. Aber, fuhr er fort, trotzdem müsse auch nach der besonderen Willensmeinung des Kaisers dieser Schandfleck im Interesse der Armee und des Vaterlandes so weit als möglich beseitigt, auf der an-

deren Seite aber auch die Kritik der militärischen Verhältnisse in einer Weise gehalten werden, daß nicht ohne Not Disziplin und Autorität erschüttert würden. Hieran schlossen sich noch Bemerkungen über das gegenwärtige Geschütz, das noch heute dem französischen Rohrrücklaufgeschütz vorzuziehen sei. Am 12. Dezember wurde in erster und zweiter Lesung die Verlängerung des Handelsprovisoriums



Generalleutnant Karl v. Einem, preussischer Kriegsminister.

mit England angenommen und Staatssekretär Graf Posadowsky wies das Verlangen des Antisemiten Grafen Reventlow und des Konservativen Grafen Kanitz auf sofortige Kündigung der Handelsverträge und ihre Angriffe auf die handelspolitische Haltung der Regierung scharf zurück. Montag den 14. Dezember berichtete der Präsident dem Hause über den Empfang des Reichstagspräsidiums durch den Kaiser, der vollständig wiederhergestellt und dessen Stimme wieder voll und klar sei. Hierauf erwiderte Abg. Bebel, der sich vier Tage Zeit gegönnt hatte, in einer dritthalbstündigen, wohl vorbereiteten Rede auf die letzte vernichtende Kritik des Reichskanzlers, dem er vorwarf, er besitze kein Verständnis für die so-

zialdemokratische Weltanschauung, es sei bei ihm überhaupt Mangel an Befähigung vorhanden und er bringe Abgeschmacktheiten und Verdächtigungen vor. Er behauptete, der Parteitag in Dresden sei ein Jungbrunnen für seine Partei gewesen, und er schloß mit der Versicherung: „Unser trotz alledem die Zukunft, unser die Welt!“ Dem Reichskanzler fiel es nicht schwer, die Behauptungen des Abg. Bebel von neuem durch den Hinweis auf dessen eigenes Verhalten und das seiner Parteigenossen ad absurdum zu führen. Er bezeichnete richtig die Vorgänge in Dresden als eine Mohrenwäsche, wies auf den Mangel an positiven Leistungen der Sozialdemokraten, ihren Appell an die niedrigsten Leidenschaften, ihre gänzlich geistlose Agitation, sowie auf den Absolutismus Bebels hin. Zum Schlusse bedauerte er, daß die anderen Parteien nicht die gleiche Opferfähigkeit wie die Sozialdemokraten entwickeln, um dieser mit Kraft und Erfolg entgegentreten zu können. Diesmal erhielt der Reichskanzler den lebhaftesten Beifall von den Bänken der Mitte und der Linken.

Am 15. Dezember nahm der Reichstag nach kurzer Debatte das Handelsprovisorium mit England in dritter Lesung und in der Gesamtabstimmung an. Hierauf wurde die Budgetdebatte beendet, der Etat und die Finanzreformvorlage, sowie die Etats der Schutzgebiete wurden der Budgetkommission überwiesen. Aus der Debatte ist hervorzuheben, daß der Reichskanzler gegenüber den Ausführungen von konservativer Seite, die von der Regierung vor allem Taten im Kampfe gegen die Sozialdemokraten zu sehen wünschten, sich zum drittenmal über die Politik der Regierung in dieser Beziehung äußerte. Er wies alle repressiven Maßregeln zurück, solange nicht Gewißheit bestehe, daß im Reichstag gegenwärtig eine Mehrheit für solche Pläne vorhanden sei. Damit einen Keil zwischen die bürgerlichen Parteien zu schieben, halte er für einen politischen Fehler. Der sozialdemokratische Terrorismus aber werde, soweit strafbare Handlungen in Betracht kommen, nach den Bestimmungen des Strafgesetzes und der Gewerbeordnung bestraft werden. Das Programm der Regierung bestehe darin, alles zu tun, um gegenüber der Sozialdemokratie die Einigkeit des Bürgertums zu erhalten. Hierauf ging der Reichstag bis zum 14. Januar in die Weihnachtsferien. — Das wesentlichste Resultat der kurzen Session war die Abrechnung zwischen dem Reichskanzler und dem Abg. Bebel. Was Graf Bülow in seinen Reden ausführte, war ein erquickliches Stück gesunden Menschenverstandes, gewürzt mit gutem Humor und in ausgeprägt kunstvoll endeter Form. Es ist eben zweierlei, unzufriedene Volksmassen, die nach trostvollen Schlagworten Umschau halten, mit Bildern einer verschwommenen Zukunft auf die verderbliche Bahn des Radikalismus zu locken, oder auf der anderen Seite vor denkenden Männern, die sich zu praktischer Politik zusammengefunden haben, die Nebelgebilde auf marxistischer Grundlage als einen soliden Bau der nächsten Zukunft erweisen zu wollen. Im ersteren ist Herr Bebel ein Meister, das beweisen die Zahlen der sozialdemokratischen Wähler, die er einzufangen verstanden hat. Was Graf Bülow ausgesprochen hat,

ist das, was viele Millionen in Deutschland denken und fühlen, der Reichskanzler befindet sich damit in voller Herzens- und Geistesgemeinschaft mit der großen Mehrzahl der Nation. Aber die politische Erschlaffung des Bürgertums ist in erster Linie schuld an dem Anwachsen der Sozialdemokratie, seine politische Wiedergeburt ist die erste Bedingung für die Eindämmung der sozialdemokratischen Strömung. Ließen sich politische Parteien durch Gründe belehren, könnte man die Sozialdemokratie mit Worten vernichten, so wäre sie nach dem Ausgang der Wortgefechte zwischen den beiden maßgebenden Wortführern tatsächlich tot, aber erst muß das Bürgertum lernen, seine kleinen Gegensätze zu vergessen, die noch aus einer Zeit stammen, wo man weder große Ziele noch große Gegner hatte; erst muß auf dem inneren Gebiete jener Korpsgeist und die zähe Entschiedenheit entfaltet werden, die den deutschen Handel und die deutsche Industrie auf dem Weltmarkte auf eine der ersten Stellen gebracht hat. Es genügt nicht, aus des Reichskanzlers Worten die eigene Meinung mit befriedigtem Behagen herauszuhören, sondern man muß danach handeln.

Zur wirtschaftlichen Lage.

Die nach sechs Jahren des Aufschwungs im Jahre 1900 einsetzende rückläufige Bewegung war am Ende des Jahres 1901 zu einem gewissen Stillstande gelangt, dem im Jahre 1902 mannigfache Anläufe zur Besserung gefolgt waren. Diese Besserung hat 1903 im großen und ganzen angehalten, Handel und Wandel gestalteten sich lebhafter als erfreuliche Folge einer ganzen Reihe von Umständen, die das Erwerbs- und Geschäftsleben günstig beeinflussten. Die Landwirtschaft hatte wieder ein gedeihliches Jahr, wenn es auch nicht bei allen Fruchtgattungen in der Menge der Erträge dem Vorjahre gleichkam, selbst die Weinernte hatte noch besser abgeschnitten, als man zeitweilig zu hoffen berechtigt schien. Am entscheidendsten war die wesentliche Besserung der industriellen Lage, die zahlreichen Bevölkerungsschichten unmittelbar und mittelbar wieder größeren Verdienst brachte und so ihre Kaufkraft hob. Der für die deutsche Volkswirtschaft so bedeutsame Absatz der Bergwerksindustrie nach dem Auslande hatte sich weiter gehoben. Die Roheisenerzeugung, die im Jahre 1890 nur 4,8 Millionen *t* betrug und 1900 mit 8,5 Millionen *t* ihren Höhepunkt erreicht hatte, war nach dem Abfall von 1901 auf 7,8 im Jahre 1902 wieder auf 8,5 Millionen *t* gestiegen und dürfte 1903 rund 10 Millionen *t*, ihr Maximum, erreicht haben. Hauptsächlich die Aufnahmefähigkeit Nordamerikas hat keine Überproduktion eintreten lassen. Die Mehrausfuhr an Eisen und Eisenwaren hatte 1900 565.500 *t*, 1901 1.946.200 *t*, 1902 3.040.100 *t* und in den ersten drei Vierteljahren 1903 2.452.900 *t* (gegen 2.163.800 *t* im gleichen Zeitraume des Vorjahres) betragen. Auch die Steinkohlenausfuhr hat weiter zugenommen; die Mehrausfuhr betrug vom Januar bis 1. Oktober 7.785.000 *t* gegen 6.693.000 *t* im Vorjahre. Wenn es auch wenig erfreulich ist, daß die Eisenausfuhr zum größten Teile die groben Erzeugnisse umfaßt und die Preise nicht besonders ge-

winnbringend waren, so brachte sie doch den Werken Beschäftigung auf längere Zeit. Diese Belebung teilte sich auch anderen Erwerbszweigen mit, bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen trat eine Verminderung des Angebots ein und im September überwog sogar die Nachfrage. Als deutliches Zeichen der Erstarkung der nationalen Kaufkraft machten sich die seit zwei Jahren ausgebliebenen, jetzt von Monat zu Monat zunehmenden Mehrerinnahmen der Eisenbahnen, namentlich im Güterverkehr, und die Zunahme der Erträge der Wechselstempelsteuer geltend, die Anzahl der Konkurse begann abzunehmen und selbst von geschäftlichen Veruntreuungen vernahm man weniger als sonst. Auch die bedeutenden Wasserschäden in Schlesien vermochten nicht die günstige Lage zu beeinträchtigen, ebenso wenig tat dies die launenhafte Haltung der Börse, die bei den ersten günstigen Aussichten gleich mit Volldampf in die Hausspekulation eingetreten war, die begünstigt wurde durch den ungemein billigen Geldstand und das Treiben der Großbanken mit Bezug auf die bevorstehenden Rentengeschäfte in Österreich, Rumänien und der Türkei. Die Reichsbank sah sich infolgedessen genötigt, die gewöhnlich im zweiten Drittel des Januar erfolgende Ermäßigung des Zinsfußes um 4 Wochen zu verschieben und später auch Reichsschatzscheine zum billigen Tageskurs an den Markt zu bringen. Als aber Mitte April die große Reichsanleihe die flüssigen Geldmittel an sich zog, ging die Börse lebhaft zurück, was besonders die Spekulanten in Bergwerksaktien zu empfinden hatten, und sie erholte sich auch den ganzen Sommer nicht wieder. Die Reichsbank mußte schon am 6. Juni ihren Zinssatz von $3\frac{1}{2}$ auf 4% erhöhen. Erst vom September an trat wieder eine Belebung der Börsenspekulation ein. Die Berliner Börse zeigte übrigens in diesem Jahre das erfreuliche Bestreben, ihre eigenen Wege zu gehen und sich von den Londoner und New-Yorker Einflüssen freizumachen.

Die Hoffnungen auf weitere Gesundung der wirtschaftlichen Lage gründeten sich auf das Gelingen der Handelspolitik mit langfristigen Handelsverträgen unter ausreichendem Zollschutz für die bedrängte Landwirtschaft und auf die Zuversicht, daß die Bestrebungen zur inneren Festigung der deutschen Industrie durch größere Verbände zum Ziele führen werden, ohne daß man in die Fehler nordamerikanischer Trusts verfallen wird. Die in heißen Dezemberkämpfen des Jahres 1902 durchgebrachte Vereinigung der großen Mehrzahl der bürgerlichen Parteien für eine gemäßigte Schutzpolitik hat den wirtschaftspolitischen Lärm in der Presse und in den Versammlungen zur Ruhe gebracht. Wenn es noch eines Beweises dafür bedurft hätte, daß der vor genau einem Vierteljahrhundert von Bismarck in die deutsche Politik eingeführte Gedanke des Schutzes der nationalen Arbeit auch weiterhin gelten müsse, so hat ihn sicher Chamberlain mit seiner Kriegserklärung gegen den Freihandel geliefert. Es ist dabei ganz gleichgültig, ob ihm dabei der Schutz Zoll als Selbstzweck oder bloß als Mittel zur Schaffung des englischen Weltreiches gilt. Die Handelsvertragsverhandlungen sind im verflossenen Jahre wohl mit verschiedenen Län-

dern begonnen worden, haben aber noch auf keiner Seite zum Abschluß, noch weniger aber zum Abbruch geführt, obgleich die unverbesserlichen Freihändlerischen Doktrinare, an denen Deutschland vielleicht England noch an Zahl übertrifft, ein solches Ergebnis wünschen und es auch bei jeder geringen Verzögerung in den Verhandlungen mit der ewig gleichen Langweiligkeit voraussagen. Von dem Wunsche geleitet, die Schwierigkeiten besfreundeter Staaten, namentlich Österreichs, nicht zu verschärfen und die Kontinuität der guten handelspolitischen Beziehungen nicht zu unterbrechen, hat die Reichsregierung bisher unterlassen, zu drängen oder von ihrem Recht der Kündigung der Handelsverträge Gebrauch zu machen, doch hat der Reichskanzler nicht unterlassen, bei seiner letzten Anwesenheit in Wien einem Berichterstatter der „N. Fr. Presse“ gegenüber wie auch bei anderen Gelegenheiten bestimmt auszusprechen, daß auch hierbei das deutsche Interesse maßgebend bleiben werde. Die förmlichen Verhandlungen haben mit Rußland, Italien, der Schweiz und Belgien begonnen, mit der österreichisch-ungarischen Regierung sind Vorbesprechungen eingeleitet worden, die Vereinigten Staaten haben bisher keine Neigung gezeigt, zur Neuregulierung ihrer Handelsbeziehungen mit Deutschland zu schreiten. Es ist heute noch nicht einmal sicher, zu welchem Zeitpunkt die neuen Handelsverträge dem Reichstage vorgelegt werden können. Eine handelspolitische Episode ohne besondere Tragweite für den Handel bildete ein Zerwürfnis mit Kanada, das auf Drängen einheimischer Fabrikanten den Zollvertrag mit Deutschland gekündigt, England 25% Vorzugszoll eingeräumt und die gleiche Vergünstigung auch Belgien und Frankreich zugestanden hatte. Deutschland hatte darauf Kanada den Zollvertrag gekündigt. Die englische Kolonie hatte eigentlich keine Feindseligkeit gegen Deutschland bezweckt, Chamberlain hatte aber die Sache in die Hand genommen, weil er seinen Weltmachtspänen nachhing, und hatte versprochen, mit Deutschland einen besonderen Vertrag zu schließen, er tat aber nichts dafür. Die Gelegenheit führte zu einigen offziösen und nicht-offziösen Streitigkeiten in der Presse, hatte aber für Deutschland wenig Nachteil, weil die deutschen Waren in Kanada so gut eingeführt sind, daß man sie dort nicht entbehren mochte, während die kanadische Ausfuhr nach Deutschland vollkommen aufgehört.

Der Termin, an welchem nach dem internationalen Vertrag zu Brüssel die Zuckerprämien fallen sollten, lief am 1. September ab und damit wurde mit einer Einrichtung gebrochen, die als Überrest einer veralteten wirtschaftlichen Epoche angesehen ist. Die Zuckerprämien sollten seinerzeit in den Staaten, die sie einführten, der notleidenden Zuckerindustrie aufhelfen, die einen großen Aufschwung genommen, den europäischen Zucker auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig gemacht und für die Landwirtschaft einen Millionen von Menschen ernährenden Wirtschaftszweig geschaffen hatte. Die entstehende Überproduktion machte weitere Staatshilfen nötig, am meisten ging Frankreich mit seinen Ausfuhrvergütungen vor, und die übrigen Staaten mußten folgen. Das Ergebnis war schließlich, daß der im

Inlande hochversteuerte Zucker doppelt so hoch im Preise stand als beispielsweise der nach England ausgeführte. Die Regierungen hatten schon mehrfach versucht, durch Verhandlungen in Brüssel das Ungefunde, das in dem gegenseitigen Hinauftreiben der Zuckerprämien lag, zu beseitigen, aber stets ohne Erfolg. Die Wendung trat erst durch die auf eigensüchtigen Motiven beruhende Erklärung Englands ein, es werde den durch Exportprämien begünstigten Zucker mit einem hohen Eingangs Zoll belegen. Daraufhin wurde im Februar in Brüssel die Aufhebung der Zuckerprämien zum 1. September beschlossen. Die Maßregel mußte eine Erhöhung des Auslands- und eine Verminderung des Inlandspreises zur Folge haben und traf die Landwirtschaft schwer, da sie die schwierige Umwandlung zu ertragen hatte. An Stelle des bisherigen, auf die Exportvergütungen gegründeten Zuckerkartells traten nun zwei Vereinigungen der Raffineure und der Rohzuckerfabrikanten, um den Übergangsschwierigkeiten gemeinsam zu begegnen. In Österreich hatte man die Änderung durch das Zuckerkontingentierungsgesetz überwinden wollen, das aber von der Brüsseler Konferenz beanstandet und darum wieder aufgehoben wurde, dagegen war das neue Zuckersteuergesetz in Ungarn bereits angenommen worden, dessen § 5 von der Zuckerkonferenz gebilligt wurde; um die Ungeheuerlichkeit zu verhindern, daß ungarischer Zucker in London verkäuflich, österreichischer dagegen unverkäuflich sein sollte, mußte zwischen der österreichischen und der ungarischen Regierung ein erneutes Abkommen getroffen werden, das den Brüsseler Bestimmungen entsprach, in Österreich aber wieder Klagen über Begünstigung Ungarns weckte.

Auch die Zuckerfrage hatte wieder erwiesen, wie sehr die Gegenwart im Zeichen der wirtschaftlichen Vereinigungen, der Kartelle und Trusts, steht. In Deutschland hat der Ausschuß von Sachverständigen, der vom Reichsschatzamt zu aufklärenden Verhandlungen über die Kartelle einberufen wurde, das Bestehen von 450 solcher Vereinigungen festgestellt. Bisher sind die Verhandlungen, welche auch den Zweck hatten, den Stoff zu gesetzlichen Maßnahmen gegen die Kartelle festzustellen, ohne Ergebnis geblieben. Doch hat allgemein die Ansicht Raum gewonnen, daß keine gesetzliche Einschränkung droht, und darum sind auch manche Erweiterungen und straffere Zusammenfassungen einzelner Kartelle durchgeführt worden. Die Überzeugung von der Notwendigkeit wirtschaftlichen Zusammenschließens hat in allen Kreisen zugenommen, je mehr die Einsicht wächst, daß die Preisbildung auf dem Weltmarkt die stetige Neigung zum Sinken zeigt, während die Gütererzeugung infolge der steigenden Arbeitslöhne und der ihr durch die Sozialpolitik aufgelegten Lasten unausgesetzt teurer wird. Dagegen gibt es nur das Mittel des Zusammenschlusses zur Vermeidung der Überproduktion und des übermäßigen Sinkens der Preise. Die deutsche Kartellbewegung unterscheidet sich von dem nordamerikanischen Trustsystem dadurch, daß sich die zu einem Kartell vereinten Unternehmungen als selbständige Geschäfte behaupten, während jenes darauf abzielt, Erzeugung und Handel einzelner Erwerbsgebiete in den Händen weniger Personen zu ver-

einigen. Bei uns verbietet der sittliche Ehrenkodex noch eine zu weitgehende Rücksichtslosigkeit im Erwerbsleben, während in den Vereinigten Staaten das Geldmachen als einziger Grundsatz gilt und nur das nicht versucht wird, was gesetzlich unbedingt verboten ist. Auch in Deutschland hat das bloß auf Steigern der Preise gerichtete Vorgehen einzelner Verbände das Kartellwesen zeitweilig in ungünstigen Ruf gebracht und zum Teil übersehen lassen, welche Vorteile das Kartellwesen zur Hebung des Außenhandels und zur Stärkung des heimischen Wettbewerbs ermöglicht. Wie heute die Verhältnisse auf dem Weltmarkt liegen, dürften die Kartelle berufen sein, die Träger der kommenden Wirtschaftsweise zu werden. Es hat sich auf dieser richtigen Einsicht in Deutschland sogar schon stellenweise eine gewisse doktrinaire Trustschwärmerei aufgebaut. Doch in kühlen Köpfen bewahrt man die Vorsicht, gewissen kritischen Vorgängen, die sich im vergangenen Jahre im nordamerikanischen Trustwesen abspielten, ganz besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden, damit nicht Deutschland durch unverständigen Widerstand gegen einen unabweisbaren Fortschritt oder durch übereiltes Betreten eines noch nicht gesicherten Weges schwere Schädigungen erleide. Die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung wendet sich mehr dem praktischen Wirken der Kartelle und Trusts als den unklaren und überschwenglichen Lehrmeinungen darüber zu.

Entscheidend wird immer sein, welchen Gebrauch die Kartelle von ihrer Macht machen. Zu ihren Gunsten spricht vor allem mancher große Vorteil, der in dem Zusammenfassen einer Industrie unter eine Verwaltung liegt: zunächst die Übersicht über den Konsum und somit die Vermeidung jeder Überproduktion, dann der Ausschluß jeder unterbietenden Konkurrenz bis auf die auf dem Weltmarkte, die Schließung nicht rentierender Werke, die Ausnützung guter Erfindungen in allen Werken und die teuerste aber beste Einrichtung der Werke unter der Sicherheit dauernden Gedeihens. Nicht zu unterschätzen würden auch die Folgen auf sozialpolitischem Gebiete sein. Beamte und Arbeiter können in Betrieben, die nach aller Voraussicht einen dauernden Bestand haben, besser gestellt werden als in Werken, die sich durch gegenseitige Konkurrenz fortwährend den Fortbestand erschweren. Es ist schon im vorigen Jahre darauf hingewiesen worden, daß die Kartelle sich bei Abwendung der Folgen der letzten Handelskrisis nützlich erwiesen hatten, sie haben auch an der besseren Handelsbilanz des Jahres 1903 ihren verdienstlichen Anteil. Leider ist nicht zu verkennen, daß der Export nach der Krise in dem teilweise notwendigen und darum zulässigen Verkauf von Produkten der sogenannten „schweren Industrie“ unter Verlust oder zu kaum gewinnbringenden Preisen bestand. Es muß darauf hingewiesen werden, daß dergleichen zur Beseitigung der Überproduktion nötig war, aber daß diese Art von Export nicht lange groß bleiben kann. Sie hat auch die Ausfuhrfähigkeit derjenigen Industriezweige beeinträchtigt, die sich die Weiterverarbeitung solcher Rohstoffe und Halbfabrikate zur Aufgabe gemacht haben, weil das Ausland dieselben zu viel billigerem Preise bekam, als sie im Inlande abgegeben wurden, auch die von

den Syndikaten gewährten Ausfuhrvergütungen gewährten nicht immer ausreichenden Ersatz. Nun ist ja bei fast allen Industrien die Regel, daß sie auf die Ausfuhr angewiesen und die im Inlande erzielten Preise höher sind als die im Auslande. Das ist noch keine Benachteiligung des Inlandes, weil die Ausfuhr zu billigen Preisen die allgemeinen Herstellungskosten herabsetzt, was dem inländischen Käufer wieder zu gute kommt. Jedemfalls ist aber für die Zukunft der Verkauf von Rohmaterialien und Halbfabrikaten an das Ausland tunlichst zu vermeiden, besonders wenn dadurch der deutschen Feinindustrie auf dem Weltmarkt die Konkurrenz erschwert wird. Auch hierüber können sich Kartelle leichter verständigen als viele einzelne Unternehmungen. Alle solche Mißstände können aufhören, wenn die Vereinigungen nach nationalen, wirtschaftlich gesunden Grundsätzen geleitet werden. Möglichenfalls kann sich bei der nicht ausbleibenden gesetzlichen Regelung dieser Angelegenheit der Staat die Kontrolle und den Vorsitz in der Leitung sichern. Das Drängen nach größeren Vereinigungen wird sich nicht aufhalten lassen, es liegt im Lauf unserer ganzen wirtschaftlichen Entwicklung, kann im Wettbewerb mit den Erzeugnissen des Auslandes nützlich, ja unumgänglich notwendig werden und vollzieht sich ganz von selber. So hat das Jahr 1903 u. a. die Verschmelzung großer Unternehmungen der elektrischen Industrie und auch die Vereinigung mehrerer Banken gebracht. Den jeweiligen Standpunkt der Regierung zu der Frage hat der Handelsminister Möller im Februar bei einem Besuch der Handelskammer in Hannover gekennzeichnet, wo er ausführte, der wichtigste Mitbewerber Deutschlands auf dem Weltmarkt würden in Zukunft die Vereinigten Staaten sein. Man müsse sich daher ihren Geschäftsgrundsätzen anpassen lernen, deren hervorstechendstes Zeichen die Vereinigung von Kapital und Handel zu Kartellen und Syndikaten sei. Die zum Teil starke Abneigung in Deutschland gegen diese Gebilde werde mit der Zeit einer gerechteren Auffassung Platz machen, zumal wenn die dem Syndikatswesen anhaftenden Auswüchse beseitigt würden, was von der geschäftlichen Klugheit der auf diesem Gebiete tätigen Unternehmer erwartet werden könne.

Der Drang nach genossenschaftlichem Zusammenschluß ist noch niemals so stark gewesen, wie in den letzten Jahren, und in Zukunft wird noch mehr damit zu rechnen sein. Das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen ist am höchsten entwickelt und breitet sich immer mehr aus. Auf die Spar- und Darlehenskassen sind die für Landleute zweckmäßigen Berufsgenossenschaften zum gemeinsamen Einkauf von Düngemitteln und Saatgut sowie zum gemeinsamen Absatz landwirtschaftlicher Erzeugnisse gefolgt. Die landwirtschaftliche Bevölkerung steht der genossenschaftlichen Bewegung nirgends mehr prinzipiell entgegen. Auch im Handwerkerstande hat sie einen neuen Aufschwung genommen, seitdem der Staat und die Handwerkskammern der Angelegenheit besondere Aufmerksamkeit zugewendet haben. Aber nur langsam bricht sich gerade in Handwerkerkreisen die Einsicht Bahn, daß das Kleingewerbe seine Existenz nur dann wird

behaupten können, wenn es sich durch gemeinsame Arbeit diejenigen Vorteile erringt, die dem Großbetriebe durch sein Kapital zu Gebote stehen. Ein nicht geringer Teil der Handwerker steht noch heute auf den alten Forderungen der obligatorischen Innung und des Befähigungsnachweises. Der frühere Reichstagsabgeordnete, Schneidermeister Jakobskötter, hat sich mehrfach dagegen gewendet, weil nicht das „Pfuschertum“ der Feind des Handwerks sei, sondern die Großindustrie, die Fabrik, das Warenhaus, überhaupt der Handel. Durch Einführung des Befähigungsnachweises könne diese Entwicklung nicht aufgehoben werden, die Handwerker sollten sich darum auf das beschränken, was für ihren Stand nützlich und wirklich erreichbar sei. Dazu gehöre in erster Linie eine tüchtige Ausbildung der Lehrlinge, allerdings nur durch Meister, denn nur wer gelernt hat, darf lehren; ferner eine bessere Ausbildung der Meister selbst in technischer wie in kaufmännischer Beziehung, indem der Staat Anstalten schafft, in denen die jungen Handwerker ihre Kenntnisse erweitern können; ferner seien die Genossenschaften, allerdings nur bei der notwendigen Geschäftskenntnis in der Leitung, zu empfehlen. Der schlimmste Feind vieler Handwerker sei das gegenseitige Mißtrauen, das selbst eine Schutzvereinigung unmöglich mache, weil jeder im anderen nicht einen Kollegen, sondern einen Konkurrenten sehe. Für viele Gewerbe, die nur vereinzelt vorkommen, sei in vielen Landstrichen die Zwangsinnung einfach unmöglich, eine solche aber, die nicht Fachinnung ist, sei ein Unsinn. Die Innungsbildung nach dem Gesetz von 1897 stehe vollkommen auf historischem Boden, und an den Handwerkern liege es nun, sich zu organisieren, vernünftige Forderungen zu stellen und sie sachgemäß zu begründen, eine handwerkerfreundlichere Stimmung bei der Regierung und Volksvertretung würden sie niemals wieder finden. Diese Worte haben wenig Gehör gefunden. Der sächsische Landtag hat zum Beispiel 2 Millionen Mark zu geringverzinslichen Darlehen an Genossenschaften und Gemeinden, welche die Gründung von Genossenschaften fördern, bewilligt, aber die Errichtung solcher Genossenschaften für das Handwerk kommt nicht über den guten Willen hinaus, und die Handwerker begeben sich damit des wirksamsten Mittels gegen die Aufsaugung ihrer mittleren und kleineren Glieder durch die Konsumvereine und Warenhäuser. Die Hauptsache muß eben durch die eigene Tatkraft der Beteiligten geleistet werden, und es ist erfreulich, daß diese Erkenntnis doch auch in Handwerkerkreisen wächst. Im Oktober hat sich mit Staatsunterstützung in Darmstadt sogar eine hessische Handwerker-Zentralgenossenschaft als Aktiengesellschaft konstituiert.

Während in Deutschland bis zum Jahreschluß eine deutliche Besserung auf dem Arbeitsmarkte anhielt, vollzog sich in den übrigen Industrieländern eine entschiedene Verschlechterung; das war sowohl in England als auch in Frankreich, namentlich aber in den Vereinigten Staaten der Fall, von wo zahlreiche arbeitslose Ausländer nach Europa zurückkehrten. In Deutschland halten sich bloß im Textilgewerbe die Verhältnisse gegen Jahreschluß ungünstiger gestaltet, doch war die Zahl der Arbeits-

losen überall im Abnehmen begriffen und nur vereinzelt mußte im Winter zu Notstandsarbeiten ge-griffen werden. Ein besonderes Gepräge erhielt die wirtschaftliche und politische Lage durch die von der Arbeiterwelt in zahlreichen Staaten in Fluß gebrachten *U s f a n d s b e w e g u n g e n*. Allen diesen Erscheinungen gemeinsam war der Versuch der Arbeiterführer, durch dieses Vorgehen politische Zwecke zu fördern, nicht dem Arbeiter wirtschaftliche Vorteile zuzuwenden. Es handelte sich nahezu in allen Fällen um den Kampf um die Macht. Am auffälligsten trat dies im Frühjahr bei dem Streik der holländischen Transportarbeiter hervor, der aus-geprochenermaßen nur dazu dienen sollte, der Kam-mer und der Regierung bei der Beratung über die Streikvorlagen den Willen der Arbeiterführer auf-zuzwingen. Der Streik scheiterte natürlich, ebenso wie im Herbst der Streik der Textilarbeiter in Frank-reich; in beiden Fällen machte sich militärische Hilfe notwendig, in Frankreich wurde nicht weniger als ein ganzes Armeekorps mobil gemacht. In Deutsch-land sind Vorgänge von so bössartigem Charakter seit Jahren nicht vorgekommen, weil man das ener-gische Eingreifen des Militärs scheut, doch haben sich bei dem Streik der Omnibusangestellten in Berlin durch Einmischung Unbeteiligter auch Szenen ereignet, die an Aufruhr mahnten. An Arbeiterausständen ist fast in allen Teilen des Reiches sonst kein Mangel gewesen, und zwar handelte es sich dabei in der Regel auch nicht um Lohnkämpfe, die mehr als Begleiterscheinungen eine Rolle spielten, sondern um den Anspruch der Gewerkschaften, den Arbeitgebern die Bedingungen vorzuschreiben, und bloß „organi-sierte“, also sozialdemokratische Arbeiter einzustellen. Demgegenüber haben sich auch die Unternehmer mehrfach zu Verbänden zusammengetan und als Ab-wehr die Massenausperrung angewendet. Am meisten Aufsehen hat der Crimmitschauer Weber-streik erregt, der am 20. August begann, von der sozialdemokratischen Leitung von vornherein als Machtprobe zur Erzwingung des lokalen Zehn-stundenarbeitstages erklärt wurde und bis in die zweite Hälfte des Jänner 1904 dauerte, wo er jäh zusammenbrach, weil nicht nur die Crimmitschauer Fabrikanten fest blieben, sondern schließlich sich die gesamte Textilindustrie Deutschlands und auch die anderen Unternehmerverbände mit ihnen solidarisch erklärten. Wie wenig es möglich ist, es den Ar-beitern recht zu machen, zeigten gegen Ende des Jahres Vorgänge in der berühmten optischen Werk-statt von Karl Zeiß in Jena, die sonst von so-zialdemokratischer Seite als mustergültig gerühmt worden ist, denn sie hat nicht nur alle Wohltätig-keitseinrichtungen für die Arbeiter, sondern beteiligt sie auch am Reinertrag, hat selbst eine Versicherung für Arbeitslose etc. Durch Anhäufung der Vorräte infolge von verringertem Absatz war schon die Ar-beiterdividende im Vorjahr ausgefallen, die Kün-digung von Arbeitern aber bis zum letzten Augen-blick verschoben worden; als jedoch schließlich 58 Hilfsoptikern, die eigentlich anderen Berufen ent-zogen und angelernt worden waren, gekündigt wer-den mußte und ihnen noch zusammen 26.000 Mark aus der Arbeitslosenversicherung ausbezahlt wur-den, erhob sich in der sozialdemokratischen Presse

ein großer Lärm gegen das bisherige Musterinstitut. Der ganze Streit war im höchsten Maße interessant, weil er wieder dartut, wie wenig die sozialdemo-kratischen Führer kaufmännisch zu denken gewöhnt sind; sie sind zu jeder Zeit bereit, Geschäftsvorteile als im Grunde selbstverständlich entgegenzunehmen, aber die Leiden des unverschuldetsten Geschäftsrück-ganges empfinden sie als Unrecht. Wie große Geldverluste den Streikenden durch die ihnen meist von ihren Führern aufgedrungenen Streiks zugefügt worden sind, wie sehr die zufriedenen Arbeitswilligen von meist unverheirateten jungen Genossen wört-lich und tätlich mißhandelt worden sind, darüber ist in den Zeitungen schon so viel geschrieben wor-den, daß hier ein weiteres Eingehen darauf ent-fallen kann. Man muß sich aber doch darüber wundern, wie lange sich die Arbeiter eine solche Knechtung unter das Gebot der Führer ruhig ge-fallen lassen.

Heer, Flotte, Kolonien.

Das deutsche Heer im Friedensstande zählte im Jahre 1903 24.274 Offiziere, 80.900 Unteroffi-ziere, 495.500 Gemeine, 2198 Sanitätsoffiziere, 1045 Zahlmeister, 105.143 Dienstpferde, 3124 bespannte Geschütze; es übertrifft demnach die französische bud-getmäßige Friedensstärke um mehr als 40.000 Mann, wobei die französischen Kolonialtruppen nicht mit-gerechnet sind. Zieht man diese in Betracht, soweit auf ihre Mitwirkung in einem europäischen Kriege zu rechnen ist, so beträgt der Unterschied bloß 10.000 Mann zu Gunsten Deutschlands. Ende März 1904 läuft das Quinquennatsgesetz ab, durch welches die erwähnte Friedenspräsenzstärke festgesetzt ist. Es liefen infolgedessen im vergangenen Jahre mancher-lei Meldungen durch die Blätter, daß eine große Militärvorlage bevorstehe, sie haben sich aber sämt-lich nicht bestätigt. Aus parlamentarischen wie fi-nanziellen Gründen begnügte sich die Reichsregierung mit der Verlängerung des bestehenden Zustandes auf ein Jahr. Man darf hieraus wie auch aus dem langsamen Tempo, in dem man in Deutschland wie in der österreichisch-ungarischen Monarchie die Neubewaffnung der Artillerie betreibt, den sicheren Schluß ziehen, daß in allen maßgebenden Kreisen die feste Überzeugung vom dauernden Bestand des Friedens für den Weltteil Europa vorhanden ist. Von besonderen Umgestaltungen in der Armee konnte unter diesen Umständen nicht die Rede sein. Von Bedeutung war der Wechsel im preußi-schen Kriegsministerium, aus dem am 14. August der langjährige Kriegsminister General v. G o s s l e r schied und durch den Generalleutnant v. Einem genannt v. R o t h m a l e r ersetzt wurde. Diese Um-wandlung war schon Monate vorher angekündigt worden und erregte wenig Teilnahme. Man nahm an, daß General v. Einem ein besserer Vertreter der militärischen Fragen und Interessen in den Par-lamenten sein werde als sein Vorgänger, und hat sich darin nicht getäuscht. Es war aber auch nötig geworden.

Im Jahre 1903 hatten sich in den Blättern be-gründete und unbegründete Klagen über Übelstände im Heerwesen gemehrt. Infolge der nach der neuen

Militärprozeßordnung öffentlichen militärgerichtlichen Verhandlungen hatten sich namentlich die Mitteilungen über Soldatenmißhandlungen gehäuft, die Disziplinarüberschreitung eines unreifen Fähnrichs der Marine und der Klatschroman eines entlassenen Trainoffiziers über die gesellschaftlichen Zustände in seiner Garnison Forbach riefen eine Menge von Zeitungsartikeln und Broschüren hervor, die sämtlich Zustände im Offizierkorps, vornehmlich den dort getriebenen Lügus, das Parademäßige in der Armee etc. schilderten, meist in einer gänzlich sachunkundigen, aber ebenso häufig tendenziös geschickten Weise, so daß vielfach der Eindruck erweckt wurde, es sei vieles im Heere reformbedürftig, wenn ihm seine Schlagfertigkeit und seine mustergültige Einrichtung von früher wiedergegeben werden sollten. Nun kann aber nichts falscher als diese Anschauung sein, und wer sich noch der demokratischen Hege gegen die preußische Armee aus der Konfliktzeit zu erinnern vermag, wo auch das dann 1866 und 1870 so bewährte Offizierkorps aus lauter „Sobbes“ und „Puklis“ bestehen sollte, der erkennt die Machte wieder und weiß, was er davon zu halten hat, aber in Bürgerkreisen ist doch manche Unsicherheit entstanden, und darum sollen hier über die Hauptpunkte einige Worte gesagt werden.

Was zunächst die Mißhandlungen betrifft, so ist schon erwähnt worden, daß die Kunde davon darum so vielfach in die Blätter gekommen ist, weil in neuester Zeit das militärgerichtliche Verfahren öffentlich geworden ist. Das schadet nichts, alle deutschen Patrioten müssen wissen, daß solche Ausschreitungen je früher, desto besser beseitigt werden. Und gerade die vollständige Öffentlichkeit beim Verfahren und die Verhängung harter Strafen beweist, daß man damit ernstlich aufzuräumen entschlossen ist. Die Zahl der Mißhandlungen ist auch schon zurückgegangen und mit vollem Recht betonte der neue Kriegsminister, daß 68% der behandelten Fälle durch die Meldung der Mißhandelten zur Kenntnis der Vorgesetzten gekommen ist, daß also das Beschwerderecht im Heere keineswegs so wertlos ist, wie es in der demokratischen Presse hingestellt wird. Die auffallend hohe Ziffer der Mißhandlungen durch einzelne Vorgesetzte ist übrigens darauf zurückzuführen, daß die Kriegsgerichte jede Tat einzeln rechnen, während die Zivilgerichte in solchen Fällen den Begriff des fortgesetzten Verbrechens anwenden. Aber mit der Bekämpfung der Ausschreitung der Vorgesetzten muß auf der anderen Seite auch die Stärkung der Disziplin Hand in Hand gehen. Die sogenannten „Soldatenschinder“ sind keineswegs immer Unmenschen, die ihre Untergebenen ohne jede Ursache peinigen. Man wird sich doch auch zu fragen haben, wie weit die mit der sozialdemokratischen Gesinnung und aus anderen Einflüssen der Gegenwart in die Armee eingezogene Unbotmäßigkeit geeignet ist, die ohnehin überbürdeten unteren Chargen zu reizen. Man denke sich nur einmal selbst in die Lage eines solchen Mannes, der sein Ziel der Ausbildung erreichen soll und will. Eine leichtherzige Kritik soll man darum an diesen Verhältnissen nicht üben, und gerade in jenen Kreisen nicht, die jede Verbindung mit der Sozialdemokratie von sich abweisen. Eine ernste, sach-

liche Kritik ist dagegen gut wie überall, aber wenn man durch übertriebene Angriffe die Autorität im Heere erschüttert, so könnte es im geeigneten Moment versagen, und es ist schwer zu sagen, was dann das Bürgertum dabei zu gewinnen hätte.

Am Ostermontag ereignete sich in Essen ein unglücklicher Fall, der sich an den Namen des Fähnrichs der Marine Hüssener knüpfte, lange Zeit die Zeitungen beschäftigte und die Parteien erregte. Der noch wenig geschulte junge Mann hatte einen angetrunkenen Kanonier, der ihn nicht gegrüßt hatte, mit zur Wache genommen. Unterwegs suchte der Mann zu entfliehen, wurde aber von Hüssener eingeholt und durch einen Dolchstich im Rücken so schwer verwundet, daß er nach wenigen Minuten starb. Das strafgerichtliche Verfahren brachte die Verurteilung Hüsseners, der glaubte, in Wahrung der Disziplin recht gehandelt zu haben, in der ersten Instanz zu 4 Jahren Gefängnis und Degradation und dann in zweiter Instanz zu der milderen Strafe von 2 Jahren und 7 Tagen Festungshaft. War schon der Demokratie die erste Strafe zu gering erschienen, so wurde die zweite Strafe in weiteren Kreisen als eine ganz unzulängliche Sühne angesehen, und die Sozialdemokratie beeiferte sich, den Einzelfall als typisch für das „System“ hinzustellen. Hüssener wurde aus der Marine entlassen. Es ist in einer Jahresübersicht kaum Platz, um auf eine Kritik des militärgerichtlichen Urteils einzugehen, die Objektivität verlangt aber, darauf hinzuweisen, daß auch in der Zivilgerichtspraxis Fälle gar nicht selten sind, in denen Ausschreitungen mit nicht gewolltem tödlichen Ausgange mit sehr gelinden Strafen belegt werden. Ein anderer „Fall“ betraf das Trainbataillon in Forbach. Ein von dort verabschiedeter Leutnant Bilse hat eine Art von Roman „Aus einer kleinen Garnison“ geschrieben, in der er Vorkommnisse im Offizierkorps von Forbach teils nach der Wahrheit, teils nach Phantasie schildert. Bilse selbst war ein Schuldenmacher, der nicht um Schäden aufzudecken, sondern für Geld das Buch geschrieben hat, ein Windbeutel und Renommist, der in Forbach mitgesündigt hatte und als einer der Schlimmsten verabschiedet worden war. Das Offizierkorps, soweit es in dem Buche beschuldigt war — es handelte sich eigentlich nicht um Vergehungen im Dienst —, wurde veranlaßt, flagbar zu werden, die Verhandlung wurde in der breitesten Öffentlichkeit geführt, Bilse wegen Beleidigung verurteilt, aber alle durch die Verhandlung bloßgestellten Offiziere verschwanden aus der Armee. Der Kriegsminister sprach mit vollem Recht von diesen Offizieren im Reichstag — es war damals noch nicht alles entschieden —: „die jetzt noch meine Kameraden sind, Offiziere nur äußerlich, aber nicht innerlich und dem Geiste nach“. Er durfte dies tun, ohne Gefahr zu laufen, das Heer zu schädigen, und er führte mit Recht aus, daß es sich nicht um eine Krankheit des militärischen Körpers handle, sondern um ein einzelnes Geschwür, das beseitigt werden müsse.

Kriegsminister v. Einem berührte dabei auch noch eine andere Frage, indem er sagte, man sei beim Ersatz der Offiziere in Kreise hineingeraten, die den Anforderungen nicht entsprechen. Das hatte Abg. Eugen Richter in dem Sinne aufgefaßt, als

solle das Offizierkorps noch exklusiver werden, als es angeblich schon ist. Der Kriegsminister erläuterte dann seinen Ausspruch dahin, daß vom Offizierkorps Leute ferngehalten werden müssen, denen die verlockenden Außerlichkeiten des Standes und nicht die strengen Pflichten des Berufes vor Augen stehen. Namentlich von dieser Seite ist auch in die Kreise des Offizierkorps die Neigung zum Luxus eingeführt worden, über den mit Recht bittere Klage erhoben wird und den alle Verfügungen des Kaisers bisher nicht auszurotten vermochten. Im allgemeinen ist es trotzdem eine Tatsache, daß die Offiziere in der großen Mehrzahl einen durchaus sparsamen Haushalt führen und sich recht und schlecht mit geringen Mitteln den steigenden allgemeinen Ansprüchen gegenüber durchs Leben schlagen. Der moderne Zug zum unnötigen Luxus hat im Offizierkorps noch lange nicht so viel Boden gefunden, als in vielen bürgerlichen Kreisen, die trotzdem über die schlechten Zeiten klagen. In früheren Zeiten hieß es: „Armut schändet nicht und Reichtum macht nicht glücklich“; heutzutage hat man das Wort umgedreht und behauptet, Reichtum schände nicht und Armut mache nicht glücklich, was ja an sich auch richtig ist. Aber es handelt sich dabei keineswegs um ein harmloses Wortspiel, sondern es kennzeichnet den Sinn der Zeit, es ist ein charakteristisches Merkmal der heutigen Denkweise. Die Zufriedenheit macht nicht mehr glücklich, sondern nur der Reichtum, aber wer reich ist, fühlt sich erst recht nicht glücklich, sondern will noch mehr haben. Daß mit dem Wachstum des Wohlstandes auch die Bedürfnisse zunehmen, ist natürlich und auch nicht schädlich, wenn beide gleichen Schritt halten, aber meist hat die Fülle der Bedürfnisse den Wohlstand überholt, die Mehrzahl lebt über ihre Verhältnisse und die Folge davon ist die zunehmende Unzufriedenheit, die sich gegen alles mögliche wendet, gegen den Staat, gegen die Regierung, gegen die kommunale Verwaltung, gegen andere Klassen, gegen den lieben Nächsten. Es ist natürlich schwer, die Armee vor diesem allgemeinen Zug der Zeit zu bewahren, vielleicht ist es nicht einmal möglich, aber einzudämmen vermag man ihn doch. Wenn es auch im allgemeinen noch keinen wirklichen Luxus in der Armee gibt, so wird doch die Offizierslaufbahn zunehmend teurer, das Sinken des Geldwertes macht sich stark fühlbar bei Verpflegung und Wohnung, ebenso bei den gesteigerten Anforderungen des Dienstes, und der Offiziersstand wird dadurch den Söhnen unbemittelter Eltern mehr und mehr erschwert. Was nun im Laufe der Zeit liegt, läßt sich nicht abwenden, dagegen aber alles, was unnötigerweise die Lage verschlimmert. Dazu gehört vor allen Dingen, der auf allen Seiten zunehmenden Neigung zum Luxus im Heere entgegenzuwirken. Meist fügen sich die jungen Offiziere nur schweren Herzens in die größeren Ausgaben, eigentlich aus Furcht, sonst den Schein der Knickrigkeit auf sich zu laden. Aber wer sich von ihnen klarmacht, daß er den größten Teil des Geldes, das er ausgibt, nicht selbst erwirbt, sondern von Eltern oder Verwandten bezieht, sollte bedenken, daß es nicht die richtige Ehrenhaftigkeit ist, auf anderer Leute Kosten nobel zu leben. Dieser Gedanke muß aber

durch den Einfluß der Vorgesetzten gekräftigt werden, denn der Jugend aller Stände ist der Hang zur unüberlegten Wirtshaft nicht fremd. Was in militärfeindlichen Blättern über übertrieben geschilderte Liebesmahle u. geschrieben wird, ist für die meisten Regimenter einfach nicht wahr, aber es sind auch hier Einschränkungen möglich und darum geboten. Die Rückkehr zum Stolz der Armut liegt unseren Tagen fern, aber gerade das Offizierkorps kann auf diesem Wege mit wirksamem Beispiel vorangehen. Der kommandierende General des I. Armeekorps, Frhr. v. d. Goltz, schreibt dazu: „Es kann sich damit den inneren Gefahren gegenüber, die unser Volksleben bedrohen, ein ebenso großes Verdienst erwerben, wie gegenüber der äußeren Gefahr mit dem Schwerte in der Hand. Man mißt heute den moralischen Kräften meist eine weit geringere Bedeutung bei als den technischen und materiellen Hilfsmitteln, und doch sind es jene gewesen, die den Entwicklungsgang der Völker in der Geschichte vor allem bestimmt haben. . . . Ist die ganze Lebensanschauung des Offizierkorps in materiellen Dingen überhaupt auf das Einfache gerichtet, so regeln sich danach alle Einzelheiten in seiner Existenz und in seinem Auftreten von selbst.“ Geht das Offizierkorps mit seinem Beispiel vor, so wird sich auch bei seinem großen erzieherischen Einfluß auf die männliche Jugend der Sinn für solide Schlichkeit wieder kräftigen und den prozenteilen Ton der Reichgewordenen seines verderblichen Einflusses entkleiden. Man möge nur mit starker Hand von oben eingreifen und mit eisernem Besen das Beiwerk luxuriöser Nichtigkeiten aus dem Offizierkorps hinwegfegen. Es kommt heute mehr wie früher auf den inneren moralischen Wert einer Armee an. Für den Krieg, der nach Clausewitz ein Ringen der moralischen Kräfte eines Volkes ist, ist es besonders heute bei dem Massenaufgebot aller waffenfähigen Mannschaften von Bedeutung, den moralischen Wert nicht nur der Truppen selbst, sondern auch den des ganzen Volkes zu heben.

Neben berechtigten Klagen über Entartungen des Luxus in der Armee haben sich in letzter Zeit weitgehende Kritiken über angebliche Änderungssucht im Uniformwesen und übermäßiges Verleihen von Abzeichen breit gemacht. Es mag in manchen Dingen zu weit gegangen worden sein, aber in den meisten Fällen ist der Tadel unberechtigt und nicht sachverständig. Nehmen wir zum Beweis dafür nur die gegen Ende des Jahres erlassene Verordnung über die Offiziersmäntel, an denen die Rangabzeichen zu tragen sind. Es hat doch jedermann das Recht, erkennen zu können, ob er einen Leutnant, Hauptmann, Stabsoffizier, Militärarzt oder Militärbeamten vor sich hat. Das war bei den bisherigen Offiziersmänteln nicht möglich, hat schon bei militärischen Vorkommnissen Angelegenheiten bereitet und war auch dem Zivilisten nicht gleichgültig; denn im allgemeinen ist man in Deutschland, trotz aller demokratischen Armeeheker, dem Offizierkorps freundlich gesinnt, aber gerade darum will man wissen, ob man einem älteren Offizier oder einem Leutnant, der vielleicht noch nicht das Gleichgewicht zwischen seiner — es sei ausdrücklich anerkannt: notwendig — bevorrechteten Stellung und seinen Jahren ge-

funden hat, begegnet. Und nun die Rückenfalte! Das ist ja gerade die alte preussische Rückenfalte, die in Bayern nie aufgehört hat, in Österreich besteht und dem nützlichen Gedanken entspricht, daß der Mantel am Rücken weit und bequem sein muß. Gerade die bisherige glattanliegende Paletotmode war unpraktisch und der vom alten Paletot mit der Falte übriggebliebene Rückengurt daran hatte gar keinen Zweck mehr. Man sieht, wie bei ernsthafter Behandlung solcher Dinge die Kritik der Presse gänzlich unhaltbar wird, wenn auch einiges davon berechtigt sein mag. Auf die Linie unhaltbarer Kritik gehört auch der Tadel über das Übermäßige der Abzeichen und Auszeichnungen. Unzufrieden mit Auszeichnungen ist in der Regel nur der, der keine Aussicht auf eine solche hat, die anderen sind es nicht; und wenn man in Zivilkreisen Umschau hält, so läßt sich gerade keine Abneigung dagegen beobachten, im Gegenteil, was da zuweilen an Abzeichen, sei es auch nur ein Komiteeschleifchen, bei Vereins- und Sportfesten geleistet wird, ist oft erstaunlich. Die Abneigung wird also nur gegen gewisse Abzeichen geschürt. Selbstverständlich wird der Soldat, der mit der Kaiser Wilhelm-Medaille oder mit der großen Schießauszeichnung nach Hause kommt, diese aufheben und als liebe Erinnerung an seine militärische „Studienzeit“ auch bei schicklicher Gelegenheit tragen, aber er wird wahrscheinlich wenig Neigung zeigen, in sozialdemokratische Versammlungen zu gehen, wo dergleichen nichts gilt und noch herabgesetzt wird. Dieser Gesichtspunkt dürfte wohl bei vielen tadelnden Kritiken maßgebend gewesen sein. Ähnlich verhält es sich mit den Auszeichnungen für vortreffliche Leistungen des einzelnen wie einzelner Kompagnien etc. Der Gedanke, daß die Armee eine Herde gleich vollkommener Soldaten sein müsse, ist kein Ideal, sondern ein demokratischer Unsinn; ohne den Ehrgeiz zu wecken, kann den heutigen hohen Anforderungen an den Mann vielleicht nicht einmal durch das doppelte Ausbildungspersonal entsprochen werden, und Ehrgeiz ohne sichtbare Auszeichnung ist bei jungen Leuten von 20 Jahren wohl eine seltene Erscheinung. Es gehört doch nicht viel Psychologie dazu, um zu begreifen, warum der junge Mann gerade in diesen Jahren äußerlich zeigen können will, daß er ein tüchtiger Kerl ist, der andere auszustechen vermag. Warum man diesen natürlichen Zug nicht zur Hebung der militärischen Ausbildung in maßvoller und gesunder Weise benützen sollte, wird von vernünftigen Leuten kaum noch gefragt werden. Wenn man freilich die „Witzblätter“ liest, so sollte man glauben, daß eine förmliche Spielerei mit Auszeichnungen getrieben werde, wer aber selbst nachsieht, wird finden, daß der deutsche Soldat noch gerade so schlicht aber fleißig aussieht wie früher und daß man schon scharf aufpassen muß, um einen „Ausgezeichneten“ zu finden. Diese sogenannte Scherze der Blätter stehen auf der gleichen Höhe wie die Berliner Denkmalswitze und gleichen diesen auch darin, daß sie sich alle gegen eine bestimmte Stelle richten.

An dieses Gebiet grenzen auch die Manöverkritiken, die sich alljährlich vorwiegend mit den Kaisermanövern beschäftigen. Diese haben ihren Wert in der Erziehung der Führer, in der

Stählung der Truppen für Marsch- und Gefechtsleistungen, in der Beurteilung der unzähligen Reibungen und Schwierigkeiten, die die Bewegung größerer Truppenmassen auf beschränktem Raum mit sich bringen; sie unkriegsmäßige Schaustellungen zu nennen, kann nur militärfeindlichem Unverstand einfallen. Ihre eigentliche Bedeutung liegt auch gar nicht in der Darstellung des Zusammenstoßes und des wirklich fortschreitenden Gefechtes, weil die dabei von entscheidendem Einfluß bleibenden Faktoren der Geschosswirkung und der persönlichen Bravour nicht zur Geltung kommen. Diese werden, soweit es das Fortschreiten der Übung verlangt, durch Urteile von Schiedsrichtern ersetzt. Außerdem drängt sich das Manöver meist in wenige Stunden des Tages zusammen, und die bei der Entscheidung von wirklichen, stets länger dauernden Schlachten den Ausschlag gebenden Erscheinungen der übermüdeten, durch Verluste gelichteten und gefechtsunfähig gewordenen Truppenabteilungen sind natürlich wenige Stunden nach dem Frühstück nicht zu beobachten, Verluste gibt es eigentlich gar nicht. An diese selbstverständlichen Unterschiede zwischen Manöver und Schlacht knüpfen nun die Kritiker und Tadler an. Besonders die Kavallerieangriffe finden vor ihren absprechenden Urteilen keine Gnade, und auch ehemalige Militärs, selbstverständlich Nichtkavalleristen, geben ihren militärischen Sachverstand dazu. Die übliche Meinung der Tagespresse scheint überhaupt dahin zu gehen, daß die Reiterei gegenüber dem Mehrlader- und Schnellfeuergeschütz nicht mehr die Rolle spielen könne wie früher. Das braucht man aber auch dem Laien nicht zu sagen, daß eine Attacke gegen unerschütterte Infanterie oder Artillerie nicht mehr möglich ist wie in den Befreiungskriegen; daß aber auch heute noch Fälle eintreten können, wo zu irgend einer nützlichen Wendung in der Schlacht, sei es nur zu einem Aufenthalt, selbst eine Truppe geopfert werden muß, und daß nicht die Infanterie allein als Opferlamm für das Vaterland herhalten muß, sondern auch, wenn vorhanden, Kavallerie dazu verwendet werden kann, hat der Feldzug in Frankreich hinreichend dargetan. Die Reiterei ist keine Porzellanfigur, die unverseht wieder nach Hause gebracht werden soll; kann sie eine Wendung auf dem Gefechtsfelde herbeiführen, so ist sie ebensogut dazu berufen, selbst sich zu opfern, wie die anderen Truppen. Der Unterschied, daß bei ihrem Angriff auch Pferde fallen, kann doch höchstens Tierschutzvereine interessieren. Zwecklos wird sie kein Führer in die Vernichtung jagen, ebensowenig wie die Infanterie. Daß die Kavallerie sonst das Auge der Armee sein muß, daß auf dem Marsche ihr Platz weit vor der Front der operierenden Heere ist, gilt seit den Tagen Napoleons I. und dem Feldzuge von 1870 als Grundsatz für alle Armeen, aber gerade daraus ergibt sich die Möglichkeit von Zusammenstößen größerer Kavalleriemassen. Für beide Zwecke, für die Aufgaben vor der Front wie in der Schlacht, muß die Bewegung und die Lenkung großer Kavalleriemassen entsprechend geübt sein, wenn sie ihr Führer derart in der Hand haben soll, damit sie im rechten Augenblick einsetzen und bei tunlichst geringem Verlust die möglichst große Wirkung erzielen, was doch als höchster Zweck aller

kriegerischen Weisheit gilt. Früher, nach 1870, fanden zu diesem Behuf größere Kavallerieübungen statt, in den letzten Jahrzehnten hat man sie mit den Kaisermanövern verbunden, wohin sie auch gehören und die einzige Gelegenheit bieten, größere Kavallerieübungen überhaupt vorzunehmen. Infanterie und Kavallerie lernen auch dabei, wenn solche Übungen im Gefechtsgelände vorgenommen werden. Jedenfalls schadet es nichts, auch dem Manöver nicht, wenn einmal der Reitergeist, der in der deutschen Armee nicht erlöschen darf, bei solchem Anlaß zur Geltung kommt. Die Unterlassung könnte sich rächen, denn in anderen Staaten wird er durch größere Übungen gefördert, dagegen beeinträchtigen die größeren Kavallerieattacken die Hauptaufgabe der Reiterei, den Aufklärungsdienst, in keiner Weise. Die abfällige Kritik kommt am meisten von Leuten, die über das Wesen der Kavallerie nicht hinreichend unterrichtet sind oder die augenblickliche Lage des Manövers, in der die Angriffe erfolgten, nicht kannten. Die Manövertruppen, die sie sahen, zeigten freilich die Verluste nicht, die sie erlitten haben mußten, wenn es Ernst gewesen wäre. Unnatürliche Kriegsbilder müssen bei jedem Manöver entstehen, aber sie täuschen bloß den Laien. Im großen und ganzen können diese Erörterungen, die sich noch viel weiter fortsetzen ließen, mit der Bemerkung schließen, daß die deutsche Armee, so reichlich ihr auch wieder eine unfreundliche Kritik aus ganz verschiedenen Interessen zugemessen wird, auf einer Höhe der organisatorischen und taktischen Ausbildung steht, die sie früher noch nie besessen hat, und es wird in der deutschen Armee fortgearbeitet in einem Maße, das alle Achtung verdient.

Das gleiche gilt von der Flotte. Ihr Ausbau ist im Jahre 1903 wesentlich gefördert worden. Das trat nach außen hin hervor in der Bildung der aktiven Schlachtflotte, eines Gefechtsverbandes, wie ihn Deutschland früher nicht kannte. Noch zählte sie nur ein vollwertiges Linienschiffgeschwader, denn ein Teil der noch als solche gezählten Fahrzeuge ist veraltet. Das wird sich in den nächsten Jahren schon ändern und dann wird die deutsche Flotte nur aus einheitlich zusammengesetzten Divisionen bestehen. Diese Umwandlung der Seestreitkräfte verdankt Deutschland allein der vorzüglichen Arbeit seiner Werften, auf denen im verflossenen Jahre nicht weniger als zehn große Schiffe vom Stapel gelaufen sind. Die Vorzüglichkeit seiner, den höchsten Anforderungen an Seefestigkeit und Geschwindigkeit genügenden Torpedoboote erlaubt es Deutschland, vorläufig auf die Unterseeboote zu verzichten, so sehr sie auch in Frankreich gepriesen werden. Trotz ihrer Gediegenheit im einzelnen ist die deutsche Flotte noch immer zu klein, um allen überseeischen Aufgaben leicht entsprechen zu können, am wenigsten aber einer „Politik in Kürassierstiefeln“, die von manchen Seiten gefordert wird, eine ausreichende Grundlage zu bieten. Trotzdem haben deutsche Schiffe auch im Jahre 1903 mehrfach Gelegenheit gehabt, zum Schutz deutscher Bewohner und deutschen Eigentums im Auslande einzugreifen. Auf die einzelnen Übungen und Leistungen der Flotte ausführlich einzugehen, ist hier nicht nötig, dagegen möge ein englisches, also sicher nicht schmeichlerisches Ur-

teil Raum finden. „Daily Telegraph“ schrieb im Frühjahr: „Deutschland ist ein Beispiel dafür, daß man auch bei dem Bau einer großen Flotte methodisch vorgehen kann. . . Der Bau der Schiffe, die Ausbildung des nötigen Personals, die Beschaffung der nötigen Docks, alles hält miteinander Schritt. Es ist früher noch keinem einzigen Lande gelungen, ein Flottenprogramm in der systematischen Weise durchzuführen, wie es von Deutschland geschieht. Dabei baut Deutschland nicht nur ohne Unterbrechung mächtige Linienschiffe erster Klasse, sondern es verlängert auch seine Küstenverteidigungsschiffe und gestaltet sie dadurch zu brauchbaren Hochseelinien Schiffen um, die einen guten Kohlenvorrat mitnehmen können.“

Die deutschen Kolonien entwickeln sich langsam weiter, aber es geschieht nichts rechtes dafür. Für eine deutsche Kolonialpolitik im großen Stil ist der Reichstag wesentlich nur ein Hemmschuh, und weder das deutsche Kapital, das sich krämerhaft von großen überseeischen Unternehmungen zurückhält, noch der größte Teil der Tagespresse, die bei jeder Gelegenheit versichert, Deutschland habe kein „politisches“ Interesse im Mittelmeer und denke nicht daran, irgendwo zuzugreifen, ist geeignet, großen Respekt im Auslande einzusößen. Und dabei wird immer noch eine Politik in Kürassierstiefeln verlangt. Eine solche war unseren Kontinentalgegnern gegenüber, gestützt auf unsere Landmacht, vielleicht noch möglich, als Weltmachtpolitik müßte sie ohne eine viermal größere Flotte und ohne eine nach überseeischen Unternehmungen drängende Bevölkerung versagen. Und doch zeigt die Wichtigkeit der Erneuerung der Handelsverträge, daß Deutschlands Grenzen viel zu eng geworden sind für die steigende Menge seiner Ausfuhrprodukte und daß es vielfach mit dem guten Willen seiner Absatzländer zu rechnen gezwungen ist. Die ganze Kolonialpolitik ist von vornherein auf dem falschen Grundsatz aufgebaut worden, daß die Flagge dem Handel zu folgen habe. Heute handelt die ganze Welt nach dem umgekehrten Prinzip, und das deutsche Volk muß sich mehr mit dem Bewußtsein durchdringen, das in England und den Vereinigten Staaten längst zur alleinigen Triebfeder geworden ist, daß die Weltpolitik mit friedlichen und kriegerischen Mitteln ein staatliches Lebensinteresse ist, will man sich nicht auf den künftigen Kleinstaat vorbereiten. Davon steht freilich in keinem der so vortrefflichen Parteiprogramme ein Wort. Ein Fortschritt im besten Sinne des Wortes ist im verflossenen Jahre durch die Erweiterung des deutschen Kabelnetzes erreicht worden. Seit 1896 das 2200 km lange deutsche Kabel nach Vigo in Spanien gelegt wurde, ist eine stetig zunehmende Tätigkeit Deutschlands auf diesem wirtschaftlich und politisch gleich wichtigen Gebiete entwickelt worden. Das erste deutsche Kabel von Emden über die Azoren nach New-York wurde 1900 gelegt, im gleichen Jahre die Kabel von Tsingtau nach Tschifu und von Tsingtau nach Schanghai. Im ganzen sind in sieben Jahren 11.800 km deutsche Kabel gelegt worden mit einem Kostenaufwand von fast 30 Millionen Mark. Das Jahr 1903 brachte das zweite Kabel nach New-York. Außerdem hat Deutschland mit Holland eine

von englischen Einflüssen unabhängige Kabellinie nach der Südsee in Angriff genommen, und die Vereinigten Staaten haben die Anlegung des Kabels auf der Ladroneinsel Guam gestattet, über welche das nordamerikanische Kabel von San Francisco nach den Philippinen geht. Die deutsch-niederländische Gesellschaft wird von Menado auf Celebes über die deutschen Palauinseln ein Kabel nach Guam und von da nach Schanghai legen. Auf diese Weise wird eine Kabelverbindung nach Ostasien auch dann möglich, wenn die englischen Kabel nach Schanghai wieder einmal „gestört“ oder „überlastet“ sein sollten. Auch den deutschen Kolonien in der Südsee wird das neue Kabel günstigere Verbindungen verschaffen. Die Hauptsache wird aber sein, daß es das englische Kabelmonopol bricht. Die Entwicklung der Schutzgebiete in Afrika hat im abgelaufenen Jahre merkliche Fortschritte gemacht, und die Aussichten auf nutzbringende Entfaltung der großen, dort schlummernden Kräfte erscheinen wesentlich näher gerückt. Außer einer lebhafteren Beteiligung des deutschen Interesses überhaupt und des deutschen Kapitals im besonderen stellt sich aber der baldige Ausbau von Bahnen als dringendes Erfordernis dar. In Togo und Kamerun sind Bestrebungen für Bahnbauten im Gange, ebenso hat die Vorlage an den Reichstag auf Gewährung einer Zinsgarantie für eine ostafrikanische Bahn diesmal etwas günstigere Aussichten. Hoffentlich eröffnen die Vorgänge in Südwestafrika den Reichsboten die Einsicht dafür, daß solche Rückfälle nur möglich sind, weil man immer bei den notwendigsten Ausgaben geknauert hat. Am 28. Oktober hatten sich im äußersten Süden der südwestafrikanischen Kolonie die Bondelswarts empört, ein Stamm der Hottentotten. Englische Nachrichten hatten die Vorgänge sehr übertrieben hingestellt, aber das rasche Eingreifen der Schutztruppe unter dem Gouverneur Oberst Leutwein machte bald dem Aufstande ein Ende, und am Jahreschluß sahen sich die Schwarzen, von denen ein Teil nach dem britischen Klein-Namoland vertrieben und dort entwaffnet worden war, während ein anderer sich in das Karasgebirge geflüchtet hatte, zur Unterwerfung gezwungen. Leider hat die Entfernung der Schutztruppe nach dem Süden die Hereros veranlaßt, im Januar 1904 einen Aufstandsversuch zu unternehmen, der zahlreiche Plünderungen und Ermordungen von Weißen zur Folge gehabt hat. Das rasche Eingreifen des Reiches hat bald Wandel geschaffen, aber die Vernichtung der bereits geschaffenen Kulturen und die Kosten der schneidig eingeleiteten und geführten Expedition dürften doch auch im Mutterlande der Erkenntnis Durchbruch verschaffen, daß das Sparen am unrechten Ende schließlich recht teuer zu stehen kommt. Sehr günstig entwickelt sich die auf ganz anderer Kolonialgrundlage errichtete „Pachtung“ Tsingtau, das ein großer Kohlenexporthafen für ganz Asien zu werden verspricht und dessen Ausblühen von England mit neidischen Augen angesehen wird.

Verschiedenes.

Im Juni fand in Eisenach eine evangelische Kirchenkonferenz statt, die den lange erwogenen

Plan eines engeren Zusammenschlusses der evangelischen Landeskirchen zu stande brachte. Es handelte sich dabei um Verwirklichung eines auf sehr vielen Seiten geteilten Wunsches, den auch der Kaiser lebhaft befürwortete. Da nach und nach die einzelnen Kirchenregierungen ihre Zustimmung zu den Eisenacher Beschlüssen gegeben hatten, so trat im November ein deutsch-evangelischer Kirchenausschuß zusammen, der eine Kundgebung an das evangelische Volk beschloß.

In den Sommermonaten wurde in Dresden eine Städteausstellung abgehalten, die wegen ihrer Reichhaltigkeit und Gediegenheit an Stoff aus dem großen Gebiete der Stadtverwaltung weit über die Grenzen Deutschlands hinaus Aufmerksamkeit erregte und Anerkennung fand. In den ersten Tagen des September schloß sich ein deutscher Städtetag daran, der als erster dieser Art die Grundlage für künftige deutsche Städtetage schuf. Sein bleibender Wert ist, daß er diese Unterlage geschaffen hat und daß alle Vertreter in dem Bewußtsein der Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit solcher Zusammenkünfte einig waren.

In der ersten Hälfte des August tagte in Berlin eine internationale Vorkonferenz für drahtlose Telegraphie unter dem Vorsitz des Staatssekretärs des Reichspostamts Krätke, die sich über die wichtigsten Grundsätze für die internationale Regelung der Funkentelegraphie verständigte. Es wird erwartet, daß Deutschland daraufhin bald eine Einladung zu einer allgemeinen Konferenz der europäischen Mächte und der Vereinigten Staaten ergehen lassen wird, um ein internationales Übereinkommen über die Regelung der Funkentelegraphie abzuschließen.

Am 30. September fand in Warnemünde die feierliche Eröffnung der Dampffährlinie Gjedser-Warnemünde statt. Sie fördert Eisenbahnzüge über diesen Teil der Ostsee, und die Linie Warnemünde-Gjedser dürfte sich schon wegen ihrer günstigen Lage zu einem besonders wichtigen Verbindungswege zwischen Nord- und Mitteleuropa entwickeln. An der Feier nahmen der König von Dänemark, der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin, der preussische Verkehrsminister Bude, Reichspoststaatssekretär Krätke u. a. teil.

Am 1. Februar schied einer der letzten Männer, die an der Begründung des neuen Deutschen Reiches mitgewirkt haben, aus dem Leben. Im 86. Lebensjahre starb an den Folgen eines Schlaganfalls der ehemalige erste Präsident des Reichskanzleramts Dr. v. Delbrück. Fürst Bismarck hat seine ausgezeichneten Verdienste stets in der wärmsten Weise gewürdigt; so sagte er bald nach dessen Rücktritt, Delbrück sei „mit der ungewöhnlichsten Arbeitskraft, man kann sagen, mit der mehrerer begabter Männer“ ausgerüstet gewesen. Er hat sich auch schwer von Delbrück getrennt, doch war die Scheidung unvermeidlich, da Delbrück weder von Bismarcks Reichseisenbahnprojekt noch von dem unabweisbar gewordenen Übergang zur Schutzollpolitik etwas wissen wollte. Er erhielt seine Entlassung am 1. Juni 1876.

Am 26. April folgte ihm auf dem Todeswege ein zweiter, auch in der Zeit der Gründung des

Reiches oft genannter Mann, der frühere deutsche Botschafter Robert v. Kündell. Er hatte Bismarck 1864 nach Schleswig-Holstein, 1866 nach Böhmen, 1870 nach Versailles begleitet und ihm, durch Tüchtigkeit und lebenswürdiges Wesen in gleichem Maße ausgezeichnet, wertvolle Dienste geleistet. 1872 wurde er außerordentlicher Gesandter in Konstantinopel, von wo er 1873 nach Rom versetzt wurde, wo er bis zu seinem Ausscheiden aus dem Staatsdienst bis 1883 blieb. Er war 79 Jahre alt geworden.

Das Jahr 1903 ließ auch einige Parlamentsgrößen aus dem Leben scheiden. Am 23. März starb der erste Vizepräsident des preussischen Abgeordnetenhauses Fehr. Heeremann v. Zuydewyk im 71. Lebensjahre. Er gehörte dem Hause 33 Jahre hindurch an und war 21 Jahre Vizepräsident. Er war ein schroffer Ultramontaner und gehörte zu den Gründern der Zentrums-Partei, zeichnete sich aber als so gewissenhaftes und fleißiges Parlamentsmitglied aus und war dazu so lebenswürdig und zuvorkommend in seinem persönlichen Verkehr, daß er sich allgemeiner Beliebtheit erfreute und im Abgeordnetenhaus tatsächlich keinen persönlichen Feind besaß. Er hat sich auch als feiner Kunstkenner einen Namen gemacht.

Noch größere Teilnahme erregte das Hinscheiden des früheren Reichstagspräsidenten v. Loebeow, der am 7. August auf seinem Gute Gossow bei Königsberg in der Neumark im 76. Lebensjahre starb. Er war schon Mitglied des norddeutschen Reichstags, gehörte lange Zeit dem deutschen Reichstage als Mitglied an und war zehn Jahre hindurch dessen Präsident. Er legte das Reichstagspräsidium nieder, als die demokratische Linke und das Zentrum am 23. März 1895 seinen Antrag ablehnte, der Reichstag möge den Fürsten Bismarck zum 80. Geburtstage beglückwünschen. Er hat das Amt des Reichstagspräsidenten mit Ehren verwaltet, war stets bemüht, unparteiisch zu sein und die Würde des Hauses im Innern und nach außen zu wahren. Alle Parteien, auch das Zentrum und selbst die Sozialdemokraten widmeten ihm ehrende Nachrufe. Seit seinem Rücktritt befindet sich die erste Präsidentenstelle des Reichstags in den Händen des Zentrums, während sie vorher immer bei den Konservativen gewesen war.

Am 8. August starb in Bad Reichenhall ein viel genannter Mann, der frühere Burenoberst Adolf Schiel, der nur 45 Jahre alt geworden war. Zur Richtigsstellung der durch die meisten Zeitungen verbreiteten Nachricht, er wäre früher preussischer Husarenleutnant gewesen, sei hier bemerkt, daß er Ende der Siebzigerjahre bei dem damals in Braunschweig liegenden 67. Infanterieregiment seine Dienstzeit erfüllt hat und kurz darauf nach Südafrika ging, wo er sich in den Kaffernkriegen hervorragende Verdienste erwarb, später von der Transvaalregierung zum Grenzkommisär ernannt wurde und kurz nach Beginn des Burenkrieges als Oberst des deutschen Freikorps bei Elandslaagte verwundet in englische Gefangenschaft geriet. Von St. Helena entlassen, kehrte er 1902 nach Deutschland zurück. Er hat ein lezenswertes Buch über seine Erlebnisse in Südafrika geschrieben.

Der als welfischer Geschichtsschreiber bekannte Professor Onno Klopp starb am 9. Oktober in Wien im 71. Lebensjahre. Er hatte sich durch Preussenhäß und Verunglimpfung seiner Gegner in seinen Werken, die durchaus parteiisch gehalten sind, einen eigenartigen Ruf erworben. In diesem Sinne war er ein treuer Anhänger des depossidierten Königshauses von Hannover.

Ein anderer Hannoveraner, der den Frieden mit dem Deutschen Reiche gefunden hatte, war der Präsesident des preussischen Evangelischen Oberkirchenrates Dr. Barckhausen, der am 1. September während der Beerdigungsfeier des Generalsuperintendenten für Schlesien Nehmiz in Breslau starb. Er war 71 Jahre alt geworden. Sein letztes Werk war die evangelische Kirchenkonferenz in Eisenach.

Die Reihe der Toten des letzten Jahres schließen wir mit dem größten unter ihnen, mit dem Geschichtsprofessor Dr. Theodor Mommsen, der am 1. November in Berlin am Ende seines 86. Lebensjahres aus dem Leben schied. Zur richtigen Würdigung seiner Bedeutung wird man nur gelangen, wenn man ihn als Historiker und Gelehrten, nicht als praktischen Politiker betrachtet. Für das große Publikum, auch im Auslande, ist seine Name mit der römischen Geschichte untrennbar verbunden, er war der erste Geschichtsschreiber, der die Rechtswissenschaften und die Nationalökonomie in den Dienst der historischen Forschung stellte und der Kulturgeschichte gerecht wurde. Er hat für die moderne geschichtliche Betrachtung den Grundstein gelegt. Seit 1858 wirkte er in Berlin. Außer seinen großen Werken über die römische Geschichte und das römische Staatsrecht hat er über 1000 Arbeiten von verschiedenem Umfang über die mannigfaltigsten Fragen herausgegeben, alle gleich gründlich und vielfach neue Wege einschlagend. Am politischen Leben beteiligte sich Mommsen als Mitbegründer der Fortschrittspartei, dann als nationalliberales, später sezeßionistisches Mitglied des preussischen Abgeordnetenhauses und des Reichstages in den Jahren 1873—1882. Sein leidenschaftlicher Widerspruch gegen die nationale Wirtschaftspolitik des Reichskanzlers Fürsten Bismarck, gegen den er in übler Stunde das Schlagwort vom „Hausmeiertum“ richtete, seine mitunter befremdlichen Äußerungen zur Tagespolitik in den letzten Jahren werden verdienstmäßig der Vergessenheit anheimfallen, während seine unvergänglichen wissenschaftlichen Schöpfungen die Größe seines Namens dem Gedächtnisse der Nachwelt überliefern werden.

Nus Preußen.

Der preussische Landtag hat neben dem Reichstag in den letzten fünf Jahren meistens die Rolle eines im Verborgenen blühenden Veilchens gespielt und ist erst wieder mehr hervorgetreten, als in ihm neben dem in seiner Mehrheit ultramontan-demokratischen Reichstag der Vorkämpfer in der Polenpolitik entstand. Aufsehen hatte er vorher nur erregt durch das Scheitern der Kanalvorlage, bei der die Begleiterscheinungen in allen Parteilagern keineswegs zur Erhöhung seines Ansehens beitrugen. Am 13. Jänner wurde er zu seiner letzten Tagung versam-

melt. Die Thronrede trug in ihrer knappen Sachlichkeit das Merkmal einer guten Geschäftspolitik. Das Budget tat zwar dar, daß die großen Überschujjahre, deren sich noch Herr v. Miquel erfreute, vorüber sind, daß aber die Finanzlage Preußens außerordentlich viel günstiger ist als die des Reiches. Als sachkundigen und gewiß nicht zur Schönfärberei geneigten Zeugen dafür darf man ohne Zweifel den Abg. Eugen Richter anführen, der in seiner „Freis. Ztg.“ darüber bemerkte: „Das Reich verlangt für 1903 220 Millionen Mark Anleihenkredite, Preußen nur 73. Aber grundverschieden sind dabei die Zwecke, für welche die Anleihenkredite verlangt werden. Preußen nimmt 73 Millionen Mark auf, aber es tilgt auch 41 Millionen Mark Schulden. . . In Preußen beträgt das Extraordinarium der Eisenbahnverwaltung im neuen Etat allein schon 92 Millionen Mark, und rechnet man hinzu, was in der Verwaltung des Berg- und Hüttenwesens, der Domänen und Forsten noch für die Vermehrung des werbenden Anlagekapitals bestimmt ist, so kommt man auf 100 Millionen Mark. In Preußen ist daher nur ein Kassendefizit vorhanden, während die Bilanz nach der Gestaltung des Etats einen erheblichen Vermögenszuwachs aufweist.“ Die preussische Politik verdankt besonders der Miquelschen Finanzreform eine Widerstandsfähigkeit, wie sie kaum ein anderer Staat besitzt. Sie war sogar in der Lage, die Wirkungen des wirtschaftlichen Rückschlages einzudämmen, indem sie sofort Mittel ergriff, um einen gedeihlichen Umschwung einzuleiten. Für den Ausbau der Eisenbahnen, den Erwerb von Privatbahnen und die Förderung von Kleinbahnunternehmungen waren größere Mittel vorgesehen, ebenso wurde nicht auf den Schutz des Deutschtums in den Ostmarken verzichtet zur Festigung des deutschen Staatskörpers, das den alten, mit dem Blute seiner edelsten Söhne getränkten Kulturboden des Ostens nicht aufgeben kann, ohne auf die eigene Zukunft zu verzichten.

Bei der ersten Etatberatung am 19. Jänner griff der Zentrumsabgeordnete Friken die Ostmarkenpolitik scharf an und bezeichnete die Forderung für ein Residenzschloß in Posen als unnötig. Ministerpräsident Graf Bülow betonte in längerer, sehr wirksamer Rede, die Polenfrage sei gegenwärtig die wichtigste für Preußen und die Regierung werde unbedingt auf ihrer Stellung beharren; er kündigte dann noch einige neue Maßregeln an, insbesondere die Gewährung von Beihilfen an höhere Beamte zur Erziehung ihrer Kinder, ferner neue Eisenbahnbauten und die Teilung der Ansiedlungskommission. In bezug auf den Bau des Residenzschlosses in Posen gedachte Graf Bülow sehr warm der ungemein günstigen Einwirkung, welche der häufige Aufenthalt des Kaisers in Elsaß-Lothringen auf die Ausöhnung der Bevölkerung mit dem jetzigen Zustande gehabt habe, und war der Meinung, daß auch für Posen ähnliche Wirkungen eintreten würden. Am 19. März wurde wegen Erkrankung des ersten Vizepräsidenten Freiherrn v. Heeremann der Zentrumsabgeordnete Dr. Porsch mit seiner Stellvertretung betraut, und beim Etat des Finanzministeriums die zweite Lesung über die Forderungen zum Schutze des Deutschtums begonnen. Zentrum und

Polen erklärten sich dagegen, die Konservativen dafür, die Freisinnigen stellten Abänderungsanträge und auch der nationalliberale Abg. Hobrecht äußerte Bedenken wegen der Widerruflichkeit der Zulagen an Beamte. Am folgenden Tage wurde die Debatte fortgesetzt und der Finanzminister v. Rheinbaben wies dabei in scharfer Weise die Angriffe des polnischen Abg. v. Giebocki auf die preussische Verwaltung und den früheren deutschen Orden zurück. Der freisinnige Antrag wurde abgelehnt. Am 27. März wurde Dr. Porsch auf Vorschlag des Abg. Hobrecht definitiv zum ersten Vizepräsidenten gewählt. Am 1. Mai schlossen beide Häuser des preussischen Landtags ihre Tätigkeit. Das Abgeordnetenhaus hatte noch am Tage vorher die Annahme des Gesetzes über die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst in der vom Herrenhause beschlossenen Fassung abgelehnt, weshalb Finanzminister v. Rheinbaben im Herrenhause die Erklärung abgab, die Regierung habe unter diesen Umständen kein Interesse an der Weiterberatung. In der abgelaufenen Legislaturperiode hatte das Abgeordnetenhaus die Ausführungsgesetze zum bürgerlichen Gesetzbuch, Gesetze über Aufbesserung der Lehrergehälter, Einrichtung des Kreisarztswesens, Fürsorgeerziehung, Änderung des Gemeindevahlrechts, Provinzialdotationen, Warenhaussteuer u. a. erledigt.

Die preussischen Landtagswahlen fanden im November statt, woran sich zum erstenmal, durch den Reichstagswahlerfolg kühn gemacht, die Sozialdemokraten beteiligten, aber eine vollständige Niederlage erlitten; sie erhielten selbst in den Stichwahlen kein einziges Mandat, da der Richtersche Freisinn ihre Ansprüche zurückwies und die Führer der freisinnigen Vereinigung keine Gewalt über die bürgerlichen Wähler besaßen. Daß aber die Öffentlichkeit der Wahl den Sozialdemokraten nichts geschadet hat, weil sie angeblich die Kontrolle der Stimmabgabe ermöglicht, wurde überall konstatiert, ihre Wahlaufscher waren zur Stelle. Auch die beiden freisinnigen Parteien erlitten wieder Einbußen, es wäre aber falsch, dem Dreiklassensystem die Schuld daran beizumessen, denn dieses hat seinerzeit das Zustandekommen der niederdrückenden liberalen Mehrheit in der Konfliktzeit nicht gehindert. Es liegt darum an anderen Gründen, wenn der Liberalismus nicht mehr vorwärts kommt. Er hätte ja auch damals, als er die große Mehrheit hatte, für die Reform des jetzt so geschmähten Wahlrechts Sorge tragen sollen, wenn es so schädlich ist, wie jetzt behauptet wird. Unstreitig hat bei den Landtagswahlen das laute Streben der Sozialdemokraten, um jeden Preis in den Landtag zu kommen, sehr viele aufgerüttelt und zu dem bemerkenswerten Zusammenschluß der rechtsstehenden Parteien geführt, und unter den Freisinnigen hat das Streben der äußersten Linken eine gewisse reinliche Scheidung bewirkt. Bei den Wahlen hatte das Zentrum drei Sitze an die Polen abgeben müssen, die Nationalliberalen waren von 57 auf 59 Mitglieder angewachsen, die beiden konservativen Fraktionen hatten ihre 202 Mandate glatt behauptet, ebenso leider die Polen ihre 13 (im Jahre 1879 besaßen sie 19, im Jahre 1893 noch 17). Nach den Wahlen begann der alte Streit

über das Wahlrecht wieder. Hatte am 16. Juni bei den Reichstagswahlen oder am 20. November bei den preussischen Landtagswahlen die „Stimme des Volkes“ gesprochen? Gibt es überhaupt ein vernünftiges Wahlrecht? Ist es vernünftiger, wenn der Reichskanzler und sein Kutscher bei der Reichstagswahl gleiches Wahlrecht haben und sich gegenseitig vernunten, oder wenn beide zum preussischen Landtag in der dritten Klasse wählen und ein reicher Rentier daneben in der ersten? Vernunft liegt in beiden Fällen nur darin, wenn der deutsche Bürger sein Wahlrecht versteht und richtig auszuüben lernt ohne die Agitatoren, sonst aber nicht.

Mittel- und Kleinstaaten.

Zu der berechtigten und unberechtigten Unzufriedenheit, die eines der Hauptmerkmale im politischen Leben des verflossenen Jahres gewesen ist, gehört in den Einzelstaaten wie im Reich die Unzulänglichkeit der Wahlgesetze und die verfahrenre Finanzlage der Staaten. Während die Reichsregierung der vollkommensten Wahlfreiheit offene Tür gemacht hat, damit das Volk darüber klar werde, daß unbefriedigende Wahlergebnisse nicht etwa an gewissen Schikanen, sondern an den Mängeln des Wahlrechts und an dem unverständigen Gebrauch desselben liegen, denkt die preussische Regierung gar nicht daran, an dem über ein halbes Jahrhundert bestehenden Dreiklassenwahlrecht etwas prinzipiell zu ändern. In den Mittelstaaten haben dagegen die Regierungen den Wünschen der Parlamentarier Entgegenkommen gezeigt und sind mit mannigfachen Abänderungsvorschlägen hervorgetreten. Freilich ist man auch in den kleineren Staaten dem Geheimnis, wie ein vollkommenes Wahlgesetz beschaffen sein müsse, doch nicht nahe gekommen, sondern die „Forderungen“, die sich sehr stark widersprechen, richten sich ganz nach den Wünschen und Interessen der Parteien, je nachdem sie bei einer Abänderung in gewissem Sinne mehr Mandate für sich heraus schlagen können. Es ist selbstverständlich, daß auf solcher Grundlage niemals etwas Rechtes erreicht werden kann; es ist möglich, daß hier und da gelegentliche Parteipromisse eine neue Wahlordnung zu Stande bringen, aber sicher nichts, was allgemeine Befriedigung, sondern wieder nur Stoff zu neuen Parteikämpfen schaffen wird. Bisher sind alle Anstrengungen und die Mühe der Presse umsonst gewesen, es ist noch nirgends etwas fertig geworden und auch wenig Aussicht dafür.

Ebenso steht es bis jetzt mit der traurigen Finanzlage und den Klagen über die Steuerlast. Das Steuerzahlen ist ja für die meisten Staatsbürger keine erfreuliche Sache, aber das ewige Klagen über die Steuerlast ist nur ein Beweis von geringem Verständnis für das Wesen des Staates. Abgesehen davon, daß in allen anderen Staaten die Steuern höher sind als in den deutschen, ohne daß dort mehr geklagt wird, liegt es doch auf der Hand, daß der Staat an und für sich kein Geld hat, sondern daß man ihm geben muß, wenn er geben soll, um so reichlicher, je mehr man von ihm verlangt. Daran wird auch nichts dadurch geändert, daß man sich immer mehr in einen gewissen Zorn gegen

den Staat und den „Fiskus“ hineinredet und aus Ärger darüber noch mehr Bier trinkt als ohnehin geschieht. Der Staat an und für sich hat auch gar keine Bedürfnisse, sondern er ist eine Einrichtung, die auf Kosten der Bürger ihre allgemeinen Bedürfnisse nach äußerer und innerer Sicherung, Förderung der wirtschaftlichen Wohlfahrt und Sittlichkeit, Auszubildung für die Zukunft usw. zu befriedigen hat. Daß dies möglichst nützlich, gerecht und billig geleistet wird, ist in erster Linie Pflicht der Staatsregierung, und um sie dabei zu kontrollieren, hat man ihr überall im vergangenen Jahrhundert Parlamente zur Seite gesetzt, deren wichtigste Aufgabe darin besteht, ein den Bedürfnissen und dem Leistungsvermögen entsprechendes Übereinkommen mit der Regierung über die Einnahmen und Ausgaben des Staates abzuschließen. Wenn nun diese anscheinend so vollkommene Einrichtung nicht befriedigt, so dürfte der Fehler an der Kontrolle liegen, für die man nicht die geeigneten Leute wählt, sondern Männer, die nur den wirklichen und den vermeintlichen Schmerzen des Volkes schmeicheln, um dadurch seine Gunst zu erlangen und auf diese Weise in die bevorzugten Parlamente zu kommen, wo sie aber, der trockenen Notwendigkeit gegenüber, von ihren Versprechungen auch nichts, dagegen ihre schönen Reden wieder halten. Diese gleichen insofern den Rosen, als sie in den schönsten Partei- und Modifarben schimmern und so balsamisch duften, daß sich empfindsame Leute dabei in die Nähe des Paradieses versetzt wähnen; aber hinterher bringen sie keine Frucht, nicht einmal Hagebutten. Man muß von dieser Parteirosenzucht abgehen, für die man in Deutschland doch noch nicht reich genug ist, und zur praktischen Politik, der Pflege des Getreide- und Obstbaues übergehen, die ja auch des poetischen Reizes, namentlich zur Ernte- und Fruchtzeit, nicht entbehren. Ein paar Rosenanlagen dazwischen brauchen trotzdem nicht zu fehlen, aber sie dürfen nicht die Hauptsache sein. Man muß zur praktischen Wahlpolitik greifen und Männer wählen, die Einsicht und Erfahrung für das Staats- und Erwerbsleben mitbringen, die nicht nur die Hoffnung erregen, das Heil sei von zukünftigen Staatsverbesserungen oder gar einem besonderen Zukunftsstaat zu erwarten, durch Versprechungen, die sie gar nicht halten können; die nicht bloß den Männerstolz nach oben hin besitzen, sondern auch ihren Wählern gegenüber, die sie offen über das Wesen des Staates und seine Notwendigkeiten aufklären könnten. Denn der deutsche Wähler ist gar nicht so kurzfristig, daß er für vernünftige Darstellungen unzugänglich wäre; wenn man ihn aber von allen Seiten aufreizt, wird er wild, wie andere Völker auch, und handelt in der Aufregung gegen seine eigenen Interessen. Damit kommt er aber aus seinen Steuerlasten nicht heraus, die, soweit sie notwendig sind, getragen werden müssen, und von denen ihn, soweit sie ungerecht verteilt sind, keine Parteienwirtschaft in den Parlamenten befreien wird. Parteien haben noch niemals Unparteiliches geschaffen und können es ihrer Natur nach nicht, denn vor dem Vaterland, dem Wohle der Allgemeinheit, muß das Wohl der Partei stehen, sonst hebt sie sich selbst auf. Man sieht ja gegenwärtig schon im

Reichstag, wo es sich um die einfache Beseitigung einer Formel handelt, die jeder zukünftigen Reichsteuereform im Wege steht, daß die Angelegenheit reinweg mit Parteiaugen angesehen und als Parteisache behandelt wird. Und doch ist die Gesundung der Finanzen der Einzelstaaten nur möglich nach einer Reichsfinanzreform, deren Hindernisse zu beseitigen sind, die aber dann erst in Angriff genommen werden kann, sobald nach dem Inseltreten der Handelsverträge eine Übersicht über die Wirkungen des neuen Zolltarifs gewonnen sein wird. So lange muß man eben warten.

In diese Frage spielt auch die Lage der Eisenbahnen in den Mittelstaaten mit hinein. Seitdem vor fast drei Jahrzehnten der Bismarcksche Plan der Reichseisenbahnen an partikularistischen und privaten kapitalistischen Interessen auf unabsehbare Zeiten gescheitert ist, haben die Mittelstaaten gegenüber der großen preußischen Staatseisenbahngemeinschaft ihre Eisenbahnpolitik auf eigene Faust treiben müssen, und durch praktische Übung sowie Gehen und Geschehenlassen der Dinge haben sich allmählich die Verhältnisse ausgebildet, die weder dem Wohle der Einzelstaaten noch dem des Reiches dienlich sind. Mit von findigen Köpfen über die Massen angepriesenen Tarifreformen und Spezialitäten hat man zwar verschiedene Versuche unternommen, um eine Wendung herbeizuführen und dem preußischen Tariffsystem gegenüber einen Vorsprung zu gewinnen, aber es wurde damit nichts erreicht. Am meisten bedrückt fühlen sich das zwischen Österreich und Preußen eingeklemmte Sachsen und Württemberg, durch welches keine große nord-südliche oder ost-westliche Verbindung führt. Bedrängt fühlen sich ebenfalls die pfälzischen Bahnen, die ringsum von größeren Eisenbahnen umgeben sind und deren Aktionäre mit Eifer den Verkauf zu guten Preisen an den bayerischen Staat betreiben, der sich aber bisher nicht entschließen konnte, die gewünschten Preise zu bezahlen. Strenggenommen ist den Verwaltungen der einzelnen Bahnen an den unendlich gewordenen Verhältnissen keine Schuld beizumessen, sie tun, was sie können, und trachten danach, aus unerträglichen Zuständen für sich so viel als möglich herauszuwirtschaften. An gegenseitigen Vorwürfen fehlt es natürlich nicht, namentlich gegen die preußische Staatsbahnverwaltung, dabei wird nur immer übersehen, daß die nichtpreußischen Bahnen genau so vorgehen, soweit sie eben können. Alle Übelstände sind bloß die Folge der Unzulänglichkeit der einzelstaatlichen Verwaltung und des dadurch bewirkten Rückganges der Eisenbahnrente mit der Wirkung auf den gesamten Staatshaushalt. Auf die Dauer ist dieser Zustand gewiß nicht zu ertragen, denn er kommt einer Vergendung des Nationalvermögens gleich. Aber man wird den Zustand eben doch leiden müssen, so lange sich nicht die Erkenntnis in weiteren Kreisen des Volkes Bahn bricht, wo der Fehler eigentlich liegt. Daß dabei neue Gelegenheit geboten wird, eifrig auf die Preußen zu schimpfen, ist nicht von Belang, da die internationalen Verhältnisse eine Lockerung des Reiches schlechthin verbieten. Darum ist es ziemlich gleichgültig, wie lange die bayerische Briefmarke noch fortbesteht, oder wann und in welcher Gestalt sich

der doch unvermeidliche Zusammenschluß vollziehen wird, denn es sträuben sich gegen ihn nur noch überlebte Souveränitätsbedenken und die politische Voreingenommenheit breiter Schichten der Bevölkerung gegen weitere „Verpreußung“, Gesichtspunkte, die im Grunde genommen sehr kurzichtig, aber nun einmal vorhanden sind und von einflussreichen Parteien zur Wahrung der eigenen Stellung sorgsam gehütet werden. Das Großherzogtum Hessen hat schon seit mehreren Jahren den Anschluß seiner Bahnen an die preußischen bewirkt, natürlich nicht, ohne daß auch dort aus parteilichen Gründen der Vorteil absichtlich verschwiegen und auf Preußen weiter geschimpft wird. Den anderen Mittelstaaten wird nichts anderes übrig bleiben, als nach und nach den gleichen Schritt zu tun, gerade so, wie es vor 80 Jahren beim Zollverein war. Eine Eisenbahnvereinigung der Mittelstaaten ist noch viel aussichtsloser und würde erst recht allen Eifersüchteleien und Souveränitätsbedenken Vorschub leisten; das notwendige Ende wird der Anschluß an die preußisch-hessische Eisenbahngemeinschaft sein. Die Verhandlungen in der bayerischen, sächsischen und württembergischen Kammer ließen vielfach durch das, was gesagt, noch öfter durch das, was nicht ausgesprochen wurde, ganz deutlich erkennen, daß die Unterströmungen in nicht ferner Zeit an die Oberfläche kommen werden. Die Gegenwart steht im Zeichen des Verkehrs, und zwar des Weltverkehrs, keineswegs aber des Partikularverkehrs. Fürst Bismarck hat seinerzeit alle die Unzulänglichkeiten, mit denen die Mittelstaaten heute kämpfen, vorausgesagt, als diese von der Reichseisenbahnpolitik nichts wissen wollten.

Bayern. Es erregte im Februar im allgemeinen großes Erstaunen, daß der Ministerpräsident Graf Crailsheim, der dem Ministerium schon 23 Jahre angehört hatte, seine Entlassung erbat und auch erhielt. Der Presklärm darüber hielt längere Zeit an und namentlich die liberalen Blätter blieben hartnäckig dabei, daß sein „Sturz“ ein Werk des Zentrums sei. Über die wirklichen Vorgänge bei dem Ministerwechsel ist nie etwas Authentisches bekannt geworden, aber Andeutungen, die von verschiedenen Seiten kamen, lassen kaum einen Zweifel darüber, daß das persönliche Auftreten des Grafen seinen Kollegen gegenüber Gerwürfnisse hervorgerufen hatte, die er durch sein Abschiedsgesuch zu übertrumpfen vermeinte, das aber wider sein Erwarten angenommen wurde. Sein Nachfolger wurde der erst im Vorjahre von seinem Posten als Gesandter in Wien zum Kultusminister berufene Freiherr v. Podewils, der auch unzweifelhaft dem Auftreten seines früheren Ministerpräsidenten gegenüber Widerstand geleistet hatte. Ein am 10. Dezember in der ersten Kammer vom Grafen Crailsheim heraufbeschworenes Rededuell mit seinem Nachfolger vermochte diesen Eindruck nicht abzuschwächen, bewies dagegen, daß Freiherr v. Podewils an Takt und diplomatischer Feinheit überlegen war. Von besonderem Interesse mußte die Frage sein, welche Stellung das neue Kabinett gegenüber dem Verhältnis Bayerns zum Reich einnehmen werde. Ministerpräsident Freiherr v. Podewils hatte im Sommer einen Besuch in Berlin

gemacht und war sowohl vom Kaiser wie vom Reichskanzler mit großer Auszeichnung empfangen worden. Man muß sich erinnern, daß im Vorjahre das bayerische Zentrum wegen des Swinemünder Telegramms des Kaisers auf dem bayerischen Katholikentag und im Reichstag heftige Anklagen über Unitarismus und Absolutismus erhoben. Ministerpräsident Graf Crailsheim hatte diese Anklagen für grundlos erklärt und daselbe tat auch



Clemens Freiherr v. Podewils-Dürnitz, f. bayerischer Ministerpräsident.

sein Nachfolger. Freiherr v. Podewils betonte ausdrücklich im Landtag, der Kaiser wie der Reichskanzler seien der Überzeugung, daß die Rechte der Bundesfürsten und der Bundesstaaten nicht beeinträchtigt werden dürften. Er konnte als Beweis dafür die Ernennung des bayerischen Bundesratsbevollmächtigten von Stengel zum Schatzsekretär des Reiches anführen. Das gute derzeitige Verhältnis beruhe auf der langjährigen ausgezeichneten Wirksamkeit des Grafen Crailsheim und des bayerischen Bundesratsbevollmächtigten Freiherrn v. Lerchenfeld. Die bayerische Regierung habe ihre Aufgabe nicht in fruchtloser Passivität, sondern in tätiger Mitwirkung zu erblicken. Das Ansehen Bayerns im Auslande stehe um so höher, je ge-

achteter das Königreich an der Lösung der dem Reiche gestellten Aufgaben teilnehme. Obgleich Freiherr v. Podewils ausdrücklich die föderative Grundlage des Reiches betonte und besonders das Reservatrecht der bayerischen Briefmarken aufrecht zu erhalten erklärte, waren doch die bayerischen Partikularisten von seinem Programm wenig erbaut, aber das Zentrum war zufrieden oder tat wenigstens so, denn es war klug genug, um es mit dem neuen Ministerium nicht zu verderben, das ja ohnehin keiner Kulturkämpferischen Anwandlungen verdächtig war. Dagegen sprach Freiherr v. Podewils am 27. Oktober im Landtag die Bitte aus, man möge den parteiischen und konfessionellen Hader hinter der Volkswohlfahrt und den Kulturaufgaben zurücktreten lassen.

Der Landtag war am 29. September eröffnet worden. Das vom Finanzminister Freiherrn v. Riedel vorgelegte Budget brachte keine Überraschung, es schloß ohne Defizit und schlug bloß eine Mehreinnahme vor, eine Erhöhung der Gebühren und der Erbschaftsteuer um 10 Prozent. Der Finanzminister betonte die dringende Notwendigkeit einer Reichsfinanzreform in dem Sinne, daß man das Reich durch neue Einnahmen selbständiger mache. Der Kultusetat enthielt jene 100.000 Mark für Kunstzwecke wieder, an deren Verweigerung durch die Zentrumsmehrheit im vorigen Jahre die bekannte Swinemünder Depesche angeknüpft hatte. Ferner wurde dem Landtag eine Denkschrift über die Errichtung eines Verkehrsministeriums mit dem 1. Jänner 1904 vorgelegt. Am 3. Oktober ging dem Hause auch der Entwurf eines neuen Landtagswahlgesetzes zu, nach welchem die Wahl direkt und geheim erfolgen und die relative Mehrheit (über ein Drittel) für das Mandat genügen soll. Weiter auf dieses Wahlgesetz einzugehen, kann entfallen, da es keine Aussicht hat, zu stande zu kommen. Am 5. Oktober erklärte Freiherr v. Podewils, die Verstaatlichung der pfälzischen Bahnen sei hinausgeschoben worden, weil ihre Übernahme für den Staat kein gutes Geschäft sei, von einem Anschluß an die preuß.-hess. Eisenbahngemeinschaft könne nicht die Rede sein. Der Landtag

befasste sich u. a. auch mit einer Änderung seiner Geschäftsordnung und der selbstverständliche Zweck davon war, eine Verkürzung der viel zu langen Tagungen herbeizuführen, es ist aber nur Nebensächliches geändert worden, des Redens mag sich keiner enthalten. So war z. B. im November zur Beschleunigung der Geschäfte eine Abend Sitzung anberaumt worden, in der aber die Herren allein anderthalb Stunden über die Trinkgelder und das schlechte Einschenken im Hofbräuhaus redeten.

Am 17. Dezember wurde der bisherige Ministerialrat v. Frauendorfer zum Verkehrsminister ernannt; er hatte bisher schon die Verkehrsabteilung des Ministeriums des Äußern geleitet. Er ist erst 48 Jahre alt, stammt aus einer oberpfälzischen katho-

lischen Lehrerfamilie und hat sich durch seine ganz besondere Befähigung für das Eisenbahnwesen rasch emporgearbeitet. Er erfreut sich außerhalb seines Heimatlandes in Fachkreisen hoher Achtung. Seine erste Aufgabe wird sein, die etwas zerfahrene Dezentralisation des bayerischen Eisenbahnwesens ungefähr in der Weise zusammenzufassen, wie es in Preußen der Fall ist, und später die Pfälzer Bahnen zu verstaatlichen. — Die Frage der Kanalisierung des Mains von Offenbach bis Aschaffenburg ist nicht vorwärts gegangen. Der Plan war von Bayern Ende 1902 fertiggestellt und im September fand in Nürnberg eine Konferenz der Mainuferstaaten darüber statt. Bayern hat sich aber bisher nicht zu der Forderung Preußens, bei der für den Umschlagplatz in Aschaffenburg geltenden Tarifbestimmung gehört zu werden, geäußert. — Am 28. Juni fand in München unter dem Vorsitz des Prinzen Ludwig die Konstituierung des neuen Vereins zur Begründung eines Museums von Meisterwerken der Naturwissenschaft und Technik statt. Es soll ein Seitenstück zu dem germanischen Museum werden und für ganz Deutschland bestimmt sein. Prinz Ludwig schloß die Versammlung mit einem Hoch auf den Prinzregenten und den Kaiser.

Prinz Rupprecht von Bayern hatte mit seiner Gemahlin und dem Prinzen Georg eine sechsmonatliche Reise nach Ostasien unternommen, auf der er am 14. März in Peking eintraf. Nachdem beide Prinzen eine vierzehntägige Tour zu Pferde nach Wu-tei-schan unternommen hatten, wurden sie am 3. April vom Kaiser und der Kaiserin-Regentin empfangen. Prinz Rupprecht und Gemahlin suchten dann ein japanisches Bad auf, während Prinz Georg einen Abstecher nach Korea machte. Als Prinz Rupprecht mit Gemahlin im Juli heimkehrte, fanden sie, daß ihre jüngste Tochter Irmengard am 21. April an der Diphtheritis gestorben war. Die Prinzessin Rupprecht mußte sich im August einer gefährlichen Operation unterziehen, die sie aber glücklich überstand.

Für Sachsen begann das Jahr 1903 unter denselben unglücklichen Umständen, mit denen das Vorjahr geschlossen hatte. Der König Georg und auch die Königin-Witwe Carola waren erkrankt, der Scheidungsprozeß des Kronprinzen wurde geflüßeltlich von Klatschblättern und königsfeindlichen Zeitungen zu Sensationen und einer Mißleitung der öffentlichen Meinung ausgebeutet, die aller Vernunft spottete, aber beweist, wie auch ein sonst tüchtiges Volk durch politische Suggestion bearbeitet werden kann. Hintertreppenklatsch, Urteilslosigkeit, Verwirrung des sittlichen Gefühls bis in die höchsten Kreise, Sensationsmache in den Schaufenstern u. a. lösten allerlei Stimmungen aus zu einer großen Unzufriedenheit „nach oben hin“, die auch durch den wahrscheinlich kläglichen Ausgang des Dramas nicht gemindert wurde. Erst nach dem Ausfall der Reichstagswahl trat eine Ernüchterung ein, als man sah, was man angerichtet hatte. Dem König Georg, den man durch Andeutungen indirekt für alles verantwortlich machte, wurde damit ein schweres Unrecht angetan; es war ja vieles nicht in Ordnung im Lande, aber er hatte die Zustände so von seinem

Bruder übernommen, unter dem man sie erträglich gefunden. Daran dachte niemand, die empfindsamsten Seelen und die demokratischen Herzen fanden sich einmütig zusammen in dem Kummer um die „edle Frau“, die zwar trotz aller „unendlichen Güte und Liebe“ mit einem jungen Abenteuerer durchgebrannt war, aber dessenungeachtet „ihre fünf Kleinen und ihr Sachsen nicht verläßt“, wie ein Dresdner Blatt schrieb. Der König erholte sich nur langsam und konnte erst am 12. Februar einen kleinen Jagdausflug unternehmen. Inzwischen war auch der zweite Sohn des Kronprinzen, Friedrich Christian, an Unterleibstypus lebensgefährlich erkrankt. Erst Mitte März war König Georg wieder vollkommen genesen und rüstete sich zu längerem Aufenthalt im Süden; noch am Tag der Abreise traf der Kaiser zum Abschied aus Berlin ein. Es machte doch einigen Eindruck, daß es dem Kaiser Wilhelm ein Herzensbedürfnis war, den König nach der Erkrankung zu beglückwünschen und ihn auch mündlich der herzlichsten Teilnahme zu versichern an dem tiefbetäubenden Geschehe, von dem das Haus der Wettiner heimgesucht worden war. Die Begegnung der beiden Monarchen war überaus herzlich. Bei der Galatafel im Schloß sprach der Kaiser ausdrücklich aus, daß er den Dank, den er dem verstorbenen König Albert schulde, auf den König Georg übertrage, und daß, „was den Wettinern Freude und Leid, stets auch den Hohenzollern Freude und Leid ist.“ Nachdem König Georg den Kaiser zur Bahn geleitet hatte, reiste er selbst nach Gardone am Gardasee ab. Nach sechs Wochen kehrte er von da zurück und traf am 27. April abends in Wien ein, um dem Kaiser Franz Joseph seinen Besuch zu machen; er wurde von diesem auf dem Bahnhofe auf das herzlichste empfangen und nach der Hofburg geleitet. Abends beim Galadiner wurden die freundschaftlichsten Toaste gewechselt. Am nächsten Tage machte König Georg einen Jagdausflug in das Hochrevier Mannswörth und fuhr nachmittags mit dem Kaiser Franz Joseph zum Familiendiner im Augartenpalais bei seinem Schwiegersohn, dem Erzherzog Otto. Am 29. April begleitete der Kaiser den König zum Bahnhof. Nach herzlichem Abschied unter Umarmung und Kuß fuhr König Georg zum Besuch des Prinzregenten Euitpold nach München, wo großer Empfang und sympathische Begrüßung durch die Bevölkerung stattfand. Abends war große Galatafel im Schloß und später Galavorstellung im Prinzregententheater. Am anderen Morgen begleitete der Prinzregent seinen Gast zum Bahnhof. Mittags traf König Georg in Stuttgart ein, wo er vom König von Württemberg und den Prinzen empfangen wurde. König Wilhelm II. verlieh dem König Georg das Regiment „Alt-Württemberg“, was letzteren veranlaßte, in seinem Toast bei der Galatafel auf die Waffenbrüderschaft der Sachsen und Württemberger vor Paris hinzuweisen. Am 2. Mai abends reiste König Georg von Stuttgart ab und traf am folgenden Tage in Dresden ein, wo ihm ein feierlicher Empfang bereitet wurde. Die Veranstalter hatten aber dabei die Ungeschicklichkeit begangen, bei der Aufforderung Anregungen zu geben, die von den Bearbeitern der

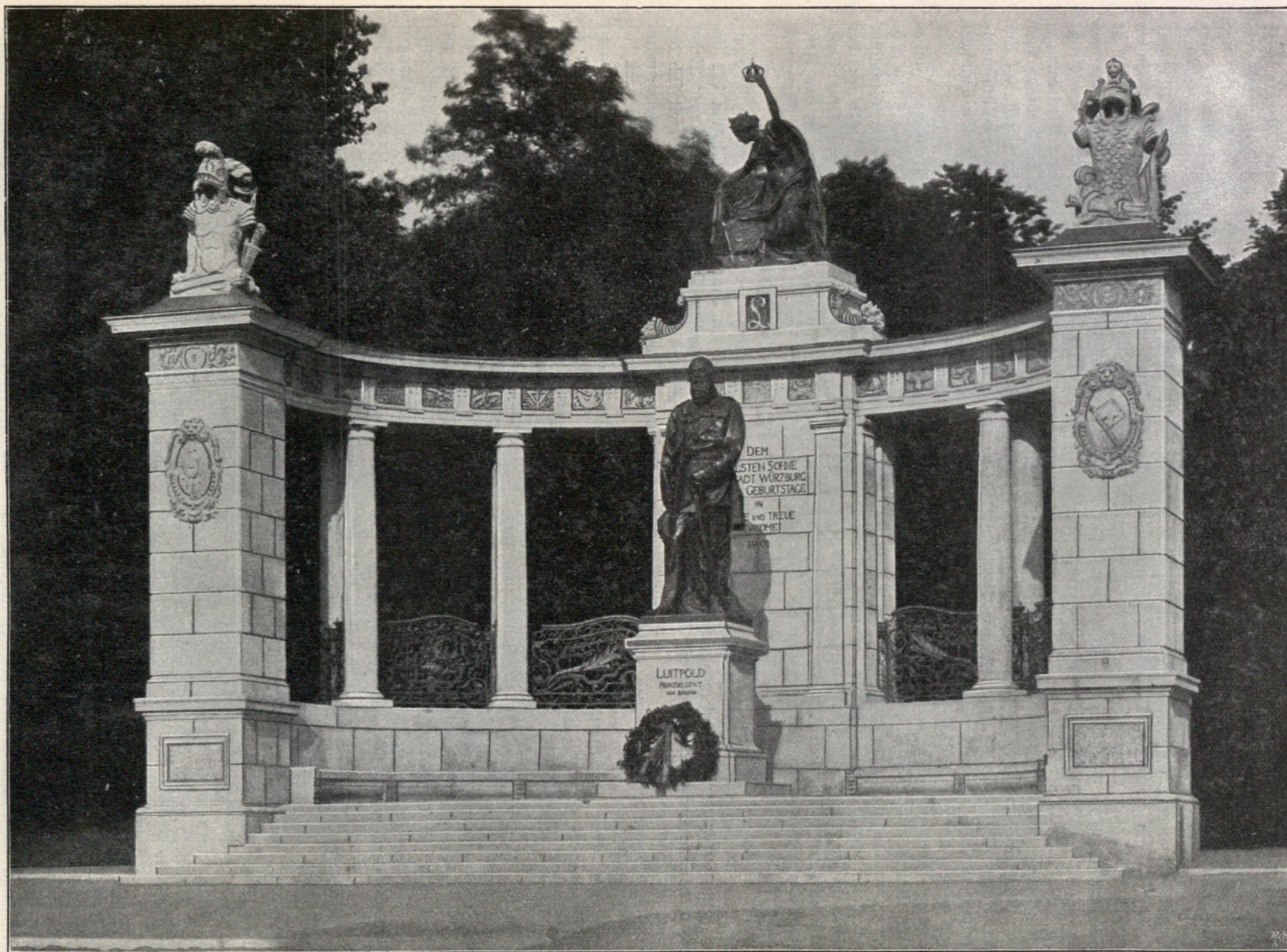
öffentlichen Meinung als PreSSION ausgelegt werden konnten. Das war gar nicht nötig gewesen, denn es gab schon Leute genug, die die ungerechtfertigte Heße und die dadurch angerichtete Vergiftung der öffentlichen Meinung klar erkannten; der Empfang hätte sich darum ganz von selbst großartig gestaltet.

Der Ausfall der Reichstagswahl in Sachsen ist schon erwähnt worden. 22 Wahlkreise versfielen der Sozialdemokratie, nur einer, die Lausitz, wählte in der Stichwahl einen Antisemiten. König Georg ließ sich dadurch trotz der allgemeinen Niedergeschlagenheit in bürgerlichen Kreisen nicht entmutigen, sondern sagte am 3. Juli beim Empfang in Meissen: „Man wird mitunter irre an seinem Volke, aber ich bin es noch nicht geworden,“ und wenige Tage darauf erwiderte er dem Bürgermeister von Zwickau, den Mut dürfe man nicht sinken lassen, wenn auch die Zeit ernst sei. Ihn traf ja auch die geringste Schuld. Mit Ausnahme der wohl an sich berechtigten, aber bei der augenblicklichen Finanzlage des Landes nicht opportunen Erhöhung der Zivilliste hatte er nichts getan, wofür er irgendwie wegen der Lage des Landes verantwortlich gemacht werden konnte. Dafür liegen die Ursachen weiter zurück und sie haben neben dem Anwachsen der städtisch-industriellen Bevölkerung und der Gedankenarmut der bürgerlichen Parteien den Wahlausgang verschuldet. Das unglückselige Landtagswahlgesetz von 1896, der Verfall des einst so blühenden Finanzwesens und die Folgen des Leipziger Bankkrachs von 1901, dessen gerichtliche Sühne dem Volksempfinden nicht entsprach, boten der demagogischen Agitation geeignete Angriffsflächen und dazu wurde noch beim Thronwechsel der alte Demokratenkniff, der immer wirken wird, mit Geschick angewandt, den Vorgänger über die Maßen zu loben, um den „Neuen“ um so empfindlicher treffen zu können. Da trotz aller Demokraterie in Deutschland der monarchische Sinn nicht auszurotten ist, wird man auch in kurzer Zeit beginnen, mit dem König Georg zufrieden zu sein, um dann mit seinen Tugenden wieder den Nachfolger gründlicher herabsetzen zu können. Die Versuche des sächsischen Ministeriums, der Lage des Landes abzuhelfen, erwiesen sich als Halbheiten. Der Entwurf einer Eisenbahntarifreform stieß auf allgemeinen Widerstand und die Erklärung des preussischen Eisenbahnministers Budge, daß diese Reformen in Preußen keine Nachfolge finden könnten; sie wurde schließlich zurückgezogen. Mit Zuziehung einer vorberatenden Konferenz wurden Pläne auf Abänderung des Wahlrechts für den Landtag gemacht, aber der dem neugewählten Landtag vorgelegte vermittelnde Entwurf wird sicher nicht Gesetz werden, ebensowenig wie der bayerische, da er bei keiner Partei Zustimmung findet. Es verlohnt sich darum nicht, weiter darauf einzugehen. Die Landtagswahlen Anfang Oktober änderten an der bisherigen Parteizusammensetzung nichts, die Sozialdemokraten hatten zwar große Anstrengungen gemacht, kamen aber bloß im Wahlkreise Tharandt-Oßeln der Mehrheit nahe. Der Etat, welcher der Anfang November zusammentretenden Kammer vorgelegt wurde, fiel verhältnismäßig günstig aus, trotzdem bezeichnete Finanzminister Dr. Rüger die Finanz-

lage als ernst; es würde größerer Anstrengungen bedürfen, um wieder gesunde Verhältnisse herbeizuführen, eine wirkliche Sanierung könne erst die Reichsfinanzreform bringen. Dagegen erklärte er sich entschieden gegen den Vorschlag, die sächsischen Bahnen einer größeren Gemeinschaft anzuschließen.

Württemberg ist zwar die eigentliche Heimat der süddeutschen Volkspartei, deren republikanische Richtung ihr noch nicht gestattet hat, ihren Frieden mit dem deutschen Kaiserreich zu machen, aber trotzdem ist das Land das verhältnismäßig ruhigste und wächst unter der behutsamen Leitung seines Königs langsam in den Bau des Reiches hinein. Der Austausch der höheren Offiziere mit Preußen hat nicht nur auf die württembergischen Truppen fördernd gewirkt, sondern hat auch die früheren Mißhelligkeiten beseitigt, die sich daraus herleiteten, daß der Kommandeur des 13. Armee-korps stets ein preussischer General war. Der Landtag trat am 29. Jänner zusammen; der zweijährige Etatsentwurf wies einen Fehlbetrag von 8.8 Millionen auf, doch führte die Vorlage aus, wenn sich die Verhältnisse im Reiche wieder besserten, werde auch der württembergische Staatshaushalt wieder in normale Bahnen kommen. Die Abgeordneten-kammer beriet zunächst das Volksschulgesetz weiter und nahm am 4. Februar den viel bestrittenen Artikel 4 an, der an der geistlichen Ortsschulaufsicht festhält, dagegen wurde die Beiziehung von Schulmännern zur Bezirksschulaufsicht gutgeheißen und die Loslösung der Oberschulbehörde vom evangelischen Konsistorium angenommen. Den Ausschlag gab die sehr gemäßig auf tretende Volkspartei und schließlich kam das ganze Gesetz mit 55 gegen die 25 Stimmen des Zentrums und der Sozialdemokraten zur Annahme. Wegen Erkrankung des Finanzministers mußte die Etatsdebatte unterbrochen werden. Im Mai wurden die Hauptpunkte der Steuerreform erledigt und die obligatorische Einführung der Warenhaussteuer angenommen, am 6. Juni ließ auch die Kammer der Standesherrn nach achtjährigen erbitterten Kämpfen zwischen beiden Kammern das Kompromiß über den Steuertarif und die Budgetfrage mit 23 gegen 5 Stimmen gut, dem Gesetze über die Konversion der 4%igen Anleihe und dem Gesetzentwurf über die Tilgung der Staatsschuld wurde entsprechend dem Sinne der Regierungsvorlage zugestimmt, und nachdem die Steuerreform endgültig und der Finanzetat mit 74 gegen 5 Stimmen angenommen worden war, die Ständeverammlung am 18. Juli vertagt. Das weitere politische Leben brachte wenig Vorgänge von Bedeutung. Das seit dem 1. April zwischen dem Reiche und Württemberg bestehende Postabkommen, gegen das die Merikalen und demokratischen Partikularisten heftig agitierten, hat sich vortrefflich bewährt und bringt dem Lande finanzielle Vorteile.

Das Großherzogtum Baden hat, wenn man von den unvermeidlichen Parteistreitigkeiten abieht, die sich dort vornehmlich zwischen Nationalliberalen und Zentrum abspielen, ein Jahr ruhiger und friedlicher Entwicklung hinter sich. Der Großherzog Friedrich, der bereits im 76. Lebensjahre steht, hält sich mehr zurück. Am 13. Februar starb der frühere Ministerpräsident Dr. Noß, der seit 1881



Das Denkmal des Prinz-Regenten von Bayern in Würzburg. Modelliert von Ferd. v. Miller in München.

Minister und von 1893—1901 Ministerpräsident gewesen war. Anfang August beging die Universität Heidelberg, 17 Jahre nach dem 500jährigen Jubiläum ihrer Gründung, das 100jährige Fest ihrer Erneuerung. Die Feier, die zuerst in dem Rahmen eines rein badischen Festes gedacht war, wurde zu einer deutschen Jubelfeier. Sie begann am 5. August mit einem städtischen Festakt in der neuen Stadthalle, am folgenden Tage fand ebenda ein großes Mahl statt, an welchem auch der Großherzog, der Erbgroßherzog und Prinz Max von Baden teilnahmen. Der Großherzog brachte den Trinkspruch auf den Kaiser, Professor Kuno Fischer den auf den Großherzog aus. Vorher hatte ein Festzug nach der Peterskirche zum Festgottesdienste und darauf der Hauptfestakt in der Aula stattgefunden. Die Universität verlieh zahlreiche Ehrenpromotionen, und zwar nicht allein an Gelehrte, sondern auch an Frauen, Dichter, Künstler und Männer der praktischen Arbeit. — Die Reichstagswahlen brachten keine Veränderung, die Landtagswahlen, bei denen die Hälfte der Kammermandate erneuert wurde, stellte die bei der letzten Wahl verloren gegangene nationalliberale Mehrheit mit einer Stimme wieder her. Die Sozialdemokraten verloren ein Mandat, während die Volkspartei eins gewann. Am 1. Dezember wurde der Landtag eröffnet, in der Thronrede wurde der Fehlbetrag des Budgets auf annähernd 11 Millionen angegeben, zur Deckung wurde die Erhöhung der Einkommen- und Kapitalrentensteuer vorgeschlagen, ferner eine Landtagswahlreform auf Grund der allgemeinen, gleichen, geheimen und unmittelbaren Stimmabgabe angekündigt. Für diese mit einer Verfassungsänderung verbundene Wahlrechtsvorlage wurde eine aus 17 Mitgliedern bestehende Kommission gewählt. Ob aus der Vorlage etwas wird, ist fraglich, denn es bestehen zwischen der Regierung und der Mehrheit, wie auch unter den Parteien Meinungsverschiedenheiten über das Wahlverfahren und die Wahlkreiseinteilung, so daß es keineswegs sicher ist, daß sich eine Zweidrittelmehrheit zusammenfindet.

Im Großherzogtum Hessen vermehrten die Nationalliberalen in den Reichstagswahlen ihre Mandate von drei auf sechs, von denen eins den Sozialdemokraten abgenommen wurde. Am 7. Oktober fand in Darmstadt die Trauung der Prinzessin Alice von Battenberg mit dem Prinzen Andreas von Griechenland nach protestantischem und griechischem Ritus statt. Das russische Kaiserpaar war bei den Festlichkeiten anwesend. Der Großherzog hatte seinen kaiserlichen Schwager nach Petersburg begleitet; auf der Rückreise starb in Warschau seine einzige Tochter, die Prinzessin Elisabeth, am 16. November. — Im November wurde den Landständen das Budget vorgelegt, das zwar günstiger war als das vorjährige, aber doch einen Fehlbetrag von 1,300.000 Mark aufwies, dessen Deckung aus dem Vermögen genommen werden soll. Doch machen sich die Anzeichen der zunehmenden Besserung, namentlich in den höheren Eisenbahneinnahmen, bemerklich.

Das Großherzogtum Mecklenburg-Schwerin, dessen Zustände besser sind als ihr Ruf, er-

freute sich zweier freudiger Ereignisse: der definitiven Erwerbung der Stadt Wismar und der Verlobung des Großherzogs. Die Stadt Wismar hatte zu Schweden gehört, war aber von diesem 1803 an Mecklenburg-Schwerin für 1½ Millionen Taler mit dem Rechte der Wiedereinlösung nach hundert Jahren verpfändet worden. Da Schweden nach Beschluß der ersten und zweiten Kammer vom 16. Mai auf die Wiedereinlösung verzichtet hatte, fand unter großen Feierlichkeiten am 19. und 20. August in Wismar die völlige Wiedervereinigung der Stadt mit Mecklenburg statt. An dem Feste nahmen der Großherzog Friedrich Franz IV. von Mecklenburg-Schwerin, Prinz Heinrich der Niederlande und die übrigen mecklenburgischen Prinzen teil. — Am 20. Dezember verlobte sich der Großherzog in Gmunden mit der Prinzessin Alexandra von Cumberland.

Am 28. Juni feierte der Großherzog Friedrich Wilhelm von Mecklenburg-Strelitz, der älteste deutsche Regent, mit seiner Gemahlin das Fest der diamantenen Hochzeit. Wegen der Kränklichkeit des Großherzogs waren keine fürstlichen Gäste eingeladen worden, aber in der Residenz Neustrelitz wurde die Feier mit viel Glanz und großer Herzlichkeit begangen.

Im Landtag des Großherzogtums Oldenburg wurde ein Antrag auf Einführung des geheimen und direkten Wahlrechts mit geringer Mehrheit angenommen. Die Regierung enthielt sich der Äußerung. Der Großherzog leidet an Herzerweiterung, die sich nach Ansicht der Ärzte mindert.

Der Großherzog Wilhelm Ernst von Sachsen-Weimar vermählte sich am 30. April in Bückeburg mit der Prinzessin Karoline von Reuß ä. L. Bei der Feier waren auch Kaiser Wilhelm, die Königin Wilhelmine der Niederlande und ihr Gemahl, Prinz Heinrich der Niederlande, anwesend. Das neuvermählte Paar wurde am 2. Juni in der Residenz Weimar mit großen Festlichkeiten und ungeheurem Jubel empfangen, nachdem es vorher auf seinen Besitzungen in Schlesien und Posen Aufenthalt genommen hatte. — Die Landtagswahlen im November brachten insofern eine Veränderung, als die freisinnige Volkspartei, die den Sozialdemokraten zu weit entgegengekommen war, zwei Mandate verlor, von denen je eins die Konservativen und die Nationalliberalen gewannen.

Herzog Ernst von Sachsen-Altenburg feierte am 3. August sein fünfzigjähriges Regierungsjubiläum. Er ist immer ein treuer deutscher Reichsfürst gewesen. Die Feier in Altenburg nahm einen ebenso glänzenden wie herzlichen Verlauf. Der Herzog, der im Frühjahr in Montone einen Schenkelhalsbruch erlitten hatte, hat sich davon ziemlich vollkommen erholt. Herzog Ernst hat keinen direkten Erben; seinem präsumtiven Nachfolger Prinz Ernst wurde am 6. April in Potsdam ein Sohn geboren. — Am 1. Oktober trat der langjährige Staatsminister v. Heldorf aus Gesundheitsrücksichten zurück und erhielt in Herrn v. Borries einen Nachfolger.



Großherzog Friedrich Franz IV. von Mecklenburg-Schwerin und seine Braut Prinzessin Alexandra von Cumberland.

Die österreichisch-ungarische Monarchie.

Die Frühjahrsession des Reichsrats. * Der Armeekonflikt mit Ungarn. * Kaiser Franz Joseph. * Landtage und Nationen. * Die weitere Tätigkeit des Reichsrats. * Wirtschaftliche Fragen. * Heer und Marine. * Die Delegationen. * Das Jahresende in Ungarn. * Das Okkupationsgebiet. * Verschiedenes.

Die habsburgische Monarchie bietet seit geraumer Zeit ein merkwürdiges Beispiel für die auch sonst erwiesene Erfahrung, daß ein alter historischer Boden ungemein viel aushalten kann, wenn auch noch so viele mit plumpen Füßen darauf herumtrampeln. Steht nur das Haus gefügt auf natürlich gewachsenem Boden, so ist es ziemlich gleichgültig, was die Leute darin treiben. Es mag zuweilen dadurch unwohnlich werden, von außen verwittert und vernachlässigt erscheinen, aber es steht trotzdem fest. Bisher haben die zahlreichen inneren Krisen, die der österreichisch-ungarischen Monarchie in den letzten Jahren beschieden waren, ihr Ansehen im Auslande nicht zu beeinträchtigen vermocht; im außerpolitischen Leben spielen Verfassungsstreitereien, nationale und parteiliche Kämpfe gar nicht die Rolle, die sie in der Tagespresse und in der Bierbankpolitik einnehmen, darum kümmert sich draußen kein Mensch, außer etwa eine Zeitung, die Stoff für ihre Spalten braucht. Danach regeln sich auch die internationalen Fragen nicht, bei diesen handelt es sich nur darum, ob der Kaiser Franz Joseph noch Herr über seine Armee ist und sie als schwerwiegendes Gewicht auf die Waagschale der Entscheidung zu legen vermag. Alles andere ist Kleinram, mit dem man sich wohl gelegentlich einmal beschäftigt, wie mit einem interessanten Buche, auch vielleicht den Bericht eines „nationalen Leidensgenossen“ sympathisch mit anhört und ihm „Beifall zollt“, während die allen auf den Lippen schwebende Frage: Ja, warum helfst ihr euch denn nicht selbst? unausgesprochen bleibt, dagegen einer längst vorbereiteten Resolution einmütig zugestimmt und wohl auch eine kleine nationale Sammlung veranstaltet wird. Das sind alles Nebensachen, aus denen sich vielleicht einmal im Laufe langer Entwicklungen politische Umwandlungen vorbereiten mögen, die zunächst aber ohne jede Bedeutung sind. Noch umspannt die gemeinsame Armee, unberührt durch alle inneren politischen und nationalen Streitigkeiten, das Land wie ein stählerner Reifen. Das haben gerade die Vorgänge im verflossenen Jahre bewiesen, obgleich es zuweilen auch dem nicht von den Tagesmeinungen in seinem Urteil beeinflussten Beobachter scheinen mochte, als sollte die alte, an Taten und Ehren reiche kaiserliche Armee in Stücke geschlagen werden. Das ist nicht geschehen und die es trotzdem behaupten, beweisen nur, wie wenig Einsicht sie in solche Dinge haben; es sind ja in der Mehrzahl auch Politiker, die in ihrem Verhalten der Armee gegenüber nie Sympathie bewiesen, im Gegenteil auf dem gedankenlosen Standpunkt allgemein demokratischer Militärfeindschaft gestanden haben,

der im österreichischen Liberalismus aller Nationen weit verbreitet ist.

Aber die Krisis, in deren Nachwehen die Monarchie noch heute liegt, war die verhängnisvollste, die der schon so viel geprüfte Kaiser Franz Joseph, namentlich seit der Schaffung des verunglückten Dualismus, zu überwinden gehabt hat. Und er hat sie überwunden, obgleich er nahezu allein stand und höchstens eine Stütze fand in langbewährten Staatseinrichtungen, in alten Beamtentraditionen, in den Überlieferungen der Armee selbst und sonst noch in allerlei Imponderabilien, wie sie die Geschichte eines alten Staatswesens mit sich bringt. In den Parlamenten und bei seinen Völkern fand er wenig Unterstützung. Die Deutschen österreichischer kennen ihre eigene neuere Geschichte nicht und verstehen darum nicht, ihre Stellung im Staat und zur Regierung einzunehmen, sie wissen auch nicht, daß sie ihre politische Stellung vor einem Vierteljahrhundert nur darum eingebüßt haben, weil sie die Armee beschneiden wollten; es ist nicht wahr, daß dies wegen ihrer Haltung zur bosnischen Frage geschehen sei, obgleich heute anerkannt wird, daß auch dabei die deutschliberalen Führer ganz unglaublich kurzsichtig gewesen sind. Als es sich diesmal auch um die Einheit der Armee handelte, wußten sie wieder keinen festen Standpunkt zu gewinnen und fielen aus einer kleinmütigen Stimmung in die andere, sogar der denkwürdige Armeebefehl von Chlopy vermochte sie nicht aufzurütteln. Die ungarischen Parteien waren sich dagegen über das Ziel ihrer Bestrebungen vollkommen klar und auch einig, es handelte sich für sie um den ersten Schritt zur Erlangung einer eigenen ungarischen Armee, um damit ihrer schon überwiegenden politischen Stellung in der Monarchie einen entscheidenden Machtfaktor beizufügen. Und die ritterlichen Herren hatten es eilig, denn sie sprachen es ganz offen aus, noch so lange Kaiser Franz Joseph lebe, müsse ihre Forderung durchgesetzt werden. Die Tschechen und Allpolen freuten sich über die Ansprüche und die Kampfesweise der Magyaren, sie hofften, bei guter Gelegenheit für sich Ähnliches herauszuschlagen, und nur aus dem Lager der Schlachta wagte sich ein schwacher Protest gegen die Trennung der Armee an die Öffentlichkeit. Wer den Kaiser Franz Joseph kennt, konnte über diesen Ausgang nicht zweifelhaft sein. Er ließ 1879 die Deutschen fallen, als sie auf die Verminderung des Heeres hinarbeiteten, er hat vor vier Jahren die so verhätschelten Tschechen von sich gewiesen, als sie ihren Sprachenstreit in die Armee zu tragen versuchten, und es verstand sich von selbst, daß auch die Magyaren, als sie gegen die Einheit des Heeres

verstoßen wollten, auf sein unererschütterliches Nein! treffen würden, obgleich er ihnen sonst in ganz unsagbarer Gutmütigkeit in allen Nebendingen nachgegeben hat, die anderen bedeutsamer erscheinen mochten, als sie es waren.

Es ist nach wie vor in der Hauptsache die Krone, die die habsburgische Monarchie zusammenhält, und es ist eine zwar häufig ausgesprochene, aber sehr kurzsichtige Behauptung, daß ein Thronwechsel eine allgemeine Verwirrung auslösen würde. Hat das so jung zusammengefügte Deutsche Reich in kurzer Zeit den Tod zweier Kaiser und den Rücktritt seines ausgezeichneten Staatsmannes ohne dauernden Nachteil ausgehalten, so wüßten wir nicht, warum ein Thronwechsel von Österreich-Ungarn nicht ohne schlimme Folgen überstanden werden sollte. Die an der Oberfläche mit viel Geräusch treibenden, zur Trennung reizenden Strömungen gehen gar nicht in die Tiefe und niemand weiß zu sagen, wohin denn die streitenden Nationen bei einer etwaigen Trennung fallen wollten. Wären die Völker fähig, aus der Geschichte, namentlich aus den Beispielen und Geschehnissen anderer, zu lernen, würden sie nicht mehr von Leidenschaften und Instinkten, als von politischen Erwägungen beherrscht, so müßten sich doch die ewig hadernden Nationalitäten der habsburgischen Monarchie sagen, daß sie, wenn sie ihre einseitigen Bestrebungen so weiter verfolgten, wie sie es in den letzten Jahrzehnten getan haben, eine alte, angesehene Großmacht in eine Reihe ohnmächtiger Mittel- und Kleinstaaten auflösen, die aber ihren Hader fortsetzen und doch in der großen Politik nicht mehr bedeuten würden, als heutzutage Serbien und Bulgarien, die einer ziemlich unbehüllten Bevormundung durch die Großstaaten unterliegen. Auch ein selbständiges Ungarn, dessen herrschender Stamm noch nicht die Hälfte der Bevölkerung des Königreiches ausmacht und von den anderen Stämmen grimmig gehaßt wird, könnte nicht mehr sein, als ein starker Mittelstaat, der eingeklemmt zwischen Deutschen, Slawen und Rumänen wäre und sich schwerlich lange behaupten würde. Im Auslande ist man auch in einsichtigen Köpfen bei der Aussichtslosigkeit all der nationalistischen Bestrebungen darüber klar, daß sich die österreichischen Völkerschaften einmal wieder vertragen werden, sobald sie sich lange genug gezannt und die Nutzlosigkeit ihrer nationalen Streitereien eingesehen haben. Vor der Hand ist freilich noch wenig davon zu bemerken, namentlich hat das eigensüchtige Auftreten der Ungarn in den letzten Jahren einen Zustand geschaffen, der ein leidenschaftsloses Nebeneinanderleben für die Dauer auszuschließen scheint. Seit Jahren hört man in Österreich über Ungarn und in Ungarn über Österreich kein freundliches Wort und selbst die Regierungen hüllen sich in frostige Zurückhaltung. Aus den aufgebautsten Gegensätzen ist persönliche Feindseligkeit geworden, der wirtschaftliche Kampf ist zur Ränke- und Ränke-artet, man bekriegt sich, nicht um dem eigenen Lande zu nützen, sondern um das andere zu schädigen. Aber jedes Ding hat seine Zeit, seinen Höhepunkt und seinen Niedergang.

Der Ausgleich ist für beide Teile eine Notwendigkeit und er wäre auch schon da, wenn die

parlamentarischen Hindernisse nicht wären, die in der Hauptsache auf die persönlichen, nach Popularität strebenden Interessen der Tagespolitiker hinauslaufen, die sich für Staatsmänner halten, weil sie sich politisch beschäftigen, es aber nicht sind, weil sie das Wesen der Politik nicht verstehen, die nach Bismarck in jedem Falle die Wissenschaft des Möglichen, in der inneren Politik die Bahn der Kompromisse bedeutet. Weil man das nicht versteht, kommt auch die Verständigung zwischen Deutschen und Tschechen nicht zu stande, obwohl zuzeiten nur noch „eine papierdünne Wand“ dazwischen stand. Man kann nicht ohne Wehmut, aber auch nicht ohne Ironie lesen, daß an einem und demselben Tage der tschechische Dr. Kramarz den unversöhnlichen Kampf ankündigt, während der Führer der Deutschböhmen, Dr. Jdenko Schücker, versichert, jetzt sei es an der Zeit, den Tschechen den Fuß auf den Nacken zu setzen. Beide erklären dazu einmütig, ihre Völker seien zu schwer in ihren Rechten verletzt worden. In dem Kampfe der Nationalitäten Österreichs um ein möglichst großes Maß nationaler Vorherrschaft überrascht dem Fernstehenden die geradezu auffällige Kurzsichtigkeit der Führer, aber auch der hinter ihnen stehenden Völkerschaften; sie denken immer nur an das Nächste, niemals an die sich daran knüpfenden Folgen, der Tagesstreit läßt ihnen nicht Zeit, die Gedanken auszuendenken. Wer nun freilich persönlich mitten im leidenschaftlichen Kampfe steht, verträgt solchen Tadel nicht und hält ihn für Feindschaft, was keineswegs der Fall ist. Würde der Streit mit diplomatischen Waffen geführt, durch Schriftstücke, so könnte er in versöhnliche Bahnen geleitet werden, aber er wird in öffentlichen Reden ausgetragen, im Parlament und in Versammlungen, wo es gilt, nicht bloß den politischen Gegner, sondern selbst den Parteigenossen an kühnen Wendungen zu übertreffen und den Lorbeer des Beifalls zu erringen, in den Zeitungen, die schon die Konkurrenz nötigt, in der Schärfe des Tones bis an die äußerste Grenze des gesetzlich Erlaubten zu gehen. In dieser Weise können politische und nationale Kämpfe nie zu einem gedeihlichen Ende geführt werden. Der Einzelne verrennt sich dabei und darf den Irrtum schon von Partei wegen nicht zugeben, selbst wenn's die eigene Eitelkeit litte. Dann setzt ein anderer bald einen zweiten Irrtum auf den ersten und die Verwirrung geht bis zur Aussichtslosigkeit weiter, wenn nicht einmal ein großes politisches Ereignis klärend dazwischen fährt und die politische Atmosphäre reinigt. Kann man sich einen greifbareren politischen Widerstand denken, als den, namentlich von deutschen Abgeordneten mit Wetteifer betriebenen Ansturm gegen den vielberufenen § 14 der Verfassung, übrigens in seiner heutigen Fassung speziell ein deutschliberales Erzeugnis. Zugegeben, daß weit über seine eigentliche Tragweite hinaus mit ihm gearbeitet wird oder richtiger, gearbeitet werden muß, so bietet er doch die einzige Möglichkeit, das österreichische Verfassungsleben weitervegetieren zu lassen. Wenn heute der § 14 fällt, so muß spätestens zwei Monate darauf die Verfassung entweder sistiert oder gänzlich aufgehoben werden. Denn daß das Abgeordnetenhaus bloß dieses Paragraphen wegen nicht ar-

beiten wolle oder könne, das glauben doch die Herren selbst nicht. Nach Beseitigung der Verfassung ist es aber mit der ganzen Herrlichkeit der Volkstretter, ihrer Immunität, ihren Diäten etc. aus und das Drängen auf Beseitigung des gerade bei Störungen der parlamentarischen Maschinerie so nützlichen Paragraphen wird wohl auch nur darum so eifrig zur Schau getragen, weil man sich vor praktischer politischer Arbeit scheut und außerdem sicher ist, daß die Regierung einem dahingehenden Parlamentsbeschlusse nicht zustimmen würde, weil der Kaiser jeden Schritt vermeiden sehen will, der ihn hinterher zur Aufhebung der Verfassung nötigen würde. Wollte er dies, so hätte er es schon längst haben können, und es gibt breite Volksschichten in Österreich, die eine solche Maßregel mit Freude begrüßen würden, denn des kostspieligen und nichts leistenden parlamentarischen Apparats ist man herzlich satt. Unter diesen Umständen ist es in Österreich-Ungarn wahrhaftig kein Vergnügen, Regent oder Minister zu sein, und man kann der unendlichen Langmut des Kaisers, der das alles geduldig erträgt und namentlich nun schon zirka vier Jahre an dem deutschfreundlichen Beamtenministerium Koerber festhält, nur Bewunderung entgegenbringen. Das in allen Sätteln gerechte und um Mittel nie verlegene Ministerium Koerber ist ganz danach angetan, den Parlamentariern die ganze Nichtigkeit ihres Doktrinarismus, ihrer Verkennung ihrer Pflichten und Rechte empfinden zu lassen und ihnen darzutun, daß der Staatsmechanismus trotzdem weiterarbeitet, wenn auch die gewollte parlamentarische Belebung aussetzt; und er tut das nicht in der frivolen Weise Taaffe's, der einfach „fortwurste“, sondern er zeigt den Herren, was sie zu tun oder zu lassen hätten, die Wege, die sie wandeln sollten. Wenn sie es nicht tun, kann er, wie Bismarck, zu seinen Parlamentariern sagen: „Ich kann es ebensogut aushalten wie Sie.“

Die Frühjahrsession des Reichsrats.

Wenn man das parlamentarische Jahr in Österreich rückwärts überblickt, drängt sich unwillkürlich der besorgte Gedanke auf: Kann es denn überhaupt möglich sein, aus diesem Wirrwarr, aus diesem allgemeinen Widerstreit, aus dieser gesichtslos zur Schau getragenen Rechthaberei und Unversöhnlichkeit, aus dieser vollkommenen Verkennung der Pflichten und der Arbeitsmöglichkeit eines Parlaments wieder zu einem gedeihlichen Verfassungsleben zurückzukommen? Es scheint kaum so, jeder wäscht die Hände in der eigenen Unschuld, schiebt unverweilt die Schuld dem Gegner, der Regierung und der Vergangenheit zu, an die verfassungsmäßige Pflicht, den Ausgang aus der allgemeinen Verfahrenlosigkeit suchen zu helfen, denkt keiner; der moderne Zug geht ja überhaupt dahin, sein Recht so zu betonen, daß die ihnen entsprechenden Pflichten ganz in den Hintergrund treten, am meisten die gegen den Staat, von dessen Regierung man immer mehr verlangt, während man sich sperrt, ihm mehr zu geben. Man will vom Staat, von der Allgemeinheit, möglichst viel ziehen, aber möglichst wenig selbst beitragen. Die Grundlage der Pflicht und

der gegenseitigen Billigkeit, worauf allein sich das innere politische Leben aufbauen kann, wird immer schmaler.

Das Jahr 1903 ließ sich eigentlich recht aussichtsvoll an. Noch in zwölfter Stunde, kurz vor dem astronomischen Jahreschluß, war zwischen den leitenden Ministern Österreichs und Ungarns die Einigung über den wirtschaftlichen Ausgleich der beiden Reichshälften zu stande gekommen. Die parlamentarische Tätigkeit setzte am 3. Jänner mit den deutsch-tschechischen Verständigungskonferenzen ein. Diese sollten nur den Charakter von Vorbesprechungen haben und es sollte der Versuch unternommen werden, zunächst eine Einigung über die Grundlage zu erzielen, auf der die Verhandlungen geführt werden sollten. Nach langwierigen Beratungen wurden die Verhandlungen am 20. Jänner abgebrochen, weil die Tschechen nicht von ihren staatsrechtlichen Forderungen abgehen wollten, wie von deutscher Seite versichert wurde. Was den Kern der Sache betrifft, ist das wohl vollkommen richtig, leider war aber auf deutschböhmischer Seite die Prinzipienreiterei wieder einmal so groß gewesen, daß sie den Blick für das faktisch Richtige und praktisch Erreichbare vollständig benahm und die Führer auf ein Flug angelegtes Manöver der Jungtschechen hineinfallen ließ. Wenn sie die Eröffnung der sachlichen Verhandlungen in einem Subkomitee vereitelten, weil nach Ablehnung des Regierungsentwurfes durch die Jungtschechen keine Grundlage für die Erörterung mehr vorhanden sei, hatten sie ja formell recht, aber doch das Odium der Unversöhnlichkeit auf sich geladen. Die Grundlage hätte sich noch finden können, weil sie einmal gefunden werden muß; und konnte sie diesmal nicht gefunden werden, weil die deutschen wie die jungtschechischen Unterhändler aus Mandatsfurcht vor den ringsum wider die Verständigung wütenden Radikalen beider Nationen dazu den Willen und Mut nicht finden konnten, so war es jedenfalls unklug von den Deutschen, das Heft aus der Hand zu geben. Dadurch standen die Tschechen frei da und konnten nun dem Abgeordnetenhaus die Marschroute vorzeichnen. Daß das ihre Absicht von vornherein war, tut nichts zur Sache, der Fehler war nur, daß man ihnen durch den Abbruch der Verhandlungen einen Schein des Rechts gewährt hatte. Es war auch hinterher ganz gleichgültig, daß die tschechischen Blätter behaupteten, Schönerer kommandiere die Deutschen, während deren Blätter wieder bemerkten, die wahren Führer der Jungtschechen seien die Radikalen; eins wie das andere war ebenso richtig wie unrichtig und beides hatte keinen Zweck. Die Jungtschechen kündigten nun aber an, daß sie „aus taktischen Gründen“ zwar die erste Lesung der Zuckervorlage und des Wehrgesetzes zulassen, im übrigen aber bis aufs Messer das Ministerium befriegen würden, das sie in der Sprachenfrage auf die friedliche Auseinandersetzung mit den Deutschen verwiesen hatte.

Die eigentliche parlamentarische Tätigkeit hatte noch während der Verhandlungen der Verständigungskonferenz schon am 15. Jänner begonnen. Gleich die erste Sitzung war eine österreichisch-parlamentarische Spezialität, denn sie dauerte infolge

der Obstruktion der radikalen Tschechen bis zum 17. Jänner, im ganzen 55 Stunden mit dreistündiger Unterbrechung. Es gelang tatsächlich neun Tschechischradikalen, mit Hilfe des leider durch die Geschäftsordnung gewährleisteten Unfugs der Dringlichkeitsanträge dem Hause diese Ungeheuerlichkeit aufzuzwingen. Am 16. Jänner wurde der parlamentarische Skandal durch die Mitteilungen des Ministerpräsidenten Dr. v. Koerber über das Ergebnis der mit Ungarn zu stande gekommenen Ausgleichsverhandlungen unterbrochen. Er lobte das Übereinkommen, womit er recht hatte. Es ist schon im vorigen Jahrgang ausgeführt worden, daß an dem von Badeni abgeschlossenen Ausgleich, wenn man von dem bis 1910 festgelegten Bankübereinkommen absieht, nicht mehr viel geändert werden konnte. Was noch zu erreichen war, hat das Ministerium Koerber durch die Verschärfung der Veterinärkonvention, noch mehr aber bei den mit dem Ausgleich mittelbar zusammenhängenden Angelegenheiten erreicht. Ungarn war nur die Befreiung seiner Staatspapiere von der österreichischen Rentensteuer zugestanden worden, denn die von ihm durchgesetzte Erhöhung der Agrarzölle wurde auch von den österreichischen Landwirten gefordert. Dagegen hat es die Rohstoffzölle und die Aufhebung des Tiroler Getreideaufschlags, ebenso sein Ziel in Angelegenheit der Aufnahme der Barzahlungen und der Rentenkonversion nicht erreicht. Österreich hatte sich die Aufhebung der ungarischen Donautransportsteuer, die Beschränkung der ungarischen Steuer auf österreichische Kommissionenlager in Ungarn, die Erhöhung der Industriezölle, die Festsetzung des Termins für die Aufnahme der Barzahlungen und die Konversion desjenigen Teiles der gemeinsamen Rente gesichert, der nach Abzug des dem jährlichen ungarischen Zinszuschuß von 29 Millionen Gulden entsprechenden Kapitalbetrags verbleibt. Die paritätische Behandlung der österreichischen Industrie bei öffentlichen Lieferungen in Ungarn konnte nicht durchgesetzt werden. Das Geschäft, das Österreich mit diesem Ausgleich gemacht hatte, darf nicht glänzend genannt werden, aber zum erstenmal hatte man erreicht, daß bei diesen Vereinbarungen die österreichischen Wünsche überhaupt berücksichtigt wurden. Das Verdienst dafür fiel unstreitig dem Verhandlungstalent des Ministerpräsidenten Dr. v. Koerber allein zu, hinter dem nicht einmal die entschlossene Unterstützung eines Parlaments stand. In der langwierigen ersten Sitzung des Abgeordnetenhauses kam auch die Vorlage über die Brüsseler Zuckerkonvention zur ersten Lesung und wurde an eine Kommission überwiesen.

Am 23. Jänner hätte die erste Lesung des Wehrgesetzes vorgenommen werden sollen, statt deren brachten die Christlichsozialen und das katholische Zentrum zwei Dringlichkeitsanträge auf Abänderung der Geschäftsordnung ein. Die ganze Öffentlichkeit hält diese Reform für notwendig und das Beispiel des deutschen Reichstags hatte aneifernd gewirkt. Die Börsenpresse behauptete aber sofort, der Antrag bezwecke nur die Wiederaufrichtung der alten Rechten mit Einschluß der Christlichsozialen und die Knebelung der Linken, was auch sofort geglaubt wurde, obgleich die Führer des Katholischen Zen-

trums versicherten, daß sie solchen Bestrebungen fernstünden und nie einer slawischen Koalition beitreten würden. Aber der Samen des Mißtrauens war wieder ausgesät und er ging auch auf. Inzwischen war am 30. Jänner noch das Zuckerkonventionsgesetz erledigt worden, das am folgenden Tage auch im Herrenhause kurz vor dem für die internationalen Vereinbarungen festgesetzten Termin angenommen wurde; am 28. Jänner kamen die Rekrutenvorlage und die Ausgleichsvorlage im Hause zur Vorlegung. Am 4. Februar wurde die Geschäftsordnungsdebatte eröffnet und am 6. ohne Unfall mit Überweisung der Angelegenheit an eine Kommission erledigt. Ein Teil der Abgeordneten war entschieden für eine gründliche Reform, ein Teil erkannte zwar die Notwendigkeit einer solchen auch an, war aber zu „freiheitlich“ gesinnt, um ernstlich dafür einzutreten, nur die Radikalen waren aus begreiflichen Gründen dagegen. Das Haus arbeitete noch ruhig weiter; am 11. Februar wurde im Wehrausschusse die Wehrvorlage glücklich durchgebracht, am 12. im Hause das Konversionsgesetz angenommen und am folgenden Tage unter allgemeiner Teilnahmslosigkeit der Preßgesetzentwurf dem Preßausschusse zugewiesen. Am 19. Februar erledigte das Haus auch in einer bis 2 Uhr früh dauernden Sitzung die Wehrvorlage in zweiter und dritter Lesung mit Zweidrittelmehrheit. Dafür stimmten, mit Ausnahme der Alldeutschen, alle deutschen Parteien, um den Dreibund zu kräftigen, die Polen aus dem entgegengesetzten Grunde, um Österreich gegen Deutschland besser auszuspielen zu können; dagegen die Tschechen, die Italiener und die Sozialdemokraten. Die Südslawen, die anfänglich dagegen stimmen wollten, enthielten sich der Abstimmung, weil sie nicht mit den ihnen verhassten Italienern stimmen wollten. Die Vorlage wurde mit einer Resolution des Abg. Dr. Chari angenommen, nach der die Durchführung des Gesetzes von der Annahme desselben in Ungarn abhängig gemacht wurde, weswegen sich hinterher die ganze Bewilligung als wirkungslos herausstellte.

Da bisher alles einen verhältnismäßig harmlosen Verlauf genommen hatte, hielten die berufsmäßigen Friedensstörer wieder für nötig, eine Plakette steigen zu lassen. Gleichzeitig in Wien wie in Prag wurde verkündet, daß der Deutschnationaler Dr. v. Derschatta deutscher und Dr. Kramarz an Stelle Rezes tschechischer Landsmannminister werden solle. Eine solche Tatsache hätte selbstverständlich den deutsch-tschechischen Ausgleich bedeutet, den aber diejenigen, die ein Interesse am Fortbestehen des Haders haben, nicht mögen; darum wurde dagegen demonstriert und sofort aller politischer Neid und Unverstand auf die Beine gebracht, damit aus einer nützlichen Verständigung nur nichts werde, die übrigens noch gar nicht einmal angebahnt war, wie sich bald herausstellte. Das Abgeordnetenhaus füllte inzwischen seine Zeit wieder mit allerlei Nichtigkeiten aus und begann erst am 10. März mit der ersten Lesung des Budgets, die am 13. beendet wurde, worauf vom 17. bis 20. März die erste Lesung der Ausgleichsvorlagen folgte. Während der Budgetdebatte hielt Ministerpräsident Dr. v. Koerber wieder einmal eine bedeutsame Rede; er ist kein Schönredner, aber sein reiches Wissen

und sein Freimut lassen ihn immer interessant sprechen. Er entwickelte wieder ein Arbeitsprogramm, das den Schultern der Parlamentarier viel zu schwer erschien. Er kündigte an, daß er nach Erledigung des Budgets und des Ausgleichs an eine Reform der staatlichen Verwaltung herantreten werde. Statt sich darüber zu freuen, klagten namhafte deutsche Parlamentarier über die „Schwäche“ des Parlaments, das dem starken Ministerium willenlos folgen müsse, und im Verfassungsausschuß setzte die deutsche Volkspartei den Beschluß auf Aufhebung des § 14 durch, was doch bloß den Tschechen nützlich wäre, deren Obstruktion nur wirksam werden kann, wenn ihr die Regierung nicht mehr mit Hilfe des § 14 auszuweichen vermag. Am 3. April ging das Haus in die Osterferien.

Nach der Wiederaufnahme der Sitzungen begann sich der parlamentarische Horizont zu umdüstern. Der größte Teil der Abgeordneten wünschte zwar, daß der Ausgleich mit Ungarn und der Zolltarif Gesetz würden, sie hatten sich aber mehrfach zu stark dagegen ausgelassen, daß sie sich scheuten, offen dafür einzutreten, und darum dem § 14 die Verantwortung zuschieben mochten. In diesem Sinne wurde der Beschluß des Hauses auf Vertagung der Reform der Geschäftsordnung gedeutet, der den Sozialdemokraten zu Liebe mit Hilfe der Radikalen und der deutschen Volkspartei zu stande gekommen war. Die Sozialdemokraten wollten gegen den Zolltarif obstruieren und das wäre nach der Reform der Geschäftsordnung unmöglich geworden. Die Arbeiten der Kommission für den Ausgleich und den Zolltarif schritten nur langsam fort, obgleich Ministerpräsident Dr. v. Koerber am 22. April den Ausschuß in einer längeren Rede zum Eifer mahnte. Er hatte kurz vorher die hohe Auszeichnung des Großkreuzes des Stephansordens erhalten; verdient war sie, das mußten ihm auch die Gegner des Ministers lassen. Das Abgeordnetenhaus tat auch wenig, angeblich, um den Kommissionen Zeit zur Arbeit zu lassen, aber sie waren nur zu häufig nicht beschlußfähig. Nach Pfingsten brachte die Regierung ein neues Budgetprovisorium ein, da das bisherige am 30. Juni zu Ende ging. Die Jungtschechen setzten am 23. Juni mit der Obstruktion ein, weshalb nur noch eine Sitzung zur Wahl der Delegationen stattfand, worauf das Abgeordnetenhaus vertagt und das Budgetprovisorium auf Grund des § 14 verkündet wurde.

Am 24. Juni hatten sich der verfassungstreue Großgrundbesitz, die Deutsche Volkspartei, die Deutsche Fortschrittspartei und die Christlichsozialen wieder zum engeren Zusammenschluß mit Wahl eines gemeinsamen Vollzugesausschusses entschlossen, um „in allen Fragen, welche die nationalen Interessen des deutschen Volkes und seine Stellung im Reiche berühren, ein einheitliches Vorgehen anzustreben.“ Die Alideutschen traten selbstverständlich nicht bei, sondern erklärten bloß, sie würden bei bestimmten Aktionen ihre Mitwirkung nicht versagen. Der erneute Zusammenschluß der schon früher zweimal unter einer Obmännerkonferenz vereinten deutschen Parteien war infolge der Bestrebungen der Polen, die einstige Mehrheit der Rechten wieder ins Leben zu rufen, zu stande ge-

kommen und wurde in der deutschen Parteipresse teils mit überschwänglichen Redensarten, teils mit wohlwollender Zurückhaltung begrüßt. Es war ja immer ein gutes Zeichen. Eine besondere Tätigkeit hat der Vollzugesausschuß leider nicht zu entfalten vermocht.

Der Armeekonflikt mit Ungarn.

Es wäre ein Irrtum, die Vorgänge in Ungarn zu tragisch zu nehmen. Heutzutage revolutioniert man nicht so leicht wie im Jahre 1848. Die Gefahr hat auch dort nicht von der Straße gedroht, sondern vom Parlament. Ob ein Großstaat überhaupt eine dualistische Gestaltung auf die Dauer verträgt, ist mindestens zweifelhaft, geschichtliche Beispiele liegen darüber nicht vor. Die Nachteile des 1867 geschaffenen Dualismus, der schon die Betätigung in der äußeren Politik nicht mehr in der früheren Weise erlaubt, beginnen immer deutlicher hervorzutreten. Diese verhängnisvolle politische Neubildung verdankte ihren Ursprung dem Bestreben, an Preußen für 1866 Vergeltung zu üben; um die Ungarn dafür zu begeistern, gab man ihnen so ziemlich alles, was sie von ihren „aristokratischen“ Rechten begehrten. Die Magyaren haben seit Jahrzehnten als Politik die Wahrung ihrer Selbständigkeit, aber in Anlehnung an Österreich, verfolgt. Selbst Kossuth, der 1848 den Bruch mit dem Hause Habsburg vollzog, dachte nicht an die vollkommene Selbständigkeit Ungarns, sondern wollte in einem Bündnis mit den Balkanstaaten die notwendige Stütze finden. Als den Magyaren durch den Dualismus die vor kaum anderthalb Jahrzehnten verscherzten politischen Rechte wieder zufielen, gingen sie freudig darauf ein, dachten aber gar nicht daran, wegen der daran geknüpften Voraussetzung, die Revanche für Königgrätz, das geringste zu tun. Ihren politisch befähigten Köpfen, namentlich Deak und Andrássy, galt indessen der Ausgleich von 1867 wirklich als eine dauernde Einrichtung, deren Bestimmungen von den Ungarn unter allen Umständen behauptet, aber auch beachtet und gehalten werden mußten. Sie fußten auf dem Grundgedanken: hüben die deutsche, drüben die magyarische Hegemonie, und zwar in dem Sinne, daß die Deutschen wohl in Österreich herrschen, aber verträglich verhindert werden sollten, einheitsstaatliche Bestrebungen jemals wieder auf Ungarn auszudehnen. Daß die Deutschen nicht einmal verstehen würden, sich in der Vorherrschaft in Österreich auf die Dauer zu behaupten, daran hatte der „Weise“ des ungarischen Volkes gar nicht gedacht. Aber daraus haben sich gerade die weiteren magyarischen Übergriffe nach und nach entwickelt, bis sie schließlich so stark wurden, daß sie selbst auf den Widerspruch der Krone stießen. Das geschah nach zwei Richtungen hin, in der Frage des wirtschaftlichen Ausgleichs und in der Frage der einheitlichen Armee.

Als in der zweiten Hälfte der Siebzigerjahre die damals am Ruder befindliche Deutsche Verfassungspartei sich in dem unfruchtbaren und unpolitischen Widerstande gegen die Okkupation Bosniens und gegen die Heeresforderungen verzehrte und da-

mit die politische Vorherrschaft der Deutschen in Österreich unwiderbringlich verscherzte, baute Tisza in Ungarn sein Ministerium und seine Partei gerade an der Beratung und Erledigung dieser Angelegenheiten auf. Dadurch glitt der politische Schwerpunkt der Monarchie von selbst aus Wien nach Budapest hinüber und die politische Vorherrschaft der Magyaren wurde auch auf die Monarchie ausgedehnt. Die rein erhaltende Politik Deaks war mit demselben Tage aufgegeben worden, an dem die Trümmer seiner einst ausschlaggebenden Partei von der Linken Tiszas aufgenommen worden waren. Tisza war sich ganz klar darüber, was er tat, und seine Entschiedenheit, auch seinen türkenfreundlichen Landsleuten gegenüber, womit er sich die dauernde Gunst der Krone sicherte, hat ihn in seinen, über den Standpunkt Deaks und Andrássys hinausgehenden Bestrebungen, Ungarn schrittweise immer selbständiger zu machen, mehr gefördert, als schließlich für die Gesamtmonarchie gut war. Das ging um so leichter, als bei der parlamentarischen Zerrüttung in Österreich von dort aus niemals Widerstand geleistet wurde und weil die Krone den damals äußerlich immer von Loyalität triefenden Ungarn so weit zu Willen war, als es nur eben gehen konnte. Die Methode, nach der die Magyaren dabei verfahren, war immer die gleiche. Durch Schaffung von Präzedenzfällen und einseitige Auslegung der Ausgleichsbestimmungen, wobei die Ungarn immer alle einer Ansicht waren, wurden allerlei Einzelheiten im Sinne der Unabhängigkeitsbestrebungen umgewandelt, stets unter dem stürmischen Drängen von links und nur sanftem Widerstande der Regierung, worauf die herrschende Partei schließlich die in Frage kommende Forderung der Unabhängigen in einer die Krone weniger verletzenden und die Monarchie weniger schädigenden Gestalt übernahm und dadurch der Krone die Zustimmung erleichterte, die schließlich fast in allen Fällen gegeben wurde. Die Deutschösterreicher leisteten niemals ernstlichen Widerstand dagegen, sahen vielmehr den Bestrebungen der Ungarn, der Krone Rechte abzudrängen, mit demokratischer Freude und in der täuschungsvollen Hoffnung zu, die Magyaren würden ihnen einmal wieder zur parlamentarischen Herrschaft verhelfen. Diese dachten in ihrer klugen und praktischen Politik gar nicht daran und sorgten nur für sich.

Die Ausgleichsstreitigkeiten boten alle zehn Jahre den Magyaren eine erwünschte Gelegenheit, ihr Überlegenheitsgefühl an den Vorteilen, die sie durch ihr geschlossenes taktisches Vorgehen erlangten, bis zum Übermut zu steigern. Tisza hatte 1877 und 1887 zwei für Ungarn günstige Ausgleiche durchgesetzt, aber es blieb den leitenden Kreisen nicht verschlossen, daß der Ausgleich von 1897 nicht ohne große Schwierigkeiten zu Stande zu bringen sein werde. Diesen gedachte man durch energische Ministerien in beiden Reichshälften zu begegnen: in Ungarn durch Baron Banffy, den „Pascha von Bistritz“, in Österreich durch Vadeni, den „Pascha von Lemberg“. Banffy ließ in Ungarn ein Abgeordnetenhaus wählen, das ihm auch den schlechtesten Ausgleich zugestanden hätte; das war aber gar nicht nötig, denn der österreichische Unterhändler, Finanz-

minister v. Bilinski, hatte alle Vorteile den Ungarn preisgegeben, um seine Forderungen für die Österreichisch-ungarische Bank durchzusetzen. Er ist seitdem Bankgouverneur geworden. Wie Vadeni durch die Maßregeln, seinen Ausgleich durchzubringen, den heutigen Wirrwarr in Österreich schuf und fiel, wie seine Nachfolger den Ungarn nachgeben mußten, weil sie auch beim besten Willen nur mit dem § 14 wirtschaften konnten, ist bekannt. Banffy war in Ungarn unnötig geworden, war wegen seiner Härte unbeliebt und wurde durch den geschmeidigen, aber unbedeutenden Herrn v. Szell ersetzt, dem in Herrn v. Koerber ein in allen wirtschaftlichen Fragen und in der politischen Taktik weit überlegener Gegner erstand. Das zeigte sich schon im Vorjahre bei den Verhandlungen über wirtschaftliche Fragen und den Zolltarif, denen Herr v. Szell vielfach verdrossen und erzürnt auswich, hauptsächlich aber darum, weil Herr v. Koerber bei dem Monarchen Recht erhielt, dessen gerader Sinn nicht einzusehen vermochte, daß die von den Ungarn getriebenen Umgehungen der Ausgleichsbestimmungen ehrlich und gerecht wären. Wegen solcher Erfolglosigkeit wären die Ungarn ihren Ministerpräsidenten schon längst gern los geworden, wenn sie nur einen Ersatz für ihn gefunden hätten, da er sich nämlich in dem Intrigenspiel, das Graf Apponyi in der Heeresfrage dirigierte, ganz gut benützen ließ.

Aus der Zeit, da Österreich noch ein deutsch-verwalteter Einheitsstaat war, ragt nur noch eine Einrichtung in die dualistische Gegenwart hinein: die gemeinsame Armee mit deutscher Armeesprache, einheitlichem Offizierkorps und einem obersten Kriegsherrn, der sie unmittelbar in der Hand hat. Diese Heeresorganisation, die in gleicher Gestalt seinerzeit in Preußen den großen Staatskonflikt hervorrief, ist bei den Anhängern der sogenannten parlamentarischen Doktrin, die das Parlament zum alleinigen Herrn im Staate machen möchten, niemals beliebt gewesen. Von diesem Standpunkte aus ist auch seinerzeit die für die Deutschösterreicher so verderblich gewordene Stellungnahme der „Verfassungstreuen“ gegen die Armee zu beurteilen. Und diese Armeefeindlichkeit ist noch heute unter den Deutschösterreichern stark vertreten; selbst die Erfahrungen des verflossenen Jahres, die doch deutlich zeigten, daß die Ungarn ihren magyarischen Teil der Armee für sich haben wollten, während schon die Tschechen und die polnischen Demokraten die Messer wehten, um auch für sich bei nächster Gelegenheit ihre „nationalen“ Stücke herauszuschneiden, haben nur in wenigen deutschen Köpfen der Erkenntnis Durchbruch verschafft, daß doch diese nationalen Begehrungen beweisen, wie gut deutsch eigentlich die k. k. Armee sein müsse, und daß es sich doch wohl lohne, für sie mit allen Kräften einzutreten. In Ungarn traten gleich nach dem Ausgleich von 1867 Strömungen auf, die nach einer selbständigen, ungarischen Armee trachteten, die nur dem König von Ungarn den Eid der Treue geleistet habe. Bis in die Siebzigerjahre wurde von der Kriegsverwaltung die Sache unentschieden hingezogen, weil man die Ungarn gewinnen wollte, und dem Grafen Andrássy gelang es, die Organisation der ungarischen Landwehr, der Honved, auf rein ungarisch-

scher Grundlage, mit magyarischer Kommandosprache und nur auf den König von Ungarn vereidigt, durchzusetzen. Man war damals in Armeekreisen nicht ganz klar über die Landwehreinrichtung, bei der man gern die preußische Organisation übertroffen hätte und darum die französische Art annahm, nach der für die Landwehr Rekruten direkt ausgehoben werden. Dabei ist die Rücksicht auf die Ungarn, die möglichst rasch zu einer starken Honvedtruppe gelangen wollten, von großem Einfluß gewesen. Die Honved wurden also schleunig in Szene gesetzt und heutzutage unterhält Ungarn einen im Verhältnis zur Bevölkerung doppelt so großen Dienststand an Landwehrtruppen wie Österreich. Das Land sieht in seiner Honvedarmee ohne Unterschied der Parteien ein nur dem ungarischen Königreich ergebenes Heer — für alle Fälle, die gemeinsame Armee wird dagegen mit Vorliebe angefeindet. Als die Mehrheit der österreichischen Delegation 1871 den Mehrforderungen der Kriegsverwaltung Schwierigkeiten bereitete, bewilligte die ungarische alles, schleppte aber die Bedingung mit ein, daß die ungarischen Regimenter in die Heimat verlegt würden. Darauf wurden die den deutschen Armeekorps nachgebildeten, an und für sich sehr nützlichen Territorialdivisionen errichtet. Die Ungarn hatten damit den Zweck erreicht, die ungarischen Regimenter im eigenen Lande zu haben, wo man mehr Hoffnung hegen konnte, sie von den Einwirkungen der Reichsidee fernzuhalten.

Bei der raschen Entwicklung des österreichisch-ungarischen Heeres in den Siebzigerjahren ward man in der Armeeführung bald inne, daß bei der übereilten Errichtung der Honved ein schwerer Fehler begangen worden war, indem man die Zweisprachigkeit in die Armee hineingetragen hatte, die doch zur gemeinsamen Verteidigung des Reiches in allen ihren Teilen berufen ist. Man hatte bald die Erfahrung gemacht, daß bei Manövern an der magyarisch-ungarischen Grenze, zu denen Honvedtruppen gezogen wurden, untere Chargen sich nicht zu verständigen vermochten, weil die Ungarn nicht deutsch sprechen konnten oder wollten. Man war entschlossen, in keinem Falle auf die weitere Ausdehnung der Zweisprachigkeit in der Armee einzugehen, und zwar um so mehr, als dadurch auch die Ansprüche anderer Nationen geweckt worden wären. Aus diesem Grunde hat auch bis heute die Landwehr noch keine Artillerie erhalten, obgleich sich die Ungarn für ihre Honved mehrmals eifrig darum bemühten. Nun wissen die ungarischen Führer aller Parteien, daß mit ihnen die gesamte Nation in letzter Reihe eine magyarisch kommandierte, selbständige Armee anstrebt und daß nur über die Wege zur Erreichung dieses Zieles Meinungsverschiedenheiten bestehen. Für jedermann, der die Bestrebungen des Magyarentums einigermaßen kennt, war vorauszu sehen, daß in unseren Tagen, in denen die lange verschobenen Fragen der Änderung des Wehrgesetzes und der Neubewaffnung der Artillerie dringlich geworden sind, die Ungarn eine große Aktion einleiten würden, um vielleicht nur kleine grundsätzliche Zugeständnisse zu erlangen, die sich dann später erweitern ließen. Man arbeitete mit geschickt verteilten Rollen, aber alle hatten das

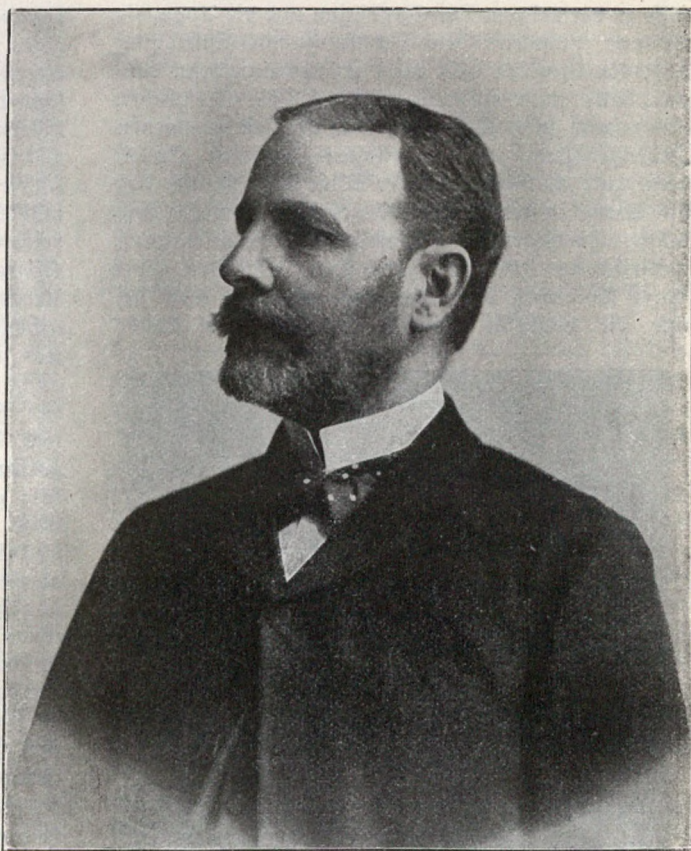
gemeinsame Ziel im Auge. Andere Nationen, namentlich die Deutschen, könnten davon etwas lernen. Das mußte vorausgeschickt werden, wenn man das eigentliche Wesen der Krise in Ungarn verstehen will. Die Agitation war schon im Vorjahre von den Apponyanern und Kossuthianern mit allem Eifer betrieben worden, man sah bald, wohin die Reise gehen sollte; der Ministerpräsident v. Szell, der geglaubt hatte, er würde die große liberale Partei führen, war bald der Geführte, und wenn er nicht selbst im Innern mit den ungarischen Bestrebungen sympathisierte, sogar der Angeführte. Die Obstruktion gegen ihn wegen der an sich so unbedeutenden Rekrutenvorlage hatte nur eine taktische Bedeutung.

Die Ankündigung der Ausgleichsbestimmungen, die nach Neujahr Ministerpräsident v. Szell am gleichen Tage in Budapest, wie Dr. v. Koerber in Wien, mitteilte, erweckte in Ungarn gar kein Interesse, denn die Heeresbestrebungen erfüllten alle Gemüter. Die Unabhängigkeitspartei war entschlossen, die Debatte über die Wehrevorlage bis über den Zeitpunkt der Rekrutenaushebung hinauszuziehen, und sie konnte der stillen Unterstützung aller übrigen sicher sein. Es kam in den nur mit langweiligen Reden und sonstigen Nichtigkeiten ausgefüllten Sitzungen zu mancherlei Skandalenzen, deren heftigste sich gegen den ritterlichen Landesverteidigungsminister FML. Baron v. Sejervary richtete, aber die Duldsamkeit des Präsidenten, Grafen Apponyi bewies, daß er eigentlich die Obstruktion im geheimen leitete. Anfang März weilte der Kaiser in Pest und die Opposition markierte das durch eine verschärfte Obstruktion und Straßendemonstrationen. Die Führer der Bewegung hofften, den greisen Monarchen damit mürrisch machen zu können. Ministerpräsident v. Szell hatte erklärt, er werde weder das Haus auflösen noch die Obstruktion durch eine Änderung der Geschäftsordnung bekämpfen. Die Opposition war in der Meinung, daß sie etwas erzwingen könne, dadurch bekräftigt worden, daß der Ende des vergangenen Jahres verabschiedete Reichskriegsminister, trotz der befriedigenden parlamentarischen Lage in Österreich, die unbedingt notwendige Erhöhung des Rekrutenkontingents nicht in der Form der bisher üblichen Erneuerung des Wehrgesetzes auf zehn Jahre eingebracht hatte. Sie vermutete dahinter Schwäche der Regierung, und daß sie dem Kampfe auszuweichen suche. Im Lande wurden Demonstrationen gegen die Regierungsvorlage in Szene gesetzt und Deputationen an den Reichstag abgesendet, die Graf Apponyi mit zweideutigen Worten begrüßte und im Hause selbst die wütendsten Angriffe der Unabhängigkeitspartei gegen die Krone nur mit der Mahnung abwehrte, selbst in dem Kampfe um die gerechteste Sache müsse man in der Form maßvoll bleiben. Dafür passierte es ihm beim Hofball am 14. Mai, daß er vom Kaiser Franz Joseph gänzlich übersehen wurde, worüber seine Getreuen ein großes Gezeter erhoben. Er wurde darauf am nächsten Sonntag vom Monarchen „huldvoll“ in Audienz empfangen; was dabei gesprochen wurde, ist nicht bekannt geworden. Die Studenten ließen sich zu Straßendemonstrationen hinreißen, am Todestage Kossuths, am 20. März, war es zu blutigen Ausschreitungen und zum Ein-

greifen der Polizei gekommen, worauf die Universität vorläufig auf vier Tage geschlossen wurde.

Am 1. April hatte der Finanzminister ein neues Budgetprovisorium bis Ende August eingebracht, da das bisherige Ende April ablief. Auch gegen diese neue Vorlage wurde die Obstruktion in Anwendung gebracht und so trat am 1. Mai der sogenannte Ex-lex-Zustand ein, d. h. das verfassungsmäßige Recht der Regierung erlosch, Steuern einzukommen und überhaupt finanzielle Verfügungen zu treffen. Ex-lex ist ein Ausdruck aus jenem barbarischen Latein, das bis in die Dreißigerjahre in Ungarn offizielle Sprache der Gesetzgebung, der Aristokratie und des Bürgertums war, weil die magyarische Sprache noch nicht genug ausgebildet war. Herr v. Szell hatte den Standpunkt der Regierung noch mit klangvollen Worten verteidigt. „An dieser Stelle des Erdteils, an der Grenze zwischen Ost und West, kann sich nur ein starker Staat behaupten. Wir müssen eine Macht darstellen, die nicht nur bündnisfähig ist, sondern die ihre Interessen auch zu wahren vermag, noch ehe ein Zusammenstoß erfolgt,“ hatte er gesagt, aber niemand hörte mehr auf ihn, er war nur noch Leiter der Geschäfte, nicht mehr Führer und Vertrauensmann der Nation. Der Ex-lex-Zustand rief übrigens in Ungarn gar keine Aufregung hervor, alles ging seinen ruhigen Gang weiter; mehr Aufsehen machten schon Unruhen in Kroatien, dessen unruhige Elemente sich die allgemeine Verwirrung zu nütze machten, um gegen die Magyaren und die Deutschen, aber auch nach dem Beispiele der Magyaren gegen die kaiserlichen Adler zu demonstrieren, Fenster einzuschlagen etc. Der Unwille des aufgeregten Volkes richtete sich auch gegen den Banus, Grafen Khuen-Hedervary, der ein strenges Regiment führte, aber sich des vollen Vertrauens des Monarchen erfreute. Die meisten durch Wiener Blätter verbreiteten Nachrichten stellten sich übrigens als stark übertrieben heraus. Auch die zweite Anwesenheit des Kaisers in Budapest im Mai hatte keine Klärung der Lage gebracht. Daß man beim Donaufest das „Gott erhalte“ durch die demonstrativ gesungene ungarische Hymne überschrieen hatte, war gewiß nicht geeignet gewesen, den Monarchen zu weiteren Zugeständnissen in militärischen Fragen zu bewegen. Die eingeweihten Führer wußten, daß er sich bisher bestimmt ablehnend verhalten hatte, aber die Öffentlichkeit erfuhr davon nichts; sie sollte in dem Wahne erhalten werden, daß sie durch Demonstrationen etwas erzwingen könne, und darauf hofften ja die ungarischen Parlamentarier aller Parteien.

Das Schicksal des vollkommen machtlos gewordenen Ministeriums Szell erfüllte sich endlich Mitte Juni. Der Ministerpräsident wurde am 10. Juni nach Wien berufen, und da er dem Monarchen nichts Befriedigendes mehr zu sagen wußte, gab er seine Demission. Herr v. Szell mag es



Karl Graf Khuen-Hedervary, ungarischer Ministerpräsident.

vielleicht beim Antritt seiner Regierung gut und ehrlich gemeint haben, aber sein Rücktritt wurde doch allgemein wie eine Erlösung von der seit vier Jahren immer mehr zunehmenden Verwirrung und der allgemeinen Zersetzung des politischen Lebens empfunden. Statt seiner gab eigentlich Graf Apponyi die Richtung der Regierungspolitik an und niemals vorher litten Deutsche, Rumänen und Serben mehr unter dem Druck des magyarischen Chauvinismus. Unter seiner Regierung war es auch üblich geworden, das „Gott erhalte“ öffentlich zu verspotten und als „Henkerlied“ zu bezeichnen, in den Volksschulen wurde das Ansprechen des Titels „Kaiser“ statt König mit Stockschlägen bedroht und bestraft. Als Nachfolger konnte für die Krone ernstlich nur der Banus von Kroatien, Graf Khuen-Hedervary, in Frage kommen; er war aber bei der liberalen Partei in hohem Maße unbeliebt und von ihr schon einmal abgelehnt worden, als er bei dem ersten Konflikt des Ministeriums Weckerle mit der Krone genannt wurde; damals vermochte sich die Krone nicht dafür zu entscheiden, den Verfassungskampf aufzunehmen, und Weckerle blieb. Diesmal lagen die Dinge anders, die Einheit der Armee stand in Frage und da war der Kaiser entschlossen, dem Konflikt nicht auszuweichen. Mit der Neubildung des Kabinetts wurde zunächst der gegenwärtige Ministerpräsident, Graf Stefan Tisza, der Sohn Koloman Tiszas, betraut, mit der Aufgabe, die Wehrevorlage noch rechtzeitig durchzubringen, ohne aber die schon von Koloman v. Szell im Namen der Krone gegebenen nationalen Zugeständ-

nisse zu vermehren. Die Opposition und die Apponyi-Gruppe nahmen seine Berufung mit Entrüstung auf; das brauchte aber nicht zu genieren, denn darauf hatte man rechnen müssen. Den eigentlichen Widerstand fand Tisza jedoch bei seinen eigenen Parteigenossen, der ehemaligen liberalen Partei, denn auch in dieser war der Wunsch zu Hause, daß die Krone in der Armeefrage nachgeben werde und müsse. Die sogenannte Grafenpartei, die überhaupt, natürlich aus „verfassungsmäßigen“ Gründen, keine starke Betonung der Kronrechte wünscht, weil sie, wie die englische Aristokratie, selbst im Lande



Theodor Graf Pejačević v. Veröczi, der neue Banus von Kroatien.

herrschen und das Königtum nur zum Schutz und Deckmantel für diese Stellung beibehalten will, verhielt sich kühl ablehnend, insbesondere Graf Julius Andrássy, der sich übergegangen fühlte. Nach zwei Tagen legte Graf Tisza seinen Auftrag zurück und nun kam natürlich Graf Khuen-Hedervary.

Vielen ging damit ein Licht auf, wie sehr es diesmal der Krone ernst war, noch mehrere hatten aber das lebhafteste Interesse daran, die Sachlage zu verschleiern. Vor allen die liberale Partei in Ungarn, die am sichersten wußte, wie die Sachen standen, aber immer noch auf die Nachgiebigkeit der Krone hoffte und darum gar nichts gegen die Agitation tat, die übrigens im Volke immer weniger Anklang fand, am wenigsten in der Armee selbst, wo nicht einmal unter den Magyaren Neigung vorhanden war, von der einheitlichen Armee zu lassen. Am tätigsten zeigten sich die alten Anhänger der parlamentarischen Theorie, nach der die Krone eigentlich nichts zu sagen habe, und die ihre helle Freude daran hatten, daß es in Ungarn schien, als werde man ihr etwas abtrotzen. Die fünfundsingzigjährigen Erinnerungen an den Kampf der Verfassungstreuen gegen die Armee wurden in der Wiener

Presse wieder lebendig, traten aber klugerweise nicht offen ans Tageslicht, weil die heutigen Deutschösterreicher darüber doch Kopfschütteln geworden wären, sondern man begnügte sich mit einer wenig verhüllten Sympathie für die Bestrebungen der ungarischen Linken und tat alles, um durch die Verschleierung der Lage, soweit sie doch bekannt sein mußte, Verwirrung in die Reihen der Deutschösterreicher zu tragen und sie von einem entschiedenen Eintreten für die einheitliche Armee zu Gunsten der Krone abzuhalten. Die Wiener und Pester Presse arbeitete wieder einmal geschickt Hand in Hand; was man in Ungarn durchzusetzen hoffte, hätte ja auch in Österreich Nachfolge finden müssen. In den Führern der Deutschösterreicher rächte es sich jetzt, daß sie, soweit sie nicht selbst Anhänger jener parlamentarischen Theorie waren, immer der Armee kühl gegenüber gestanden, sie nur als notwendiges Übel betrachtet und sich nie mit ihrem Wesen beschäftigt hatten. Sie ließen sich durch die geschickt ausgestreuten Schreckschüsse, daß den Ungarn schon ungeheuer viel zugestanden worden sei und daß man ihnen schließlich doch alles bewilligen werde, vollkommen täuschen, ihrem stets bewiesenen Kleinmut entsprach ja auch das durchaus, und sie unterließen, Stellung zu Gunsten der Krone zu nehmen, was von größtem Vorteil für die Deutschen in ihren in nächster Zukunft doch bevorstehenden Auseinandersetzungen mit den Tschechen hätte sein müssen. Auch das muß vorausgeschickt werden, um das Nachfolgende ganz zu verstehen.

Es lag nahe, daß nun, nachdem die Hilfslosigkeit Szells so ungeheuer viel Zeit vergeudet hatte, ein ganz neuer Weg eingeschlagen werden mußte. Es blieb nur noch ein halbes Jahr, um mit den Handelsvertragsverhandlungen fertig zu werden, wenn man nicht die Rücksicht des Auslandes anrufen wollte, das zur Kündigung der Handelsverträge berechtigt war. Ob man freilich im ungarischen Reichstage die Zolltarif- und Ausgleichsverhandlungen fertig bringen würde, stand dahin, jedenfalls mußte der Versuch gemacht werden und es wäre politisch unklug gewesen, sie mit der noch unlösbar scheinenden Heeresfrage zu verquicken, die nach Lage der äußeren und inneren Politik einen Aufschub eher vertragen konnte. Graf Khuen erhielt demgemäß seine Aufträge. Am 21. Juni fand unter dem Vorstehe des Kaisers in der Wiener Hofburg ein zweistündiger Ministerrat statt, der „militärischen Besprechungen“ galt und an dem außer den gemeinsamen Ministern Ministerpräsident Dr. v. Koerber, Graf Khuen, der Landesverteidigungsminister Graf Welserheimb und der Honvedminister Baron Fejervary teilnahmen. Abends reisten Graf Khuen und Baron Fejervary nach Budapest ab. Es hieß offiziös, Graf Khuen beabsichtige, zunächst die Arbeitsfähigkeit des ungarischen Abgeordnetenhauses wieder herzustellen, aber ohne Verschärfung der Geschäftsordnung. Wie das gemeint war, sollte sich bald herausstellen. Er hatte nur kurze Besprechungen mit den Führern der Liberalen und unterhandelte dann mit der Unabhängigkeitspartei auf Grund eines früheren Antrages des Abg. Kossuth, wonach die Wehrvorlage zurückgezogen, dafür aber das bisherige Rekrutenkontingent und außerdem

5900 Mann für die Neuformation der Artillerie bewilligt werden sollten. Die Blätter der Unabhängigkeitspartei äußerten sich entgegenkommend; da aber der radikale Flügel der Partei auf der Zurückziehung des Kossuth'schen Antrages bestand, ließ Graf K h u e n auch noch die Mannschaften für die Artillerie fallen, worauf K o s s u t h sich verpflichtete, seine Partei werde die Obstruktion einstellen. Auf diese Lösung der Krisis war man nirgends vorbereitet und alle, die an der Fortdauer des Streites ein Interesse hatten, beeilten sich, sie als eine Kapitulation der Krone vor der Unabhängigkeitspartei darzustellen; das taten namentlich die Wiener Blätter, die mit den Pester Liberalen sympathisierten, die sich beleidigt fühlten, daß Graf K h u e n vorgegangen war, ohne sie zu fragen, und denen ihre militärischen Hoffnungen fortzuschwimmen schienen.

Die Kapitulation war nun gar nicht so arg, obgleich sie gerade in Österreich am meisten geglaubt wurde, denn man las dort nichts anderes. Daß die Unabhängigkeitspartei einen Vorteil errungen hatte, war schon durch den Sturz des Ministeriums S z e l l ohne weiteres klar, aber es wurde übersehen, daß sie jetzt parlamentarisch mitarbeiten wollte, daß dies für die zoll- und handelspolitische Lage von größtem Vorteil gewesen wäre und daß es sich mit Rücksicht auf die Vorgänge in Serbien und auf der ganzen Balkanhalbinsel empfahl, die Krise in Ungarn vorläufig zu schließen. Die offiziellen Hinweise darauf wurden nicht beachtet, dafür sorgten schon die Liberalen in Ungarn, denen Graf K h u e n zu monarchisch war und den sie überhaupt nicht leiden mochten. Jetzt wäre ihnen T i s z a doch lieber gewesen, von K h u e n hofften sie in der militärischen Frage nichts, aber gerade darum ließen sie überall, wo sie Einfluß hatten, die Meinung verbreiten, die „Kapitulation“ K h u e n s bedeute große nationale Zugeständnisse an die Ungarn. Das wurde in Österreich allgemein als bare Münze hingenommen und der Kleinmut aller Parteien äußerte sich dort bis hinauf in die Kreise des Klerikalen „Waterlands“. In der Tat handelte es sich doch nur um eine Vertagung der Wehrfrage, um für andere Angelegenheiten freie Hand zu bekommen, und es konnte sich erst später entscheiden, wer der eigentliche Sieger sein werde. In diese Zeit fiel der faktische Zusammenschluß der deutschen Parteien in Österreich, von dem sich hätte etwas erwarten lassen, wenn die Herren die Lage durchblickt hätten. Davon war aber nichts zu bemerken und neben der allgemeinen Klage über die „Kapitulation der Regierung“ vor der Unabhängigkeitspartei wurde mit Emphase betont, das österreichische Parlament habe ja „alles“ bewilligt, während die Chiarische Klausel doch den Parlamentsbeschluß hinfällig gemacht hatte.

Dagegen tat Dr. v. K o e r b e r wieder einen im allgemeinen Interesse sehr nützlichen Schritt, indem er mit seinem Ministerium demissionierte. Formell war er dazu vollkommen berechtigt, denn er hatte das allerdings mit dem Chiarischen Zusatz befestigte Wehrgesetz den Jungtschechen abgerungen, das nun in Ungarn wegen der dortigen parlamentarischen Verhältnisse zurückgezogen wurde. Dafür

gebührte ihm eine öffentliche Rechtfertigung und Genugthuung, obgleich sich solche Vorkommnisse in dualistisch gebildeten Staaten bei Fragen, die die gemeinsame Zustimmung der Parlamente voraussetzen, jeden Tag ereignen können. Daß aber das Ministerium K o e r b e r weder wegen der Obstruktion der Jungtschechen noch der der Magyaren zurücktreten werde, war von vornherein klar; die Demission übte jedoch einen unverkennbaren Druck auf die Lage in Ungarn aus, und sie wurde nicht eher durch ein ungemein gnädiges Handschreiben des Monarchen abgelehnt, als bis die Wirkung voll erreicht war. Daß Dr. v. K o e r b e r durch die Abmachungen des Grafen K h u e n schwerlich über rascht worden sein konnte, geht schon daraus hervor, daß er an den militärischen Beratungen am 20. Juni teilgenommen hatte. Das kaiserliche Handschreiben vom 7. Juli erwähnte mit keiner Silbe die Vorgänge in Ungarn, was die Lage dort nur hätte erschweren können, und diese Unterlassung war aber darum keineswegs auf Einspruch des Grafen K h u e n erfolgt, sondern verstand sich für politische Leute, die zwischen den Zeilen zu lesen verstehen müssen, von selbst. Merkwürdig blieb auch, welcher geringen Eindruck in Österreich die Tatsache machte, daß eine Rekrutenerhöhung von 5900 Mann fallen gelassen worden war; um solche Ziffern pflegt man doch sonst heftige parlamentarische Kämpfe zu führen, und die Zeitungen machen je nach ihrem Standpunkte von der Bewilligung auf der einen Seite den Ruin, auf der anderen den Bestand des Reiches davon abhängig. Diesmal sagten die Zeitungen gar nichts und die Leute auch nicht. Der Philosoph Herbart schreibt: „Wenn man die Leute um ihre Meinung befragt, pflegen sie eine zu haben.“ — Daß während der Zeit, in der die Demission des Ministeriums K o e r b e r schwebte, lebhafteste Versuche gegen ihn gemacht wurden, daß man bis in angesehene reichsdeutsche Blätter die Fabel verbreitete, der Kaiser sei deswegen furchtbar aufgebracht gegen ihn, daß sich auch die Tschechenführer in Wien einfanden, um zu horchen, ob für sie nichts zu machen sei, soll nur nebenbei mit angeführt werden. Die Tatsache, daß zugleich mit der Ablehnung des Demissionsgesuches Dr. R e z e k aus dem Ministerium schied, gibt auf alles Antwort. Ein tschechischer Landsmannminister kann keinen Zweck haben, wenn die Tschechen nicht einmal von der Obstruktion lassen wollen.

Als Graf K h u e n-H e d e r v a r y mit dem definitiven Auftrag zur Kabinettsbildung betraut worden war, wurde er von den Liberalen sehr kühl empfangen, die es besonders schmerzlich berührte, daß Baron S e j e r v a r y nicht in das neue Kabinett eingetreten war. Jetzt wußten sie, was sie an ihm verloren hatten, als sie aber für ihn hätten eintreten sollten, zuletzt bei dem Skandal mit M e s s i, da war er von ihnen im Stiche gelassen worden. In sehr gedrückter Stimmung beschlossen die drei Gruppen der Liberalen schon Ende Juni, sie würden das Ministerium K h u e n unterstützen. Die äußere Einigung war damit wohl wieder hergestellt, aber die inneren Gegensätze, die Abneigung gegen den Ministerpräsidenten und die Hoffnung, doch noch militärische Zugeständnisse erzwingen zu können, blie-

ben. In der Unabhängigkeitspartei war man nicht mit dem Vorgehen Kossuths einverstanden, ebenso wollte die kleine Fraktion Szederkenyi die Obstruktion fortsetzen. Kossuth legte einstweilen die Präsidentenstelle der Unabhängigkeitspartei nieder, ohne aus der Partei auszutreten. Als Graf Khuen mit seinem Ministerium im Abgeordnetenhaus erschien, um sein Programm zu entwickeln, das darauf hinauslief, die Politik seines Vorgängers fortzusetzen, empfing ihn die Mehrheit kalt, die radikale Linke mit Hohn und Spott. Bei seiner Erklärung, er verzichte nur vorläufig auf die Erhöhung der Rekrutenziffer, ging der Lärm los. Man rief ihm zu, er habe sein Wort gebrochen, Abg. Barabas erklärte offen, seine Partei werde weiter obstruieren, wenn Graf Khuen nicht für den Herbst nationale Zugeständnisse verspreche, Kossuth und einige andere erklärten dagegen, sie würden ihr Wort halten. Am 6. Juli beschloß auch die Unabhängigkeitspartei mit geringer Mehrheit, sie werde auf dem früheren Beschlusse beharren, worauf Kossuth die Leitung der Partei wieder übernahm, während Barabas sie niederlegte, aber auch nicht austrat. Die Debatte über das Programm des Ministeriums zog sich über vier Wochen hin, die Reden unterschieden sich wenig von denen zur Zeit Szells, und die Linke, die es bei dem Verhalten der Kossuthianer wohl vermocht hätte, dem parlamentarischen Jammer ein Ende zu machen, tat das nicht, weil es ihr gar nicht unangenehm gewesen wäre, wenn dem Grafen Khuen von der Opposition ein Bein gestellt würde. Die Debatte zog sich bis gegen Ende des Monats Juli ohne jeden Zweck hin.

In diese Zeit fallen auch verschiedene Straßendemonstrationen, die die Sozialdemokraten wegen der Einstellung der Obstruktion machten, fällt auch das Wort des Abg. Barabas: „Der König wird alt“, und jedermann wußte, wie er es meinte. Sonntag den 12. Juli hatte er sich in seinem Wahlkreise Großwardein ein Vertrauensvotum holen wollen, es kam aber nicht dazu, sondern zu einer Schlägerei, so daß Polizei und Militär eingreifen mußten. Seine Klagen im Parlament darüber fanden auch kein Gehör. Die Demonstrationen trafen keinen Boden im Volk, und in der zweiten Stadt des Landes, in Temesvar wurde Graf Khuen mit 847 von 867 Stimmen wiedergewählt. Das auffälligste Ereignis war aber die große Rede des Grafen Apponyi vom 22. Juli, in der er ganz unverhüllt erklärte: „Ich, wie auch jedes Mitglied der liberalen Partei, wünsche und verlange die Durchführung des Ungartums, des Begriffes, ungarisches Heer im gemeinsamen Heer, und ich halte daher die Forderung, daß die ungarische Sprache bei den ungarischen Truppen im Dienste und im Kommando zur Geltung gelange, für ein Postulat, das früher oder später erfüllt werden muß.“ Das allgemeine Eljen, das dem Redner bei dieser Stelle von allen Seiten des Hauses zugerufen wurde, bestätigte, was man längst schon wußte, daß die liberale Partei und die Opposition in der Heeresfrage grundsätzlich eines Sinnes war. Diese Rede wurde ungemein gepriesen, namentlich auch in den Wiener Blättern, die im Grafen Apponyi schon den zukünftigen Ministerpräsidenten erblickten, den dafür unmöglichsten Mann

in Ungarn. Die Heißsporne übersahen ganz, daß Graf Khuen inzwischen alle Vermittlungsvorschläge abgelehnt hatte, weil sie dahin gingen, daß die Regierung eine bindende Erklärung über die Einführung der magyarischen Kommandosprache zu einem bestimmten Zeitpunkt abgeben sollte. Endlich stellte er am 29. Juli den Antrag, die Debatte abzubrechen und über die Indemnität weiter zu verhandeln. Die Opposition wütete dagegen und packte schließlich einige Bestechungsgeschichten aus. Auffälligerweise unterstützte diesmal die liberale Partei den Ministerpräsidenten und setzte es durch, nachdem die Opposition bis nach Mitternacht standgehalten hatte, daß eine Untersuchungskommission über die Bestechungen eingesetzt und auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung die Indemnitätsdebatte gestellt werden sollte. Die ordentlichen Sitzungen des Hauses wurden bis zum 10. August ausgesetzt, damit in die „Bestechungsaffäre“ Licht gebracht werde. Man gedachte, damit den Grafen Khuen zu stürzen.

Es handelte sich aber in einem Lande, wo politische Bestechungen nicht ungewöhnlich sind, um eine reine Lächerlichkeit. Ein „Redakteur“ Singer und einige Stammesgenossen mit „echt“ magyarischen Namen hatten den dem Ministerium treu ergebenden Gouverneur von Fiume, Grafen Szapary, dessen politische Klugheit nicht gerühmt wurde, zu einem Bestechungsversuch verleitet. Wer eigentlich dahinter gesteckt hat, ist nicht herausgekommen; Graf Szapary nahm unverweilt seinen Abschied. Der Untersuchungsausschuß stellte die „Redakteure“ als mehr als zweideutige Geschäftsmacher bloß und gestand zu, daß den Grafen Khuen nicht die geringste Schuld treffe. Aber dieser hatte die Geschäfte satt und erklärte, nachdem er in Ischl beim Kaiser gewesen war, am 10. August im Abgeordnetenhaus, er habe mit dem Ministerium seine Demission gegeben. Darüber herrschte großer Jubel in ganz Ungarn, man hoffte, der Monarch werde doch nachgeben, die unmöglichen Namen Weckerle und Apponyi gingen wieder als zukünftige Ministerpräsidenten durch die Blätter und man legte sogar die Tatsache, daß der Kaiser seinen Aufenthalt in Ischl unterbrochen und in Aussicht gestellt hatte, nach Budapest zu kommen, sehr hoffnungsvoll aus. Aber der Monarch kam zunächst gar nicht nach Ungarn, sondern blieb in Wien, wohin er in einer Woche mehr als ein Duzend ungarischer Parteiführer berief. Alle fanden ihn ungemein ernst, aber keineswegs zu militärischen Zugeständnissen geneigt, was zwar den Ungarn wieder verschwiegen wurde, aber zur Folge hatte, daß sein Geburtstag in Budapest nur oberflächlich gefeiert wurde. Am folgenden Tage traf der Kaiser daselbst ein und wurde vom Volk mit den üblichen Eljenrufen begrüßt. Die Magyaren mußten es immerhin als eine Aufmerksamkeit ansehen, daß der Monarch am folgenden Tage, dem St. Stephanstage, dem größten Feiertage Ungarns, an der kirchlichen Feier teilnahm. Die Audienzen der Parteiführer wurden eifrig fortgesetzt, aber ohne Erfolg für die magyarischen Wünsche, und es wurde darum an die Presse die Lösung ausgegeben, die Krise werde sich in die Länge ziehen. Aber bald begannen der „Pester Lloyd“ und „Magyar Hirlap“ einzuschwenken, denn die Liberalen

sahen ein, daß sie von ihren geheimen Wünschen nichts verwirklicht sehen würden und darum klug taten, sich wenigstens die Herrschaft für die Zukunft zu sichern. Das offiziöse „Wiener Fremdenblatt“ gab ihnen auch schon den freundlichen Rat an die Hand, sie möchten doch selbst in der Militärfrage ein Programm aufstellen, um die Krise auf verfassungsgemäßem Wege zu lösen. Das hätte ja nun auch schon mancher Liberale gern getan, aber noch wagte keiner, sich der chauvinistischen Strömung entgegenzustellen. So blieb Graf Kluen Ministerpräsident, als der Kaiser am 29. August zum Empfang des Königs von England nach Wien zurückkehrte.

In diesen Tagen war ein Reservatbefehl an das Heer ergangen, daß die im dritten Jahre dienenden Mannschaften bis auf weiteres nicht in die Reserve versetzt werden sollten. Den Truppenteilen wurde ausdrücklich aufgetragen, die betreffende Mannschaften über die gesetzlichen Vorschriften sowie über die Ursache der Zurückhaltung aufzuklären. Die Maßregel war ebenso notwendig, als gesetzlich begründet, aber den Parteimann bekümmert das sehr wenig, zumal wenn er das Gesetz nicht kennt. Namentlich in Österreich wurde mehr als nötig darüber gelärmt und selbst „verfassungsmäßige“ Bedenken wurden laut, obgleich die Berechtigung der Militärbehörde ganz klar lag. Man stützte sich darauf, daß in Österreich doch alles bewilligt worden sei, was wegen der Thiarischen Klausel nicht zutraf, und es wurden sogar „wirtschaftliche“ Gesichtspunkte hervorgehoben, als wenn es nicht gleichgültig wäre, ob 100.000 Einundzwanzigjährige oder ebenso viele Vierundzwanzigjährige ihrem bürgerlichen Berufe aus militärischen Rücksichten entzogen würden! Es gab eben zu viele Leute, die Verwirrung in die friedliche Bevölkerung tragen wollten, die gar nicht so tragisch gestimmt war. Das zeigte sich kurze Zeit darauf, als die Heeresverwaltung bekannt machte, sie werde ebenso viele Dreijährige entlassen, als sich Freiwillige meldeten. Da kamen von allen Seiten Anforderungen an die Militärpflichtigen, sie möchten sich doch freiwillig melden und den unter der Ungunst der Verhältnisse leidenden Dreijährigen helfen. Mit dieser Stimmung hätte sich etwas machen lassen, wenn die Führer der Deutschen die Lage beherrscht und gesagt hätten: Für die deutsche Armeesprache ist uns kein Opfer zu groß. Wie hätten die Deutschösterreicher da mit einem Schlage wieder eine ihrer Bedeutung entsprechende Stellung gewinnen können! Aber die Führer vermochten nicht, über den Schatten der alten verfassungstreuen Partei zu springen und es gab nichts wie Resolutionen von Stadtvertretungen und Parteiversammlungen gegen die Zurückbehaltung der Dreijährigen. Endlich kam ein Gedanke, natürlich von den Alldeutschen, die stets in der unpraktischen Politik Meister gewesen sind. Man müsse den Reichsrat einberufen, telegraphierten sie von Eger aus an den Ministerpräsidenten. Also das Abgeordnetenhaus, das vor wenigen Wochen wegen Arbeitsunfähigkeit vertagt werden mußte! Das hieß doch nur, den Tschechen Gelegenheit zu geben, der Krone zu beweisen, daß sie für Staatsnotwendigkeiten ein Herz haben, um

dann um so fester auf ihren nationalen Forderungen zu bestehen. Weil aber kein anderer Gedanke vorlag, wurde er allgemein als Retter in der Not begrüßt, die Regierung gab dem Drängen nach, der Reichsrat wurde schließlich einberufen und die Tschechen hatten wirklich die Güte — um dann das Abgeordnetenhaus wieder durch Obstruktion lahmzulegen. Ohne die Thiarische Klausel hätte sich in Österreich alles durch eine einfache Verfügung regeln lassen.

Der Kaiser war nach dem Besuche des Königs Eduard wieder nach Budapest zurückgegangen und



Feldmarschallleutnant Heinrich Ritter von Pitreich, österr.-ung. Reichsfriedensminister.

verzichtete sogar auf die Teilnahme an den Manövern in Südbungarn, um die Krise zu Ende zu bringen, was die Wiener Presse wieder dahin bekräftigte, die Ungarn müßten doch in allem ihren Willen haben. Als wenn der Kaiser nicht wegen der einheitlichen Armee wieder nach Budapest zurückgekehrt wäre! Da aber noch keiner der Liberalen den Mut hatte, dafür einzutreten, reiste der Monarch zum Todestag seiner Gemahlin nach Wien ab und blieb dort, bis er sich zu den großen Kavalleriemannövern bei Chlopoy in Galizien begab. Dort fiel die Entscheidung. Beim Abschluß der Manöver sprach der Kaiser in dem Armeebefehl vom 16. September als oberster Kriegsherr zu seinem Heere, indem er zum erstenmal öffentlich, aber unwiderstehlich Stellung nahm, natürlich für die Aufrechterhaltung der bisherigen gemeinsamen Organisation der Armee. Er knüpfte an die Ergebnisse der Manöver an, die ihn noch in dem Entschlusse bestärkt hätten, in keinem Falle den auf Lockerung dieser Organisation gerichteten einseitigen Bestrebungen nachzugeben und von seinen verfassungsmäßigen Rechten etwas zu opfern. Wer den Kaiser Franz Joseph kannte, hatte nichts anderes erwartet, nur

der entschiedene Ton überraschte und schlug in Ungarn geradezu wie eine Bombe ein. Der Kaiser war doch noch nicht so alt, wie sie sich eingebildet hatten. Die oppositionellen Blätter lärmten: nur eine Wahl mit Bajonetten könne den Magyaren ihre Armee entreißen. Leere Worte! Man hat in Ungarn auch schon wegen geringfügigerer Dinge Wahlen mit Bajonetten gesehen. Für die Offiziere war der Armeebefehl eine wahre Beruhigung, auch für die magyarischen, die gar keine Neigung hatten, die stolze, einheitliche Armee zu verlassen und etwa unter die indirekte Leitung von Barabas und Genossen zu geraten. Auch das magyarische Militär stand der „nationalen“ Bewegung durchaus kühl gegenüber, die Aufreizung der Dreijährigen zu Demonstrationen hatte kaum Erfolg, einige von den Zeitungen aufgebauschten Ungehörigkeiten wurden durch scharfe Dementis auf ihre Geringsfügigkeit zurückgeführt. Die Proteste der Deutschungarn, Rumänen, Kroaten und Slowaken waren immer stürmischer geworden; man hätte in Ungarn wohl eine Revolution hervorrufen können, aber für die Armee. Alles war bloß journalistischer und parlamentarischer Lärm gewesen. Von den Deutschösterreichern wurde der Armeebefehl mit großer Befriedigung aufgenommen, damit aber die Begeisterung nicht etwa zu groß werde, versicherten Wiener Blätter, er sei bloß „wegen der Einberufung des Reichsrats“ (!) erlassen worden.

Die ungarischen Liberalen faßten sich rasch; es fiel ihnen ja auch nicht schwer, denn sie hatten längst gewußt, wie die Sachen standen und nur darüber geschwiegen. Sie erklärten sofort, sie würden es nun für ihre Pflicht halten, sich für das vom König bewilligte Maß der Zugeständnisse einzusetzen und nicht darüber hinauszugehen. Das hätten sie nur vier Wochen früher sagen und auch danach handeln sollen. Jetzt war es allerdings höchste Zeit zum Einlenken. Denn gerade am Tage nach Chlopy war Kaiser Wilhelm in Wien eingetroffen und hatte, da die ganze Wiener Garnison in Spalier gestanden hatte, in seinem Toast auf seinen kaiserlichen Verbündeten gesagt: „Der Anblick Eurer Majestät stolzen Regimenter war mir eine Herzensfreude, denn den Bund unserer Länder tragen und festigen unsere beiden Heere zum Wohle des Friedens in Europa.“ Gerade mit diesen andeutungslosen Worten wurde sehr viel gesagt und die Geflüßentlichkeit der ungarischen und der die magyarischen Bestrebungen mehr oder weniger geheim unterstützenden Blätter, überlaut zu betonen, diese Worte hätten gar keine Beziehung auf den ungarischen Armeekonflikt, mußten erst recht auf den Gedanken bringen, daß der deutsche Kaiser gewiß nicht Regimenter mit der magyarischen Kommandosprache gemeint hatte. Direkt ließ sich bei der feinen Fassung der Worte nichts beweisen, und das war das Beste daran, aber die Ungarn verstanden, wie sie mit „Vilmos Császár“ daran waren. Der große Haufe brauchte ja wie gewöhnlich nichts davon zu wissen. Für die nächsten acht Tage war noch der Besuch des Zaren in Wien angesagt, die Erinnerung an 1849 drängte sich ganz ungezwungen auf und manchem heißblütigen Magyaren mochte die Mahnung des weisen Deak einfallen, daß die Sicherheit Ungarns nur

in der Anlehnung an Österreich zu suchen sei. Die Liberalen sahen vollkommen ein, daß mit parlamentarischen Skandalen gegenüber der ungemein starken Stellung der Krone nichts zu machen sei, und daß man zum Standpunkt Deaks zurückkehren müsse. Nur der entschiedene Ton des Armeebefehls, hinter dem manche bedrückte Gewissen vielleicht noch mehr vermuteten, war ihnen auf die Nerven gefallen und darum geschah in den nächsten Tagen für sie etwas Beschwichtigendes. Das „Ungarische Korrespondenzbureau“ erhielt Auftrag, zu melden: „Der Armeebefehl, der kein staatsrechtlicher (also ein rein militärischer kaiserlicher Akt ist, präjudiziert nicht jene im Interesse der Parität wünschenswerten Abänderungen, welche die liberale Partei als notwendig erachtet und die der Ministerpräsident Graf Khuen in sein Programm aufgenommen hat.“ Da die liberale Partei bereits erklärt hatte, sie werde nicht „über das vom König bewilligte Maß“ der Zugeständnisse hinausgehen, so hieß das doch bloß, was einmal bewilligt worden ist, wird nicht zurückgenommen. Die Wendung von der „Parität“ lautete sehr entgegenkommend, bedeutete aber nach der kaiserlichen Erklärung über das Festhalten an der bisherigen Heeresorganisation blutwenig. Es war daher unverständlich oder mindestens kleinlich, wenn Blätter behaupteten, der Armeebefehl wäre damit in der Hauptsache zurückgenommen worden. Gar zu viele, die die Diplomaten immer nur so von oben herab behandeln, verstehen den diplomatischen Stil nicht einmal zu lesen.

Graf Khuen-Hedervary wurde am 22. September durch ein kaiserliches, im Programmstil gehaltenes Schreiben wieder mit der Bildung des Ministeriums betraut. In dem Schreiben wurde ebenso das Festhalten an dem Ausgleich, wie an den kaiserlichen Rechten, ferner die Zurückweisung der ungarischen Heeresforderungen als dem Lande selbst nachteilig betont, aber auch die bereits versprochenen Änderungen von neuem zugesagt. Die liberale Partei war froh, einlenken zu können, und wenn ihr auch Graf Khuen sehr wenig sympathisch war, so einigte sie sich doch am 23. September mit ihm. Die anderen ungarischen Parteien tobten; da sie aber keinen rechten Widerhall auf der Straße und in den Massen fanden, so glich ihr tobendes Treiben, um mit einem Bismarckschen Bilde zu sprechen, dem aufgeworfenen Gummiball, der zuerst hoch aufspringt und die Sprünge wiederholt, die aber fortwährend kleiner werden, bis sie schließlich ganz aufhören. Die Unabhängigkeitspartei brüllte allerdings den Grafen Khuen wiederholt nieder, als er sein Programm entwickeln wollte, aber es gelang doch mit großer Mühe, den Beschluß durchzusetzen, daß sich das Haus bis zur Bildung des Ministeriums vertage. Graf Khuen fand aber keine neuen Ministerkollegen, da ihn die liberale Partei immer noch nicht leiden mochte, und er mußte mit den bisherigen vor das Haus treten. Inzwischen hatte nun Ministerpräsident Dr. v. Koerber im Abgeordnetenhaus in Wien eine Rede gehalten, in der er sehr scharf betonte, daß sich Österreich nicht in allen gemeinsamen Angelegenheiten die Butter vom Brote nehmen lasse, sondern seinen verfassungsmäßigen Einfluß aus-

üben werde. Dergleichen nimmt man in Ungarn immer übel, in der gegenwärtigen Stimmung vertrug man es gar nicht, und die liberale Partei drängte den Grafen Khuen, er solle den österreichischen Ministerpräsidenten zurechtweisen. Graf Khuen war aber am 29. September im Abgeordnetenhaus so ehrlich, zu erklären, man habe in Ungarn die Rede des Ministerpräsidenten v. Koerber, der von seinem Standpunkte aus ganz recht habe, falsch aufgefaßt. Das rief nun freilich bei den Radikalen den üblichen Entrüstungssturm hervor, gefiel aber auch den Liberalen nicht, und sie beschloßen darum, den Grafen Khuen zu beseitigen. Graf Apponyi setzte das auch gleich ins Werk, indem er einen Beschluß des Hauses gegen den Willen des Ministeriums durchführte, worauf dieser seine Demission gab und sie telegraphisch dem Kaiser anzeigte, der gerade den Besuch des Zaren erwartete. Graf Khuen wurde erst nach der Rückkehr des Kaisers von Mürzsteg in Wien empfangen und nun begannen dort die Verhandlungen über die Neubildung des Ministeriums, weil auch jetzt der Kaiser den Grafen Khuen, der die Störung beim Zarenbesuch nicht zu vermeiden verstanden hatte, fallen lassen wollte.

Vorher hatte die liberale Partei ein Neunerkomitee eingesetzt, das über die militärischen Forderungen beraten sollte, dessen zwar einstimmig gefaßten Beschlüsse aber dem Monarchen nicht zusagten, der dem Auschusse durch den Vertrauensmann Dr. v. Ekaacs sagen ließ, mit der Krone unterhandle man überhaupt nicht. Die Liberalen mochten sich noch so lange drehen und wenden, der Kaiser gab nicht nach, er ließ sich weder in den klaren Sinn der ungarischen Verfassung künstlich etwas hineininterpretieren, was nicht darin stand, noch etwas, was, wenn auch nicht seine eigenen, so doch die militärischen Hoheitsrechte seiner Nachfolger geschmälert hätte. Endlich hatte Tisza etwas vereinbart, was dem Monarchen recht war, der am 25. Oktober den Grafen empfing und ihn mit der Kabinettsbildung betraute. Die liberalen Blätter behaupteten, das vereinbarte Programm enthalte alle wesentlichen Beschlüsse des Neunerkomitees und unterscheide sich nur in einzelnen Ausdrücken. Aber auf solche kam es ja gerade an, und die fortgesetzte Agitation Apponyis dagegen bewies, daß es sich eben um wesentliche Ausdrücke handelte. Nach einigem Sträuben gab die liberale Presse zu, daß Tisza seine Sache ganz ausgezeichnet gemacht und die Opposition des Grafen Apponyi nur in der persönlichen Abneigung gegen Tisza ihre Ursache habe. In dieser Zeit hatte auch die fortgesetzte Mörgelei der Wiener Blätter ihr Gutes, indem die öffentliche Meinung in Ungarn deswegen leicht zu dem Glauben gebracht werden konnte, daß Tisza wirklich etwas herausgeschlagen habe, was aber gar nicht der Fall war. Am Schlusse des Monats wurde Tisza mit dem in Ungarn üblichen

Jubel als Ministerpräsident von der liberalen Partei begrüßt, aus der Apponyi nicht einmal austrat, weil ihm in diesem Moment nur wenige gefolgt wären. Er legte aber die Präsidentenstelle des Abgeordnetenhauses nieder, worauf der energische Perczel gewählt wurde. Die Opposition beschloß natürlich die Fortsetzung der Obstruktion.

Mit der Bildung des Ministeriums Tisza



Graf Stephan Tisza, ungar. Ministerpräsident.

war der Heereskonflikt zu Ende und er wird ebenso wenig wiederkehren, wie er sich in Preußen ernstlich erneuert hat. Schwere Nachwehen hat er freilich hinterlassen, die parlamentarischer Natur sind und hauptsächlich von den Ungarn selbst getragen werden müssen. Sie sind im Kampfe um die militärischen Hoheitsrechte der Krone gegenüber unterlegen; Kaiser Franz Joseph hat durch seine, vielen ganz unerwartet gekommene Festigkeit die Einheit der Armee gerettet und nur in Nebensachen nachgegeben, was vielleicht auch nicht in allem notwendig gewesen wäre, wenn er auf österreichischer Seite, namentlich bei den Deutschösterreichern, eine nachdrückliche Unterstützung gefunden hätte. Ministerpräsident Dr. v. Koerber konstatierte am 25. November im Abgeordnetenhaus zu Wien während der Debatte über die Regierungserklärung, die prinzipielle Entscheidung über die militärischen Zustände in Ungarn sei schon unter dem Ministerium Szell getroffen worden. Neu sei nur das Erziehungswesen hinzugekommen. Er erklärte, er

übernehme die volle Verantwortung für alle diese Angelegenheiten, und hat, mit der Kritik doch zurückzuhalten, bis die einzelnen Änderungen vorliegen würden. Man möge Vertrauen zu allen Faktoren haben, die die Geschicke der Armee bestimmen. Es werde nichts geschehen, was mit der Vergangenheit der Armee im Widerspruch stehe. — Das darf man billig glauben. Nach der Unerforschlichkeit, die der Kaiser in der Hauptfrage, der einheitlichen deutschen Armeesprache, bewiesen hat, ist doch wahrhaftig nicht anzunehmen, daß der Bissen, der den Ungarn wirklich zugestanden wird, so groß ausfallen dürfte, als sie noch heute denken. Weder über die Frage der Hoheitsabzeichen an den Fahnen, noch über die ungarischen Militärerziehungsanstalten, die Vermehrung der ungarischen Militärstipendien etc. ist bereits etwas entschieden und kaum anzunehmen, daß die Ungarn zu großen Geldopfern für die gemeinsame Armee bereit sein werden; bisher sind sie es wenigstens nicht gewesen. Was endlich die Magyarisierung des Offizierkorps betrifft, so werden die magyarischen Offiziere schon selbst dafür sorgen, daß es damit nicht schlimm wird. Wie der Honvedminister des Ministeriums K h u e n, K o l o s v a r y, im ungarischen Abgeordnetenhaus mitteilte, hat man zahlreiche in Ungarn zuständige Offiziere und Kadetten gegen ihren Wunsch in ungarische Regimenter versetzen müssen. Sie haben von jeher deutsche Garnisonen vorgezogen und so dürfte es auch bleiben. In diesen Kreisen besteht kein Wunsch nach einer besonderen ungarischen Armee.

Kaiser Franz Joseph.

Der Nestor der europäischen Staatshäupter, der nun seit mehr als 55 Jahren das bewegte Staatsschiff steuernde Kaiser Franz Joseph, steht unstrittig neben seinem temperamentvollen Freunde, dem Kaiser Wilhelm, im Vordergrund der politischen Ereignisse. Das beweist schon die Anzahl der gekrönten Häupter, die im Jahre 1903 in Wien zum Besuch erschienen, eine Reihe, die gar nicht zu Ende zu kommen schien; das beweist noch mehr die vorher geschilderte Festigkeit, mit welcher der Monarch, der sonst das reine Wohlwollen und die volle Langmut auf dem Throne repräsentiert, einen neuen Angriff auf das Heer abwehrte. In beinahe vollkommenem Gegensatz zu seinem treuesten Verbündeten, dem Kaiser Wilhelm, der seinem Volke die Zeichen der Zukunft weit voranträgt, ohne allzuviel Verständnis und Nachfolge zu finden, läßt Kaiser Franz Joseph die Ereignisse eigentlich mehr an sich herankommen, er wünscht, daß seine Völker aus sich selbst heraus glücklich und zufrieden zu werden suchen, aber in Übung der peinlichsten Regentspflicht, in der strikten Wahrung der Rechte der Krone und der Unantastbarkeit der Armee, die beide in den Zentralstaaten Europas notwendig sind, ist der Habsburger wie der Hohenzoller. Es sind nicht die fünfundsünfzig Jahre allein, die der Kaiser mit seinen Völkern in Freud und Leid durchlebt hat, die ihm in seinen Staaten eine in jeder Beziehung ausschlaggebende Stellung verschafft haben, die um so notwendiger ist, da moderne Verfassungen und liberale Gesetze eine Arena für poli-

tische Kämpfe geöffnet haben in einem Umfang wie in keinem anderen Reiche, die der Krone von selbst eine schiedsrichterliche Rolle zuweisen; es ist vielmehr der Zug von ritterlicher Ehrenhaftigkeit und das feine Gerechtigkeitsgefühl, das seiner Person einen ganz besonderen Platz in den Herzen seiner ganzen, nach seiner Mischung so buntgesimten Bevölkerung geschaffen hat. Das lebhafteste Temperament der Völker möchte ihn vielfach zu energischen Eingriffen in innere Fragen drängen, aber wer könnte ohne weiteres behaupten, daß damit viel gewonnen würde, und ob es doch nicht vielleicht richtiger ist, der Gärung unter den neuen Verhältnissen Raum und Zeit zur Abklärung zu gewähren und abzuwarten, bis sich wieder verträgt, was sich doch nur streiten, aber gar nicht auseinanderkommen kann und will? Für den, der in den Reihen der Kämpfer steht, sieht manches viel dringlicher und notwendiger aus, als es wirklich ist, und es ist gut, daß eine milde Unparteilichkeit die Oberhand behält.

Unter diesen Umständen erregte es berechtigte Enttäuschung, daß am 12. Juni ein irrsinniger Buchhalter, Jakob Reich, alias Bernstein, der sich selbst Gottes Sohn nannte, mit erhobenem Stöcke auf die Equipage des Kaisers, der durch die Mariahilferstraße in Wien fuhr, losging. Die Menge wollte ihn lynchen und die Polizei mußte ihn in Schutz nehmen. Die Aufregung legte sich bald, als man erfuhr, daß es sich um einen Verrückten handle. An die Tat eines Vernünftigen war auch nicht zu denken gewesen. Am 30. Juni begab sich der Kaiser nach Braunau am Inn, wo in diesen Tagen die 700jährige Jubelfeier der Stadt begangen wurde. Die Stadt hatte früher zu Bayern gehört und der Kaiser, der mit großer Freude empfangen wurde, sprach seine besondere Befriedigung über die Teilnahme zahlreicher Bayern an der Feier aus. Er begab sich zum Sommeraufenthalt nach Ischl, wo mit dem Eintreffen des dort in jedem Jahre weilenden Königs Karl von Rumänien am 8. August die Reihe der Fürstenbesuche eröffnet wurde. Die politische Bedeutung dieses Besuches war insofern nicht zu unterschätzen, als bei derselben die Stellung Rumäniens für den Fall eines Krieges auf der Balkanhalbinsel nach früheren militärischen Vereinbarungen in Frage kommen konnte. Am 10. August wurde auch Graf G o l u c h o w s k i vom König von Rumänien empfangen. Am 9. August hatte Festvorstellung im Theater und danach Tafel beim Kaiser stattgefunden, denen der König von Rumänien beiwohnte. Am nächsten Tage reisten der Kaiser und der König mit der königlichen Familie nach Aussee und Grundlsee; am Ausflug nahmen auch Graf G o l u c h o w s k i und der Generalstabschef Freih. v. Beck teil. Leider war der Kaiser genötigt, seinen Aufenthalt in Ischl wegen der Verhältnisse in Ungarn zu unterbrechen und nach herzlichem Abschied vom König von Rumänien am 12. August nach Wien zurückzukehren.

Am letzten Tage des August traf König Eduard VII. von England in Wien ein, um dem Kaiser einen Besuch abzustatten, der im wesentlichen als ein Höflichkeitsakt gegenüber dem greisen Herrscher aufzufassen ist. Wenn in der österreichisch-

ungarischen Presse bei dieser Gelegenheit die ausgezeichneten Beziehungen zwischen beiden Ländern hervorgehoben wurden, so war das ganz in der Ordnung. Beide Reiche weisen weder auf kolonialen noch auf handelspolitischen Gebiete Reibungsflächen auf. Dagegen haben sich zuweilen beider Interessen in dem Antagonismus gegen Rußland vereinigt, und Österreich hat sich nicht immer zu seinem Vorteil für englische Bestrebungen willfährig gezeigt. Das ist seit dem engen Einvernehmen zwischen Österreich-Ungarn und Rußland seit 1897 auch ausgeschlossen. Unter diesen Umständen konnte die Zusammenkunft nur als eine neue Gewähr für die Sicherung des europäischen Friedens willkommen geheißener werden. König Eduard hatte nach beendeter Kur Marienbad am 29. August verlassen und traf am 31. August nachmittags um 5 Uhr in Wien ein, wo er feierlich empfangen und von der Bevölkerung freudig begrüßt wurde. Die Ringstraße trug großen Festschmuck, einzelne Blätter suchten dem Besuche eine hochpolitische Bedeutung zu geben. Abends fand in der Hofburg Galatafel statt, bei welcher Kaiser Franz Joseph in seinem Trinkspruch sagte — „er erblicke in dem Besuche ein neues Unterpfand für den Fortbestand der so innigen und vertrauensvollen Beziehungen, welche seit altersher zwischen unseren Familien gleichwie zwischen unseren Ländern bestehen und die auf um so festerem Boden fußen, als keine politischen Interessengegensätze zwischen uns vorhanden sind, die dieses erfreuliche Verhältnis der Gefahr einer Trübung aussetzen würden.“ In seiner Erwiderung dankte König Eduard für den Empfang, der ihm in der Weltstadt Wien zu teil geworden sei, und versicherte, daß er nach den von seiner Mutter übernommenen Gefühlen stets den wärmsten Anteil am Kaiser und dem kaiserlichen Hause genommen habe. Er ernannte den Kaiser zum englischen Feldmarschall. Dadurch erhielt die Erinnerungen der offiziellen Blätter an die einstige Waffenbrüderschaft zwischen Österreich und England und an die Zeiten des Prinzen Eugen und Schwarzenbergs eine Erläuterung und einzelne sensationelle Andeutungen, die daran angeknüpft hatten, wurden hinfällig.

Am 1. September besuchte König Eduard die Kapuzinergruft, wo er an den Särgen der Kaiserin Elisabeth und des Kronprinzen Rudolf Kränze niederlegte. Später gab er bei den in Wien weilenden Mitgliedern des Kaiserhauses seine Karte ab und fuhr zum Frühstück nach der englischen Botschaft, an dem auch der Kaiser teilnahm. Die freigesprochenen Toaste dabei waren sehr herzlich; der des Königs Eduard galt dem neuen englischen Feldmarschall, der des Kaisers der englischen Armee. Später empfing König Eduard die fremden Botschafter und Gesandten sowie eine Abordnung der englischen Kolonie. Abends fand bei der Erzherzogin Maria Josefa Familiendiner statt, an welchem beide Monarchen und sämtliche Mitglieder des kaiserlichen Hauses teilnahmen. Den weiteren Abend verbrachte König Eduard im Burgtheater, wo er der Aufführung des in England verbotenen Stückes „Die rote Robe“ beiwohnte, und dann im Jockeyklub. Am 3. Septem-

ber Vormittag reiste der König von Wien ab und wurde von Kaiser Franz Joseph wieder zur Bahn geleitet, wo der Abschied ebenso herzlich erfolgte wie vor drei Tagen die Begrüßung. Auch die englischen Blätter hatten den Besuch ihres Königs in Wien mit sehr sympathischen Artikeln begleitet, sprachen auch dabei von den Verhältnissen auf dem Balkan, knüpften aber keine bestimmten Erwartungen daran, weil es seit dem Regierungsantritt der Königin Viktoria in England Brauch geworden ist, daß die Krone den Ministern die Politik überläßt. Für die englische Auffassung bezeichnend ist folgende Auslassung des regierungsfreundlichen „Standard“: „Wenn eine zwanglose Unterredung über politische Dinge zwischen Kaiser Franz Joseph und König Eduard in der Hofburg stattgefunden haben wird, dürfte der Kaiser zweifellos die Versicherung oder vielmehr die erneute Versicherung erhalten haben, daß Großbritannien die Bemühungen Österreich-Ungarns mit Genugtuung betrachten und nur hoffen muß, daß diese Bemühungen mit dem Nachdruck betrieben werden, welchen das Bedorsten einer Krisis zu fordern scheint.“ Danach noch zu vermuten, daß in Wien irgend welche politische Abmachungen getroffen worden sein könnten, dürfte wohl naiv sein, immerhin können die kleinen Balkanstaaten aus der Begegnung die Lehre ziehen, daß alle Großmächte in der Erhaltung des Friedens einig sind.

War der Besuch des Königs Eduard ein Höflichkeitsakt, den der auf den Thron gelangte Monarch dem Herrscher eines befreundeten Staates und dem Nestor der europäischen Monarchen erwies, so war die kurz danach erfolgende mehrtägige Anwesenheit des Kaisers Wilhelm in Wien doch etwas ganz anderes, da besuchte der Freund den Freund, es begegneten sich da nicht Herrscher, deren Länder heute freundschaftlich und in zwei Jahren feindlich zueinander stehen können. Die Beziehungen zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn sind durch die Dauer des freundschaftlichen Verhältnisses zu einer geschichtlichen Tatsache geworden, ihr Bestand ist ebensowohl auf historische Überlieferungen und politische Vorteile, wie auf die persönliche Freundschaft der Staatsoberhäupter begründet und dadurch vor Schwankungen geschützt, denen unabgeklärte Staatsformen und ungesunde Bündnisse naturgemäß ausgesetzt sind. Die Natürlichkeit dieses Bündnisses empfindet jeder, und wenn Kaiser Franz Joseph nach Berlin kommt, so wird auch der zurückhaltende Norddeutsche zur lautesten Betätigung der Freude hingerissen, und ein Wiener Besuch Kaisers Wilhelms ist dort immer ein volkstümliches Ereignis. Als Gefühlsmenschen hat der Wiener eine feine Empfindung für sympathische Erscheinung und rücksichtsvolles Verhalten, die seine Auffassung mehr bestimmen, als politische Erwägungen. Die Befriedigung, die man allgemein empfand über den Armeebefehl des Kaisers, erhöhte sich noch durch die Freude über die Ankunft des besten Freundes des Landes und seines Herrschers. Nach den von den politischen Kleingeistern genährten politischen Befürchtungen drang die Empfindung durch, daß nichts drohe und noch alles in der alten bewährten Ordnung sei. In dieser Stimmung hatten sich am Mor-

gen des 18. September trotz des kühlen und trüben Wetters auf dem ganzen Wege von der Hofburg bis zum Südbahnhofe Tausende von Menschen eingefunden und hinter dem Truppenspalier Platz genommen, in dem 24 Bataillone Infanterie, 18 Eskadronen Reiterei und 10 Batterien standen. Kaiser Wilhelm traf von Mohacz ein, in dessen Nähe er seit dem 14. September als Gast des Erzherzogs Friedrich in dessen wildreichen Besitzungen gejagt hatte. Die Straßen und Plätze in Wien waren reich geschmückt, besonders auch die Privathäuser in der Alleeasse. Als Kaiser Franz Joseph gegen 9 Uhr in deutscher Generalfeldmarschalls-Uniform zum Empfang nach dem Bahnhof fuhr, war er der Gegenstand herzlichster Begrüßungen von der Menge auf den Straßen und den Balkons und in den Fenstern der Häuser. Auf dem Südbahnhofe waren sämtliche in Wien anwesenden Erzherzöge eingetroffen.

Um 9½ Uhr kam der Hofzug mit dem Kaiser Wilhelm auf dem Bahnhofe an, während vom Arsenal herüber Kanonenschüsse zum Gruß ertönten. Beide Monarchen begrüßten sich außerordentlich herzlich mit Händedruck und Umarmung und küßten einander wiederholt; ebenso herzlich war das Wiedersehen des Deutschen Kaisers mit dem Erzherzog-Thronfolger Franz Ferdinand. Nach Begrüßung der Erzherzöge und der Vorstellung der Gefolge fuhr die Monarchen unter stürmischen Huldigungen der beim Bahnhofe versammelten und die Straßen einsäumenden Menschenmenge zur Hofburg, Kaiser Wilhelm voll Frische in der Erscheinung, Kaiser Franz Joseph noch immer rüstig und ungebeugt von der Last der Jahre. Um 12 Uhr fuhr Kaiser Wilhelm zur Kapuzinergruft und legte an den Särgen der Kaiserin Elisabeth und des Kronprinzen Rudolf Kränze nieder. Später stattete er dem Kaiser Franz Joseph in der Hofburg und den Mitgliedern des kaiserlichen Hauses Besuche ab, unter ihnen der in Wien weilenden Königin-Mutter von Spanien. Um 5 Uhr fand in dem mit herrlichen Blumen geschmückten großen Redoutensaal der Hofburg Gala-
tafel statt, an der außer den beiden Kaisern sämtliche Mitglieder des Kaiserhauses, die hohen Hof- und Staatswürdenträger, die deutschen Gesandtschaften, die Präsidenten der beiden Häuser des Reichsrats und Bürgermeister Dr. Lueger teilnahmen. Der Inhalt der bei der Tafel gesprochenen Toaste ist schon an anderer Stelle mitgeteilt worden, nicht aber, daß sich beide Monarchen nach dem Toaste des Kaisers Wilhelm umarmten und küßten, worauf die deutschen Gäste von der Botschaft und dem Gefolge das Hurra wiederholten. Es ist hierüber viel in den Blättern hin und her geschrieben worden, aber ganz unnötigerweise. Die Situation spricht für sich selbst: die Stellung des Kaisers Franz Joseph ist eine so unerschütterliche nach innen und außen, daß seine Entscheidung maßgebend sein wird, wenn auch unberechtigte Wünsche noch so stürmisch geltend gemacht werden. Diese Stellung wäre auch dieselbe gewesen, wenn Kaiser Wilhelm die Worte von den „stolzen Regimenten“ nicht gesprochen hätte. Daß sie in unverfänglicher Form von einem so begabten Redner ge-

sprochen wurden, war ganz gut, denn sie regten zu Denkfürungen an, die, so phrasenhaft sie auch zum Teil an die Öffentlichkeit gebracht wurden, doch alle in den einen Sinn ausliefen, daß Kaiser Wilhelm auch in dieser Frage neben seinem kaiserlichen Freunde stehe, denn sonst hätte er sicher jede militärische Anspielung weggelassen. Um halb 8 Uhr fuhrn beide Kaiser zur Festsaufführung nach dem Opernhaus, wo Boieldieus „Weiße Dame“ gegeben wurde. Trotz des regnerischen Wetters wartete eine große Menschenmenge auf die Rückfahrt der beiden Kaiser, die wieder der Gegenstand lebhafter Kundgebungen waren.

Am anderen Morgen früh holte Erzherzog Franz Ferdinand den Kaiser Wilhelm zur Rotwildjagd nach dem Lainzer Tiergarten ab. Nach der Pürsche wurde das Frühstück eingenommen und die Strecke besichtigt. Um 3 Uhr traten der Kaiser und der Thronfolger die Rückfahrt nach Wien an. Kaiser Wilhelm nahm um 5 Uhr den Tee bei der Königin-Mutter von Spanien ein und empfing später den Minister Grafen Goluchowski in Audienz. Um 8 Uhr nahmen beide Majestäten an der Tafel beim deutschen Botschafter Grafen Wedel teil. Am nächsten Tage wohnte Kaiser Wilhelm um 10 Uhr dem festgottesdienste in der protestantischen Kirche bei und begab sich um halb 1 Uhr mit dem Kaiser Franz Joseph zum Frühstück bei der Erzherzogin Maria Josefa, an dem auch Erzherzog Franz Ferdinand mit Gemahlin und sämtliche Mitglieder des kaiserlichen Hauses teilnahmen. Hierauf fuhrn beide Majestäten nach der Hofburg zurück. Nachmittags um 6 Uhr fand im kaiserlichen Lustschlosse zu Schönbrunn Galatafel statt. Kaiser Franz Joseph war schon um 4½ Uhr vorausgefahren und erwartete in preussischer Uniform den Kaiser Wilhelm, der in der Uniform seines österr.-ung. Hus.-Reg. Nr. 8 mit dem G.M. Freih. v. Albori um 5½ Uhr folgte und unterwegs überall mit Begeisterung begrüßt wurde. Nach der Tafel fand in dem aus der Zeit Maria Theresias stammenden Schloßtheater eine Festvorstellung statt, in der Paillerons Einakter „Der zündende Funke“, Forhings Spieloper „Die Opernprobe“ und die Kinderszene „Der faule Hans“ von Medbal zur Aufführung kamen. Nach der Vorstellung begleitete Kaiser Franz Joseph seinen kaiserlichen Gast zum Bahnhof Penzing, von wo nach der herzlichsten Verabschiedung Kaiser Wilhelm nach Danzig abreiste. Zu erwähnen ist noch der herzliche Verkehr des Deutschen Kaisers mit den Erzherzögen, namentlich mit dem Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand, dem und dessen Gemahlin, Fürstin Hohenberg, er im Belvedere einen längeren Besuch abstattete und mit dem er auch in Lainz mehrere Stunden im engsten Verkehr verlebte.

Man hat dieser Kaiserbegegnung große politische Bedeutung beigemessen, wozu unstreitig mehr Anlaß vorlag als beim Besuch des Königs Eduard, um so mehr, da der Reichskanzler Graf Bülow von Berlin eingetroffen und seinem kaiserlichen Herrn bis Wiener-Neustadt entgegengefahren war und dann auf der Fahrt nach Wien Vortrag gehalten hatte. Er hat auch mehrfach mit dem Grafen Go-

Inchowski konferiert und Kaiser Franz Joseph hat ihm sein lebensgroßes Bildnis geschenkt. Trotz dem hat der Besuch nicht den Charakter einer hochpolitischen Aktion getragen, neue Abmachungen sind nicht getroffen worden. Die Balkanfrage ist in erster Linie gemeinsam durch Österreich-Ungarn und Rußland zu regeln, aber trotzdem dürfte die Orientfrage und auch die Angelegenheit der zukünftigen Handelsvertragsverhandlungen Gegenstand der Erörterung zwischen den beiden leitenden Staatsmännern gewesen sein. Weitergehende Zeitungskombinationen waren sicher überflüssig. Das Ergebnis der letzten Tage war unstreitig, daß die Stellung Österreich-Ungarns im Dreibunde unerschütterter ist und daß die Kundmachung des Armeebefehls am Vorabend des Besuches des Kaisers Wilhelm als eine Bürgschaft dafür angesehen werden muß, daß Kaiser Franz Joseph fest entschlossen ist, seine ganze Autorität für die Aufrechterhaltung der Großmachtsstellung seines Reiches einzusetzen, und daß er die sowohl auf militärische als auf wirtschaftliche Trennung abzielenden Forderungen der magyarischen Opposition eben darum zurückweist, weil sie geeignet wären, die Stellung Österreich-Ungarns im Rate der Völker zu schwächen.

Man hat im allgemeinen in den Fürstenbesuchen in Wien nicht bloß eine Stärkung der österreichisch-ungarischen Stellung im Orient, sondern auch eine Stärkung der Position des Kaisers Franz Joseph in der inneren und namentlich in der magyarischen Politik zu erblicken. Von besonderem Interesse mußte der Besuch des Kaisers Nikolaus sein, bei dem unzweifelhaft nach dem augenblicklichen Stande der orientalischen Frage diese das Hauptthema der Unterhandlungen und Besprechungen bilden mußte. Die Grundlage des Einvernehmens zwischen Österreich-Ungarn und Rußland bildet die Abmachung, in Sofia und Konstantinopel mäßigend einzuwirken, um dadurch eine territoriale Veränderung auf der Balkanhalbinsel hintanzuhalten. Darum haben die beiden Mächte zur Befriedigung der berechtigten mazedonischen Ansprüche Reformen vorgeschlagen, die Türkei zur Annahme dieser Vorschläge vermocht und gleichzeitig auf Bulgarien einen Druck zur Niederhaltung des bulgarisch-mazedonischen Aufstandes ausgeübt. Daß diese Bemühungen bisher nicht von Erfolg gewesen waren, ist wohl bedauerlich, war aber kein Grund, das Orientprogramm der beiden Mächte auf eine andere Basis zu stellen, worüber die Blätter eifrig fabulierten. Kaiser Nikolaus traf am 28. September in Wien ein und wurde mit vieler Herzlichkeit und großen militärischen Ehren, wenn auch mit etwas mehr Abgeschlossenheit wie Kaiser Wilhelm, empfangen und fuhr mit dem Kaiser Franz Joseph nach dem kaiserlichen Schlosse in Schönbrunn, von wo sich beide Monarchen am folgenden Tage mit dem Erzherzog Franz Ferdinand in das kaiserliche Jagdgebiet bei Mürzsteg begaben und dort eifrig der Jagd oblagen, während der russische Minister des Außern, Graf Lambsdorff, in Wien zurückblieb und fleißig mit dem Grafen Goluchowski beriet. Am 3. Oktober beendeten die beiden Kaiser früh von halb 8 Uhr an bis gegen 10 Uhr die Jagd, fuhrn mittags von Neuberg nach Wien und trafen

nachmittags um 5 Uhr auf dem Bahnhof Meidling ein, wo sich die Mitglieder der russischen Botschaft zum Empfang eingefunden hatten. Kaiser Nikolaus unterhielt sich längere Zeit mit dem Erzherzog Franz Ferdinand und dem Grafen Goluchowski, während Kaiser Franz Joseph meist mit dem Grafen Lambsdorff sprach. Dann trat Kaiser Nikolaus zu Kaiser Franz Joseph, beide tauschten einen Händedruck und küßten sich zweimal, worauf Kaiser Franz Joseph seinen Gast zum Waggon geleitete. Vom Waggonfenster aus unterhielt sich der Zar noch einige Zeit mit dem Kaiser und dem Erzherzog Franz Ferdinand, bis sich der Zug in Bewegung setzte. Von den Besprechungen der beiden Minister des Außern, Grafen Goluchowski und Graf Lambsdorff wurde bekannt, daß sie ein vollkommenes Einvernehmen ergeben hatten.

Am 17. Oktober traf König Leopold der Belgier zum Besuche in Wien ein, der schon Ende August hatte stattfinden sollen, aber verschoben worden war, weil Kaiser Franz Joseph damals mit der ungarischen Krise vollauf beschäftigt war. Es mag dahingestellt bleiben, ob Kaiser Franz Joseph ein Zusammentreffen mit dem König Leopold hatte vermeiden wollen, der seit dem Tode des Kronprinzen Rudolf die österreichische Hauptstadt nicht mehr betreten hatte. Besonders seit dem Tode der Königin Henriette und dem dabei so schroff hervortretenden Zerwürfnisse zwischen dem König Leopold und seiner Tochter, der Gräfin Conyay, waren die Beziehungen zwischen dem Wiener und dem Brüsseler Hofe sehr kühl geworden. Wenn der König also jetzt plötzlich nach Wien reiste, so mußten besonders wichtige Gründe dafür maßgebend sein. Er traf vormittags in Wien ein, wurde vom Kaiser, den Erzherzogen und den Spitzen der Behörden empfangen und vom Kaiser nach der Hofburg geleitet. Bei dem Galadiner wurden Toaste gewechselt, in denen Kaiser Franz Joseph den Besuch als ein „neuerliches Zeichen der Freundschaft“ zwischen beiden Ländern bezeichnete, während König Leopold von seinen „Gefühlen unveränderlicher Anhänglichkeit“ sprach, aber weitere Aufklärungen nicht gegeben wurden. Am anderen Vormittag stattete der König dem Grafen Goluchowski einen längeren Besuch ab, auch war er kurz nach seinem Eintreffen in Wien bei dem dortigen nordamerikanischen Botschafter gewesen. Da er Wien wieder verließ, ohne seine Tochter, die Gräfin Stephanie Conyay, gesehen zu haben, so wurden alle Gerüchte hinfällig, welche die Reise des Königs nach Wien mit der Ordnung von Familienangelegenheiten in Verbindung gebracht hatten. Es darf also angenommen werden, daß er mit dem Grafen Goluchowski lediglich über die Kongofrage verhandelt hat. Es verlautete bald, er habe nichts erreicht. Der Abschied am Abend auf dem Westbahnhofe gestaltete sich dagegen weit freundlicher als die Begrüßung beim Empfang. Der Kaiser und der König schüttelten sich lange die Hand und König Leopold kehrte nochmals vom Salonwagen zurück, um den Kaiser beide Hände zu reichen und für die freundliche Aufnahme zu danken.

König Georg von Griechenland, der schon im August eine Marienbader Kur gebraucht hatte und dabei mit seinem Schwager, dem König Eduard, zusammengetroffen war, hatte sich den späteren Sommer in Kopenhagen aufgehalten und kam gegen Mitte November nach Wien. Kaiser Franz Joseph befand sich zur Zeit im Schloß Wallsee und ging auch noch auf einige Tage zur Jagd nach Steiermark, von wo er am 20. November nach Schloß Schönbrunn zurückkehrte, worauf er am nächsten Tage dem König Georg einen Besuch abstattete. Zu Ehren des Königs fand dann am 22. November eine Hofstafel statt, an welcher die beiden Monarchen, die in Wien anwesenden Erzherzoge, die Gesandten Griechenlands und Dänemarks, die gemeinsamen Minister und Ministerpräsident Dr. v. Koerber teilnahmen. Nach dem Hofdiner trat König Georg die Rückreise nach Athen an.

Landtage und Nationen.

Wenn auch die Ministerien Taaffe und Badeni durch Unterlassungen und durch Schwäche gegenüber unberechtigten nationalen Strömungen dem inneren politischen Leben Österreichs viel geschadet haben, so hat doch auch aus der Bevölkerung heraus jedes gesunde Gegengewicht dagegen gefehlt. Kam wirklich einmal eine gedeihliche Strömung, so ging sie sicher bald in dem parlamentarischen Niedergang, der auch die Landtage und schließlich selbst die kommunalen Verwaltungen verderblich beeinflusste, wieder zu Grunde. Seit der Zeit, wo die intelligenten Elemente im Parlament, die eine vielleicht zu doktrinaire, aber doch immer noch eine Staatsauffassung besaßen, durch ungebildete, fanatische und höchstens um die Mandate ihrer Partei besorgte Worthelden verdrängt worden sind, ist das verderbliche Nationalitätenprinzip als einzige bewegende und erregende Kraft hervorgetreten. Zu dem alten deutsch-tschechischen Streite hat sich in den letzten Jahren auch wieder die süditalienische Frage bemerklich gemacht. Daß Österreich die ihm verbliebenen Italiener nicht ihrer Nationalität beraubt, sondern ihnen in Triest noch gegen die südslawischen Bestrebungen einen Stützpunkt geschaffen hat, ist eher von Nachteil als von Nutzen gewesen, die irrendische Richtung ist gewachsen. Die österreichischen Italiener wollen eine selbständige Verwaltung Südtirols und neuerdings eine italienische Universität in Triest. Letztere Bewegung hat durch die vor einigen Jahren von alldeutschen Studenten gegen die italienischen Vorlesungen an der Universität Innsbruck begangenen Ausschreitungen neue Nahrung erhalten, und im Frühjahr 1903 wechselten abermals deutsche Demonstrationen in Innsbruck und italienische in Oberitalien ab und trugen zur gegenseitigen Verstimmung bei. Die Überzeugung der gebildeten Kreise von der Notwendigkeit des Dreibundes und der Nützlichkeit guter Handelsbeziehungen mit Österreich-Ungarn vermögen in Italien nicht durchzugreifen, da das Ausbleiben des Gegenbesuchs des Kaisers Franz Joseph in Rom seit Jahren das nationale Empfinden verletzt

und den Hezereien des österreichischen Militärflüchtlings Barzilai und Konsorten die Wege bis in die italienische Kammer ebnet, während die schwachen italienischen Regierungen auch nicht immer in der Lage sind, energisch dagegen aufzutreten zu können und manchmal mit dem populären Strome schwimmen müssen. Ende Mai versicherte das offiziöse „Fremdenblatt“, der „Rückschlag auf die Stimmung des österreichisch-ungarischen Volkes werde nicht ausbleiben“; gleichzeitig verlautete, der langjährige italienische Botschafter in Wien, Graf Nigra, habe um Enthebung von seinem Posten nachgesucht. Die Stürme verliefen sich indessen wieder und Graf Nigra blieb trotz seiner 74 Jahre bis zum Jahreschluß. Im Herbst wurde die Bewegung von italienischer Seite wieder angefaßt, indem man in Innsbruck sogenannte „italienische Hochschulkurse“ einzurichten unternahm. Das Eintreffen des als unklaren Volksredner bekannten Professors De Gubernatis in Innsbruck führte am 23. und 24. November zu stürmischen Kundgebungen gegen die Italiener, worauf der Professor die Stadt unverrichteter Dinge wieder verließ. In Rom antworteten die Studenten durch Krawalle, worauf die Universität geschlossen wurde. Auch die italienische Presse trat diesmal mit Rücksicht auf die schwebenden Handelsvertragsverhandlungen sehr ruhig auf, man merkte bald die feste Hand des neuen Ministerpräsidenten Giolitti. In Wien machten italienische und slawische Studenten ebenfalls Kundgebungen für nationale Universitäten.

Die österreichische Völkerverföhnung spiegelt sich überhaupt im Universitätsleben wider, denn die Jugend handelt nach Stimmungen. Zum Herbst war für die italienischen Studenten der Ruf „nach Innsbruck“ ausgegeben worden, um dort eine „freie italienische Universität“ zu gründen, und es war vorzusehen, daß die deutschen Studenten nicht duldsam sein würden. In Lemberg bewarfen ruthenische Studenten den polnischen Rektor mit faulen Eiern, weil er nur polnische, aber keine ruthenischen Einschreibungen dulden wollte. In Prag streiften tschechische Professoren samt dem Rektor, indem sie ihre Vorlesungen angeblich wegen Raummangels schlossen und auch die angebotenen schönen Räume der verfrachten Wenzelskaffe verschmähten. In Wirklichkeit wollten sie nur für die Notwendigkeit einer tschechischen Universität in Mähren demonstrieren. An den Wiener Hochschulen kam es im Mai zwischen katholischen und „freisinnigen“ Verbindungen zu Schlägereien, infolge deren die technische Hochschule geschlossen werden mußte, doch vollzog sich im Herbst der Rektoratswechsel wieder friedlich und festlich, nur das Feuer glimmte noch unter der Asche.

Die Landtage hielten im Herbst ihre Session ab, von denen im allgemeinen nicht viel Erfreuliches zu melden ist. Fleißig waren eigentlich nur die Landtage von Ober- und Niederösterreich, von Tirol und Schlesien. Für den Tiroler Landtag war dies besonders bemerkenswert, da er drei Jahre wegen der Obstruktion der italienischen Abgeordneten beschlußunfähig geblieben war. Der mährische Landtag blieb bei seiner bewährten Kompromistaktik; auch die deutsch-tschechische Aus-

gleichsaktion stockt dort nicht, und die Deutschen wollen in Mähren, aber in einer tschechischen Stadt, eine tschechische Universität zulassen, wenn in Brünn eine deutsche errichtet wird. Der böhmische Landtag stand im Zeichen der Obstruktion, die die Deutschen betrieben, auch zu dem Zwecke, um den Tschechen die Obstruktion im Abgeordnetenhaus abzugewöhnen. Der galizische Landtag beschäftigte sich hauptsächlich mit Vorlagen zur Förderung von Industrie und Gewerbe; als die polnische Mehrheit das ruthenische Gymnasium für Lemberg ablehnte, legten die ruthenischen Abgeordneten ihre Mandate nieder. Der Landtag der Bukowina wurde bald nach dem Zusammentreten infolge persönlicher Eifersüchteleien gesprengt, der Landtag in Krain wegen Obstruktion unfruchtbar. Der steirische Landtag erledigte die alte Streitfrage der Wahlreform, allerdings nicht ohne einen Obstruktionsversuch, der aber durch ein Kompromiß beseitigt wurde; es soll das direkte und geheime Wahlrecht für die Landgemeinden, zugleich aber auch eine neue Kurie, nach dem Muster der Reichsratswahlordnung, geschaffen werden. Am meisten wurde über die Tätigkeit des niederösterreichischen Landtags gelärmt, was kein Wunder ist, da in ihm die Partei die Oberhand hat, die die Herrschaft der liberalen Partei in Wien gestürzt und darum fast die ganze Wiener Presse von vornherein gegen sich hat. Man kann freilich nicht behaupten, daß die Verhandlungen ein erfreuliches Bild boten, mit Ausnahme der Sitzung am 14. September, in der die Entlassung der Dreijährigen beantragt wurde und der Bürgermeister von Wien, Dr. Eueger, in der Begründung auch sagte: „Wir wollen hinaufrufen zum Throne: „Sei mutig, Streiter dort oben; laß dich nicht zurückschrecken durch Drohungen, hinter dir stehen alle Deutschen und Slaven, hinter dir stehen alle kaisertreuen Nationalitäten!“ Eine solche Sprache ist in anderen Landtagen bei diesem Anlasse nicht geredet worden, überall sonst, auch in den Stadtvertretungen, hat man sich nur zu dem bekannten Schema der oppositionellen Beschlüsse aufzuschwingen verstanden. Daß die neue Wahlordnung von allen gegnerischen Blättern kräftig heruntergerissen wird, mag auch noch hingehen, auch wenn gegen sie sogar als Vorwurf erhoben wird, daß sie „den großen Steuerträgern den Einfluß entzieht und die kleinen Steuerträger zu Herren der Situation macht“, — aber der Kampf gegen die Ärzte, der unter dem Zeichen des Kampfes gegen die Vivisektion geführt wurde, hat nicht bloß unter den Parteigegnern der Christlichsozialen, sondern in allen unabhängigen, gebildeten Kreisen Befremden hervorgerufen, das zur vollen Entrüstung geworden wäre, wenn man nicht deutlich erkannt hätte, daß auch die Presse auf der Gegenseite in der gehässigsten Weise übertrieb.

Die weitere Tätigkeit des Reichsrats.

Auf Drängen der Schönerianer hatten zahlreiche Gemeinden und Körperschaften die Abgeordneten bestürmt, die Zurückhaltung der Dreijährigen zu verhindern; man war deshalb allgemein für die Einberufung des Reichsrats, der aber dazu gar nicht

imstande ist, da nach dem Wehrgeetze die Kriegsverwaltung das Recht hat, die Leute zurückzubehalten. Das Viererkomitee der deutschen Parteien hatte sich auch gleich in Herrn Schönerers Sinn ausgesprochen, der Vollzugsausschuß beschloß aber doch klugerweise, der Reichsrat sei nur dann sofort einzuberufen, wenn sich die Lage in Ungarn nicht bis zum 1. Oktober geklärt habe. Eine Stellungnahme zur Stärkung der Krone und des österreichischen Ministeriums in dem Kampfe um die gemeinsame Armee und die deutsche Kommandosprache wurde nicht beschloffen, vielleicht weil man sich über den Zweck der Einberufung des Reichsrats überhaupt nicht klar war, wahrscheinlicher aber, weil die Deutschösterreicher seit Jahrzehnten überhaupt verlernt haben, eine positive Stellung einzunehmen. Die Thiarische Klausel wollte man auch nicht aufheben, und so schien sich alles dazu anzulassen, daß zur ungarischen Krise auch noch eine österreichische hinzugefügt werde, denn die Jungtschechen kündigten an, sie würden die ungarischen Forderungen unterstützen und entsprechende tschechische geltend machen, die Alldeutschen fabelten von einer „deutsch-österreichischen Militärkonvention“. Als das Abgeordnetenhaus am 23. September zusammentrat, sah es die Aufgabe vor sich, seine verunglückte Rekrutenbewilligung durch eine neue zu ersetzen, die bloß auf die Bewilligung des bisherigen Rekrutenkontingents hinauslief, damit die Dreijährigen entlassen werden könnten. Es hing nun alles davon ab, wie sich die Tschechen dazu stellen würden, damit nicht auch in diesem Falle mit dem § 14 gewirtschaftet werden müßte. Herr v. Koerber versicherte in einer längeren Erklärung, daß erst durch den Armeebefehl die Lage für die Einberufung des Reichsrats geklärt worden sei, und bat, man möge ihm die Anwendung des § 14 ersparen. Er betonte, daß unbeschadet des Vorrechts der Krone die österreichische Regierung entschlossen sei, in der Armeefrage denjenigen Einfluß auszuüben, der Österreich verfassungsmäßig verbürgt sei. Die Jungtschechen verlangten zusammen mit den Alldeutschen und Sozialdemokraten zunächst die Annahme eines Dringlichkeitsantrages auf Entlassung der Dreijährigen, ehe sie überhaupt auf die Rekrutenvorlage eingehen wollten, was doch gar keinen Sinn hatte, da nach Bewilligung der Rekruten die Dreijährigen ohnehin entlassen werden könnten.

Es wurden einige Tage mit unnützen Redereien und unfruchtbaren Verhandlungsversuchen verbracht, die Sitzung am 24. deswegen um 5 Stunden unterbrochen. Der tschechische Dringlichkeitsantrag auf Entlassung der Dreijährigen sollte angenommen und zugleich der Antrag gestellt werden, daß nur das bisherige Rekrutenkontingent bewilligt werde. Aber die Radikalen in beiden Lagern schlugen darüber Skandal, und diejenigen, die soeben das Kompromiß beschloffen hatten, ließen es wieder im Stich. Darum kam zuerst der tschechische Dringlichkeitsantrag zur Abstimmung und wurde angenommen. Die Tschechen beherrschten das Abgeordnetenhaus vollständig und erklärten, sie würden dem Ministerium Koerber überhaupt nichts bewilligen. Der Ministerpräsident ließ aber den Jungtschechen sagen, dann würde er sofort den böhmi-

schen Landtag vertagen, und darauf wurden die Jungtschechen sofort patriotisch, ein Versuch der tschechischen Radikalen auf Fortsetzung der Obstruktion schlug fehl, und so konnte am 26. abends das Rekrutengesetz in Gestalt eines Dringlichkeitsantrages mit der Abänderung angenommen werden, daß das bisherige Rekrutenkontingent — natürlich ohne Chiari'sche Klausel — bewilligt wurde. Noch nachts gingen an die österreichischen Truppenkommandos die Befehle auf rechtzeitige Entlassung der Drittmährigen ab. Das Herrenhaus nahm, nachdem die angesehensten Parteiführer für die Einheitlichkeit der Armee gesprochen hatten, die Rekrutenvorlage an. Der Reichsrat erledigte noch die Notstandsvorlage und wurde dann vertagt.

Die Wiedereinberufung wurde bis in die zweite Hälfte des November verschoben, weil man die weitere Entwicklung in Ungarn abwarten und die Tschechen zum Unterlassen der Obstruktion bewegen wollte, überhaupt aber von einer erspriesslichen Tätigkeit des Abgeordnetenhauses nicht viel zu hoffen hatte. Die Tschechen hatten auf dem böhmischen Landtag erfahren, wie die Obstruktion tut und außerdem auch damit im Lande den Glauben an ihre Unfähigkeit und Unfruchtbarkeit vermehrt. Darum einigten sie sich mit den Mährtschechen und den tschechischen Agrariern über ein gemeinsames Programm, das sehr heftige Ausdrücke, aber sonst sehr wenig Neues, sondern nur die alten nationalen und staatsrechtlichen Forderungen enthielt; neu war nur ein militärischer Teil, der den magyarischen Ansprüchen gleichkam. Immer nur neue Versprechungen, die man trotz aller großen Worte nicht einlösen kann, und die nicht verhindern werden, daß trotzdem das tschechische Volk immer mehr in die Hände der radikalen und sozialdemokratischen Tschechen, mit denen man gar nicht einmal verhandelt hatte, geraten wird. Das ist immer der Verlauf aller radikalen Strömungen gewesen, man kann sie mit großen, anfänglichen Erfolgen in Bewegung setzen, sie aber niemals an einer bestimmten Stelle wieder zum Stillstand bringen. Von der Verständigung der vier großen deutschen Parteien über ein gemeinschaftliches Vorgehen im Reichsrat vernahm man nichts, dagegen ließen sich einzelne deutsche Abgeordnete von Wiener Journalisten über die Aussichten der Session „interviewen“. Diese ganze Tätigkeit wurde offenbar nur zu dem Zwecke eingeleitet, um die öffentliche Meinung und auch die Abgeordneten nach einer gewissen Richtung hin zu bearbeiten und festzulegen, überhaupt die deutsche Linke in eine oppositionelle Richtung zu drängen, in der die Deutschen gegenwärtig nichts zu gewinnen haben. Die Bevölkerung erwartete vom Reichsrat nichts; sie hat sich seit Jahren daran gewöhnt, die parlamentarische Tätigkeit ihrer Gewählten als geschäftigen Müßiggang zu betrachten und von ihnen nur zu verlangen, daß sie fleißig in den Ministerbüros für die Bewilligung lokaler Wünsche in ihren Wahlkreisen Stimmung machen.

Das Abgeordnetenhaus trat am 17. November zusammen. Der Staatsvoranschlag für 1904 schließt wohl mit einem Überschusse von 27 Millionen Kronen ab, beweist aber, daß infolge der unausgesetzten Wirtschaft mit Budgetprovisorium und § 14 das

österreichische Budget jede Biegsamkeit verloren hat. Die Aufstellungen des Finanzministers waren sehr vorsichtig und ein eigentliches Defizit dürfte sich nicht ergeben, doch ließen die Ausweise über die Steuereingänge der ersten neun Monate des Jahres statt des erhofften Mehr von 4½ Millionen ein Minder von 7½ Millionen erkennen. Die Schuld daran liegt in dem Stocken der Gesetzgebung überhaupt, wie außerdem in der Ungewißheit über den Ausgleich und die Handelsverträge. Darum bildete das Exposé des Finanzministers von selbst den Ausgangspunkt für die dringende Mahnung des Ministerpräsidenten, endlich die Ausgleichsfrage zu erledigen, damit dem Wirtschaftsleben wieder eine feste Grundlage gegeben werde. Österreich könne den Ausgleich mit Ungarn nicht aufgeben. Die künftige Tätigkeit des Reichsrats werde vorwiegend auf wirtschaftliche Aufgaben gerichtet sein. Zu Eingang seiner Rede hatte er erwähnt, daß den Schöpfern des Ausgleichs eine Gesamtarmee unter der Leitung des Kaisers vorgeschwebt habe. Bei etwaigen Änderungen dieser Gesetze sei übrigens der Einfluß Österreichs vollkommen gesichert. Auf Antrag von deutscher Seite wurde die Eröffnung der Beratung über die Rede des Ministerpräsidenten beschlossen. Mit der Eröffnung war übrigens das Interesse an dieser Session des Hauses erschöpft, das nun die Zeit mit Obstruktion, Dringlichkeitsanträgen und durchaus zwecklosen Reden verbrachte und tatsächlich in die Weihnachtsferien ging, ohne mit Ausnahme eines Notstandsgesetzes irgend etwas geleistet zu haben. Die deutsche Linke hatte beschlossen, ebenso wie die Tschechen eine Reihe von Dringlichkeitsanträgen einzubringen, nicht eigentlich um selbst zu obstruieren, sondern um sich auf diese Weise einen entsprechenden Einfluß auf die Tagesordnung zu sichern. Damit wurde allerdings erreicht, daß ihre Redner alle die wohlstudierten Reden los wurden, die sie auf dem Herzen hatten, aber Parlamentarismus wurde ebensowenig daraus wie aus der Obstruktion der Tschechen.

Unter den bemerkenswerten parlamentarischen Begebnissen darf das mehrfache Eingreifen des Ministerpräsidenten erwähnt werden, der einmal die früher schon mitgeteilten Eröffnungen über die militärischen Zugeständnisse machte, und ein anderes Mal darauf hinwies, daß die Tschechen doch mit ihrer Obstruktion auch ihre eigenen Forderungen obstruierten. Mittlerweile kam der Tag heran, der 4. Dezember, an welchem vor zwanzig Jahren die Übersiedlung des Reichsrats in das prächtige griechische Gebäude am Schottenring erfolgt war. Jetzt lag das Abgeordnetenhaus schon wieder in den letzten Zügen und von parlamentarischer Arbeit war keine Rede, auch der Versuch des beliebten Obmannes der katholischen Zentrumsparterie, Dr. Kauthe, das Budgetprovisorium als Dringlichkeitsantrag einzuschalten, stieß auf die Ablehnung der Tschechen. Dagegen versuchten diese, Regierung und Parlament mit einem Dringlichkeitsantrag auf Aufhebung des § 14 zu ärgern, der doch allein noch den Betrieb der Staatsmaschine ermöglicht. Grundsätzlich ist die Mehrheit für die Beseitigung dieses Notparagrafen, was auch der Verfassungsauschuß bereits beschlossen hatte, aber die deutschen

Parteien, samt den Klerikalen und Polen, beschloßen, diesen Dringlichkeitsantrag, wie alle anderen der Tschechen, abzulehnen. Ein Antrag, die Reform der Geschäftsordnung vorzunehmen, fand bei den größeren Parteien Anklang, es konnte aber bei der parlamentarischen Lage auch hierin nichts geschehen und es wurde vielfach die Ansicht vertreten, eine neue Geschäftsordnung werde durch eine kaiserliche Verfügung oktroyiert werden müssen. Am 11. Dezember hielt das Abgeordnetenhaus seine letzte Sitzung. Am nächsten Tage nahm noch das Herrenhaus in einer Interpellation des Fürsten Alfred Windischgrätz Stellung zur Armeefrage. Ministerpräsident Dr. v. Koerber erwiderte sofort, die Regierung halte an dem Standpunkte fest, daß eine Änderung der Ausgleichsgesetze nur im Einverständnisse beider Reichshälften und im verfassungsmäßigen Wege vor sich gehen könne. Die Leitung und die innere Organisation der Armee stehe ausschließlich dem Monarchen zu. Die Regierung könne nur erklären, daß die äußere und innere Einheitlichkeit der Armee, ihre Grundlagen und Überlieferungen nicht angegriffen würden. Er weise den Gedanken der Trennung der Armee als Verbrechen gegen das Gesamtreich zurück. Keine Bestrebungen könnten zu einem solchen Abenteuer führen. Fürst Windischgrätz versicherte dem Ministerpräsidenten der Unterstützung der gesamten Bevölkerung. Hierauf wurde der Reichstag vertagt. Die Ungarn nahmen die scharfen Ausführungen des Ministerpräsidenten natürlich wieder übel.

Wirtschaftliche Fragen.

Die schwebende Frage von größter Bedeutung nächst der Armeefrage blieb während des ganzen Jahres die des wirtschaftlichen Ausgleichs zwischen beiden Reichshälften, die wieder in innigem Zusammenhang mit dem Zolltarif und den Handelsvertragsverhandlungen stand. Geleistet wurde in dieser Angelegenheit so viel wie nichts. Es war unverkennbar, daß sich in Ungarn eine stürmische Bewegung an die Oberfläche gedrängt hatte, nach der der angeblich vom ungarischen Parlament abhängige König auch Österreich nach magyarischen Interessen regieren sollte, der gegenüber begreiflicherweise eine ähnliche einseitige Strömung in Österreich entstand. Es mußte freilich bezweifelt werden, daß in ihnen die wahre Volksmeinung und die tatsächliche Vertretung der wirtschaftlichen Grundbedingungen beider Reichshälften zum Ausdruck kam. Der Bund der österreichischen Industriellen stellte auch in seiner Generalversammlung Ende Oktober ausdrücklich fest, daß die Trennung der beiden Wirtschaftsgebiete für beide Teile von den nachteiligsten Folgen begleitet sein würde, wenn auch der von beiden Regierungen vereinbarte Ausgleich die österreichische Volkswirtschaft nicht voll befriedigen könne. Die Gegenüberstellung aller Vor- und Nachteile hüben und drüben ergebe die Notwendigkeit, daß die Aufrechterhaltung des gemeinsamen Zollgebietes angestrebt werden müsse. Auch Ministerpräsident Dr. v. Koerber hatte am 3. Oktober auf dem Bankett der Zentralstelle zur Vorbereitung der Handelsverträge gemahnt, an dem wirt-

schaftlichen Verhältnisse zu Ungarn mit aller Energie festzuhalten. Noch lebhafter sprach er sich wenige Tage nachher in der Festsetzung der Wiener Handelskammer aus, wo er ausführte, die Rufe „Eos von Ungarn“ sollten in Österreich verstummen, damit sie nicht in Ungarn den steten Widerhall „Eos von Österreich“ wachriefen. Die Trennung würde unübersehbares Unglück über beide Reichshälften und die Gesamtmonarchie bringen, die Mehrheit der Bevölkerung wolle auch davon nichts wissen und vor allem werde die Krone ihre Zustimmung nicht geben. In diesem Sinne ist wohl auch die gemessene Erklärung des Kaisers Franz Joseph bei der Eröffnung des Hauses der Wiener Kaufmannschaft am 7. November zu deuten, daß der österreichische Handel „auf der bisherigen Grundlage“ vorwärtsschreiten möge. — Die staatsmännische Überlegenheit Herrn v. Koerbers über seine ungarischen Kollegen hätte Österreich in den Verhandlungen über den Ausgleich alle noch möglichen Vorteile gesichert, wenn ihm nicht jedesmal bei seinen Verhandlungen mit Herrn v. Szell die Tschechen in den Rücken gefallen wären.

Die österreichische Regierung hatte am 28. Jänner dem Abgeordnetenhaus die zehn Gesetzentwürfe über die Fortdauer der wirtschaftlichen Gemeinschaft vorgelegt. Die Vorlagen wurden dem Ausgleichsausschuß überwiesen, der auch fleißig gearbeitet, aber auch einige Abänderungen am Zolltarif vorgenommen hat, die der ungarische Zollausschuß unverändert genehmigt hatte. Es handelte sich um 17 Zolltarifpositionen, wegen deren Dr. v. Koerber Ende Juli den Handelsminister Freih. v. Call nach Budapest sandte, um zu verhandeln, der bei dem Ministerium Khuen aber kein Gehör fand. Weiter ist dann in der Zoll- und Ausgleichsfrage nichts mehr geschehen. Ein anderer Zwiespalt entstand in der Zuckersteuerfrage. Nachdem, wie an anderer Stelle bereits erwähnt wurde, die Kontingentierung gefallen war, wollte Ungarn von der Deckung des eigenen Bedarfes alle fremden Zuckerfabriken, auch die österreichischen, ausgeschlossen sehen. Da Österreich zugestanden hatte, weil in Ungarn das vereinbarte Zuckersteuerabkommen schon Gesetz geworden war, daß Ungarn sein Zuckerkontingent behielt, so konnte nur noch eine Sonderbelastung des österreichischen Zuckers bei der Einfuhr dahin in Frage kommen. Die darüber getroffene Vereinbarung gab in Österreich Anlaß zu einer Reihe von Protesten gegen diese „indirekte Zolllinie“ zwischen beiden Reichshälften. — Eine weitere Schwierigkeit entstand durch den Handelsvertrag mit Italien, der auf Betreiben des Herrn v. Szell etwas voreilig gekündigt worden war. Man begann deshalb im November mit italienischen Verhandlungen wegen eines Vertragsprovisoriums. Die Hauptschwierigkeit dabei lag in der Weinzollklausel, deren Aufhebung von agrarischer Seite in beiden Reichshälften gefordert wurde, namentlich aber von Ungarn. Ende Dezember wurde schließlich in Rom ein Provisorium vereinbart, das bis Ende September dauert und die Weinzollklausel vom 1. Februar ab aufhebt. In Italien wurde die Erneuerung der Weinzollklausel auf einen Monat als großer Erfolg gefeiert, aber mit Unrecht. Sie dürfen damit allerdings zufrieden

sein, denn Österreich-Ungarn wird die Klausel nicht mehr in die neuen Verträge aufnehmen. Für die Erneuerung der anderen Handelsverträge, die noch nicht gekündigt worden waren, geschah nichts. Der ungarische Handelsminister Hieronymi machte aber am 16. November in einer Rede in Szatmar darauf aufmerksam, daß Deutschland zwar die Handelsverträge noch nicht gekündigt habe, Österreich-Ungarn aber schon dadurch in Nachteil geraten sei, weil Deutschland bereits mit Rußland in Verhandlungen eingetreten sei, während früher die österreichisch-ungarische Monarchie die Vorteile des ersten Vertragsabschließenden genossen habe.

Was die allgemeine wirtschaftliche Lage betrifft, so muß für Österreich-Ungarn als selbstverständlich gelten, daß ein Wirtschaftsgebiet, das in einem großen Teile noch vollständig Agrarstaat ist, in seinem Gedeihen von dem Ausfall der Ernte abhängig bleibt. Nun war die Getreideernte in den Jahren 1902 und 1903 ergiebig, und wenn auch im letzten Jahre in Schlesien weite Landstrecken durch außergewöhnliche Überschwemmungen verwüstet und im südlichen Böhmen wie in Ostgalizien viele Erntefelder durch Hagelschlag vernichtet wurden, so hat doch die Verwertung der Bodenprodukte die Kaufkraft aller Schichten der Bevölkerung, die ihre Existenz aus der Landwirtschaft ziehen, erheblich gesteigert. Als Folge davon hat sich die Nachfrage nach den Erzeugnissen der Gewerbe, die Kleidung, Wäsche, Werkzeuge und ähnliche Gegenstände anfertigen, und selbst nach Luxusartikeln gebessert. Die staatlichen Anschaffungen für die Bahnen und den Bau der Wasserstraßen haben ebenfalls belebend gewirkt, doch alles das konnte noch nicht das Ende der wirtschaftlichen Depression bewirken. Verschiedene Umstände, namentlich auch die unklare politische Lage, lähmten den privaten Unternehmungsgeist, ohne den eine vollständige Gesundung der wirtschaftlichen Verhältnisse nicht möglich ist. Ministerpräsident Dr. v. Koerber, der ja schon vielfach versucht hat, die politische Stagnation durch Belebung der wirtschaftlichen Interessen zu überwinden, mahnte im Mai auf dem Kongresse der deutschen Gewerbevereine: „Die Erstarrung muß ein Ende nehmen. Wir haben Kohlen und Eisen die Menge und wir haben geschickte Hände, wir müssen ein gesundes Gewerbe, eine mächtige Industrie haben. Wir nennen die größte natürliche Wasserstraße vom Westen nach dem Osten unser, sie muß sich mit Schiffen beleben. Wir haben den nächsten Welthafen zum Orient, er muß sich mit Schloten und Segeln füllen. Wir müssen arbeiten, meine Herren, müssen den Weg von der Hellerwirtschaft zum Goldstücke finden, denn er ist auch der sicherste Weg zum inneren Frieden.“ In ähnlichem Sinne äußerte er sich auch am 31. Oktober in Triest, wo der neue Schnelldampfer des Lloyd „Koerber“ vom Stapel lief. Den Vertretern des Lloyd gegenüber sagte er: „Die Konkurrenz wird auch unsere Produktion zwingen, die überseeischen Häfen aufzusuchen, auf denen man, ich kann dies mit Grund behaupten, unsere Erzeugnisse ob ihrer Güte und Schönheit manchen anderen vorziehen würde, wenn sie nur kämen.“ Zu den Vertretern der Stadt Triest sagte er: „Widmen Sie Ihre ganze Kraft der Ent-

wicklung des österreichischen Handels und Sie werden sich um den Wohlstand des Reiches verdient machen. In wenigen Tagen wird die zweite Bahnverbindung Triests mit dem Hinterlande vollendet sein. Auch der Bau eines neuen Hafens ist gesichert, und so wenden wir uns an die Tatkraft der Triester Kaufmannschaft, daß sie ihre Tüchtigkeit auch unter den schwierigen Verhältnissen der Gegenwart bewähre.“ Mahnungen ähnlicher Art sind schon vor Jahren vom Minister des Äußern, Grafen Goluchowski, in den Delegationen ausgesprochen worden.

An der Durchführung des Wasserstraßengesetzes ist fleißig weitergearbeitet worden. Die Traffenrevision Wien-Prerau mit einer Abzweigung nach Olmütz des Donau-Öder-Kanals ist im Juli und August durchgeführt worden. Das Handelsministerium hat einen internationalen Wettbewerb ausgeschrieben über ein vollständiges Projekt für ein Schiffshebewerk zur Bewältigung der 35,9 Meter hohen Gefällstufe bei Prerau, welches bei möglichst geringem Wasserverbrauche einen ökonomischen Kanalschiffahrtsbetrieb sichern soll. Die Wahl der Mittel ist vollständig freigestellt. Die Preise betragen 100.000, 75.000 und 50.000 Kronen, außerdem ist eine Prämie von 200.000 Kronen für den Fall ausgesetzt, daß die Ausführung eines Projekts einem anderen, als dem Einreicher, übertragen werden sollte und das Werk sich bewährt. Als Endtermin für die Einreichung ist der 31. Mai 1904 festgesetzt. Die Ausarbeitung der Detailprojekte für diejenigen Teilstrecken, auf deren Herstellung die Lösung des Problems der Hebewerke nicht von Einfluß ist, ist bereits begonnen worden. Der Bau wird im Jahre 1904 an drei Stellen: in Niederösterreich, in Mähren und in Galizien, wo die Teilstrecke Krakau-Jator in Frage kommt, beginnen. Auch die Kanalisierung der mittleren Elbe in Böhmen soll im Jahre 1904 in Angriff genommen werden.

Heer und Marine.

Die schwere innere Krise, welche Ungarn und damit die ganze habsburgische Monarchie im vergangenen Jahre durchgemacht hat, ist für die beabsichtigten militärischen Neuerungen von hemmender Wirkung gewesen. In der Begründung der bekanntlich schließlich zurückgezogenen Wehrevorlage hatte im Abgeordnetenhaus zu Wien der Landesverteidigungsminister FML. Graf Welsershelm überzeugend nachgewiesen, daß die geforderte Erhöhung der Rekrutenziffer notwendig sei zur Aufstellung von zwei Festungsbataillonen, einem Telegraphenbataillon und drei Traineskadronen. Dazu kommen noch die 14 neuen Feldhaubitzen-Abteilungen, die Erhöhung des Standes der Gebirgsartillerie, zwei reitende Abteilungen und drei neue Divisions-Artilleriesregimenter. Von all diesen Neubildungen und Erhöhungen ist abgesehen worden, obgleich die Feldhaubitzen schon so gut wie fertig sind, da in Ungarn nicht einmal die Rekruten dafür bewilligt worden waren. Über das neue Schnellfeuergeschütz für die Artillerie ist die Entscheidung gefallen. Wie aus einer an die De-

legationen verteilten Broschüre hervorgeht, hält die Heeresverwaltung an den Bronzerohren fest, da es dem Artillerie-Arsenaldirektor FML. Thiele gelungen ist, eine neue Bronzelegierung herzustellen, aus der durch Schmieden und ein bestimmtes Pressverfahren ein allen Anforderungen entsprechendes Material erzeugt wird; dabei kommen die Bronzerohre nicht einmal halb so teuer wie Nickelstahlrohre, nur sind sie etwas schwerer. Nach eingehenden Versuchen hat man sich für ein nach dem Ehrhardt'schen System konstruiertes Rohrrücklaufgeschütz entschieden, daß sich bei den Erprobungen nach jeder Richtung hin bewährt hat, eine Feuergeschwindigkeit von 12 bis 16 Schüssen in der Minute, eine Anfangsgeschwindigkeit von 500 Metern, eine Tragweite von 5500 Metern besitzt und auch die Anbringung von Panzerschilden gestattet. Als Sprengstoff für die Granaten ist ebenfalls eine neue Erfindung, das Ammonal, erprobt worden. In das gemeinsame Budget wurden als erste Rate 15 Millionen Kronen für die neuen Geschütze eingestellt. Ein heftiger Angriff der Nickelstahlinteressenten gegen die Bronzerohre in angesehenen Wiener und Budapester Blättern hatte keinen Erfolg, der Reichskriegsminister hat vor den Delegationen die Vortrefflichkeit der Schmiedebronze erwiesen. „Wenn andere Armeen Bronze nicht annehmen, so ist das ein Beweis, daß sie das Geheimnis unseres Erzeugungsverfahrens nicht kennen.“

Die allgemeine Unzufriedenheit über die Entwicklung der militärischen Angelegenheiten wurde leider durch ein unglückseliges Vorkommnis in Bosnien vermehrt, indem dort während eines Marsches von Trebinje nach Vilek das Inf.-Reg. Nr. 12 15 Mann Tote durch Sonnenstich und Hunderte von Kranken hatte. Die Temperatur war allerdings bis auf 37° R. gestiegen, doch stellte die Untersuchung fest, daß nicht die notwendige Vorsorge für Marscherleichterungen und Wasserbeschaffung getroffen worden war. Die dafür verantwortlichen Offiziere wurden sofort ihrer Kommandoposten enthoben und nach der Untersuchung streng bestraft. — Zu den vier bosnisch-herzegowinischen Infanterieregimenten, die vom Okkupationsgebiete rekrutiert und erhalten werden, trat in diesem Jahre ein bosnisch-herzegowinisches Feldjägerbataillon hinzu, dessen Stab und vier Kompagnien nach Wien kamen. — An den seit 1897 gebräuchlichen Mannlichergewehren wurde eine durchgreifende Neuerung durchgeführt, welche die Gewehre auch nicht unwesentlich erleichtert. Das neue Gewehr wurde zu 450 Stück an jedes Bataillon verteilt und für die Mannschaften der beiden höheren Schießklassen bestimmt, während die übrigen und der jüngste Jahrgang das bisherige Repetiergewehr behielten. — Die Reform der Militärstrafprozedur hat noch immer nicht zu einer vollen Verständigung geführt. Selbstverständlich gingen die hauptsächlichsten Schwierigkeiten von ungarischer Seite aus, doch darf auch nicht verschwiegen werden, daß die ärgerlichen Erfahrungen, die in Deutschland mit der Öffentlichkeit gemacht worden sind, bei vielen die Freudigkeit für die Einführung der Reform gedämpft haben. — Der Entwurf des neuen Wehrgesetzes wird als

Grundlage die zweijährige Dienstzeit haben, wie im Sommer offiziös verlautete und auch vom Landesverteidigungsminister Kolosvary des Ministeriums Kluen im ungarischen Abgeordnetenhaus offen mitgeteilt wurde. Selbstverständlich ist man in den beteiligten Ressorts bei der Lage der Dinge in Ungarn über die prinzipielle Einigung noch nicht viel hinausgekommen. Der Entwurf bedingt eine Übergangszeit von einigen Jahren, die um so nötiger sein wird, als die Reorganisation der Artillerie verzögert werden mußte. Außerdem verlangt die Reform selbstverständlich eine bedeutende Erhöhung der Rekrutenziffer und erhebliche Mehrkosten.

Die österreichisch-ungarische Flotte, deren Vortrefflichkeit trotz ihres geringen Umfangs bei allen Kernen in hoher Achtung steht, erhielt im laufenden Jahre zwei neue Schiffe. Ende Mai wurde das neue Schlachtschiff „Arpad“, nachdem es die kontraktlichen Probefahrten glänzend bestanden hatte, übernommen und ging im Juni nach Saloniki ab. Am Namenstag des Kaisers, am 4. Oktober, wurde in Triest in Anwesenheit des Erzherzogs und der Erzherzogin Rainer und des Erzherzogs Leopold Salvator ein neues Schlachtschiff, das größte Panzerschiff der österr.-ungar. Marine, vom Stapel gelassen und „Erzherzog Karl“ getauft. Die Länge des Schiffes beträgt 118.55 Meter, die größte Breite 21.72, der mittlere Tiefgang 7.48 Meter, die Wasserverdrängung 10.600 Tonnen. Beide Schiffe sind auf österreichischen Werften und fast ausschließlich aus inländischem Material erbaut worden.

Die Delegationen.

Die Delegationen wurden für den 15. Dezember einberufen; da die Budgetberatung mindestens drei Wochen in Anspruch zu nehmen pflegt, wurde ein Budgetprovisorium vorgeschlagen. Für 1904 wurde das bisherige Truppenkontingent in Anspruch genommen und als erste Rate für die neue Geschützbewaffnung wurden 15 Millionen Kronen beantragt. Der gemeinsame Voranschlag verlangte 375 Millionen, um 2.6 Millionen mehr als im Vorjahr, wovon auf Österreich 167, auf Ungarn 88 Millionen fallen. Die österreichische Delegation wählte Freih. v. Gautsch zum Präsidenten und v. Jaworski zum Vizepräsidenten. Ersterer hielt eine farblose Eröffnungsrede und sprach die Hoffnung aus, wenn auch manche Erscheinungen des politischen Lebens den Wünschen nicht entsprächen, daß es doch gelingen möge, die Schwierigkeiten zu überwinden und die wichtigen Fragen zur Lösung zu bringen. Die Thronrede, mit der am folgenden Tage der Kaiser die Delegationen begrüßte, überraschte einigermaßen durch die hellen Farben, in der sie die Lage der äußeren Politik als „durchaus erfreulich“ bezeichnete. Man erfuhr, daß in den Mürzsteiger Besprechungen über die mazedonische Frage nicht über den Rahmen der diplomatischen PreSSIONsmittel hinausgegangen war und daß die Ausübung des Vetorechtes bei der Papstwahl durch Österreich-Ungarn ohne Verhandlungen mit anderen Mächten erfolgt sei. Der inneren Verhältnisse, der Kämpfe

um die Einheit der Armee und der Vorbereitungen für die Handelsverträge, geschah keiner Erwähnung, auch Graf Goluchowski sprach in seinem Exposé nicht davon. In der ungarischen Delegation war Graf Szapary, der aber unpäßig war, zum Präsidenten und v. Szell zum Vizepräsidenten gewählt worden. Dieser betonte in seiner Eröffnungsrede den Dreibund und das gute Verhältnis zu Rußland. Aus der politischen Konsolidation von Österreich und Ungarn und ihrer wirtschaftlichen Kraft nähere sich das Gewicht und das Ansehen der Monarchie. Im ungarischen Ausschuß für äußere Politik gab Graf Goluchowski sein Exposé, in dem die Pforte sehr scharfen Tadel erhielt, aber noch deutlicher waren die Warnungen an Bulgarien und Serbien. Ergiebiger war der Inhalt der Gespräche, die Kaiser Franz Joseph beim Empfang der Delegationen mit einzelnen Delegierten führte. Bei den Ungarn gab er der Hoffnung Ausdruck, daß nun der Friede jenseit der Leitha von langer Dauer sein werde. Den Deutschen gegenüber betonte er die Notwendigkeit der Erneuerung des Ausgleichs mit Ungarn; den Tschechen erklärte er, daß sie keinen Grund hätten, sich über Unterdrückung zu beklagen, und den Kroaten deutete er an, daß sie ganz unnötig lärmten. Außerdem äußerte er, es werde nichts geschehen, was die bewährten Grundlagen der Armee ändern könne, ebenso sprach er sich sehr günstig über die Tätigkeit des Ministerpräsidenten Dr. v. Koerber aus. Aus diesen Äußerungen ließ sich das ganze Regierungsprogramm für die nächste Zukunft erkennen: die militärischen Zugeständnisse an die Magyaren sind abgeschlossen, die innere Politik in Österreich wird beibehalten, dafür rechnet der Monarch auf die Mitwirkung der Deutschen bei der Erneuerung des Ausgleichs. — Die Reden in den Ausschüssen und auch in den Gesamtsitzungen der Delegationen boten wenig Interesse, da erst nach Neujahr das Exposé des Ministers des Auswärtigen zur Debatte kommen sollte; es wurden nur die bekannten Standpunkte entwickelt, die weder am Wesen der österreichisch-ungarischen Monarchie noch an der Weltpolitik etwas ändern werden, wenn sie auch noch so oft wiederholt werden. Nachdem am Sonntag vor Weihnachten das Budgetprovisorium bewilligt worden war, wurden die Delegationen bis nach Neujahr vertagt.

Das Jahresende in Ungarn.

Obgleich der ungarische Landesverteidigungsminister die Ergänzungskommandos bereits davon verständigt hatte, daß als Ersatz für die Rekruten vom 1. Jänner 1904 an die Ersatzreservejahrgänge 1893, 1895 und 1898 zu zweimonatlichen Waffenübungen einberufen werden müßten, und falls bis dahin die Rekruten nicht bewilligt wären, dann auch die Jahrgänge 1894, 1896, 1897 und 1900 einberufen werden sollten — obgleich das bereits bekannt war, beeilte sich das Abgeordnetenhaus noch immer nicht, an die Wehrevorlage heranzutreten. Als sie am 12. November von Tisza eingereicht wurde, erhob sich sofort die schärfste Obstruktion, doch setzte es die straffe Handhabung des

Präsidiums durch Perczel durch, daß die Vorlage auf die nächste Tagesordnung gesetzt werden konnte. Tisza suchte seine Leute zu haranguieren, und da er am 18. November vom Abg. Nefsi aufgefordert wurde, sich über die Auslassung des Ministerpräsidenten Dr. v. Koerber zur Heeresfrage zu äußern, sagte er, er werde sich in eine Erörterung der Ansichten des österreichischen Ministerpräsidenten nicht einlassen, da sie für Ungarn keine schädlichen Folgen hätten, weil dafür bloß die ungarische Gesetzgebung kompetent und die Äußerung Koerbers nur die Ansicht eines distinguished foreigner, sonst aber gleichgültig sei. Dafür fand er natürlich den Beifall des ganzen Hauses; Tisza war doch ganz anders als Khuen. Besorgte Leute fürchteten freilich, einer von beiden Ministerpräsidenten müsse nun gehen, sie meinten freilich Koerber damit. Dieser rächte sich aber einige Tage darauf mit der geistreichen Wendung, er müsse feststellen, daß der Ausdruck „fremd“ in den Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn zuerst auf ungarischer Seite gefallen sei. Die Ministerpräsidenten trafen sich kurze Zeit danach in Wien und die beiden Aukturen mögen gelacht und gedacht haben: „Man muß die Parlamente nehmen und behandeln, je nachdem sie sind.“

Leider half dem ungarischen Ministerpräsidenten der Ausfall gegen seinen österreichischen Kollegen nicht lange, die Obstruktion setzte wieder ein, selbst seine staatsrechtlichen Ausführungen, in denen er sich in sehr bedenklicher Weise wieder dem Standpunkte des Neuenkomitees näherte, vermochten nichts mehr, vergebens warnte auch der Honvedminister Nyiri vor den Gefahren, welche die Rekrutenverweigerung dem Lande bereiten könnte, wenn in den nächsten Monaten der Friede gestört werden sollte; als der Präsident am 26. November einen Antrag auf Doppelsitzungen anmeldete, brach der Sturm los, Graf Apponyi trat mit der Mehrzahl seiner Anhänger auch förmlich aus der liberalen Partei aus, und wenn auch auf einige Tage wieder eine ruhigere Stimmung eintrat, nachdem das Ministerium die Doppelsitzungen hatte fallen lassen, so hielten doch die katholische Volkspartei und die Fraktion Szederkenyi an der Obstruktion fest, und da sich auch in der Kossuthpartei starke Neigung dafür zeigte, legte Kossuth zum drittenmal die Leitung der Partei nieder. Dann trat wieder einige Tage Ruhe ein und das Haus begann auch die Beratung der Wehrevorlage; man wurde zwar gelinde weiterobstruiert, aber der Finanzminister Dr. v. Eufacs konnte noch am 11. Dezember ein Budgetprovisorium einbringen. Inzwischen beschäftigte man sich lieber mit den im österreichischen Abgeordnetenhaus und im Herrenhaus gehaltenen Reden, als daß man das Wehrgesetz und das Budgetprovisorium gefördert hätte, auch die in den letzten Tagen des Jahres von Tisza und Nyiri gegebenen Andeutungen über die verschärfte Lage auf der Balkanhalbinsel wie der Hinweis auf das Schicksal der 40.000 Reservisten, die eingezogen werden müßten, nützten nichts, und das Jahr schloß, ohne daß ein Beschluß über das Rekrutengesetz und das Budgetprovisorium gefaßt worden war. Ungarn trat also das neue Jahr

in einem vollständig geschlossenen Zustand an, ohne Budget und ohne Rekruten. Trotzdem waren Kenner der Magyaren gar nicht im Zweifel darüber, daß der ganze Oppositions- und Obstruktionslärm über kurz oder lang ebenso theatralisch zusammenbrechen würde, wie er begonnen und bisher geführt worden war; denn dahinter stand nichts als die berufsmäßigen Agitatoren im Parlament und in der Presse, die professionellen Straßenlärm und leicht zu Demonstrationen neigende Studenten. Die Masse des Volkes wollte aber nichts davon wissen — man schrieb nicht mehr 1848 — am wenigsten aber die Armee, um deren willen der ganze Lärm angeblich angefangen worden war.

Das Okkupationsgebiet.

Bosnien und die Herzegowina sind nun bereits ein Vierteljahrhundert infolge Auftrages des Berliner Kongresses von Österreich-Ungarn okkupiert und haben in dieser Zeit einen hoch bedeutsamen Aufschwung genommen. Obgleich die religiös und national so gemischte Bevölkerung an sich schon Schwierigkeiten genug bot, die noch an den dualistischen und nationalen Strömungen in der Monarchie zeitweilig Unterstützung fanden, haben sich doch die Zustände in dem Lande in einer Weise gefestigt, daß selbst die nationalen Wirren der letzten Jahre auf der Balkanhalbinsel dort keinen Widerhall fanden. Die Leute fühlen sich unter der geordneten Verwaltung wohl. Das Hauptverdienst dafür gebührt wohl dem gemeinsamen Finanzminister Benjamin v. Kallay, der am 13. Juli in Wien starb, nachdem er seit 1882 die Verwaltung von Bosnien und der Herzegowina geleitet hatte. Man braucht nicht gerade mit seinen übereifrigen Bewunderern übereinzustimmen, muß aber doch anerkennen, daß unter ihm Österreich-Ungarn eine Kulturtat geleistet hat. Kallay war ein Ungar, aber sonst ein Mann, dem der Reichsgedanke über alles ging. Seine Herrschaft in dem Okkupationsgebiet war fast unumschränkt und seine Mittel ähnelten häufig orientalischen Grundsätzen, aber der Erfolg spricht für ihn, und mit der orientalischen Bevölkerung konnte kaum anders vorgegangen werden. Wie wenig die Anschauungen des europäischen Liberalismus dort verfangen, zeigen die grauenhaften Zustände in Serbien und Bulgarien. In wirtschaftlicher Beziehung hat die Verwaltung Kallays namentlich an großen Verkehrswegen viel geleistet, wenn auch mit großen Kosten und nicht ohne mit bedenklichen Gründen in Verbindung gestanden zu haben. Aber das Land, das kaum einige Meilen Straßen besaß, als die Türken es verließen, hat jetzt 1100 Kilometer Eisenbahnen, viele hundert Kilometer von Straßen, die meist von den Truppen angelegt und gebaut worden sind, dazu 6000 Kilometer Telegraphen- und 2250 Kilometer Telephondrähte. Sein Nachfolger wurde Freih. Burian v. Rájecz, ein Ungar von slowakischer Abstammung,

der sich im diplomatischen Dienste auf der Balkanhalbinsel Erfahrungen und Verdienste erworben hat. Er ist Schwiegersohn des vielgenannten früheren Honvedministers Freih. v. Fejervary. Sein Amt übernahm er schon am 1. August. Ende November trat auch der seit 21 Jahren in den okkupierten Gebieten wirkende kommandierende Ge-



Stephan Freih. v. Burian, österr.-ungar. Reichsfinanzminister.

neral und Chef der Landesregierung, G. d. K. Freih. v. Appel, von seinem Posten zurück; er hat eine 63jährige militärische Dienstzeit hinter sich und war der älteste aktive Soldat der österreichisch-ungarischen Armee. Seine große Gerechtigkeit und soldatische Geradheit, wie sein wohlwollendes Wesen hatten ihn im Lande sehr beliebt gemacht. Sein Nachfolger wurde der kommandierende General des I. Korps in Krakau, FML. Freih. v. Albori, einer der befähigsten und persönlich beliebtesten Generale der Armee, der Bosnien schon von früher her kennt, da er dort Generalstabschef des FML. Herzog v. Württemberg gewesen war. Freih. v. Albori ist auch in reichsdeutschen Kreisen noch in lebhafter Erinnerung, da er zum Ehrendienst

bei Kaiser Wilhelm während seines letzten Besuches in Wien kommandiert war. Er traf am 21. Dezember zur Übernahme seiner neuen Stellung in Serajewo ein und wurde dort mit nahezu fürstlichen Ehren empfangen.

Verschiedenes.

Am 14. Februar wurde der Wiener wie auch der spanische Hof in tiefe Trauer versetzt durch den Tod der Erzherzogin Elisabeth, der Mutter der Königin-Regentin von Spanien und der Erzherzoge Friedrich, Karl Stephan und Eugen. Sie war 1831 geboren, hatte sich am 4. Oktober 1847 mit dem Herzog Ferdinand von Este-Modena vermählt, der schon 1849 starb. Die aus dieser Ehe entsprossene Tochter Maria Theresia ist die Gattin des zukünftigen Königs, des Prinzen Ludwig, von Bayern. Am 18. April 1854 vermählte sich die Erzherzogin zum zweitenmal mit dem Erzherzog Karl Ferdinand, der schon 1874 starb. Das feierliche Begräbnis fand am 19. Februar statt. — Wegen der Hoftrauer wurde die Vermählung der Erzherzogin Elisabeth Amalia, der jüngsten Tochter des verstorbenen Erzherzogs Karl Ludwig, mit dem Prinzen Alois von und zu Liechtenstein verschoben und fand mit großen Feierlichkeiten erst am 20. April in Wien statt.

Am 8. September feierte Erzherzog Friedrich mit seiner Gemahlin Isabella in Preßburg, wo der Erzherzog Korpskommandant ist, die silberne Hochzeit. Die Feier wurde auch in militärischen Kreisen und der Einwohnerschaft von Preßburg, wo sich der Erzherzog großer Beliebtheit erfreut, mit großer Teilnahme mitgegangen. Vom Kaiser Franz Joseph, von allen Mitgliedern des kaiserlichen Hauses, vom Kaiser Wilhelm und von der Königin-Mutter Maria Christine von Spanien waren Glückwunschtelegramme eingelaufen.

Der 16jährige Erzherzog Karl, der älteste Sohn des Erzherzogs Otto und der Erzherzogin Maria Josefa, wurde Ende Oktober zum Alenleutnant ernannt. Er ist der voraussichtliche einstige Thronfolger, da sein Oheim, Erzherzog Franz Ferdinand, der jetzige Thronfolger, morганatisch mit der Fürstin Hohenberg, geb. Gräfin Chotek, vermählt ist.

Am 13. Dezember beging Erzherzog Rainer sein sechzigjähriges Militärjubiläum. Seiner militärischen und politischen Verdienste ist schon im vorigen Jahrgang bei Gelegenheit seiner goldenen Hochzeit gedacht worden. Am Tage des Jubiläums statete Kaiser Franz Joseph dem Erzherzog persönlich seine Glückwünsche ab. Vom Kaiser Wilhelm, dem Prinzregenten Luitpold, den Königen von Italien und Spanien und zahlreichen anderen Fürstlichkeiten waren Glückwünsche eingetroffen.

Am 14. Dezember starb in Budapest die jüngste Tochter des Erzherzogs Josef, des Kommandanten der Honved, und seiner Gemahlin Klothilde von Sachsen-Coburg, die Erzherzogin Klothilde, an Lungenentzündung im Alter von 19 Jahren.

Der Führer der Alttschechen, Baron Ladislaus Rieger, schied am 3. März in Prag im 85. Lebensjahre von dieser Welt. Er entstammte einer deutschen Müllerfamilie im Gilschiner Kreise, hat aber während seines ganzen Lebens mit großer agitatorischer Begabung für die Wiederbelebung des tschechischen Bewußtseins der slawischen Bevölkerung in Böhmen gewirkt und stand ein halbes Jahrhundert hindurch an der Spitze aller deutschfeindlichen Bestrebungen des Tschechentums. Mit seinem Schwiegervater Palacky wurde er der Begründer des böhmischen Staatsrechts. In späteren Jahren wurde er und seine Richtung durch das sich radikaler gebärdende Jungtschechentum verdrängt. Mit ihm ist eine der geschichtlichen Gestalten dahingegangen, die für die nationalen Kämpfe in Österreich die Richtung angegeben haben.

Eine merkwürdige Erscheinung war der Nationalökonom und Staatsmann Albert Schäffle, der am 25. Dezember in Stuttgart starb. Er war ein geborener Württemberger und im Jahre 1868 als Professor der Nationalökonomie nach Wien berufen worden, wo er 1871 als Handelsminister in das Ministerium Hohenwart eintrat und mit den Tschechen Habietinek und Jireček amtierte. Als das Ministerium schon im Oktober wieder gestürzt wurde, zog er sich ins Privatleben zurück und widmete sich in Stuttgart schriftstellerischen Arbeiten, von denen seine systematischen Werke über Nationalökonomie und seine Streifschriften gegen die Sozialdemokratie allgemein bekannt wurden.

In Botschafter- und Gesandtenkreisen fand im Jahre 1903 ein starker Wechsel statt, der meist durch das hohe Alter der betreffenden Diplomaten bedingt wurde. Im Sommer nahm der Botschafter in London, Graf Deym, krankheitshalber Urlaub und starb nicht lange nachher bei seinem Schwiegersohn Graf Magnis in der Grafschaft Glatz. Sein Nachfolger wurde Graf Mensdorff. Gegen Ende des Jahres wurde der bereits 52 Dienstjahre zählende Botschafter in Paris, Graf Wolfenstein, durch den Grafen Khevenhüller, in Madrid der Botschafter Graf Dubsky durch den Grafen Rudolf Welfersheimb ersetzt. Diese Änderungen waren rein persönlicher Art und trugen keinen politischen Charakter.

Das gleiche läßt sich von dem Rücktritte des langjährigen italienischen Botschafters in Wien, des Grafen Nigra, sagen, der am Ende des Jahres aus seiner Stellung schied, die er 18 Jahre bekleidet hatte. Er ist 76 Jahre alt. Seine diplomatische Laufbahn hatte er Anfang der fünfziger Jahre als Sekretär Cavour's begonnen und gehörte in den letzten Jahren zu den überzeugtesten Anhängern des Dreibundes. Sein Nachfolger wurde bei Beginn des Jahres 1904 der Graf Avarna.

Im Oktober schied auch der päpstliche Nuntius Kardinal Taliani aus Wien und wurde zum Konsistorium nach Rom berufen. Man wollte die Zurückberufung sowohl mit der Streitaffäre des Fürstbischofs Dr. Kohn in Olmütz, wie auch mit der Frage der nationalen Teilung der böhmischen Diözesen in Verbindung bringen. Was den Fürstbischof Dr. Kohn betrifft, so hat er sich tatsächlich in den neun Jahren seiner Amtsführung bei Deutschen und

Tschechen gleich unmöglich gemacht. Die Anklagen gegen ihn hatten sich so von allen Seiten gehäuft, daß er im Juni nach Rom berufen wurde. Die schwerste Anschuldigung, Verletzung des Beichtgeheimnisses, ist nicht zu erweisen gewesen, und ein Erzbischof ist nicht leicht abzusetzen. Trotzdem besteht zwischen den leitenden Kreisen in Wien und der Kurie kein Unterschied in der Überzeugung, daß der Friede in der Diözese nur erreicht werden kann, wenn Dr. Kohn durch eine andere Persönlichkeit ersetzt wird. Er will sich aber nicht zum Rücktritt verstehen. *)

Die Deutschen, und in letzter Zeit am schärfsten der deutsche Klerus in Böhmen, fordern die nationale Teilung der Diözesen und die Errichtung einiger neuer Bistümer. Die Forderung ist an sich vernünftig, da ihre Erfüllung nur den nationalen Frieden fördern würde, aber bei der Haltung der Kurie in allen solchen Fragen, in denen sie grundsätzlich keine politischen und nationalen Grenzen anerkennt, ist nicht viel zu hoffen. Selbstverständlich protestierten die Tschechen aus „staatsrechtlichen“ Gründen gegen die nationale Teilung, die Alldeutschen wieder gegen ein katholisches Bistum in Eger. Der Prager Fürsterzbischof v. Skrbenský scheint den Bestrebungen nicht grundsätzlich feind zu sein, da gegen verhält sich die hauptstädtische liberale Presse sehr merkwürdig zu der Stellungnahme der deutschböhmisches Priester, denen sie alte Sünden vorwirft, dagegen die eigenen verschweigt. Diese Bewegung könnte allerdings sehr stark die sehr zum Nachteil des Deutschtums immer eifrig betriebene Agitation stören, in den Köpfen der Deutschen die Täuschung zu erhalten, daß deutschnational und antiklerikal ein und dasselbe sei.

Hier mögen übrigens noch einige bemerkenswerte Tatsachen aus dem ohne jede Entscheidung geführten Kampfe der Deutschen und Tschechen in Böhmen Raum finden. Im März entstand plötzlich ein Ansturm auf die böhmische Sparkasse in Prag, deren Einleger auf boshafte, gänzlich unbegründete Gerüchte hin dringend ihre Gelder zurückerforderten. Die Anstalt steht bekanntlich unter deutscher Leitung und die Gerüchte beruhten ohne Zweifel auf einem von tschechischer Seite ange-

stifteten Manöver, über dessen Urheber bei dem hartnäckigen Zusammenhalten der slawischen Bevölkerung die Untersuchung absolut nichts ergab. Es waren im März von 19.000 Einlegern 22 Millionen Kronen behoben und ohne Anstand ausbezahlt worden, während die Neueinlagen nur $4\frac{1}{2}$ Millionen, der Rest der Einlagen aber immer noch 197 Millionen Kronen betrug. Ob der Zweck, die tschechischen Einleger der böhmischen Sparkasse nun den tschechischen Kassen zuzutreiben, damit erreicht worden ist, darf mit Recht bezweifelt werden, denn letztere haben sich nicht besonders vertrauenswürdig erwiesen und sind in nicht geringer Anzahl zusammengebrochen. Am schmachlichsten geschah dies bei der St. Wenzels-Vorschußkasse in Prag, in der ungeheure Unterschleife entdeckt wurden, die sich auf acht Millionen Kronen beliefen. Die Hauptschuldigen wurden im Dezember zu schweren Kerkerstrafen verurteilt.

Eine ständige Klage in Deutschböhmen betrifft das Anwachsen der Zahl der tschechischen Beamten in den Sudetenländern, wofür man wieder die Regierung verantwortlich macht, die aber stets versichert, daß sie deutsche Beamte wohl anstellen würde, wenn sie vorhanden wären. Tatsächlich hat man auch nie von übergangenen oder stellungslosen deutschen Beamten in Böhmen gehört. Die Sache liegt so, daß seit der fünfundsingzigjährigen Opposition der Deutschösterreicher die Deutschen sich wenig um Beamtenstellen bemühen, sondern sich meist besser bezahlten Privatstellungen zuwenden. Viele deutsche Beamte der Sudetenländer wenden sich auch mit Vorliebe nach deutschen Kronländern, weil sie dort nicht tschechisch zu können brauchen, und in ihre Stellen rücken natürlich Tschechen ein, die deutsch können. Auf diese Sachlage macht in neuerer Zeit der deutschböhmische Abgeordnete Dr. Albrecht aufmerksam und fordert die deutschen Beamten der Sudetenländer auf, daß sie tschechisch lernen sollen, um ihr Land gegen das Weitervordringen der Tschechen verteidigen zu können. Es sei hier übrigens darauf hingewiesen, daß diese Forderung schon viel früher in den „Grenzboten“, die den Angelegenheiten der Deutschösterreicher von jeher ein sehr lebhaftes Interesse zuwenden, als politische Notwendigkeit hingestellt worden ist.

*) Er ist inzwischen zurückgetreten.

Italien.

Die allgemeine Lage des Landes. * Das Ministerium Zanardelli. * König Viktor Emanuel und seine Gäste. * Das Ministerium Giolitti. * Innere Lage des Landes. * Der Tod Leos XIII. * Papst Pius X.

Die allgemeine Lage des Landes.

Italien darf vom verflossenen Jahre höchstens sagen: Gottlob, daß nichts schlimmer geworden ist, denn daß sich etwas Wesentliches gebessert hätte, wird man nicht behaupten können. In der äußeren Lage hat sich allerdings nichts geändert, denn die Fürstenbesuche in Rom, ebenso die Reise des Königs-

paars nach Paris und London haben zwar für die äußere Stellung des Landes viel Bestechendes, aber dem steht wieder das Unterbleiben des schon angekündigten Zarenbesuchs in Rom entgegen. Im Innern vollzog sich ein Ministerwechsel, indem das Kabinett des greisen Zanardelli den parlamentarischen Kabalen erlag und erst nach Schwierigkeiten durch das straffere Ministerium Giolitti ersetzt werden konnte, das ja wie alle neuen Besen

gut kehrt, aber doch auch wieder an dem parlamentarischen Marasmus des Landes zu Grunde gehen wird. Von einer stärkeren Betonung des Einflusses der Krone durch den König Viktor Emanuel hat man diesmal allerdings etwas wahrgenommen, doch ist unter allen Umständen schwer einzusehen, wie ohne stärkere Betätigung einer über der strupellosen Parteisucht stehenden moralischen Gewalt sich das geplagte Land aus den Resten der Maffia und Kamorra, der Parteienausbeutung und Korruption, dem Räuberwesen und der Verarmung herausarbeiten soll. Es ist wohl schon etwas besser geworden, aber solange sich ein Finanzminister erschießen muß, weil sehr unangenehme Enthüllungen gemacht werden, ist doch schwer zu glauben, daß es mit der Ehrenhaftigkeit italienischer Staatsmänner jetzt viel anders bestellt sei, als zu den Zeiten der Konforteria und der darauffolgenden Periode, in der selbst der Name Crispis nicht ohne Makel blieb. Auch wer kein Pessimist ist, muß bei der stark zunehmenden republikanischen Strömung in Italien und der starken Überproduktion an anarchischen Elementen für die Zukunft des Königreichs bedenklich werden. Und wenn wir auch an die Republik als dauernde Einrichtung in Italien nicht glauben, so könnte bei einer weiteren Interesselosigkeit des Königtums doch der Fall eintreten, daß dieses zeitweise ohne Beruf und Beschäftigung sein möchte, wenn der ersehnte direkte Thronerbe glücklich erzielt sein wird.

Daß Italien seine heutige politische Stellung seit seiner Entstehung nicht der eigenen inneren Kraft, sondern im wesentlichen einer Kette von politischen Vergünstigungen verdankt, ist jedem Auge ersichtlich. Wo wäre heute Italien, wenn Deutschland 1870 nicht so nachdrücklich gesiegt hätte, wo wäre es, wenn es nicht vor zwei Jahrzehnten Flug den Anschluß an das deutsch-österreichische Bündnis gewählt hätte, der seiner Stellung sicheren Halt gewährt und der italienischen Politik allerlei Extratouren gestattet, die im ungünstigsten Falle wenigstens die Eitelkeit befriedigen. Frankreich hat alle Protektionsgelüste aufgeben müssen und sucht nun, nachdem es seinen Jörn über das undankbare Italien überwunden hat, die alten romanischen Stammesympathien zu beleben, und England, für dessen Stellung im Mittelmeer es geradezu eine Lebensfrage ist, ob sich seine Flotte auf die italienischen Kriegshäfen stützen und auch auf die Hilfe der italienischen Flotte rechnen kann, wenn einmal die Mittelmeerfrage zur Entscheidung kommen sollte, bemüht sich seit Jahren, die einst von ihm verschuldete Abwendung Italiens durch heiße Werbung wieder in warme Freundschaft umzuwandeln. Was hier lediglich die Wirkung der geographischen Lage und die Folge der gegenwärtigen politischen Gestaltung ist, könnte leicht in den Italienern die Täuschung erwecken, daß das alles nur der Einfluß der „Großmacht“ Italiens sei. Sie mögen sich aber nur den Fall ausdenken, wie nach der etwaigen Machtauseinandersetzung zwischen England und Frankreich die Stellung Italiens ausfallen würde, wenn es diese nicht aus eigener Kraft oder durch sichere Bündnisse zu erhalten verstehen wird. Die verantwortlichen politischen Leiter des Landes sind

sich wohl auch hierüber immer klar gewesen und es ist ihnen nie eingefallen, sich vom Dreibunde zu lösen, sondern sie haben die politischen Extratouren, zu denen ihnen die Werbungen Frankreichs und Englands Gelegenheit boten, nur dazu benützt, günstigere Bedingungen für ihr Land zu erzielen und für sich populäre Stimmung zu machen, was ja ein italienisches Ministerium leider tun muß, weil ihm die Krone keine sichere Stütze gewährt.

In der Bevölkerung ist freilich diese nüchterne politische Einsicht kaum vorhanden, die südliche Eitelkeit sieht in allem leicht nur das Günstige und hält das im Augenblick viel unworbene Land für eine Großmacht, die ihre begehrliehen Augen weit nach Süden und Osten schweifen lassen und auch ernstlich daran denken dürfe, die noch „unerlösten“, angeblich in der österreichischen Knechtschaft schmachtenden Brüder im Norden mit dem mächtigen Kulturland Italien zu vereinigen. Die Erfahrungen der Feldzüge des vorigen Jahrhunderts und die sehr zweifelhaften kolonialen Erfolge in Erythräa haben die große Masse der Italiener jedenfalls noch nicht zu der Erkenntnis gebracht, daß es ihrem Staate an derjenigen strengen Schulung und sittlichen Gesundung gebricht, die ihn allein befähigen könnten, so große Aufgaben durchzuführen. Unmöglich sind sie nicht, das hat die Geschichte anderer Völker bewiesen, aber auf der Grundlage des heute parlamentarisch desorganisierten Staates werden die stolzen Nachkommen der Römer nichts erleben, als bittere Enttäuschungen. Es ist nur zu bedauern, daß die unbefriedigte Großmannsucht geeignet ist, unter den jeder energischen Anspornung entbehrenden Leitung des Staates nur zur Förderung der weit verbreiteten Mißstimmung beizutragen, die ja in den parlamentarischen Zuständen und den damit zusammenhängenden Unzulänglichkeiten der Verwaltung so reichliche Nahrung findet. Man sieht, wie auch ein einheitlich nationaler Staat nicht vorwärts zu kommen vermag, trotz liberaler Verfassung, offener Kirchenfeindlichkeit und alles jenes Zubehörs, was die politische Weisheit seit der französischen Revolution als das Heil der Völker gepriesen hat. Es ist leider zu befürchten, daß Italien, wenn es sich nicht noch aufrafft, in wenigen Jahrzehnten auf die Stellung Spaniens zurücksinken und auf die Stellung einer Großmacht unfreiwillig verzichten werde. Sollte sich die Vermutung bestätigen, daß die Kurie in nicht ferner Zeit von ihrer unversöhnlichen Haltung lassen und den streng kirchlich gesinnten Katholiken erlauben würde, sich an dem politischen Treiben zu beteiligen, so würde ein neues Element in das korrupte und versumpfte öffentliche Leben eintreten und den bisher herrschenden parlamentarischen Kliquen und Gevatterschaften höchst unbequem werden. Die öffentliche Moral würde sich dann wohl etwas heben, ob aber damit der stark verwahrloste Staatswagen wieder in geordnete Bahnen gelenkt werden würde, darf leider doch nicht kurzerhand angenommen werden.

Das Ministerium Zanardelli.

Die Lage des Kabinetts Zanardelli, die zu Anfang recht günstig gewesen war, verschlechterte

sich in den ersten Monaten des Jahres zusehends. Zunächst wurde der Minister des Äußern, Prinetti, am 29. Jänner, als er gerade beim König Vortrag hielt, von einem Schlaganfall betroffen, von dessen Folgen er sich nicht mehr erholte. Am 21. April wurde sein Entlassungsgesuch angenommen, aber er starb schon im Spätsommer. Sein Nachfolger wurde Admiral Morin, der schon zweimal Marineminister gewesen war; seine Ernennung bedeutete keine politische Änderung. Das Ministerium verfügte zwar in Fragen der allgemeinen, inneren und äußeren Politik über eine Mehrheit von 100 Stimmen, aber sie wurde immer unsicherer. Zwei Jahre sind für ein italienisches Ministerium ohnehin ein hohes Alter und die Ehescheidungsfrage bildete eine böse Klippe. Die apulische Wasserleitung und die Verstädtlichung des öffentlichen Dienstes wurden noch durchgesetzt, aber schon die Steuererleichterungspläne, deren Hauptsache die Herabsetzung der Salzsteuer um 15 Centesimi war, stieß auf Widerstand, denn die Inseln Sizilien und Sardinien, die vom Salzmonopol befreit sind, hatten davon gar keinen Vorteil, und auch für die übrige Bevölkerung stellte sich die Erleichterung nur auf 9 Centesimi pro Kopf, während das Budget einen Ausfall von 22 Millionen erlitt. Die Opposition Sonninos gewann immer mehr Anhänger, und als bei dem Antrag des Sozialdemokraten Ferri auf parlamentarische Untersuchung über die Marineverwaltung die äußerste Linke das Ministerium verließ, trat der Minister des Innern Giolitti zurück, worauf am 13. Juni das Kabinett seine Entlassung einreichte. Der König beauftragte Zanardelli wieder mit der Bildung des Ministeriums, der fand aber keine neuen Minister und er mußte das Ministerium des Innern und Morin das der Marine mit übernehmen. Da die Abreise des Königs nach Paris bevorstand, erhielt das neue Ministerium noch Ende Juni eine Mehrheit von 86 Stimmen und Sonnino wurde für seine oppositionelle Rede niedergeschrien. Am Sonntag den 2. Juni erledigte die Kammer in einer einzigen Sitzung nicht weniger als 29 Gesetzentwürfe, die mehr als 72 Millionen Lire im Gefolge hatten, in geheimer Abstimmung immer in neun bis elf Bündeln zusammen, obgleich nach der Geschäftsordnung höchstens über drei Gesetze zugleich abgestimmt werden darf. Redliche parlamentarische Arbeit ist ja das Streben nur weniger Abgeordneter, den meisten gilt ihr Mandat als einträgliches Amt, das persönliche Vorteile bringt und leicht unmittelbar an die Staatskassette führt. Auch ein sechsmonatliches Budgetprovisorium wurde mit großer Mehrheit angenommen und die Kammer ging für fünf Monate auf Ferien.

Der Sturz des Ministeriums erfolgte erst Ende Oktober, und zwar nicht durch ein Misstrauensvotum der Kammer, die gar nicht tagte, sondern diesmal auf Veranlassung des Königs. Es war der erste selbständige Schritt der Krone, die von ihrem verfassungsmäßigen Rechte Gebrauch machte, aber seit der Zeit Viktor Emanuels II. galt das in Italien für unerhört. Der Grund der Entlassung des Ministeriums war die Abfage des Besuches des Kaisers von Rußland wegen der englandfreundli-

chen Politik Zanardellis, der auch die angeblichen Interessen Italiens in Albanien dazu benützte, das Zusammengehen Rußlands mit Italien in der Balkanfrage zu durchkreuzen. Die Drohungen der italienischen Sozialdemokraten gegen den Zaren waren nur ein begleitender Umstand, obgleich die Kundgebungen Ferris und seiner Genossen gegen den Kaiser von Rußland in einem gewissen Zusammenhange mit der wenig aufrichtigen Politik Zanardellis standen. Insofern hatte die demokratische Presse in Italien wohl vollkommen recht, wenn sie den russischen Gesandten v. Melidow für den Sturz des Ministeriums verantwortlich machte, und sie fand denn auch bei ihren Gesinnungsverwandten in den europäischen Blättern lebhafteste Unterstützung mit der Behauptung, Nikolaus II. habe sich aus Furcht vor den italienischen Sozialdemokraten nicht nach Rom getraut. Zieht man die Bilanz des Kabinetts Zanardelli, so findet sich, daß nur wenig auf gesetzgeberischem Gebiete geleistet wurde, und daß das reiche wirtschaftlich-soziale Programm, dessen eigentlicher Urheber Giolitti gewesen, fast gänzlich unausgeführt geblieben war. Zanardelli hatte seine ganzen politischen Anschauungen in den Jahren 1849 bis 1859 erworben und vertrat den doktrinären Liberalismus der Vierzigerjahre ohne jedes Verständnis für die sozialen Seiten des politischen Lebens der Gegenwart. Er war übrigens 78 Jahre alt und krank; er starb schon in den letzten Tagen des Dezember und wurde mit großen Ehren auf seinem Landsitz Moderno am Gardasee begraben.

König Viktor Emanuel und seine Gäste.

Auf seiner Mittelmeerreise, die ihn schon nach Eissabon geführt hatte, machte König Eduard VII. auch dem König von Italien in Rom einen Besuch. Seit undenklichen Zeiten hat kein englischer König die ewige Stadt betreten; die Königin Viktoria war mehreremal in Italien gewesen, war aber nie nach Rom gekommen. Anfangs hieß es, daß es sich nur um einen nichtoffiziellen Besuch handle, aber die weiteren Verhandlungen führten dahin, daß ein offizielles Ereignis daraus wurde, und der Entschluß dazu scheint auch erst gefaßt worden zu sein, als die erste Verschiebung des Zarenbesuches bekannt wurde. Der Besuch wurde mit Recht als eine neue Befestigung des zeitweilig ziemlich gelockerten Freundschaftsverhältnisses zwischen Italien und England angesehen, um die Rückendeckung der englischen Mittelmeerstellung wieder herzustellen. Von Einfluß ist unzweifelhaft auch die Erkrankung Prinettis gewesen, der ein feuriger Anhänger der „lateinischen“ Verbrüderung mit Frankreich war, weshalb er ja auch anfangs als Gegner des Dreibunds galt, bis ihn praktisch politische Rücksichten bewogen, diesem treu zu bleiben. Die Blätter Zanardellis waren eifrig bemüht, die politische Bedeutung des Besuches hervorzuheben und den Italienern vergessen zu machen, wie ihr Land von England in Abyssinien, Tunis und Tripolis behandelt worden war. Freilich ist die Aufrechterhaltung des Gleichgewichtes im Mittelmeer eine der wichtigsten Pflichten, die Italien

gegen sich selbst zu erfüllen hat, sie entspricht aber wohl in höherem Maße den Interessen Englands, während Italien von Frankreich nichts Ernstliches zu fürchten haben wird, solange es ein treues Glied des Dreibunds bleibt. Man darf immerhin den Besuch des Königs Eduard als den erfolgreichen Versuch auffassen, den Beziehungen zwischen England und Italien wieder die frühere Wärme zu verleihen, noch gewisser aber als einen Beweis dafür, daß die Bestrebungen Zanardellis und der englischen Staatsmänner dieses Ziel auch erreichten. Falsch war es aber sicherlich, daraus den Anfang einer italienisch-französisch-englischen Verständigung herleiten zu wollen. Die Sympathien des italienischen Volkes gehören in erster Linie den Franzosen, erst in letzter den Engländern, und der begeisterte Empfang des Kaisers Wilhelm wenige Tage nach dem Besuche des Königs von England zeigte, daß den Herzen der Italiener auch Deutschland noch viel näher steht als England, trotz aller doktrinären Schwärmerei Zanardellis für letzteren Staat.

König Eduard traf am 21. April von Malta in Syrakus ein, erreichte Rom am 27. April nachmittag um 3 Uhr und wurde vom König Viktor Emanuel und den italienischen Prinzen auf dem Bahnhof empfangen. Die beiden Monarchen umarmten und küßten sich herzlich, fuhren durch die herrlich geschmückten Straßen nach dem Terminiplatz, wo der Bürgermeister Fürst Colonna und die städtischen Behörden den königlichen Gast begrüßten, und trafen gegen 4 Uhr im Quirinal ein. Die Bevölkerung verhielt sich korrekt, im allgemeinen aber doch kühl. Abends fand im Quirinal ein Festmahl statt, bei welchem König Viktor Emanuel in italienischer Sprache besonders auf die Zeiten der Königin Viktoria hinwies, in denen das werdende Italien „England beständig auf seiner Seite“ hatte, im Glück wie im Unglück, und den Wunsch aussprach, daß „die zwischen beiden Kronen und Völkerschaften bestehende Freundschaft ewig währen und immer fester werden möge“. In seinem englischen Trinkspruch sprach König Eduard das Vertrauen aus, daß die Freundschaft beider Länder fortbestehen werde, da sie die freiheitlichen Einrichtungen lieben und auf den gemeinsamen Wegen der Zivilisation und des Fortschrittes einhergegangen seien zur Aufrechterhaltung des allgemeinen Friedens. Nach dem Festmahl begaben sich die Majestäten zur Festvorstellung im Argentinatheater, wo sie lebhaft begrüßt wurden. Am anderen Vormittag fuhr König Eduard zum Pantheon und legte an den Särgen der Könige Viktor Emanuel II. und Humbert Kränze nieder. Später machte er eine längere Rundfahrt durch die Stadt, wobei er überall überaus freundlich begrüßt wurde. In der Kammer machte der Präsident die Mitteilung, daß er an dem Empfang des Königs Eduard teilgenommen habe, und entbot dem Herrscher der befreundeten Nation den Gruß des italienischen Volkes, was die Abgeordneten stehend anhörten und mit lebhaftem Beifall entgegennahmen.

Am 29. April fand bei prächtigem Wetter und unter lebhafter Teilnahme der Bevölkerung große Parade, in der über 20.000 Mann in der Front standen, statt. Die Majestäten waren bei der An-

fahrt und Rückkehr Gegenstand der begeisterten Huldigungen der Bevölkerung. Nachmittags machte König Eduard von der englischen Botschaft aus dem Papste Leo XIII. einen Besuch, wobei er alles vermied, was dem Ereignis irgend einen auffallenden Anstrich hätte geben können, obwohl das Zeremoniell für das Haupt der anglikanischen Kirche ein weites Entgegenkommen der Kurie bedeutete. Der Papst hatte eingewilligt, daß der König sich direkt vom Vatikan nach dem Quirinal zurückbegab und daß der Staatssekretär Rampolla gänzlich außer Betracht blieb, während dieser sonst einen Besuch der vom Papst empfangenen Fürstlichkeiten beansprucht und auch erwidert. Im Quirinal verabschiedete sich König Eduard und wurde vom König Viktor Emanuel und den italienischen Prinzen nach dem Bahnhof geleitet, wo er nach sehr herzlichem Abschiede nach Paris abreiste. Aus dem so freundschaftlich gestimmten Tone der Rede des Königs Eduard beim Festmahl hatte sofort die Zanardellische Presse Schlüsse zu ziehen gesucht auf eine Unterstützung der italienischen Begehrlichkeiten in bezug auf die Balkanhalbinsel. Die guten Leute vergaßen, daß England gar nichts daran liegen kann, im Mittelmeer noch eine Macht aufkommen zu lassen, die stark genug wäre, ihm die Straße nach Indien zu stören. England wird zu seinen und Italiens Gunsten dahin wirken, daß das Mitteländische Meer nicht ein französischer See wird, aber außer in Tripolis wird Italien auf keine Unterstützung Großbritanniens zu rechnen haben. Die Italiener wurden erst aus allen Himmeln ihrer Hoffnungen gestürzt, als Nikolaus II. zum zweitenmal seinen Besuch absagen ließ. Da stürzte auch Zanardelli mit allen seinen Plänen.

Vorläufig hatten die Italiener noch ihre große Freude an dem Besuche des Kaisers Wilhelm mit seinen Söhnen, den sie wirklich mit warmer Begeisterung aufnahmen, wie schon an anderer Stelle erzählt wurde. Für den 18. Juli war der Besuch des Königspaares in Paris in Aussicht genommen, wurde aber wegen der Erkrankung und des Ablebens Leos XIII. verschoben und fand erst Mitte Oktober statt. Da auch für den November noch ein Besuch beim Königspaar in London in Aussicht genommen war, so hatten die Konjunkturalpolitiker aller Länder reichliche Gelegenheit, sich über alle möglichen Umgestaltungen der bestehenden Bündnisse und Neugestaltungen zu ergehen. Der Spätsommer und Herbst ist ohnehin immer die günstigste Zeit für dergleichen Wucherungen, es ist die Zeit der Pilze. Besonders viel wurde in Frankreich von dem Zukunftsbündnis zwischen Rußland, Frankreich, England und Italien gefabelt. Zu welchem Zwecke? möchte man da fragen. Es wird sich doch niemand einbilden, daß England Frankreich eines Tages helfen werde, Elsaß-Lothringen wiederzugewinnen, ebensowenig wie Rußland dazu geneigt war und ist. Dagegen können sich die Beziehungen zwischen Rußland und England nie weiter nähern, als bis zu einem leidlichen Frieden, denn ihre Interessen stehen fast überall im Widerspruch miteinander. Alle die Annäherungen nach den verschiedenen Besuchen des vergangenen Jahres sind nach keiner Richtung danach angetan gewesen, irgend welche Begehrlichkeiten zu

nähren, sie haben im Gegenteil die Länder und Völker einander nur in engere Berührung gebracht und ihnen die Möglichkeit und Nützlichkeit nahegelegt, sich untereinander zu vertragen. Wer das nicht einsieht, der „fliegt hinaus“; Regenten, Staatsmänner und auch die Besten aller Völker Europas entziehen sich auch dieser Einsicht nicht, es sind immer nur noch journalistische Doktriniere und sogenannte parlamentarische „Staatsmänner“, die die alten Melodien weiter pfeifen, weil sie bei den großen Massen noch populär sind.

Die Franzosen verstanden es meisterhaft, ihre geheimen Wünsche gefällig in Szene zu setzen. Nicht nur, daß das italienische Königspaar, namentlich die Königin *Helene*, in Paris mit großer Wärme empfangen wurden, auch Herr und Madame *Loubet* machten ihre Sache ganz gut und bei der großen Parade in Vincennes ließ man die aus dem Süden extra herangezogenen Regimenter vor dem König vorübermarschieren, die einst in den Schlachten von Palestro, Solferino und Magenta mit den sardinischen Truppen gegen die Österreicher gekämpft hatten. Und wenn dies noch nicht einleuchtend genug war, der konnte in der *Avenue de l'Opera* recht deutlich die große Inschrift „*Triest*“ lesen, die die „*Patrie*“ dahin erläuterte, daß auch die Italiener dort ihr Elßaß-Lothringen hätten und beides könnte man ja gelegentlich gemeinsam den Preußen und Österreichern wegnehmen. Doch König *Viktor Emanuel* gedachte in seinen Abschiedsworten wohl der Erinnerung, die „sein Herz höher schlagen lasse“, aber er fügte auch hinzu, daß „die Ursachen, die die italienischen und französischen Soldaten auf die Schlachtfelder führten, zu bestehen aufgehört haben,“ und er sprach den Wunsch aus, „daß künftig die militärischen Streitkräfte der Nationen einzig dazu dienen, den Frieden zu sichern“. Er bestätigte damit, wie schon in seinem ersten Trinkspruch bei der *Galatäfel*, daß sein Ziel nur die Erhaltung des Friedens, also die Aufgabe des Dreibundes, sei. Auch Herr *Loubet* konnte daraufhin nichts anderes tun, als vom Frieden zu reden.

Nachdem König *Viktor Emanuel* sich des Ministeriums *Janardelli* entledigt und die ihn wie alle Italiener tief betäubende Absage des Zaren verschmerzt hatte, begab er sich in der zweiten Hälfte des November mit seiner Gemahlin nach England, wo sie am 17. in *Windsor* eintrafen und vom Königspaar und den englischen Prinzen auf dem Bahnhofe empfangen wurden. Beide Könige umarmten und küßten sich und die Königinnen umarmten sich herzlich. Bei der Fahrt durch die Straßen wurden ihnen stürmische Huldigungen erwiesen. Am anderen Vormittag jagten die beiden Könige, ihre Gemahlinnen besuchten die *Albert-Gedächtniskapelle*. Abends beim Festmahl toastete König *Viktor Emanuel* auf das englische Königspaar und versicherte, daß die Gefühle der Freundschaft wachsen, die England und Italien verbinden. König *Eduard* erinnerte in seinem Trinkspruch daran, daß genau vor 48 Jahren König *Viktor Emanuel II.* als Gast am englischen Hofe geweilt habe. Er betonte weiter die Aufrechterhaltung des Friedens. Die Stimmung in England war

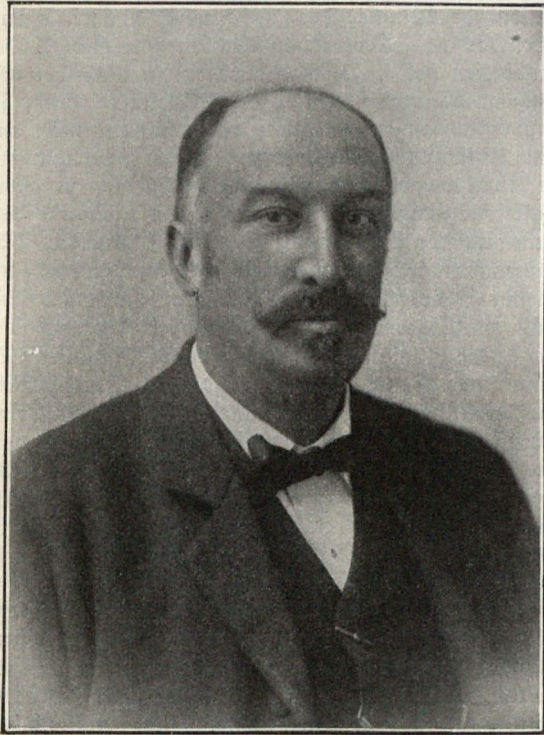
anfangs nicht sehr begeistert für den Besuch, denn man hat dort andere Dinge im Kopf, als die verhältnismäßig einfache Mittelmeerfrage, doch die Artikel und Berichte der Blätter hatten schließlich einige Belebung hervorgerufen, so daß die Hauptstadt den Gästen, als sie am 19. dort zum Besuch erschienen, einen ebenso glänzenden wie herzlichen Empfang bereitete. Beim Frühstück in der *Guildhall* gedachten sowohl der *Lord-Mayor* wie der König der ersten Anwesenheit *Viktor Emanuels II.* und toasteten auf die Erhaltung des Friedens. Daß Italien keine andere Politik verfolge, hatte außerdem der mit in London anwesende italienische Minister des Äußern, *Tittoni*, einem Vertreter des „*Reuterschen Bureaus*“ versichert. Die Interessen beider Mächte an dem Fortbestehen der jetzigen Machtverhältnisse im Mittelmeer sind ja sonnenklar, außerdem dürfte auch England nicht auf eine Mitwirkung Italiens zu rechnen haben, wenn es etwa wegen Marokkos mit Frankreich in Zwistigkeiten geraten sollte. Nach einem längeren Besuche auf der italienischen Botschaft kehrte das Königspaar nach *Windsor* zurück, wo Familientafel und abends Festvorstellung im Theater stattfand. Am anderen Tage waren die Könige wieder auf der Jagd, die Königinnen besuchten das *Mausoleum in Frogmore*; abends war *Galatäfel*. Am 21. geleiteten das englische Königspaar und die englischen Prinzen die italienischen Gäste wieder zum Bahnhof, von wo letztere nach sehr herzlichem Abschied vormittags gegen 10 Uhr abreisten und über *Portsmouth* heimkehrten. Das italienische Königspaar hatte unstreitig in England gute Eindrücke empfangen und die besten hinterlassen.

Die Stimmung in Italien wegen des unterbliebenen Zarenbesuches blieb verärgert und gegen England gereizt, weil man sich nicht eingestehen wollte, daß die Politik des Kabinetts *Janardelli* die Hauptschuld getragen hatte. Man empfand es darum mit Behagen, daß der russische Botschafter *v. Melidow*, dessen Stellung selbstverständlich schwierig geworden war, abberufen wurde, fühlte sich aber wieder enttäuscht, als er einfach mit dem russischen Botschafter in Paris die Stellung tauschte. Auch der angekündigte Gegenbesuch des Präsidenten *Loubet* in Rom wurde auf das nächste Jahr verschoben und man konnte sich nicht ganz verhehlen, daß die innere Lage Frankreichs nicht der alleinige Grund dafür war.

Das Ministerium Giolitti.

König *Viktor Emanuel* hatte sich beim Ministerwechsel insofern ganz auf den parlamentarischen Standpunkt gestellt, als er daran festhielt, daß das neue Kabinett aus derselben parlamentarischen Mehrheit hervorgehen müsse, als das vorige. *Giolitti* war darum der Mann des Augenblicks und er bezog die gesamte Linke mit Einschluß der „*revisionistischen Sozialdemokraten*“ in seine parlamentarische Gefolgschaft ein und sicherte sich auch die Unterstützung der Finanzkreise durch die Berufung *Euzzattis* zum Schatzminister. Er selbst war der „*starke Mann*“ des Kabinetts *Janardelli* gewesen, das seinen Austritt nicht lange überdauerte.

Seine parlamentarische Stellung erschien allerdings schwächer als die seines Vorgängers, weil ihm die Vereinbarung mit den Radikalen nicht geglückt war. Die Folgen davon zeigten sich bald. Der neue Finanzminister Rosano erschöpfte sich am 9. November wegen der Enthüllungen, die die Sozialdemokraten gegen ihn an die Öffentlichkeit brachten. Er war freilich Vertreter des Kamorristen Palizzolo gewesen und als Präfekt von Neapel an allerlei dort üblichen Durchsteckereien beteiligt. Jetzt vernichteten ihn dieselben Leute, denen er früher beigestanden hatte. Das war ein schlimmer Anfang, aber



Giovanni Giolitti, italienischer Ministerpräsident.

der König lehnte die Demission Giolittis ab, da er vor der Reise nach England keine neue Ministerkrise haben wollte.

Am 1. Dezember wurde die Kammer eröffnet und in der Erklärung der Regierung hieß es, sie setze die innere Politik der weitestgehenden Freiheit innerhalb der gesetzlichen Grenzen fort und es solle eine Zeit der sozialen, wirtschaftlichen und finanziellen Reformen beginnen; als Hauptfragen wurden die Erneuerung der Handelsverträge, die Erleichterung des Druckes der Staatsschuld, die Eisenbahnfrage und die Hebung der südlichen Provinzen bezeichnet. Die landwirtschaftliche Ausfuhr soll befördert, dagegen eine Ermäßigung der Industriezölle, soweit damit nicht der Bestand der Industrie gefährdet wird, und des Petroleumzolles eintreten. Die Umwandlung der $4\frac{1}{2}$ prozentigen Rente ist eingeleitet und wird 6 Millionen jährlich einbringen, die Konversion der 5prozentigen Rente wird vorbereitet und eine Ersparnis von 40 Millionen ergeben. Von den wenig erfolgreichen Zanardellis'schen Steuererleichterungen wurde nicht mehr gesprochen. Nach dreitägiger Beratung wurde das Programm

der Regierung mit 284 gegen 117 Stimmen gutgeheißen. Am 3. Dezember hatte auch die Kammer auf Anregung des Deputierten de Cesare das Andenken des verstorbenen deutschen Geschichtsforschers Mommsen geehrt. Das Vertrauensvotum war über Erwarten gut ausgefallen, vom Fall Rosano hatte niemand ein Wort fallen lassen, dagegen hatte sich der neue Minister des Äußern, Tittoni, als gewandter Redner und überlegener Kopf gut eingeführt. Freilich ist Giolitti die hervorragendste Persönlichkeit unter den Parlamentariern Italiens, und keine Partei hatte große Lust, ihn durch den Sturz zu Neuwahlen zu nötigen, da zu ihm der Mann zu energisch. In der nächsten Woche entwickelte Luzzatti mit großer Weitschweifigkeit sein Finanzprogramm, das sich sehr rosenfarbig ausnahm. Die Finanzlage ist ja auch recht günstig, sie weist bedeutende Überschüsse aus dem Vorjahre, eine erhebliche Steigerung der Einnahmen und die Möglichkeit, ohne jede Anleihe auszukommen, auf, so daß nach der Rentenkonversion erhebliche Staatsmittel für Maßnahmen zu Gunsten der ärmsten Volksschichten verfügbar sein werden. Die Kammer arbeitete fleißig, wenn auch unter immer schwächer werdender Beteiligung der Mitglieder, und vertagte sich am 19. Dezember bis zum 28. Jänner. Der Stoff der Verhandlungen war hauptsächlich der Etat, der schon im Juni hätte fertig sein sollen, und so konnten nur wenige andere Sachen erledigt werden. Das Gesetz über den wirtschaftlichen Anbau des ager romanus erhielt in der Fassung des Senats die Genehmigung. Man darf nun neugierig sein, ob dieser Versuch nach so vielen vergeblichen, das einst so fruchtbare Ackerland der Romagna der Betriebsamkeit neu zu erschließen, von Erfolg sein wird. Die Umwandlung der $4\frac{1}{2}$ prozentigen Rente in $3\frac{1}{2}$ prozentige wurde genehmigt und der Regierung die Vollmacht erteilt, mit Österreich-Ungarn ein Handelsprovisorium abzuschließen, auch wurde die Verbindung der beiden römischen Bahnhöfe Termini und Trastevere beschlossen. Giolitti zeigte in der Verhandlung über die Vorkommnisse in Innsbruck — „Enoponte“ nennen die Jungitaliener diese urdeutsche Stadt —, daß er den irredentistischen Bestrebungen in der italienischen Studentenschaft gegenüber entschlossen ist, die von Tittoni warm vertretene Dreibundspolitik kräftig zu unterstützen, und daß er Ordnung zu halten versteht, haben die italienischen Studenten schon früher erfahren. Die öffentliche Tätigkeit der Kammer in den ersten Wochen des Ministeriums Giolitti läßt sich nur anerkennen; was sich freilich in den Wandelgängen und zwischen den Parteihäuptern inzwischen schon vorbereitet, das kann in dem Lande der Geheimbünde und Verschwörung, der Kamorra und Mafia niemand voraussagen.

Innere Lage des Landes.

Die unglückseligen parlamentarischen Zustände Italiens, die nur die Ausbeutung durch einflußreiche Persönlichkeiten, niemals aber wirkliche Reformen fördern, haben über das Land unsägliches Elend gebracht, vorhandene Notlagen ins Uner-

trägliche vermehrt. Selbstverständlich hat das Jahr 1903, das parlamentarisch besonders unfruchtbar war, nichts gebessert, wohl aber manches verschlimmert. Der bereits erwähnte Gesetzentwurf über die Urbarmachung der römischen Campagna, der vor Parlamentsschluß noch durchgepeitscht wurde, ist eigentlich das einzige Resultat. Erwägt man, daß diese neue Baccellische Vorlage seit 1876 bereits die zehnte ist, während die neun vorausgegangenen alle nichts gefruchtet haben, so darf man auch diesmal die Hoffnungen nicht hoch spannen. Aus den Vorlagen für den verarmten Süden ist nichts geworden. Vor dem Schluß der Sommeression der Kammer brachte Zanardelli noch einige wirtschaftliche, für den Süden bestimmte Vorlagen ein, darunter die Vorlage für die Provinz Basilicata, auf die er sich im Vorjahre verpflichtet hatte. Natürlich kamen sie nicht zur Erledigung. Um darum etwas Beschwichtigendes zu tun, kündigte er vom 1. August ab für Trauben- und Mahlprodukte billigere Bahntarife für den Absatz nach Norden und nach dem Auslande durch einen sogenannten Gesetzeslaß (*decreto legge*), der hinterher der Genehmigung der Kammer bedarf, an. Darüber waren aber die Norditaliener wütend, und um sich nicht einer späteren parlamentarischen Niederlage aussetzen, dehnte man die Tarifvergünstigung auf das ganze Land aus, so daß der Süden nichts mehr davon hatte, der Budgetausfall aber auf 14 Millionen veranschlagt wurde; außerdem lärmten die Reeder, die die Konkurrenz der billigen Eisenbahntarife fürchteten. So reformiert man in Italien.

Die Krise in der Landwirtschaft ist so schwer und tiefgehend, daß nur gewaltige Mittel an Staatsgeldern Abhilfe schaffen könnten. Es gärt besonders unter den Landarbeitern im Süden, die nur noch durch das in allen kleinen Orten garnisonierende Militär im Zaume gehalten werden, aber es gärt auch in dem viel besser situierten Norden, wo wenigstens noch Aussicht auf Beschäftigung vorhanden ist. Die von Agitatoren heraufbeschworenen Ausstände haben die Lage verschlimmert. Die Reisfelder um Ravenna sind nahezu eingegangen, weil bei den erzwungenen hohen Löhnen der Besitzer seine Rechnung besser bei der Wiesenwirtschaft findet. Daran hatten die Agitatoren nicht gedacht. Was durch Meliorationen in Italien geleistet werden könnte, dafür hat der landwirtschaftliche Kongreß im März ein Beispiel am Fucinersee gesehen, den Fürst Torlonia trocken gelegt hat; aber die Großgrundbesitzer haben nicht den gleichen Unternehmungsgeist, es dünkt ihnen bequemer, von den Renten zu leben, als Kapital in wirtschaftliche Unternehmungen zu stecken. Der kleinere Besitzer geht bei der schlechten Lage der Landwirtschaft zurück und wird vom Latifundienbesitzer aufgesaugt. Das hat aber die Verminderung der Arbeitsgelegenheit und das Wachsen der Auswanderung zur Folge. Im Süden, wo der Grundbesitzer erst recht nichts unternehmen mag, ist die Lage am tollsten. Das Land liegt als Weide da und zeitweise bemächtigt sich die hungernde Bevölkerung einzelner Strecken, die dem Großgrundbesitz oder der Regierung gehören, um sie für sich zu bebauen, bis sie vom Militär wieder vertrieben wird. Bei der unbefreib-

lichen Not, die namentlich in Apulien herrscht, haben die sozialdemokratischen Agitatoren leichtes Spiel, sie nützen aber dem gepeinigten Volke auch wenig, denn Gewalttätigkeiten und Streiks vermehren nur die Anzahl der Darbenden. Was soll dem gegenüber eine parlamentarische Regierung, die von der Gunst der Wähler abhängt, machen? Sie braucht die Stimmen der Großgrundbesitzer und die der Arbeiter, und den Herren Deputierten in Rom, die ihre Diäten bekommen und sonst noch Vorteile von ihrer einflußreichen Stellung ziehen, ist dies ziemlich gleichgültig.

Ähnlich wie mit der Landwirtschaft steht es auch mit der Industrie. Da sind z. B. die berühmten Stahlwerke von Terni, einst großgezogen durch die Aufträge und Vorschüsse des Marineministers, weil man, wie die Ungarn, eine nationale Industrie haben wollte. Das Anlagekapital ist längst amortisiert, die Dividenden werden immer fetter und die Aktien sind Gegenstand des zügellosesten Börsenspiels. Trusts im Inlande und mit einigen ausländischen Firmen sichern ihnen die höchsten Preise. Ähnlich stehen die Verhältnisse bei den Schiffahrtsgesellschaften, Zuckersfabriken etc. Unter diesen Umständen war es dem Sozialistenführer Ferri ein Leichtes, gegen die Marineverwaltung und den Marineminister Bettolo schwere Anschuldigungen wegen Verschleuderungen und Durchstechereien bei den Stahlwerken von Terni glaubhaft zu machen. Er hat ja nichts Rechtes beweisen können und sicher war nicht mehr geschehen, als in Italien üblich ist und bei hoch und niedrig als zulässig und anständig gilt, aber die Lage ist auf die Dauer unhaltbar; auf solchen moralischen Grundsätzen aufgebaut, muß eine staatliche Organisation zu Explosionen führen. Ob es dem Königtum auch bei energischem Einschreiten gegen den parlamentarischen und wirtschaftlichen Augiasstall noch gelingen kann, das Unglück vom Lande abzuwenden, ist fraglich; jedenfalls ist es aber die höchste Zeit dazu.

Der Tod Leos XIII.

Papst Leo XIII. hat sein Jubeljahr nur kurze Zeit überlebt. Seinen Standpunkt, in strittigen Fragen eine das Prinzip nicht berührende Verständigung zu suchen, hat er bis zu seinem Tode eingehalten. Leute, wie Bischof Korum von Trier, die ohne Not Konflikte heraufbeschworen und den Feinden der Kirche billige Waffen lieferten, waren ihm widerwärtig. Am 20. Februar begannen in Rom die Feiern zum Abschluß des päpstlichen Jubeljahres, die ihren Höhepunkt am 3. März, dem Tage der Thronbesteigung, erreichten. Am 27. Februar hatte das diplomatische Korps seine Glückwünsche dargebracht. Am 3. März waren Tausende von Pilgern und Neugierigen im Petersdom zusammengeströmt, die den Papst, als er auf einem neuen Thron hereingetragen wurde, mit ungeheurem Jubel begrüßten, unter dem der Einzugsgefang und der Festmarsch gänzlich verloren gingen. Der 93jährige Papst erhob sich ohne Wanken auf dem Tragstuhl, den er auf der Tribüne verließ und auf dem Thron Platz nahm. Nach dem feierlichen Hochamt bestieg er den Tragstuhl und erteilte vor dem Hauptaltar den Segen.

Am 29. April empfing der Papst noch den Besuch des Königs von England und am 3. April den des Kaisers Wilhelm. Freitag den 3. Juni hatte er sich auf einem Spaziergange in den vatikanischen Gärten erkältet, erlitt in der Nacht einen Ohnmachtsanfall, und die nächsten Tage stellten außer Zweifel, daß die wunderbare Lebenskraft des Greises gebrochen war, doch wehrte sich seine zähe Natur noch längere Zeit und erst am 20. Juli verließ die starke Seele ihre sterbliche Hülle. Am 23. Juli begann die Ausstellung der Leiche in der Peterskirche, wo ein ungeheurer Menschenandrang stattfand, und am 25. Juli fand die feierliche (vorläufige) Beisetzung ebendasselbst statt, bis das Grabmal an der im Testamente des Papstes bestimmten Stätte in der Kirche San Giovanni im Lateran vollendet ist. Der Text der Pergamentrolle, die im Sarge Leo's XIII. niedergelegt wurde und in der das Leben des Papstes geschildert ist, schließt mit den Worten: „Leo war ein Papst, mit dem vielleicht kein anderer an Herzengüte, Geistesstärke, makellosem Lebenswandel und unermüdlichem Eifer im Dienste für die christliche Kirche verglichen werden kann.“

Das ist die Meinung der katholischen Kirche, aber das Urteil der gebildeten Welt unterscheidet sich nicht sehr davon. Auch von protestantischer und griechisch-katholischer Seite wird die hohe Bedeutung und die Lauterkeit seiner Persönlichkeit anerkannt. Der Papst ist freilich nicht nur das Haupt der katholischen Kirche, sondern er bleibt auch ein politischer Machtfaktor, mit dem diejenigen Staaten zu rechnen haben, die erhebliche Minderheiten katholischer Untertanen besitzen. Auch für diese ist Leo XIII. einer der mächtigsten und einflussreichsten Kirchenfürsten gewesen, die je geherrscht haben. Als schönstes Beiwerk schmückt ihn die Bezeichnung eines Friedensfürsten. Auf den eifernden Pius IX. war ein feiner Diplomat gefolgt, der durch seine Milde und Gewandtheit für seine Kirche große Erfolge errang. Als er auf den päpstlichen Stuhl erhoben wurde, gab es für das Papsttum nur Widersacher; er beschwichtigte Rußland, machte mit Deutschland Frieden und erkannte die französische Republik an. Der Dreibund, der als Schützer Italiens auftrat, war allerdings die Ursache, daß er zu Frankreich hinneigte und der Republik mehr verzieh, als man von einem Papste hätte erwarten sollen. Er trat niemals aggressiv auf, sondern übte vielmehr wiederholt das Amt eines Schiedsrichters und Vermittlers zwischen weltlichen Mächten aus. Milde und Menschenliebe bildeten die hervorragendsten Züge seines Wesens und zeigten sich auch in seiner unermüdlichen Fürsorge für die Hebung des arbeitenden Volkes. Ein hochbegabter Staatsmann und warmer Philantrop ist mit ihm dahingegangen. Daß er außerdem das Oberhaupt der Kirche war und als solches ihre Interessen wahrte, war ebensowohl sein Recht als seine Pflicht.

Papst Pius X.

Am 7. Februar war Pius IX. gestorben, am 19. trat das Konklave zusammen und schon am zweiten Tage war Leo XIII. gewählt. Diesmal hatte das Kardinalskollegium, bei welchem während der

Sedisvakanz die Oberhoheit der katholischen Kirche ruht, es als selbstverständlich betrachtet, daß die Papstwahl in Rom stattfinde. Es gab damit zu verstehen, daß die italienische Regierung volle Garantie für die Unabhängigkeit und Nichtbeeinflussung der Wahl bot, daß also auch die Wiederherstellung der weltlichen Macht des Papstes hiezu nicht nötig ist. Die heutigen Verkehrsverhältnisse hatten es ermöglicht, daß fast alle Kardinäle zum Konklave eintrafen, das am 31. Juli zusammentrat. Mit Spannung harrete die ganze Welt auf die Entscheidung, sechsmal sahen sich Neugierige und ernsthafte Beobachter enttäuscht, bis endlich am Vormittag des 4. August dem Kamin des Vatikans in Gestalt einer hellen Rauchwolke die vielsagende Kunde entstieg, daß der katholischen Christenheit ein neues Oberhaupt gegeben worden sei. Bald danach erschien auch der bisherige Patriarch von Venedig, der Kardinal Sarto, auf dem inneren Balkon der Peterskirche und segnete zum erstenmal als Pius X. das Volk. Er ist 1835 in Riese bei Treviso als Sohn eines Landmannes geboren und war schon fast 50 Jahre alt, bevor er Bischof von Mantua wurde; 1893 wurde er zum Patriarchen von Venedig berufen und zum Kardinal ernannt. In seinem Wesen kommt die Schlichtheit seiner Abstammung zum Ausdruck, doch wird eine erstaunliche Gewandtheit des Geistes und die Fähigkeit an ihm gerühmt, sich die vollste Freiheit seiner Einschließungen in kraftvoller Weise zu wahren. In den zahllosen Erörterungen der Presse über den möglichen Ausgang des Konklave war sein Name kaum genannt worden. Nach zuverlässigen Nachrichten über die Wahlvorgänge hatte er in der ersten Wahl am 1. August nur 5 Stimmen auf sich vereinigt, während Kardinal Rampolla die höchste Zahl mit 24 Stimmen erreichte. In den folgenden Wahlgängen hatte schließlich Rampolla 30, Sarto 24 Stimmen erlangt. Inzwischen hatte Österreich-Ungarn durch den Kardinal Puzyna von Krakau sein Veto gegen die Wahl Rampollas einlegen lassen, worauf die Stimmen für ihn rasch sanken und im letzten Wahlgang Sarto 50, Rampolla 10 und Gotti 2 Stimmen erhielten. Schon am 9. August fand mit dem üblichen Gepränge in der Peterskirche die Krönung des neuen Papstes statt, dem dabei lebhafteste Ovationen gebracht wurden. Abends war die Stadt illuminiert, doch überstieg die Beleuchtung nicht das gewöhnliche Maß und selbst die Peterskirche machte keinen überwältigenden Eindruck. Rampolla bezog ohne ein Wort den kleinen Palast hinter St. Peter auf der Piazza di Santa Marta, dessen Benützung ihm als Erzpriester dieser Basilika zusteht.

Seit ungefähr vier Jahrhunderten sind nur Italiener zu Päpsten gewählt worden, und infolgedessen ist das Papsttum in den Augen des italienischen Volkes sozusagen eine nationale Einrichtung. Unter diesen Umständen machte ein Erlaß Janardellis an die Präfecten, daß die Staatsbeamten an den kirchlichen Feiern aus Anlaß der Papstwahl nicht teilnehmen könnten, weil diese der Regierung nicht angezeigt worden sei, keineswegs einen befriedigenden Eindruck. Man empfand allgemein, daß eine solche Anzeige die offene Anerkennung der italienischen Regierung bedeutete hätte, und daß die Ver-



Papst Pius X.

hältnisse doch noch nicht so weit gediehen seien, wenn auch Anzeichen genug aus dem Vorleben des neuen Papstes vorlagen, daß er einem friedlichen Nebeneinanderleben von Königtum und Papsttum geneigt sei. Daß der Nachfolger Leo's XIII., der eine bestimmte Tradition geschaffen hatte, nicht unvermittelt die entgegengesetzten Wege wandeln werde, war vorauszusehen. Das bewies auch bald die Ernennung des jungen, aber sprachgewandten und in den Geschäften erfahrenen Merry de Val, eines Schülers Rampollas, zum Staatssekretär. Zugleich ließ diese Wahl die Klugheit Pius X. erkennen, der sich nicht einen überlegenen Routinier, sondern einen begabten Anfänger an die Seite setzte, der sich mit ihm in die neuen Aufgaben hineinarbeiten mußte. Die allgemeine Devise, die dem noch ziemlich unbekannten Träger der Tiara vorausgeschickt wurde, lautete, daß er ein versöhnlicher, religiöser und speziell mitteilvoller Charakter sei, daß er kein „politischer, sondern ein rein kirchlicher Papst“ sein werde. Wenn man zu dem letzteren

das Wort „vorwiegend“ setzen will, dürfte man ungefähr das richtige treffen, aber niemand wird behaupten wollen, daß Leo XIII. ein ausschließlich politischer und nicht auch ein kirchlicher Papst gewesen sei. Daß ihm vorwiegend politische Schwierigkeiten zu lösen beschieden waren, ändert daran nichts. Die Aufnahme, welche die Wahl Pius X. in der öffentlichen Meinung gefunden hat, zeigt, daß man von ihm eine den Bedürfnissen der katholischen Kirche entsprechende, versöhnliche Amtsführung erwartet. Jedenfalls stellt er sich als eine seine Unabhängigkeit wahrer, gelehrter und in der Praxis des täglichen Lebens erfahrener Mann dar, der den Bedürfnissen der Gegenwart mit Verständnis gegenübersteht. Seine persönliche Makellosigkeit und Menschenliebe sind unzweifelhaft, und seine milde Art dürfte in allen politischen Fragen jene verbindliche Form finden lassen, die eine Verständigung ermöglicht. Eine solche kann sich auch in der römischen Frage anbahnen, womit allen vernünftigen Italienern ein Herzenswunsch erfüllt würde.

Frankreich.

Die innere und die äußere Lage. * Kulturkampf des Ministeriums Combes. * Präsident Loubet. * Von Heer, Marine und Kolonien. * Verschiedenes.

Die innere und die äußere Lage.

Beim letzten Neujahrsempfang im Elysee stand noch Ministerpräsident Combes an der Seite des Präsidenten Loubet, es hatte sich demnach äußerlich während des Jahres 1903 in der französischen Republik nichts geändert und der Stimmen waren nicht wenige, die behaupteten, seine Stellung sei noch fester als ein Jahr vorher. Noch hält das Interesse gegen Kirchen und Klöster die parlamentarische Mehrheit zusammen, die Herrn Combes und sein Ministerium stützt, aber es gibt doch schon viele Leute, die die Füße derer vor der Tür stehen sehen, die es hinaustragen werden. Frankreich trägt nicht mit Unrecht den Titel der ältesten Tochter der Kirche, und doch hat es zahlreiche kirchenfeindliche Strömungen über sich ergehen lassen, es ist das Land der Revolution und Republik und hat sich zeitweise nach drei Restaurationen wieder unter Königen und Kaisern glücklich gefühlt. Die Franzosen sind ein leicht bewegliches Volk und die Wogen der Zeit gestalten sich bei ihnen höher als bei anderen Völkern, aber die folgende Ebbe ist auch in der Regel tiefer. Es fragt sich sehr, ob Voltaire und seine Zeit, ob die erste Revolution mit dem Kultus der Göttin der Vernunft, die sich in unseren Tagen als neue Woge über das Land erneuert, wirklich im stande ist, die alte Geschichte des Landes zu verwischen, auf der jede Seite mit einer Tat des Katholizismus beschrieben ist. Sollte die heutige Richtung sich in Frankreich dauernd behaupten, so würde damit der katholischen Kirche ein Schlag zugefügt, den sie schwer verwinden würde, denn sie kann Frankreich nicht entbehren, auch wenn

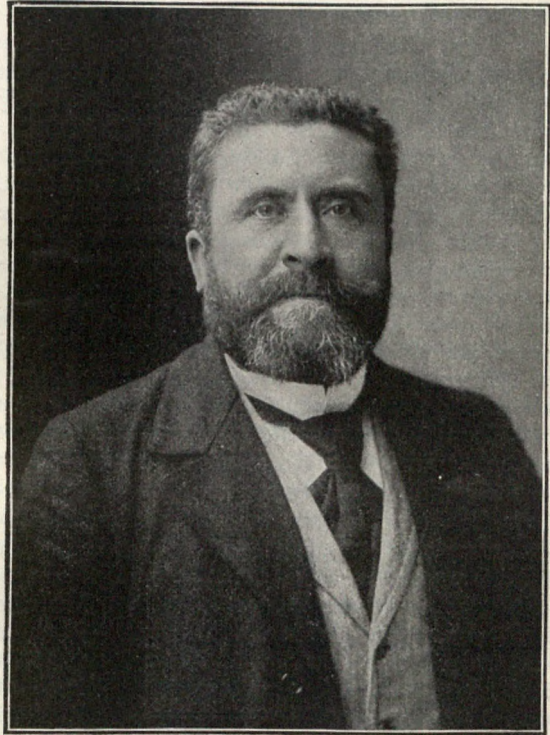
sie schon bestimmt die Hoffnung aufgegeben hätte, daß es ihr das Patrimonium Petri wieder verschaffen werde. Aus diesem Gesichtspunkte allein erklärt sich die erstaunliche Tatsache, daß die Kurie in Frankreich geschehen läßt, was sie sonst nirgends dulden würde. Aber sie rechnet damit, daß die Ministerien in Frankreich keinen dauernden Bestand haben, nicht einmal mehr die Staatsformen. Es wird weit und breit in der Presse behauptet, das Werk, das das Ministerium Combes begonnen hat, sei ein wirklicher Kulturkampf. Die Ehrlichkeit seiner Absichten ist nicht zu bezweifeln, aber von Bismarck's Kampf mit der katholischen Kirche hat man das seinerzeit auch gesagt; er hatte kurze Zeit vorher das Deutsche Reich gegründet und hinter ihm stand eine protestantische Mehrheit. Notwendigkeiten, die mit den kirchlichen Fragen nichts zu tun hatten, zwangen ihn doch, die Waffen des Staates einzuweilen „auf dem Sechsboden niederzulegen“. Der Kampf zwischen der katholischen Kirche und dem Staate wird nirgends und niemals vollkommen zur Ruhe kommen. Analogien ziehen zu wollen zwischen Combes und Bismarck wäre einfach lächerlich, aber es gibt auch in Frankreich Strömungen und Interessen, die gar nicht kirchlicher Natur sind und doch das System Combes zum Fall bringen können. Schon wenn er die Sozialdemokraten nicht mehr an sich zu fesseln vermag, stürzt er und damit sein „Kulturkampf“, aber es gibt auch noch ganz andere Beweggründe.

Seitdem in Frankreich die Radikalen am Ruder sind, machen sich die England freundlichen Unterströmungen gegenüber dem offiziellen Bündnis mit Rußland immer anspruchsvoller geltend. Auf die gegenseitigen Besuche der beiden Staatsoberhäup-

ter folgten im letzten Sommer Reisen englischer Vertreter der Handelswelt nach Frankreich und französischer nach England; diesen schlossen sich bald radikale französische Parlamentarier an, die in London als Vertreter Frankreichs gefeiert wurden, und Ende November weilten wieder englische Parlamentsmitglieder in Paris, wo sie vom Präsidenten Loubet offiziell aufs wärmste begrüßt wurden und wo ihnen Ministerpräsident Combes eine phrasenreiche Rede über Völkerverbrüderung hielt. Der gleichen Bewegungen braucht man an und für sich nicht gerade hoch zu veranschlagen, aber sie standen doch zu deutlich in Verbindung mit Phantasien der Presse über ein englisch-französisch-italienisches Bündnis, in das ja auch gütigst Rußland mit eingeschlossen werden sollte, als daß man nicht hätte darauf aufmerksam werden müssen. Die Interessen Frankreichs und Englands stehen sich nun zu vielfach gegenüber, als daß man diesen Gegensatz durch schöne Reden ausgleichen könnte. Dagegen ist das Bestreben der englischen Diplomatie, sich Frankreich immer mehr zu nähern und es von Rußland abzu ziehen, sehr erklärlich, sie möchte wenigstens wünschen, für gewisse Verwicklungen Frankreichs Neutralität erlangt zu haben. Rußland versteht aber in solchen Dingen keinen Spaß und die abgesagte Reise des Kaisers nach Rom hat den Italienern allen Grund zum Nachdenken gegeben, wohin gewisse Treibereien führen könnten. Auch hat Graf Lamdorff in Paris, wohin er sich im Auftrage des Zaren von Darmstadt aus begab, unstreitig ein deutliches Wort gesprochen. Herr Delcassé, der von seiner radikalen journalistischen Laufbahn her für die Annäherung Frankreichs an England eine große Neigung bewahrt hat, dürfte daraus etwas gelernt und eingesehen haben, daß die radikalen Treibereien zum Erkalten des Verhältnisses mit Rußland führen würden. Wenn er geglaubt hatte, durch sein Kokettieren mit allen anderen Mächten Deutschland zu isolieren, so dürfte er sich sehr getäuscht haben. Das russische Bündnis ist in Frankreich in den weitesten Kreisen noch immer sehr populär, und seine Gefährdung könnte für das radikale Ministerium von sehr nachteiligen Folgen sein. Hier liegt eine Gefahr für das Ministerium, die Combes in seinem Eifer für den Kampf gegen die Orden vollkommen überfieht.

Eine andere Gefahr liegt in der Sozialdemokratie, die sich auf die Dauer nicht mit Pfaffenatreibungen hinhalten lassen wird und endlich einmal Taten sehen möchte. Waldeck-Rousseau hatte schon nichts getan und die Sozialisten damit gefördert, daß er Millerand in sein Kabinett aufnahm. Im Ministerium Combes sieht kein Sozialdemokrat, aber diese Richtung wird sich auf die Dauer kaum damit begnügen, daß in der Kammer die Andeutung des Finanzministers auf eine Altersversicherung von den Republikanern als Chimäre bezeichnet wurde. Die großen Arbeiterausstände konnten die Sympathien für das radikale Ministerium auch nicht gerade stärken. Es kann unter diesen Umständen der Umschwung leicht eintreten und sich ereignen, daß die sozialdemokratischen Richtungen die einseitige radikale Politik des Ministeriums nicht mehr mitmachen. Für Ausnahmegesetze sind

ja die deutschen Sozialdemokraten auch nicht. Faßt man schließlich die innere und äußere Politik zusammen, so darf man schließen, daß Frankreich im Jahre 1903 zwar ohne Nachteile abgeschlossen hat, daß es aber auch nicht vorwärts gekommen ist. Daran kann der fast überlaute Beifall, den die Maßregeln des Ministeriums in der ganzen radikalen inländischen und ausländischen Presse gefunden haben, nichts ändern. Es kann ja nichts schaden, daß man auch einmal in Frankreich gewissen Übergriffen der Geistlichkeit die Macht des Staates hat fühlen lassen.



Jean Jaurès, Vizepräsident der französischen Deputierten-Kammer.

sen, aber das Übermaß wird sicher einen Rückschlag hervorrufen, denn das Land der Revolution bleibt trotz alledem ein katholisches Land. Nach allem dürfen die heutigen Verhältnisse in Frankreich nicht als Normalzustand, sondern als ein starker Pendelschlag nach der radikalen Richtung angesehen werden, dem früher oder später ein vielleicht ebenso starker Rückschlag nach der Gegenseite folgen dürfte.

Kulturkampf des Ministeriums Combes.

Das neue Jahr hatte unter sehr günstigen Umständen begonnen. Das Interesse der Bevölkerung wurde durchaus von der Verhaftung der Frau Humbert in Anspruch genommen, und so konnte der Regierungsapparat ungehindert spielen. Die Senatswahlen, die in einem Drittel des Landes stattfanden, lieferten für die Regierung 12 neue Männer, in der Kammer wurde der Sozialdemokrat Jaurès mit knapper Mehrheit zu einem der Vizepräsidenten gewählt. Bei der Generaldebatte über das Budget betonte Ribot allerdings, daß sich die Staatsschuld in den letzten zwei Jahren schon wieder um 630 Millionen vermehrt habe, aber das

ist in Frankreich nichts Außerordentliches, und es war alle Aussicht vorhanden, daß bei dem Eifer der Kammer der Staatshaushalt bis zum 1. März erledigt werde. Alljährlich gestatten sich die Radikalen den Scherz, den Antrag auf Streichung des Kultusbudgets zu stellen. In diesem Jahre hatte die radikale Mehrheit der Budgetkommission den Antrag wiederholt, und da ereignete sich das Unerwartete, daß Ministerpräsident Combes am 26. Jänner die Notwendigkeit der Bewilligung nicht etwa mit Gründen der Zweckmäßigkeit verteidigte, sondern geradezu die Grundsätze kirchlicher Religiosität für die Politik in ihrem jetzigen Zustande notwendig, den geschichtlichen Überlieferungen des Landes entsprechend und der Volksseele angemessen bezeichnete. So richtig das auch ist, so erregten doch solche Worte aus seinem Munde das größte Erstaunen, die Klerikalen klatschten ihm Beifall, und Sozialdemokraten und Radikale stimmten gegen ihn. Natürlich ging aber das Kultusbudget durch wie alle Jahre. Aber am 4. Februar mußte Herr Combes erklären, er sei mißverstanden worden und habe die Sache anders gemeint, aber die Radikalen grollten ihm noch. Die zum „Bloc“ gehörigen Parteien zankten sich um das Verfahren bei der Erledigung der Ordensgesuche und einigten sich nur schwer; es wurde weder die von Waldeck-Rousseau vorgeschlagene „individuelle“ Behandlung noch die von der Kommission der Kammer vorgeschlagene Behandlung en bloc angenommen, sondern die Einteilung in drei Gruppen: in 28 Lehrorden, 24 Predigerorden und den gewerbetreibenden Orden der Kartäuser, gewählt. Um den Bloc nicht auseinanderfallen zu lassen, hatte der Sozialist Jaurès auch die Wiederbelebung des Dreyfus-Prozesses angekündigt. Das war aber diesmal noch nicht nötig, und die Angelegenheit kam erst später wieder zum Vorschein. Das Budget war in der Kammer am 5. März mit Ach und Krach fertig beraten und ging an den Senat, dessen Finanzkommission am 17. mit der Beratung fertig war. Am 31. März wurde das Budget in beiden Häusern genehmigt.

Man hatte Eile angewendet, denn die Mehrheit wollte den Kulturkampf fortsetzen. Nachdem die Erekution der 54 Männerorden einmal beschlossene Sache war, konnte die Debatte darüber nur noch als Zeitverschwendung gelten. Die Lehrorden wurden denn auch in fünf Sitzungen abgetan, für die Predigerorden genügte eine einzige. Es handelt sich dabei um 2214 Ordensniederlassungen mit 20.000 Ordensbrüdern, von denen nur 260 Ausländer sind. Die Abstimmung ergab, daß trotz der vom Ministerium gestellten Vertrauensfrage etwa 25 Mitglieder des „republikanischen Blocs“ gegen das Ministerium gestimmt hatten. Nicht mit Unrecht betonte Ribot, daß eigentlich nicht das Ministerium die Vertrauensfrage gestellt, sondern die Sozialdemokratie eine Machtprobe unternommen habe, bei der das Kabinett Heeresfolge habe leisten müssen. Die Kartäuser waren zuletzt abgeurteilt worden, aber sie mußten zuerst büßen; ihnen wurde noch im März mitgeteilt, daß ihr Genehmigungsgeßuch abgelehnt worden sei, den anderen Kongregationen am 1. April. Die Frist für die Predigerorden war auf 14 Tage bemessen, für die Lehrorden wurden

Unterschiede nach Elementar- und Mittelschulen gemacht, aber am 31. Juli mußten alle Schulen der Kongregationen geschlossen sein. Die Orden, welche Blinden- und Taubstummeninstitute unterhielten, wurden einstweilen noch nicht von dem Auflösungsgebote betroffen. Eine merkwürdige Rolle spielte in der Kammer eine aufkehende Broschüre, die vom Kartäuserprior unterzeichnet war, die der Ministerpräsident für echt erklärte, während der angebliche Verfasser aus sagte, er wisse nichts davon. Combes erließ zwei Rundschreiben an die Bischöfe über die Durchführung des Kongregationsgesetzes, worauf natürlich alle ihre Mitwirkung verweigerten. Ende April ging die Regierung mit der Austreibung der Orden scharf vor, Kartäuser, Kapuziner, Redemptoristen, Barnabiten zc. mußten die Klöster räumen. Das Landvolk strömte zusammen und nahm vielfach eine drohende Haltung gegen die von Truppen unterstützte Polizei und Gendarmerie an, doch kam es nirgends zu Widerständen, wenn auch die Türen der Klöster eingeschlagen werden mußten und die Ordensleute herausgeschleppt wurden. Dem Militär war dieses Vorgehen gegen Geistliche und Frauen peinlich, verschiedene Offiziere nahmen ihren Abschied. Die französische Rente fiel um einige Prozente, da einzelne Orden sehr viel Rente besaßen und sie nun zum Teil auf den Markt warfen oder auch werfen mußten, um für die Umwandlung verfügbare Mittel zu bekommen.

Die äußersten Radikalen und Sozialdemokraten waren noch nicht zufrieden. In Aubervilliers bei Paris zwangen sie einen ehemaligen Jesuitenpater, von der Kanzel herabzasteigen; bestraft wurden sie nicht, dagegen dem Geistlichen das Gehalt gesperrt. Präsident Loubet wurde in der schmähslichsten Weise verhöhnt und beschimpft, weil er seinen vierzehnjährigen Sohn zur Konfirmation geschickt hatte, obgleich er selbst von der Feier ferngeblieben war. Die Kirchenstürme wiederholten sich, die radikalen und sozialdemokratischen Blätter forderten immer stürmischer die Trennung der Kirche vom Staat, als aber die Regierung die öffentlichen Fronleichnamsprozessionen verbot, damit Ruhestörungen vermieden würden, kam es in einzelnen Orten, da man von dem althergebrachten Brauche nicht ließ, zu Straßentämpfen, und in Nantes gab es Tote und Verwundete. Auch in der Kammer kam es bei der Beratung des Gesetzentwurfes über die Säkularisierung der Orden zu neuen Skandalen, schließlich wurde am 23. Juni der Gesetzentwurf mit 306 gegen 107 Stimmen angenommen, der den Kongregationisten den Unterricht verbietet, falls sie nicht den Nachweis erbringen, daß sie tatsächlich säkularisiert sind. Im übrigen war das Ministerium froh, daß die Kammer damit in die Ferien ging, denn seine Stellung war gerade nicht günstiger geworden. Im Senat hatte Waldeck-Rousseau gegen Combes den Vorwurf erhoben, er habe den gesetzlichen Boden verlassen. Das Vereinsgesetz sei das Ergebnis dreißigjähriger Anstrengungen und Kämpfe und nun wolle man in wenigen Wochen alle Folgerungen daraus ziehen und ein Ausnahmengesetz daraus machen. Man könne nicht ohne weiteres 110 Millionen für Schulbauten und 12 Millionen für Wohltätigkeitsanstalten flüssig machen.

Natürlich griff ihn die radikale und sozialdemokratische Presse dafür heftig an und mahnte, das bedrängte Kabinett Combes ja nicht im Stiche zu lassen. Das hatte aber gerade jetzt kaum etwas zu befürchten, da Präsident Coubet nach London reisen wollte und darauf König Viktor Emanuel in Paris eintreffen sollte. Dazu hätte eine Ministerkrise schlecht gepaßt. Vorher hatte man noch Einsicht in die Budgetvorlage Rouviers für 1904 nehmen müssen, der ein Defizit von 58 Millionen ankündigte.

Noch zu Lebzeiten Leos XIII. hatten die Vorgänge in Frankreich zu Verstimmungen mit der Kurie geführt, die durch die Auslegung der französischen Regierung der Konkordatsbestimmungen über die Ernennung von Bischöfen vermehrt wurden. Die Investiturbullen der Kurie gaben der Regierung nur das Vorschlagsrecht, nicht das Recht der Ernennung, und der dem Ministerium in allen Punkten gefügige Staatsrat weigerte sich, die Investiturbullen zweier Bischöfe anzuerkennen, Combes stimmte dem zu und ernannte ohne weiteres drei neue Bischöfe. Er hatte im Senat schon mit der Kündigung des Konkordats gedroht. Der Streit drehte sich hauptsächlich darum, daß in früheren Zeiten zum Teil die Formel „nobis nominavit“, zum Teil bloß „nominavit“ gebraucht worden war. Combes bestand natürlich auf der letzteren Fassung. Papst Pius X. hatte nach seiner Wahl der französischen Regierung den Wunsch aussprechen lassen, es möge gelingen, die früheren guten Beziehungen wieder herzustellen. Bei der Stellung des Ministeriums schien das freilich kaum anders denkbar zu sein, als daß der Papst allen Forderungen desselben nachgab, soweit sie nicht dem klaren Wortlaut des Konkordats widersprachen. Andererseits mußte aber doch dem Ministerium daran gelegen sein, den Zwiespalt im Volke durch eine Vereinbarung mit der Kurie zu beseitigen, die als ein Erfolg der Regierung gelten konnte, um auf diese Weise die Diktatur der Sozialdemokratie loszuwerden. Darum zog sich die Sache in die Länge und Combes brach nicht mit der Kurie. Als in der parlamentslosen Zeit sich der Zeitungsklatsch wieder zu regen begann und namentlich wegen des Humbertprozesses dem Ministerium gefährlich zu werden drohte, begab sich Combes auf Agitationsreisen, die er in seinem Senatswahlkreise Charente-Inferieure begann und in Marseille und der Bretagne fortsetzte. Er verlangte von der Geistlichkeit drohend, daß sie sich jeder politischen Tätigkeit enthalten solle, stellte „in einer vielleicht nahen Zukunft“ eine „durchgreifende Änderung des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat“ in Aussicht und versicherte, er werde den Kampf bis ans Ende führen, bis „der republikanische Geist“ den „klerikalen Geist“ überwunden habe. Die Hauptsache lag in dem Satze seiner Rede zu Marseille: „Aber ich werde die Leitung der Geschäfte sofort niederlegen, sobald eine der großen Gruppen der Linken die Freiheit ihrer Aktion wieder aufnimmt und sich von der Mehrheit trennt, um ihre eigenen Wege zu gehen.“ Es handelte sich eben für ihn um die Aufrechterhaltung des „Blocks“. In Tregair in der Bretagne, wo Combes an der Einweihung des

Renandenkmal teilnahm, kam es zu Demonstrationen gegen ihn und zu Schlägereien.

Am 20. Oktober wurde die außerordentliche Herbstsitzung der Kammer eröffnet. Der „Block“ war fest entschlossen, das Kabinett nicht im Stiche zu lassen, nachdem der Ministerpräsident in seinen Programmreden, namentlich in der zu Clermont-Ferrand, so viel versprochen hatte. Sein Lohn war gleich in der zweiten Sitzung ein Vertrauensvotum mit 99 Stimmen Mehrheit für die allgemeine Politik. Das Arbeitsprogramm der Kammer lautete: Budgetberatung, Vorlage über die zweijährige Dienstzeit, Aufhebung des Gesetzes Falloux und Beseitigung der geistlichen Mittelschulen. Leider ereignete sich ein Zwischenfall, der die Einigkeit des „Blocks“ leicht zerstören konnte. Am 29. Oktober — Graf Lamsdorff war gerade im Auftrage des Zaren anwesend — kam es bei der Arbeitsbörse zu einer kleinen Schlacht zwischen Sozialisten und Polizisten mit 200 Verwundeten. Die Sozialdemokraten sind schon längst erbittert über die Mißbräuche in den Stellenvermittlungsbureaus. Nun wurde ja in der Kammer darüber beraten, aber die Arbeiter erklärten in ihrer Tagesordnung in der Arbeitsbörse, sie hätten weder zu den Behörden noch zur Kammer Vertrauen und zögen die „action directe“ vor. Das wurde nun auch gleich ins Werk gesetzt und mehrere tausend Arbeiter, Revolver, Knifmesser und Steine in der Tasche, setzten sich in Bewegung. Die Polizisten wurden mit Steinen beworfen, sie wehrten sich, es kam Unterstützung und sie griffen die Arbeiter heftig an. Das wiederholte sich mehrfach vormittags und nachmittags, die Polizisten drangen auch in die Arbeitsbörse ein und räumten sie, wie die Straßen, mit blanker Waffe. Die Sozialdemokraten waren wütend und verlangten in der Kammer die Entlassung des Polizeipräsidenten Lépine, aber Combes deckte ihn, und während nur 12 der getreuesten Genossen Millerands für das Ministerium stimmten, dagegen 52 und 14 Radikale abschwankten, wurde Combes durch 96 Republikaner von der Rechten gerettet. Der „Block“ wankte und einige Tage hieß es, Combes gedenke zurückzutreten; die vier ministeriellen Gruppen beschloßen deshalb, ihm bei der Bewilligung der geheimen Fonds ein Vertrauensvotum zu geben, worauf alles wieder gut war.

Eine neue Schwierigkeit bot die Abschaffung des Gesetzes Falloux über die Mittelschulen. Der Unterrichtsminister Chaumié hatte einen Gesetzentwurf vorgelegt, der die Unterrichtsfreiheit beibehält und das Recht des Staates dadurch wahrt, daß er einen staatlichen Befähigungsnachweis und eine weitgehende Aufsicht des Staates festsetzt. Das schien den Radikalen im Senat und in der Kammer nicht weit genug zu gehen und sie hatten sich auf einen Gegenvorschlag Thézard geeinigt, der die Ermächtigung einer freien Schule von der ausdrücklichen Genehmigung des Staates abhängig macht. Die „republikanische Vereinigung“ Waldeck-Rousséus hatte sich aber gegen den Vorschlag Thézard erklärt, was besonders die Sozialdemokraten empörte. Die Gegner der gemäßigten Auffassung steckten sich nun hinter den Ministerpräsidenten Combes, um ihn zu veranlassen, den Entwurf seines

Unterrichtsministers fallen zu lassen. Er sprach sich auch am 12. November im Senat zu Gunsten des Antrages Girard, eines Radikalen, aus, der die Aufhebung des Rechtes zum Unterrichten allen Welt- und Ordensgeistlichen nimmt. Dabei kündigte er wieder ziemlich deutlich die Trennung des Staates von der Kirche an. Im Senat paßte sich ein Antrag Delpach dem Antrag Girard an und wurde auf Empfehlung des Ministerpräsidenten angenommen, womit zur großen Freude der Radikalen die Richtung Waldeck-Rousseau geschlagen wurde. Die Kammer folgte natürlich dem Beschlusse. Im Ministerrat teilte Combes im Dezember das Ergebnis der Erhebungen der Präfekten mit in bezug auf die nach den neuen Gesetzen nicht mehr erlaubten Schulen. Es handelt sich um 3494 Elementarschulen (1299 Knaben- und 2195 Mädchenschulen). Von den Knabenschulen konnten 712, von den Mädchenschulen 1233 sofort geschlossen werden, da die öffentlichen Schulen genügenden Raum bieten, für 587 Knaben- und 962 Mädchenschulen muß durch Neubau oder Miete erst Platz geschaffen werden. Selbstverständlich besteht die große Mehrzahl der Lehrkräfte an den wiedereröffneten Schulen aus ehemaligen Ordensmitgliedern, die sich selbst als säkularisiert bezeichnen, denn woher sollte man andere Lehrkräfte nehmen? Sobald ein Umschwung in Frankreich eintreten sollte, wird also in der Hauptsache bald wieder alles beim alten sein. Da nach dem in Frankreich geltenden System die direkte Steuer von der Kammer beschlossen, danach auf die Départements, die Gemeinden und schließlich auf die einzelnen Köpfe verteilt wird, müssen nun die einzelnen Steuerträger für die bisher von den Kongregationen bezahlten Steuern aufkommen, was in einzelnen Gemeinden sehr drückend wirkt, da sich sehr bald die Ausgabe für die Schulkhäuser hinzugesellen wird. Die Anhänger des Verfassungsgesetzes hatten an die Milliarde geglaubt, die sich angeblich in den Händen der Kongregationen befinden sollte, und die verteilt werden würde; Schullasten wie in Deutschland haben die meisten französischen Gemeinden bisher nicht gekannt.

Um die etwas zweifelhafte Stimmung im Palais Bourbon zu heben, hatte man Ende November auch für nötig erachtet, eine Debatte über die auswärtige Politik zu veranstalten, in der ein ziemlich chauvinistischer Ton eingehalten wurde. Daß dergleichen in Deutschland keinen Eindruck macht, weiß man längst; die Wirkung war auch auf Frankreich oder, noch deutlicher, auf die Kammermehrheit berechnet, die nicht mehr recht zuverlässig erschien. Das Volk will ja längst von der Revanche nichts mehr wissen, für die es schwere Opfer bringen müßte unter der Leitung von Leuten, denen es nicht recht traut; bei den Wortführern in Paris spielt dagegen der Chauvinismus immer noch eine Rolle und einer sucht dem andern damit ein Bein zu stellen. Außerdem kamen auch noch das Bündnis mit Rußland, die im Sommer betriebenen Allianzgespräche mit Italien und England, natürlich auch ein Abrüstungsantrag zum Vorschein, der abgelehnt wurde. Allerlei Unklarheiten mit patriotischen Posen! Das kennt man ja. Auffällig war das ungemein matte Auftreten des Ministers des Äußern Delcassé, dem doch eigentlich die Königs-

besuche im Sommer das Herz hätten schwellen sollen. Aber ihm lag noch die Botschaft des Grafen Camdorff in den Ohren, und er begnügte sich, mit dem Hinweis auf das für alle Welt vorbildliche Schiedsgerichtsabkommen zwischen Frankreich und England die politischen Erfolge Frankreichs anzudeuten. Dasselbe bezieht sich aber nur auf juristische Fragen und wird von aller Welt sehr gering bewertet, außer eben von Herrn Delcassé, der nichts Besseres zu bieten hatte, und von den doctrinären Schiedsgerichtsschwärmern, die von den politischen Ereignissen unausgesetzt dementiert werden. Die Kammer erledigte noch in den letzten Dezembertagen das vom Senat in manchen Stücken geänderte Budget, das mehrfach wieder zwischen beiden Vertretungskörpern bis spät in der Nacht des 31. Dezember hin und her gewandert war.

Präsident Loubet.

England und Frankreich haben im vergangenen Jahre eine Reihe von Liebenswürdigkeiten ausgetauscht, daß man fast meinen könnte, die Zeit vor einem halben Jahrhundert sei wiedergekehrt, allerdings nur äußerlich genommen. Zuerst besuchte der König von England den Präsidenten Loubet, dann erwiderte dieser den Besuch und das ganze Resultat war der englisch-französische Schiedsgerichtsvertrag. Seinerzeit wurde der Krimkrieg daraus. Die Zuneigung Englands zu Frankreich ist nun ebenso problematisch, wie der Gegensatz zu Rußland reell. Die Versuche der französischen Politik, England Rußland freundlicher zu stimmen, wurde von den englischen Bestrebungen, Frankreich von Rußland abzu ziehen, vollkommen durchkreuzt und zu nichts gemacht, das Resultat war eben null oder der englisch-französische Schiedsgerichtsvertrag. In Frankreich schien man freilich bei der in England herrschenden Unfreundlichkeit gegen Deutschland auf mehr gerechnet zu haben. Für die radikalen Franzosen galt die Trennung von Rußland als notwendig; der Verbündete hatte ihre Hoffnungen auf Revanche getäuscht, war überdies ein autokratischer Staat, und so gedachte man, dem sich in der Balkanfrage anscheinend abbahnenden Dreikaiserbündnisse den Dreibund Frankreich-Italien-England entgegenzustellen. Ob der Gedanke zuerst von englischer oder französischer Seite ausgegangen ist, kann dabei gleichgültig bleiben. Andere Franzosen wollten dagegen von Rußland nicht lassen, erblickten aber in der Annäherung Österreichs und Rußlands eine Schwächung des Dreibundes, also nach ihrer Auffassung Deutschlands. Unter diesen Umständen gaben die gegenseitigen Besuche der Staatsoberhäupter von Frankreich und England, so wenig beide auch die eigentlichen Leiter der politischen Geschicke ihres Landes sind, mancherlei Anregung zur Weiterentwicklung der von politischen Projektenmachern erfundenen neuen Kombinationen.

Seit der Zeit Felix Faures und der Zarenbesuche in Paris tritt der französische Präsident mehr in die Erscheinung und stellt schon eine Art von monarchischer Repräsentation des Landes dar. Bei Faure fand man das lächerlich, seitdem hat man sich daran gewöhnt und findet es bei dem an sich ganz schlichten Loubet natürlich. Aber der Mensch wächst mit

den Umständen, und Loubet sah darum gar nicht ein, warum er, wenn er für den Besuch in Petersburg geeignet gewesen war, nicht auch sein Land bereisen sollte. Algier und Tunis sollten besucht werden und die algerischen Städte beeiferten sich, pittoreske Veranstaltungen zu treffen. Man fabelte sogar von einer Begegnung mit dem Sultan von Marokko. Ursprünglich sollte Ministerpräsident Combes den Präsidenten der Republik begleiten, aber er hatte in Paris mit seinem Kulturkampfe so viel zu tun, daß er nicht abkommen konnte. So reiste denn Loubet allein ab, schiffte sich am 15. April in Marseille ein und landete am nächsten Nachmittag in Algier. Er war der erste französische Präsident, der das nordafrikanische Kolonialreich betrat, und er konnte es ohne Gefahr tun, denn namentlich unter dem Ministerium Waldeck-Rousseau waren dort geordnete Verhältnisse eingetreten. Nach einer Truppschau bei Mustapha fuhr Loubet am 18. nach Oran, dann nach Philippeville und Constantine, wo er am 24. das neue Stadthaus einweihte, hierauf nach Biserta, wo die Arbeiten am Arsenal von Ferryville und an der Admiralität von Sidi-Abdallah besichtigt wurden, und schließlich nach Tunis, wo ihm zu Ehren glänzende Feste veranstaltet wurden. Nach einem Besuche in Souffe kam er nach Sfax, wo die Domänen des ehemaligen Handelsministers Boucher und die des Ackerbauministers Mougeot besucht wurden, die wegen ihres „sozialistischen Betriebes der Landwirtschaft“ interessant sein sollen, und dann kehrte er nach Paris zurück, wo König Eduard, der ebenfalls die maritimen Bollwerke seiner Macht inspiziert hatte, zum Besuche angemeldet war.

Dieser war als Prinz von Wales in Paris ein häufiger Gast gewesen, hatte aber nach dem Zwischenfall von Faschoda und während des Burenkrieges für gut befunden, fernzubleiben. Einige nationalistische Blätter hatten geraten, man möge ihn feindselig empfangen, fanden aber damit keinen Anklang. König Eduard traf am 1. Mai nachmittags um 3 Uhr ein und wurde von Loubet und sämtlichen Ministern auf dem Bahnhofe empfangen. Er trug englische Admiralsuniform mit dem großen Band der Ehrenlegion und begrüßte den Präsidenten mit herzlichem Händedruck. Bei der Fahrt nach der englischen Botschaft wurden beide mehr respektvoll als begeistert begrüßt, nur einzelne Straßen waren reich geschmückt. Am folgenden Tage fand vormittags bei Vincennes eine Truppschau statt, bei der der König und Präsident Loubet, als sie zusammen ankamen, mit Hochrufen begrüßt wurden, ebenso bei der Abfahrt. Diese erfolgte zum Stadthaus, wo die beiden Staatsoberhäupter vom Vorjüngsten des Stadtrats, dem Präsidenten des Seinedepartements und dem Polizeipräsidenten empfangen wurden. Ersterer begrüßte den König, in dessen Besuch er eine Bürgschaft des Friedens erblickte, worauf der König Eduard in französischer Sprache für den Empfang in Paris dankte und aus einem prächtigen Kristallbecher einen Begrüßungstrunk tat. Nachmittags wohnten der König und Präsident Loubet dem Rennen in Longchamps bei, wo sie sehr freundlich begrüßt wurden. Abends war Festmahl im Elysee, bei welchem Präsident Loubet

in seinem Trinkspruch der herzlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern gedachte, „die sich noch enger knüpfen sollen für die Entwicklung so vieler gemeinsamer Interessen und für den Weltfrieden“. König Eduard dankte in seiner Erwiderung für den schönen Empfang in Paris, das er seit seiner Kindheit kenne, und sprach seine Freude aus über diese Gelegenheit, „welche die Freundschaftsbande noch enger knüpfen und beitragen wird zur Annäherung der beiden Länder in ihren gemeinsamen Interessen. Unser großer Wunsch ist, gemeinsam fortzuschreiten auf dem Wege der Zivilisation und des Friedens.“ Nach dem Diner fand eine Besprechung zwischen dem König, dem Präsidenten Loubet und dem Minister des Äußern Delcassé statt, worauf der König mit dem Präsidenten zur Oper fuhr, wo das Programm der Vorstellung aus ausgewählten Gesängen und Tänzen bestand. Auf der Hin- und Rückfahrt wurden beide Staatsoberhäupter vom Publikum lebhaft begrüßt. Am folgenden Tage, Sonntag, wohnte der König dem Gottesdienste in der englischen Kirche bei und begab sich um 1 Uhr zum Frühstück in das Ministerium des Äußern. Am Montag um 11 Uhr holte Präsident Loubet den König in der englischen Botschaft ab, um ihn durch ein Truppspalier, hinter dem eine zu lebhaften Gunstbezeugungen bereitete Menschenmenge stand, zum Bahnhofe zu geleiten, wo sämtliche Minister und die Präsidenten der Kammer und des Senats anwesend waren. Nach herzlichem Händedruck verabschiedete sich der König vom Präsidenten Loubet und den übrigen Spitzen der Republik und fuhr um 11 Uhr 30 Minuten unter den Klängen der englischen Volkshymne ab. Die Blätter widmeten ihm sehr freundliche Abschiedsartikel.

Man beschäftigte sich in der Presse vielfach mit dem bald bevorstehenden Gegenbesuch Loubets in London, und je näher der Zeitpunkt herankam, desto größer wurden die Erwartungen, die die Offizien daran knüpften, wenn es auch hieß, es handle sich nur um einen Höflichkeitsbesuch. Dieser erfolgte am 6. Juli. Präsident Loubet traf kurz nach 4 Uhr nachmittags in London ein und wurde auf der Victoria Station vom König Eduard und den Mitgliedern des königlichen Hauses empfangen. Auf der Fahrt durch die reichgeschmückten Straßen nach dem Norfolk House wurden der König und der Präsident herzlich begrüßt. Kurz nach seiner Ankunft begab sich Präsident Loubet mit dem Minister Delcassé nach dem Buckinghampalast, um die königliche Familie zu begrüßen, und machte auch dem Prinzen von Wales und dem Herzog von Connaught einen Besuch. Abends fand im Buckinghampalast ein Festmahl statt. Der König gedachte in seinem Trinkspruche seiner letzten Anwesenheit in Paris und hoffte, der Präsident werde von dem freundschaftlichen Empfange der englischen Bevölkerung einen angenehmen Eindruck behalten. Der Empfang bewiese die freundschaftliche Gesinnung gegen Frankreich, das England am nächsten liege und auch sein bester Nachbar sein sollte. Am anderen Vormittag besuchte Präsident Loubet einige französische Anstalten, empfing gegen Mittag das diplomatische Korps und fuhr um 1 Uhr zur Guildhall, wo er vom Lord-Mayor und den städtischen Behörden

mit großer Feierlichkeit empfangen wurde. Beim Frühstück wurden Trinksprüche gewechselt, die das Einvernehmen zwischen Frankreich und England betonten. Minister Delcassé hatte vormittags längere Besprechungen mit dem englischen Minister des Äußern Lord Lansdowne und dem russischen Botschafter Grafen Benckendorff. Nachmittags machte Präsident Loubet Besuche und begab sich abends zum Festmahl in der französischen Botschaft, wo König Eduard um halb 8 Uhr eintraf. Es wurden keine Reden gehalten. Abends war Festvorstellung im Covent-Garden-Theater, dessen Zuschauerraum reichlich mit La France-Rosen geschmückt war. Als die königliche Familie mit dem Präsidenten erschien, spielte das Orchester die Marseillaise und die englische Volkshymne.

Am 8. Juli war Frühstück in Windsor Castle, worauf sich Präsident Loubet nach Frogmore begab, um am Grabe der Königin Viktoria einen Kranz niederzulegen. Vorher hatte bei Aldershot eine Truppenbesichtigung stattgefunden. Abends gab der Minister des Äußern, Lord Lansdowne, ein Festmahl zu Ehren des französischen Präsidenten, der sich danach nach dem Buckinghampalast begab, wo ein Ball stattfand. Präsident Loubet reichte der Königin den Arm und schritt mit ihr an der Spitze des feierlichen Zuges. Im übrigen beteiligten sich die Staatsoberhäupter nicht am Tanze. Am 9. Juli früh gegen 9 Uhr reiste Loubet wieder von London ab. Der König, die Prinzen des englischen Königshauses, Lord Roberts, die Minister und der Lord-Mayor hatten sich auf dem Bahnhof eingefunden. Mit herzlichem Händedruck nahm der König Abschied, worauf Präsident Loubet unter den Rufen der Menge mit dem Zuge davonfuhr. Von Dover aus dankte er noch telegraphisch für den warmen Empfang. Die gegenseitigen Besuche beider Staatsoberhäupter zeugten unzweifelhaft von den guten Beziehungen, die zwischen Frankreich und England gegenwärtig bestehen, englische Blätter schossen aber weit über das Ziel hinaus, wenn sie beweisen wollten, das Bündnis zwischen Frankreich und Rußland sei nur eine diplomatische Vereinigung der beiden Mächte, Loubets Empfang in London stelle dagegen die Verbrüderung der Völker Englands und Frankreichs dar. Damit fanden sie in Frankreich wenig Zustimmung. Ja, mit Rußland hätte man wohl das englische Bündnis gern hingenommen, aber ohne Rußland — lieber nicht. Die französischen Zeitungen erwärmten sich nur langsam unter den begeisterten Schilderungen aus London, die englische Presse freute sich aber zweifach; einmal offenbar darum, weil England aus seiner splendid isolation in Europa herausgekommen zu sein schien, und zum zweiten aus Haß gegen Deutschland, das den Briten nun einmal als der gefährlichste Konkurrent erscheint.

So geteilt die Meinungen in Frankreich auch über die Annäherung an den „Sieger von Jassoda“ waren, so einig war man in der Zufriedenheit über die ernste Schlichtheit und die ruhige Würde, mit der Präsident Loubet dabei sein Land zu vertreten verstanden hatte. Er wurde darum auch beim Nationalfest am 14. Juli während der Truppenchau mit lebhaften Zurufen begrüßt, obgleich der Brasi-

lianer Santos Dumont während der Zeit reifenhaft mit seinem lenkbaren Luftschiff aufstieg und die Aufmerksamkeit auf sich und seine Erfindung zu lenken versuchte. Am 4. September machte König Leopold der Belgier als Souverän des Kongostaates dem Präsidenten Loubet einen Besuch. Auch in der Kongofrage widerstreiten die Interessen Englands und Frankreichs einander sehr. Mitte Oktober stattete dann das italienische Königspaar in Paris den bereits geschilderten Besuch ab, dagegen hatte sich die spanische Regierung einige Wochen vorher den Besuch des Ministerpräsidenten Combes verboten, da dieser zu Kundgebungen der Freidenker und der kirchlich Gesinnten führen könnte. Am 28. Oktober traf dann der russische Minister des Äußern, Graf Lamsdorff, zum Besuche des Ministers des Äußern Delcassé aus Darmstadt in Paris ein. Er überbrachte ein Handschreiben des Kaisers von Rußland an Loubet, in welchem die Zufriedenheit mit Frankreichs Annäherung an England und Italien ausgesprochen wird. Wenigstens lautete die offizielle Note darüber, daß der Zar darin „ein neues Pfand des allgemeinen Friedens sieht“. Letzteres schließt aber doch wohl jede Revanche für Sedan aus, auch wenn England seine Flotte dazu herzuliehen entschlossen wäre. Der Wortlaut des Briefes ist aus dem Ministerrat, den Präsident Loubet am 30. abhielt, nicht bekannt geworden, aber aus den Äußerungen französischer Blätter ergab sich doch der Eindruck, daß man nicht gerade ohne Sorgen war über die Botschaft des Zaren, obgleich sie anscheinend nur in der Abwehr deutscher Zeitungen schrieben, die aber auch nur gesagt hatten, was in russischen Blättern deutlich zu lesen gewesen war. Jedenfalls darf als richtig angenommen werden, daß nach der Besprechung der beiden Minister des Äußern wieder alles gut war und daß tatsächlich „in allen Fragen, welche in Betracht kamen, die vollständige Übereinstimmung der Anschauungen hergestellt wurde“. Daß dabei der Balkan, Japan und Marokko die eigentlichen Objekte der Verständigung gebildet haben, ist richtig, nicht aber, ob sie das Wesentliche der Konferenz ausmachten. Wenn Rußland natürlich auch keinen direkten Einspruch gegen die Annäherung an Italien und England erhoben hat, die ihm ja nach gewisser Richtung hin sehr lieb ist, so ist es doch mißtrauisch wegen der Persönlichkeiten, die das Werk betreiben und schließlich ganz wo anders landen werden. Denn gerade die wichtigsten Stützen des Ministeriums Combes, Männer wie Jaurès und Pressensé, predigen jeden Tag gegen den Zarismus. Mit einer französischen Republik aber, deren maßgebenden Männer in dem Moment Rußland verlassen würden, wenn es seinen langjährigen Verbündeten braucht, ist dem Zarenreiche nicht gedient, dem andere Bündnisse zu Gebote stehen. Darüber ist in Paris „die vollständige Übereinstimmung der Anschauungen“ hergestellt worden, dort machte auch die intime Zusammenkunft der beiden Kaiser in Wiesbaden einen bedeutenden Eindruck.

Aus der Reise des Präsidenten Loubet nach Rom wurde nichts, denn der greuliche Combes mit seinem Kulturkampf machte ihn unmöglich. Lou-

b et empfindet diesen Konflikt persönlich sehr tief, denn er, wie fast alle Franzosen, ist ein guter Katholik, er kann aber nicht gegen den Strom schwimmen, der nicht einmal die öffentliche Meinung ist, aber einstweilen dafür gilt. Ging Coubet nach Rom, so müßte er als Oberhaupt der „getreuesten Tochter der katholischen Kirche“ dem Papst einen Besuch machen, was doch nicht gut angeht, wenn der eigentliche Machthaber, der Beherrscher der parlamentarischen Mehrheit, mit der Kündigung des Konkordats droht. Auf den Besuch im Vatikan kann und will Coubet auch persönlich nicht verzichten, weil er dann das ganze katholische Frankreich gegen sich aufbringen würde. Darum konnten Herr und Frau Coubet nicht nach Rom reisen.

Von Heer, Marine und Kolonien.

So tüchtig die französische Armee ist, so bleibt ihr auf dem organisatorischen Gebiete doch noch mancherlei zu tun übrig. Die Zusammensetzung der Kavallerie zu selbständigen Divisionen, wie dies in Deutschland beabsichtigt ist, hat sich noch nicht völlig durchführen lassen. Man strebt danach, die Kavalleriedivisionen möglichst aus gleichen Reitergattungen zusammenzusetzen. Bevor noch die Aufstellung der vierten Bataillone für alle Infanterieregimenter durchgeführt werden konnte, macht sich schon eine starke Strömung dahin geltend, sie zum Vorteil des Dienstbetriebes überhaupt wieder aufzuheben. Die Ursache dürfte in der zu geringen Rekrutenziffer zu suchen sein, die auch der Durchführung der zweijährigen Dienstzeit noch erhebliche Schwierigkeiten bereiten wird, wenn man nicht einfach den Rahmen der Armee verkleinern will. Nur mit Mühe hat man das Aushebungsgeschäft in dem bisherigen Umfang aufrecht erhalten können. Die Anzahl der männlichen Geburten, die 1879/80 noch 480.000 betrug, ist 1900/01 auf 430.000 zurückgegangen. Frankreich ist also in bezug auf den Effektivebestand des Heeres und der Flotte an der Grenze der Leistungsfähigkeit angelangt. Für die bereits — und zwar für alle Truppengattungen — im Juni angenommene zweijährige Dienstzeit wird eine Vermehrung der Kapitulanten um 23.000 für notwendig erachtet, doch ist es fraglich, ob sie trotz aller Vergünstigungen zu erreichen sein wird. Der Übergang in die neuen Verhältnisse soll am 1. Jänner 1906 in Kraft treten, nur die Bestimmungen für Freiwillige und Kapitulanten gelten sofort, damit bis zum Eintritt des neuen Zustandes die Zugmittel für die Vermehrung der letzteren schon gewirkt haben können. Sonst würde man hinter der vom Kriegsminister verlangten Durchschnittsstärke zurückbleiben, worunter namentlich die im Innern liegenden Truppen stark leiden würden, da man die „troupes de couverture“ unter allen Umständen auf dem hohen Etat zu halten gewillt ist.

Kriegsminister André hat erst noch im Dezember in Tarbes eine Rede gehalten, in der er sagte: „Wir können nicht die Drohungen vergessen, daß hinter dem niedrigsten Gebüsch und dem kleinsten Pfahl an unseren Grenzen Feinde versteckt sind. Wir sind gerüstet und wollen es sein, und wir sind, wenn es nötig wird, zum Krieg entschlossen. Frankreich

wird nicht abrüsten.“ Herr André hat gut tapfer reden, die „Drohungen“ bestehen doch im wesentlichen nur darin, daß im Jahre 1901 in Preußen allein die Zahl der männlichen Geburten 670.000 betrug. Er ist jetzt schon der sechzehnte Kriegsminister der dritten französischen Republik, während Preußen seit 1701 den achtzehnten Chef des Generalstabs hat. Um fortwährenden Änderungen, wie sie mit dem häufigen Wechsel im Kriegsministerium notwendig verbunden sind, vorzubeugen, sind die Aufgaben für den Oberen Kriegsrat im Februar neu festgesetzt worden. Danach hat der Kriegsminister in bestimmten Fragen den Oberen Kriegsrat unbedingt zu hören. Die Republikanisierung des französischen Offizierkorps, das ja auch zu den Zeiten des Kaiserreichs Politik getrieben hat, durch den Kriegsminister macht viel böses Blut. Seine Anhänger halten energische Maßregeln wegen der Vereinheitlichung der Armee und der Wiederherstellung der Disziplin für notwendig, die Gegner klagen über Herabdrückung des Bildungsniveaus der Offiziere und die Zersetzung des militärischen Geistes durch sozialistische Einflüsse. Ein besonderer Übelstand war immer die Beschaffung der notwendigen Anzahl von Reserveoffizieren mit auch nur einigermaßen brauchbaren Eigenschaften. Die Einrichtung der Einjährigfreiwilligen nach deutschem Muster hat sich durchaus nicht in dieser Beziehung bewährt. Die Tendenz der Gleichmacherei wirkt überall störend dagegen und die letzten Kammerbeschlüsse, nach denen die Schüler aller militärisch organisierten Schulen (Forst, Bergbau etc.), die bisher als Reserveoffiziere in die Armee übertraten, von nun an ein Jahr als Gemeine und Korporale, ein zweites als Unteroffiziere dienen sollen, wird eine Quelle sehr brauchbarer Offiziere zum großen Teile verschließen. Die Artillerien aller Staaten sind mit der Einführung neuer Schnellfeuergeschütze beschäftigt, womit die französische Artillerie vorausgegangen ist. Sie hat in neuerer Zeit auch nach deutschem Muster mit Scharfschießübungen im Gelände begonnen, was um so notwendiger ist, als das französische Geschütz allgemein als zu schwer gilt. Seit September ist für die Schnellfeuerbatterien die Granate abgeschafft worden und somit die Einheitlichkeit der Geschösausrüstung allein mit Schrapnells erreicht. Die reitenden Batterien führen die Schnellfeuergeschütze, wahrscheinlich wegen der Schwere derselben, noch nicht.

Das Stiefkind der französischen Republik ist und bleibt die Flotte. Der Marineminister, der frühere Journalist Pelletan, führte im Mai bei einem Bankett des Vereines ehemaliger Seeleute aus, das Fehlen entscheidender Erfahrungen mache die Aufgabe der nationalen Verteidigung noch schwieriger, denn es sei möglich, daß eine Seemacht, welche als die stärkste angesehen werde, sich in einem Zustande der Minderwertigkeit befinde, womit er aber nicht etwa England gemeint haben wolle. Bisher habe noch niemand einen Kampf mit modernen Kriegsmitteln gesehen. Mit solchen Redensarten, die sich ja aus dem Munde eines Schneidermeisters recht respektabel ausnehmen würden, behilft sich ein Mann, dem in Frankreich alles, was Marineuniform trägt, unterstellt ist. Freilich, seine Anhänger

stellen eine starke Schutztruppe im Parlament für das Ministerium, das Offizierkorps der Flotte gilt dagegen als Klerikalaristokratisch, und darum wäre es natürlich ganz ungerecht, wie in der Kammer offiziell ausgesprochen wurde, wenn zu Übungsfahrten der Flotte das Geld der Steuerpflichtigen „in Rauch aufginge“. Dagegen wurde der Admiral *Marchal* mit einiger Umgehung des Präsidenten *Coubert* einfach verabschiedet. Es ist richtig, daß *Pelletan* von allen Gegnern des Ministeriums angefeindet wird, daß die Stahlindustriellen heftig gegen ihn wühlen, weil er ihnen nicht die hohen Preise bezahlen und lieber die Erneuerung der Flotte verzögern will, daß auch sein Vorgänger, der radikale *Lockroy*, kein unbefangener Gegner ist, weil er selbst nach dem *Marineportefeuille* schießt — aber aus dem Bericht über das Flottenbudget, den im Oktober der stark ministerielle Abg. *Messimy* vorlegte, ging doch hervor, daß im Jahre 1907 auch nach vollständiger Durchführung des Ausbauprogramms von 1898 die französische Flotte im Jahre 1907 nur noch halb so stark sein wird wie die englische, während sich bis 1898 das Verhältnis auf drei zu vier stellte. Und dazu trat noch der Abg. *Chaumet*, der im Vorjahre dem Vertrauensvotum für *Pelletan* zugestimmt hatte, mit der Anklage hervor, der Marineminister habe den vom Parlament beschlossenen Flottenbauplan einfach ignoriert. Die Mehrheit für das Budget des Marineministers betrug nur 48 Stimmen. Man muß da doch fragen, ob es für einen Minister genügt, wenn er außer seiner stark ausgeprägten politischen Richtung nur noch persönliche Ehrenhaftigkeit besitzt. *Rouvier* stellte im Vorjahre als Bedingung für seinen Eintritt ins Ministerium die Forderung, daß *Pelletan* nicht Minister der öffentlichen Arbeiten würde, weil er nichts davon verstehe, aber zum Minister für die Flotte war er noch gut genug. Wenn jetzt beim Budget ein Teil der Radikalen schon nicht mehr für *Pelletan* stimmte, weil ihm so viele Irrtümer, Voreiligkeiten und Willkürakte nachgewiesen wurden, so kann man die Zeit schon kommen sehen, wo ihn der „Block“ entweder fallen lassen oder mit ihm fallen muß. Bis dahin kann aber der Flotte noch manches Leid zugefügt werden.

Die Erfolge der französischen Kolonien sind durchaus nicht unbedeutend und namentlich im Plantagenbau in den Tropen wird Ansehnliches geleistet. Während im Kongostaat und in Südamerika noch allgemein Raubbau betrieben wird, legt die französische Kolonialverwaltung Wert auf rationellen Betrieb, hält die Eingeborenen zur Nachpflanzung von Gummibäumen an zc. Daß die Kolonisierung von Algier nicht rascher fortschreitet, liegt an der geringen Bevölkerung Frankreichs, weshalb niemand auswandert. Trotzdem ist aber in Afrika ein neues Frankreich entstanden, indem die dritte Republik die orleanistisch-napoleonische Erbschaft auf kolonialem Gebiete noch erweitert hat. Die allmähliche Untergrabung der Herrschaft des Sultans von Marokko, an der Frankreich mehr durch sein Beispiel wie direkt arbeitet, ist nur noch eine Frage der Zeit, und England kann einer Eroberung von Algier aus nichts entgegensetzen als einen großen Krieg, den es wohl vermeiden dürfte. Tunis nimmt unter der geord-

neten französischen Verwaltung einen großen Aufschwung. Die Kolonien am Senegal und am Niger gedeihen, Eisenbahnen und Telegraphenverbindungen sind vorhanden. Oberst *Marchand* hat eine Expedition in die französischen Niederlassungen am Tschadsee, am Schari, im Sudan und am Kongo unternommen, um die Möglichkeit zu prüfen, ob diese Kolonien unter eine einheitliche Leitung gestellt werden können. — Der Vertrag mit Siam, der im vergangenen Jahre in der Kammer mit so viel Unzufriedenheit aufgenommen worden war, wurde im Februar von der Regierung zurückgezogen, und sie trat in neue Verhandlungen mit Siam ein, die erst am Jahreschluß zur Vereinigung über neue Grundzüge führten. Das Abkommen vom 7. Oktober 1902 wurde bis zum 15. Februar 1904 verlängert.

Verschiedenes.

Die Entvölkerung des Landes ist eine bedenkliche Erscheinung, welche die Franzosen in der Entwicklung ihres Heereswesens, der Kolonien, der Handelsflotte zc. hinter anderen Nationen immer mehr zurückbleiben läßt. Das Jahr 1902 weist nur einen Überschuß von 83.944 Geburten auf, um 11.546 mehr als das Vorjahr, doch ist die Erhöhung nicht einer Zunahme der Geburten, sondern einer Abnahme der Sterblichkeit zuzuschreiben. Die Bevölkerung hat im Verhältnis 22 auf 10.000 zugenommen, die Zahl war doch schon erheblich höher als der Zuwachs für den zehnjährigen Zeitraum von 1891—1900, der nur 6 betrug. In den fünf Jahren von 1896—1900 stellen sich dagegen die Ziffern in Deutschland 147, Österreich-Ungarn und England 116, Italien 110, Belgien 109 für 10.000 Einwohner.

Die wirtschaftliche Lage unterschied sich wenig von der der benachbarten Länder und wurde nur nachträglich beeinflusst durch die geringere Ernte infolge des kalten Frühjahrs. Arbeitseinstellungen kamen in ähnlichem Umfange wie im Vorjahre vor und verlangten, namentlich in Armentières, die Entfaltung beträchtlicher Machtmittel zur Aufrechterhaltung der Ordnung. Gefruchtet hat die Streikbewegung ebensowenig etwas wie in anderen Ländern, obgleich in Frankreich eine Regierung am Staatsruder ist, die den Sozialdemokraten so nahe wie möglich steht. Es muß also doch an anderen Ursachen liegen, wenn sich nicht einmal dort der Zukunftsstaat anbahnen läßt und trotz aller Versprechungen noch nicht einmal die Altersversicherung in Angriff genommen worden ist.

Eine furchtbare Katastrophe auf der Pariser Untergrundbahn am 9. August, bei der ungefähr 100 Menschen nach grausigem Todeskampfe verbrannt oder erstickt sind, brachte wieder einmal eine der großen „Sensationen“ über Paris und gab Anlaß zu den peinlichsten Schilderungen. Dergleichen schwere Unglücksfälle brechen ja hie und da zuweilen und ganz unvermutet herein, der Hergang auf der Untergrundbahn zeigte — ähnlich wie vor Jahren die Katastrophe auf dem Wohltätigkeitsbazar — daß die französische Sicherheitspolizei zwar zu den schärfsten Eingriffen berechtigt

ist, aber in wenig begreiflicher Saumseligkeit keinen Gebrauch davon macht.

Der Millionenprozeß der Familie Humbert, der im August verhandelt wurde, zeigte nach einer anderen Richtung hin die polizeiliche Nachlässigkeit. Die Hauptperson, allerdings die Schwiegertochter eines früheren Justizministers und Großsiegelbewahrsers der Republik, hatte ihre phantasievollen Betrugsmänöver jahrelang ungestört betreiben und im Augenblick der Gefahr noch rechtzeitig verschwinden können. Der Prozeß beleuchtete, ähnlich wie einst der Panamaprozeß, wieder einmal die ganze Fäulnis der durch das internationale Jobbertum zerfressenen Republik. Die Schwindlerin drohte mit großen Enthüllungen und gewisse Kreise hofften schon auf einen neueren politischen Skandal. Aber schließlich war die Maus, die dem freisenden Berge entschlüpfte, gar zu lächerlich. Mit einer sehr geschickten, echt französischen Spekulation auf chauvinistische Leidenschaften und „patriotische“ Erinnerungen wurde von der erfindungsreichen Theresie als der sagenhafte Crawford ein gewisser Regnier bezeichnet, der während der Einschließung von Metz mehrfach den freiwilligen Zwischenträger zwischen Bismarck, der Kaiserin Eugénie, dem Prinzen Friedrich Karl und dem Marschall Bazaine gemacht hatte. Hauptsächlich seinetwegen wurde Bazaine

wegen Verrates verurteilt. Aus diesem „Vertrat“ sollten also die bekanntlich niemals vorhandenen gewesen Millionen der angeblichen Crawfords stammen. Der Schwindel war zu plump, um zu ziehen, und Theresie und Frédéric Humbert wurden darum zu 5 Jahren der eine Daurignac zu acht und der andere zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Die öffentliche Meinung war wieder einmal mit Recht nicht befriedigt. Eine nicht geringe Anzahl der „Politiker“ der Republik hatte von dem Handel gewußt, andere waren ja freilich nur dem vermeintlichen goldenen Kalbe nachgelaufen, aber die öffentliche Anklage hatte im Einverständnis mit dem Verteidiger die betreffenden Aktenstücke in den Prozeß nicht mit einbezogen, was der Klatschsucht neue Nahrung zufügte. Im November wurde darum ein Kammerausschuß eingesetzt, dem vom Oberstaatsanwalt alle Akten des Humbertprozesses zur Verfügung gestellt wurden. Die Untersuchung ergab aber auch nichts als einige Kleinigkeiten für den Zeitungsklatsch. Es ist nicht einmal wahrscheinlich, daß mehr vorhanden gewesen und unterdrückt worden wäre. Die Berufung der Humberts ist vom Appellgericht zurückgewiesen worden und sie sitzen nun ihre Strafe ab.

Großbritannien.

Greater Britain. * Die Parlamentssession. * Chamberlain und die Kolonien. * Irland. * König Eduard. * Heer und Flotte. * Handel und Verkehr. * Der Ministerwechsel. * Verschiedenes.

Greater Britain.

Als war vorauszusehen, daß England, nachdem es die Gefahr des südafrikanischen Krieges für seine Weltmachtstellung überwunden hatte, seine kleinlautere Haltung aufgeben und zu seiner früheren Rolle, den Hecht im Karpfenteich zu spielen, zurückkehren würde. Die ungeheure Anspannung aller Volkskräfte in Südafrika scheint keine sichtbare Erschöpfung hinterlassen zu haben, vielmehr tritt die englische Politik wieder mit einer rücksichtslosen Entschlossenheit auf, hinter der man freilich nicht immer den festen Willen, bis zur äußersten Entscheidung zu gehen, anzunehmen braucht. England war jahrelang in Asien Rußland gegenüber im Nachteil gewesen, ohne eine Miene verziehen zu dürfen, die russische Politik hatte das auszunützen verstanden und sich namentlich über Persien recht nahe an den Indischen Ozean herangemacht. Jetzt rührte sich England wieder und hat in Teheran handelspolitische Zugeständnisse gefordert und auch erhalten, die den russischen Einfluß im südlichen Persien zurückdrängen. Lord Curzon, der Vizekönig von Indien, hat das Arabische und Persische Meer mit einer englischen Kriegsflotte befahren und sie den Häuptlingen der Eingeborenen gezeigt, und wenn er auch nicht überall den gleichen Erfolg erzielt hat, so ist der Eindruck der Macht doch kaum

ohne Wirkung geblieben. In Tibet hatte sich der russische Einfluß ebenfalls fühlbar gemacht, man schickte darum den General Macdonald und den Oberst Hounghusband aus Indien mit einer militärischen Kolonne dahin vor. In den meisten Fällen stellt sich nach altbewährter Taktik die englische Politik nicht selbst ins Vordertreffen, sondern macht die örtlichen Interessen gegen den russischen Bewerb mobil und tritt bloß in zweiter Linie als Beschützer und guter Freund auf, keineswegs entschlossen, aus dieser Stellungnahme die letzten Folgerungen zu ziehen, sobald die Sache schief geht. So steht England in Ostasien hinter Japan, so hat es in Europa mit Frankreich und Italien Fühlung gesucht in der Balkanfrage, um die Erfolge des österreichisch-russischen Einvernehmens zu erschweren, immer in der Absicht, Rußland zu beschäftigen und seine Kräfte zu zersplittern, um selbst möglichst freie Hand zu behalten.

Daß England einem großen Entscheidungskampfe, der überseeisch geführt werden müßte, nicht gewachsen ist, weiß es längst und weicht ihm darum aus. Darum sollten gewisse sympathische Regungen in den Kolonien während des Burenkrieges eifrig benützt werden, um sie zu Stützen des Mutterlandes heranzubilden und sie durch das Band wirtschaftlicher Vorteile und der Interessengemeinschaft zu einem möglichst einheitlichen und fest gefügten britischen Weltreiche zu verknüpfen. Namentlich

Chamberlain trat als Vertreter dieses imperialistischen Gedankens in den Vordergrund; er ließ außer acht, daß Kolonien sich mit der Ausbildung ihrer Interessen zur Selbständigkeit entwickeln, und entrollte vor den Augen der staunenden Welt ein großartiges Schutzzollsystem für das britische Weltreich mit Vergünstigungen für die Kolonien, das einen Bruch mit der bisherigen englischen Wirtschafts- und Handelspolitik bedeutete. Aber gerade das entzog seinen imperialistischen Ideen, die ja so viel Anreizendes hatten, die Sympathien weiterer Kreise, Chamberlain schied aus dem Kabinett aus, um für seine Pläne ungehindert weiterarbeiten zu können, und es ist heute noch unentschieden, ob die altenglischen Ideen Sieger bleiben oder Chamberlain von neuem als geistiger Leiter der britischen Politik in die Führung der Geschäfte eintreten wird. Die Verteuerung der Nährstoffe ist dem britischen Arbeiter verhaßt und erscheint dem Fabrikanten bedenklich, weil sie seine Erzeugnisse um mehr verteuern könnte, als der Zoll einbringt, den Kolonien erscheinen Lebensmittelzölle mit Vorzugstarifen in England nicht als ausreichende Gegengabe für die Begünstigung britischer Waren.

Chamberlain wußte ganz wohl, warum er den Deutschenhaß gerade bei den ersten Kundgebungen für den Schutzzollgedanken in den Vordergrund stellte. Der Deutsche gilt dem Briten auf allen Gebieten als der gefährlichste Mitbewerber und Gegner, als der stille Freund Rußlands. Der durch die großsprecherische Haltung der meisten deutschen Blätter während des Burenkriegs entflammte Britenzorn loht noch heute in allen englischen Herzen und hat es dem Kaiser Wilhelm in diesem Jahre unmöglich gemacht, die nützliche Praktik der Beruhigung durch persönliche Pflege der Beziehungen zu seinen königlichen englischen Verwandten fortzusetzen. Die angeknüpften Verbindungen mit Italien und Frankreich, die auch zu feierlichen Besuchen führten, bildeten in den Augen der Welt aber keinen rechten Ersatz dafür, was die Engländer wieder ärgerte. Man gab dem Ausdruck, indem man nach allen Richtungen hin die deutsche Politik verdächtigte, um gegen sie Mißtrauen zu erregen. Zu Beginn des Jahres waren die Unionisten besonders eifrig dabei, dem Ministerium Balfour aus seiner Kooperation mit Deutschland in Venezuela einen Strick zu drehen, um ihren Mann, der in Südafrika angeblich Wunderdinge verichtete, an die Spitze der Regierung zu bringen. Aber gerade das machte viele Leute stutzig, denn so sehr man auch in England mit den hinterher mit so großer Wirkung hervortretenden imperialistischen Plänen im Herzen einverstanden sein mochte, paßte es für die altenglischen Überlieferungen doch nicht, daß der etwas ungehobelte Chamberlain den in der feinen Tradition des englischen Parlamentarismus aufgewachsenen Sprößling eines der angesehensten Torygeschlechter verdrängen sollte. Man wird diesem Beweggrund wohl nicht minderen Einfluß zu messen dürfen als der alten, über ein halbes Jahrhundert bestehenden Gewohnheit des Freihandels. Unter diesen Umständen erscheint es nichts weniger als sicher, daß sich die Mehrheit des britischen Volkes für die von Chamberlain beabsichtigte

wirtschaftliche und politische Umwälzung entscheiden wird. Seit dem Beginne des Kampfes für und gegen den Schutzzoll hat eine Reihe von Ersatzwahlen stattgefunden, in denen die Anhänger Chamberlains verdrängt oder nur mit beträchtlich geringeren Mehrheiten wiedergewählt worden sind. Auf der anderen Seite steht freilich fest, daß sich unter allen Gegnern Chamberlains kein einziger befindet, der ihm an agitatorischer, volkstümlicher Kraft gleichkäme.

Die Parlamentssession.

Das Parlament wurde am 17. Februar nachmittags vom König Eduard, der mit seiner Gemahlin vom Buckinghampalast aus zum Parlamentsgebäude gefahren war, mit allem königlichen Pomp eröffnet. Der König trug Feldmarschalluniform mit dem Purpurmantel, die Königin ein mit Diamanten geschmücktes dunkles Kleid und den mit Hermelin gefütterten Purpurmantel über die Schultern zurückgeworfen. Die Thronrede bezog sich fast ausschließlich auf die äußere Politik und so war es natürlich, daß die Debatten über die Adressen, die nach altem Brauche als Antwort der beiden Häuser an den König gerichtet werden, sich auch nur auf dem Gebiete der äußeren Politik bewegten. In der Thronrede war die Venezuelafrage sehr kurz und, ohne Deutschland zu nennen, abgetan worden, denn die Opposition war mit dem Zusammengehen mit Deutschland nicht einverstanden und auch große Teile der Regierungspartei hatten daran scharfe Kritik geübt. Die Herren vergaßen in ihrer Eitelkeit ganz, daß es von der Regierung ganz klug war, mit Deutschland gemeinsam vorzugehen, weil die Vereinigten Staaten, je mehr Europäer zusammenhielten, um so weniger eine feindselige Politik einschlagen konnten. England hatte in den letzten Jahren allein doch so oft politische Schlappen gegenüber der Union erlitten. Merkwürdigerweise wurden die Balkanereignisse als sehr ernst hingestellt, China, die Grenzregulierung in Alaska und der Somalifeldzug wurden recht breit erwähnt und die Reise Chamberlains nach Südafrika als großer Versöhnungsakt gepriesen. Die Adresse des Unterhauses ging über Südafrika sehr flüchtig hinweg, obgleich das Budget neue große Ausgaben bringen sollte, von der Ermäßigung der während des Krieges gesteigerten Steuerlast war aber noch nicht die Rede. Auch die Debatten knüpften bloß an allerlei Einzelheiten der äußeren Politik an, wo die Regierung, wenn sie nicht will, nicht Rede zu stehen braucht.

Am 24. April brachte Ritchie das Budget ein, das bei 144 Millionen Pfund Ausgaben einen Überschuf von 10 Millionen aufwies, weshalb die Einkommensteuer von 1 Schilling 3 Pence für das Pfund auf 11 Pence herabgesetzt und der Getreidezoll aufgehoben werden sollte. Nach den Mitteilungen des Finanzministers hätten sich die Kosten des südafrikanischen Krieges auf mehr als 4 Milliarden Mark belaufen, das Heereserfordernis werde im nächsten Jahre erheblich geringer, dagegen müsse die Flotte vermehrt werden, was aber nicht gegen Frankreich gemeint sei. Nach dem Finanz-

plan Ritchies sollten etwa 8 Millionen Pfund Einkommensteuer und 2 Millionen Pfund Kornzoll in Wegfall kommen. Diese Verteilung wurde nun von der Opposition bekämpft, weil die höheren Einkommen zu sehr entlastet würden, von einem Teile der Regierungspartei aber deshalb, weil sie den Getreidezoll aufrechterhalten will, um der besorgniserregenden Abnahme des Getreidebaues entgegenzuwirken, da nach amtlichen Angaben im Jahre 1901 auf den britischen Inseln nur noch ein Viertel des notwendigen Brotgetreides erzeugt wurde. Ritchie ist ein Freihändler der alten Schule, und nach Ansicht solcher war es selbstverständlich, daß der Getreidezoll wieder aufhörte, nachdem der ihn verursachende Krieg beendet war. Gegen die seit fünfzig Jahren als erprobt geltende Freihandels-theorie erhob sich nun im Mai Chamberlain und pries mit allen Künsten einer überlegenen Dialektik und allen Mitteln großsprecherischer Überhebung das Großengländerium als den Kernpunkt der künftigen englischen Politik an und leitete auch mit zwingender Logik daraus den zollpolitischen Zusammenschluß der Kolonien mit dem Mutterlande und den Abschluß dieses Zollgebietes gegen das „Ausland“ ab. Niemand war im Zweifel darüber, daß diese Politik auf den Bruch mit der Cobden'schen Freihandelspolitik hinausläuft, und daß sich Chamberlain im bewußten Gegensatz zum Ministerium, insbesondere zum Premierminister, gestellt hatte. Man sprach sogar ganz unverblümt davon, er wolle seinen großen Einfluß benützen, um Balfour zu beseitigen und selbst die Zügel der Regierung zu ergreifen. Ob er selbst mehr gewollt hat, als für die erschlafte unionistische Partei die Grundlage für einen anziehenden Wahlauf Ruf zu schaffen, mag dahingestellt bleiben. Am 22. Juni wurde mit 46 gegen 32 Stimmen im Unterhause der während des Krieges verhängte Kornzoll wieder aufgehoben. Dieser Beschluß wurde von den Anhängern und Gegnern der Pläne Chamberlains sehr verschieden beurteilt, aber von einsichtigen Leuten keineswegs als freihändlerischer Triumph angesehen, da die Dinge noch keineswegs so weit gediehen waren, daß die neuen Schutzöllner grundsätzlich für die Beibehaltung einer während des Krieges getroffenen außerordentlichen Maßregel stimmen konnten.

Am 14. August wurde das Parlament mit einer Thronrede geschlossen, in der in der Hauptsache wieder die auswärtigen Fragen behandelt wurden. Wenn man in Betracht zieht, daß die Chamberlainschen Pläne große Beunruhigung hervorgerufen und zu langwierigen Debatten geführt hatten und daß einzelne Regierungsvorlagen nicht ohne strittige Punkte waren, so darf man sagen, daß das Parlament fleißig gewesen war und die Regierung gut abgeschnitten hatte. Der Voranschlag des Finanzministers Ritchie für den Staatshaushalt und die Transvaal-Bill Chamberlains sind nächst der irischen Landbill die bedeutendsten Finanzvorlagen der Session. Chamberlains rosiges Bild von den natürlichen Hilfskräften des armen, von Wüsteneien durchzogenen Burenlandes dürfte manchen erstaunen gemacht haben, der dort gelebt hat, aber der Kolonialminister verstand seinen

Artikel zu loben, wenn auch trotzdem die südafrikanischen Werte nur wenig gestiegen sind, weil es Leute genug gibt, die wissen, wie die Dinge dort eigentlich stehen, und daß die schwierige Arbeiterfrage noch lange nicht gelöst war. Die große irische Landvorlage, die den Staatskredit mit 120—150 Pfund in Anspruch nimmt, um die Grundbesitzer abzulösen und die Pächter in Eigentümer zu verwandeln, wurde unter Dach gebracht; auch das Oberhaus erwies sich dabei williger, als man erwartet hatte. Die Londoner Schulbill bedeutet die Ausdehnung des im vorigen Jahre verabschiedeten Schulgesetzes auf London und bringt dem Lande ein einheitliches Gesetz, dessen Vorzüge lediglich formeller Art sind. Außerdem wurden die Zuckerkonventionsbill, die den Beitritt zur Brüsseler Zuckerkonvention bringt, ein Automobilgesetz und noch verschiedene, dem entfernten Leser minder geläufige Gesetze genehmigt.

Chamberlain und die Kolonien.

Chamberlain hat es im Laufe der letzten Jahre verstanden, seine Persönlichkeit in den Vordergrund zu schieben. Politische Unflugheiten und Ungerechtigkeiten, die ihm schwere diplomatische Niederlagen zuzogen, wurden von ihm trotzdem wiederholt, gefielen der Menge und wurden von seinen Ruhmrednern als erlösende Taten gepriesen. Die „Politik in Kürassierstiefeln“ hat auch in England sehr viele Anhänger. Der Krieg in Südafrika, den die ganze gesittete Welt als völkerrechtswidrig und zivilisationsfeindlich verurteilte, gilt als sein unvergleichliches Ruhmesblatt, das ganze nationale Unglück und Unvermögen, das zeitweise in erdrückender Gestalt hervortrat, wurde anderen Leuten in die Schuhe geschoben; die kläglich im Sande verlaufene Kolonialkonferenz war als Neubegründung der englischen Weltmacht gefeiert worden. Die stille Arbeit Lord Salisburys und seines Nachfolgers Balfours, die vieles im geheimen gutmachen mußten, wurde übersehen. Ende Jänner hatte Chamberlain seine Rundreise durch Südafrika vollendet. In Kapstadt gipfelte seine Abschiedsrede in der Bitte, man möge die Vergangenheit vergessen und der Zukunft mit Hoffnung entgegensehen. Seine Enttäuschung gab er verblümt in dem Bekenntnis kund, daß die Macht eines Einzelnen zu schwach sei, um die dunklen Wolken zu zerstreuen, die durch den Haß der beiden weißen Volksstämme über Südafrika gekommen seien. Warum der Haß entstanden sei, sagte er nicht. Auch in der englischen Presse konnte man das Geständnis finden, daß die Streitfragen in Südafrika weiter beständen, daß also die Reise Chamberlains ihren Zweck nicht erfüllt habe. Trotzdem wurde er, als er am 14. März in Southampton landete und mittags in London ankam, wie ein Held gefeiert. Am 20. März empfing er eine Glückwunschadresse der Stadt London in der Guildhall, und im Mansion House fand ein großes Frühstück im Beisein der höchsten Würdenträger des Staates statt, bei dem Chamberlain schon andeutete, daß das Verhältnis der Kolonien und des Mutterlandes nicht das richtige sei, die alte Anschauung von der durch den Zentralstaat

ausgeübten Herrschaft müsse durch eine neue Auffassung vom Wesen des Reiches, die sich auf die Gemeinschaft der Interessen gründe, ersetzt werden. Chamberlain war der populärste Mann in England, beliebter als König Eduard und Balfour, wenn auch die Stadtverordneten von Liverpool die Zweidrittelmehrheit nicht zusammenbekommen konnten, um ihn zum Ehrenbürger zu machen.

Am 16. Mai trat Chamberlain vor seinen Wählern in Birmingham offen mit seinen Plänen hervor. Er erklärte, für die reichspolitische Entwicklung Großbritanniens sei eine Abänderung der alten Freihandelspolitik, die bisher „künstlich und falsch“ ausgelegt worden sei, notwendig. Seine Ansicht ging dahin, schutzöllnerischen Staaten müsse man mit Retorsionsmaßregeln begegnen, den Kolonien dagegen Einfuhrvergünstigungen einräumen. Der Zollstreit zwischen Deutschland und Kanada bot ihm einen bereiten Anlaß zu einem Ausfall gegen Deutschland und zu dem Hinweis, daß andere Kolonien ähnlichen zollpolitischen Gefahren ausgesetzt sein könnten. Die innigste Verbindung der Kolonien mit dem Mutterlande sei das Ziel der Zukunft, dessen Erreichung „fast jeden Opfers wert“ wäre. An demselben Tage hatte Balfour einer Deputation von Kornzollanhängern gegenüber die unbedingte Freihandelspolitik betont. Von diesem Tage schrieb sich die Zwiespältigkeit der Ansichten im Ministerium her, die schließlich zur Umbildung des Kabinetts führte. Wohl hatte das Schlagwort vom „Greater Britain“ in weiten Kreisen Zustimmung gefunden und niemand wollte mehr ein „Kleinengländer“ heißen, aber die zollpolitischen Forderungen wollten der großen Masse der Briten durchaus nicht in den Sinn. Die Liberalen stellten sich ohne Ausnahme gegen Chamberlain, einer ihrer begabtesten Führer, Asquith, betonte dies ausdrücklich in Doncaster. Der Führer der liberalen Imperialisten, Lord Rosebery, hatte wohl vor der Handelskammer in Burnley eine Rede gehalten, die als eine vorsichtige, aber doch unzweifelhafte Zustimmung zu den Ansichten Chamberlains aufgefaßt wurde, aber er hielt es nachträglich für zweckmäßig, das Festhalten am Freihandel zu betonen. Auch die Anzahl der Anhänger Chamberlains in der Regierungspartei war keineswegs so groß, wie die ersten Meldungen der offenbar von Chamberlain beeinflussten Depeschenagenturen hatten annehmen lassen. Auffällig war das Benehmen Balfours, er sagte einmal so und das andere Mal nicht so; er wollte offenbar abwarten, nach welcher Seite sich die günstigeren Wahlausichten für seine Partei entwickeln würden.

Wenn Chamberlain von der Auffassung ausging, daß das Freihandelsystem ein Hindernis für den engen Zusammenschluß der Kolonien mit dem Mutterlande bilde, weil in dem Augenblicke, da die Zölle schwänden, für England auch jede Möglichkeit entfallen würde, seinen Kolonien ein Entgelt für die Einräumung von Vorzugszöllen zu gewähren, so fand er in den mit der Tarifhoheit ausgestatteten Kolonien sehr wenig Verständnis, dagegen lebhaften Widerspruch. Die leitenden Persönlichkeiten hielten zwar damit zurück, weil der Kolonial-

minister gewissermaßen ihr Vorgesetzter war, aber andere Leute brauchten diese Rücksicht nicht zu nehmen. Selbst in Kanada, das doch bereits von der englischen Zollbegünstigung Gebrauch gemacht und dadurch den Zollkrieg mit Deutschland heraufbeschworen hatte, wollte man von Chamberlains Plan nichts wissen, hauptsächlich deswegen, weil sich dahinter auch gemeinsame Opfer für die Verteidigung des Reiches zeigten. Es wiederholte sich also dasselbe Schauspiel wie im vorigen Jahrhundert in Deutschland, wo auch die Mittel- und Kleinstaaten gern die Vorzüge des Zollvereines genossen, aber sich nicht zu einer engeren politischen Einigung entschließen konnten, weil sie die allgemeine Wehrpflicht nicht auf sich nehmen wollten. Die durch starke Schutzölle auch gegen England abgesonderten Kolonien Kapland, Natal und Australien, auf deren Markt es besonders abgesehen war, erklärten sich unbedingt gegen die Beseitigung des bisherigen Zustandes, und in einzelnen trat deutlich wieder das alte Mißtrauen gegen das Mutterland und damit der Gedanke an Selbständigkeit zu Tage. Auch die englischen Arbeiter erklärten sich gegen die Pläne Chamberlains und beachteten seine Empfehlung nicht, daß aus den Erträgen der Nah rungsmittelzölle Mittel für die soziale Gesetzgebung fließen würden, ebenso nicht der Großhandel seinen Hinweis, daß in Zeiten des wirtschaftlichen Niederganges die nationale Industrie durch Schutzölle vor unbequemem Wettbewerb geschützt werden könnte. Hatte Chamberlain gehofft, Volk und Politiker mit seinen Ideen fortzureißen, so behauptete er jetzt, seine Anregung bezwecke ja bloß eine Enquete über die ganze Frage, aber er agitierte ruhig weiter, und sogar noch lebhafter nach dem Schlusse des Parlaments. Der fünfte Handelskammertag des britischen Reiches, der Ende August in Montreal in Kanada abgehalten wurde, sollte eine Kundgebung für Chamberlains Zollpolitik werden, aber es gelang seinen Anhängern nicht, mehr durchzusetzen, als eine gänzlich farblose Erklärung zu Gunsten einiger Kommissionen, die die Lage prüfen sollen, und aus der abschließenden Rede des Premierministers Wilfried Laurier ging hervor, daß Kanada durchaus nicht zu Zugeständnissen an das Mutterland geneigt ist. Mitte September lehnte der Ministerrat die Vorschläge über einen Vorzugstarif für die Kolonien ab, weil die Wünsche der einzelnen zu verschiedenartig seien; darauf trat Chamberlain aus dem Kabinett aus, was einen großen Eindruck hervorrief, da er seit Jahren als „der starke Mann“ im Ministerium gegolten hatte. Er erklärte anscheinend sehr loyal, er scheide nur aus dem Kabinett, weil er einen Teil seines Zollprogrammes selbst für so unvolkstümlich halte, daß nicht ein ganzes Ministerium, sondern nur ein einzelner unabhängiger Politiker die Agitation und die Verteidigung betreiben könne. Es legte das niemand anders aus, als daß er, getragen von der durch ihn angefachten Agitation, als Sieger an die Spitze des Ministeriums zurückzukehren hoffe. Sein Rücktritt bedeutete zunächst für die unionistische Partei einen schweren Schlag. Er setzte seine Agitation fort, hielt im Oktober große Reden in Newcastle, Liverpool und Glasgow, wurde vielfach mit

großer Begeisterung empfangen, doch brachte er nichts wesentlich Neues vor, und es ließ sich schwer sagen, ob er mit seinen Ansichten Boden gewänne. Er sprach im November noch in Cardiff und in Newport, im Dezember in Leeds, er schlug die chauvinistische Seite gegen Deutschland und die Vereinigten Staaten kräftig an, betonte die agrarische Frage und versicherte den Arbeitern, er werde nicht eher zu Frieden sein, bevor nicht in England für jeden ehrlichen und fleißigen Menschen volle Beschäftigung zu angemessenen Lohnsätzen vorhanden sei. Aber das Jahr ging zu Ende, ohne daß jemand hätte behaupten können, er dringe mit seinen Ansichten durch. Sein Hauptvorteil bestand in der Schwäche und Zersahrenheit seiner Gegner.

Irland.

Ende März brachte der Minister für Irland, Wyndham, die neue irische Landvorlage ein, welche die Bewilligung staatlicher Vorschüsse an die irischen Pächter bezweckt, damit sie die Pachtgüter als Eigentum erwerben können. Die erforderlichen Mittel veranschlagte der Minister auf 100 Millionen Pfund und den Zeitraum auf fünfzehn Jahre. Ein Zwangsverfahren findet nicht statt und die Gutbesitzer werden bar ausgezahlt. Die Käufer zahlen an Zinsen und Tilgung $3\frac{1}{4}\%$, davon gehen $\frac{7}{8}$ für das Finanzgeschäft auf und $\frac{1}{8}$ bleibt eine ständige Abgabe an den Staat, die der Regierung eine Handhabe verleiht, Wucherzinsen auszuschließen und sonstigen Mißbrauch zu verhüten. Grund und Boden waren bisher im Besitze weniger Großgrundbesitzer gewesen, die ihre Ländereien an kleine Leute verpachteten, so daß das Land den Besitzer, die Pächter und die Arbeiter ernähren mußte. Das ist bei der heutigen Lage der Landwirtschaft nicht mehr möglich. Man hofft, daß nun in Irland die Landwirtschaft einen neuen Aufschwung nehmen und ein großer Teil der Bevölkerung Beschäftigung finden wird. Sowohl der Führer der Opposition, Campbell Bannermann, wie auch der der irischen Nationalpartei, Redmond, bezeichneten die Vorlage als geeignet, zur Lösung der irischen Frage beizutragen, und die Irländer beteiligten sich auch schon nicht mehr an dem Sturmlauf in der Kammer gegen den Kriegsminister wegen der Vorgänge im südafrikanischen Kriege. Aber trotz dieser guten Anzeichen wird schließlich doch viel darauf ankommen, in welchem Geiste Irland das Dargebotene annimmt, und ob es die finanzielle Last, die ihm durch die Anlehen auferlegt wird, zu tragen die Kraft und auch den Willen hat.

Die Unversöhnlichen, die zum großen Teile in Amerika wohnen und von der Agitation gelebt haben, heßen schon heute und bleiben dabei, die englische Herrschaft müsse beseitigt werden. Tatsächlich scheint auch die neue Errungenschaft den Glauben der Irländer verstärkt zu haben, daß sie nur mit drohender Stimme zu verlangen brauchen, um von England ihre Unabhängigkeit in irgend welcher Gestalt zu ertrogen. Doch wenn das Ministerium auch nur einen kurzen Waffenstillstand erzielt hat, so wird gewiß auch dieser schon Nutzen bringen. Es war

natürlich, daß eine so große Umwälzung nicht ohne Reibungen ablaufen würde, aber die Spaltung, die sie hervorgerufen hat, ist doch wieder so ganz irisch. Der Abgeordnete und Nationalistenführer O'Brien, ein alter Märtyrer für die Sache Irlands, der ihrer wegen neunmal im Gefängnis saß, der mehr als jeder andere Führer für die jetzt versuchte Lösung der Landfrage gearbeitet hat, hat sich von der irischen Landliga zurückgezogen und sein Mandat niedergelegt, weil von verschiedenen Seiten der Versuch gemacht wird, die friedliche Lösung der Landfrage zu hindern. Alle Bemühungen, ihn von diesem Entschlusse zurückzubringen, sind fruchtlos geblieben. Und doch hatte auch er im September darauf hingewiesen, daß die neue Errungenschaft nicht die letzte sein werde, man dürfe aber nicht eine Politik sinnloser Gewalttat treiben. Ebenso wie man bewiesen habe, daß man gegen den Grundbesitzer nichts mehr hätte, sobald er aufhöre, Grundbesitzer zu sein, müsse man nun auch den Eindruck zu erwecken verstehen, daß Irland den englischen Herrschern keineswegs unversöhnlich gegenüberstehe, wenn diese nur den Irländern gestatten wollten, sich selbst zu regieren. Das ist der Standpunkt eines Gemäßigten, die Radikalen verlangen dagegen die vollständige Unabhängigkeit Irlands und möchten sie am liebsten mit Gewalt erzwingen. Man ersieht daraus, daß die irische Frage noch keineswegs gelöst ist.

König Eduard.

In den letzten Tagen des Jänner war der König an einem Influenzaanfall erkrankt, der an sich ganz unbedeutend und nach einiger Zeit wieder behoben war. Gewisse Kreise ließen sich auch diesmal, wie im Vorjahre, die Gelegenheit nicht entgehen, den Gesundheitszustand des Königs als überhaupt bedenklich hinzustellen und anzudeuten, daß man dies verheimliche. Der weitere Verlauf des Jahres hat dafür keine Anhaltspunkte gegeben. Ende März trat König Eduard eine politische Mittelmeerreise an, während sich seine Gemahlin zum 85. Geburtstage ihres Vaters nach Kopenhagen begab. Am 2. April traf er in der Bucht des Tago ein, wohin ihm König Karl von Portugal entgegengekommen war. Beide fuhren dann unter dem Donner der Geschütze nach dem Landungsplatz in Lissabon, von wo sie sich unter lebhafter Begrüßung der in den Straßen versammelten Menge zum königlichen Schlosse begaben, wo die Königinmutter den Gast begrüßte. Abends fand ein Familiendiner statt, die Stadt hatte illuminiert. Der Aufenthalt in Lissabon dauerte vier Tage, während deren eine Festlichkeit der anderen folgte. Am 5. April brachte König Karl beim Galadiner einen Trinkspruch aus, in welchem er den König Eduard als seinen „sehr treuen Alliierten“ anredete und versicherte, das portugiesische Volk wisse, daß König Eduard stets ein großer loyaler Freund Portugals gewesen sei. Der König von England erwiderte sehr herzlich, das seit Jahrhunderten zwischen beiden Ländern bewährte Bundesverhältnis werde für alle Zeiten dauern. Das portugiesische Volk scheint diese Auffassung allerdings nicht ganz zu teilen und es erinnert sich, daß der englische Verbündete sich allgemach den

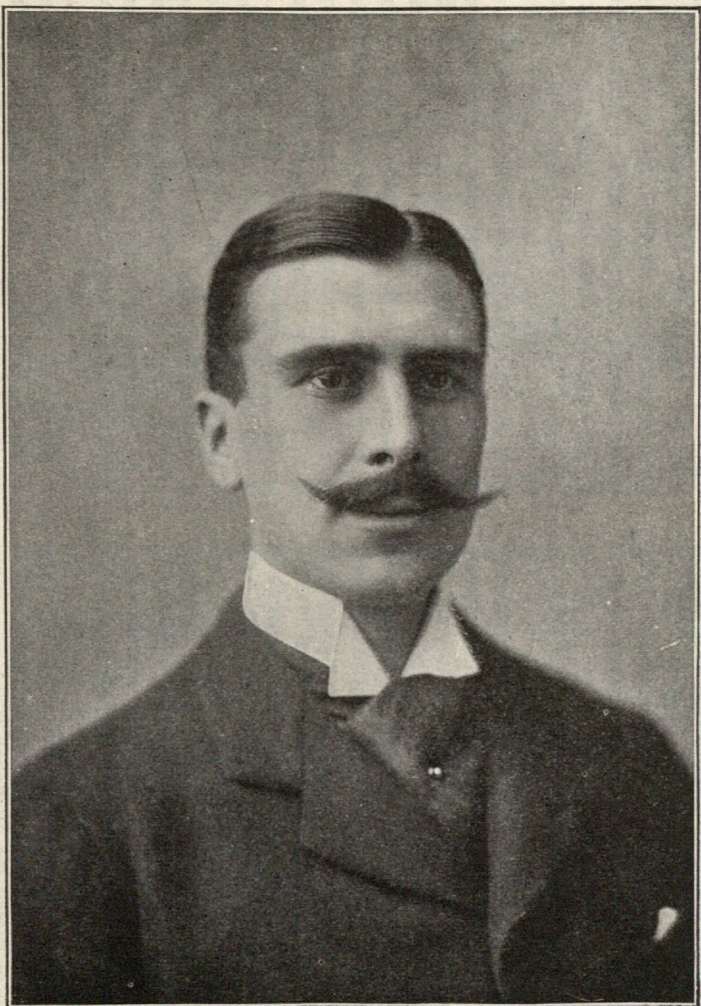
größten Teil des portugiesischen Kolonialbesitzes mit Gewalt angeeignet hat, und fürchtet, daß er auch bald noch den Rest an sich reißen wird. Man war gar nicht sehr erbaut über den Empfang, der von einer Art war, wie ihn sonst ein Vasall dem Souverän zu erweisen pflegt, hatte man doch sogar eine Amnestie für Verbrecher erlassen. Inwieweit die Bevölkerung den Jubel wirklich geteilt hat, war schwer zu erkennen, weil wegen der revolutionären Bewegungen in mehreren Städten der Depeschverkehr unter scharfer Zensur stand.

Von Lissabon aus besuchte König Eduard die beiden Stützpunkte der englischen Macht im Mittelmeer, Gibraltar und Malta, und stattete dann dem König Viktor Emanuel in Rom und dem Präsidenten Loubet in Paris die bereits geschilderten Besuche ab, worauf er nach London zurückkehrte. Nach kurzem Verweilen trat er mit der Königin eine Reise nach Schottland an. Die Schotten spielen wegen ihrer Charaktereigenschaften eine hervorragende Rolle im Leben der englischen Nation; ohne sie und ihr mannhaftes Standhalten auch in verzweifelter Lage hätte England den südafrikanischen Krieg niemals zum erfolgreichen Abschluß bringen können, zahlreiche begabte Staatsmänner sind Schotten, so der gegenwärtige Premierminister Lord Balfour und die Führer der Opposition Campbell Bannermann und Lord Roseberry. Die Schotten sind sich auch ihrer bedeutsamen Stellung im Staatswesen bewußt und keineswegs geneigt, sich von den eigentlichen Engländern in den Hintergrund drängen zu lassen. So hatten sie sich auch verkehrt gefühlt, als sich König Eduard als „der siebente“ bezeichnete, da er tatsächlich seit der Vereinigung Schottlands mit England der erste Herrscher dieses Namens ist; die schottischen Blätter hatten darauf hingewiesen, daß seinerzeit auch der schottische Jakob VI. sich bei der Thronbesteigung des vereinigten Königreichs Jakob I. genannt habe. Doch der König hatte sich in den zwei Jahren seit seiner Thronbesteigung durch sein bestimmtes und würdevolles Auftreten gegen die Erwartung vieler ein so hohes Maß von Achtung erworben, als daß solche Verstimmungen hätten von Bestand sein können. Man empfing darum das Königspaar in Schottland mit unverkennbarer Freude, und bei dem Einzug in Edinburgh am 12. Mai stand eine ungeheure Menschenmenge längs des neun englischen Meilen langen Weges von Dalkeith bis zu dem alten Residenzschloß der schottischen Könige Holyrood in der Altstadt von Edinburgh, wo zum erstenmal Hof gehalten wurde. Die Stadt war festlich geschmückt.

Von größerer politischer Tragweite war der Besuch des Königspaares in Irland, der in die zweite Hälfte des Juli fiel. Die Ausnahmegeetze, die noch für einen Teil Irlands in Kraft waren, wurden aufgehoben, nachdem die Aufhebung für 16 Distrikte schon im Februar vorausgegangen war. Das Ministerium Balfour hatte der Reise somit in geschickter Weise vorgearbeitet, am meisten war dies natürlich durch die irische Landbill geschehen. Daß die Irländer trotz allem, was in ihnen noch Focher und Gären mag, dem Königspaar nicht mit Feindseligkeit entgegentreten würden, war vorauszusehen.

Sie fühlen sich gar nicht im Streit mit dem König, der nach der Verfassung über den Parteien steht, sondern mit dem britischen Parlament, das ihnen nach ihrer Meinung ihre Rechte vorbehält. Sie sind als Politiker klug genug, einen Unterschied zwischen den Handlungen des Monarchen und seiner Minister zu machen, selbst der Heißsporn Parnell hatte sich nie so weit verstiegen, die Loslösung Irlands von der englischen Krone zu verlangen. Die Irländer streben wie die Ungarn eine dualistische Gestaltung des Königreichs Großbritannien an. John Redmond hatte schon im April in Dublin darauf hingewiesen, gegen die Person des Königs sei nichts einzuwenden, und man dürfe sogar annehmen, daß er den Irländern freundlich gesinnt sei. Die Radikalen behaupteten freilich, es sei unmöglich, dem König einen offiziellen Empfang zu bereiten, und der Dubliner Stadtrat weigerte sich, dem Königspaar die übliche Huldigungsadresse zu überreichen. Trotzdem wurden König Eduard und seine Gemahlin am 21. Juli nach ihrer Landung in Kingstown festlich empfangen, und der Einzug in Dublin machte einen durchaus ehrfurchtsvollen und sympathischen Eindruck, wenn auch von rauschender Freude keine Rede war. König Eduard und seine Gemahlin besitzen in hohem Grade die Gabe, das Volk persönlich zu gewinnen, und was aus Dublin über das Verhalten des Monarchen bei der Besichtigung der Arbeiterwohnungen in dem ärmsten Stadtviertel und über die Besuche der Königin, die selbst als eine erfahrene Krankenschwesterin gilt, in den Hospitälern gemeldet wurde, bestätigte dies durchaus. Hatte auch die Stadtvertretung unter dem Druck der Radikalen sich zurückgehalten, so stellten sich dafür Abordnungen aller Berufszweige und Stände, bis zu den Droschkenfutschern, ein, um ihre Freude über den Besuch auszusprechen, und König Eduard zeigte sich als weltgewandter und liebenswürdiger Mensch, wanderte zu Fuß durch alle Teile der Stadt, plauderte mit allerlei Leuten und hatte für jede Deputation herzliche Worte der Erwiderung.

Als er nach fünftägigem Aufenthalt Dublin wieder verließ, um zunächst nach Mount Stewart zum Besuch beim Lord Londonderry zu fahren, war trotz schlechten Wetters der Abschied der Bevölkerung von ganz besonderer Herzlichkeit, viel anders wie die erste Begrüßung. Der König hatte für die Armen der Stadt 1000 Pfund Sterling gespendet. Am 27. Juli kam das Königspaar nach Belfast, wurde dort mit großer Wärme begrüßt und wohnte der Enthüllung des Denkmals für die Königin Viktoria und der Eröffnung des neuen Viktoriahospitals bei. Leider wurde auf dem Wege zum Hospital eine arme Frau, die sich durch das Militärspalier gedrängt hatte und vor den königlichen Wagen lief, überfahren und ziemlich schwer verwundet. Doch auch dieser peinliche Vorfall tat der frohen Stimmung keinen Abbruch. Der Aufenthalt des Königspaares in Irland erreichte Samstag den 1. August in Cork seinen Höhepunkt und zugleich sein Ende. Dort fand eine Provinzialausstellung statt, zu der sich ungewöhnlich viel Volk versammelt hatte, das das Herrscherpaar mit warmer Begeisterung begrüßte. Nach dem Empfang durch die Stadtbefehdenden und der Parade auf dem Rennplatz, wo zwei



Prinz Alexander von Teck und seine Braut Prinzessin Alice von Albany.

neue irische Bataillone aus der Hand des Königs ihre Fahnen empfangen, ging es in einem wahren Triumphzuge nach den Ausstellungsgebäuden, wo die hohe protestantische und katholische Geistlichkeit, die Spitzen der Behörden und die angesehensten Leute der Provinz dem Königspaar einen über alles Erwarten herzlichen Empfang bereiteten. Der König dankte mit sehr warmer Betonung seiner Teilnahme für Irland in Worten, die auch in England Zustimmung fanden. Nach einer unter lebhafter Beteiligung des Volkes erfolgten Rundfahrt durch die Ausstellung begab sich König Edward unter begeisterten Abschiedsgrüßen nach Queenstown, wo ebenfalls wie in Cork die ganze Bevölkerung in freudigster Stimmung war, und trat abends mit seiner Gemahlin auf der königlichen Yacht die Reise nach England an, zunächst nach Cowes auf der Insel Wight. Er durfte mit seiner Reise in Irland zufrieden sein und richtete auch eine Botschaft an das irische Volk, in der er für den Empfang dankte und den Wunsch aussprach, daß noch glänzende Tage für Irland kommen möchten. — Am 14. August traf er zur Kur in Marienbad ein, nach deren Beendigung der Besuch beim Kaiser Franz Joseph in Wien erfolgte.

Heer und Flotte.

Das Los eines englischen Kriegsministers ist nie sehr beneidenswert, denn nichts läßt sich so leicht in schönen Reden bekritteln, wie das sehr kostspielige und dazu nicht einmal allzu vollkommene Heer des englischen Reiches, noch dazu von und vor Leuten, die vom kriegerischen Handwerk so gut wie nichts verstehen, was übrigens bei englischen Kriegsministern auch selber vorkommt. Den Anlaß zu Angriffen bot im Februar und März die Erörterung über die neue Heeresorganisation des Kriegsministers Brodrick, die noch in der Durchführung begriffen war, aber bereits ihre Mängel zeigte. Wie schon im Vorjahre mitgeteilt wurde, handelte es sich um die für England ganz neuartige Einrichtung von Armeekorps, und zwar drei für den „Auslandsdienst“ und drei für die Verteidigung des Mutterlandes gegen eine etwaige europäische Invasion. Die Hauptgegner sind die Vorkämpfer der Flottenvermehrung, die der Meinung sind, England könne nicht Heer und Flotte zu gleicher Vollkommenheit ausbauen, und darum gehe die Flotte vor. Diese Gegner der neuen Heeresorganisation sitzen im Regierungslager und ihre Angriffe fanden Unterlage in dem Berichte des Kriegsamtes, aus dem die Schwierigkeit der Beschaffung des Rekrutenmaterials hervorging. Balfour mußte dem schwer bedrängten Kriegsminister beispringen und darauf hinweisen, daß namentlich die drei „Auslandskorps“ notwendig seien für den „zwar höchst unwahrscheinlichen, aber nicht undenkbaren“ Fall eines Krieges mit Rußland. Trotzdem betrug die Mehrheit für die Heeresorganisation nur 30 Stimmen, obgleich sich die Irländer wegen der irischen Landbill diesmal nicht nur der Opposition, sondern auch der Stimme enthielten. Die Gegner hatten nicht mit Unrecht darauf hingewiesen, daß man die Mehrkosten für die Armee der Flotte entziehe und daß es nicht zweckmäßig sei,

drei Auslandskorps in der Heimat zu halten, da es doch nicht in jedem Falle sicher wäre, daß man sie vom Feind ungefährdet nach Indien oder einem sonstigen Ziele werde bringen können. Übrigens sind die von Brodrick konstruierten Armeekorps noch gar nicht vorhanden, das erste hat statt 25 nur 24 Bataillone, das zweite einstweilen noch keine Infanterie, und als er mitteilte, daß Lord Grenfell am 1. April an die Spitze des 4. Armeekorps gestellt werden sollte, brach das hohe Haus in laute Heiterkeit aus.

Im August wurde der Bericht der Kommission über den südafrikanischen Krieg veröffentlicht, aus dem freilich hervorging, daß keine Kriegsvorräte vorhanden gewesen waren, daß sich das Kriegsamtsamt in einer kaum begreiflichen Unterschätzung der Stärkeverhältnisse der beiden Parteien befunden hatte, daß zwischen Führern und Unterführern Mißtrauen und Eifersucht in einem Maße vorhanden gewesen waren, daß ein gedeihliches, gemeinsames Wirken nahezu unmöglich wurde. Das Bedenklichste war in dem Berichte die Andeutung, daß wahrscheinlich doch nichts geändert werden würde. Das hätte aber die Kommission recht deutlich aussprechen sollen, denn die Schuld trifft hauptsächlich die Regierung, die das Kriegsamtsamt ohne jede Kenntnis von ihren kriegerischen Absichten gelassen hatte. Natürlich mußten dann die Truppen mit Uniformen ausrücken, die wohl für Indien berechnet, aber für Südafrika zu dünn waren. Außerdem erkannte die Kommission an, daß sich das Kriegsamtsamt, nachdem man einmal mitten im Kriege war, sich geschickt mit der Lage abgefunden habe. Allerdings das Beste, der Seetransport, lag in der Hand der Admiralität. Die Kommission sprach sich übrigens auch dahin aus, daß man an dem gegenwärtigen Militärsystem festhalten müsse, das noch entwicklungsfähig sei. Die „Army und Navy Gazette“, das einflußreichste englische Militärblatt, klagte im September darüber, daß in England die Truppenausbildung nicht in sachgemäßer Weise betrieben werde und auch nicht betrieben werden könnte, weil das Lager von Aldershot nicht einmal für eine einzige Division ausreiche und die gegenwärtige Ausbildung der Kompagnien auf allen größeren Übungsplätzen nichts taue. Die Regierung hat für solche Sachen kein Geld. Für Feldmanöver und Scheibenschießen waren von militärischer Seite für das Jahr 1904/5 als Mindestbetrag 400.000 Pfund bezeichnet worden, die Regierung hat aber bloß 120.000 Pfund in den Staatsvoranschlag eingestellt.

Beachtenswert dürften gewisse Änderungen immer sein, die England in seinem Heere durchführt, denn sie gründen sich auf Erfahrungen, die es teuer mit Blut erkaufte hat. Liegen auch dort die Verhältnisse anders als bei den Staaten des Festlandes und kann man auch heute noch immer sehen, daß die Heere erst ihre eigenen Erfahrungen machen wollen, ehe sie zu neuen, wichtigen Änderungen schreiten, so werden doch die Neuerungen, die England in seinem Heere einführt, in allen Militärstaaten eifrig verfolgt und studiert und die daraus gewonnenen Lehren beherzigt. Bei der Kavallerie wird in England wenig Wert auf die Attacke gelegt, sie soll vielmehr, unterstützt von Artillerie und Ma-

schinengewehren, auf die Flügel des Gegners umfassend wirken und von der Schußwaffe Gebrauch machen. In Zukunft soll die Reiterei nur mit Säbel und Gewehr bewaffnet sein und die Lanze wird gänzlich abgeschafft. Es ist allerdings fraglich, ob die Lehren des Burenkrieges dies rechtfertigen. Zum Kampfe mit der blanken Waffe ist es dort eigentlich nie gekommen, auch hatten die Buren keine eigentliche Kavallerie, und der Zustand der englischen Pferde schloß eine wirkliche Verfolgung aus. Es dürfte sich für die großen europäischen Heere wohl nicht empfehlen, die Erfahrungen des Burenkrieges allzusehr zu verallgemeinern. Diese haben auch zu einer Änderung des englischen Geschützmaterials geführt. Nach den vorzüglichen Leistungen der Ehrhardtschen Rohrrücklaufgeschütze hat die Kriegsverwaltung die Konstruktion eines eigenen Modells durchgeföhrt, das in vier Batterien von der Firma Vickers und Maxim ausgeführt wurde. Es ist für den Rohrrücklauf eingerichtet, hat Schutzsilde, vermag in der Minute 20—30 Schuß abzugeben, schießt bis zu 10.000 Yards und verfeuert bei der reitenden Artillerie Geschosse von 12 $\frac{1}{2}$, bei der fahrenden von 18 $\frac{1}{2}$ Pfund. Der Verschuß ist eine Erfindung des französischen Obersten Depont, mit dem Verschließen wird zugleich der Schuß abgefeuert. Das große Gewicht der Munition und des Geschützes haben vielfach Bedenken erregt. Ein Teil der Kanoniere wird mit dem Infanteriegewehr ausgerüstet, von den reitenden Batterien werden je zwei, von den fahrenden je drei in Abteilungen vereinigt.

In den letzten zwanzig Jahren sind in England ungeheure Summen für die Flotte verwendet worden, weil Großbritannien ein Inselreich ist, in dem die Marine die erste Verteidigungslinie bildet und darum den Rang einnimmt, den anderswo das Heer behauptet. Das englische Heer wird darum vom Parlament stiefmütterlich behandelt, die Flotte dagegen nie. Das Parlament hatte wieder drei große Schlachtschiffe von 18.000 Tonnen und 19 Knoten Geschwindigkeit bewilligt, die Admiralität hat aber beschloffen, statt deren drei Schiffe der „König Edward“-Klasse zu bauen, die bloß 16.350 Tonnen und 18 $\frac{1}{2}$ Knoten Geschwindigkeit hat. In England will man in gewissen Kreisen darin eine Schwächung der Flotte erblicken und bezweifelt die Richtigkeit des angegebenen Grundes, den Mangel an geeigneten Docks für den Bau solcher Kolosse. Die eigentliche Ursache der Abänderung dürfte wohl in dem Bestreben zu suchen sein, Divisionen von gleichem Typ zu erhalten, wie dies von allen Marinestaaten in Aussicht genommen ist. Ein Freund der Flotte, Lord Brassey, behauptet, man baue in England zu teuer und man könnte verhältnismäßig viel billiger wegkommen, wenn man es nur richtig anfassen wollte. Er weist auch auf den Mangel für die englische Flotte hin, daß sie im Kriegsfall nicht genug Reservemannschaften haben wird. Während die Flottenreserve Englands nur 41.540 Mann zählt, hat Frankreich für seine Flotte volle 100.000 Mann. Ob freilich der Vorschlag, Mannschaften des Heeres auch für den Dienst zur See auszubilden, zweckmäßig ist, wird nicht ohne weiteres anerkannt werden. England scheint eben an der Grenze angelangt

zu sein, wo die Beschaffung der Mannschaften für weitere Vergrößerungen der Flotte unmöglich wird. Am Frith of Forth ist eine neue Flottenbasis in St. Margarets Hope in Angriff genommen worden, von der ziemlich unverblümt zugestanden wird, daß sie gegen die deutsche Flotte gerichtet ist. Ein weiterer Kriegshafen ist an der Westküste in Aussicht genommen durch die Umwandlung der an der Nordostspitze der Insel Man liegenden Ramsey-Bai in einen Kriegshafen für eine Division.

Handel und Verkehr.

Im Sommer trat plötzlich die große wirtschaftliche Frage des Übergangs zur Schutzpolitik in den Vordergrund. Chamberlain und zum Teil auch Balfour warfen den Gedanken auf, daß der Wohlstand und die Wohlfahrt Großbritanniens starken Gefahren ausgesetzt seien, wenn es nicht das Freihandelsystem, dem es seit mehr als einem halben Jahrhundert angehangen hat, wesentlich einschränken werde. Daß es sich dabei zunächst darum handelte, für die erschlafte unionistische Partei ein wirksames Wahlagitationsmittel zu schaffen, erschien neben der Tragweite der Idee ziemlich nebensächlich. Wenn wirklich in einflussreichen Kreisen daran gedacht wird, für England einen Zolltarif zu schaffen, so liegt der Antrieb dafür in dem Gefühl, daß das Land nicht mehr im Stande ist, mit seinen Mitbewerbern gleichen Schritt zu halten und gern den Tarif als Verteidigungswaffe gebrauchen möchte. Es hat sich allerdings in England während der Freihandelsperiode eine Höhe und Konzentration des Reichtums herausgebildet, wie sie die Welt noch nicht gesehen hat, dazu auch eine Hebung der arbeitenden Klassen — namentlich der besten Schichten — wie sie günstiger bisher nicht erreicht worden ist. Aber man muß sich doch in den großen englischen Industrieplätzen immer fragen: soll das wirklich ein so ungeheuer reiches Land sein, wenn das Proletariat in solcher Ver lumptheit auf den Straßen herumwandelt? fährt man von einem der größten Industrieorte zum andern, so erblickt man unterwegs nur Weide und Grasland, eingesunkene Furchen erinnern daran, daß hier einst Ackerland war. Es ist noch gar nicht so lange Zeit her, daß England an der Spitze der landwirtschaftlichen Entwicklung stand, heute muß es drei Viertel seines Brothedarfs vom Auslande beziehen. So lange die Flotte diesen Bezug deckt, mag die heutige Entwicklung weitergehen, aber was dann? Lord Ripon und der Herzog von Devonshire wiesen im Juli im Parlament darauf hin, daß der natürliche Volkszuwachs rasch zurückgehe und der nachgewiesene körperliche Rückgang der städtischen Bevölkerung einer ernstlichen Untersuchung bedürfte. Die Vereinigung zur Untersuchung der Frage der Beschaffung von Nahrungsmitteln im Kriegsfall, der die ersten Getreidefirmen des Landes angehören, erklärte in ihrem Aufrufe, daß England, wenn es in einen europäischen Krieg verwickelt werden sollte, Hungersnotpreise zu erwarten habe. Es ist allerdings nicht anzunehmen, daß Chamberlain bei seinen Plänen diese Tatsachen im Auge hat, nach seinem Verhalten vor und während des südafrika-

nischen Krieges ist kaum zu zweifeln, daß er lediglich Vorteile für die Industrie bezweckt.

Ähnlich wie bei der Broteschaffung liegen die Verhältnisse in der Baumwollindustrie für England, die fast ausschließlich auf die Vereinigten Staaten angewiesen ist, wo man aber immer mehr die eigene Rohproduktion selbst zu verspinnen bestrebt ist. Der Hauptvorteil, den England bisher besaß, lag in seiner überlegenen Handelsflotte, die nicht nur den englischen Verkehr, sondern auch den größten Teil für die übrigen Länder vermittelte und dadurch dem Lande ungeheure Verdienste zuwandte. Aber auf diesem Gebiete machen ihm andere Staaten starke Konkurrenz, hauptsächlich Deutschland, das sich zwar nicht in der Zahl der Schiffe, aber in der Geschwindigkeit und der Art des Betriebes überlegen erweist. Namentlich haben die deutschen Schnelldampfer die erste Stelle für die Fahrten nach Nordamerika zu erringen gewußt. Man hat es offenbar in England nicht für möglich erachtet, den Vorsprung der diese Strecke befahrenden deutschen Linien, die keine Staatsunterstützung haben, anders wieder einzuholen, als durch eine hohe Staatsunterstützung. Die Regierung hat darum mit der Cunardlinie einen Vertrag abgeschlossen, der von der seitherigen englischen Gewohnheit, keine Schiffbauprämien oder Fahrtunterstützungen zu gewähren, entschieden abweicht. Daß die Cunardlinie die Gelegenheit ergriffen hat, sich zwei Riesendampfer halb schenken zu lassen und noch jährlich eine hohe Betriebsunterstützung einzustreichen, kann man ihr nicht verdenken, aber um die Sache dem Parlament schmackhaft zu machen, wurde behauptet, Deutschland gewähre für die atlantischen Fahrten Prämien. Das ist nun durchaus falsch, denn Deutschland bezahlt auf diesen sich gut rentierenden Linien nichts als die Post, wie andere Regierungen auch. Die Absicht, die Cunardlinie, die dem Morgantrust nicht beigetreten war, in ihrem Wettbewerb gegen die ausländischen Linien zu stärken, dürfte nur den Erfolg haben, daß die anderen Linien benachteiligt werden, und die Bedingung, daß alle Schiffe der Cunardlinie so ausgestattet werden, daß sie sich als Kreuzer verwenden lassen, ist kaum ausreichende Begründung für die hohe Unterstützung. Diese ist nichts anderes, als eine gegen die auswärtigen Reedereien gerichtete Maßregel, der sicher noch andere folgen werden.

Der Ministerwechsel.

Chamberlains Pläne hatten eine tiefe Spaltung im Ministerium hervorgerufen und Balfour bewies sehr vieles Geschick, daß er den Bruch bis zum Schluß der Parlamentstagung hinzuziehen verstand. Das war nur möglich, daß er für seine Person die Haltung unparteiischer Unentschlossenheit annahm, die wohl auch seiner nicht geklärten Einsicht in die Sache selbst entsprach. Unstreitig hat er dadurch den Bruch in der Partei verhütet. Als dann Mitte September die Ministerkrise wirklich zum Ausbruch kam, wunderte sich alle Welt, daß nicht nur der Neuschützöllner Chamberlain, sondern auch die beiden eifrigen Freihändler des Kabinetts, Ritchie und Hamilton, ausgetreten waren. Nach den späteren Enthüllungen der beiden letzteren

unterliegt es wohl kaum einem Zweifel, daß Balfour mit Chamberlain gewissermaßen einverstanden gewesen ist, um die beiden Freihändler loszuwerden und für alle Fälle der Partei die Regierung zu retten. Jedenfalls war es ein Vorteil für das Ministerium und die Partei, wenn so doktrinaire Köpfe, wie die beiden, nicht in leitenden Stellungen blieben und Balfour mit einem Schlage beide sich befehlende Elemente loswurde. Von den beiden ausgeschiedenen Freihändlern war der bisherige Finanzminister Ritchie, der unter Lord Salisbury namentlich durch den Gesetzentwurf über die Grafenschaftsräte gute Dienste geleistet hatte, ein größerer Verlust als Lord Hamilton, der Staatssekretär für Indien. Die Krisis zog sich über drei Wochen hin, Ende September mußte sogar Lord Milner seine Kur in Karlsbad unterbrechen und nach London kommen, der König nahm besonderes Interesse an der Bildung des Kabinetts und Balfour weilte mehrere Tage bei ihm in Balmoral. In der Versammlung der Konservativen und konstitutionellen Vereine, die am 1. Oktober in Sheffield stattfand, konnte Balfour noch nichts über die Neubildung des Ministeriums mitteilen, sondern hielt eine Rede über die Mittel, die Macht des englischen Handels auf dem Weltmarkte zu stärken, in der er nichts Neues sagte, aber doch allgemeinen Beifall fand.

Erst am 5. Oktober war das neue Kabinett fertig. An die Stelle Ritchies als Finanzminister trat der bisherige Generalpostmeister Austen Chamberlain, der Sohn Josef Chamberlains, was allgemein dahin aufgefaßt wurde, daß die Regierung im schützöllnerischen Sinne wirken wird. Er ist erst 40 Jahre alt. Zum Postmeister wurde Lord Stanley, zum Minister für die Kolonien Lyttleton berufen, ebenfalls ein noch junger Mann, und der 47jährige Brodrick, der als Kriegsminister während und nach dem Kriege in Südafrika für alle im System liegenden und von anderen verschuldeten Sünden im Heerwesen hatte büßen müssen, wurde Minister für Indien. Sein Nachfolger wurde der 48jährige Arnold Forster, der Parlamentssekretär im Marineministerium gewesen war und vielleicht etwas vom Heerwesen versteht. Kaum war aber die neue Ministerliste bekanntgegeben, so gab schon wieder der Herzog von Devonshire, das Haupt der Unionisten, seine Demission, weil Balfour in Sheffield offen die Abkehrung vom Freihandel als Programm der Regierung verkündet habe. Kurze Zeit darauf bekannte er in einem offenen Rundschreiben an die unionistischen Wähler seine entschiedene Gegnerschaft gegen Chamberlain und warnte sie, bei irgend einer Wahl einem unionistischen Kandidaten seine Unterstützung zu geben, der seine Sympathie mit der Politik Mr. Chamberlains und der Tarifreform zum Ausdruck bringt.

Verschiedenes.

Am 22. August schied Lord Salisbury, genau an dem Tage, an welchem er vor fünfzig Jahren im Unterhause seine parlamentarische Laufbahn betreten hatte, aus dem Leben. Er war 73 Jahre alt geworden und schon seit zehn Jahren kränklich.

Er hat wiederholt als Premierminister der greisen Königin Viktoria und zuletzt im ersten Jahre der Regierung des Königs Eduard die Geschicke des britischen Reiches mit sicherer und auch gewandter Hand geleitet. Ursprünglich hieß er Lord Robert Cecil, dann Viscount Cranborne, zuletzt Marquis of Salisbury. Als zweiter Sohn der Familie verfügte er nur über geringe Geldmittel und war jahrelang auf den Erwerb als Zeitungsschreiber angewiesen, doch zeigte er sich bald als tüchtiger Wortführer seiner Partei und erwarb sich selbst bei den Gegnern Achtung. Erst 1865 kam er durch den Tod seines Bruders in eine glänzende Lage. Mit ihm hat England einen Staatsmann verloren, der die großen Überlieferungen der Pitt und Fox, der Palmerston und Beaconsfield würdig fortzusetzen verstand und der nach dem Ableben des Fürsten Bismarck wohl der hervorragendste Staatsmann der Gegenwart war. Seine Stärke war die Orientpolitik, in der er die Fehler Gladstones wieder gutzumachen verstand. Später war seine Hauptaufgabe die südafrikanische Politik, die durch Gladstone heillos verfahren worden war. Vom englischen Standpunkt aus war auch sein Vorgehen den Buren gegenüber vollkommen berechtigt. Man hat ihm wohl vorgeworfen, daß er mitunter Mangel an Festigkeit und Tatkraft gezeigt habe, aber trotzdem hat er das Vertrauen des Volkes besessen, weil er stets nur das Wohl und die Würde des Landes im Auge behielt, und wenn er einmal einen Entschluß gefaßt hatte, auch zähe dabei bestehen blieb.

Am 6. Dezember verlor England seinen größten Philosophen in Herbert Spencer, der im 83. Lebensjahre in London verschied. Er gehörte seiner Richtung nach, wie die beiden Mill, Darwin, Huxley und Tyndall, zu der Reihe der philo-

sophischen Utilitarier und nannte seine Lehre selbst Evolutions- oder Entwicklungsphilosophie. Sein Hauptwerk ist das „System der synthetischen Philosophie“, das er 1860 begann und erst vor sieben Jahren abgeschlossen hat. Gegenüber Darwin betonte er, daß das Prinzip der natürlichen Zuchtwahl nicht ausreiche, um alle Erscheinungen der organischen Natur hinreichend zu erklären.

Von den bedeutameren Erscheinungen des öffentlichen Lebens in England während des verflossenen Jahres verdient noch die Bewegung in der Fremdenfrage Erwähnung. Eine vom Parlament im März 1902 eingesetzte Kommission, um Erhebungen über die Übel der schrankenlosen Einwanderung von Ausländern, besonders in London, anzustellen, hatte im August 1903 ihren Bericht fertiggestellt. Gänzliche Ausschließung der Ausländer schlägt er nicht vor, wohl aber hält er im Staatsinteresse für geboten, Schritte gegen die Einwanderung gewisser Klassen von Fremden aus dem östlichen Europa (Rumänien, Rußland und Polen) zu ergreifen. Es sei notwendig, Gesetze zu geben, um so weit wie möglich zu verhindern, daß England mit „nicht wünschenswerten Ausländern“ überfüllt werde, und Fürsorge für ihre Abschiebung in gewissen Fällen zu treffen. Die Regierung hat sich bereits mit dem vorgelegten Material beschäftigt und nach einer Mitteilung des Staatssekretärs des Innern, Alfons Douglas, bereits bestimmte Beschlüsse gefaßt. Er betonte besonders die hohe Verbrecherstatistik unter den Eingewanderten, die doppelt so groß wie bei den Engländern und noch im Wachsen begriffen sei. Bekannt ist auch, daß ein großer Teil der Einwanderer sich zu förmlichen anarchistischen Lagern zusammengeschlossen hat.

Rußland.

Die allgemeine Lage. * Ministerveränderungen. * Bauern, Studenten und Arbeiter. * Von der Armee. * Verschiedenes.

Die allgemeine Lage.

Rußland ist ein nur langsam fortschreitender Staat, und was im vorigen Jahre über seine inneren Verhältnisse gesagt worden ist, behält noch heute seine volle Gültigkeit, neuere Bestrebungen und Wechsel in den leitenden Persönlichkeiten und in den Gesichtspunkten der Verwaltung haben noch wenig verändert. Die Schwierigkeit, den dortigen Verhältnissen gerecht zu werden, liegt zum großen Teil in der Gewohnheit, zum anderen in der meist lügenhaften Berichterstattung, die auf bekannten Wegen meist in die Rußland grundsätzlich abgeneigten englischen Blätter kommt und von da aus in die übrige europäische Presse übernommen wird. Am 12. März wurde die Welt durch ein Manifest des Kaisers Nikolaus überrascht, das eine Ära der Selbstverwaltung für Rußland in Aussicht stellt und vorläufig seit der Bauernbefreiung durch Alexander II.

den wichtigsten russischen Staatsakt bildet. Der Zar bekundet darin vor der Öffentlichkeit feierlich seinen Willen, daß die seinen Untertanen nicht orthodoxen Glaubens gesetzlich zustehende Religionsfreiheit unangetastet bleibe, und daß Mittel und Wege zu suchen sind, um den immer mehr drohenden Verfall der Landwirtschaft hintanzukalten. So überraschend dieses Eingreifen des Kaisers in die unerquickliche, von gärenden Regungen durchsetzte innere Lage dem Auslande erscheinen mochte, so wußte man doch in unterrichteten russischen Kreisen, daß er sich schon seit zwei Jahren mit Erwägungen darüber beschäftigte, auf welchen Wegen der verbreiteten Mißstimmung in der Bevölkerung wenigstens durch die Beseitigung eines Teiles der Beschwerden entgegen gewirkt werden könne. Mögen die angedeuteten gesetzgeberischen Maßnahmen vorläufig noch in der Luft schweben, so wird doch eine Richtung gekennzeichnet, in der sie sich zu bewegen haben werden, und diese gibt nicht der Beibehaltung der bisher-

gen bürokratischen Formen, sondern dem gemäßigten Fortschritt recht. Der Inhalt des Manifestes bietet zu sehr verschiedenen Auslegungen Spielraum. Unstreitig wird jeder Schritt zur Durchführung einer ganzen Reihe neuer Wünsche die Tür öffnen, die russischen Liberalen stehen auf dem Boden der sehr freien Anschauungen Tolstoj's, und die besten Männer der landwirtschaftlichen Verwaltung befinden sich in einem so ausgeprägten Gegensatz zu dem bürokratischen Regime, daß wohl schon darum die löblichen Absichten des Manifestes auch in diesen Kreisen auf erheblichen Widerstand stoßen müssen. Trotzdem hat man den vielbegehrten Weg des Parlamentarismus nicht beschritten, der auch, wohl gerade nach den neueren Erfahrungen in Westeuropa, für Rußland kaum gangbar sein würde.

Mitte April begab sich Kaiser Nikolaus mit seiner Gemahlin nach Moskau, um in der altehrwürdigen ersten Residenz des Reiches die Karwoche und das Osterfest, das höchste der russischen Kirche, zu verleben. Moskau ist das eigentliche russische nationale Zentrum, wo die Vergangenheit des Landes lebhafter und wirksamer zu Tage tritt und auch das moderne Leben die nationalrussische Grundlage deutlicher beibehalten hat, als dies in der Residenz an der Newa der Fall ist. Die gesamte russische Presse begrüßte darum auch den Besuch des Zaren in Moskau mit Freude und die Petersburger „Nowoje Wremja“ feierte dabei auch das Manifest, das geeignet sei, die altrussischen Beziehungen zwischen Herrscher und Volk, das „Selbstherrschertum auf der Grundlage der Glaubensduldsamkeit bei der Vorherrschaft der orthodoxen Kirche und auf der Basis der lokalen Selbstverwaltung bei starker lokaler Gewalt“, wieder herzustellen und die Schäden des Bürokratismus zu beseitigen. Freilich blüht dieser heute üppiger als je und seine Ausrottung ist in absehbarer Zeit nicht zu erwarten, für die ländliche Selbstverwaltung mag aber das Manifest über kurz oder lang eine Wendung zum Besseren bedeuten. Im Mai wurde auch schon die Einführung des Semstwo (Selbstverwaltung) in den neun westlichen Gouvernements vom Reichsrat beschlossen und vom Kaiser bestätigt. Wie sich die Sache entwickeln wird, muß abgewartet werden. Von dem neuen Minister des Innern, v. Plehwe, ist ein Programm ausgearbeitet und vom Zaren genehmigt worden, in welchem bei Hervorhebung der Wichtigkeit des Zentralismus der Verwaltung die Trennung der Leitung der allgemeinen Staatsverwaltung von der der lokalen Interessen als notwendig bezeichnet wird. Was sonst noch über die neuen Verwaltungsreformen in den Blättern gestanden hat, erhebt sich nicht über das bloße Gerücht. Dazu gehört vor allem die Mitteilung eines Wiener Blattes aus dem Dezember über die angeblich bevorstehende Ökroyierung einer Art von Verfassung. Das erscheint um so sicherer ausgeschlossen, als Fürst Wolkonskij, der seit langen Jahren im Ausland lebende Anhänger der Einführung verfassungsmäßiger Zustände in Rußland, im Oktober von dem in Darmstadt weilenden Kaiser Nikolaus mit seinem Gesuche um eine Audienz glatt abgewiesen wurde.

In der äußeren Politik spielten die Balkanfrage und die Mandschureifrage eine maßgebende Rolle. Was die erstere betrifft, so galt der Besuch des Kaisers Nikolaus am Wiener Hofe Ende September als eine neue feierliche Befestigung des 1897 zwischen Rußland und Österreich-Ungarn abgeschlossenen Übereinkommens, nach welchem beide Mächte in gegenseitigem Einvernehmen für die friedliche Weiterentwicklung dieser Frage und die Aufrechterhaltung des status quo eintreten. Es ist dabei ganz gleichgültig, ob dieses Abkommen ursprünglich dem gegenseitigen Mißtrauen seinen Ursprung verdankte, auch ob die Endabsichten beider Mächte wahrscheinlich sehr weit auseinandergehen. Vorläufig hat das gemeinsame Vorgehen sich sehr heilsam erwiesen, weder die Treibereien russischer Panславisten, noch die Verheerungen der englischen Hinterkuppenpolitik, schließlich auch nicht der lärmende Kriegsrummel der bulgarischen Gerngroße hat die dadurch geschaffene feste Grundlage der europäischen Orientpolitik zu erschüttern vermocht. Rußland will für seine Aufgaben in Ostasien, die wegen der Mandschurei brennend geworden sind, in Europa rückenfrei sein und hat zu diesem Zwecke auch Italien und Frankreich gegenüber, die mit England allerlei Zettlungen zu beginnen anfangen, eine feste Haltung angenommen, die nicht ohne Wirkung gewesen ist. An den sonst friedfertigen Gesinnungen des Kaisers Nikolaus wie auch des Grafen Samsonoff besteht nicht der geringste Zweifel und von Witte, dem wohl noch immer einflußreichsten russischen Minister, weiß man, daß seine großen wirtschaftlichen Pläne wesentlich bedingt werden durch die Erhaltung des Friedens in Europa, am liebsten des Friedens überhaupt. Der Grund für diese friedliche Tugend ist vielleicht nur die Not, die innere sowohl wie die äußere, aber die Folgen davon sind für den Weltteil günstig.

Das Haupthindernis für jede eingreifende Politik Rußlands in Europa liegt in der ostasiatischen Frage. Der Gegensatz zwischen dem auf Erweiterung seiner Machtsphäre erpichten Japan und dem Zarenreich ist seit dem Frieden von Schimonoseki stetig gewachsen und hat durch die Besitzergreifung in der Mandschurei und durch die Geltendmachung des russischen Einflusses im Gelben Meere eine Vertiefung erfahren, die durch diplomatische Verständigung wohl zeitweilig gemildert werden, aber, wie die Gegenwart zeigt, vor der kriegerischen Auseinandersetzung nicht bewahren konnte. In Erkenntnis der drohenden Gefahr trat der Kriegsminister Kuropatkin im April eine längere Reise nach dem fernen Osten an, die ihn bis nach Japan selbst führte, und im August wurde an der Küste des Stillen Ozeans eine russische Statthalterschaft gegründet zu dem Zwecke, den dort sich vorbereitenden Schwierigkeiten eine mit Vollmacht zu raschem, selbsttätigem Eingreifen ausgerüstete Instanz zu schaffen. Die Ernennung des tatkräftigen Vizeadmirals Alejew für diesen Posten wurde in Rußland mit großer Zustimmung aufgenommen. Der Herbst des Jahres 1903 wird für alle Zeiten einen Markstein in der russischen ostasiatischen Politik bilden. Rußland hatte zugesagt, daß es am 8. Oktober die Mandschurei räumen werde, hat aber diesen Zeit-

punkt nicht eingehalten, was eigentlich jedermann voraus wissen konnte, und seine Freunde werden ihm die vorgeschützten Gründe, die hauptsächlich in der Sicherung der mandschurischen Bahn bestanden, auch nicht übelnehmen. Japan freilich, das schon einmal die Mandschurei erobert hatte, sie jetzt in den Händen Rußlands sehen muß und selbst in seinen Plänen auf die Erwerbung Koreas den russischen Widerstand zu erwarten hat, tat das, und wenn auch bis zum Jahresende die Diplomatie die kriegerische Verwicklung noch hinauszuschieben wußte und sich bis dahin die Sensationsnachrichten der zum Kriege heßenden englischen Blätter nur zu Börsenzwecken verwenden ließen, so hat doch schon der zweite Monat des Jahres 1904 den Ausbruch des Krieges gesehen. Rußland hatte durch den Bau der sibirischen Bahn für einen solchen vorgesorgt, und wenn diese auch einige Mängel zeigt und kaum die für einen großen Krieg vollkommen ausreichenden Dimensionen besitzt, so dürfte sie doch die besten Dienste tun.

Ministerveränderungen.

In welcher gespannten Lage sich die wirtschaftlichen, agrarischen, finanziellen und sozialen Verhältnisse des großen Reiches befinden, darüber laufen seit Jahren allerhand Nachrichten durch die Blätter, von denen der größte Teil aus häßlichen Übertreibungen der inneren Gegner des selbstherrlichen Regiments, der geringere aus Beschönigungen und Vertuschungen der Bureaucratie besteht. Dabei ist das Land so ausgedehnt, daß auch dem dort Lebenden ein objektiver Überblick sehr schwer möglich wird. Trotzdem besteht gar kein Zweifel darüber, daß die inneren Verhältnisse verworren und verfahren sind, die zu gedeihlicher Ordnung zu führen nur eine hohe staatsmännische Begabung vermag. Es ist zu loben, daß diese inneren Wirren nicht benutzt worden sind, durch die Beschäftigung mit einem auswärtigen Kriege einen Ableiter für die erregten Stimmungen zu suchen, und es wird heute allgemein anerkannt, daß auch der Bruch mit Japan von russischer Seite nicht betrieben worden ist. Der Kaiser hatte am russischen Neujahrstage den Staatssekretär v. Witte nachträglich zu dessen zehnjährigem Jubiläum als Finanzminister beglückwünscht und ihn seines ferneren Wohlwollens und Vertrauens versichert. Witte hatte soeben wieder ein Budget vorgelegt, das die Finanzlage im besten Lichte erscheinen läßt. Seit zehn Jahren hat sich das Budget infolge der Verstaatlichung und des wesentlich nach strategischen Gesichtspunkten erfolgten Ausbaues des Eisenbahnnetzes nahezu verdoppelt, es ist von 1040 auf 2071 Millionen Rubel gestiegen, weist aber einen Überschuß von 16½ Millionen auf. Der Finanzminister hat selbst darauf hingewiesen, daß die Folgen der Mißernte in größeren Gebieten des Reiches und des Darniederliegens der russischen Industrie, das er für vorübergehend hält, nachteilig gewesen sind, und sagt ganz offen, „daß wir unter der Wirkung des eisernen Gesetzes stehen, zur Befriedigung von Kulturbedürfnissen nur dasjenige verwenden zu können, was nach der Deckung der Ausgaben für die

Landesverteidigung übrig bleibt.“ Das ist sehr deutlich und scheint von wenig Verständnis für Kulturaufgaben zu sprechen, kennzeichnet aber doch nur die Lage jedes Staates, der seinem Expansionsbedürfnisse noch nachkommen muß. Erst muß überall das Haus gebaut werden, die Einrichtung kommt später. An dieser politischen Wahrheit ist nicht zu mäkeln, vielleicht aber daran, daß man nach manchen Richtungen hin doch zu kostspielige Mittel angewendet haben mag. Witte hat übrigens in seinem Bericht an den Staatsrat vom 30. Dezember 1902 (12. Jänner 1903) dringend empfohlen, die größte Sparsamkeit und Vorsicht bei neuen Bewilligungen anzuwenden, weil sonst ein Defizit unvermeidlich wäre, eine Ansicht, der der Staatsrat vollkommen beipflichtete.

Mitte Juni starb auf der Fahrt nach Wiesbaden zwischen Königsberg und Marienburg der Präsident des Ministerkomitees Durnowo im Eisenbahnzuge. Er war unter Alexander III. Minister des Innern gewesen, galt nicht mit Recht als Vertreter des starren Moskowitertums und war unter Nikolaus II. Präsident des Ministerkomitees geworden, in dem er eine mehr dekorative als einflußreiche Stellung einnahm. Es mußte unter diesen Umständen Erstaunen erregen, daß der bisher maßgebende Finanzminister Witte von seinem Posten zurücktrat und Präsident des Ministerkomitees wurde, während der bisherige Gouverneur der Staatsbank, Pleske, an seine Stelle berufen wurde. Es lag indessen nahe, daß das Erstaunen kaum berechtigt war, und daß vielmehr die Stellung des Präsidenten des Ministerkomitees durch die Persönlichkeit des Herrn v. Witte eine andere werden würde. Diese Annahme wurde auch durch die gleichzeitige Meldung unterstützt, daß er die weitere Führung der Handelsvertragsverhandlungen behalten werde. Herr Pleske war nicht in der Lage, in seinem neuen Amte viel zu wirken, da er bald an einem unheilbaren Krebsleiden erkrankte und auf unbestimmte Zeit beurlaubt werden mußte; einstweilen vertrat ihn sein bisheriger Gehilfe Romanow, doch wurde gegen Ende des Jahres gemeldet, daß der dem Großfürsten Alexander Michailowitsch beigegebene Staatssekretär Ruchlow zum Nachfolger Pleskes bestimmt sei. An die Änderung der Stellung Wittes hatte sich ein ganzer Rattenkönig von Gerüchten gehängt, die in der Entlassung einiger minder bedeutender Beamten Nahrung fanden. Im November tauchten sogar auch anscheinend begründetere Nachrichten auf, die von der Amtsmüdigkeit des Grafen Lamsdorff wiesen wollten, aber sofort dementiert wurden.

Bauern, Studenten und Arbeiter.

Die Bauernschaft und mit ihr der niedere ländliche Adel gehen wegen ihrer Indolenz und infolge der Mißernten der letzten Zeit einem immer tieferen Verfall entgegen. Die Regierung hat sich in den letzten Jahren bemüht, durch Beratungen in Kreis- und Gouvernementsversammlungen die Ursachen des Niederganges festzustellen und zweckmäßige Maßregeln dagegen ausfindig zu machen. Die eingegangenen Urteile und Vorschläge wurden

einem Zentralauschuß in Petersburg, dessen oberster Leiter Witte ist, übergeben, um bestimmte Reformmaßnahmen auszuarbeiten. Nach dem Willen des Kaisers soll, um der ärgsten Not zu steuern, der Agrarkredit bei den Adels- und Bauernbanken erweitert werden. Sehr bedauerlich ist es, daß der „Mir“, der Gemeindebesitz, trotz der gewichtigen Bedenken, welche dagegen geltend gemacht worden sind, beibehalten werden dürfte, wohl der Erleichterung der Steuererhebung wegen. Bei Aufhebung der Leibeigenschaft wurde 1863 diese alte ariische Einrichtung wieder eingeführt, weil man das Aufkommen des Proletariats zu verhindern hoffte. Nach dem „Mir“ ist das zu einer Dorfschaft gehörige Land nicht Privateigentum der einzelnen Bauern, sondern gehört der Gemeinde und wird in Zwischenräumen von 3 bis 10 Jahren unter die Bauern nach der Anzahl der männlichen Mitglieder der Familie neu verteilt. Für die Steuern hat aber die Gemeinde aufzukommen und das hatte zur Folge, daß die Fleißigen für die Faulen und Säufer mitarbeiten mußten. Dadurch, und weil ihnen bei der nächsten Teilung ihr gut bearbeitetes Land wieder entzogen werden kann, verlieren auch die fleißigen Leute die Lust an der Arbeit. Außerdem sind in vielen Bezirken durch den Zuwachs der Bevölkerung die Anteile der einzelnen schon so klein geworden, daß sie eine Familie nicht mehr ernähren können. Man mag daraus ersehen, welche Riesenarbeit dem Zentralauschuß in Petersburg erwachsen muß. Der Vorschlag des alten „Bauernfreundes“ Tolstoj, den Bauern unbedingte Freiheit zu geben, erscheint zwar sehr einfach, ist aber geradezu lächerlich, wenn nicht ein Frevel, denn seit der Zeit der Bauernbefreiung ist tatsächlich der Bauer verlodderter und begehrlischer als früher geworden und — wenn auch nicht ohne Unterlassungen des Staates — geistig und sittlich immer tiefer gesunken, so daß er für Freiheit und andere Ideale gänzlich unbrauchbar geworden ist. Er bedarf einer wohlwollenden, väterlichen Erziehung und Leitung, die auch unter Umständen hart sein muß, nur der öde Bureaufzismus wird ihm ebensowenig aufhelfen wie die volle Freiheit. Ein großer Fortschritt ist durch den Erlaß des Kaisers vom 25. März, der die Haftpflicht der Gemeinden für die Gesamtsteuer des Dorfes aufhebt, angebahnt worden, hoffentlich fällt auch noch der „Mir“.

Englische Blätter berichten öfters über große Bauernunruhen in Rußland. Es muß aber auch hier wieder betont werden, daß es solche eigentlich nicht gibt, obgleich der Bauer immer ärmer und roher geworden ist. Die Sache liegt ganz anders. Die künstliche Förderung der Industrie hatte viele verarmte Bauern in die Städte gelockt, wo ihnen für ihre Verhältnisse reichlicher Lohn winkte. Der Rückschlag in der Industrie und der Umstand, daß die Gewehrfabriken in Tula, nachdem die Bewaffnung der Armee durchgeführt worden war, in kurzer Zeit 12.000 Arbeiter entließen, hat einen großen Teil derselben in ihre früheren Heimatsdörfer zurückgeführt, wo sie bei den verarmten Bauern mehrfach für ihre mitgebrachten sozialdemokratischen Ideen Gehör fanden. Hier und da ist es zu Gewalttätigkeiten gegen Gutsbesitzer und ihr Eigentum ge-

kommen und die Gouverneure mußten herumreisen, um die Bauern zu belehren und zu beruhigen. Es sind also unter gleichen Verhältnissen ähnliche Erscheinungen ans Tageslicht getreten wie etwa in Apulien, aber über italienische Vorkommnisse berichten die englischen Zeitungen mit ganz anderer Färbung.

Die Träger der revolutionären Bewegung sind nach wie vor die Studierenden und die studierten Elemente und die sozialdemokratischen Arbeiter. Daß sich die für westeuropäische Begriffe durchaus ungenügend vorgebildeten Studenten statt fleißig zu arbeiten, lieber den Kopf mit allerlei freigeistigen, sozialistischen und kommunistischen Ideen vollstopfen, ist bekannt. Wenn nun die Regierung das nicht duldet, oder wenn gar die Professoren in den Prüfungen einmal versuchen, ernstere Anforderungen zu stellen, dann wird revoltiert und daraufhin werden die Universitäten zeitweilig geschlossen. Darüber wird häufig in ausländischen Blättern in übertriebener Weise berichtet, und die Sachen werden als sehr gefährlich geschildert, was sie nicht sind, auch wenn sich häufig Studenten und Arbeiter bei den Unruhen zusammentun. Aber es kommt alle Jahre von neuem wieder vor und weder Milde noch Strenge haben etwas daran zu ändern vermocht. Die im Jahre 1902 nach Sibirien verbannten Studenten wurden im Jänner 1903 auf telegraphischen Befehl des Kaisers zurückbeordert. Die Sache wurde aber von den davon betroffenen Leuten so dargestellt, als hätten sie die Gnade gar nicht annehmen wollen, aber sie sei ihnen förmlich aufgedrängt worden. Angenommen haben sie sie aber doch. Unter solchen Verhältnissen ist freilich nicht zu erwarten, daß es besser werden würde. Im April begannen in Petersburg Studentenumruhen, weil die Prüfungen für die Zuhörerinnen des medizinischen Kurses verschärft werden sollten. Studentinnen und Studenten demonstrierten und hielten unvorschriftsmäßige Versammlungen ab, bis die Universität geschlossen werden mußte. Die unter Leitung des Hilfsvereines für „bedürftige Studierende“ stehende Speiseanstalt war der Ort, wo die Ruhestörer ihre Pläne vorbereiteten. Im November fanden in Kiew Studentendemonstrationen statt am Gedenktage des Sozialdemokraten Balmaschew, der den Minister Sspjagin ermordet hatte. Bei der darauf folgenden Gerichtsverhandlung kam es zu Widerseßlichkeiten und Gewalttätigkeiten in der Universität, auf der Straße wurden 82 Personen verhaftet, darunter 80 Studenten. Infolgedessen wurde an der Universität wie am Polytechnikum Obstruktion beschlossen, doch kehrten sich viele Studenten nicht daran und es kam zu Beschimpfungen zwischen russischen und jüdischen Studenten. Auch in Warschau und in Petersburg machten sich, zum Teil infolge des Beispiels von Kiew, unruhige Bewegungen bemerkbar. Von dem Elend eines großen Teiles der russischen Studentenschaft zeigt die Tatsache, daß in Petersburg 400 Studenten, die das Kollegiangeld nicht bezahlen konnten, relegiert werden mußten und daß das Komitee zur Unterstützung bedürftiger Studenten nicht zu helfen vermochte, weil es die Kollegiangelder für das vorige Semester noch nicht voll bezahlt hatte. An Unterhaltungsmitteln fehlt es



Von der zweihundertjährigen Jubiläumsfeier der Stadt St. Petersburg. Das Kaiserpaar und der Hof auf dem Platze Peters des Großen.

leider den russischen Studenten meistens, dafür aber nicht an allerhand sozialdemokratischen und anarchistischen Heftschriften. Die Wohlhabenden studieren meist im Ausland.

Die Arbeiter sind meist der sozialdemokratischen Agitation verfallen, die auch schon in die Gewerksvereine übergreift und unter den unteren Polizeorganen ihre geheimen Helfer hat, wie dies auch in anderen Ländern vorkommt. In den meisten größeren Städten und in den Fabrikorten bestehen darum auch seit Jahren Maßregeln verstärkten Schutzes. Im Juli zeigten sich sozialdemokratische Bewegungen in Kiew, vorher hatte man in Petersburg befürchtet, daß es beim Jubiläum der Stadt zu sozialdemokratischen Demonstrationen kommen werde. Die Unruhen dehnten sich von Kiew über die Industriestädte Südrusslands bis nach Baku und Tiflis aus. In Baku kamen häufige Brandstiftungen im Erdölbecken und in Fabriken vor. Es handelte sich nicht um Lohnstreitigkeiten allein, sondern es stand auch politische und nationale Agitation dahinter, namentlich von Seiten der Armenier, die seit Jahren Unruhen stiften und sich darüber wundern, daß man sie deswegen schlecht behandelt. Der Zustand hatte sich auch auf die Häfen des Schwarzen Meeres ausgedehnt und in Kiew wurde am 7. August die Nikolskajavorstadt in Brand gesteckt, am 21. mußte das Militär in Jekaterinoslaw von der Waffe Gebrauch machen, es gab 11 Tote und 12 Verwundete, und zum Schutz der Arbeitswilligen mußten vielfach Sicherheitsmaßregeln ergriffen werden. Unter so aufgeregten Verhältnissen blieben auch Attentate nicht aus. Schon am 19. Mai wurde der Gouverneur von Ufa, Staatsrat Bogdanowitsch, im Stadtpark ermordet. Die Übeltat geschah aus Rache dafür, daß Bogdanowitsch bei einem Aufruhr, um die staatlichen Bergwerke in Slatoust vor der Zerstörung zu schützen, das Militär hatte schießen lassen. Am 29. Juli wurde auf den Generalgouverneur des Kaukasus, den Fürsten Galizyn, vor der Stadt Tiflis ein Mordanschlag verübt, der für den Überfallenen glimpflich abließ, während die drei Mörder von den Verfolgern niedergeschossen wurden. Es bestand kein Zweifel darüber, daß dieser Mordversuch vom armenischen Revolutionskomitee in Tiflis ausgeführt worden war, dem Fürst Galizyn als der Urheber des Gesetzes gilt, nach welchem die armenischen Kirchengüter der russischen Verwaltung übergeben werden sollen.

Von der Armee.

Rußland hat die stärkste Armee der Welt, und Kenner versichern, daß sie gut ist. Der russische Soldat hat eine unendlich große Anhänglichkeit an den Zaren, erträgt willig die strengste Disziplin und die größten Strapazen und fürchtet den Tod nicht. Es wird mit aller Anstrengung daran gearbeitet, aus so vorzüglichem Menschenmaterial eine allen westeuropäischen Heeren mindestd gleichwertige Armee zu schaffen. Man hat in den letzten Jahren, nachdem die Hauptwaffen auf eine allen Anforderungen entsprechende Höhe gebracht worden sind, namentlich dem Etappenwesen für den Krieg sein

Augenmerk zugewendet. Bei der außerordentlichen Tiefe des russischen Reiches muß der Eisenbahndienst für die Sicherstellung des Nachschubs eine noch wichtigere Rolle spielen als in anderen Ländern. Im Vorjahre waren während der großen Manöver bei Kursk Stockungen in den Getreideversendungen eingetreten und es wurde gleich darauf hingewiesen, daß rollendes Material genug vorhanden sei, um die erforderlichen Massentransporte zu leisten, daß aber das Eisenbahnpersonal nicht genügend darüber zu disponieren verstehe. Man geht daran, durch eine Vermehrung der Eisenbahntruppen und ihre Verwendung im praktischen Dienst diesem Mangel abzuhelpen und überhaupt das Eisenbahn- und Etappenwesen einer zeitgemäßen Reform zu unterziehen.

Die Militärverwaltung schenkt der Verhütung der sozialdemokratischen Propaganda in der Armee unausgesetzt ihre Beachtung. Dazu hat sie auch allen Grund, wenn im Mai ein russischer Offizier, der Sohn eines Generals in Moskau, in Warschau verhaftet werden mußte, weil er zwei Pakete mit aufrührerischen Schriften von Kattowitz her hatte über die Grenze schmuggeln lassen. Von unten her wird die Sozialdemokratie so leicht in kein Heer der allgemeinen Wehrpflicht Eingang finden, sie kann nur von oben kommen. In Rußland scheint das zu befürchten zu sein. Bemerkenswert ist in dieser Hinsicht ein durch einen sozialdemokratischen Schreiber einer russischen sozialdemokratischen Zeitschrift verratener Geheimerlaß des Kommandanten des Militärbezirkes Kasan, der die größte Vorsicht bei der Ernennung von Unteroffizieren empfiehlt, da zu solchen nur zu leicht Fabrikarbeiter und städtische Elemente wegen ihrer Intelligenz und Schulbildung gewählt würden, die aber zumeist schon vor ihrem Eintritt ins Heer vom Grunde aus verdorben zu sein pflegen. Es ist auch darauf hingewiesen worden, daß früher durch strafweise Einstellung politisch Verdächtiger in das Heer der Soldat mit bedenklichen Elementen in Berührung gekommen ist. Bei Studentenunruhen wurden viele Studenten unter Verlust auf das Recht der einjährigen Dienstzeit als Gemeine in die Armee gesteckt, und darum ist es schon begreiflich, daß der Einfluß dieser jungen Leute auf die ihnen geistig untergeordneten Kameraden recht ungünstig gewesen mag. Die Früchte dieses Verhaltens erkennt man jetzt wohl in der Beteiligung entlassener Soldaten an den Unruhen.

Einer der verdientesten Mitarbeiter des Kaisers Alexander II., der 87jährige Feldmarschall Graf Miljutin, feierte am 21. November sein 70jähriges Offiziersjubiläum. Ihm ist in der Hauptsache die Abschaffung der 25jährigen Militärdienstzeit und die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht zu verdanken. Er hat zwanzig Jahre an der Spitze des Kriegsministeriums gestanden und besonders für die Hebung der Militärbildungsanstalten gewirkt.

Im Juni verließ der Kaiser einer Reihe russischer Truppenteile zu ihrem hundertjährigen Bestehen neue Georgsfahnen, Standarten und silberne Georgstrompeten mit Jubiläumsbändern und der Aufschrift 1803—1903 unter Beibehaltung der alten Aufschriften.

Verschiedenes.

Am 29. Mai und den folgenden Tagen feierte Rußland die Erinnerung an die vor zwei Jahrhunderten erfolgte Gründung von St. Petersburg, der zweiten russischen Residenz, durch Peter den Großen. Die offizielle Festfeier, zu der große Vorbereitungen getroffen worden waren, gestaltete sich naturgemäß mehr zu einer Verherrlichung des Gründers der Stadt als dieser selbst. Petersburg bildete seit jener Zeit den Kanal, durch welchen europäische Bildung und Gesittung nach Rußland hineinfließ und ohne welche das Reich sicher nicht die Rolle als Kulturträger in Asien spielen könnte, die ihm unbedingt zuerkannt werden muß. — In feierlichem Zuge wurde das von ihm selbst gezimmerte Boot Peters des Großen nach dem Peterdenkmal gebracht, wohin sich auch das Kaiserpaar begab, nachdem es der Eröffnung der neuen Troizbrücke beigewohnt hatte. Nach dem Eintreffen der großen Prozession von der Isaakathedrale wurde ein feierliches Tedeum abgehalten, dem eine große Parade folgte. Den zahlreichen Einladungen an Städte des Auslandes waren viele Vertreter derselben gefolgt, namentlich aus Deutschland und Frankreich. Aus Berlin war Oberbürgermeister Dr. Kirschner erschienen.

Der bekannte Panlawistenführer und langjährige frühere Leiter des Slawischen Wohltätigkeitsvereines Graf Ignatieff erhielt Ende Februar den direkten Befehl des Kaisers, eine „Erholungsreise“ ins Ausland anzutreten. Diese kaiserliche Ungnade hatte er sich namentlich dadurch zugezogen, daß er im Slawischen Wohltätigkeitsverein einen Vortrag über den letzten russisch-türkischen Krieg gehalten und behauptet hatte, Rußland sei damals nicht vorsichtig genug gegen England und Deutschland gewesen; noch mehr aber durch die Enthüllungen in der bulgarischen Sobranje, aus denen hervorging, daß Ignatieff während der vorjährigen Schipkaseier ein Doppelspiel getrieben hatte und, indem er öffentlich die Aufrechterhaltung der Ordnung für notwendig erklärte, im geheimen aber die bulgarischen Minister und die Führer des mazedonischen Komitees zur Fortsetzung des Aufstandes angeeifert hatte.

In letzter Zeit haben die Polen mehrfach versucht, auf die Deutschen dadurch einzuwirken, daß sie ihre Vereinigung mit den Russen ankündigen. Daran ist schon darum nicht zu denken, weil den

Russen dergleichen gar nicht in den Sinn kommt. Die Russen sehen ihren Polen stark auf die Finger, namentlich auch der polnischen Geistlichkeit, von der man neuerdings eine genaue Kenntnis der russischen Sprache verlangt, sonst werden sie einfach wieder in die Reihe der Seminaristen zurückversetzt. Man ist auch in neuerer Zeit dem geheimen polnischen Nationalkomitee in Warschau auf die Spur gekommen und die Beobachtungsmaßregeln sind verschärft worden. Die Besiedlung polnischen Landgebietes mit russischen Bauern, nach dem Muster der preussischen Ansiedlungskommission, wird namentlich in Littauen eifrig betrieben.

In Rußland zeigt sich eine immer mehr anwachsende antisemitische Bewegung, die zum Teil darin Nahrung findet, daß bei allen Unruhen jüdische Elemente stark beteiligt sind oder an der Spitze stehen. Man traut auch den jüdischen Refruten zu, daß hauptsächlich sie sozialdemokratische Ideen unter die Soldaten einschleppen. Wie überhaupt im Osten, kommt es in Rußland bei solcher Stimmung häufig zu Judenrazellen, die im vergangenen Jahre am 19. und 20. April in Kischinew in einem Umfang und mit einer Roheit stattgefunden haben, die alles bisher Dagewesene überschritten haben müssen. Es ist zu wirklichen Meutereien gekommen, wenn auch die von Beteiligten herkommenden Berichte aus Furcht übertrieben und unterwegs bis zur Veröffentlichung in den Zeitungen noch stark ausgeschmückt worden sind und darum nicht für zuverlässig angesehen werden können. Wie wenig stichhaltig dergleichen Nachrichten sind, geht daraus hervor, daß ein Teil reinweg erfunden wurde, z. B. die Meldung über Judenmeutereien Ende September in Mohilew, von denen kein Wort wahr war. Dagegen waren in Homel am 11. und 14. September große Schlägereien zwischen Russen und Juden vorgekommen, wobei auch dem Militär Widerstand geleistet wurde. Der Gouverneur von Bessarabien wurde abberufen und sein Nachfolger, Fürst Urussow, versicherte die Juden seines Schutzes, der Bischof von Kischinew wies auf höhere Anordnung seine Geistlichen an, darauf hinzuwirken, daß der religiöse Haß gegen die Juden schwinde. Am 21. Dezember wurde nach langer Gerichtsverhandlung das Urteil über die Vorgänge in Kischinew gefällt, wonach gegen zwei Hauptbeschuldigte auf sieben und fünf Jahren Zwangsarbeit, gegen 22 Angeklagte auf ein bis zwei Jahre Dienst in der Arrestantenkompagnie und gegen einen auf sechs Monate Gefängnis erkannt wurde.

Skandinavien.

Schweden und Norwegen. Unmittelbar nach seinem 74. Geburtstage (21. Jänner) sah sich König Oskar genötigt, sich auf einige Zeit von der Regierung zurückzuziehen und dem Kronprinzen die Regentschaft zu übertragen. Im Juli wurde der Kriegsminister Crusebjörn durch den Oberst Virgin ersetzt, der bisher im

öffentlichen Leben noch nicht hervorgetreten ist, von dem man aber die Lösung einiger schwieriger Aufgaben für das Heer erwartet, darunter die Ausdehnung der Wehrpflicht für die Infanterie auf zwölf Monate, da acht Monate nicht genügen, wie auch Crusebjörn stets betont hatte. Am Anfang November wurde die von der Wahlrechts-

kommission ausgearbeitete Wahlreform der Regierung übergeben und soll im Jänner dem Reichstag zugehen. Sie stellt ein sehr verwickeltes System mit Listen- und Verhältniswahlen dar. In der Konsulatsfrage ist mit Ende des Jahres zwischen Schweden und Norwegen ein Übereinkommen zu stande gekommen. Schon im März hatten sich die Unterhändler dahin geeinigt, das bisher gemeinsame Konsulatswesen in ein schwedisches und ein norwegisches zu trennen, die Diplomatie gemeinsam zu lassen und das Verhältnis der neuen Konsuln zu ihr durch gleichlautende Gesetze zu regeln. Am 11. Dezember fand dann in Stockholm eine gemeinsame Sitzung des schwedischen und des norwegischen Staatsrates statt, in der der Minister des Äußern darüber berichtete und vorschlug, man möge die beiden Staatsräte mit den Verhandlungen auf der vereinbarten Basis betrauen, welchem Vorschlage die Staatsräte zustimmten. Nachdem der König eingewilligt hatte, haben die Staatsräte mit den Verhandlungen begonnen. Da dazu auch Verabredungen mit dem Auslande über die Stellung der besonderen Konsuln gehören, dürfte vor dem Jahre 1905 die Angelegenheit nicht zur parlamentarischen Verhandlung kommen. — Wegen der Konsulatsfrage war Anfang Juni der norwegische Verteidigungsminister Stang, der gegen jede Verhandlung mit Schweden war, aus dem Ministerium ausgeschieden und durch den Ingenieurhauptmann Hefstye ersetzt worden. Im September fanden die norwegischen Storthingswahlen statt, welche die bisherige Zweidrittelmajorität der demokratischen Regierungspartei in eine Minorität verwandelten. Die Rechte mit der verbündeten liberalen Linken zählt 63. Sitze, während die radikale Linke samt vier Sozialdemokraten nur 54 erreicht hat. Die Wähler scheinen dahintergekommen zu sein, daß die Selbständigkeitsgelüste der Führer doch für Norwegen sehr kostspielige Folgen haben, dadurch sind die Radikalen, die schon als Vortruppe der Sozialdemokraten zu erkennen waren, um die Herrschaft gekommen, die sie seit zwölf Jahren besaßen. Unter den Gegnern der Union haben die Wahlen furchtbar aufgeräumt, das Ministerium Vlehr hatte sich schließlich unmöglich gemacht dadurch, daß der Justizminister Aarstad, um die Mehrheit für die Radikalen zu retten, sich in Larvik als Kandidat der Sozialdemokraten aufstellen ließ. Am 19. Oktober wurde der neuewählte Storting durch den König mit einer Thronrede eröffnet, am nächsten Tage konstituierte sich das neue Ministerium Hagerup, das aus fünf Mitgliedern der Rechten und fünf Mitgliedern der gemäßigten Linken besteht, zum Teil alte, erprobte Kräfte, in jedem Falle aber eine ansehnliche Summe praktischer Tüchtigkeit darstellt. Der Storting verwarf einstimmig den Grundgesetzworschlag auf Ausdehnung des Stimmrechts für die Frauen und nahm den Gesetzentwurf, der den Walfischfang an der Küste der drei nördlichen Ämter des Landes vom 1. Februar ab auf zehn Jahre verbietet, an.

Dänemark. Der Reichstag hat von Jahresanbeginn bis zum 13. Mai fleißig gearbeitet, im Folkething merkte man den Systemwechsel nach dieser Richtung deutlich, wenn auch die Sozialdemokraten bei

jeder Gelegenheit ihre besonderen Ansichten geltend machen wollte. Zu den wichtigsten Ergebnissen zählt die Steuerreform und die Ablösung des Zehnten. Für die dänische Landwirtschaft bringt das gegen den einstimmigen Willen der städtischen Vertreter erreichte Ziel eine gerechtere Verteilung der Steuern und eine Entschädigung für das harte Auspressungssystem, wie es früher der Bauernstand durch die Zehntabgaben erlitten hat. Von Bedeutung, wenn auch für Nichtdänen von geringerem Interesse, sind die Gesetze auf dem Gebiete der Kirche, die Zivilehe scheiterte aber im Landsting am Widerstand der Rechten, die Rechtsreform kam in dieser Kammer nicht über die erste Lesung hinaus, im Folkething war sie mit großer Mehrheit angenommen worden. Von Bedeutung waren noch das Gesetz über die Rechte der Verfasser und Künstler, sowie das Gesetz über die höheren Lehranstalten, das u. a. auch für das akademische Studium neben der humanistischen und mathematisch-naturwissenschaftlichen Richtung noch eine neupracheinführt. — Am 2. März überraschten die Sozialdemokraten in Kopenhagen die Stadt mit der Wahl ihres Kandidaten, des früheren Anstreichers und jetzigen Vorsitzenden der Fachvereine, J. Jensen, zum Bürgermeister, dank der Lässigkeit der Bürger. Diese rächten sich dafür bei den Stadtverordnetenwahlen und schüttelten das immer drückender werdende Joch der Sozialdemokratie ab, und da die Sozialdemokraten darüber böse wurden, kündigten ihnen die Liberalen die Freundschaft für die Folkethingwahlen am 15. Juni, die Sozialdemokraten erlitten aber nicht die entsprechende Einbuße. Anfang Oktober wurde der Folkething mit einer Thronrede eröffnet. Das Budget wies noch ein geringes Defizit auf, aber der Finanzminister erklärte, die Lage habe sich gebessert. Von weiterem Interesse ist eine Vorlage über den Wiederaufbau des Schlosses Christiansborg, das 1884 niederbrannte und als gewaltige düstere Ruine mitten in Kopenhagen jedem Fremden auffällt. Es soll zu Repräsentationszwecken für den König sowie für den Reichstag wieder aufgeführt werden. — Am 15. November beging König Christian IX. sein vierzigjähriges Regierungsjubiläum, seinem Alter und seinen Neigungen gemäß in stiller Zurückgezogenheit auf Schloß Fredensborg, aber das ganze dänische Volk feierte in Liebe und Dankbarkeit den König, von dem man anfangs so wenig erwarten zu können vermeinte und ihn in den Krieg mit Deutschland zwang, und der doch unendlich viel für sein Volk getan und es an gefährlichen Klippen vorbei und durch oftmals kritische Zeiten geführt hat. Wenn Dänemark heute verhältnismäßig einig in nationalen Fragen erscheint und einen hohen Grad von Wohlstand erreicht hat, so darf sich der König ein gutes Teil des Verdienstes dafür beimessen. Auch im Ausland nahm man großen Anteil an der Feier, der deutsche Kaiser und der König von England hatten besondere Gefandte dazu entsendet. — Im Folkething brachte das Ministerium im November eine Reihe von beachtenswerten Vorlagen ein, darunter ein Gesetz über das Gemeindefinanzrecht mit direkter Wahl, das schwerlich vom Landsting angenommen werden wird, ein Gesetz über Anwendung der Prü-

gelstrafe bei Roheitsvergehen und ein Gesetz über Darlehen zur Schaffung von Landparzellen für Landarbeiter, zum Bau von Arbeiterwohnungen sowie für ländliche Vorschufsvereine. Den Abgeordneten des Reichstags wurden die Taggelder von 6 auf 10 Kronen erhöht, aber bloß für die Zeit bis zum 1. April, damit sie nicht in Versuchung kommen, die Tagung unnötig hinauszuziehen. — Der Vertrag zwischen den Vereinigten Staaten und Dänemark

über die Abtretung der westindischen Inseln ist am 24. Juli durch Ablauf seiner Gültigkeitsdauer erloschen, und die Vereinigten Staaten haben keinen Versuch gemacht, ihn zu erneuern. Der Gouverneur der Inseln, v. Hedemann, wurde durch Nordlie ersetzt, dem Reichstag wird eine Vorlage über die Errichtung einer Bank auf St. Thomas mit dem Rechte der Notenausgabe zugehen.

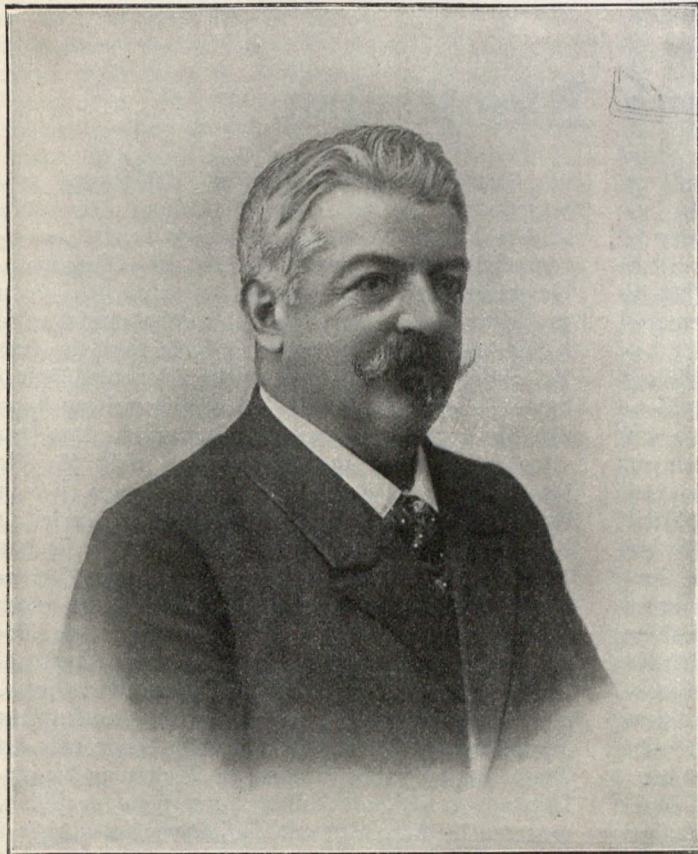
Mittel- und Kleinstaaten.

Holland. Das erste Vierteljahr wurde von dem großen Eisenbahnarbeiterausstand beherrscht, infolgedessen Ende Jänner der Verkehr zeitweilig vollkommen stockte. Die Ausständischen wollten damit den Ausstand der Hafenarbeiter unterstützen, und nach den ersten Erfolgen wurde eine allgemeine Arbeitsniederlegung vorbereitet. Die Regierung beschloß darauf, ein Gesetz einzubringen, nach welchem die gemeinsame Niederlegung der Arbeit bei Eisenbahn-, Post- und Telegraphenbeamten, sowie bei städtischen Gasarbeitern, Straßenbahnbeamten u. als Vergehen bestraft werden sollte, und sie ließ sich auch durch die Drohung mit dem Generalstreik nicht einschüchtern. Als am 6. April wirklich der allgemeine Ausstand ausbrach, hatte sie ihre Vorkehrungen getroffen, beide Kammern nahmen unter dem Drucke der Verhältnisse die Regierungsvorlage mit großer Mehrheit an, und die sozialdemokratischen Führer waren jetzt zu Verhandlungen bereit, während die Anarchisten zu Gewalttaten anreizten, aber die Mehrzahl der Arbeiter wollte selbst nicht mehr mitmachen, und das „Schutzkomitee“ der ausständigen Arbeiter mußte sich am 12. April auflösen. Der Versuch, dem Lande die Diktatur der Arbeiterführer aufzuerlegen, war damit vollkommen gescheitert. — Die Königin Wilhelmina eröffnete am 15. September die Generalstaaten mit einer Thronrede, die sich sehr zuversichtlich aussprach, obwohl das Budget ein Defizit von 12 Millionen, allerdings 6 Millionen weniger als im Vorjahre, auswies. Der Finanzminister hielt wegen der erwarteten Höhereinnahmen nach der Reform des Zolltarifs keine neuen Steuern für notwendig. — Die von mehreren holländischen Handelskammern in Anregung gebrachte deutsch-niederländische Postkonvention ist nicht vorwärts gerückt, weil sich die beiden größten Handelskammern von Rotterdam und Amsterdam dagegen gewendet haben. Der Grund dafür ist die geheime partikularistische Angst vor Deutschland. — Die Unterwerfung der Atjeher auf Sumatra hat im Verlaufe des Jahres weitere Fortschritte gemacht und scheint beendigt zu sein. Die Entwicklung von Niederländisch-Indien befindet sich in unverkennbarem Aufschwung.

Belgien. So wenig König Leopold II. durch sein Privatleben und die Skandale mit seinen familienangehörigen Sympathien erworben hat, so wenig wird ihm im Inlande wie

im Auslande große politische Befähigung abgesprochen. Da ihm die Verfassung das Mittel der Thronrede nicht gewährt, so benützt er andere Gelegenheiten, um Ansichten und Maßregeln, die er für sein Land ersprießlich hält, an den Mann zu bringen. Er betonte beim Neujahrsempfang die notwendige Heeresreform, eine starke Handels- und Kriegsflotte zur Unterstützung der kolonialen Bestrebungen, durchgreifende Arbeiterschutzgesetzgebung und die Bekämpfung der Branntweinpest. Das sind alles sehr notwendige Dinge, aber nicht für die belgischen Parteien, die nur darauf sinnen, sich in der nützlichen Stellung der herrschenden Partei zu behaupten oder sie zu erringen; das ist für sie das Wohl des Vaterlandes. Um den persönlichen Heeresdienst, den in Belgien weder die Klerikalen noch die Liberalen mögen, zu umgehen, hatte die Regierung im vorigen Jahre ein Heeresgesetz durchgebracht, welches auf bezahlten Freiwilligen fußte. Statt aber um 400, war unter 1000 Franken kein Freiwilliger zu haben, und die Folge davon war ein Defizit, zu dessen Beseitigung die Regierung die Erhöhung der Branntweinsteuer um 50% vorschlug, wogegen die Liberalen und Sozialdemokraten obstruieren und die Annahme verzögerten. Trotzdem hat sich der Kriegsminister genötigt gesehen, aus Ersparungsrücksichten zahlreiche Mannschaften zu beurlauben, so daß selbst nicht einmal mehr der ordentliche Wach- und Kasernendienst verrichtet werden konnte. Anfang November mußte jede Übung des 13. Infanterie-Regiments eingestellt werden, weil es nur noch aus 40 Offizieren und 96 Mann bestand. Unter diesen Umständen war natürlich auch für eine Kriegsflotte nichts zu haben, und König Leopold reiste nach Paris, Wien und Berlin, um für seine Schöpfung, den Kongostaat, diplomatische Unterstützung zu suchen, da die Begehrlichkeit Englands nach einem Anlaß sucht, gegen dieses schlecht beschützte, aber gewaltige und ergiebige Kolonialgebiet vorzugehen. Die Kammer beriet drei Tage über die durch die Beschwerden Englands gegen die Kongoregierung geschaffene politische Lage und beschloß ein Vertrauensvotum für den König und die Regierung, von dem sich nur die Sozialdemokraten ausschlossen. Vorläufig hat der englische Vorstoß gegen den Kongostaat keinen diplomatischen Erfolg gehabt. — Am 16. Juli hat die Kammer mit 71 Stimmen bei 57 Enthaltungen das Unfallversicherungsgesetz angenommen, das aber durch

die zahlreichen, sich zum Teil widersprechenden 124 Amendements wahrscheinlich unbrauchbar geworden ist. — Bei den Gemeindevahlen im Oktober hatten diesmal die Linksradikalen auf das Bündnis mit den Sozialdemokraten verzichtet, was ihnen namentlich in den wallonischen Provinzen, wo sonst die Sozialdemokraten ausschlaggebend gewesen waren, erhebliche Wahlsiege einbrachte. — Die vlämische Bewegung in Belgien nimmt zwar zu,



Robert Comte, der schweizerische Bundespräsident für 1904.

und es kommen selbst in der Kammer Tage vor, an denen nur vlämisch gesprochen wird, doch findet die Bewegung bei der Regierung keine Stütze, und solange sich die Vlāmen noch in Parteien scheiden und nicht national geschlossen vorgehen, wonach sie die Mehrheit hätten, werden sie keinen durchschlagenden Erfolg erzielen. — Am 21. Juli starb in Brüssel der Geniegeneral Brialmont, dessen Ruf als Festungsbauer in allen Ländern feststand, im Alter von 82 Jahren. Seinen Ruhm begründeten die Festungswerke von Antwerpen und die Maasbefestigung. Er ist auch der Urheber der Befestigungswerke von Bukarest und Konstantinopel.

Luxemburg. Auch in der kleinen Kammer des Großherzogtums waren die üblichen parlamentarischen Mißstände eingerissen, so daß nach der „Luxemburger Zeitung“ nicht nur einzelne unparlamentarische Ausdrücke und Auftritte, sondern auch „das endlose Gewäsch, das sich uferlos wiederholt und in dem nur ganz dünne und sporadische Gedankenbrocken schwim-

men“, eine Verschärfung des Kammerreglements empfahlen. Das läßt tief blicken. — Die Regierung hatte der Kammer u. a. den Vertrag über den Betrieb der Wilhelm-Luxemburg-Bahn durch das Deutsche Reich und die Zugehörigkeit des Landes zum Zollverein bis Ende 1959 vorgelegt, und Staatsminister v. Eyschen sagte dazu, Luxemburg könne den Tag segnen, der ihm diesen Vertrag gebracht habe. Die Kammer nahm ihn nach dreitägiger Debatte am 26. März einstimmig an. Sie begann auch fast ausschließlich deutsch zu verhandeln, und der Abg. Dr. Welter bemerkte dazu: „Wir sind ein deutschredendes Volk und neun Zehntel unserer Mitbürger verstehen die französische Sprache überhaupt nicht.“ Das Budget belief sich in den Ausgaben auf 13,121.000, in den Einnahmen auf 12,674.000 Franken. Da die Einnahmen sehr vorsichtig abgeschätzt worden sind, glaubt man, ohne Fehlbetrag auszukommen. In den Einnahmen stand zum erstenmal die vom Deutschen Reich an Luxemburg erstattete Jahresrente von 500.000 Franken, die zur Rückzahlung der 8 Millionen zu leisten ist, die das Land bei dem Bau der Wilhelm-Luxemburg-Bahn gewährt hatte. Die Rente soll zur Tilgung der Staatsschuld verwendet werden. Die Kammer beschloß im Dezember die Einführung der mitteleuropäischen Zeit, obgleich vorher in der Stadtverordnetenversammlung ein Sozialdemokrat für die Ortszeit, den „letzten Feigen unserer Nationalsache“, eingetreten war, und regte die Einführung der Alters- und Invalidenversorgung nach dem deutschen System an.

Schweiz. Im März fand die von den Freihändlern und Sozialdemokraten mit Eifer betriebene Volksabstimmung (Referendum) über den neuen Zolltarif statt, die 330.000 Stimmen dafür und 220.000 dagegen ergab. Am 25. Oktober wurden in drei Volksabstimmungen die von 57.000 Bürgern geforderte Abänderung der Verfassung, wonach für das Verhältnis der Vertretung der Kantone im Nationalrat nur die Zahl der Schweizer Bürger, mit Ausschluß der Ausländer, maßgebend sein soll; ferner das Bundesgesetz über Bestrafung der Anstiftung oder Verleitung Militärpflichtiger zu Vergehen, schließlich die von der Bundesversammlung beantragte Revision der Bestimmungen über den Kleinhandel mit geistigen Getränken — verworfen. — Am 18. September wurde der Handelsvertrag mit Italien gekündigt, was in Italien übelgenommen wurde. Die Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland begannen im Oktober. — Im August entstand wieder einmal Lärm über die Befestigung der Tullinger Höhen gegenüber Basel durch Deutschland. Die ersten Blätter beruhigten aber bald durch die Mitteilung, die dort vorgenommenen Vermessungen dienten bloß zu Wegebauten, die allerdings im Falle eines Krieges die Anlegung von Feldbefestigungen erleichtern würden. — Der große Andrang russischer Studenten und Studentinnen, namentlich an der Uni-

versität in Bern, führten zu einer Verschärfung der Aufnahmebedingungen. — Der Vertrag über den Ankauf der Jura-Simplonbahn durch die Eidgenossenschaft für 104 Millionen Franken in $3\frac{1}{2}\%$ prozentigen Staatsobligationen wurde, nachdem Italien seine Bedenken wegen der Übertragung der Konzeption auf der italienischen Strecke hatte fallen lassen, obgleich zahlreiche Stimmen, namentlich gegen die Höhe des Kaufpreises, laut geworden waren, am 16. Dezember vom Nationalrat mit 98 gegen 35 Stimmen angenommen. Trotzdem wurde im allgemeinen der Vertrag nicht als besonderer diplomatischer Erfolg gepriesen. — Am 17. Dezember wählte die vereinigte Bundesversammlung zum Bundespräsidenten für 1904 den bisherigen Vizepräsidenten

Comtesse-Neuenburg. — Am 17. Juni nahm der Nationalrat mit 97 gegen 22, und am 28. Juni der Ständerat mit 27 gegen 11 Stimmen den Beschluß an, durch welchen 21,700.000 Franken zur Neubewaffnung der Artillerie mit 75 Zentimeter Rohrrücklaufgeschützen, System Krupp, bewilligt werden. Die Versuche mit Feldhaubitzen und Gebirgsgeschützen sind noch nicht abgeschlossen. — Gewisse lebhaftere Erörterungen in der Presse und im Parlament über Mißstände in der oberen Heeresleitung führten im April zum Entlassungsgesuch des Waffenchefs der Kavallerie, Oberst Markwaller, und im November zu dem des Waffenchefs der Infanterie, Oberst Hungerbühler.

Die Pyrenäische Halbinsel.

Spanien. Das Jahr 1903 hat für das Land keinen Fortschritt gebracht, alles befindet sich noch in denselben aussichtslosen Zustände wie vor zwölf Monaten. Höchstens ist die Verwirrung noch größer geworden, denn die Führer der beiden, zwar vollständig überlebten politischen Parteien, die aber doch wenigstens noch einen gewohnheitsmäßigen Halt boten, Sagasta und Silvela, sind vom politischen Schauplatz abgetreten, der eine durch den Tod, der andere freiwillig, dagegen hat sich die republikanische und revolutionäre Propaganda mehr als gut ist vorgeedrängt. Gefährlich scheint sie nun nicht gerade zu sein, denn die Zeit der Pronunciamentos der Generale hat offenbar ihr Ende erreicht. Die Monarchie steht allerdings bloß auf den beiden Äugen des Königs; sollte er ohne Leibeserben sterben, so wäre die mit dem unpopulären Grafen von Caserta verheiratete und ebenso unbeliebte Prinzessin von Asturien die Erbin des Thrones, der dann kaum Stürmen entgehen könnte. Das durch die parlamentarische Korruption seit Jahrzehnten aufgewühlte Volk ist unter Umständen zu allem fähig, nur nicht zu dem, was ihm frommt. Die aus Frankreich eingeschleppte antiklerikale Bewegung, anarchistische und sozialdemokratische Agitationen wirken weiter zersetzend. Nur kurze Zeit war es dem konservativen Ministerium Silvela gelungen, standzuhalten. Die Minister des Krieges, der Marine und der öffentlichen Arbeiten hatten an den Finanzminister Villaverde, die bedeutendste Kraft des Kabinetts, so hohe Anforderungen gestellt, daß er vorzog, zurückzutreten, da das ausgefogene Land soviel nicht aufzubringen vermag, um so mehr, da nach uralter Übung die geistlichen Ordensniederlassungen steuerfrei sind. Villaverde des Rücktritts erschlitterte den Kredit des Landes in hohem Maße, und die Republikaner schlossen sich in Voraussicht naher Wahlen unter der Führung Salmerons eng zusammen. Diese fanden im April statt, brachten zwar die übliche Zweidrittelmehrheit für die wahlmachende Regierung, aber auch zahlreiche Republikaner, namentlich in Madrid und in den größeren Städten,

in die Kammer. Der Minister des Innern, Maura, stellte deshalb sein Portefeuille zur Verfügung, und Ministerpräsident Silvela hielt es für nötig, sich eine besondere Vertrauensäußerung des Königs zu erbitten. Aber schon in der Mitte des Juli ging das Ministerium Silvela an innerer Spaltung zu Grunde. Den letzten Anstoß gab die ganz unerschwingliche Forderung von 700—800 Millionen Pesetas für die Flotte, obgleich Silvela die Sache dadurch schmackhaft zu machen gesucht hatte, daß er der Kammer das Trugbild eines Abkommens mit Frankreich über Marokko vorgemalt hatte. Der jetzt Kammerpräsident gewordene Villaverde war der Hauptgegner und wurde, als Silvela gestürzt worden war, sein Nachfolger. Er schien eine Zeit ehrlicherer Verwaltung zu verbürgen und gewann auch, trotz heimtückischer Anfeindung durch Silvela, in der Kammer immer mehr an Ansehen. Die Republikaner hatten aber inzwischen bei den Gemeindewahlen in den größeren Städten so bedeutende Erfolge erzielt, daß sie sich stark genug fühlten, auch in der Kammer kräftig aufzutreten. Sie legten die Budgetberatung durch Obstruktion lahm, fanden Unterstützung bei den anderen Minderheitsparteien bis in die Reihen der Regierungspartei hinein, für die zum Teil Villaverde zu ehrlich war, so daß dieser Ende November zurücktrat. Maura bildete das neue Kabinett, die Kammer bewilligte ihm die Abendsitzungen, die sie Villaverde abgeschlagen hatte, und so konnte das Budget durchgepeitscht werden. Aber die konservative Partei entbehrte des inneren Haltes, und mit den Liberalen und Radikalen verdarb es Maura vollständig, indem er den ehemaligen Bischof von Manila, Nozaleda, zum Bischof von Valencia ernannte, obgleich er allgemein als Urheber des Aufstandes auf den Philippinen und somit des Verlustes derselben angesehen wird. Unter diesen Umständen war die Verwirrung am Ende des Jahres größer wie zu Anfang, und den Gewinn aus dem von Haß, Neid und Eifersucht heraufbeschworenen Parteiverhältnissen haben allein die Republikaner. König Alfons XIII. ist noch jung und steht den

klerikalen Einflüssen seiner Umgebung noch nachgiebig gegenüber. Doch ist er wegen seiner Tätigkeit und Liebenswürdigkeit nicht unbeliebt. Ein Attentat eines gewissen Feito, der am 11. Jänner einen Schuß gegen die königlichen Wagen abfeuerte, war die Tat eines Narren. Der König siedelte Ende Juli nach San Sebastian über und besuchte am 30. August zwei dort angekommene russische Torpedoboote, wofür ihm der Zar mit einem herzlichen Telegramme dankte. Dann trat er eine Reise durch Navarra, Aragonien und Kastilien an, überall von der Bevölkerung in der herzlichsten Weise begrüßt. Fast am glänzendsten war der Empfang in Estella, einem alten Sitz der Karlisten. Auch die Republikaner hielten sich überall zurück. In der Hauptstadt von Aragonien, Saragossa, begrüßten ihn namentlich die Studenten mit großem Jubel, obgleich sie sich im April an den Unruhen, die an allen Universitäten stattfanden, auch lebhaft beteiligt hatten. An Unruhen war überhaupt kein Mangel, die sich meist gegen Klerikale richteten, aber auch von ihnen provoziert wurden. In Bilbao kam es dabei im Oktober zu heftigem Blutvergießen, woran es ja in Spanien nie gefehlt hat. In Bilbao brach später noch ein Zustand aus, bei dem größere Ausschreitungen vorkamen, so daß der Belagerungsstand verhängt werden mußte. Am 9. Dezember machte König Alfons seine erste Auslandsreise nach dem benachbarten Portugal, von wo er am 18. zurückkehrte. Politische Bedeutung hatte sie nicht.

Portugal. Nicht weniger erregt wie in Spanien ist die öffentliche Meinung in Portu-

gal, wo die Regierung vergeblich bemüht ist, der Finanznot zu steuern. Die Verkürzung der ausländischen Staatsgläubiger darf nicht zum zweitenmal angewandt werden, gegen die Konversion der inneren Anleihe wehren sich die einflußreichen Besitzer der Rententitel, Zölle und Steuern lassen keine Erhöhung mehr zu. Darum kamen während des Jahres zahlreiche Nachrichten über Revolten der Bevölkerung, die die Steuern nicht bezahlen kann, und von Soldaten, die ihre rückständige Löhnung verlangen. Es wird schließlich doch nichts übrig bleiben, als die Kolonien zu verkaufen, die zwar den Stolz der Portugiesen bilden, aber nichts einbringen. Der Ministerpräsident Hingez-Ribeiro opferte Ende April seinen Finanzminister und einige andere, um sich mit neuen Leuten zu umgeben. Den Besuch des Königs Eduard brachten viele Leute mit dem bevorstehenden Verkaufe der Kolonien in Verbindung, doch war später nicht mehr davon die Rede. Nur berichteten Lissaboner Blätter von einer Vereinbarung, nach der England den territorialen Besitzstand Portugals und seiner Kolonien garantiere, dafür aber das Recht haben solle, im Kriegsfall alle portugiesischen Häfen zu benutzen. Tatsächlich stehen die beiden Häfen Laurengo-Marques und Beira an der süd-ostafrikanischen Küste bereits unter englischer Verwaltung und werden auf englische Kosten ausgebaut. Die Manöver der englischen Flotte in den portugiesischen Gewässern im August, an denen auch König Karl teilnahm, gab jenen Gerüchten neue Nahrung. Der König wurde zum englischen Admiral ernannt.

Die Balkanstaaten.

Die mazedonische Frage. Den größten Teil des Jahres hat es nach den Zeitungsberichten gegihien, als sollte der von allen Kulturstaaten sorgsam gehütete Weltfriede am Balkan zu Grabe getragen werden. Die schon im vorigen Jahre hier ausgesprochene Ansicht, man möge die dortigen Vorgänge nicht zu tragisch nehmen, ist aber durch die Ereignisse bestätigt worden. Solange Österreich-Ungarn und Rußland es nicht zulassen wollen, werden sich dort keine Begebenheiten von irgend welcher politischen Tragweite zutragen; an den auch in den friedlichsten Zeiten nicht seltenen Kopfabsehneidereien, Totschießereien und Plünderungen wird es aber auch im Jahre 1904 nicht fehlen, sie werden sich möglicherweise zeitweilig steigern, weil sich solche landesübliche Dinge unter „patriotischem“ Vorwand feiner ausnehmen, aber sie sind doch bloß Lückenbüßer für politisch tatenarme Zeiten und werden gegenüber den in Ostasien sich vorbereitenden Entscheidungen bald auf das verdiente Niveau der Nichtbeachtung herabsinken. Eine Überzeugung wird wohl allgemein geteilt, daß die Herrschaft der Türkei in Europa sich nicht mehr auf die Dauer aufrecht erhalten lassen wird; seitdem sie selbst den seit Selim III. betretenen Weg ge-

mäßigter Reformen verlassen hat und nach dem anscheinend so günstigen Ausgang des Krimkrieges durch den Druck der Westmächte zu übereilten Reformen und in eine lieberliche Anleihewirtschaft gedrängt worden ist, scheint ihr Verfall nicht mehr aufzuhalten zu sein. Aber daß nun das immerhin noch reiche Erbe ohne weiteres den noch in tiefer Barbarei steckenden Bulgaren, Serben und Albanesen in die Hände fallen sollte, kann nicht im Interesse der europäischen Kulturstaaten liegen, und wenn der gegenwärtig überhitzte Kochtopf in Österreich sich abgekühlt hat, wird auch dort das politische Verständnis so weit Raum finden, um zu der Einsicht zu gelangen, daß im Südosten sich ein gewaltiges Kolonisationsgebiet zeigt, zu dem Bosnien und die Herzegowina bereits die Brücke geschlagen haben und über das sich auf dem Wege durch Österreich die europäische Kultur vorwiegend im deutschen Gewande ebenso verbreiten wird, wie im russischen Gewande über Sibirien und Turkestan nach Ostasien. Die Kleinen, von der Türkei halb oder ganz befreiten slawischen Stämme werden das aus eigener Kraft nie vermögen, denn sie haben wohl eine schon seit langen Jahrhunderten verklungene Geschichte, aber keine entwickelte Kultur hinter sich. Aus sich

heraus können sie in kurzer Zeit keine schaffen, sie sind einzeln und insgesamt zu schwach dazu, und was von außen aufliegt, bleibt oberflächlicher Laß. Das Drängen Europas nach Reformen ist insofern berechtigt, als die Langsamkeit des orientalischen Wesens des Antriebes bedarf, aber man sollte sich hüten, etwas zu verlangen, was im vollen Gegensatz dazu und zur orientalischen Kultur steht, denn ein guter Teil der dortigen Schäden ist die Folge von überstürzten Reformen. Für die viel verleumdete türkische Verwaltung hat General v. D. Goltz Worte voller Anerkennung, und die Justiz ist nicht schlechter als in Griechenland und in Bulgarien, aber die Sicherheit größer als dort. Da die Türkei nie daran denken wird, Mazedonien preiszugeben, so ist das Ziel der bulgarischen Wünsche auf ein Großbulgarien nur durch blutige Kämpfe zu erreichen. Es liegt darum im Interesse der Mächte, die Türkei gleicherweise zu Reformen anzuhalten, wie die Begehrlichkeit der Bulgaren zu zügeln. Im Februar löste nun die bulgarische Regierung wohl die mazedonischen Komitees auf und ließ einzelne Agitatoren festnehmen, aber die Hauptführer waren längst schon jenseit der Grenze. Das nach der Anwesenheit des Grafen Camdorff in Wien entworfene Reformprogramm Österreich-Ungarns und Rußlands fand die Zustimmung der Mächte und auch der Türkei. Es mußte nun darauf ankommen, ob letztere den Widerstand des Osmanentums, dessen historisches und religiöses Empfinden sich gegen diese Neuerungen durch Ausländer sträubte, überwinden werde, mit den mazedonischen Aufzählern konnte sie leicht fertig werden, obgleich die bulgarische Regierung, im Vertrauen auf die ihr von Tschernajeff geheim gemachten Mitteilungen, den Aufstand nach Kräften förderte, natürlich ohne sich dazu zu bekennen. Dagegen beschwerte sie sich in Wien, Petersburg und Paris über türkische Rüstungen, erhielt aber darauf eine so deutliche Antwort, daß sie schleunigst die Mobilmachung zweier Divisionen rückgängig machte. Am meisten erhoben die mohammedanischen Albanesen Protest gegen die Reformen, und im Orient nehmen solche Proteste zu leicht handgreifliche Gestalt an; Tatsache ist, daß während der Aufregung unter den Albanesen der neue russische Konsul Stscherbina in Mitrowitz von einem Albanesen verwundet wurde und an den Wunden starb. Der Mörder wurde auf Verlangen Rußlands hart bestraft, mit den Albanesen einigte sich die Pforte auf dem Wege der Verhandlung. Für das griechische Osterfest war von den Mazedoniern ein großer Aufstand angekündigt, aber es wurde nicht viel daraus. Man suchte darum durch Dynamit Schrecken zu verbreiten, und es wurden Dynamitattentate gegen die Bahnen wie auch in Städten verübt, u. a. in Saloniki, wo hauptsächlich das Gebäude der Ottomanbank als Opfer fiel. Damit kann man aber wohl Sensation erregen, nicht aber gegen ausreichende Truppen Erfolge erringen, und die Pforte hatte genug davon zur Stelle, sowohl gegen die Albanesen wie gegen die Mazedonier. Die anarchistischen Anschläge raubten aber den Mazedoniern auch noch die letzten Sympathien, die sie noch besaßen hatten, und als Fürst Ferdinand Anfang Mai in Paris er-

schien, um die Vermittlung Frankreichs beim Zaren für Bulgarien zu erlangen, wurde er kühl abgewiesen und in Wien konnte er keine Audienz erlangen. Bulgarien wurde von da an ungemein friedlich, und die Aktionskraft der bulgarischen Banden hatte ihren Höhepunkt schon Mitte Mai überschritten, die letzten hockbeinigen Albaneshäuptlinge waren verhaftet worden. Im Juni hatte die bulgarische Regierung die Dreistigkeit, Natschowsitch nach Konstantinopel zu senden mit dem Ansuchen, den auffälligen Elementen in Mazedonien eine Kontrolle über die Reformkommission und hohe Posten in der mazedonischen Eskalverwaltung zu verschaffen. Er hatte damit natürlich kein Glück, dagegen war die Spannung zwischen der Türkei und Bulgarien wieder so groß geworden, daß man im Juli abermals den Ausbruch der Feindseligkeiten ankündigte. Zudem flackerte die revolutionäre Bewegung von neuem auf, zuerst im Westen, dann im Vilajet Adrianopel, und Rußland und Österreich-Ungarn sahen sich darum wieder veranlaßt, einzugreifen. Es erfolgte der Besuch des Kaisers Nikolaus in Wien und darauf kam die Märzsteiger Reformnote, die von den beiden Botschaftern in Konstantinopel der Pforte mitgeteilt wurde. Inzwischen war auch ein zweiter russischer Konsul, Roskowssky, in Monastir, und zwar ebenfalls von einem türkischen Soldaten, ermordet worden, und es ging daraus hervor, daß die Türkei gegen die Wiederholung solcher Ereignisse keine Garantie zu bieten vermag. Da inzwischen auch die anderen Mächte die russisch-österreichische Note befürwortend angenommen hatten, blieb der Pforte nichts anderes übrig, als ihr nach einigem Zögern zuzustimmen. Allmählich erlahmte auch die Macht der Aufständischen, aber in Mazedonien sah man zum Teil grauenhafte Verwüstungen und in vielen Gebieten vernichtete Ernten. Die Haltung der Mächte war auf die Aufzählern auch nicht ohne Wirkung, denn sie mußten einsehen, daß ihnen von keiner Seite Hilfe werden würde. Woher übrigens die Gelder für ihre Bewaffnung etc. gekommen sind, ist nicht bekannt geworden. Das Märzsteiger Programm verlangte die Ernennung eines Stabes von europäischen Kommissären, Sekretären etc. zur Kontrolle des türkischen Generalinspektors Hilmi Pascha und die Bestellung europäischer Offiziere für die Polizei in Mazedonien. Die Pforte wehrte sich lange dagegen und schützte das Interesse ihrer Autrität vor. Unter dem Drucke der Mächte gab sie aber Stück für Stück nach und bequeme sich auch gerade am Jahreschluß, dem ihr vorgelegten Wunsche entsprechend, einen italienischen General zum Oberkommandierenden der mazedonischen Gendarmerie zu berufen.

Rumänien. Das Königreich Rumänien zeigt nach seinem länger als vierzigjährigen Bestande als Einheitsstaat, daß auch aus den verfahrenen Zuständen auf der Balkanhalbinsel etwas zu machen ist, wenn der weitstichtige Wille des Regenten und eine verständigen Erwägungen zugängliche Bevölkerung zusammenarbeiten. Der 70. Geburtstag Demeter Sturdzas, des Ministerpräsidenten und Führers der nationalliberalen Partei, wurde am 10. März festlich

begangen. König Karl richtete ein sehr anerkennendes Glückwunschschreiben an ihn, vom Kaiser Franz Joseph traf eine Glückwunschsdepesche ein, und der Kronprinz gratulierte persönlich. Am 4. April wurden die rumänischen Kammern nach einer sehr befriedigenden Sitzung durch eine königliche Botschaft geschlossen. Die Finanzverhältnisse des Landes haben sich vollkommen konsolidiert, eine Konvention mit den Donauuferstaaten hat ein ein-

tonte und die Aufstellung eines neuen Zolltarifs ankündigte.

Serbien. Die Unsicherheit der allgemeinen Verhältnisse in den Balkanstaaten und den Stand der dortigen Kultur kennzeichnet in grauenhafter Deutlichkeit der Königsmord, der am 11. Juni die Gemüter der ganzen gebildeten Welt aufs tiefste erschütterte. Soviel



Peter I., König von Serbien.

heitliches System für die Fischerei in der Donau bis über Preßburg hinauf gesichert. Im August weilte der König wieder in Ischl und traf dort mit dem Kaiser Franz Joseph zusammen. Aus rumänischen Quellen verlautete, daß dabei auch zwischen dem rumänischen Generalstabschef Coanda und dem österreichisch-ungarischen, Freih. v. Beck, Besprechungen über die Mitwirkung der rumänischen Armee zur Verhinderung eines kriegerischen Ausbruchs auf der Balkanhalbinsel stattfanden. Am 27. November wurde in Bukarest und in Tultscha der 25. Jahrestag der Einverleibung der Dobrußa festlich begangen. Am folgenden Tage wurden die Kammern mit einer königlichen Botschaft eröffnet, die namentlich die günstige Lage der Finanzen be-

Schuld auch der König Alexander und seine Gemahlin treffen mag, so war doch dieser Mord im Konak zu Belgrad, der noch dazu von den berufenen Schützern des Thrones ausgeführt wurde, eine Schandtat, die für ewig in die Tafeln der Weltgeschichte eingezeichnet bleiben wird. Die revolutionäre Bewegung im Offizierkorps richtete sich eigentlich weniger gegen den König Alexander, als gegen seine Gemahlin Draga, die schon durch die Art, wie sie den König zur Ehe veranlaßte, noch mehr durch die Geffizentlichkeit, mit der sie ihren Verwandten große Apanagen auf Kosten des Landes verschaffte, wie durch die Komödie ihrer Schwangerschaft das ganze Land der Lächerlichkeit ausgesetzt hatte, und schließlich durch die Dreistigkeit, mit

der sie die Thronkandidatur ihres Bruders *Čunjeviča*, eines unreifen, hochfahrenden Offiziers, betrieb, in den weitesten Kreisen unbeliebt geworden war. Durch den Staatsstreich vom 6. April, der die ursprüngliche Verfassung von 1869 wiederherstellte, war dem König die Regelung der Thronfolge ohne Widerspruch möglich geworden, und darum schritt ein großer Teil der Offiziere zur Verschwörung und dann zur Ermordung des Königspaares, da der König vollständig unter dem Einfluß seiner Frau stand. Daraus erklärt sich die grauenhafte Tat, ohne entschuldigt zu werden. Diese selbst hat in den Einzelheiten stark abweichende Darstellungen erfahren, aber es lohnt nicht, sich ausführlich mit diesen Scheußlichkeiten zu befassen. Vor die vollendete Tatsache gestellt, verhielt sich das serbische Volk auffällig ruhig, das Ministerium erklärte sich als provisorische Regierung, und Kammer und Senat wählten am 15. Juni einstimmig den Prinzen *Peter Kara-georgewitsch* zum König, der in Genf weilte und die Wahl annahm. Es sind hinterher viele Nachrichten verbreitet worden, die ihn einer intellektuellen Teilnahme am Königsmord beschuldigten. Daß er um die Bestrebungen zur Beseitigung der Dynastie *Obrenowitsch* gewußt hat, ist selbstverständlich, denn man mußte sich doch vergewissern, ob er König werden wollte; dagegen liegt kein stichhaltiger Grund oder Beweis für die Annahme vor, daß ihm von den Mordplänen etwas bekannt war. Dem König *Peter I.* wurde eine Begrüßungsdeputation nach Genf entgegengeschickt, er traf am 24. Juni in Belgrad ein, wurde mit großen Feierlichkeiten empfangen und leistete am folgenden Tage den Eid. Trotz des allgemeinen Abscheus über den Königsmord blieb den Mächten nichts anderes übrig, als die neugeschaffenen Verhältnisse anzuerkennen, um so mehr, da sich die Berufung des Königs *Peter* in aller Ruhe und unter Beachtung der gesetzlichen Formen vollzogen hatte. Bedenklicher war die Frage, wie der König mit den Verhältnissen fertig werden würde, und es war ihm auch bis zum Ende des Jahres nicht gelungen, Herr der Lage zu werden. Im Volke selbst machte sich eine starke Gegenströmung gegen die Herrschaft der Königsmörder geltend, die der König selbst nicht ohne weiteres beseitigen konnte. Es ist zu erwarten, daß daraus eine vollkommene Gesundung hervorgeht, um so mehr, da die Mächte die Bestrebungen des Königs nach dieser Richtung hin unterstützen. Am deutlichsten sprach dies Graf *Goluchowski* im Dezember vor den Delegationen aus, indem er ausführte, dem „Chef der zweiten nationalen Dynastie“ sei die Anerkennung nur zu teil geworden, weil man Serbien nicht der Anarchie habe überlassen wollen, es liege aber dem König *Peter* nunmehr ob, das durch den „fluchwürdigen Frevel“ tiefgeschädigte Ansehen Serbiens wieder zu heben und das Land zur normalen Entwicklung zurückzuleiten. Gegen Jahreschluß verließen sämtliche Vertreter der Mächte Belgrad, um nicht in die Lage zu kommen, bei den bevorstehenden Hoffestlichkeiten mit Königsmördern an einem Tische essen zu müssen. Die weiteren Vorkommnisse in Serbien sind ohne weiteren Belang. Der Gedanke einer serbisch-bulgarischen Verständigung, der wiederholt auftauchte,

ist bei dem Widerstreit der Interessen lediglich Zeitungsphantasie geblieben. Der Zwiespalt im Offizierkorps wegen des Königsmordes trat mehrfach hervor und führte Anfang September zu mehreren Verhaftungen, die aber bloß den Zweck hatten, weitere Agitationen zum Zweck der Selbsthilfe zu ersticken.

Montenegro. Infolge der lehtjährigen ungenügenden Ernte herrschte im Lande ein Notstand, und die bosnische Landesverwaltung erleichterte darum den Grenzverkehr, was man in Cetinje dankbar empfand. Aus dieser Ursache, sowie aus dem Umstande, daß Montenegro vollständig im politischen Fahrwasser Rußlands schwimmt, erklärt sich seine vollständige Zurückhaltung von den Balkanwirren. Außerdem hatte der Sultan die Zahlung einer montenegrinischen Schuld von 70.000 Pfund übernommen, um in dieser Form einige Grenzverletzungen zu vergüten, was den bedürftigen Finanzen des Landes sehr zu statten kam. Zu Ende des Jahres wurde das Kriegsministerium in vier Abteilungen neu formiert und Prinz *Mirko* zum Chef der Generalstabsabteilung ernannt.

Bulgarien litt das ganze Jahr unter dem Größenwahn seiner Agitatoren, denen Fürst *Ferdinand* keinen ernststen Widerstand entgegenzusetzen konnte und auch nicht mochte, weil er etwaige günstige Folgen der mazedonischen Bewegung gern getragen hätte. Das Ministerium *Danew* stand unter der durch *Ignatieff* hervorgerufenen Täuschung, daß Rußland gegen ein fait accompli nicht nur nichts einwenden würde, sondern es im geheimen sogar wünsche. Am 7. Februar starb der bekannte Staatsmann *Petko Karawelow* im 63. Lebensjahre, der sein ganzes Leben der bulgarischen Idee gewidmet und, wenn auch nicht ganz von orientalischen Ränken frei, sich stets reine Hände bewahrt hatte. Ende März trat das Ministerium *Danew* zurück, weil kein Kriegsminister zu finden war, der nicht die sofortige Mobilisierung verlangt hätte. Erst im Mai konnte das gemäßigte Ministerium *Petrow* gebildet werden, das gelegentlich ein wenig mit dem Säbel rasselte, um der Volksstimmung zu schmeicheln, auch wurden über Belgrad Gerüchte verbreitet, Fürst *Ferdinand* wolle abdanken, als er Ende Juli, wie alljährlich, zum Todestage seines Vaters nach Koburg abreiste und bis Ende August im Auslande blieb. Am zweiten November fanden die Wahlen zur Sobranje statt, die der Regierung eine große Mehrheit brachten. Um Bulgarien bei der Stange zu erhalten, ließ Rußland Anfang Dezember an die ostrumelische Kriegsschuld erinnern, deren Bezahlung Bulgarien für 1903 versprochen hatte.

Türkei. Am 9. Jänner trat der Großwesir *Said Pascha* zurück, wie es hieß, aus Gesundheitsrücksichten, in Wirklichkeit aber wegen der Zerwürfnisse mit dem Kriegsminister *Riza Pascha* in bezug auf die Armeeverpflegung, die *Said Pascha* modernisieren wollte. Er war sechsmal Großwesir, und sein Haupt-

verdienst besteht in dem Finanzabkommen von 1881, durch welches zwar der größte Teil der türkischen Einkünfte der Verwaltung der ausländischen Gläubiger (*Dette publique ottomane*) unterstellt wurde, aber die Türkei wieder eine gewisse Kreditfähigkeit erlangte. Sein Nachfolger *Ferid Pascha* ist ein Albanese, war bis vor kurzem Wali von Konia und inzwischen mit der Durchführung der Reformen für die europäischen Provinzen betraut worden. Seine Provinz gehörte zu den bestverwalteten des Reiches. Am 24. März starb der Marineminister *Hassan Husni Pascha*, einer der merkwürdigsten türkischen Staatsmänner. Er ließ trotz aller Geldaufwendungen die Flotte vollständig verfallen, wurde dabei ein schwerreicher Mann und blieb trotzdem fast ein Vierteljahrhundert Marineminister und Günstling des Sultans, dessen Onkel er war. Nachfolger wurde *Dschelal Bey*, der sich als Unterrichtsminister durch gute Verwaltung ausgezeichnet hatte; er ging auch in der verloderten Marineverwaltung schneidig vor, vom Flottenwesen versteht er freilich nicht viel. — Am 27. August zeigte der nordamerikan. Gesandte in Konstantinopel an, der amerikanische Vizekonsul *Magelssen* in Beirut sei ermordet worden. Die Nachricht stellte sich als Irrtum heraus, und auch der nachträgliche Versuch, aus einem harmlosen Vorfall einen Mordversuch zu machen, mißglückte. Trotzdem beauftragte die nordamerikanische Regierung das in Nizza liegende Geschwader, sofort nach Beirut abzugehen, und zeigte der türkischen Regierung an, sie würde, wenn in Konstantinopel das Leben nordamerikan. Bürger gefährdet würde, dorthin ebenfalls ein Kriegsschiff schicken, wie dies die europäischen Mächte tun. Darauf schien es den Vereinigten Staaten überhaupt anzukommen. Nach Ankunft des Geschwaders kam es in Beirut tatsächlich zu einem dort nicht ungewöhnlichen blutigen Zusammenstoß zwischen Christen und Mohammedanern, die wegen der Einmischung der europäischen Mächte in Mazedonien ohnehin schon aufgeregter waren. Der Wali wurde sofort abgesetzt und durch den energischen *Nasim Bey* ersetzt. Auch in Syrien kamen einige Ausschreitungen von Mohammedanern vor, was der nordamerikanischen Regierung die Gelegenheit bot, das erlittene Fiasco zu verbergen und ihre Schiffe weiter vor Beirut zu lassen. Auch im Vilajet Nemen dauerten die Unruhen, die von England geschürt werden, fort, und im Oktober wurden der Gouverneur von Assyr und einige türkische Offiziere und Beamte ermordet. In Hauran hatten sich die Drusen erhoben und wehrten der heiligen Karawane nach Mekka den Durchzug. Das tun sie wohl jedes Jahr, um von der Pforte Geld zu erpressen, aber diesmal waren sie von England aufgestachelt und darum hartnäckiger. Die von England und Rußland gleicherweise angefeindete *Bagdabahn* dürfte bald in Angriff genommen werden, nachdem sich am 12. Dezember die deutschen und französischen Banken-

gruppen über die Finanzierung geeinigt haben. In Mesopotamien wünscht man die Bahn dringend.

Griechenland. Die Vorgänge in Mazedonien, das die Griechen als ihr künftiges Erbe betrachten und den Bulgaren nicht gönnen, hatten plötzlich ein warmes Freundschaftsverhältnis mit der Türkei hergestellt. Dagegen waren die parlamentarischen Verhältnisse im Lande wieder höchst beklagenswert. Die Offiziere besitzen das aktive und passive Wahlrecht, und damit wird die Politik in die Armee getragen. Um dem einigermaßen zu steuern, war unter dem Ministerium *Theotokis* der Kronprinz zum Oberstkommandierenden ernannt worden, aber dem Ministerium *Deljannis* paßte diese politische Verkürzung seines Kriegsministers nicht und es wurde ein Gesetzentwurf vor die Kammer gebracht, durch welchen die Machtvollkommenheiten des Oberstkommandierenden erheblich eingeschränkt werden sollten. Der König nötigte infolgedessen den Kriegsminister *Limpritis* zum Rücktritt, *Deljannis* übernahm aber selbst das Kriegsministerium. Ende Juni trat das Ministerium indessen zurück, weil seine Mehrheit in der Kammer immer unsicherer wurde, und *Theotokis* wurde Ministerpräsident, worauf die Anhänger *Deljannis* in Athen Straßendemonstrationen hervorriefen, und die Kammer unter militärischem Schutze tagte. Da auch in der Provinz Unruhen wegen der Korynthenfrage ausbrachen, trat *Theotokis* am 8. Juli zurück, worauf *Kalli* Ministerpräsident wurde. Er verständigte sich mit dem Kronprinzen über die Oberkommandofrage, und die Kammer genehmigte das auf der Grundlage des früheren *Deljannis'schen* Entwurfes abgeschlossene Kompromiß, nach welchem das eigentliche Heer der unmittelbaren Kompetenz des Oberstkommandierenden, alles übrige dem Kriegsminister untersteht. — Am 31. Oktober waren es 40 Jahre, seitdem der dänische Prinz *Wilhelm* als *Georgios I.* den griechischen Thron bestiegen hatte. Er darf mit Genugtuung auf diese Zeit zurückblicken, denn er hat stets das Beste des Volkes im Auge gehabt und möglichst viel für die Erfüllung der nationalen Wünsche getan. Die Fehler, die gemacht worden sind, fallen auf die Parteiministerien, die nach der Verfassung nahezu unbeschränkt sind. — Ende November und Anfang Dezember gab es in Athen wieder Studentenkrawalle, weil die „*Orestie*“ des *Aischylus*, angeblich auf Betreiben der Königin *Olgä*, in neugriechischer Sprache aufgeführt wurde. — Am 16. Dezember gab *Kalli* seine Demission, weil er keine Mehrheit mehr hatte, dank der von *Deljannis* betriebenen Agitation. Der König betraute *Theotokis* wieder mit der Kabinettsbildung, der ein Geschäftsministerium bildete, das vorläufig in der Kammer eine Mehrheit fand.

Amerika.

Monroelehre und Präsident Roosevelt. * Verwaltung, Heer und Flotte. * Der Panamakanal. * Wirtschaftsleben und Arbeiterfragen. * Aus Mittel- und Südamerika.

Monroelehre und Präsident Roosevelt.

Das stoßweise Eingreifen des Präsidenten Roosevelt in die Weltverhältnisse, seine energische Vertretung des besonderen nordamerikanischen Volkstums und die Versuche der amerikanischen Riesenkapitalien, in Europa Gelegenheit zu gewinnbringenden Anlagen zu finden, lenken immer wieder den Blick auf die Riesenrepublik und das eigenartige, kräftige Treiben ihrer Bevölkerung. Von einer dringenden „amerikanischen Gefahr“ braucht man indessen doch nicht zu sprechen, denn das Land ist in seiner staatlichen Entwicklung noch zu weit zurück, um einem einigermaßen einigen Europa gegenüber zu mehr als zu einer passiven Widerstandspolitik fähig zu sein, wofür es seine vom Meer ebenso beschützte Lage in gleicher Weise begünstigt wie England. Der Verlauf der Venezuelafrage, in der doch bloß Deutschland, England und Italien gemeinsam vorgingen, hat die Nordamerikaner genötigt, zwar unter viel Zeitungslärm, aber doch mit sauerer Miene dem zuzusehen, was sich in „ihren Gewässern“ vollzog, man hütete sich weislich, die Monroelehre zu proklamieren, weil leicht ein geeinigtes Europa davon die Folge hätte sein können, und suchte Trost in den kurzschichtigen Tadeläußerungen, die englische und deutsche Blätter gegen ihre Regierungen richten zu müssen glaubten. Gewiß hat die Union unerschöpfliche Hilfsquellen, aber diese nützen nichts, wenn sie nicht zur politischen Verwendung organisiert sind. Was haben Frankreich seine unerschöpflichen Hilfsquellen genützt, obgleich es dazu eine Armee besaß, die noch kurz vorher als die beste gegolten hatte? Sie reichten aus, um die Kriegskosten und die ungeheuren materiellen Opfer des Krieges zu bezahlen, aber die geradezu vernichtende Niederlage konnten sie nicht abwenden. Weitblickende Politiker, wie Roosevelt, erkennen das auch und suchen ihr Volk zur praktischen Politik zu erziehen, aber praktische Politik und praktische Wirtschaft sind zwei sehr verschiedene Sachen.

Die sogenannte Monroelehre stammt eigentlich von John Quincy Adams, der Staatssekretär unter dem Präsidenten Monroe war und auch sein Nachfolger wurde. Ihr kurzer Inhalt ist das Verbot europäischer Gebietserweiterung auf amerikanischem Boden, auch in der Form des Austausches amerikanischer Kolonien unter europäischen Staaten. So sagen die Vereinigten Staaten, und manchmal nimmt ihre Presse den Mund noch etwas voller. Europa hat noch gar nichts dazu gesagt, es hatte auch noch keinen Anlaß dazu. Wenn es aber einmal in seinem Interesse liegt und es sich der Kraft dazu bewußt ist, wird es einen Krieg darum führen, da dergleichen Fragen nicht auf Haager oder an-

deren Friedenskongressen ausgetragen werden können. So weit sind aber die Dinge noch lange nicht gediehen und es war darum eine leere Renommade der nordamerikanischen Presse, während der Venezuelafrage mit der Monroedoktrin zu rasseln. Sie fand freilich Unterstützung und Stoff dazu in der erleuchteten Oppositionspresse Deutschlands und Englands, die ihren Regierungen vorwarf, sie hätten die Monroelehre anerkannt. Dazu lag gar kein Anlaß vor und die nordamerikanische Regierung hat vermieden, einen solchen heraufzubeschwören. Es handelte sich einfach darum, einmal einem der kreolischen Raubstaaten den Herrn zu zeigen und ihn daran zu erinnern, daß leichtsinnige Schulden bezahlt werden müssen. An Gebietserwerbungen — noch dazu dort — war gar nicht gedacht worden, und es fiel darum der Diplomatie leicht, nach dieser Richtung hin Versprechungen zu geben, ohne daß auch nur — auf beiden Seiten — die prinzipielle Seite der Monroelehre berührt wurde. Dergleichen zu vermengen, ist das unbestrittene Operationsfeld der journalistischen Agitation, aber nicht der Diplomatie, die für das Wohl des Landes verantwortlich ist. Präsident Roosevelt bekannte sich auch in seiner Rede am 2. April in Chicago zu dieser Auffassung der Monroelehre und betonte noch außerdem, das sei auch der Grund, weshalb die Vereinigten Staaten daran festgehalten hätten, den Isthmuskanal selbst zu bauen, um der Kontrolle einer auswärtigen Macht, was einer territorialen Besitzergreifung leicht gleichkomme, zu entgehen. In gleichem Sinne habe sich auch die Union in der Venezuelafrage benommen. Er bediente sich zwar, nach den Zeitungsberichten, der Redewendung, die Mächte hätten versichert, sie würden die Monroelehre nicht verletzen, hob aber die Tragweite dieser Behauptung sofort durch die Erklärung auf, die Monroelehre sei kein internationales Recht, er glaube aber, daß sie es eines Tages werde. Es wäre unklug, damit zu prahlen, aber man müsse eine kriegerische Macht schaffen, um ihr die nötige Achtung zu sichern. Dazu sei eine starke Marine nötig, nicht für Zwecke des Krieges, sondern als sicherste Garantie des Friedens. Er weiß natürlich ganz gut, daß die Proklamierung der Monroedoktrin den hartnäckigsten Widerstand Europas im Bunde mit Südamerika entfesseln würde, und darum betont er, man müsse für solche Fälle vorbereitet sein. Abriß machen sich in den Vereinigten Staaten bereits sehr vernünftige Stimmen dahin geltend, man möge praktisch die Monroelehre nur bis zum Isthmus ausdehnen, im übrigen aber die südamerikanischen Staaten laufen lassen, die von romanischem Gesindel, das die Nordamerikaner hasse, und von Mischlingen voll der rohesten Unwissenheit und Verkommenheit bewohnt seien. Für die große Masse der Nordamerikaner gilt freilich die Monroelehre als

politischer Glaubenssatz, hinter dessen Unbestimmtheit sich alle Selbstüberhebung und aller Fremdenhaß verbirgt. Dergleichen schafft aber keine politische Kraft.

Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß Roosevelt auf seine Wiederwahl hinarbeitet, was man ihm nicht übelnehmen kann, und er betreibt es mit Geschick und mit der für die Nordamerikaner nötigen Reklame. Er hat überhaupt die Gelegenheiten, die ihm das Leben bot, auszunützen verstanden, aber was er getan hat, muß nach dem allgemein geltenden Maßstab der Sittlichkeit gebilligt werden. Wenn auch seine Ideale nicht die höchsten sein mögen: er hält mit Zähigkeit an dem fest, was er sich vorgenommen hat. Er ist ein ungemein praktischer Kopf, und in seinem Wesen liegt gar nichts von dem Träumerischen, Poesievollen und Ehrfürchtigen, womit sich sonst die bedeutenderen Politiker der Union zu umgeben pflegen. Er sucht sich auf allen Seiten Freunde zu erwerben und zugleich den Gegnern zu zeigen, daß er sie durchaus nicht vor den Kopf stoßen will. So hat er es beispielsweise in den Fragen der Behandlung farbiger Beamter, der Trusts etc. gemacht. Am 1. April trat er mit landesüblicher Reklame seine Präsidentenreise nach dem Westen an, auf der er in zwei Monaten 22 Staaten und Territorien besuchte. Er sprach dabei über die Trusts, in bezug auf sie würden die Gesetze ehrlich und energisch ausgeführt werden, ohne daß man sich in die Geschäftstätigkeit einmischen werde, aber keine ungesetzhliche Handlungsweise würde geschont werden. Jeder Versuch, mehr zu erreichen, habe keinen Zweck, und man könne das Gedeihen der Trusts untergraben, zugleich aber auch das des Landes. Zur Zollpolitik äußerte er sich dahin, das Schutzollsystem müsse aufrecht erhalten werden, doch könnten einzelne Zollsätze geändert werden, wenn es notwendig sein solle. Amerika dürfe nicht durch einen Akt der Torheit seine wirtschaftliche Stellung preisgeben. Er sprach sich wiederholt für den Frieden aus, in Kalifornien betonte er, im Laufe des jetzigen Jahrhunderts müsse der Stille Ozean unter amerikanischen Einfluß kommen. In Huntington betonte er am 5. Juli ausdrücklich, Amerika brauche eine gute Flotte als billigste Friedensversicherung; eine andere Redewendung: Die Regierung sei weder eine Regierung durch den Pöbel noch durch die Plutokratie, und die Verbrechen der Hinterlist müßten ebenso streng bestraft werden, wie die der Gewalttätigkeit geahndet würden, richtete sich unverkennbar gegen die Mißbräuche der Trusts. Roosevelt war sich wohl bewußt, daß der Besuch des Prinzen Heinrich von Preußen sein persönliches Ansehen sehr gehoben und ihn bei den Deutschamerikanern beliebt gemacht hatte. Er unterließ darum nicht, dem Deutschtum entgegenzukommen, das ja bei den Wahlen von oft ausschlaggebender Bedeutung ist. Am 24. Februar veranstaltete er im Weißen Hause eine Musikunterhaltung, zu der die Spitzen der Washingtoner Gesellschaft und der New-Yorker Deutschen geladen waren und bei der das Deutsche Lied einen förmlichen Triumph feierte. Engelsbergs Chorlied „O Muttersprache, schön und weich“ mußte wiederholt werden. Das hinderte den „berühmten“

Admiral Dewey nicht, wenige Wochen darauf in New-York öffentlich zu äußern, die nordamerikanische Flotte sei „die machtvollste der Welt“ und werde „den deutschen Übermut in seine Schranken zurückweisen“. Die vorlaute Äußerung machte auf beiden Seiten des Ozeans mehr Aufsehen, als sie verdiente, aber Roosevelt versäumte nicht, den Unberufenen ad audiendum verbum zu zitieren, der natürlich alles anders gesagt oder gemeint haben wollte. Dewey hatte überhaupt keine Ursache, mit der Flotte viel zu renommieren, denn es war nicht unbekannt geblieben, daß verschiedene ihrer Schlachtschiffe für das Scharfschießen zu schwach konstruiert sind. Dergleichen Konstruktionsfehler können in allen jungen Flotten vorkommen, aber gerade darum war vielen Nordamerikanern die Besichtigung des „Kearsarge“ durch den Kaiser Wilhelm bei dem Flottenbesuch in Kiel unbehaglich; sie hatten eigentlich gar nichts gegen den ehrenden Besuch, fürchteten aber das scharfe Auge des Seemanns.

Die Deutschamerikaner des Ostens feiern alljährlich den „deutschen Tag“, die Erinnerung an die erste Einwanderung der Deutschen, nicht an allen Orten zugleich. Philadelphia feiert am 6. Oktober. Am 22. November feierte der Verband deutscher Vereine in New-York den Tag durch ein großes Fest in der Conventionshall. Einige Tage vorher empfing Roosevelt 150 Vertreter deutscher Vereine und bedauerte, daß ihm das persönliche Erscheinen unmöglich sei; er sprach sich ungemein anerkennend über das Verhalten der Deutschen bei der Einwanderung und während des Unabhängigkeitskrieges aus. „Jedes Einwanderungselement hat zum Nationalcharakter beigetragen, aber keinem schulden wir mehr als dem deutschen.“ Der Hauptredner in New-York, Dr. Anderson, betonte in seiner Rede, die Millionen deutscher Einwanderer und ihrer Nachkommen bildeten die beste Bürgschaft des Friedens zwischen Deutschland und Amerika, was Kaiser Wilhelm und Präsident Roosevelt längst anerkannt hätten. Am 10. November waren die dem germanischen Museum der Harvard-Universität bei Boston gestifteten Spenden des deutschen Kaisers, des Prinzen Heinrich und anderer Deutschen vom Freih. v. d. Busche-Haddenhausen übergeben worden, der in seiner Ansprache ausführte, es sei kein Zufall, daß die Vereinigten Staaten und Deutschland nebeneinander in der ersten Reihe ständen bei allen wichtigen modernen Fragen, denn sie seien verknüpft durch Bande gemeinsamen Ursprungs. Weniger Glück hatte Herr Staatssekretär Hay mit seinen Versuchen, in europäischer Politik zu machen. Er hatte in Abwesenheit Roosevelts auf die Anzeige des deutschen Kaisers, das nordamerikanische Geschwader werde in deutschen Häfen willkommen sein, mitteilen lassen, es solle überhaupt keine europäischen Häfen anlaufen. Vorher war angekündigt worden, es solle, wohl um England zu ärgern, an der portugiesischen Küste manövrieren, was nicht ohne Ironie gehört wurde. Hays Ungeschicklichkeit hatte Roosevelt, der im Westen jagte, sofort durch die telegraphische Ordre an den Geschwaderchef, nach Kiel zu gehen, gut gemacht. Das Fiasco des Geschwaders mit seiner Demonstration gegen die Türkei wegen angeblicher

Vorgänge in Beirut ist schon erwähnt worden, wurde aber noch überboten durch die schroffe Weigerung Rußlands, eine Note des Staatssekretärs Hay wegen der Vorgänge in Kischinew überhaupt entgegenzunehmen.

Auch andere Vorgänge waren geeignet, den Präsidenten Roosevelt im Vordergrund des Interesses zu halten. Es schien einige Zeit sogar, als sei man in der Union in Angst um seine Person wegen anarchistischer Gefahren. Schon im Februar verlautete ein Gerücht über einen Anarchisten Hinkel; kurz vorher hatte das Repräsentantenhaus einem Gesetz zum Schutze des Präsidenten zugestimmt, wonach jeder mit dem Tode bestraft wird, der dem Präsidenten oder einem Beamten, auf den die Pflichten des Präsidenten übergehen könnten, oder einem in Washington beglaubigten Gesandten nach dem Leben trachtet. Wer darauf hinielende Lehren verbreitet, wird mit Geldstrafe bis zu 5000 Dollars oder zu 20 Jahren Gefängnis bestraft. Anarchisten sind von der Einwanderung ausgeschlossen. Daß solche Gesetze notwendig waren, bewies im Mai ein anarchistischer Dynamitanschlag auf den Dampfer „Ambria“ der englischen Cunardlinie. Anfang September wurde ein Geistesgestörter, Weinbrenner, auf der Besichtigung Roosevelts verhaftet, er hatte angeblich die Tochter des Präsidenten heiraten wollen. Wenige Tage darauf wurde ein vor zwölf Jahren aus Deutschland Eingewanderter, Miller, in Syrakuse bei New-York verhaftet, der angeblich den Präsidenten hatte erschießen wollen, und am 27. November ein gewisser Deming, der verrückt zu sein schien und der sich an Roosevelt gedrängt hatte, um ihm ein Heilmittel für den Kaiser Wilhelm zu empfehlen. Daß Roosevelt so sehr persönlich hervortrat, erregte mehrfach Befürchtungen bei jener Sorte nordamerikanischer Republikaner, die in ihrer Angst in allem Neigung zum Monarchismus zu sehen glauben, dessen man auch schon seinerzeit einen Washington verdächtigt hatte.

Verwaltung, Heer und Flotte.

Am 4. März wurde der Kongreß geschlossen, nachdem er eigentlich sehr wenig geleistet hatte. Die Flottenvorlage, welche den Bau von sechs Schlachtschiffen bewilligt, ging noch im letzten Augenblick im Repräsentantenhause durch. Der Senat wurde mit einer mehrwöchigen Nachsitzung bestraft, weil die Gegner des Panamakanals den Vertrag mit Kolumbien obstruiert hatten. Am 7. Dezember wurde der Kongreß durch eine langatmige Botschaft des Präsidenten wieder eröffnet, in welcher die inneren Fragen den Hauptraum einnahmen. Die Erwähnung der äußeren Politik kam verhältnismäßig kurz weg und enthielt sich aller dabei sonst üblichen Großsprechereien; Monroe wurde nur als Schöpfer der nordamerikanischen Flotte genannt und dabei die Schaffung einer größeren Handels- und Kriegsmarine als notwendig bezeichnet. Auch der Panamakanal wurde nur mit dem Hinweise gestreift, die Vorlage werde dem Senat zugehen, und es handle sich jetzt darum, ob Amerika überhaupt einen Isthmuskanal haben werde oder nicht. Von den

inneren Angelegenheiten war die wichtigste die Bildung eines Departements für Handel und Arbeitsverhältnisse mit einem Bureau für die Verhältnisse der Trusts. Am 16. Dezember genehmigte der Senat den Gegenseitigkeitsvertrag mit Kuba und am 19. gingen beide Häuser in die Weihnachtsferien.

Das ganze Jahr hindurch beschäftigte sich die Presse mit ganz unerhörten Unterschlagungen in der Postverwaltung, obgleich der Generalpostmeister Payne, ein bekannter republikanischer Drahtzieher, bei der Untersuchung zu vertuschen suchte, was möglich war. Bei den Wahlen am 3. November siegten in New-York die Kandidaten des demokratischen Tammanyings, und Mac Clellan, der Sohn des bekannten südstaatlichen Generals im Sezessionskriege, wurde zum Bürgermeister gewählt an Stelle von Seth Low, der sich nicht bewährt hatte. Die übrigen Wahlen waren nicht von politischer Bedeutung. Die Entscheidung in New-York hatten die Deutschen gebracht. — Der Haß der weißen Rasse gegen die Farbigen ist wieder mit einer Schärfe zu Tage getreten, die einen guten Begriff davon gibt, wie wenig begründet die Ansicht Roosevelts ist, daß dieser Haß auch in den Südstaaten im Schwinden begriffen sei. Tatsächlich ist die Beimischung des schwarzen Elements an der Langsamkeit des Neuaufschwungs des Südens nach dem Sezessionskriege schuld. Hätte man damals gleich für die befreiten Neger umfassende Erziehungsmaßregeln ergriffen und sie ebenso unter Aufsicht genommen wie die Indianer, und dann nur dem herangebildeten, selbständig gewordenen Teile das Bürgerrecht verliehen, so wäre dem Süden wahrscheinlich dieser sozialpolitische Krebschaden erspart geblieben und es gäbe heute keine Negerfrage. Die Schwarzen sind in den Nordstaaten ebenso wie im Süden vollständig gesellschaftlich geächtet, und Roosevelt hat durch sein Eintreten für sie ihnen weniger genützt als geschadet. Von einzelnen Ausnahmen abgesehen, haben auch die Neger die politische und soziale Befreiung, die ihnen vor fast 40 Jahren zu teil wurde, nicht durch Leistungen gerechtfertigt. Es wird unter diesen Umständen begreiflich, wenn auch nicht entschuldbar, daß die Lynchmorde gegen Neger im Jahre 1903 erheblich zugenommen und in Evansville in Indiana zu einem förmlichen Straßenkampf geführt haben, so daß Militär aufgeboten werden mußte. Daß unter solchen Umständen im eigenen Lande Staatssekretär Hay Rußland wegen der Vorgänge in Kischinew Vorhaltungen machen wollte, läßt an Überhebung nichts zu wünschen übrig.

Für die Armee wurde die neue Einrichtung des Generalstabs nach den Plänen des Kriegsministers Root, eines tüchtigen Organisationsmanns, geschaffen. Der Generalstab soll sich vor allem mit der Landesverteidigung der Mobilmachung und allen Fragen der Schlagfertigkeit und Kriegstüchtigkeit des Heeres befassen. Die Stelle des höchstkommandierenden wurde nach dem Rücktritt des Generals Miles am 15. August nicht wieder besetzt, statt seiner wurde Generalleutnant Hounig als Chef des Generalstabs an die Spitze der Armee gestellt. Die zweithöchste Stelle erhielt Generalmajor Wood, ein Freund Roosevelts. Die Ernennung stieß auf vielen Widerspruch,

da Wood früher Militärarzt gewesen war und erst während des kubanischen Krieges bei der Miliz zum Generalmajor aufrückte. Der Generalstab hat die früheren acht Militärbezirke der Union in fünf große Divisionsbezirke umgewandelt, von denen einer die Philippinen umfaßt. Den Kommandierenden der Divisionsbezirke liegt die Inspektion der Truppen und organisierten Milizen ob und sie haben die Manöverpläne auszuarbeiten. In der Armee haben die Desertionen zugenommen und waren im Jahre 1902 auf 5.9% gestiegen. Als Grund dafür wird der Mangel an Vergnügen in den einsamen Militärstationen und die Aufhebung der Kantinen angegeben. Nach den Jahresberichten zählt das Heer 3681 Offiziere und 55.000 Mann, die Flotte hat einen Mannschaftsstand von 27.245 Mann, von denen 80% im Lande geboren sind, die Desertionen betragen aber 12.5%. Die Flottenverwaltung hat ihr Kreuz mit den Privatwerften, die schlecht fundiert sind und auf denen die im Bau begriffenen Kriegsschiffe mehrfach gepfändet wurden. Daß das für die europäischen Küsten bestimmte Geschwader aus sieben Schlachtschiffen und zwei Kreuzern bestehen sollte, mußte abgeändert werden, weil mehrere Schiffe nach den Wintermanövern dienstunfähig geworden waren. Es sind schließlich bloß vier Schiffe nach Europa abgegangen. Für den Bau von neuen Flottenstationen auf den Philippinen, auf Kuba und im Golf von Mexiko bei Pensacola zum Schutz des Panamakanals sind erhebliche Mittel aufgewendet worden.

Der Panamakanal.

In seiner Botschaft an den Kongreß hatte Präsident Roosevelt angekündigt, daß der Panamakanalvertrag dem Senat vorgelegt werden solle und dabei so getan, als ob die Revolution in Panama von selbst ausgebrochen wäre und die Vereinigten Staaten schließlich nur zur Sicherung ihrer bedrohten Interessen eingegriffen hätten. Tatsächlich haben die zu gleicher Zeit veröffentlichten Dokumente bewiesen, daß alles nur Mache war, daß Beamte und Offiziere der Vereinigten Staaten die Revolution in Panama angestiftet und so die für den Kanal in Betracht kommenden Landstrecken von der neuen Republik Panama für einen recht wohlfeilen Preis in Besitz genommen haben. Freilich hatte Präsident Roosevelt darin Recht, daß die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten das Vorgehen der Regierung billigen werde. Am 20. Juni war der Kongreß von Kolumbien in Bogota zusammengetreten, um über den Panamavertrag zu beschließen, hatte zunächst die Verhandlungen in die Länge gezogen, um bessere Bedingungen von den Vereinigten Staaten herauszuschlagen, und lehnte schließlich, da die verlangten 21 Millionen Dollars nicht bewilligt wurden, im August den Vertrag ab. Als darauf die Vereinigten Staaten mit Nicaragua neue Verhandlungen anknüpften, war auch Kolumbien bereit, wieder solche anzuknüpfen, ließ aber die Frist zur Unterzeichnung des Vertrages verstreichen. Inzwischen war es jedoch zu spät geworden, denn der zu Kolumbien gehörige Staat Panama hatte eine Revolution gemacht und sich selbständig erklärt. An-

fang November wurde der nordamerikanische Gesandte von Bogota abberufen, Kriegsschiffe wurden zur Sicherung des Kanals in die Nähe des Isthmus abgesendet und die Vereinigten Staaten erhoben Protest gegen die Beschließung der aufrührerischen Stadt Panama durch ein kolumbisches Kriegsschiff. Nach wenigen Tagen wurde die neue Republik von der Regierung in Washington anerkannt und die am Bau des Nicaraguakanals Interessierten lärmten vergeblich dagegen. Den Mächten fiel der Entschluß, Panama anzuerkennen, durchaus nicht schwer, da sie kein Interesse daran haben konnten, daß Kolumbien den Panamakanal zur Brandschatzung der Union ausnützen wollte. Die Republik Panama war sofort bereit, mit der Union einen Vertrag abzuschließen, nach welchem diese berechtigt war, alles zu Kanalzwecken nötige Gebiet zu erwerben; er wurde am 18. November unterzeichnet.

Wirtschaftsleben und Arbeiterfragen.

Seitdem die Ertragsfähigkeit der europäischen Landwirtschaft unter der Überzufuhr amerikanischen Getreides schwer gelitten hat, schießt sich Nordamerika in neuerer Zeit an, eine Krise ähnlicher Art über Teile der europäischen Industrie heraufzubeschwören. Den inländischen Markt können die Industriestaaten durch Schutzzölle davor schützen, auf dem ausländischen Markt wird dagegen ihre Lage durch den nordamerikanischen Wettbewerb erschwert werden, und es gilt, sich gegen diese „amerikanische Gefahr“ vorzusehen, zur rechten Zeit ihre Eigenart zu erkennen, ihre Vorzüge sich anzueignen und ihre schädlichen Eigenschaften zu vermeiden. Die wirtschaftliche Lage der Vereinigten Staaten war im vorwichtigen Jahre nicht die günstigste. Sehr viel hatte dazu das starke Zurückbleiben der Getreideausfuhr in den Jahren 1901 und 1902 beigetragen. Der Sommer 1903 zeichnete sich durch starke Kursstürze und Börsenschwankungen aus, die bei der amerikanischen Art des Börsenspiels noch gefährlicher erschienen, als sie es vielleicht sind. Schon im Juni wurde über einen scharfen Rückgang der Aktien des Stahltrusts berichtet; der im Vorjahre in Europa auf seinen Reisen so gefeierte Schwab trat von der Leitung zurück, bald kam auch die Nachricht, der Morgan'sche Schiffahrtstrust sei so gut wie gescheitert. Allerdings hatte der Kongreß das Schiffahrts-Subventionsgesetz vollständig fallen lassen, und die von Morgan vorausgesagte Ersparnis von jährlich 12 Millionen Dollars war nicht gemacht worden, schon darum, weil der Trust den Wettbewerb mit den schnelleren deutschen Schiffen nicht aufnehmen konnte. Außerdem war das Unternehmen hoch überkapitalisiert und die Macher hatten den Profit in die Tasche gesteckt. Der Schiffbaustrust, der mit großer Reklame ins Leben gerufen worden war, wurde von Gerichts wegen als zahlungsunfähig erklärt, und dabei wurde vor Gericht offen bezeugt, daß Morgan und Schwab als unredliche Kaufleute gehandelt hatten. Die beiden deutschen großen Dampferlinien, der „Norddeutsche Lloyd“ und die „Hamburg-Amerika-Linie“ schnitten bei der Trustaffäre recht gut ab, da der Morgantrust trotz der unbefriedigenden Ergebnisse seiner Linien sein Arbeits-

gebiet nicht auf das vertragsmäßig den deutschen Linien überlassene Verkehrsnetz ausdehnen durfte. Wenn Morgan darauf gerechnet hatte, das deutsche Selbstvertrauen zu erschüttern und die Deutschen zu übertölpeln, so hatte er sich gründlich getäuscht.

Schon im März begannen wieder die Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitern. Da bisher in den Vereinigten Staaten keine eigentliche politische Arbeiterpartei bestand, sondern die Arbeiter von der republikanischen wie von der demokratischen Partei wegen ihrer Stimmen umworben wurden, so war den Führern der Gewerkschaften und des großen allgemeinen Arbeiterbundes allerlei Gelegenheit zur Machterweiterung gegeben. Die Arbeitgeber haben bisher in den meisten Fällen mit Erfolg Widerstand geleistet, aber die Gewerkschaften gehen immer häufiger mit Gewalttätigkeiten gegen Streikbrecher und mit Boykottserklärungen vor, so daß sich die allgemeine Erbitterung dagegen wendet und gesetzliche Bestimmungen dagegen in Aussicht stehen. Alabama ist bereits mit einem Gesetze gegen Boykott, Streikpostenstellen u. dgl. vorgegangen und andere Staaten werden folgen. Auch Präsident Roosevelt hat dem Verbands der Buchdrucker in New-York, weil dieser die Entlassung eines nicht dem Verbands angehörigen Setzers aus der Staatsdruckerei durch Streikdrohung erzwingen wollte, mitgeteilt, er würde diesen Schritt als Aufsehnung gegen die Staatsgewalt verfolgen. Weil er auch eine Untersuchung darüber anordnete, ob kein Arbeiter nach dem letzten Kohlenarbeiterstreik von den Gewerkschaften boykottiert werde, haben die Arbeitervereinigungen beschlossen, die Wiederwahl Roosevelts zu bekämpfen. Zu dem verbreiteten Widerwillen gegen den Terrorismus der Gewerkschaften trug auch bei, daß viele ihrer Wanderredner auf eigene Faust Streikpolitik trieben und sich zudem als bestechlich erwiesen, am schlimmsten Sam Parks, der berühmte Führer der New-Yorker Bauarbeiter, der wegen Erpressung zu längerer Gefängnisstrafe verurteilt wurde, den aber trotzdem am Arbeiterfeiertag, dem ersten Montag im September, 25.000 seiner Anhänger im Triumphzug durch die Stadt geleiteten. Durch Agitatoren dieses Schlages wird die Arbeiterwelt immer mehr nach Art der europäischen Sozialdemokratie in eine Klassenpartei umgewandelt, was gerade für die Vereinigten Staaten von sehr verhängnisvollen Folgen werden muß. Im Dezember haben die einflussreichsten Arbeiterführer beschlossen, eine solidarische, einheitlich handelnde Arbeiterpartei bilden zu wollen. Man wird bei den



David Roland Francis, der Präsident der Weltausstellung in St. Louis 1904.

nächsten Präsidentenwahlen wohl mit ihr rechnen müssen.

Aus Mittel- und Südamerika.

Die Gründung der neuen Republik Panama zu Zwecken der Durchführung des Isthmuskanals ist ein weiterer Schritt auf dem Wege der zielbewußten Ausbreitung der Vorherrschaft der Vereinigten Staaten über die südlichen Republiken, die zunächst von Europa keine wesentliche Behinderung zu erfahren haben wird. In Südamerika machte der Vorgang einen ganz anderen Eindruck, und die argentinischen Blätter mahnten die südamerikanischen Staaten, über die Mittel zur Wahrung ihrer Selbständigkeit klar zu werden. Kaum ein Jahr vorher war von ebendort der Ruf an die Vereinigten Staaten ergangen, als die europäischen Mächte gegen Venezuela vorgingen, wo denn die Monroe-Doktrin bleibe. Nur von brasilianischer Seite war dieser Ruf als unüberlegt bezeichnet worden; von Chile war übrigens längst bekannt, daß es von einer Politik: „Amerika den Nordamerikanern“ nichts wissen mag. Im Mai und Juni fanden Anknüpfungen wegen eines südamerikanischen Staatenbundes zwi-

schen Chile, Argentinien, Brasilien und Uruguay statt, doch ohne Erfolg.

Mexiko ist der nächste Staat, der von der nordamerikanischen Expansionspolitik bedroht erscheint. An der Spitze dieses zur Zeit noch durch und durch spanischen und spanisch-indianischen Staatsgebildes steht seit vielen Jahren der Vollblut-indianer Porfirio Diaz, der trotz seines hohen Lebensalters mit eiserner Tatkraft eine dem Lande durchaus wohlthätige Herrschaft ausgeübt hat. Es läßt sich nicht voraussagen, wie sich nach seinem Tode der politische Verlauf gestalten wird, da der Erwerb der Landenge von Panama durch die Vereinigten Staaten das Land und die kleinen mittelamerikanischen Republiken vom Hauptkörper der spanisch redenden Länder abtrennen und das Eindringen nordamerikanischen Kapitals in Mexiko den Einfluß der Union noch steigern wird. Im Juli wurde Porfirio Diaz auf weitere vier Jahre zum Präsidenten wiedergewählt. Am 2. Dezember nahm der Nationalkongreß eine zwiefache Verfassungsänderung an, einmal die Schaffung des Amtes eines Vizepräsidenten der Republik und zum zweiten die Verlängerung der Regierungszeit des Präsidenten und Vizepräsidenten auf sechs Jahre. Die Einrichtung der Vizepräsidentschaft ist von politischem Werte, weil sie dem Lande eine ruhigere Entwicklung gewährleistet. Die Finanzen der Republik, die zur allmählichen Einführung der Goldwährung übergehen wird, sind durchaus günstig. Anfang November hat die deutsche Kolonie in der Hauptstadt ihr eigenes Schulgebäude eingeweiht.

In Venezuela waren die Interessen der europäischen Staaten so oft rücksichtslos verletzt worden, daß sie auch in der Abwehr gemeinsam voringingen, Deutschland, England und Italien sogar die Blockade über die venezuelanischen Häfen verhängten. Die Verhandlungen zogen sich lange hin, am 17. Jänner wurde währenddessen das deutsche Kanonenboot „Panther“ im Hafen von Marakaribo plötzlich beschossen und mußte nach halbstündiger Kanonade den Kampf abbrechen. Hauptsächlich weil Präsident Castro daraus einen Erfolg machen wollte, bombardierte der deutsche Geschwaderchef, Kommodore Scheder, am 21. mit dem Kreuzer „Vineta“ das Fort Don Carlos und setzte es außer Gefecht. In Nordamerika wurde darüber geklärt, aber Venezuela bequeme sich nun zur Beschleunigung der Verhandlungen, der nordamerikanische Gesandte Bowen übernahm schließlich die Vermittlung, Deutschland erhielt die erste Ratenzahlung am 17. März, während über die noch offenen Fragen, vor allem über die Vorzugsbehandlung der Blockademächte, der Schiedsgerichtshof im Haag entscheiden sollte. Venezuela bezahlte auch die übrigen Raten pünktlich. Der Schiedsgerichtshof tagte unter dem Vorsitz des russischen Justizministers Murawiew und hat im Februar 1904 die Forderungen der Mächte anerkannt. Im März spielte Präsident Castro noch die Komödie seiner Amtsniederlegung, ließ sich aber von seinen Anhängern erweichen, zu bleiben. Mitte Juni erlosch auch die

Revolution in der Republik, der Führer der Aufständischen, Matos, unterwarf sich.

Im März kamen Nachrichten, daß die Feindschaft zwischen Guatemala und den übrigen zentralamerikanischen Republiken Salvador, Honduras, Nicaragua und Costa Rica einen Kriegausbruch befürchten ließen, die sich nicht bewahrheiteten, obgleich sie im Herbst wiederholt wurden. Guatemala änderte im September seine Verfassung dahin ab, daß der jeweilige Präsident wieder wählbar sei. Diese Änderung galt dem beliebten Präsidenten Manuel Estrada Cabrera.

Die Dominikanische Republik war das ganze Jahr hindurch von Revolutionen und Aufständen durchwühlt, die allein zweimal Deutschland nötigten, ein Kriegsschiff zum Schutz seines Konsulats nach Santa Domingo zu entsenden, und andere Mächte zu ähnlichen Maßregeln veranlaßten. Die Revolution soll durch Umtriebe nordamerikanischer Handelshäuser veranlaßt worden sein. Neuerdings verlautet, daß die Vereinigten Staaten das Protektorat über diese Negerrepublik antreten werden, um welches sie niemand beneiden dürfte.

Brasilien. Das Vorgehen europäischer Mächte gegen Venezuela hatte in allen südamerikanischen Staaten einige Aufregung hervorgerufen, da die Gewissen nirgends rein waren, doch kam es zu keiner ersten Bewegung, und jedenfalls hat Deutschland, gegen das von nordamerikanischen und französischen Parteigängern am meisten geheßt wurde, an Respekt reichlich gewonnen, was es etwa an Sympathie eingebüßt haben sollte. Im November wurde der Streit über das Acregebiet, der zwischen Brasilien und Bolivien beinahe zum Kriege geführt hatte, durch Vertrag geschlichtet. Die Finanzlage Brasiliens gestaltet sich sichtlich ungünstiger.

Argentinien und Chile haben ihren alten Zwiespalt begraben und sich verpflichtet, ihre für den Krieg auf europäischen Werften bestellten Schlachtschiffe zu verkaufen. Die wirtschaftliche Lage bessert sich infolgedessen merklich, in Argentinien auch wegen der reichen Ernte. Die Finanzlage dieses Landes ist günstig, und die Regierung war in der Lage, den fünfprozentigen Zollausschlag auf die Einfuhr mit Ende des Jahres abzuschaffen. In Chile gab es einige Ministerkrisen und mancherlei Parteiwirrwarr. Das Resultat macht sich in der schlechten Finanzlage bemerklich. Chile hat die zwei in England bestellten Kriegsdampfer Ende des Jahres an Japan verkauft.

Peru weist ruhige und geordnete Zustände auf, dagegen sind in Uruguay seit dem März Unruhen ausgebrochen zwischen den beiden Parteien, den Roten, die sich in der Herrschaft befinden, und den Weißen, die sie gern haben möchten. Der erste Putsch verlief unblutig, aber gegen das Ende des Jahres ging es wieder heftiger los, es wurden „Schlachten“ geschlagen und „Siege“ erfochten, die doch nur als einziges Resultat Verwüstungen zur Folge hatten. Zu einer Entschädigung ist es noch nicht gekommen.

Asien.

Rußland und Japan. Seitdem China sich ganz still zu verhalten begonnen hat, haben sich die Verhältnisse in Ostasien zu einem Kampfe um die Vorherrschaft zwischen Rußland und Japan zugespitzt, bei welchem Lebensinteressen beider Staaten auf dem Spiele stehen. Soweit die europäische Zivilisation materielle Vorteile gewährt, ist sie von den Japanern mit großem Geschicke und überraschender Schnelligkeit angenommen worden, namentlich was Kriegswissenschaft, angewandte Naturkunde und bis zu einem gewissen Grade die Gesundheitspflege angeht. Was dagegen die großen, das Wesen der christlichen Kultur ausmachenden sozialen, politischen und sittlichen Grundsätze betrifft, so sind sie den Japanern noch vollständig fremd und unverständlich geblieben, sie erscheinen ihnen geradezu verächtlich, was bei ihrer Einbildung und Überhebung gar nicht wundernehmen kann. Die alte Kriegerkaste oder der Schwertadel ist der Träger der Opposition gegen alles Fremde und der Kern der radikalen Partei, die die Regierung schon 1894 zum Kriege gegen China drängte und auch im Jahre 1903 den Krieg mit Rußland wollte. Die radikale Partei vertritt den Standpunkt, daß Japan der natürliche Erbe Chinas sei, und daß dies 1895 wegen des Einschreitens von Rußland, Frankreich und Deutschland mißlungen ist, bildet ihren größten Kummer. Auch der Versuch, 1900 die chinesischen Wirren zur Befestigung eines Teiles von China zu benützen, konnte nicht durchgeführt werden, weil die Mächte gemeinsam einschritten, und danach mußte Japan noch erleben, daß Rußland den Vorteil davon hatte, in der Mandschurei blieb und auch seinen Einfluß in Korea geltend machte, das die Japaner schon als ihr zukünftiges Eigentum betrachteten. Aber nicht nur die vollstimmliche Meinung zeigt den Japanern in Korea das Land ihrer nationalen Bestrebungen, dessen Befestigung durch einen Fremden sie um keinen Preis dulden würden, sondern auch die politische Lage der Gegenwart läßt keinen Zweifel darüber, daß Korea für Japan der Fußpunkt seiner Stellung ist, wenn es nicht darauf verzichten will, einen seinem Ehrgeiz entsprechenden Einfluß auf das asiatische Festland auszuüben. Unter diesen Umständen lag es nahe, daß Japan zum Kriege drängen werde, und von dem Übermut der die Stimmung in Japan beherrschenden radikalen Partei ließ sich kaum etwas anderes erwarten. Bei dieser Lage der Dinge ist für Europa den Japanern gegenüber alle Vorsicht geboten, denn wenn sie siegen, werden sie auch in nicht ferner Zeit China in Bewegung zu setzen unternehmen. Man mag auf der anderen Seite über das Vordringen Rußlands in China denken wie man will, jedenfalls hat es sich dort in mühevoller und folgerichtiger Arbeit Interessen geschaffen, die es nur unter dem Zwange der bittersten Notwendigkeit wieder aufgeben wird. Seine Stellung in der Mandschurei mit dem südlichsten Ende in Port Arthur findet

ihre natürliche politische Grenze und strategische Deckung in Korea, auf die es schon darum den größten Wert legen muß, weil diese Halbinsel die Verbindung zur See zwischen Wladiwostok und Port Arthur sichert und die Sehnsucht Rußlands, die Erwerbung eines eisfreien Hafens, stillt. Die Befürchtungen, daß sich aus dem Zusammenstoß zwischen Rußland und Japan ein Weltkrieg entwickeln werde, sind nicht groß. England, das wegen seines Bündnisses mit Japan in erster Reihe in Frage kommen könnte, vermag mit seiner Flotte Rußland nirgends schwer zu verwunden und könnte sie höchstens verwenden, einem geschlagenen Japan die Heimkehr der Reste seiner Armee nach den heimatischen Inseln zu sichern. Frankreichs Flotte wäre nicht mächtig genug, einem für Japan eintretenden England zu Gunsten Rußlands auf der See die Spitze zu bieten. Unter diesen Umständen gewinnt die Annahme an Geltung, daß die Annäherung zwischen England und Frankreich in letzter Zeit hauptsächlich dem Zwecke dient, über die Mittel und Wege klar zu werden, wie beide am besten einer Einmischung in den ostasiatischen Krieg fernbleiben können.

China hält Ruhe, soweit dies dort eben möglich ist. Die Mächte haben an der Forderung, daß China die Kriegskostenentschädigung in Gold zahle, festgehalten, obgleich die Vereinigten Staaten sich wiederholt bereit erklärten, die Zahlung in Silber anzunehmen. Das Verbot der Waffeneinführung in China ist erloschen, da sich die Mächte über die Aufrechterhaltung nicht einigen konnten. Von Reformvorschlägen hörte man allerlei aus China, es scheint auch in Regierungskreisen guter Wille dazu vorhanden zu sein, bei den inneren Verhältnissen des Landes ist aber von Erfolgen wenig zu bemerken gewesen. Zu verschiedenen Zeiten kamen Nachrichten über Unruhen, namentlich aus dem Süden, die aber nicht von Belang gewesen sind und in China auch nie ganz aufgehört haben.

Rußland und England. Es war vorauszu sehen, daß England, nachdem es während des südafrikanischen Krieges manches zu Gunsten Rußlands hatte geschehen lassen müssen, nun alles daransetzen werde, den verloren gegangenen Einfluß wiederzugewinnen. Zunächst wurden die Hebel dazu in Persien angesetzt, und ein englischer Spezialgesandter überreichte dem Schah Anfang Februar den Hosenbandorden. Inzwischen war der neue russisch-persische Handelsvertrag in Kraft getreten, der Rußland große Vorteile gewährte, und die persische Regierung begann mit Rußland wegen einer neuen Anleihe zu unterhandeln, was auf Schwierigkeiten stieß, worauf England im Mai mit einem Darlehen aushalf und einen neuen Handelsvertrag erhielt, der auf dem russisch-persischen fußte. Rußland dehnte seinen Handelseinfluß in Nordpersien,

England den seinen in Südpersien aus, die fremden Einflüsse riefen aber Gärungen und Unruhen im Lande hervor. Mitte September wurde der Premierminister Emin es Sultaneh Atabek Azam entlassen, was allgemein als ein Erfolg Englands angesehen wurde; sein Nachfolger Eined Dauley ist nicht in der Lage gewesen, der greulichen Finanznot abzuhelpen. Gleichfalls zur Stärkung des englischen Einflusses diente eine Reise des Vizekönigs von Indien, Lord Curzon, durch den persischen Golf, die mit vier Kriegsschiffen und außerordentlichem Pomp am 16. November angetreten wurde. Die Fahrt ging zunächst nach der Südküste, wo ziemlich unsichere türkische Gebietsteile mit unabhängigen Gebieten untermischt sind, über die England das Protektorat beansprucht und in den türkischen Strichen offenkundig die Herrschaft des Sultans untergräbt. Beim Imam von Maskat und den Häuptlingen an der Piratenküste ging alles ganz gut, und Lord Curzon versicherte ihnen, England sei im persischen Meerbusen die vorherrschende Macht, aber in Bender Buschir waren Weisungen aus Teheran eingetroffen, die dem Gouverneur untersagten, dem englischen Vizekönig zuerst einen Besuch zu machen. Von englischer Seite wird die Sache etwas anders dargestellt, jedenfalls ist es Tatsache, daß Lord Curzon in Persien nichts ausgerichtet hat, noch dazu in einer Zeit, da gerade ein den Russen gewogener Großwesir verabschiedet worden war.

Afghanistan. Der Emir Habibullah hat bisher allen Lockungen und Andeutungen widerstanden, dem Vizekönig von Indien den von England gewünschten Besuch zu machen, weil er angeblich sein Land nicht verlassen könne. Seit der Unterdrückung des Aufstandes in Rudischan im Jahre 1899 haben die Russen ihre militärische Stellung in Mittelasien sorgfamer ausgestaltet, und die Ein-

führung russischer Waren nach Afghanistan ist jetzt größer als unter dem früheren Emir. Der jetzige kümmert sich sehr um seine Armee und baut in den Pässen nach Indien Sperrforts. Er lernt zwar russisch, scheint aber keine Lust zu haben, ebenso wenig im russischen wie im englischen politischen Fahrwasser zu schwimmen.

In Indien nimmt die Pest in erschreckender Weise zu, und obgleich die günstigsten Berichte über die Zunahme des Handels veröffentlicht werden, ist das Land, dessen märchenhafter Reichtum als unbestreitbar gilt, und das deshalb für das Mutterland die milchende Kuh abgeben muß, doch seit einer Reihe von Jahren fast unausgesetzt der Schauplatz entsetzlicher Hungersnot. Der Grund dafür liegt nicht im Regenmangel, sondern in der übertrieben hohen Landbesteuerung, die den Hindus nicht genug zum Leben läßt. Trotz dieses Elends, für das es keine Hilfe gibt, hat der ehrgeizige Lord Curzon den schon seit einigen Jahren vorbereiteten Vorstoß gegen Tibet unternommen, um dort den Russen zuvorkommen. Durch das Himalayagebirge, auf Pässen, die höher liegen, als die höchsten Alpengipfel, hat sich die Expedition des Obersten Hounghusband den Weg nach dem Lande des Dalai Lama gebahnt. China ist gegenwärtig nicht in der Lage, Tibet zu unterstützen, und Rußland hat mit Japan genug zu tun. Die englische Aktion hat darum gute Aussicht auf Erfolg. Abriens regt man sich in Rußland nicht sehr darüber auf, denn die russischen Beziehungen zum Dalai Lama sind älter als die englischen, haben aber auch nie zu dauernden Handelsvorteilen für Rußland geführt. Was in dieser Beziehung England erreichen sollte, würde dann auch Rußland leicht zugestanden erhalten. Die Engländer wollten bis Gangtse vordringen, um dadurch Tibet zu Verhandlungen zu zwingen. Auf ernststen Widerstand haben sie nicht gerechnet.

Afrika.

Marokko. Die Lage in Marokko war am Ende des Jahres genau so wie am Anfang, nur hatten die beiden Herren des Landes, der Sultan und der angebliche Prätendent, Waffenstillstand gehalten, wahrscheinlich weil die Kabylenstämme des gegenseitigen Kopfabsehneidens einstuweilen müde geworden waren. Schließlich ist es von sehr geringer Bedeutung, wer dort die Oberhand behält. Die eigentliche Gefahr lag bloß in der Möglichkeit, daß die marokkanische Frage durch einen Eingriff der Mächte, der einem Streite gleichgekommen wäre, frühzeitig zur Entscheidung gekommen wäre. Die gegenwärtigen Zustände des Landes sind dort die normalen. Marokko von der Küste aus zu erobern, wäre schwierig und nicht lohnend. Die Lösung kann nur durch Frankreich kommen, wenn es von Süd-algerien nach und nach kolonisierend fortschreitet, die räuberischen Kabylen abschneift und die übrigen an Ordnung gewöhnt. Dieser Prozeß kann aber noch lange dauern, da Frankreich wegen seiner ge-

ringen Bevölkerung keine Auswanderung hat und darum nicht zu kolonisieren vermag.

Südafrika. Das Interesse für die Buren ist hin, seitdem sie keine Sensationsnachrichten mehr für Zeitungen und Parteipolitiker liefern. Ihre Lage ist keineswegs beneidenswert, denn von der Großmut englischer Sieger kennt die neuere Geschichte kein Beispiel. Die Buren hat Chamberlain bei seiner Anwesenheit in Südafrika mit Versprechungen für die Zukunft abgespeist, wenn sie sich als loyale Untertanen beweisen würden. Die drei Millionen Pfund für Entschädigungen haben aber meistens die „National Scouts“, die zu den Engländern übergelaufenen Buren, erhalten, die anderen leben in Elend. Chamberlains Zweck bei seiner Reise war offenbar hauptsächlich der, wie die Hauptquelle des Geldes in Südafrika, der Minenbetrieb, wieder in Gang gesetzt werden könnte. Die Schwarzen wollten in den Minen nicht mehr arbeiten, nachdem man sie im Kriege bewaffnet und

gut bezahlt hatte. Gegen weiße Arbeiter hatte sich schon Chamberlain ausgesprochen, weil sie wahrscheinlich seinen Freunden, den Minenbesitzern, zu teuer kamen. Gegen die Einführung von Chinesen erhob sich ein allgemeiner Sturm, sie ist aber Ende des Jahres gesetzlich erlaubt worden. Zwischen dem Oberkommissär Lord Milner und dem Ministerpräsidenten Gordon Sprigg in Kapland brach ein Streit über die für die ehemaligen beiden Burenrepubliken in Aussicht genommenen sieben Bahnen aus, weil Sprigg behauptete, sie würden den Verkehr vom Kapland ablenken. Im August begab sich Milner nach Europa, wo er beinahe Kolonialminister geworden wäre, als Chamberlain zurücktrat. Da die Engländer in den öffentlichen Schulen das Holländische möglichst zu verdrängen suchten, haben die Buren auf eigene Kosten Privatschulen gegründet. Bei den Neuwahlen für das Kapparlament hoffte die Afrikanerpartei mit großer Mehrheit zu siegen; es ist ihr nicht gelungen, die extrem-britischen Progressiven, an deren Spitze der bekannte Dr. Jameson steht, haben gesiegt.

Der Somalifeldzug der Engländer hat wieder ein Jahr gedauert und ihnen noch keinen Erfolg gegen ihren „tollen Mullah“ gebracht. Die Engländer gingen zugleich mit den Abessiniern vor, die zunächst auf keinen Feind stießen und sich über-

haupt nicht angestrengt zu haben scheinen. Am 17. April erlitt eine fliegende Kolonne unter Major Plunkett bei Gumburu eine schwere Niederlage, indem von einem Detachement von 10 Offizieren und 220 Mann alle bis auf 37 von den Anhängern des Mullah niedergemacht wurden. Am 30. April erklärte der Kriegsminister Brodrick im Parlament zu London, man gedenke den unfruchtbaren Krieg gegen die Somali einzustellen, jedenfalls wurde auf dem Kriegsschauplatz selbst jeder Vormarsch von Bohotle aus unterlassen. Der bisher im Somaliland Kommandierende, General Manning, wurde dann durch den Generalmajor Egerton ersetzt, der sich in den Grenzkriegen in Indien ausgezeichnet hatte. Ende Juni meldete die „Agence Havas“ eine neue Niederlage der Engländer bei Bohotle, die sich aber bloß als eine Wiederauffrischung der Nachricht über die Schlappe Plunketts herausstellte, dagegen hatten Truppen des Mullah am 30. Mai eine Niederlage durch die Abessinier erlitten. Erst im Oktober war Egerton zum Vormarsch bereit und hatte am 19. Dezember bei Jidbali einen Zusammenstoß mit Truppen des Mullah, die sich tapfer hielten, und vor deren Übermacht sich die Engländer, nachdem sie zwei Angriffe gemacht hatten, mit geringem Verlust zurückzogen.



Verlag von Karl Prochaska, Leipzig, Wien, Teschen.

Das Buch der Bücher

Alphorismen der Weltliteratur.

Gesammelt und geordnet von Egon
Berg (L. Auspitz). Achte Auflage

Das hier angekündigte Werk ist eine Arbeit, welche die höchsten Anforderungen an Rastlosigkeit und Geduld zu gleicher Zeit stellte, deren Bewältigung fast mehr als ein halbes Menschenalter erforderte, und die mit Rücksicht auf das umfassende Stoffgebiet, den erweiterten Gesichtskreis, die Objektivität des Standpunktes und die Strenge der Auswahl keine Vorgänger hat. Sie schöpft zum Teile aus Quellen, die weder allgemein zugänglich noch gehörig benützt sind. Ähnlichen Sammlungen gegenüber beschränkt sie sich nicht, wie diese, auf die von den Dichtern — und zwar den Dichtern eines Volkes — gebotene Materie; wie sie die Kulturleistungen aller großen Nationen ins Auge faßt, so zieht sie Dichter und Redner, Philosophen und Staatsmänner, Historiker und Naturforscher in den Rahmen ihrer Darstellung.

Die bedeutendsten Gedanken, die klangreichsten Aussprüche der hervorragendsten Geister sind hier in einem verhältnismäßig geringen Raume zusammengedrängt und werden in logischer Gliederung und Folge zur Darstellung gebracht. Die ganze Entwicklung der Literatur in allen ihren Zweigen

und Phasen tritt in anschaulicher, ja plastischer Weise an den Leser heran.

Gegen 5500 solcher Alphorismen in Prosa und in Poesie hat der Autor während eines vieljährigen Studiums gewählt, gesichtet, geordnet und die Zitate aus fremden Sprachen (toten wie lebenden) gleichzeitig im Original und in der besten Übersetzung wiedergegeben.

Das lebhafteste Interesse jedes Gebildeten ist dem Werke sicher. Dem Literaturfreund ist es mit Hilfe wohlgeordneter Register ein höchst nützlich Repertorium; dem Manne der Öffentlichkeit in Rede oder Schrift bietet es die reichste Quelle von Schlagwörtern, Zitaten, geistigen Belegmitteln; dem Lehrer und Erzieher eine Schatzkammer aller Weisheit, aus der er mit vollen Händen zum Gewinne seiner Schüler schöpfen kann; dem im Weltgewirre ringenden Manne ist es ein leitender, treibender oder beruhigender Führer in allen Fährnissen und Mißstimmungen; der Frau und dem Mädchen eine Bibel für den Familien-Altar, ein Sanctuarium des Herzens.

„Das Buch der Bücher“ zerfällt in zwei selbständigen, sich aber gegenseitig ergänzenden Teile

Geist und Welt Herz und Natur

wovon der erstere sich mehr mit den öffentlichen Dingen, der letztere mehr mit dem Gemütsleben beschäftigt.

Jeder Teil wird einzeln abgegeben und kostet

in hochelegantem Liebhaber-Halbfranz-Einbände 10 Mark.

Zeitung des Vereines deutscher Eisenbahnverwaltungen. Illustriertes Jahrbuch der Weltreisen. „Die Verlags-handlung hat es sich zur Aufgabe gestellt, alljährlich durch Herausgabe einer Zusammenstellung der wissenschaftlichen Reisen des Vorjahrs deren Gesamtergebnis in einem vollständigen und wohlfeilen Werke auch größeren Kreisen zugänglich zu machen. Für diesen Zweck hat ihr unser geschätzter Mitarbeiter, Herr Wilhelm Berdrow, seine Feder zur Verfügung gestellt, und die uns vorliegende Ausgabe des neuen Jahrbuchs berechtigt zu der Annahme, daß sich das neue und eigenartige Unternehmen bald viele Freunde erwerben wird. Der reichhaltige und interessante Inhalt, welcher alle Forschungsgebiete der Erde umfaßt, und die sauber ausgeführten Bilder geben dafür hinreichende Gewähr.“

Rolleggers Heimgarten. Illustriertes Jahrbuch der Weltgeschichte. „Die Bearbeitung und Redaktion ist ganz musterhaft gelöst. Bei der flüssigen, fesselnden und anregenden Schreibweise dieser Jahrbücher der Geschichte werden dieselben hoffentlich baldigst sich einbürgern. . . . Die Anschaffung dieses Jahrbuchs der Weltgeschichte kann jedermann nur bestens empfohlen werden. Man wird durch dasselbe bei äußerst angenehmer, nirgends langweiliger Darstellung, von den Vorgängen auf allen Gebieten des Lebens, insbesondere des politischen, rasch und richtig unterrichtet.“

Deutschtum im Auslande. Illustriertes Jahrbuch der Weltreisen. „Es ist eine dem Bildungswesen zu gute kommende Idee, die Errungenschaften auf dem Gebiete der Erdkunde in Jahrbüchern vollständigen Charakters zu billigen Preise darzubieten. . . . Alles ist durch treffliche Abbildungen dem Auge nahe gebracht. Das neue Jahrbuch verdient ganz unseren Beifall.“

Sarajevoer Nachrichten. Illustriertes Jahrbuch der Erfindungen. „Hinweisend auf die in Nr. 8 unseres Blattes erschienene Besprechung über den zweiten Jahrgang dieser hervorragenden Prochaska'schen Publikation können wir nicht umhin, auch des vor kurzer Zeit erschienenen neuen Jahrgangs zu gedenken. Gleichwie in den früheren Jahren, ist auch der neue Jahrgang seiner Aufgabe, das Publikum in anregender Form über die sich immer weiter ausbreitenden Fortschritte der Technik und der Industrie zu orientieren, in vollkommener Weise gerecht geworden. Die fesselnde Sprache, die zahlreichen Illustrationen und der erstaunlich niedrige Preis stempeln dieses Werk zu einem ausgezeichneten Behelf für alle, welche mit dem Geiste der Neuzeit gleichen Schritt zu halten bestrebt sind.“

Volks-Zeitung (Berlin). „Ein ausgezeichnetes Volksbuch ist soeben im Verlage von Karl Prochaska, Teschen und Wien, erschienen. Es ist der erste Jahrgang des Illustrierten Jahrbuchs der Naturkunde. Hermann Berdrow, der sich eines in wissenschaftlichen Kreisen sehr geschätzten Namens erfreut, hat mit erstaunlicher Sorgfalt alle naturwissenschaftlichen Ereignisse, Forschungsergebnisse und Entdeckungen der letzten Jahre registriert. Keine Abtheilung der Wissenschaft ist in diesem interessanten Werke unberücksichtigt geblieben. Die Fortschritte der Astronomie werden im ersten Kapitel behandelt. Im zweiten Abschnitt sind die Ergebnisse der Geologie und der Geophysik, den Wissenschaften, die sich mit dem Bau der Erdrinde und deren Vergangenheit befassen, zusammengefaßt. Der Physik und der Witterungskunde sind die beiden nächsten Abhandlungen gewidmet. Die Beschreibung neuer chemischer Elemente leitet in das Gebiet der Chemie über. Während sich die vorhergehenden Abschnitte mit dem Leblosen, dem Anorganischen, beschäftigen, wird in den folgenden sechs Kapiteln vom Lebendigen, dem Organischen, berichtet. Die erste Abhandlung erläutert einige Fragen aus der Biologie, der Wissenschaft vom Leben und seiner Entwicklung. Aus der Botanik sind wichtige Entdeckungen mitgeteilt, die jeden Naturliebhaber interessieren werden. Die erst jüngst entdeckten Tiere, das Ophi und die fünfhörige Giraffe, werden ausführlich beschrieben, aber auch andere wichtige zoologische Chemata werden berührt. Den Schluß bilden die drei Kapitel, die von Menschen der Vorzeit, dem jetzigen Menschengeschlechte und der Wissenschaft vom Körper und Geist handeln. Zahlreiche Illustrationen schmücken das lehrreiche, hochinteressante Buch. Zuletzt sei noch hervorgehoben, daß der außerordentlich billige Preis von einer Mark jedem Naturliebhaber die Anschaffung des Werkes ermöglicht.“

Zeitschrift für das Realstudium (Wien). Illustriertes Jahrbuch der Naturkunde. „Wenn der Laie auch aus den Tageszeitungen gelegentlich Mitteilungen über neue Entdeckungen, neue Hypothesen und andere wissenschaftliche und technische Errungenschaften der Neuzeit erhält, so erlangt er damit kein vollständiges Verständnis der betreffenden Zweige des Wissens, da solche Mitteilungen meist nur unvollständig und zusammenhanglos geboten werden, ohne daß auf die oft nicht ausreichende Vorbildung der Leser Rücksicht genommen wird, ja nicht selten werden sie bereits veröffentlicht, ehe eine Arbeit zu einem gewissen Abschlusse gebracht worden ist. Das läßt sich aber erst nach einem bestimmten Zeitabschnitte erreichen und ist daher die Aufgabe von Zeitschriften, welche die Forschungen von einem oder mehreren Jahren zusammenfassen. Es erscheint somit ein solches Jahrbuch, wie es hier vorliegt, ganz geeignet, aufklärend über neuere wissenschaftliche Fragen zu wirken. Das Jahrbuch beginnt mit der Vorführung einiger Entdeckungen am gestirnten Himmel. Es wird dann die Erdrinde in der Vergangenheit und Gegenwart kurz betrachtet, wobei die Veränderungen an der Erdoberfläche, die Verteilung von Wasser und Land sowie namentlich die Erscheinungen der Eiszeiten nach dem Ingenieur Reibisch durch ein regelmäßiges, sehr langsames Schwanken des Erdballs um eine den Äquator schneidende Achse erklärt werden. Durch eine solche sollen einzelne Gegenden der heißen Zone in höhere Breiten und umgekehrt versetzt werden. Diese Hypothese würde wohl über die nötigen klimatischen Veränderungen Aufschluß geben; allein die hierfür weitere nötige Annahme von dem Auffallen eines kleinen Weltkörpers auf unsere Erde erscheint etwas gewagt. Die Untersuchungen über Erdbeben führen uns die gewaltigen Wirkungen dieser Erscheinung im letzten Jahre vor. Die Physik belehrt über einzelne Bewegungen der kleinsten Körperteilchen und besonders über die Ätherfrage sowie über die Kräfte des Luftmeeres, wobei auch die Sturmwarnungen und das Wetterschießen berührt werden. Die Chemie führt uns die neuen Elemente, hohe und tiefe Temperaturen vor. Aus der Biologie wird einzelnes zum Beweis der Abstammungslehre vorgeführt. Die Entdeckungen auf dem Gebiete der Welt der lebenden Wesen bringen manches Neue, ebenso die Vorgeschichte des Menschen und die Völkerkunde. Das 'Jahrbuch' kann als sehr anregend und belehrend bezeichnet werden. Es ist in einem würdigen Ton gehalten und kann auch der reifen Jugend in die Hand gegeben werden.“

Illustriertes Badeblatt. Illustriertes Jahrbuch der Weltreisen und geographischen Forschungen. „Die Illustrierten Jahrbücher, die der Prochaska'sche Verlag seit einer Reihe von Jahren herausgibt, erfreuen sich einer allgemeinen Verbreitung, die im Hinblick auf den außerordentlich niedrigen Preis und die Fülle des Gebotenen voll am Platze ist. Zu den schon vorhandenen Jahrbüchern der Erfindungen und der Weltgeschichte haben sich in alljährlicher Zeit zwei neue Unternehmungen hinzugesellt, das sind die Jahrbücher für Naturkunde und für Weltreisen. Letzteres liegt uns in seinem zweiten Jahrgang 1903 vor und umfaßt nächst den arktischen Forschungsreisen von Sverdrup, Coll, den deutschen und englischen Südpolexpeditionen eine große Reihe von sehr interessanten geographischen Forschungsreisen in den vier außereuropäischen Erdteilen. Zahlreiche Abbildungen veranschaulichen den Text, der, leicht und fesselnd geschrieben, allenthalben unser Interesse beansprucht.“

Allgemeiner Anzeiger für Deutschlands Rittergutsbesitzer. „Wieder einmal ein durchaus gelungenes Volksbuch bester Art, dieser erste im Prochaska-Verlage in Wien, Leipzig und Teschen erschienene Jahrgang eines Illustrierten Jahrbuchs der Erfindungen, das 1 Mark (Kronen 1.20) kostet, für diesen Preis aber geradezu unglaublich viel und überraschend Gutes bietet. Der erste Jahrgang des Illustrierten Jahrbuchs der Erfindungen ist ein 216 Seiten starker Quartband mit schönem farbenumschlag und mit 200 prächtigen Illustrationen. Der Text des Werkes ist eine Musterleistung der volkstümlichen Behandlung technischer Chemata, so interessant und verständlich, so anziehend sind sie für die Laienwelt, das große Publikum, Jugend und Volk schriftstellerisch abgefaßt. Es ist ein Vergnügen, dieses von Ernst Golling verfaßte Werk zu lesen, man verfolgt seinen Inhalt mit einer wahren Spannung.“

Klassische Romane

der Weltliteratur. Hochfein in Ausstattung und Einband, klarer Druck, schönes Papier u. dennoch à Band nur 85 Pf. = 1 Krone. Die Sammlung besteht aus 32 Bänden und enthält folgende Werke:

Afraga. Nordischer Roman von Theodor Mütge. Ein klippenitarendes Meer und ein düsterer Himmel, eine Welt des Schreckens und des Schweigens — das ist der Hintergrund, auf welchem sich eine erschütternde Tragödie abspielt, ein Stück Rassenkampf, in welchem alle Leidenschaften toben. Doch die Wunderblume der Liebe blüht auch auf diesem harten Boden und zwingt die Herzen zur Veröhnung.

Der Jude. Deutsches Sittengemälde von K. Spindler. Das mittelalterliche Leben mit seiner abenteuerlichen Romantik bildet die Grundlage dieser mit packender Wahrheit ausgeführten Erzählung. Dämonische Gewalten, hehre Lichtgestalten sind die Träger der vielverwickelten spannenden Handlung.

Johanna Eyre. Die Waise von Lowood von Currer Bell. Eine Perle der Erzählungskunst ist dieses Werk, ein hohes Lied der Liebe, in welchem uns das Kämpfen und Dulden eines edlen, hochherzigen Weibes im Rahmen einer hochdramatischen Handlung geschildert wird.

Der Löwe von Flandern. Von Heinrich Conscience. Der Freiheitskampf eines tapferen Volkes gegen den übermütigen Unterdrücker weckt unser ganzes Mitgefühl. Ein Heldenlied, das unser Herz erhebt, ist dieses Buch.

Die Frau in Weiß. Von Wilkie Collins. Geheimnisvoll wie der Titel, ist der Hintergrund, auf welchem sich die reichbewegte Handlung dieses Romans aufbaut. Ein Buch, über dem man Eisen und Schlafen vergißt.

Die letzten Tage von Pompeji. Von Eduard Lytton Bulwer. Das erschütternde Drama des Unterganges einer antiken Welt. Auf dem Höhepunkt ihrer Genüsse, ihrer Leidenschaften angelangt, schmettern die Feuerströme des Vesuv sie in Asche. Ein Buch von bleibendem Wert.

Der Irre von St. James. Von Philipp Salen. In den Mauern des Irrenhauses gefangen, zum Wahnsinnigen geistempelt — welch furchtbares Schicksal! Fiebernde Spannung ergreift den Leser und das Herz blutet beim Anhören der traurigen Geschichte des Irren von St. James.

Wallensteins erste Liebe. Von K. Berloßjohn. Den Gewaltigen, der in sturmbelegter Zeit die Weltgeschichte leitet, berührt die Zauber macht der Liebe; doch fortgerissen auf seiner glänzenden Bahn, muß er die zarte Blume zerstreuen. Von der ersten bis zur letzten Seite wunderbar gefolgt, verfolgt der Leser mit wachsendem Anteil die Schicksale der unglücklichen Helden.

Die Tochter des Piccolomini. Von K. Berloßjohn. Eine Erzählung von hochpoetischem, abenteuerlichem Reiz, die sich mitten im Getümmel des 30jährigen Krieges, im Aufbruch aller Leidenschaften abspielt und in deren Mittelpunkt die rührende Gestalt einer edlen Dulderin steht.

Ivanhoe. Historischer Roman von Walter Scott. Ein vielbewegtes, farbenprächtiges Bild aus roman tischer Zeit. Richard Löwenherz, der aus dem heiligen Lande heimgekehrte, ritterliche König im Kampfe um seinen Thron. Eines der größten Meisterwerke auf dem Gebiet des historischen Romans.

Ein Fahr. Von Emilie (Fly-gare-) Carlen. Die merkwürdige Geschichte einer Ehe von bestrickendem Zauber der Darstellung — eine Geschichte, ausgezeichnet durch die originelle Schürzung des Knotens und die geistvolle Lösung desselben, Herz und Geist fesselnd von Anfang bis zu Ende.

Tokeah oder die weiße Rose. Von Charl. Sealsfield. Unter wärmstes Mitgefühl wird durch diesen Roman wachgerufen, in dem uns der Todeskampf eines Naturvolkes in wahrhaft erschütternder Tragik vor Augen tritt. Während schön ist die Geschichte der »weißen Rose«, die unter den Wilden einen liebenden Vater und eine zärtliche Schwester fand.

Verlag K. u. K. Hofbuchh. Karl Prochaska, Wien, Leipzig, Teschen.

Durch jede Buchhandlung zu beziehen.